

*wilt überarbeitet -
sauberes Exempl.*

Schriftenreihe
Band 257

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Sonderforschungsbereich 3
der Universitäten Frankfurt und Mannheim

Datenreport 1987

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale
für politische Bildung

Datenreport 1987

Schriftenreihe Band 257

Arbeitshilfen für die politische Bildung

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Sonderforschungsbereich 3
der Universitäten Frankfurt und Mannheim

Datenreport 1987

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale
für politische Bildung

Bonn 1987

Copyright dieser Ausgabe:

Bundeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Rüdiger Thomas

Redaktionsschluß: 1. September 1987

Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Verlag Bonn Aktuell · Stuttgart

Gesamtherstellung: A. Bernecker · Melsungen

ISBN 3-89331-006-1 · ISSN 0435-7604

Inhalt

Vorwort	15
---------	----

Einführung

Walter Müller:

Gesellschaftliche Daten – Wissen für die Politik	17
--	----

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

1	Bevölkerung	33
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	33
1.2	Bevölkerungsentwicklung	34
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	37
1.4	Altersaufbau	39
1.5	Geburten und Sterbefälle	41
1.6	Familien und Haushalte	44
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	45
1.8	Ausländer	48
1.9	Bevölkerungsvorausschätzungen	52

✓ 2	Bildung	54
2.1	Einführung	54
2.2	Kindergärten und Schulkindergärten	54
2.3	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	56
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	61

2.5	Studienabsichten	64
2.6	Hochschulen	65
2.7	Weiterbildung	70
2.8	Bildungsniveau der Bevölkerung	72
2.9	Bildung und individuelle Merkmale	73
2.10	Öffentliches Bildungsbudget	76
2.11	Ausbildungsförderung	76

3	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	79
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	79
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	81
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	81
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	83
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	84
3.6	Stellung im Beruf	86
3.7	Arbeitslose und offene Stellen	88
3.8	Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit	90
3.9	Arbeitslosenquoten im Vergleich	91
3.10	Struktur der Arbeitslosigkeit	92
3.11	Einkommen der Arbeitslosen	97

4	Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	99
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	99
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben	99
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	100
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	104
4.5	Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf	105
4.6	Zusammensetzung des privaten Verbrauchs	105
4.7	Ausstattung der Haushalte	114
4.8	Sparen und Vermögen	116
4.9	Haushalte mit Schulden	121

5	Wohnen	123
5.1	Entwicklung der Wohnraumversorgung	123
5.2	Qualität des Wohnungsbestandes und Mieten	124
5.3	Wohnsituation der Haushalte	128
5.4	Wohnungsbautätigkeit	130

✓	6	Freizeit und Kultur	134
	6.1	Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?	134
	6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	134
	6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	135
	6.4	Unterhaltung und Kultur	136
	6.5	Urlaubsreisen	144
	6.6	Sport und Musizieren	147
	7	Gesellschaftliche Mitwirkung	149
	7.1	Einführung	149
	7.2	Teilnahme am politischen Leben	149
	7.3	Engagement in Berufsverbänden	158
	7.4	Teilnahme am religiösen Leben	164
x	8	Gesundheit	168
	8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	168
	8.2	Medizinische Versorgung	174
	8.3	Gesundheitsvorsorge	177
	8.4	Schwangerschaftsabbrüche	180
	8.5	Schwerbehinderte	181
	8.6	Rehabilitationsmaßnahmen	183
	8.7	Ausgaben für die Gesundheit	183
x	9	Soziale Sicherung	187
	9.1	Entwicklung der Sozialversicherung	187
	9.2	Das Sozialbudget	187
	9.3	Die Elemente des Sozialbudgets	190
	9.4	Gesetzliche Rentenversicherungen	192
	9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	195
	9.6	Arbeitsförderung	197
	9.7	Sozialhilfe	198
	9.8	Kindergeld	201
✓	10	Rechtspflege	203
	10.1	Einführung	203
	10.2	Gerichte	203
	10.3	Straffälligkeit	207

11	Öffentliche Haushalte	212
11.1	Die Aufgaben des Staates	212
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	212
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	216
11.4	Schulden der öffentlichen Haushalte	221
11.5	Personal der öffentlichen Haushalte	223

12	Gesamtwirtschaft im Überblick	226
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	226
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	226
12.3	Entwicklung des Sozialprodukts	228
12.4	Wirtschaftsstrukturen	230
12.5	Verwendung des Sozialprodukts	233
12.6	Verteilung des Volkseinkommens	235
12.7	Außenwirtschaft	239

13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	247
13.1	Bedeutung des primären Sektors	247
13.2	Bodennutzung	248
13.3	Landwirtschaftliche Betriebe	248
13.4	Beschäftigte in der Landwirtschaft	249
13.5	Pflanzliche Produktion	250
13.6	Tierische Produktion	253
13.7	Selbstversorgungsgrad	255
13.8	Forstwirtschaft	257
13.9	Fischerei	258

14	Produzierendes Gewerbe	260
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	260
14.2	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	261
14.3	Baugewerbe	268
14.4	Energie- und Wasserversorgung	271
14.5	Handwerk	271

✓ 15	Dienstleistungsbereich	276
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	276
15.2	Handel	276
15.3	Gastgewerbe	282
15.4	Kreditinstitute	286
15.5	Versicherungen	289
15.6	Freie Berufe	291
✓ 16	Preise und Löhne	294
16.1	Einführung	294
16.2	Preisindizes	294
16.3	Preisindex für die Lebenshaltung	295
16.4	Einzelhandels- und Großhandelsverkaufspreise	299
16.5	Preisindex für Wohngebäude	300
16.6	Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte	301
16.7	Internationaler Vergleich der Preisentwicklung	303
16.8	Verdienste von Arbeitern und Angestellten	304
16.9	Nominal- und Reallöhne	307
16.10	Abgabenbelastung	308
16.11	Arbeitskosten	309
✓ 17	Verkehr	311
17.1	Einführung	311
17.2	Verkehrsinfrastruktur	311
17.3	Fahrzeugbestände	312
17.4	Verkehrsleistungen	315
17.5	Energieverbrauch	318
17.6	Verkehrsunfälle	318
✓ 18	Energie und Rohstoffe	323
18.1	Energieverbrauch im Meinungsstreit	323
18.2	Entwicklung des Energieverbrauchs	323
18.3	Energieverbrauch und Wirtschaftsentwicklung	324
18.4	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	325
18.5	Rohstoffgewinnung	326
18.6	Energieträger	327
18.7	Energieverbraucher	331
18.8	Energiepreise	331

19	Umweltbelastung und Umweltschutz	335
19.1	Umweltgefährdung als Herausforderung	335
19.2	Abfälle	335
19.3	Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung	337
19.4	Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen	339
19.5	Luftverschmutzung	339
19.6	Lärm	342
19.7	Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz	343
19.8	Auswirkungen der Umweltverschmutzung	344
19.9	Waldschäden	344
19.10	Gefährdete Tiere und Pflanzen	346
19.11	Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung	347
19.12	Internationales Umweltrecht	348
19.13	Umweltschutzeinrichtungen	348
19.14	Ausgaben für Umweltschutz	348
19.15	Schadstoffarme Personenkraftwagen und bleifreier Kraftstoff	350
19.16	Natur- und Landschaftsschutz	351
20	Internationale Übersichten	353
20.1	Bevölkerung	354
20.2	Bildung	355
20.3	Erwerbstätigkeit	356
20.4	Gesundheitswesen	357
20.5	Bruttoinlandsprodukt	358
20.6	Außenhandel	359
20.7	Wirtschaftsdaten	360

Teil II: Lebenslagen und gesellschaftliche Probleme

A. Einleitung

1	Lebenslagen und gesellschaftliche Probleme: Konzepte und Datenquellen	363
---	--	-----

B. Lebenslagen in ausgewählten Bereichen

2	Haushalt und Familie	368
2.1	Haushaltszusammensetzung und Familien	368
2.2	Wechsel und Stabilität der Typen privater Haushalte	370
2.3	Räumliche Mobilität privater Haushalte	372
2.4	Familienstand und Typen privater Haushalte	373
2.5	Familie und Lebenszufriedenheit	374
3	Stabilität und Mobilität am Arbeitsmarkt	377
3.1	Erwerbsbeteiligung 1984 und 1985	377
3.2	Strukturen der vom Arbeitsmarkt ausscheidenden Personen	381
3.3	Lohnt sich Mobilität auf dem Arbeitsmarkt?	383
3.4	Nichterwerbstätige: Chancen einer beruflichen (Wieder-)Eingliederung	386
4	Strukturen der Erwerbsbeteiligung	388
4.1	Beteiligung am Erwerbsleben	388
4.2	Bestimmungsgründe für den Eintritt in das Berufsleben	392
5	Eigenarbeit, Nebenerwerb und Haupterwerb	397
5.1	Eigenarbeit und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland	397
5.2	Aktivitätsprofile in Eigenarbeit und Nebenerwerb	401
5.3	Zeitverwendung in Haupterwerb, Nebenerwerb und Eigenarbeit	402
5.4	Einkommen und Ersparnis aus Haupterwerb, Nebenerwerb und Eigenarbeit	404

6	Wohnen und seine Bewertung	406
6.1	Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung	406
6.2	Wohnkosten	408
6.3	Wohnzufriedenheit	410
6.4	Wohnmobilität	412
7	Einkommen und Einkommenszufriedenheit	415
7.1	Einkommensverteilung: Fragestellungen und Meßverfahren	415
7.2	Einkommensungleichheit und Ungleichheit der Lebensqualität	416
7.3	Die Einkommenszufriedenheit nach Einkommensniveau und Haushaltsgröße	417
7.4	Die Wahrnehmung der eigenen Einkommensposition	420
8	Bildung und Arbeitsmarkt	422
8.1	Bildungschancen und Stellenwert der Bildung	422
8.2	Verteilung von Bildungsabschlüssen	422
8.3	Der Ertrag von Bildung	424
9	Bildung und Lebensgestaltung	426
9.1	Bildung und Zeitverwendung	426
9.2	Bildung und Einstellungen	428
9.3	Bildung und Arbeitsleben	430
10	Gesundheit	432
10.1	Objektive und subjektive Gesundheitsindikatoren	433
10.2	Gesundheitsstand und Erwerbstätigkeit	436
10.3	Inanspruchnahme medizinischer Leistungen	437
11	Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung im regionalen Vergleich	442
11.1	Allgemeine wirtschaftliche Lage und persönliche Situation	443
11.2	Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung	446
12	Schichtung und Mobilität	449
12.1	Statuslagen und subjektive Schichtzugehörigkeit	449
12.2	Intergenerationale Mobilität	451
12.3	Intragenerationale Mobilität	455

13	Subjektives Wohlbefinden	458
13.1	Zufriedenheit in Lebensbereichen	458
13.2	Sorgen der Bundesbürger	463
13.3	Sorgen und Unzufriedenheit	464
13.4	Lebenszufriedenheit	465
13.5	Lebenszufriedenheit, Sorgen und Unzufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen	468

C. Gesellschaftliche Probleme

14	Bildungsexpansion und Einstellungen zur Bildung	470
14.1	Bildungsexpansion und Ungleichheit zwischen den Generationen	470
14.2	Wahrnehmung von Bildungschancen	472
14.3	Wahrgenommene Wichtigkeit schulischer Leistungen	475
14.4	Lebenschancen, Erfahrungen und Einstellungen	477
15	Bildung und Partnerwahl	478
15.1	Bildungsexpansion	478
15.2	Partnerwahl und Bildung im Wandel	480
15.3	Barrieren und Heiratschancen	482
16	Entwicklung des politischen Interesses	486
16.1	Die Ausgangslage 1980 bis 1986	486
16.2	Trends im politischen Interesse	489
16.3	Stellenwert des politischen Interesses	494
17	Einstellungen zu Gastarbeitern	496
17.1	Einstellungen zu Gastarbeitern und gesellschaftliche Vorurteile	496
17.2	„Gastarbeiter“, „ausländische Arbeitnehmer“ – zum alltäglichen Gebrauch der Begriffe	497
17.3	Einstellungen zu Gastarbeitern 1980 und 1984	497
17.4	Kontakte mit Gastarbeitern und ihr Einfluß auf die Einstellungen	501
17.5	„Ausländerproblem“ – ein „Türkenproblem“?	503

18	Assimilation von Ausländern	505
18.1	Deutschkenntnisse, soziale Kontakte mit Deutschen und nationale Identität	505
18.2	Soziodemographische Merkmale und Determinanten der Assimilation	507
18.3	Typische Formen der Assimilation und ihre Verteilung nach soziodemographischen Merkmalen	509
18.4	Einflüsse von Aufenthaltsdauer und Schulbesuch auf die Formen der Assimilation	511
19	Bürger und Politik	513
19.1	Innovationsbereitschaft, Wertewandel	513
19.2	Gesellschaftspolitisches Interesse	515
19.3	Interesse an Politik und politische Teilhabe	518
19.4	Öffentliche und private Lebensbereiche im Urteil der Bürger	519
20	Allgemeine Kulturfertigkeiten	522
20.1	Handwerkliche Fertigkeiten	522
20.2	Fertigkeiten im Haushaltsbereich	524
20.3	Fertigkeiten im Umgang mit technischen Geräten	526
20.4	Fertigkeiten im Freizeitbereich	528
20.5	Fertigkeiten des öffentlichen Lebens	529
21	Private Netzwerke und Unterstützungsbeziehungen	533
21.1	Häufigkeit von Alltagsproblemen	534
21.2	Mögliche Helfer bei Alltagsproblemen	534
21.3	Freundschaftsbeziehungen	537
21.4	Geschlechtliche Differenzierung von Hilfeleistungen in der Familie	538
	Die Autoren	540
	Veröffentlichungsverzeichnis	542
	Stichwortverzeichnis	545

Vorwort

Als die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt im Jahr 1983 zum erstenmal als Gemeinschaftsveröffentlichung den „Datenreport“ herausgaben, verfolgten sie in erster Linie das Ziel, interessierten Staatsbürgern wichtige Ergebnisse der amtlichen Statistik in leicht verständlicher Form näherzubringen. Damit sollten vor allem Einsichten in Größenordnungen von Gegebenheiten und Problemen vermittelt, zugleich aber auch die Bedeutung statistischer Zahlen für eine rationale Entscheidungsfindung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herausgearbeitet und ihr enger Bezug zur persönlichen Lebenssituation jedes einzelnen deutlich gemacht werden.

Eine zweite Ausgabe erschien 1985, erweitert um einen Teil II „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden“, der vom Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipiert worden ist. Damit schlug der „Datenreport“ eine Brücke zwischen den Zahlen und Fakten aus der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft über subjektive Tatbestände, also Meinungen, Bewertungen und Vorstellungen, die außerhalb des Erhebungsprogramms der Statistischen Ämter liegen. Dieser wichtige Schritt zu einer umfassenderen Darstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland in Form einer „Sozialberichterstattung“ fand bei einem großen Leserkreis schnell Anklang. Deshalb hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung zu einer Neuauflage als „Datenreport 1987“ in ähnlicher Form entschlossen. Das Statistische Bundesamt aktualisierte die Zahlen für Teil I, Texte und grafische Darstellungen wurden überarbeitet und ergänzt. Für Teil II, der Beiträge über „Lebenslagen und gesellschaftliche Probleme“ enthält, konnten im Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim neuere Ergebnisse von Umfragen, u. a. des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, sowie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, verwendet werden.

Herausgeber und Autoren hoffen, daß diese neue Ausgabe des „Datenreport“ weitere Benutzerkreise gewinnen kann und auch für jene Leser zusätzliche Einsichten bringt, die diese Veröffentlichung bereits kennen.

Das Direktorium der Bundeszentrale für politische Bildung

Franklin Schultheiß

Horst Dahlhaus

Wolfgang Maurus

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Egon Hölder

Einführung

Walter Müller

Gesellschaftliche Daten – Wissen für die Politik

Dieser Band zeichnet mit aufschlußreichen Zahlen, Tabellen und Graphiken ein Bild über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und analysiert die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden ihrer Bevölkerung. Er ist für eine breite Öffentlichkeit bestimmt und versucht auch Leser zu erreichen, die weder das Statistische Jahrbuch noch andere Datensammlungen in ihrem Bücherschrank oder auf andere Weise leicht verfügbar haben. Deshalb richtet sich auch meine Einführung vor allem an die Leser, die nicht professionelle Nutzer von Statistiken sind. Sie versucht die Bedeutung von statistischen Daten über eine Gesellschaft darzustellen und Hinweise zu geben, wie die in diesem Band gebotenen Informationen in ein Gesamtbild von Daten, die wir benötigen, einzuordnen sind:

- Weshalb sind moderne Gemeinwesen zunehmend auf verlässliche Daten und Informationen statistischer Art über sich selbst angewiesen, und weshalb kann eine informierte Auseinandersetzung mit modernen Gesellschaften und ihrer Entwicklung auf grundlegende empirische Kennziffern nicht verzichten?
- Welche Bedeutung haben solche Informationen für rationale politische Entscheidungen?
- Welche Sachverhalte über diese Gesellschaft können wir aus den Daten erfahren, die in diesem Band enthalten sind? Welche Wirklichkeitsausschnitte zeigen sie auf, und wie beleuchten sie diese Wirklichkeit? Wie sind diese Zahlen einzuordnen in die Vorstellungen einer umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie in den zurückliegenden 20 Jahren entwickelt wurden?

Gesellschaftlicher Wandel und der Bedarf an systematischer Information

Wozu ein Gesellschaftsbild aus Zahlen, zumal jeder aus alltäglichen Beobachtungen und Erfahrungen – am Arbeitsplatz und in der Freizeit, in der privaten Welt, in der Öffentlichkeit und in den Medien – die Wirklichkeit dieser Gesellschaft weit hautnah und konkreter erlebt, als es noch so viele aufwendig berechnete Zahlen zu demonstrieren vermögen?

Lebensnäher ist die Alltagserfahrung ohne Zweifel, aber darin liegt auch ihre große Begrenzung: Jeder lebt in seiner eigenen kleinen Welt und erfährt auch nur das, womit ihn diese Welt in Kontakt bringt. Was er beobachtet, ist verzerrt durch die Brille seiner sozialen Lage und seiner Interessen. Sozialwissenschaftler sagen, daß Wahrnehmungen und Beobachtungen selektiv sind, ausgewählt aus einer unendlichen Fülle unterschiedlicher Wirklichkeiten und möglicher Wirklichkeitsansichten. Der Akademiker hat keinen direkten Zugang zur Lebenswelt des Arbeiters. Der Arbeiter, der mit dem Risiko lebt, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, sieht die Gesellschaft anders als der gesicherte Beamte, und junge Menschen kennen Erfahrungen und Nöte älterer Menschen kaum. Aus persönlichen Beobachtungen etwas Allgemeines über die Wirklichkeit dieser Gesellschaft und ihre Entwicklung aussagen zu wollen, erscheint deshalb als hoffnungsloses Unterfangen.

Daß die Gesellschaft in zahlreiche unterschiedliche Lebenswelten zerfällt, ist ein Wesenszug moderner industrieller, vielleicht schon nachindustrieller, Gesellschaften. Sie unterscheiden sich darin von den vorindustriellen Gesellschaften. Gesellschaften vor der Industrialisierung sind vergleichsweise einfache soziale Gebilde. Die Lebensräume, in denen Menschen sich bewegen, haben enge Grenzen: Dörfer oder Städte mit wenigen tausend Einwohnern und ihre unmittelbare Umgebung. Diese Einheiten versorgen sich weitgehend selbst. Einen Staat im heutigen Sinne gibt es nicht. Über lange Zeiträume verändert sich die Gesellschaft kaum. Diese Gesellschaft ist klein, überschaubar, und die Bindung an die Tradition sichert ihren Bestand. Eine solche Gesellschaft kommt ohne statistische Informationssysteme aus. Aber es ist kein Zufall, daß der allmähliche Ausbau statistischer Ämter und die systematische Gesellschaftsbeobachtung mit dem weitgehenden gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß zusammenfällt, der mit der Industrialisierung und der Bildung moderner Nationalstaaten einsetzt (Flora 1977).

Mit der Industrialisierung weiten sich Arbeitsteilung und Spezialisierung aus und vergrößern die Abhängigkeiten zwischen Personen und Institutionen, die unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Die Bevölkerung wächst mit großer Geschwindigkeit und wandert in die Städte ab, in denen es industrielle Arbeitsplätze gibt. Städte werden zu Großstädten. Wachsende Anteile der Güterproduktion verlagern sich in getrennte Arbeitsstätten aus den bisherigen Selbstversorgerhaushalten heraus. Arbeitsmärkte und Gütermärkte mit dem Problem der Abstimmung von Angebot und Nachfrage nehmen an Bedeutung zu. Je mehr sich die Güterproduktion zur industriellen Massenfertigung wandelt, um so größer werden die Unsicherheiten, ob die Konsumenten die angebotenen

Güter nachfragen werden. Die Zusammenballung von Kapital, die technische Entwicklung und die Konkurrenz zwischen Unternehmen, bei denen die stärkeren die schwächeren vom Markt verdrängen, führen zu zunehmend größeren Produktionseinheiten. Entscheidungen, die zentral in Großunternehmen getroffen werden, haben weiterreichende Konsequenzen als Entscheidungen in Kleinbetrieben, Fehlentscheidungen bringen wachsende Kosten und treffen größere Kreise der Bevölkerung.

Gleichzeitig entsteht der moderne Staat. Er durchdringt die Gesellschaft mehr und mehr, da ihm ständig neue Aufgaben zuwachsen oder er solche bewußt an sich zieht. Mittlerweile gibt es kaum gesellschaftliche Bereiche, in die seine Aktivitäten nicht hineinwirken. Mit Gesetzen erläßt er Regeln, Gebote und Verbote. Durch Beiträge und Steuern, Subventionen und Transferzahlungen setzt er finanzielle Anreize. Er steht in der Verantwortung, durch globale Steuerungsimpulse oder selektive Interventionen die Vollbeschäftigung sicherzustellen, aber auch in jenen Bereichen tätig zu sein, die trotz gesellschaftlichen Bedarfs privaten Unternehmen nicht ausreichend gewinnbringend erscheinen. Dem Staat obliegt es, die Infrastruktur für wirtschaftliche Aktivitäten, für das private und öffentliche Leben zu schaffen: Verkehrswege zu erstellen, die wissenschaftliche Forschung zu sichern, Kommunikationssysteme, Freizeiteinrichtungen und Institutionen der Kulturpflege aufzubauen oder zu unterstützen. Er sorgt für Sicherheit und gilt als zuständig dafür, daß die natürlichen Ressourcen nicht verschwendet werden, und die Umwelt nicht zerstört wird. Um die Wunden des Kapitalismus zu heilen oder Belastungen zu begrenzen, hat er als Wohlfahrtsstaat auch die Garantie der Grundversorgung der Bevölkerung in den materiellen Lebensbedürfnissen übernommen. Durch Kompensationszahlungen im Falle von Krankheit, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Alter werden durch ihn große Teile des Sozialproduktes umverteilt. Schließlich hat der Staat insbesondere in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten das Netz seiner Dienstleistungen in großem Stil ausgedehnt: durch den Ausbau des Bildungswesens, den Aufwand für die medizinische Versorgung und zahlreiche Beratungs- und Betreuungsdienste der sozialen und psychologischen Lebenshilfe.

Mit Staat und Wirtschaft wandelt sich auch die Sozialstruktur im engeren Sinne. Das Bildungs- und Qualifikationsprofil der Bevölkerung unterliegt ständigem Wandel. Die Erwerbstätigen teilen sich auf in eine zunehmend größere Zahl unterschiedlicher Berufe, von denen manche an Bedeutung zunehmen, andere zurückgehen. Selbst innerhalb gleicher Berufe ändern sich durch technische Entwicklungen und Neuerungen in der Arbeitsorganisation laufend die Inhalte von Tätigkeiten. Lohnarbeit wird zwar für weit überwiegende Teile der Bevölkerung zur Basis des Lebensunterhalts, aber mit sehr unterschiedlichen Erwerbschancen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherheit. Durch diese Entwicklungen verändern sich Interessenlagen und Bedingungen der Interessenformierung. Die traditionellen Klassenstrukturen verlieren an Bedeutung. Es kommt zu neuen Formierungen in der Parteienarena und zu neuen direkteren Formen politischer Partizipation durch Bürgerinitiativen, Betroffenen- und Protestgruppen.

Eine weitere mit dem gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß verbundene Entwicklung der Sozialstruktur betrifft die Einbindung des Individuums in die Gesellschaft überhaupt.

Sie erfolgt in der durch weitgehende Anonymität gekennzeichneten Massengesellschaft nicht mehr über die Familie und ihren Platz in der überschaubaren Welt des Dorfes oder der Kleinstadt, sondern durch eine Vielzahl spezifischer Rollenbeziehungen, die sich zum Teil konfliktuell widersprechen, zum Teil nur situationsspezifisch wirksam sind. Die Integration des Individuums in die Gesamtgesellschaft vollzieht sich heute typischerweise durch außerfamiliäre Einbindung in Institutionen wie die Schule, Arbeitsstätten, Interessenverbände, Parteien, Kirchen, Sport- und Freizeitvereine. Damit verbunden ist eine Aufteilung des Lebenslaufs in standardisierte Lebensabschnitte, die von gesellschaftlichen Institutionen geprägt sind: vom Lebensabschnitt des Kleinkindes über die Kindergartenzeit und das Schüler- oder Studentendasein zum Erwachsenenalter mit seinem Eingebundensein in Erwerbsfähigkeit bis hin schließlich zu einem vom übrigen Leben und der übrigen Gesellschaft deutlicher als früher abgegrenzten Ruhestand.

In der Summe all dieser, allgemein als gesellschaftlicher Differenzierungsprozeß bezeichneten Entwicklungen in Wirtschaft, Staat und Sozialstruktur gliedert sich die Gesellschaft in vielfältige Einheiten auf. Sie haben je eigene Zuständigkeiten und Leistungsverpflichtungen, stehen aber in komplexen Abhängigkeitsbeziehungen zueinander, und ihre Integration muß sichergestellt werden. Vom Individuum aus gesehen, werden „Bedürfnisbefriedigungen, die früher in ein und demselben sozialen Zusammenhang erfolgten, auseinandergerissen“ (Hondrich 1982, S. 7). Ihre Befriedigung muß durch das Zusammenwirken verschiedenster gesellschaftlicher Institutionen und Teilsysteme erfolgen.

Je differenzierter die Gesellschaft wird, um so ausgeprägter und häufiger werden Abstimmungsprobleme zwischen verschiedenen Bereichen und Institutionen. Je mehr zum Beispiel in diesem Differenzierungsprozeß der kontinuierliche Fluß des Lebens sich in unterschiedliche, mehr oder weniger standardisierte Lebensabschnitte aufteilt, um so schwerwiegender und zahlreicher werden Übergangsprobleme zwischen verschiedenen Abschnitten. Die sich zuspitzenden Abstimmungsprobleme zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem sind nur eines unter vielen Beispielen.

Offensichtlich ist nun, daß mit zunehmender Differenzierung auch der Informationsbedarf über die Entwicklung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wächst, da weder die Annahme einer vorherbestimmten Harmonie der verschiedenen Entwicklungsprozesse noch die einer allgemeinen Abstimmung durch eine unsichtbare Hand sehr realistisch ist. Je weniger sich eine Gesellschaft an fixierte Traditionen bindet, sondern sich Optionen für Wandel und Entwicklungen öffnet, um so dringender wird genaues Wissen über ihren Zustand und über Trends ihrer Entwicklung.

Je differenzierter eine Gesellschaft wird, um so eingegrenzter, selektiver und durch die eigene Lokalisierung in der Gesellschaft verzerrt, wird aber gleichzeitig die Alltagswahrnehmung. Um so dringender werden Versuche der systematischen Informationssammlung und -verarbeitung, die die Grenzen des individuellen Beobachters überwinden und ein möglichst umfassendes und getreues Abbild der Gesellschaft und ihrer Entwicklung in den verschiedenen Lebensbereichen, Institutionen und Entscheidungsarenen zu liefern

vermögen. Verlässliche Informationen und ihre Verarbeitung sind eine der preiswertesten Ressourcen, über die eine Gesellschaft verfügt, nicht nur um sich ihres eigenen Zustands zu vergewissern, sondern auch um ihre Entwicklung bewußt steuern zu können. Je vollständiger und besser die Informationen sind, um so größer ist die Chance, daß Probleme adäquat diagnostiziert werden, um so eher können Fehlentscheidungen vermieden und kann ein Konsensus im Entscheidungsprozeß gefunden werden.

Statistisch aufbereitete Daten sind das wichtigste Instrument solcher systematischer Informationssammlung und -verarbeitung. Sie bilden eine besonders herausragende Informationsquelle, weil sie über eine Reihe von Qualitäten verfügen, die sie über die Alltagsbeobachtung herausheben. Sie beruhen auf gezielter Beobachtung aller in Betracht kommenden Fälle oder einer kontrollierten Auswahl aus allen Fällen. Damit können auch Stichproben mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitskalkülen innerhalb bestimmbarer, in der Regel kleiner Fehlermargen ein unverzerrtes Abbild des beobachteten Realitätsausschnittes liefern. Im Idealfall sind statistische Befunde auch durch Methoden gewonnen, deren Ergebnis unabhängig vom Beobachter ist. Dabei werden komplexe Sachverhalte in einzelne voneinander trennbare Eigenschaftsdimensionen aufgelöst. Ein Beschäftigungsverhältnis etwa kann getrennt charakterisiert werden: nach dem Wirtschaftszweig, in dem es geschlossen wird; danach, ob der Arbeitnehmer als Arbeiter, als Angestellter oder Beamter eingestellt ist; nach dem Beruf, den der Arbeitnehmer ausübt; nach dem Inhalt der Tätigkeit; ob es sich um eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung handelt oder nach zahlreichen anderen Merkmalsdimensionen. Wenn auch in der Gesamtheit seiner Eigenschaften ein Beschäftigungsverhältnis einzigartig sein mag, so wird es in den Elementen der einzelnen Dimensionen mit anderen Beschäftigungsverhältnissen vergleichbar. Die vergleichbaren Elementardimensionen können gezählt und gemessen werden, und ein quantitatives Abbild komplexer Realität kann entstehen.

Daß komplexe Sachverhalte in einzelne Elemente oder Aspekte aufgelöst werden, bedeutet nicht, daß Statistiken die Realität bis zur Unkenntlichkeit zerlegen. Durch Methoden der statistischen Analyse können die einzelnen Elemente, nachdem sie quantifizierbar wurden, miteinander in Beziehung gesetzt und damit systematisch Realitätszusammenhänge aufgedeckt werden. Es läßt sich dann – um Beispiele anzuführen – bestimmen, um wieviel besser oder schlechter die Bildungschancen von Kindern verschiedener Herkunft sind, ob Gesamtschulen im Vergleich zum dreigliedrigen Schulsystem diese Abhängigkeiten abschwächen oder nicht, ob in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit die Kriminalitätsraten schneller steigen als in Regionen mit niedriger Jugendarbeitslosigkeit, ob durch Geschwindigkeitsbegrenzungen die Zahl der Verkehrsunfälle abnimmt. Wenn selbst in diesen einfachen Beispielen weitere Faktoren zu berücksichtigen wären, um adäquate Antworten auf interessierende Fragen zu bekommen, so zeigt dies, wie sehr wir auf eine genaue Messung der einzelnen Größen angewiesen sind, um ihre Bedeutung und ihr Gewicht in komplexen Abhängigkeitsbeziehungen zu bestimmen. Die Beispiele sollten aber deutlich machen, daß auch für den politischen Bereich eine Basis für rationale Entscheidungen erst dann gefunden ist, wenn Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung bekannt und quantifizierbar sind.

Gesellschaftsbeobachtung und rationale Politik

Verlässliche Informationen und die Kenntnis sozialer Gesetzmäßigkeiten garantieren nicht, daß eine „gute“ Politik gemacht wird. Aber ohne gute Informationen kann es eine solche Politik nicht geben.

Die Politiker treffen bei weitem nicht immer die Entscheidungen, die im Lichte vorhandener Informationen die angemessensten wären. Sie nehmen Rücksicht auf die Interessen, die sie vertreten oder die eine starke Machtposition in der Gesellschaft haben. Sie folgen eigenen Präferenzen und Vorurteilen oder verteilen unsinnige Wahlgeschenke, um wieder ins Amt zu kommen. Manchmal sind sie an Versprechungen gebunden, die sie gegeben haben, oder treffen aus kurzfristigen strategischen Überlegungen Entscheidungen, die langfristig bedenklich sind. Manchmal gelingt es ihnen nicht, die Zustimmung der Bevölkerung zu einer als richtig erkannten Politik zu gewinnen, und manchmal ist der Entscheidungsspielraum eingegrenzt durch Verpflichtungen und Abhängigkeiten internationaler Art. Daß schließlich im politischen Macht- und Interessenkampf auch Mißbrauch mit Informationen getrieben wird, ändert dennoch nichts an ihrer prinzipiellen Unersetzlichkeit für eine Vielzahl von Verwendungszwecken. Ich will die wichtigsten kurz darstellen: ihre Verwendung für die Beschreibung und die Analyse fortgeschrittener Industriegesellschaften, für die gesellschaftliche Planung und die Vorbereitung rationaler politischer Entscheidungen sowie für die Erfolgskontrolle politischen Handelns.

Schon aus dem weiter oben Gesagten dürfte deutlich geworden sein, daß differenzierte Gesellschaften, wie die modernen hochindustrialisierten Wohlfahrtsstaaten auf systematisch gesammelte und analysierte Beobachtungen allein schon für die Information über sich selbst angewiesen sind. Ohne statistische Buchführung kennt niemand die Entwicklung der Bevölkerung, die Zahl der Ausbildungs- oder Arbeitsplätze, die für die ins Erwerbsleben eintretende junge Generation bereitgestellt werden müssen, den Finanzierungsbedarf, den die Rentenversicherungsträger aufgrund von Neuzugängen und Anspruchsveränderungen zu erwarten haben. Niemand könnte mit Gewißheit sagen, ob die nachwachsende Generation tatsächlich veränderte Einstellungen zum Arbeitsleben hat oder dies nichts weiter als eine von den Medien aufgegriffene Modethese ist oder eine Variante der bekannten Klage der älteren Generation, daß früher alles besser war. Der Vergleich mit früher ist durchaus wichtig, aber aussagefähig ist er nur, wenn wir im Zeitablauf Sachverhalte mit *gleichen* Instrumenten immer wieder messen. Erst dadurch wird es möglich, langfristige Entwicklungen zu erkennen, sie von kurzfristigen Schwankungen zu unterscheiden, neue Trends zu erfassen und den Regelmäßigkeiten sozialen Wandels auf die Spur zu kommen.

In der Verbesserung solcher Kenntnisse liegt die Voraussetzung, um die ohnehin unvermeidlichen Entscheidungen staatlicher oder privatwirtschaftlicher Instanzen allmählich aus der Nebelzone von Unwissenheit herauszuführen. Bei empirischen Daten allein können wir nicht stehenbleiben. Sinnvoll interpretiert und in Entscheidungen nutzbringend angewandt werden können sie nur im Lichte von Theorien, die wir über die

Wirklichkeit haben. Prüft man aber die sozialwissenschaftlichen Disziplinen, so sind sie um so erfolgreicher gewesen, Anleitungen für politisches Handeln zu geben, je mehr es ihnen gelungen ist, zentrale Begriffe ihrer Theorien auch empirisch zu messen. Früher und mit größerer Beständigkeit als andere Disziplinen hat die Wirtschaftswissenschaft es verstanden, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die entscheidenden Größen des wirtschaftlichen Kreislaufs regelmäßig zu messen, daraus Problemdiagnosen abzuleiten und – wenn auch nicht immer, so doch oft – erfolgreich Anleitungen für gesamtwirtschaftliche Steuerungsimpulse zu geben.

Mit dem Wachstum der Staatsaufgaben haben sich die Anforderungen an die Informationsbereitstellung durch systematische Gesellschaftsbeobachtung zweifelsohne erhöht. Die zunehmende Aktivität des Staates und die zunehmende Abhängigkeit der gesellschaftlichen Wohlfahrt von seinem Handeln kann man an den langfristig steigenden Staatsanteilen oder Sozialbudgetanteilen am Sozialprodukt verfolgen. In dieser Entwicklung zeigt sich eine Verschiebung von der Produktion privater hin zur Bereitstellung öffentlicher Güter. Private Güter werden über Märkte bereitgestellt, auf denen Preise darüber entscheiden, ob sie produziert und von Konsumenten oder anderen Produzenten auch gekauft werden. Öffentliche Güter dagegen schafft der Staat, weil sie entweder Hoheitsaufgaben (z. B. Sicherheit, Rechtspflege) darstellen und damit prinzipiell in seine Zuständigkeit fallen oder weil sie auf einem Markt keine profitablen Preise erzielen und deshalb keinen privatwirtschaftlichen Anbieter finden, obgleich ein öffentliches Interesse und ein Bedarf dafür bestehen (z. B. allgemeine Infrastruktur, Kultur, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung, Umwelt). Öffentliche Güter haben keinen Preis, der Angebot oder Nachfrage regelt. In Wahlen wird allenfalls über globale Politiken der Bereitstellung von mehr oder weniger öffentlicher Kaufkraft abgestimmt. Ihre Verteilung auf einzelne Güter erfolgt in Verhandlungen (Lobbyismus) und über Tätigkeit der staatlichen Instanzen und Bürokratien (vgl. Zapf 1977 a). Aus den Zahlen dieses Bandes (S.188) ist zu entnehmen, daß allein über das Sozialbudget im Jahre 1985 Ausgaben in der Höhe von 572 Mrd. DM getätigt wurden. Minimale Verbesserungen in der Effizienz der Sozialleistungen von 1 % dieser Zahl ergäben die beachtliche Größenordnung von über 5 Mrd. DM, ein Betrag, mit dem man z. B. das Rentenalter absenken oder fast 100 000 junge Lehrer zusätzlich finanzieren könnte.

Da der Preis als Allokationsmechanismus für öffentliche Güter ausfällt, bekommen aktuelle Informationen ein besonderes Gewicht. Sie werden nicht nur benötigt, um Fehlplanungen zu vermeiden. Sie sind eine Grundvoraussetzung für eine vorausschauende Politik. Manche Entwicklungen, insbesondere etwa die Probleberge, die sich aus demographischen Prozessen ergeben, können heute durch Simulationsstudien sehr genau vorhergesagt werden. So ist seit Jahren die Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen, die eine Arbeit suchen werden, mit großer Treffsicherheit prognostiziert. Wenn Entscheidungsträger in ihrem Handeln vorliegende Erkenntnisse nicht in Rechnung stellen, weil etwa der Wahlzyklus dies nicht als opportun erscheinen läßt, ist dieses nicht den Zahlen anzulasten, die eine drohende Krise mit Vorlauf signalisieren und frühzeitige Maßnahmen zu ihrer Abwendung prinzipiell möglich machen.

Neben dem frühzeitigen Erkennen von Problemen beinhaltet eine rationale Politik, daß Entscheidungen für den Einsatz bestimmter Mittel und Instrumente unter Kenntnis der Folgen und Nebenfolgen dieser Instrumente, aber auch unter Kenntnis von Nutzen und Kosten alternativer Entscheidungen getroffen werden. Je mehr Kenntnis über Wirkungszusammenhänge aus systematischer Wirklichkeitsbeobachtung gewonnen wird und je mehr sie das politische Handeln bestimmt, um so größer wird die Chance, das zu erreichen, was wir erreichen wollen.

Mit wachsenden Staatsanteilen am Sozialprodukt muß die Forderung an Nachdruck gewinnen, zu kontrollieren, ob Maßnahmen tatsächlich die Ergebnisse erbringen, die sie zu erzielen vorgeben. Das amerikanische Office of the Budget hat deshalb als Regel durchgesetzt, daß jedes staatliche Programm evaluiert wird. Wenn wir auch in der Bundesrepublik Deutschland noch weit von einer derart konsequenten Erfolgskontrolle entfernt sind, so zeigen doch die oben genannten Zahlen über das Sozialbudget die Dringlichkeit dieses Anliegens gerade bei knapper werdenden Ressourcen an. Die bisher verfügbaren empirischen Daten reichen zwar für eine Erfolgskontrolle politischen Handelns, die diesen Namen verdient, noch keineswegs aus. Auf viele staatliche Programme müßten spezifische Evaluationsstudien zugeschnitten werden, die die Durchführung eines Programms (Implementation) beobachten, seine Ergebnisse erfassen und im Hinblick auf die verfolgten Ziele bewerten.

Nur so kann langfristig der politische Prozeß durchsichtiger werden. Viele statistische Meßziffern tragen jedoch schon heute dazu bei, einzelne Leistungen des Staates und der Wirtschaft zu quantifizieren und wichtige Entwicklungen der Gesellschaft abzubilden. Ihre heilsamen Konsequenzen für die Politik hat ein politischer Praktiker und Mann der Verwaltung fernab aller Technokratievorstellungen einmal so beschrieben: „Den Grauschleier von den Resultaten der Politik wegziehen zu wollen, mag zwar manchem Praktiker den Atem verschlagen, es mag die sozialen Kennziffern in der Verwaltungspraxis in Verruf bringen, aber es ist der größte Dienst, den man der Politik erweisen kann. Kaum eine Opposition kann so wirkungsvoll und leistungssteigernd sein, wie eine Serie intelligent ausgewählter Indikatoren, deren Konstruktion und Meßergebnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit kritisch verfolgt werden können.“ (Bartholomäi 1978, S. 199) Wissenssoziologisch hoch interessant ist dabei, daß solche Meßziffern in unserer Gesellschaft bereits zu einer verselbständigten Größe, zu einer Realität eigener Art geworden sind. Sie definieren in einem hohen Maße die öffentlich wahrgenommene Realität dieser Gesellschaft. Statistische Kennziffern haben deshalb eine hohe politische Brisanz bekommen.

Ziffern über die Bevölkerungsentwicklung und die Lebenserwartung, über die Quote der Arbeitslosen oder die Wachstumsrate des Sozialprodukts, über die Inflationsrate oder den Produktivitätsfortschritt, über den Anteil der Abiturienten am Geburtsjahrgang, die Scheidungsquoten oder Kriminalitätszahlen usw. vermitteln uns Kenntnisse über die Gesellschaft. Sie verfremden die Gesellschaft aber auch und stilisieren zum Teil eine eigenartige Kunstwelt, die jedoch in hohem Maße handlungsrelevant geworden ist. Ein Beispiel mag verdeutlichen, was damit gemeint ist. Jeder erfährt zwar das Auf und Ab von

Preisen für Nahrung, Kleidung, Wohnung, technische Geräte, Heizöl und Benzin, wenn er einkauft oder Rechnungen bezahlt. Aber ohne das Produkt statistischer Kunst „Preisindex“ wird er am Ende des Jahres nicht in der Lage sein, zu beurteilen, wieviel mehr ihn nun das Leben wirklich kostet als zu Beginn des Jahres und welchen Ausgleich er im Einkommen braucht, um seinen Lebensstandard zu halten. Zugleich kann ein exakter Lebenskostenindex aus praktischen Gründen nur für eine begrenzte Zahl von Durchschnittsverbrauchertypen berechnet werden, und dennoch ist dieser Index mit ebensolchen Kunstprodukten wie Produktivitätsindex und Entwicklung der Unternehmervgewinne eine magische Größe im jährlichen Lohn- und Gehaltsspieler. Jeder, der sich mit dem politischen Gemeinwesen befaßt, hat also Anlaß, sich solcher Grundtatbestände über die Gesellschaft zu vergewissern. Bei der Bedeutung vieler Kennziffern im politischen Prozeß sollte dabei der kritischen Frage, welche Aussagekraft den einzelnen Zahlen und Statistiken zukommt, große Aufmerksamkeit zugemessen werden.

Jede Statistik ist der Natur der Sache nach ein auswählendes, bestimmte Aspekte hervorhebendes Abbild der Wirklichkeit. Keine statistische Zahl kann deshalb für sich die ganze Wahrheit sein. Nehmen wir ein Beispiel. Die volle Wahrheit über die „Einkommen“ in der Bundesrepublik Deutschland sind die exakten Daten jedes einzelnen Einkommensbezieher. Diese Daten vermag niemand zu überblicken. Selbst die größten Computer speichern sie auf externen Medien ab und verarbeiten sie nur schrittweise nach Anweisungen, die ihnen ein Programm vorgibt. Wollen wir uns Kenntnis über die Einkommen oder gar ihre Entwicklung im Verlauf der Zeit verschaffen, sind wir gezwungen, uns vereinfachender Abstraktionen zu bedienen, die uns in wenigen Zahlen ein faßbares Abbild geben. Durch Berechnung von Meßgrößen für das durchschnittliche Einkommen (z. B. das arithmetische Mittel) erfahren wir etwas über das allgemeine Einkommensniveau und können seine Veränderung in der Zeit verfolgen. Andere Meßgrößen informieren über die Streuung der Einkommen; sie zeigen, wie sich die Einkommen über verschiedene Einkommensgruppen verteilen. Schließlich können Zahlen konstruiert werden, die Einkommensungleichheit abbilden: Wievielfach größer ist das durchschnittliche Einkommen der leitenden Angestellten im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen ungelernter Arbeiter, und wie hat sich dieses Verhältnis über die Zeit verschoben? Welcher Teil des gesamten Einkommenskuchens entfällt auf die obersten Zehntausend oder auf diejenigen 5 % der Einkommensbezieher, die die höchsten Einkommen erzielen, im Vergleich zu den 5 % der Einkommensbezieher mit den niedrigsten Einkommen?

Jede dieser Zahlen sagt etwas Richtiges aus, obwohl jede etwas anderes aussagt. In diesem Sinn ist jede Zahl dieses Bandes richtig, aber hebt ein jeweils spezifisches Detail hervor. Wenn auch der erläuternde Text nicht in jedem Fall im einzelnen darauf eingehen kann, welchen Aspekt die Zahlen hervorheben, welchen sie vernachlässigen, so wird doch verständlich, wie die Zahlen zu verstehen sind.

Jeder Datenband kann also nur eine kleine Auswahl möglicher und sinnvoller Zahlen enthalten. Um so dringender ist es, zu fragen, welche Auswahl und besonderen Hervorhebungen einem solchen Unternehmen zugrunde liegen.

Amtliche Statistik, empirische Sozialforschung und Sozialberichterstattung

Der vorliegende Band ist bereits zum zweiten Mal das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit Wissenschaftlern aus großen sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben außerhalb der amtlichen Statistik. Bei diesen Forschungsvorhaben handelt es sich um den Sonderforschungsbereich 3 „Mikro-analytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, das Sozio-ökonomische Panel und die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Alle diese Projekte werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Die amtlichen Statistiker wie die Sozialwissenschaftler haben aus dem Datenfundus, über den sie verfügen, die wichtigsten Grundzahlen über die Bundesrepublik und ihre Entwicklung zusammengestellt, verständlich erläutert und kenntnisreich kommentiert. Das Ergebnis ist ein informationsreicher Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

Welche besonderen Möglichkeiten ergeben sich aus dieser Verbindung der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung für das Ziel einer umfassenden Sozialberichterstattung? Für die Bundesrepublik Deutschland hat Wolfgang Zapf (1972) das Programm einer solchen Sozialberichterstattung beschrieben und begründet. Dieses Programm basiert auf der Vorstellung, neben oder an Stelle der kontinuierlichen Erhöhung des materiellen Reichtums sei als viel umfassenderes Ziel eine Verbesserung der Qualität des Lebens zu setzen. Verbunden ist damit eine kritische Beurteilung rein ökonomischer oder weitgehend ökonomischer Kennziffern als Maß für die Entwicklung des Wohlstandes einer Gesellschaft, wie sie etwa in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder zusammengefaßt in der Maßzahl des Bruttosozialprodukts zum Ausdruck kommt.

Die Kritik richtet sich dabei nicht nur auf die ökonomische Einseitigkeit dieser Erfolgsziffern, sondern darauf, daß sie systematisch verzerrt sind, weil sie die Belastung der Gesellschaft mit externen Kosten des Wirtschaftens außer acht lassen (z. B. Belastung der Umwelt oder soziale Kosten etwa in höherem Arbeitsstreß oder monotoner Arbeit). Beim Konzept der Qualität des Lebens geht es dagegen „um die Bewertung eines politischen Systems oder der Gesellschaft insgesamt – und zwar im Hinblick auf die Lebensumstände jedes einzelnen Bürgers“ (Zapf 1972, S. 354) und um die Entwicklung eines entsprechenden Systems sozialer Indikatoren, d. h. Kennziffern, die jeweils einen ausgewählten Aspekt der Qualität des Lebens abzubilden vermögen. Im Rahmen eines solchen Systems sozialer Indikatoren werden zunächst eine Reihe von gesellschaftlichen Zielen bestimmt, die Konkretisierungen der Qualität des Lebens in einzelnen Lebens- und gesellschaftlichen Bereichen darstellen. Es ist dann die wesentliche Aufgabe einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung, Veränderungen im Grad des Erreichens der verschiedenen Ziele regelmäßig zu messen.

Eine explizite Zielbestimmung nimmt der vorliegende Band nicht vor (vgl. dazu Zapf 1977). Implizit richten sich jedoch viele der im Band präsentierten Daten auf die Messung der in den letzten Jahren erreichten Verbesserung oder eingetretenen Verschlechterung

im Hinblick auf eine Reihe von Zielen, über die große Übereinstimmung besteht, z. B. Abbau von Armut, Arbeitslosigkeit, Chancengleichheit, sozialer Isolierung. Untersucht werden objektive Lebensbedingungen, wie Familien-, Einkommens- und Wohnverhältnisse, die Verteilung von Bildungschancen, die gesundheitliche Situation; aber auch die subjektive Wahrnehmung von Sachverhalten, wie die allgemeine Lebenszufriedenheit, die Bewertung der wirtschaftlichen Lage, das politische Interesse, die Einstellung zu Gastarbeitern u. a. Dabei haben die verschiedenen Autorengruppen, die den Band verfaßt haben, in sich ergänzender Weise jene Bereiche bearbeitet, in denen sie ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte sehen.

Die statistischen Ämter sind seit langem die wichtigsten Produzenten von Grunddaten über die vielfältigsten Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik. So reichen die in diesem Band behandelten Themen von Abendgymnasien bis Zulassung von Kraftfahrzeugen, von Abfall bis Zuckerrüben, von Abgeordneten bis Zivilverfahren bei Gerichten, von Abtreibungen bis Zigaretten, von Abwässern bis Zeitungen und Zeitschriften, von Akademisierungsgrad bis Zahnärzte, von Aktien bis Zahlungsbilanz. Neben der großen Breite an Fragestellungen, für die die amtliche Statistik Informationen zur Verfügung stellt, liegt ihre besondere Stärke im Umfang und der Kontinuität ihrer Erhebungen. Viele Ergebnisse der amtlichen Statistik basieren auf Vollerhebungen oder doch auf sehr großen Stichproben. Nur eine solche Basis erlaubt präzise Aussagen über kleine Teilgruppen der Bevölkerung, beispielsweise wie sich die Einkommen in einzelnen Berufen unterscheiden oder wie sich die Zahl der Arbeitsplätze eines bestimmten Industriezweiges in verschiedenen Regionen des Landes entwickelt. Die amtliche Statistik führt ihre Erhebungen in regelmäßigen Abständen durch und schafft damit die Möglichkeit, Entwicklungen über Jahrzehnte hinweg zu verfolgen.

Es ist nützlich, auch auf einige Besonderheiten hinzuweisen, die mit den Aufgaben der amtlichen Statistik und den Entstehungsbedingungen ihrer Datenproduktion zusammenhängen. Die amtliche Statistik ist zunächst ein Teil der Staatsverwaltung. Damit will ich nicht betonen, daß die amtliche Statistik die Wirklichkeit nur so darstellt, wie es die Regierungspolitik sehen will. Obwohl es auch Fälle einer Politik der opportunen Zahl gibt, ist ein solcher globaler Vorwurf unberechtigt. Unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation produzieren und veröffentlichen die statistischen Ämter über Jahre hinweg die gleichen Statistiken. Am ehesten noch kann man vielleicht den Grad unseres Nicht-Wissens in bestimmten Bereichen als Ausdruck der jeweils herrschenden Machtverhältnisse und der Interessen, die sich in der politischen Auseinandersetzung durchzusetzen vermögen, sehen.

Der Umstand, daß die amtliche Statistik Teil der politischen Administration ist, kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß viele ihrer Statistiken eine Art Buchhaltung des Regierungs- und Verwaltungsgeschehens darstellen und daß sie die Gesellschaft mit Vorliebe so abbilden, wie sich der Gesetzgeber in seinen rechtlichen Regelungen die Gesellschaft vorstellt. Nicht unbeteiligt daran ist der Umstand, daß die amtlichen Statistiken selbst durch Gesetze angeordnet sind.

Viele der Kategorien, in denen die gesellschaftliche Wirklichkeit durch die amtliche Statistik abgebildet ist, entsprechen rechtlich fixierten Sachverhalten. Eines der am häufigsten verwandten Instrumente zur Abbildung der sozialen Differenzierung der Bevölkerung ist die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf – Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige, Mithelfende. Diese Aufteilung ist eine Differenzierung nach arbeitsrechtlichen Kategorien, im Ursprung auch danach, durch welche rechtliche Institution ein Erwerbstätiger für die Rente oder seine Pension im Alter versichert ist, ob in der Arbeiterrentenversicherung, über die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder im beamtenrechtlichen Sicherungssystem.

Für die Planung dieser Sicherungssysteme ist die Kenntnis der Entwicklung der entsprechenden Beschäftigungszahlen eine wichtige Größe und deshalb unverzichtbar. Für soziologische Analysen der sozialen Differenzierung ist diese Unterscheidung dagegen nur begrenzt nützlich. Bezogen auf die sozio-ökonomische Lage sind nämlich Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige einerseits in sich selbst sehr heterogene Kategorien, während andererseits bestimmte Untergruppen dieser sozial-rechtlichen Kategorien sich in einer sehr ähnlichen Lage befinden können und deshalb sinnvollerweise besser zusammengefaßt als voneinander getrennt würden.

Weitere Beispiele der bevorzugten Abbildung rechtlich sanktionierter gegenüber faktisch bedeutsamen sozialen Verhältnissen finden sich z. B. in der Erfassung nur ehelicher und der Vernachlässigung nichtehelicher Lebensgemeinschaften oder in der Abbildung religiöser Bindungen nach dem rechtlichen Tatbestand der Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft und nicht etwa nach der Intensität der religiösen Orientierung. Soweit sich die amtliche Statistik auf die Abbildung der Gesellschaft nach solchen normativ-institutionellen Regelungen beschränkt, kann es für einzelne Bereiche zutreffen, daß sie genau die signifikanten gesellschaftlichen Entwicklungen selbst nicht erfaßt. Die manchmal beklagte geringe Innovationsfreudigkeit amtlicher Statistiken hat aber auf der anderen Seite auch einen nicht gering zu schätzenden Vorzug. Nur über unveränderte Statistiken können Entwicklungen über lange Zeiträume hinweg verfolgt werden.

Ein großer Teil der Daten der amtlichen Statistiken ist nicht wie die Volkszählung oder der Mikrozensus durch Erhebung gewonnen, sondern resultiert direkt aus den Verwaltungsgeschäften der staatlichen Instanzen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger kommt dadurch zustande, daß jede Auszahlung von Sozialhilfe zu einer Registrierung in der entsprechenden Statistik führt. Man spricht in diesem Fall von sogenannten prozeßproduzierten Daten, weil sie im Verwaltungsprozeß selbst anfallen. Die amtliche Statistik ist in dieser Hinsicht Buchführung über die Tätigkeit der öffentlichen Institutionen. Auch damit sind Vor- und Nachteile verbunden. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Arbeitsloskeitsstatistik, in der diejenigen als arbeitslos gezählt werden, für die es einen entsprechenden Geschäftsvorgang bei einem Arbeitsamt gibt. Um als Arbeitsloser gezählt zu werden, genügt es nicht, daß man keine Arbeit hat, obwohl man dringend Arbeit sucht, man muß auch beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sein. Andererseits zählt jeder als arbeitslos,

der aus einem rechtlichen Anspruch heraus Arbeitslosengeld bezieht, auch wenn er faktisch an Arbeit nicht interessiert ist.

Mit diesen Orientierungen an rechtlich fixierten Tatbeständen ist mit dem Erhebungsprogramm und den Untersuchungen der amtlichen Statistik eine weitgehende Abstinenz von allem verbunden, was mit Einstellungen und subjektiven Werthaltungen der Bevölkerung zu tun hat. Gleichzeitig finden ökonomische Tatbestände deutlich stärkere Berücksichtigung als die sozialen Lebensumstände von Menschen.

Der zweite Teil dieses Bandes ergänzt deshalb den ersten in den Punkten, in denen sich amtliche Statistik nicht zuständig sieht. Für die Lebensqualität zählen nicht nur objektive Lebensbedingungen, wie Arbeitsplatzverhältnisse, Wohnbedingungen, Versorgungsniveaus mit privaten und öffentlichen Gütern. Für das Ausmaß an erfahrener Wohlfahrt des Bürgers zählt ihre Bedeutung in den Bewertungsmaßstäben der Menschen, ihre Relation zu den Präferenzen, Interessen, Erwartungen und Standards, die die Bürger haben. Die Zusammenhänge und Diskrepanzen zwischen objektiv feststellbaren Lebensbedingungen und den subjektiven Zufriedenheiten sind deshalb das zentrale Thema, um das es im zweiten Teil dieses Bandes geht. Auf einem hohen Niveau der materiellen Güterversorgung, wie es in unserer Gesellschaft trotz erheblicher Arbeitslosigkeit und einer Verlangsamung des ökonomischen Wachstums besteht, hängt die Steigerung von Wohlfahrt vermehrt davon ab, wie auf gegebenem materiellem Wohlstandsniveau ein Mehr an subjektiver Befriedigung für alle erzielt werden kann. Und dies ist natürlich keineswegs nur ein individualpsychologisches Problem, sondern ist bestimmt durch die sozialen Bedingungen, unter denen wir leben, durch die Organisation der Güterproduktion wie ihre Verteilung, durch die Qualität der gesellschaftlichen Institutionen und der Partizipationschancen ebenso sehr wie durch die Qualität der Interaktionsmöglichkeiten (vgl. dazu Schmidtchen 1978).

Dieser zweite Teil hätte vor wenigen Jahren noch nicht geschrieben werden können. Er ist das Ergebnis umfangreicher Forschungsaktivitäten, die seit einigen Jahren am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin betrieben werden.

Die empirische Sozialforschung verfügt mit diesen Umfragen nicht über die großen Stichproben der amtlichen Statistik und muß deshalb mit größeren Unsicherheitsmargen rechnen. Dafür kann sie Antworten geben auf Fragen, über die wir aus der amtlichen Statistik nur wenig erfahren, etwa zur Entwicklung der sozialen Schichtung, zu den sich differenzierenden Lebensstilen der Bevölkerung, zu den zunehmenden Beteiligungswünschen der Bürger oder zu ihren Erwartungen an den Staat. Sie besitzt auch nicht Datenbestände, die mehrere Jahrzehnte oder sogar ein Jahrhundert zurückreichen. Aber immerhin kann mit vielen Zahlen seit Ende der siebziger Jahre belegt werden, wie sich durch die Jahre der ökonomischen Krise die Lebensbedingungen der Bürger verändert haben und wie und bei wem sich dieses im subjektiven Wohlergehen auswirkt.

Vieles, was in der Einführung zur ersten Ausgabe des Datenreports noch als fehlend beklagt werden mußte, konnte in die letzte und die vorliegende Ausgabe aufgenommen

werden. Dabei ist insbesondere der zweite Teil nicht nur eine Aktualisierung der früheren Ausgabe, er wurde vielmehr weitgehend neu verfaßt und enthält eine Vielzahl zusätzlicher Themen. Damit sind die Ausgaben des Datenreports, der auch künftig im Abstand von jeweils zwei Jahren vorgelegt werden soll, ohne Zweifel noch wertvoller geworden. Die gemeinsame Publikation der beiden Teile dieses Bandes belegt eindrücklich, daß früher vielleicht einmal vorhandene Scheuklappen und Berührungsängste von amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung abgelegt sind. Der damit verbundene Gewinn reicht weit über den wechselseitigen Nutzen hinaus, den beide Parteien daraus ziehen. Der Leser wird dies selbst beurteilen können, wenn er sich in die bereichernden Beiträge vertieft.

Literaturhinweise

Bartholomäi, R. Chr., 1978: Wünsche der politischen Praxis an die sozialen Indikatoren, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.), Messung sozialer Disparitäten. Soziale Indikatoren VI, Frankfurt/New York.

Flora, P., 1977: Quantitative Historical Sociology, Paris.

Gesellschaftliche Daten 1973. Erweiterte Ausgaben 1977, 1979, 1982, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.

Glatzer, W./Zapf, W. (Hrsg.), 1984: Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York.

Hondrich, K.-O., 1982: Soziale Differenzierung. Langzeitanalysen zum Wandel von Politik, Arbeit und Familie, Frankfurt/New York.

Schmidtchen, G., 1978: Gesellschaft der falschen Bedürfnisse. Beitrag zur Entwicklung eines Konzepts sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.), Messung sozialer Disparitäten. Soziale Indikatoren VI, Frankfurt/New York.

Zapf, W., 1972: Zur Messung der Lebensqualität, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 1/1972, S. 353–376.

Ders. (Hrsg.) 1977: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York.



Der Autor ist Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie an der Universität Mannheim.

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Bearbeitung im Statistischen Bundesamt:

Marlene Renck
Gerhard Richter

mit Unterstützung von zahlreichen Mitarbeitern
aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Länder und Regierungsbezirke
Gebietsstand 31.12.1982



1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie u. a. Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, daß die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Seit langem finden in Deutschland – wie in den meisten anderen hochentwickelten Ländern – in längerfristigen Abständen Volkszählungen statt. Sie sind als umfassende Bestandsaufnahmen angelegt und erfassen alle Einwohner nach wichtigen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Erwerbstätigkeit usw. Dadurch sind langfristige Vergleiche zum Teil über Jahrhunderte hinweg möglich.

Zum Stichtag 25. Mai 1987 fand nach nunmehr 17 Jahren wieder eine Volkszählung statt. Nur mit aktuellen und genauen statistischen Ergebnissen läßt sich eine rationale Politik machen, richtig entscheiden und vernünftig wirtschaften. Die Ergebnisse der Volkszählung werden deshalb künftig die Grundlage für Entscheidungen auf den Gebieten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wohnungswirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Umwelt und Bildungswesen sein. Nicht nur Bund, Länder und Gemeinden sind auf die neue, zuverlässige Datenbasis angewiesen, sondern auch für die Fragestellungen von Parteien, Tarifpartnern, Wirtschafts- und Berufsverbänden und einer Vielzahl weiterer wichtiger Gruppen des öffentlichen Lebens, insbesondere Wissenschaft und Forschung, ist sie unentbehrlich. Ebenso steht sie interessierten Bürgern zur Verfügung. Ergebnisse der Volkszählung sind gegen Jahresende 1988 zu erwarten. Auf dieser Grundlage wird von den Statistischen Ämtern in den kommenden Jahren die Fortschreibung der Bevölkerung, Wohnungen und Gebäude durchgeführt.

Zur Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, das heißt die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Daten der Bevölkerungsfortschreibung werden allerdings um so ungenauer, je weiter der Zeitpunkt der letzten Zählung zurückliegt. Nach Schätzungen ist das bisherige Fortschreibungsergebnis um rund eine Million Personen überhöht. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Meldungen über Zu- und Fortzüge oftmals mit zeitlicher Verzögerung erfolgen oder ganz unterbleiben.

Die Fortschreibungsdaten werden ergänzt durch die Ergebnisse der üblicherweise jährlich durchgeführten Mikrozensus, die sich an eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung wenden, durch Hochrechnung aber verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglichen.

Tab. 1: Eckdaten zur Bevölkerungsstruktur am Jahresende 1985
fortgeschrieben Ergebnis der Volkszählung von 1970

Alter	Bevölkerung				
	insgesamt		darunter		
	absolut (1 000)	%	männlich	verheiratet	Ausländer
			%		
Unter 15	9 126	15,0	51,1	0,0	11,7
15–39	23 181	38,0	51,4	41,2	9,4
40–64	19 586	32,1	48,5	80,7	5,5
65 und älter	9 127	15,0	34,2	44,6	1,6
Insgesamt	61 020	100	47,8	48,2	7,3

1.2 Bevölkerungsentwicklung

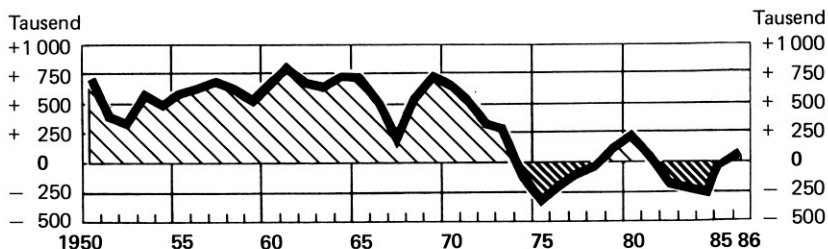
Zwischen 1871 und 1974 hat sich die im heutigen Bundesgebiet lebende Bevölkerung etwa verdreifacht, und zwar von 20,4 Mill. auf 62,1 Mill. Einwohner. Danach sank sie wieder unter die 62-Millionen-Grenze und lag 1986 im Jahresdurchschnitt bei rund 61,1 Mill. Einwohnern.

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1871
auf der Fläche des Bundesgebietes

Jahr	Bevölkerung (1 000)	Jahr	Bevölkerung (1 000)
1871	20 410	1976	61 531
1900	29 838	1977	61 400
1910	35 590	1978	61 327
1930	40 334	1979	61 359
1939	43 008	1980	61 566
1946	46 190	1981	61 682
1950	50 173	1982	61 638
1960	55 433	1983	61 423
1970	60 651	1984	61 175
1972	61 672	1985	61 024
1975	61 829	1986	61 066

Bis in die dreißiger Jahre wuchs die Bevölkerung hauptsächlich durch die hohen Geburtenüberschüsse, bedingt durch eine rasch sinkende Sterblichkeit aufgrund des medizinischen Fortschritts. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Während vor etwa 100 Jahren 25 % der Neugeborenen im ersten Lebensjahr starben, sind es gegenwärtig nur noch 0,9 %. Mit dem gleichzeitigen Rückgang der Sterblichkeit in allen übrigen Altersgruppen stieg die durchschnittliche Lebenserwartung von rund 35 Jahren gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits auf etwa 50 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und 60 Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Gegenwärtig beträgt sie 71,2 Jahre für neugeborene Jungen und 77,8 Jahre für neugeborene Mädchen.

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme

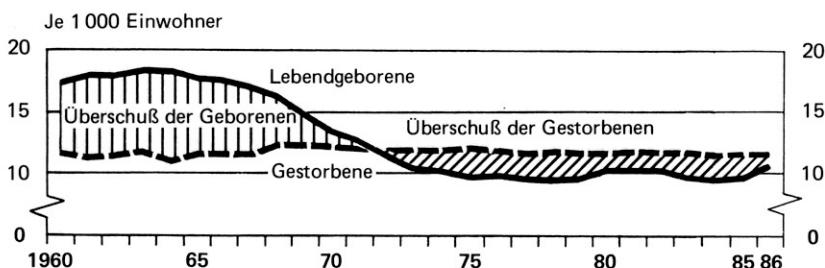


Der Zuwachs der Bevölkerungszahl gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg (trotz der Kriegsverluste) beruhte zunächst im wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Anzahl der Vertriebenen im Bundesgebiet rund acht Millionen; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf den Zuwanderungsstrom aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), zum Teil auch auf die Aufnahme der Spätaussiedler aus Ost- und Südosteuropa, zurückzuführen. Die Anzahl der Zugewanderten aus der DDR erreichte bis zum Jahr 1961 – rechnet man die erst nach der Flucht geborenen Kinder mit – 3,1 Millionen oder 5,5 % der Bevölkerung des Bundesgebiets; die Zahl der Spätaussiedler belief sich auf etwa 400 000.

Seit Mitte der sechziger Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend durch Zu- und Abwanderungen von Ausländern beeinflusst. Insgesamt sind in der Zeit von 1961 bis 1986 ca. 14 Millionen Ausländer zugezogen und ca. 11 Millionen Ausländer aus der Bundesrepublik Deutschland weggezogen. Ihre Zahl erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 690 000 auf rund 4,4 Millionen, wobei der Höchststand mit rund 4,7 Millionen im Jahr 1982 erreicht wurde. Zum größten Teil ist die Zunahme auf Zuwanderungsüberschüsse, zum geringeren Teil auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen (vgl. 1.8).

Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene seit 1960



Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr, d. h. die Zahl der Gestorbenen ist größer als die Zahl der Geburten. Für die deutsche Bevölkerung liegt das jährliche Geburtendefizit seit 1973 zwischen 127 000 und 235 000 Personen. Da die Ausländer im Bundesgebiet einen Geburtenüberschuß aufweisen, starben jährlich – auf die Gesamtbevölkerung bezogen – lediglich 76 000 bis 149 000 Menschen mehr als geboren wurden.

1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

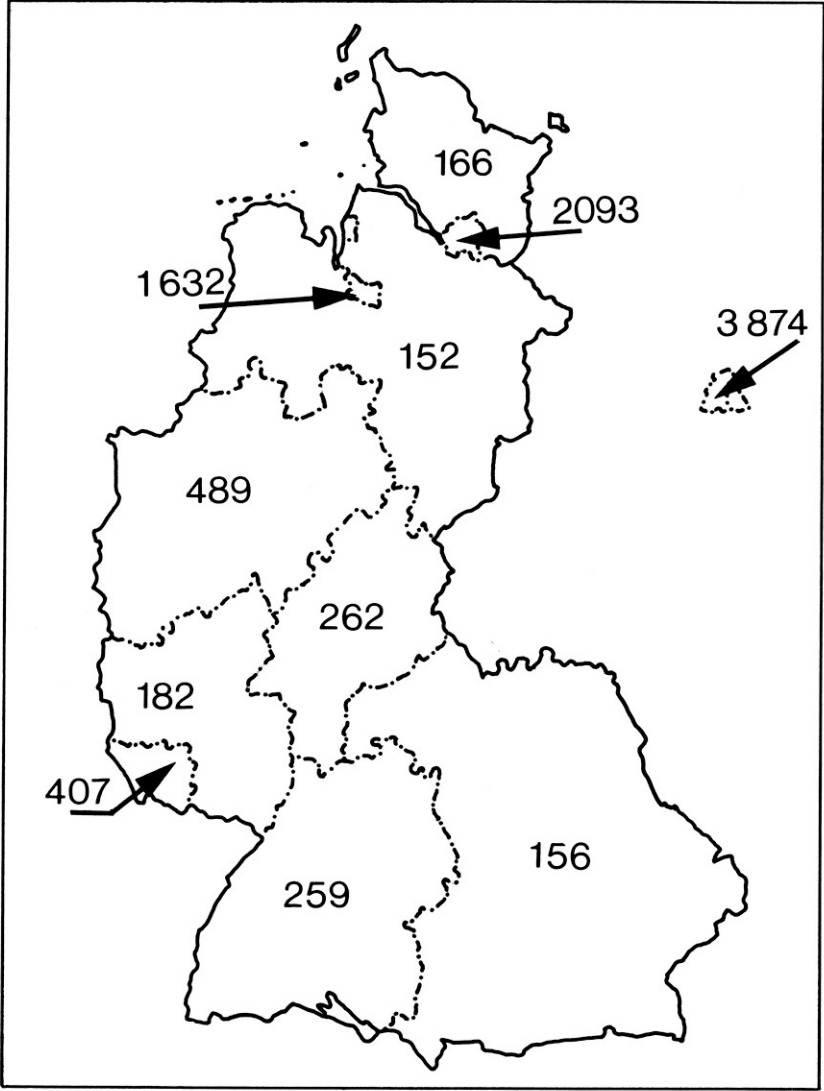
Dem Zuwachs der Bevölkerungszahl entsprechend nahm in der Bundesrepublik Deutschland auch die Bevölkerungsdichte, d. h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, bis 1974 zu. Sie stieg von 82 im Jahr 1871 auf 250 im Jahr 1974. Bei einer Ausdehnung von insgesamt knapp 250 000 Quadratkilometern lag die Bundesrepublik Deutschland 1985 hinsichtlich der Fläche an elfter Stelle, in bezug auf die Bevölkerungsdichte aber mit 245 Einwohnern je Quadratkilometer – nach den Niederlanden (353) und Belgien (324) – an dritter Stelle in Europa, sieht man von den kleinen Staaten Luxemburg, Malta, Monaco und Vatikanstadt ab. Island, Norwegen und Finnland wirken mit Bevölkerungsdichten von 2, 13 und 15 Einwohnern je Quadratkilometer im Vergleich hierzu fast menschenleer. Im Bundesgebiet sind am dichtesten die Stadtstaaten (Berlin 3 874, Hamburg 2 093, Bremen 1 632 Einwohner je Quadratkilometer) sowie das Land Nordrhein-Westfalen (489 Einwohner je Quadratkilometer) und am geringsten Niedersachsen und Bayern (152 bzw. 156 Einwohner je Quadratkilometer) besiedelt.

Charakteristisch für die Bundesrepublik Deutschland ist, wie für viele andere Industriestaaten, die Tendenz zur Verstädterung. Unter den Ballungsgebieten fällt das Ruhrgebiet dadurch auf, daß der überwiegende Teil seiner Großstädte ausgesprochen hohe Bevölkerungsdichten aufweist.

Tab. 3: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern

Bundesländer	Regierungssitz	Fläche	Einwohner am 31. Dez. 1985	
		1 000 km ²	1 000	je km ²
Schleswig-Holstein	Kiel	15,7	2 614	166
Hamburg	Hamburg	0,8	1 580	2 093
Niedersachsen	Hannover	47,4	7 197	152
Bremen	Bremen	0,4	660	1 632
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	16 674	489
Hessen	Wiesbaden	21,1	5 529	262
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	3 615	182
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	9 271	259
Bayern	München	70,6	10 974	156
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 046	407
Berlin (West)	Berlin (West)	0,5	1 860	3 874
Bundesgebiet	Bonn	248,7	61 020	245

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten am 31. 12. 1985
Einwohner je km²



Vor rund 100 Jahren lebten im heutigen Bundesgebiet fast zwei Drittel der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. In den Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern) wohnten damals nur 5 % der Bevölkerung. Mit der fortschreitenden Industrialisierung vollzog sich eine zunehmende Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die Großstädte. Im Jahr 1960 lebte in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern bereits etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung; seitdem ist der Anteil nahezu konstant. Auch in den Klein- und Mittelstädten (10 000 bis 100 000 Einwohner) wuchs der Bevölkerungsanteil beträchtlich an, und zwar von etwa 15 % um die Jahrhundertwende auf 28 % im Jahre 1970 und auf 41 % 1985.

Deutlich rückläufig war der Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, in denen 1970 nur noch 18 % der Bevölkerung wohnten. In den siebziger Jahren setzte sich diese Tendenz verstärkt fort. Am Jahresende 1985 lebten nur noch 6 % der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Diese Entwicklung ist weniger auf Fortzüge zurückzuführen, sondern überwiegend durch die Eingemeindungen im Rahmen der Gebietsreform bedingt, durch die sich die Zahl der Kommunen mit weniger als 2000 Einwohnern von rund 18 700 im Jahr 1970 auf 4 464 am Jahresende 1985 verringert hat.

Tab. 4: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. Dezember 1985

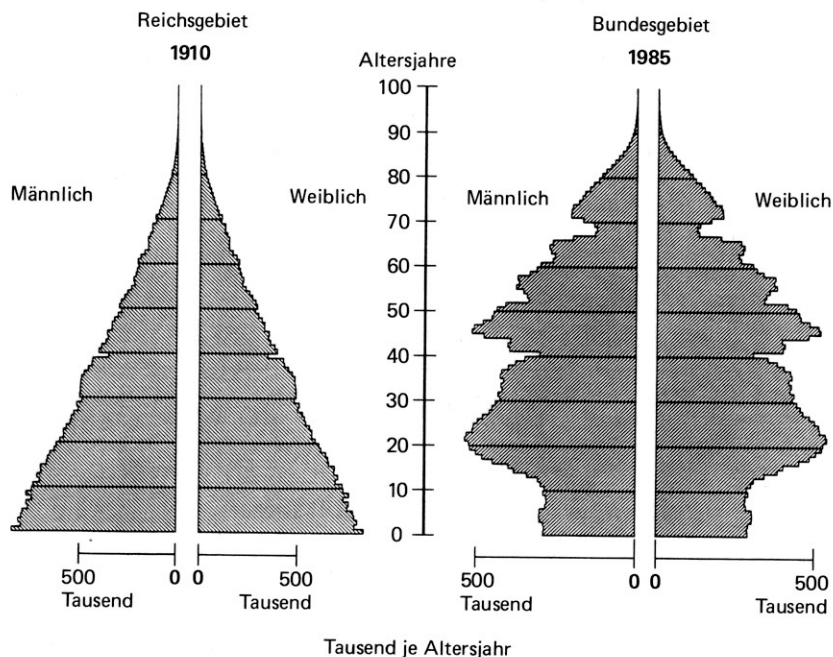
Rangfolge	Stadt	Einwohner absolut (1 000)	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin (West)	1 860	München	4 081
2	Hamburg	1 580	Berlin (West)	3 874
3	München	1 267	Herne	3 350
4	Köln	916	Essen	2 949
5	Essen	620	Oberhausen	2 891
6	Frankfurt	595	Gelsenkirchen	2 718
7	Dortmund	572	Stuttgart	2 709
8	Düsseldorf	562	Bochum	2 628
9	Stuttgart	562	Düsseldorf	2 587
10	Bremen	526	Nürnberg	2 504

1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst z. B. die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich

Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muß.

Abb. 4: Altersaufbau

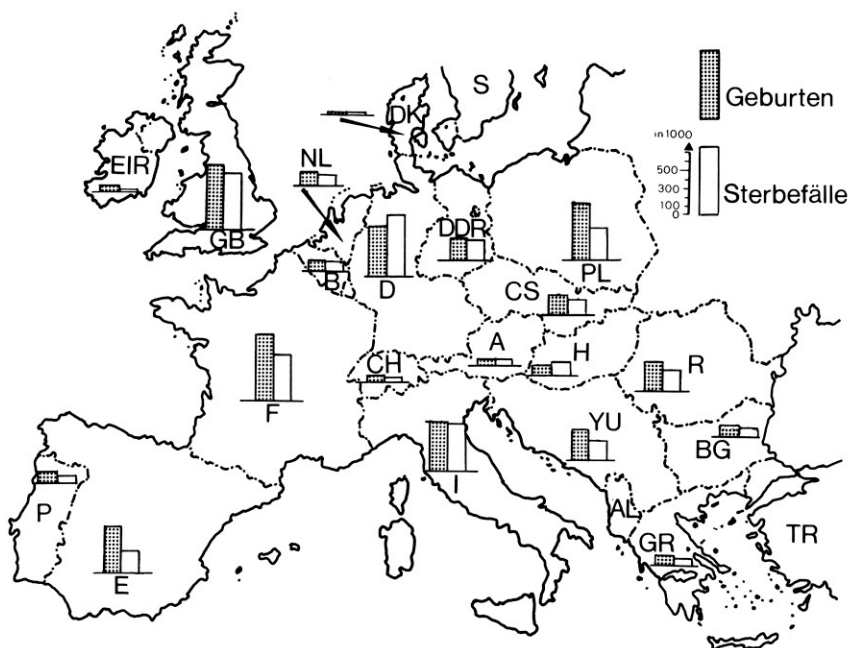


Um die Altersstruktur der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts die klassische Pyramidenform noch deutlich erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer „zerzausten Wettertanne“, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Paul Flaskämper treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage.

Wegen der hohen Geburtenzahlen vor dem Ersten Weltkrieg lag damals der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung bei über 30 %, Ende 1985 dagegen nur noch bei knapp 15 %. Umgekehrt hat sich in diesem Zeitraum die Altersgruppe der über 65jährigen prozentual von knapp 5 % auf rund 15 % vergrößert.

Gegenwärtig sind die Altersjahrgänge zwischen 18 und 31 (die sogenannten „geburtstarken Jahrgänge“ von 1956 bis 1969) sowie zwischen 44 und 49 Jahren am stärksten besetzt. Dazwischen macht sich der Geburtenausfall gegen Ende des Zweiten Weltkriegs bemerkbar. In den unteren Altersgruppen ist die männliche Bevölkerung etwas stärker vertreten als die weibliche; ab 54 Jahren überwiegt der weibliche Bevölkerungsanteil. Das liegt zum einen an der geringeren Lebenserwartung der Männer und ist zum anderen durch die stärkeren Kriegsverluste bei der männlichen Bevölkerung bedingt.

Abb. 5: Geburten und Sterbefälle in ausgewählten europäischen Ländern 1985¹



¹ Teilweise 1983 oder 1984.

1.5 Geburten und Sterbefälle

Viele Industrieländer verzeichneten in den letzten Jahren einen Geburtenrückgang. Die Bundesrepublik Deutschland gehört jedoch zu den wenigen Ländern, in denen jährlich mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr; 1986 betrug der Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen 76 000 Personen. Neben der Bundesrepublik weisen nur Ungarn (seit 1982) und Dänemark (seit 1984) Geburtendefizite auf.

Die Geburtenzahl in der Bundesrepublik Deutschland hatte im Jahr 1964 mit 1,065 Millionen ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging bis 1978 auf 576 000 zurück und ist bis 1986 trotz der ins Heiratsalter aufrückenden geburtenstarken Jahrgänge nicht über 625 000 gestiegen. Im internationalen Vergleich lag die Bundesrepublik Deutschland 1985 mit einer Geburtenziffer von 9,6 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner an letzter Stelle. Ähnlich niedrige Geburtenziffern hatten Dänemark (1985: 10,6) und Italien (1985: 10,1).

Aussagekräftiger als die absoluten Geburtenzahlen ist die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer (Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren), weil sie Veränderungen der Bevölkerungszahl und des Altersaufbaus weitgehend ausschaltet. Sie hat sich in den letzten 100 Jahren um fast 74 % verringert.

In entscheidender Weise wird die Geburtenhäufigkeit von der Einstellung zu Kindern bestimmt. In der vorindustriellen Zeit hatten die Eltern wichtige ökonomische Motive, sich

Tab. 5: Geborene und Gestorbene
in der Bundesrepublik Deutschland
in Tausend

Jahr	Lebend- geborene	Gestorbene	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
1950	813	529	+ 284
1960	969	643	+ 326
1965	1 044	678	+ 367
1970	811	735	+ 76
1971	779	731	+ 48
1972	701	731	- 30
1973	636	731	- 95
1974	626	728	- 101
1975	601	749	- 149
1976	603	733	- 130
1977	582	705	- 123
1978	576	723	- 147
1979	582	712	- 130
1980	621	714	- 93
1981	625	722	- 98
1982	621	716	- 95
1983	594	718	- 124
1984	584	696	- 112
1985	586	704	- 118
1986	624	700	- 76

Tab. 6: Lebendgeborene auf 1 000 Frauen
im Alter von 15 bis 45 Jahren

Jahr	Fruchtbarkeitsziffer	Jahr	Fruchtbarkeitsziffer
1880	167	1960	82
1900	158	1966	86
1920	100	1970	67
1930	67	1975	48
1938	81	1980	47
1946	65	1983	44
1950	70	1985	44

viele Kinder zu wünschen (z. B. zur Sicherung der Altersversorgung und als mithelfende Familienangehörige). Inzwischen sind längst andere Überlegungen in den Vordergrund gerückt. Insbesondere fällt die mit Kindern verbundene Änderung des Lebensstils (finanzielle Einschränkungen, Aufgabe der Berufstätigkeit eines Partners, Einbußen an Unabhängigkeit usw.) ins Gewicht. Vielfach verkannt wird, daß die modernen Mittel der Empfängnisverhütung nicht die eigentliche Ursache des Geburtenrückgangs sind, sondern nur dazu beigetragen haben, die gewünschte Kinderzahl auch tatsächlich realisieren zu können.

Nach der gegenwärtigen Geburtenhäufigkeit werden von je 1 000 Frauen im Durchschnitt 1 350 Kinder geboren. Die zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit um mehr als ein Drittel unterschritten.

Während in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auf jede Ehe in Deutschland durchschnittlich sechs lebendgeborene Kinder kamen – von denen allerdings wegen der hohen Sterblichkeit nur vier das Erwachsenenalter erreichten – hatten die um 1900 geschlossenen Ehen nur noch vier und die um 1925 geschlossenen Ehen im Durchschnitt 2,2 Kinder. Für die Ehejahrgänge bis 1955 blieb die durchschnittliche Kinderzahl mit ungefähr zwei Kindern relativ stabil. Bei den zwischen 1970 und 1974 geschlossenen Ehen ging die Kinderzahl auf 148 pro 100 Ehen zurück. Die für diesen Zeitraum ermittelten Werte können noch nicht als endgültig betrachtet werden, weil in diesen Ehen aufgrund ihrer relativ kurzen Dauer noch Kinder geboren werden können.

Durchschnittliche Kinderzahlen sagen allerdings allein wenig über die konkreten Lebensverhältnisse in den Familien aus. Denkbar wäre beispielsweise eine große Anzahl von Ehepaaren mit vielen Kindern bei einer ähnlich hohen Zahl kinderloser Ehepaare. Tatsächlich ist es aber so, daß im Laufe der Zeit die Zahl der Ehen mit vier und mehr Kindern abnahm, während die Zahl kinderloser Ehen, aber auch die der Ehen mit einem oder zwei Kindern, anstieg.

Tab. 7: Ehen aus den Jahren 1900 bis 1974
nach der Zahl der lebendgeborenen Kinder

Eheschließungsjahr	Von 100 Ehen haben					
	keine Kinder	1 Kind	2	3 Kinder	4 u. mehr	Kinder insgesamt
1900–1909	10	14	18	16	43	364
1910–1918	13	19	23	17	29	273
1919–1930	17	23	24	15	20	226
1931–1940	15	24	29	17	16	212
1941–1950	13	26	31	17	14	206
1951–1962	13	24	34	18	12	203
1963–1972	15	28	38	14	6	173
1970–1974	20	29	40	10	2	148

1.6 Familien und Haushalte

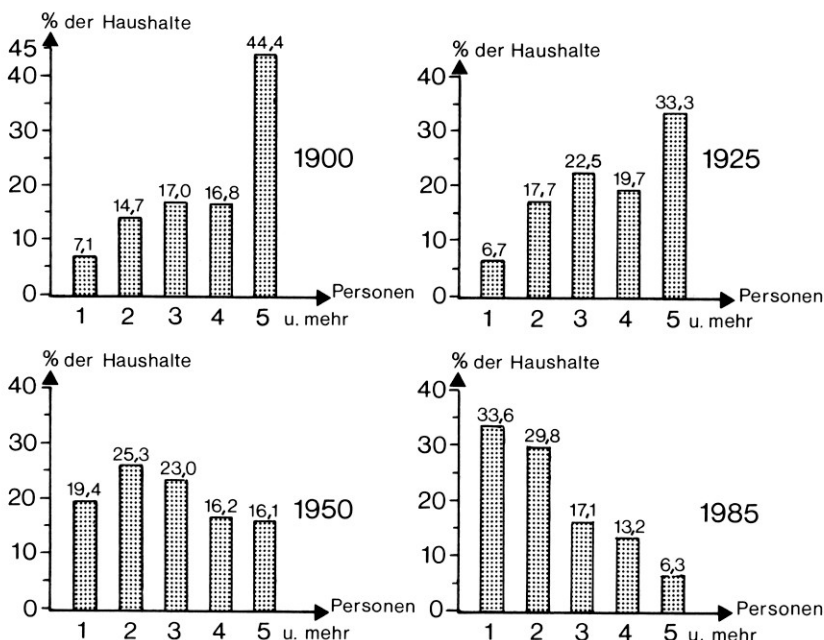
In der Entwicklung der Kinderzahl pro Ehe spiegelt sich der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie wider. Damit einher geht die Abnahme der Haushaltsgröße bei wachsender Zahl der Haushalte. Im Juni 1985 wurden 26,4 Mill. Haushalte im Bundesgebiet ermittelt.

Im Jahre 1900 lebten in rund 44 % aller Privathaushalte fünf oder mehr Personen, 1985 lag der entsprechende Wert nur noch bei 6 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 15 % im Jahr 1900 auf 30 % 1985 zu, und der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg im gleichen Zeitraum von 7 % auf etwa 34 %. Somit lebten 1985 in der Bundesrepublik etwa 8,9 Mill. Personen, also rund 15 % der Bevölkerung, allein. Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich um die Jahrhundertwende auf 4,5 Personen, 1985 hingegen nur noch auf 2,3.

Als Ursache für die abnehmende Haushaltsgröße kann u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft angesehen werden. Damit im Zusammenhang steht die Zunahme der städtischen Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die in ländlichen Gemeinden. In den Großstädten sind insbesondere die Einpersonenhaushalte (50 % dieser Haushalte befinden sich dort) zahlreich vertreten. Im Jahre 1985 lebte jeder fünfte Großstadtbewohner allein, während in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur etwa jeder zehnte einen Einpersonenhaushalt führte.

Neben der Frage des Zusammenlebens in Haushalten und der Haushaltsstruktur ist auch die Frage des Familienverbandes – besonders im Hinblick auf die Kinder – von großer Bedeutung. Hier richtet sich das Augenmerk insbesondere auf die sogenannten „unvollständigen Familien“, also Alleinstehende mit Kindern. 1985 gab es in der Bundesrepublik

Abb. 6: Haushaltsgrößen



insgesamt 941 000 alleinstehende Väter oder Mütter mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren. Diese Situation war in 184 000 Fällen auf den Tod des Partners und in 581 000 Fällen auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 176 000 der Alleinerziehenden waren nie verheiratet.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den alleinstehenden Vätern, deren Zahl sich von 88 000 im Jahr 1972 auf 138 000 im Jahr 1985 erhöht hat. Von ihnen hatten rund 108 000 für ein Kind, 25 000 für zwei und 5 000 für drei und mehr Kinder unter 18 Jahren zu sorgen.

Die Zahl der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist zwischen 1972 und 1985 von 618 000 auf 803 000 gestiegen. Auch hier war in der überwiegenden Zahl der Fälle (580 000) nur ein Kind vorhanden. Immerhin hatten aber 179 000 Mütter zwei und 44 000 drei Kinder und mehr alleine zu erziehen.

1.7 Eheschließungen, Scheidungen

Der Familienstand ist im Unterschied zum Alter und Geschlecht lediglich ein soziales bzw. rechtliches Merkmal. Demographisch gesehen beruht seine Bedeutung auf seinem

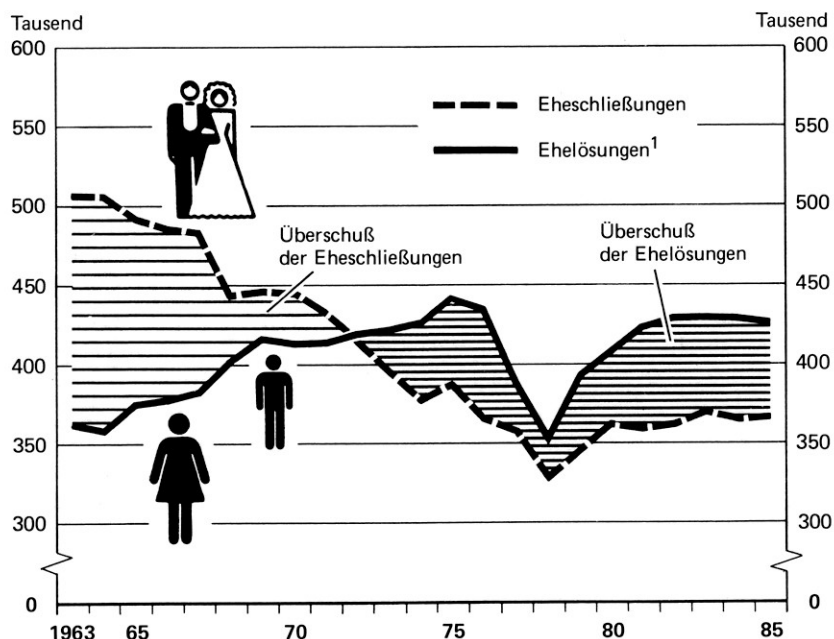
Einfluß auf die Geburtenentwicklung, da gegenwärtig rund 91 % aller Kinder ehelichen Verbindungen entstammen.

Über einen Zeitraum von 100 Jahren hinweg ist der Anteil der ledigen gegenüber dem Anteil der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Bevölkerung von 60 % im Jahr 1880 auf knapp 40 % im Jahr 1985 zurückgegangen. Dabei ist jedoch der veränderte Altersaufbau, d. h. insbesondere die starke Abnahme des Bevölkerungsanteils unter 15 Jahren, zu berücksichtigen.

1985 waren rund 63 % aller Männer und etwa 70 % aller Frauen zwischen 20 und 60 Jahren verheiratet. Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer lag 1950 bei 28,1, 1975 bei 25,3 und 1985 bei 27,2 Jahren. Bei den ledigen Frauen ging es von 25,4 Jahren 1950 auf 22,7 im Jahr 1975 zurück und stieg dann bis 1985 auf 24,6 Jahre an.

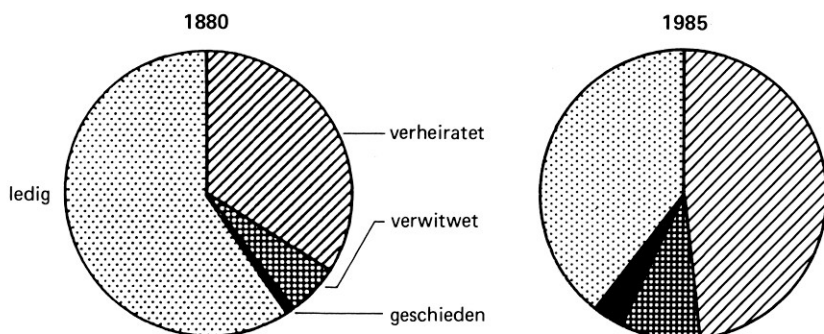
Die Zahl der Eheschließungen, die u. a. auch vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängt, verringerte sich zwischen 1960 und 1986 von rund 521 000 auf 372 000. Die Heiratshäufigkeit – gemessen an der Zahl der Eheschließungen je 1 000 Einwohner – ist in diesem

Abb. 7: Eheschließungen und Ehelösungen



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

Abb. 8: Familienstand der Bevölkerung



Zeitraum von 9,4 (1960) auf 6,1 (1986) gesunken. Die geringste Zahl von Eheschließungen wurde 1978 mit rund 328 000 registriert; der nachfolgende Anstieg ist aber lediglich auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen. Aufgrund der ins heiratsfähige Alter nachrückenden starken Geburtsjahrgänge hätte eine wesentlich stärkere Zunahme an Eheschließungen erwartet werden können. Aufzeichnungen über das Heiratsverhalten

Tab. 8: Eheschließungen und -scheidungen

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	536	10,7	86	1,7
1955	462	8,8	49	0,9
1960	521	9,4	49	0,9
1965	492	8,3	59	1,0
1970	445	7,3	77	1,3
1975	387	6,3	107	1,7
1980	362	5,9	96	1,6
1981	360	5,8	110	1,8
1982	362	5,9	118	1,9
1983	370	6,0	121	2,0
1984	364	5,9	131	2,1
1985	365	6,0	128	2,1
1986	372	6,1

(sog. Heiratstafeln) der letzten Jahre zeigen den rückläufigen Trend bei den Eheschließungen: Nach der Heiratstafel für den Durchschnitt der Jahre 1980/1983 heirateten nach Vollendung des 18. bzw. 16. Lebensjahres nur noch 79 % der Männer und 84 % der Frauen, während die entsprechenden Anteile für die Jahre 1972/1974 noch bei 89 % (Männer) bzw. 94 % (Frauen) lagen.

Ehen können entweder durch Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall weitaus überwiegt. Allerdings wuchs der prozentuale Anteil der Scheidungen an den Ehelösungen in den letzten Jahren beträchtlich: Während 1960 14 % aller Ehelösungen durch Scheidung erfolgten, waren es 1985 30 %. Hielte diese hohe Scheidungshäufigkeit an, so hätte das zur Folge, daß nahezu jede dritte Ehe geschieden würde.

Nachdem im Jahre 1977 das 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft getreten war, ging die Zahl der Scheidungen zunächst stark zurück. 1978 erfolgten nur noch 9 % aller Ehelösungen durch Scheidung. Seitdem hat die Zahl der Ehescheidungen jedoch wieder stark zugenommen. Von dieser Entwicklung sind seit einiger Zeit auch die länger andauernden Ehen betroffen. 1985 betrug die durchschnittliche Ehedauer im Zeitpunkt der Scheidung 11,9 Jahre, wobei Ehen im vierten und fünften Ehejahr besonders gefährdet waren. In rund 59 % der Fälle stellten Frauen den Scheidungsantrag. 48 % aller geschiedenen Ehen waren kinderlos. Von Scheidungen ihrer Eltern wurden 1985 rund 97 000 minderjährige Kinder betroffen.

1.8 Ausländer

1.8.1 Stand und Entwicklung

Der wirtschaftliche Aufschwung, Änderungen in der Altersstruktur und längere Ausbildungszeiten verursachten in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland einen zunehmenden Arbeitskräftemangel. Mit der verstärkten Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer wurde versucht, dem entgegenzuwirken. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im Bundesgebiet lebenden Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 4,1 Millionen im Jahre 1974 (6,7 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps erreichte die Ausländerzahl als Folge der Familienzusammenführungen und des starken Zustroms von Asylbewerbern 1982 mit 4,7 Millionen (7,6 % der Bevölkerung) ihren bisher höchsten Stand. 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme, und zwar auf 4,4 Millionen. Nach dem Auslaufen des Gesetzes stieg die Ausländerzahl auf 4,5 Millionen im Jahr 1986 wieder an.

Die meisten Ausländer kamen in die Bundesrepublik Deutschland, um hier Arbeit zu finden. Sie sind deshalb größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlich.

Tab. 9: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
nach Alter und Geschlecht 1986

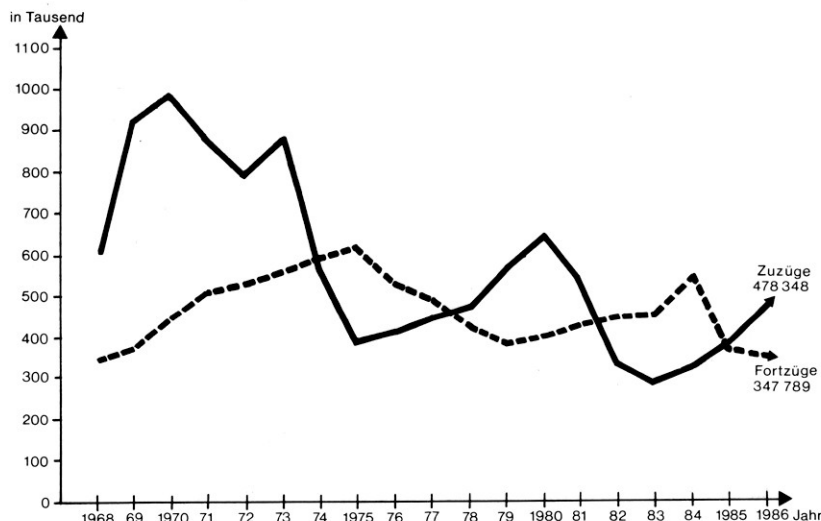
Alter	Insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Unter 15	945,4	21,0	504,3	19,6	441,1	22,8
15-44	2 613,1	57,9	1 462,2	56,7	1 150,9	59,4
45-64	834,6	18,5	549,5	21,3	285,1	14,7
65 und mehr	119,5	2,6	60,7	2,4	58,9	3,0
Insgesamt	4 512,7	100	2 576,7	100	1 936,0	100

chen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm allerdings der Anteil der weiblichen Ausländer aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf 43 % im Jahr 1986 zu. Gleichfalls war ein Anstieg der Zahl ausländischer Kinder zu verzeichnen. So lebten 1986 bereits knapp eine Million Personen mit fremder Staatsangehörigkeit im Alter unter 15 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland.

Tab. 10: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland seit 1961

Stichtag	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
6. 6. 1961	686,2	1,2
30. 9. 1967	1 806,7	3,0
27. 5. 1970	2 600,6	4,3
30. 9. 1972	3 526,6	5,7
30. 9. 1974	4 127,4	6,7
30. 9. 1976	3 948,3	6,4
30. 9. 1978	3 981,1	6,5
30. 9. 1980	4 453,3	7,2
30. 9. 1981	4 629,7	7,5
30. 9. 1982	4 666,9	7,6
30. 9. 1983	4 534,9	7,4
30. 9. 1984	4 363,6	7,1
31. 12. 1985	4 378,9	7,2
31. 12. 1986	4 512,7	7,4

Abb. 9: Zu- und Fortzüge von Ausländern



1.8.2 Aufenthaltsdauer

Nach dem Anwerbestopp standen die im Bundesgebiet lebenden ausländischen Arbeitnehmer vor der Entscheidung, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren oder hierzubleiben. Offensichtlich hat sich die Mehrzahl zum Bleiben entschlossen und ihre Frauen und Kinder nachgeholt. 1986 hielten sich schon rund 59 % der Ausländer zehn Jahre oder länger im Bundesgebiet auf. Von den gegebenen Einbürgerungsmöglichkeiten haben bislang erst sehr wenige Ausländer Gebrauch gemacht (1985: knapp 14000 eingebürgerte Personen).

1.8.3 Geburtenentwicklung

1985 kamen etwa 54000 ausländische Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zur Welt. Dies bedeutet gegenüber 1974, dem Jahr, in dem die höchste Zahl an ausländischen Geburten im Bundesgebiet registriert wurde, einen Rückgang um rund 50 %. Gegenwärtig hat etwa jedes elfte im Bundesgebiet geborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit, während 1974 noch jedes sechste ausländischer Herkunft war.

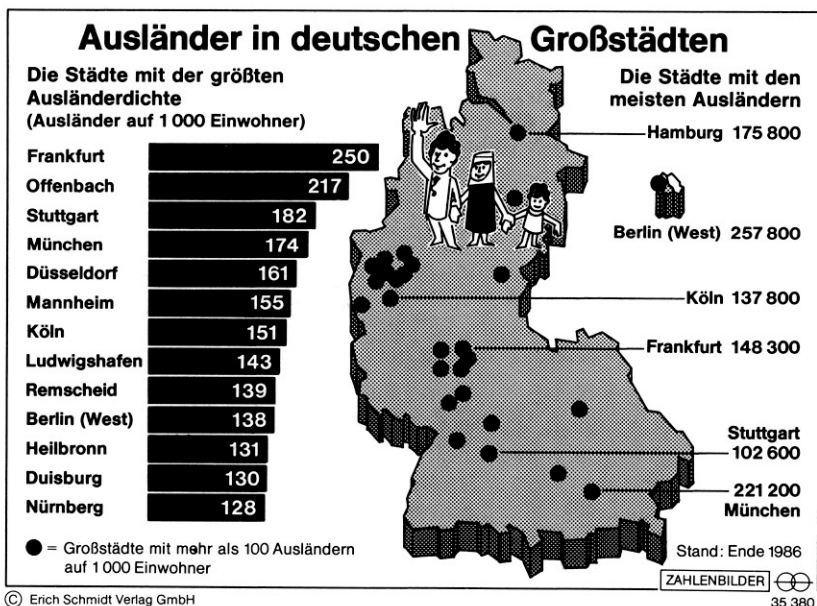
Die Ursache für diesen Rückgang ist nicht zuletzt in einer Anpassung der Ausländerinnen an die deutschen Verhältnisse zu suchen. Allerdings ist die Geburtenhäufigkeit bei den in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen immer noch höher als bei den deutschen Frauen, wenn auch zwischen den einzelnen Nationalitäten erhebliche Unterschiede bestehen. Während 1000 Türcinnen – bei derzeitigem Geburtenverhalten – im Laufe

ihres Lebens rechnerisch etwa 2 400 Kinder haben, sind es bei den italienischen Frauen rund 1 500 und bei den Jugoslawinnen 1 400. Bei den deutschen Frauen beläuft sich der Vergleichswert auf rund 1 250.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des Bundesgebietes die Gastarbeiter ihren Wohnsitz nehmen, hängt im wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der Ausländer in den industriellen Ballungsgebieten, z. B. an Rhein und Ruhr oder im Rhein-Main-Gebiet, wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen – beispielsweise im gesamten Zonenrandgebiet – dagegen erheblich darunter.

Wie sehr sich die Ausländer auf wenige Teile des Bundesgebietes konzentrieren, zeigt sich daran, daß etwa 2,3 Millionen oder 51 % von ihnen in Städten mit über 100 000 Einwohnern leben (Bevölkerungsanteil dieser Städte an der Gesamtbevölkerung etwa ein Drittel). So war 1986 beispielsweise in Frankfurt jeder vierte und in Offenbach am Main jeder fünfte Einwohner Ausländer. Annähernd gleich hoch lagen mit 18 % bzw. 17 % die entsprechenden Werte für Stuttgart und München. Die Großstädte mit den geringsten Ausländeranteilen waren Oldenburg und Würzburg mit jeweils 4 % sowie Koblenz, Münster und Regensburg mit annähernd 5 %.



1.8.5 Staatsangehörigkeit

Der weit überwiegende Teil der 1986 im Bundesgebiet lebenden Ausländer, rund 70 %, kam aus folgenden sechs Staaten:

Türkei	1 434 000 = 31,8 %
Jugoslawien	591 000 = 13,1 %
Italien	537 000 = 11,9 %
Griechenland	279 000 = 6,2 %
Österreich	175 000 = 3,9 %
Spanien	150 000 = 3,3 %

Im Vergleich zu 1970 hat sich die Anzahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken mehr als verdreifacht. Dagegen veränderte sich in diesem Zeitraum die Zahl der übrigen Ausländer aus dem europäischen Raum jeweils nur geringfügig. Noch relativ klein, in den vergangenen Jahren aber doch stark angestiegen, ist die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Asiaten. Zwischen 1974 und 1986 erhöhte sie sich von 114 000 auf 348 000, also auf das Dreifache. Insbesondere fällt der starke Zustrom von Vietnamesen (1974: 1 900; 1986: 31 179) und Personen aus Sri Lanka (1974: 733; 1986: 28 101) auf. Ein Teil von ihnen nimmt das Recht auf Asylgewährung für politisch Verfolgte in Anspruch.

1980 erreichte die Zahl der Asylbewerber mit mehr als 100 000 Personen ihren Höhepunkt und verminderte sich bis 1983 auf knapp 20 000. 1986 stieg sie wieder auf knapp 100 000 an.

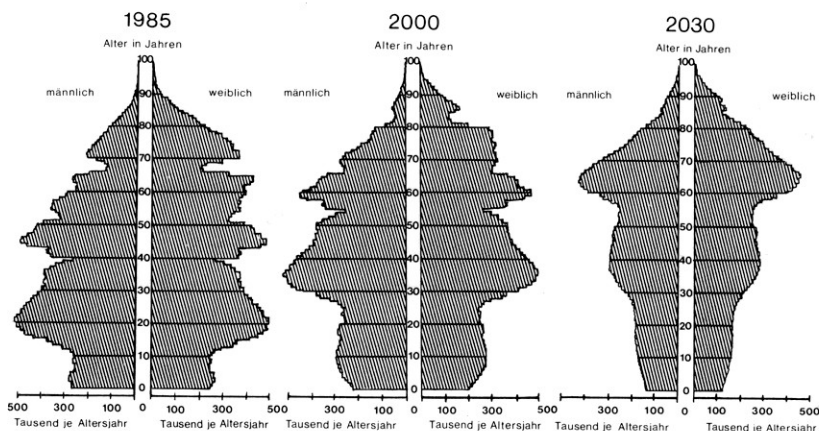
1.9 Bevölkerungsvorausschätzungen

Bevölkerungsvorausschätzungen arbeiten mit Annahmen über die künftige Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Sterblichkeit und der Wanderungsbewegungen über die Grenzen des Bundesgebiets. Ob die Vorausberechnungen auch tatsächlich eintreffen, wird um so fraglicher, je weiter der Prognosezeitraum in die Zukunft reicht.

Wenn sich die Vorausschätzung nur auf die nächsten zwei Jahrzehnte erstreckt, ist die Aussagefähigkeit – zumindest der Modellrechnungen für die deutsche Bevölkerung – hoch, weil die meisten Menschen, die das Jahr 2000 erleben werden, bereits geboren sind. Unsicherheiten bestehen insofern nur im Hinblick auf die ungeborene Generation.

Alle Bevölkerungsvorausschätzungen weisen für die deutsche Bevölkerung eine sinkende Bevölkerungszahl aus, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, je nach den zugrunde gelegten Annahmen. Unterstellt man als wesentliche Vorgaben z. B. rückläufige Sterblichkeit und Fortdauer der Geburtenhäufigkeit des Jahres 1984, so werden im Jahr 2000 im Bundesgebiet knapp 55 Millionen Deutsche leben. Wenn man diese Alternative bis ins Jahr 2030 durchspielt, ergibt sich rein rechnerisch eine Bevölkerungszahl von 43 Millionen. 38 % der Deutschen wären nach dieser Vorausberechnung im Jahre 2030 älter als 59 Jahre.

Abb. 10: Altersaufbau der deutschen Bevölkerung
(Vorausberechnung für die Jahre 2000 und 2030 unter Annahme konstanter Geburtenhäufigkeit und rückläufiger Sterblichkeit)
Basisjahr 1984



Unsicherer als die Prognose der Deutschen ist eine Vorausberechnung der Ausländer in der Bundesrepublik wegen der starken Schwankungen der Wanderungsbewegungen dieses Personenkreises. Bei ausgeglichenem Wanderungssaldo könnte die Zahl der Ausländer im Jahr 2000 bei etwa 4,7 Millionen liegen; geht man von jährlich 55 000 mehr Zu- als Fortzügen aus, so würden im Jahr 2000 etwa 5,7 Millionen Ausländer im Bundesgebiet leben.

2 Bildung

2.1 Einführung

Kaum ein Politikbereich wird mit so vielen, zum Teil kontroversen Schlagworten belegt wie die Bildungspolitik. Lehrerschwemme, Studentenberg, Pillenknick, Bildungsnotstand, Akademikerarbeitslosigkeit oder Lehrstellenmangel sind nur eine kleine Auswahl aus dem Vokabular, das zur Kennzeichnung der Bildungssituation dienen soll. Dabei wird oft mehr Verwirrung gestiftet als Klarheit herbeigeführt. Deshalb ist es notwendig, die Diskussion durch fundiertes statistisches Material zu versachlichen.

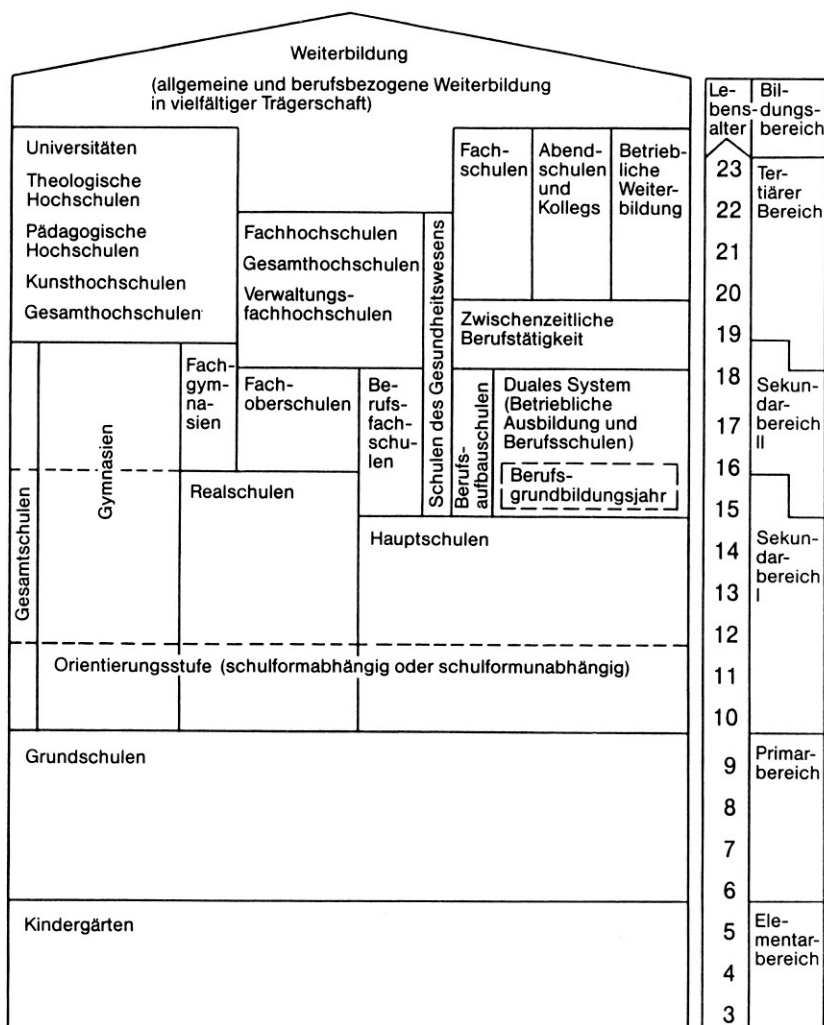
Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. „Bildung“ erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es beispielsweise die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Hierüber können kaum quantitative Aussagen getroffen werden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schüler, Auszubildenden und Studenten sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt die Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. So ist der Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre mit rund einer Million Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1985. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung nicht der einzige Einflußfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Von großer Bedeutung sind auch die individuellen Bildungsentscheidungen und die Maßnahmen zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

2.2 Kindergärten und Schulkindergärten

Die Vermittlung von Kenntnissen durch die Eltern wird in Kindergärten, Kinderhorten, Schulkindergärten sowie „Vorklassen“ und „Klassen der Eingangsstufe“ an Grundschulen (vorschulische Einrichtungen) ergänzt und fortgeführt. Die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) und die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. 1985 besuchten rund 65 900 Kinder (5,9 % der Kinder von fünf bis unter sieben Jahren) diese Einrichtungen.

Abb. 1: Grundstruktur des Bildungswesens¹
in der Bundesrepublik Deutschland 1985



¹ Schematisierte Darstellung der typischen Struktur des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland. In den einzelnen Bundesländern bestehen Abweichungen.

2.3 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

2.3.1 Schüler

Die Schulpflicht beginnt nach Vollendung des sechsten Lebensjahres. Sie beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Alle Kinder besuchen zunächst die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre dauert. Mit zeitlicher Verzögerung zur rückläufigen Geburtenentwicklung (vgl. Kap. 1) verringerte sich die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult wurden. Während zwischen 1970 und 1974 noch über eine Million Einschulungen pro Jahr erfolgten, waren es zu Beginn des Schuljahres 1985/86 nur noch 543 000. Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag in rückläufigen Schülerzahlen an den Grundschulen (1985: 2,3 Mill.) sowie in der verringerten Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen.

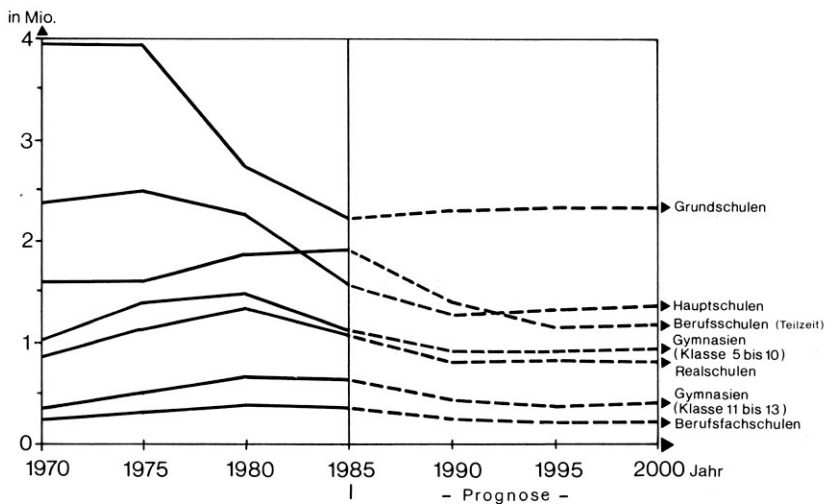
1976 erreichte die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen mit über zehn Millionen ihren Höchststand und verminderte sich dann kontinuierlich auf 7,2 Millionen im Jahr 1985. Verringert hat sich zunächst nur die Zahl deutscher Schüler, während die Zahl ausländischer Kinder an den Schulen erst 1982 ihren Höhepunkt erlangte. 1975 war nur etwa jeder 26. Schüler an allgemeinbildenden Schulen ausländischer Herkunft, 1985 dagegen fast jeder elfte.

Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz werden in den kommenden Jahren auch die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen sinken.

Welche weiterführende Schulart nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommt – Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den Leistungen des Schülers; außerdem dienen die Schuljahre fünf und sechs der allgemeinbildenden Schulen der Förderung und Orientierung aller Schüler im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn (Orientierungsstufe). 1985 wurden in den Hauptschulen 1,6 Mill. Schüler, in den Realschulen 1,0 Mill. Schüler und in den Gymnasien 1,8 Mill. Schüler unterrichtet. Außerdem besuchten 217 000 Schüler Gesamtschulen, in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind.

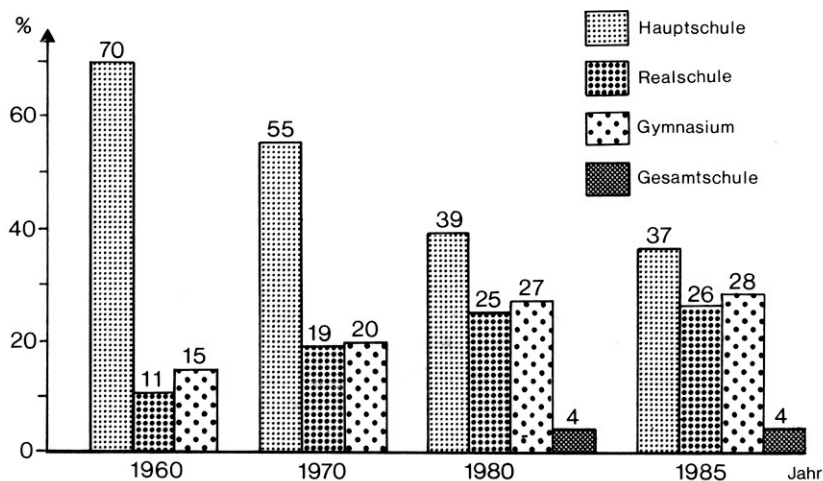
Im Schulbesuch spiegelt sich der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wider. Dies wird anschaulich, wenn man die Verteilung eines bestimmten Altersjahrgangs auf die unterschiedlichen Schularten im Zeitablauf betrachtet. Für eine solche Untersuchung erscheinen die 13jährigen besonders geeignet, weil in diesem Alter in der Regel die Entscheidung für die weiterführende Schulart gefallen ist und sie andererseits noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dabei wird deutlich, daß sich der Schulbesuch in dieser Altersstufe kontinuierlich von den Hauptschulen auf die Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen verlagert hat. So wurden z. B. im Jahr 1960 noch 70 % der 13jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet; 1985 lag das Verhältnis bei 37 % zu 54 %.

Abb. 2: Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen



Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Dokumentation Nr. 99, Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1985 bis 2010.

Abb. 3: Schulbesuch der 13jährigen



Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Das sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 1985 besuchten 271 000 Kinder Sonderschulen, also knapp 4 % der insgesamt etwa 7,2 Mill. Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Der überwiegende Teil (60 %) der Behinderten wurde in Klassen für Lernbehinderte unterrichtet.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs (Einrichtungen des zweiten Bildungsweges) nachzuholen. 1985 nutzten 42 000 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Tab. 1: Schüler an allgemeinbildenden Schulen
in Tausend

Schulart	1960	1970	1980	1985
Grundschulen	5 219	3 978	2 771	2 256
Hauptschulen		2 369	2 274	1 572
Sonderschulen	143	322	354	271
Realschulen	431	863	1 351	1 049
Gymnasien	853	1 379	2 119	1 750
davon Klasse 5–10	642	1 062	1 496	1 110
Klasse 11–13	212	317	624	640
Gesamtschulen	–	–	220	217
Abendschulen und Kollegs	9	25	39	42
Insgesamt	6 655	8 938	9 128	7 158

Im Gegensatz zur rückläufigen Zahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, stieg die Gesamtzahl der Abgänger aus den Schulen wegen der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1970 und 1983 nahezu kontinuierlich an. Hierin zeigt sich das Ausmaß, in dem junge Menschen gegenwärtig und noch in absehbarer Zukunft in das Beschäftigungssystem eintreten.

Auch bei den Schulabgängern wird der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen deutlich. Allerdings gibt es immer noch eine Reihe von Jugendlichen, die die Schule ohne einen Schulabschluß verlassen. 1985 beendeten 6,6 % der Abgänger aus dem allgemeinbildenden oder beruflichen Schulwesen ihre Vollzeitschulpflicht ohne Hauptschulabschluß. In dieser Gruppe sind Jungen stärker vertreten als Mädchen.

Die Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluß setzen ihre Ausbildung überwiegend im dualen System von (Teilzeit-)Berufsschule und Betrieb fort. Die Berufsschule

Tab. 2: Schulabgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen¹ Schulen

Jahr	Insgesamt 1000	Davon (%)			
		nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht		mit Realschul- oder gleichw. Abschluß	mit Hochschul- oder Fachhoch- schulreife
		ohne Haupt- schulabschluß	mit Haupt- schulab- schluß		
1970	769	17,5	45,0	26,0	11,4
1975	921	11,8	38,2	31,6	18,4
1980	1 105	10,1	35,6	34,5	19,8
1985	1 106	6,6	28,9	37,6	26,9

1 Schulabgänger aus beruflichen Schulen sind hier nur insoweit erfaßt, als sie Abschlußzeugnisse erhalten haben, die dem Realschulabschluß gleichwertig sind oder zum Besuch einer Fachhochschule oder Hochschule berechtigen.

ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule aber auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen. Im Jahr 1985 gab es insgesamt 1,9 Mill. (Teilzeit-)Berufsschüler, davon waren 1,8 Mill. Auszubildende im dualen System.

Tab. 3: Schüler an beruflichen Schulen
in Tausend

Schulart	1960	1970	1980	1985
(Teilzeit-)Berufsschulen ¹	1 662	1 600	1 861	1 912
Berufsgrundbildungsjahr ²	–	–	109	113
Berufsaufbauschulen	–	40	22	10
Berufsfachschulen	139	205	352	392
Fachoberschulen, Fachgymnasien	–	59	134	136
Fachschulen	142	167	192	214
Insgesamt	1 943	2 072	2 669	2 776

1 Einschließlich Berufssonderschulen.

2 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr.

Eine Sonderstellung nimmt das Berufsgrundbildungsjahr (Berufsschule in Vollzeitform) ein, das als erstes Jahr der Berufsausbildung in verschiedenen Berufsfeldern durchgeführt wird. Es vermittelt eine berufliche Grundbildung und wird in der Regel auf die weitere Berufsausbildung angerechnet. Daneben werden Jugendlichen, die aufgrund unterschiedlicher Beeinträchtigungen keine oder noch keine Berufsausbildung erhalten können, berufsvorbereitende vollzeitschulische Bildungsgänge (Berufsvorbereitungsjahr) angeboten. 1985 wurden rund 113 000 Jugendliche im Berufsgrundbildungs- oder Berufsvorbereitungsjahr unterrichtet. Von ihnen hatten etwa 31 % keinen Hauptschulabschluß.

Außerdem besteht nach der Entlassung aus den allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, eine Berufsfachschule zu besuchen. Es handelt sich dabei um Vollzeitschulen, die ein bis drei Jahre besucht werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. 1985 wurden rund 392 000 Schüler an Berufsfachschulen unterrichtet, und zwar bevorzugt in Wirtschafts-, Handels- und Verwaltungsberufen. Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien, die den Zugang zu den Fachhochschulen bzw. Hochschulen eröffnen, besuchten 1985 136 000 Jugendliche.

Die Fachschulen (einschließlich Schulen des Gesundheitswesens) werden in der Regel freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 1985 gab es rund 214 000 Fachschüler.

2.3.2 Lehrer

Die Qualität der schulischen Ausbildung wird durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich der Lehrer mit dem einzelnen Schüler beschäftigen kann. An allen Schularten konnte im letzten Jahrzehnt die Betreuungsrelation verbessert

Tab. 4: Schüler je Lehrer¹ an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Schulart	1970	1980	1985
Grund- und Hauptschulen	31,6	21,6	17,8
Sonderschulen	15,3	8,7	6,9
Realschulen	23,1	21,5	17,7
Gymnasien	18,8	17,4	14,3
Gesamtschulen	—	15,4	12,6
Abendschulen und Kollegs	16,3	14,8	13,5
Berufliche Schulen	.	32,0	29,3

¹ Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete Teilzeitlehrer.
Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder.

werden. So verminderte sich beispielsweise die Anzahl der Schüler je Lehrer an den Grund- und Hauptschulen zwischen 1970 und 1985 von durchschnittlich 31,6 auf 17,8, an den Sonderschulen von 15,3 auf 6,9.

1985 unterrichteten 457 000 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen und 90 000 an beruflichen Schulen. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1970 aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der gestiegenen Bildungsnachfrage wesentlich erhöht, insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien. Allerdings sind die Lehrerzahlen angesichts sinkender Schülerzahlen teilweise bereits wieder rückläufig. So unterrichteten 1985 215 000 Lehrer an den Grund- und Hauptschulen, 18 000 weniger als 1980.

Tab. 5: Lehrer¹ an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
in Tausend

Schulart	1970	1980	1985
Allgemeinbildende Schulen	339	477	457
Grund- und Hauptschulen	202	233	215
Sonderschulen	21	41	40
Realschulen	38	63	59
Gymnasien	77	122	122
Gesamtschulen	–	16	18
Abendschulen und Kollegs	2	2	3
Berufliche Schulen	.	80	90
Insgesamt	.	557	547

1 Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete Teilzeitlehrer.

Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Während der Besuch der (Teilzeit-)Berufsschulen zur Vermittlung der fachtheoretischen Ausbildungsinhalte dient, vollzieht sich die praktische Berufsausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungswerkstätten.

Im Bereich der betrieblichen Berufsausbildung haben die geburtenstarken Jahrgänge zu einer anhaltend hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen geführt. Tab. 6 zeigt, daß das Ausbildungsplatzangebot der zum Teil sprunghaft gestiegenen Nachfrage weitgehend angepaßt werden konnte. Die im Zeitraum von 1975 bis 1985 erreichte Steigerung des Ausbildungsplatzangebots von 480 000 auf 719 000 reichte jedoch nicht aus, um allen Bewerbern eine betriebliche Berufsausbildung zu sichern, denn gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von 486 000 auf 756 000. Zwar konnten im Jahr 1985

Tab. 6: Auszubildende, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie bestandene Abschlußprüfungen in Tausend

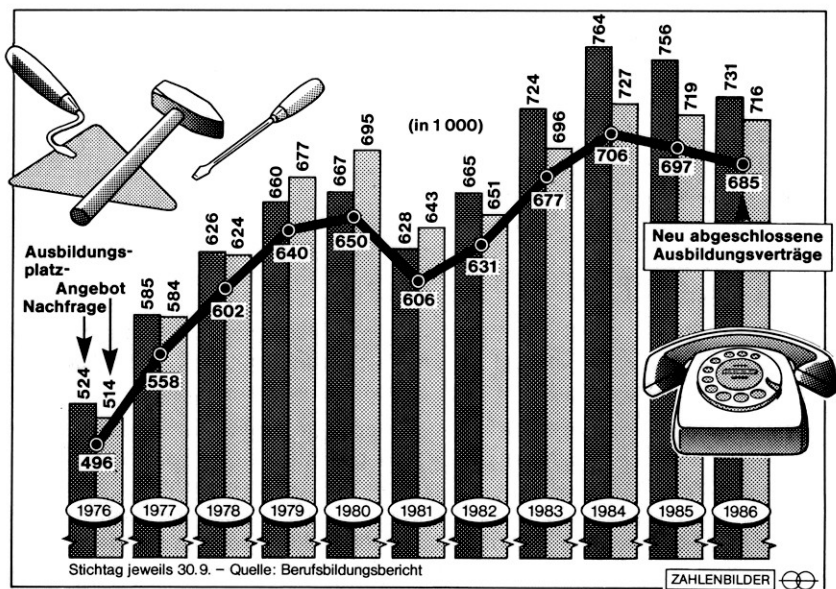
Jahr	Auszubildende insgesamt ¹	Angebot an Ausbildungsplätzen ²	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ²	Neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse ²	Bestandene Abschlußprüfungen
1975	1 329	480	486	462	461
1980	1 715	695	667	650	568
1983	1 722	696	724	677	616
1984	1 800	727	764	706	605
1985	1 831	719	756	697	633

1 Stand: Jeweils 31. Dezember.

2 Stand: Jeweils 30. September.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht.

Abb. 4: Ausbildungsplätze 1976–1986



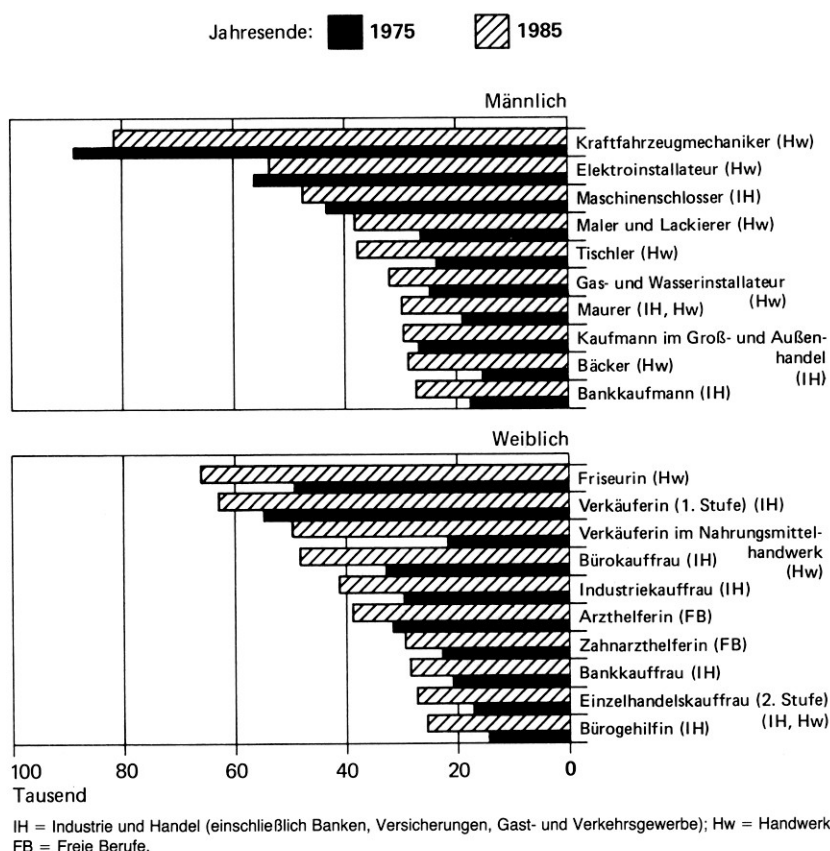
© Erich Schmidt Verlag GmbH

264 335

697 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen werden (1975: 462 000), trotzdem standen in diesem Jahr 22 000 unbesetzten Ausbildungsplätzen noch 59 000 unvermittelte Bewerber gegenüber. Allerdings scheint der Gipfel der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen überschritten zu sein, nachdem 1985 erstmals ein geringfügiger Rückgang gegenüber 1984 zu verzeichnen war.

In den letzten Jahren wünschten nicht nur Haupt- und Realschulabgänger, sondern auch Abiturienten verstärkt eine betriebliche Berufsausbildung. Von den 1,8 Mill. Jugendlichen, die 1984 in einem Ausbildungsverhältnis standen, besaßen 10,7 % die Hochschul- oder

Abb. 5: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen



Fachhochschulreife, 42,7 % hatten einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß und waren überwiegend Abgänger aus Realschulen und Berufsfachschulen. Den Hauptschulabschluß hatten 36,6 % und ohne Hauptschulabschluß waren 2,4 % der Auszubildenden. Das Berufsgrundbildungs- bzw. Berufsvorbereitungsjahr hatten 7,6 % besucht.

Die Verteilung der Auszubildenden läßt deutliche Schwerpunkte erkennen: 1985 konzentrierten sich 64 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 81 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 25 von insgesamt 429 anerkannten Ausbildungsberufen. Viele Jugendliche finden im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Bei den männlichen Jugendlichen rangiert der Beruf Kraftfahrzeugmechaniker in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: nahezu jeder dreizehnte Auszubildende ergreift ihn. Ein großer Teil der Mädchen entscheidet sich für die Berufe Verkäuferin und Friseurin. Neuerdings lassen sie sich verstärkt auch in einigen typischen „Männerberufen“ ausbilden; so durchliefen 1985 beispielsweise bereits rund 3 600 weibliche Jugendliche eine Ausbildung als Malerin und Lackiererin.

Am Ende der Berufsausbildung sind Abschlußprüfungen durchzuführen. Die Erfolgsquote lag 1985 bei 90 %, d. h. von 705 000 Prüfungen wurden 633 000 bestanden. Nach Abschluß der Berufsausbildung treten allerdings zunehmend Probleme beim Berufsstart auf. Im September 1985 waren 46 400 Personen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, die vor der Arbeitslosigkeit eine betriebliche Berufsausbildung abgeschlossen hatten. Bei den Männern waren die Übernahmeprobleme in Berufen wie Kraftfahrzeugmechaniker, Bäcker, Gärtner und Fleischer am größten, bei den Frauen in Berufen wie Friseurin, Gärtnerin und Sprechstundenhelferin.

2.5 Studienabsichten

Jährlich werden die Schüler, die kurz vor der Reifeprüfung stehen, nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. 1986 äußerten 59 % der Schüler, die die Hochschulreife anstrebten, den Wunsch zu studieren, 17 % bekundeten keine Studienabsichten und die restlichen 24 % waren noch unentschlossen. Von den Schülern, die sich auf die Fachhochschulreife vorbereiteten, beabsichtigten 61 % die Aufnahme eines Studiums, während 13 % nicht studieren wollten; 26 % hatten diesbezüglich noch keine konkreten Zukunftspläne. Bei den Mädchen war die Studienneigung insgesamt geringer ausgeprägt als bei den Jungen.

Der Anteil der Studierwilligen lag in der Vergangenheit wesentlich höher als heute. So strebten beispielsweise 1972 90 % aller Abiturienten ein Studium an, und nur 4 % äußerten den Wunsch, unmittelbar nach ihrem Schulabschluß in das Berufsleben einzutreten. Stark erhöhte sich in den letzten Jahren insbesondere der Anteil der Unentschlossenen.

Tab. 7: Studienabsicht der Abiturienten

Jahr	Befragte insgesamt	Studienwillige	Unent- schlossene	Ohne Studienabsicht
	1000		%	
Männlich				
1972	82	90,3	6,5	3,2
1976	109	78,7	15,4	6,0
1980	113	72,5	20,9	6,6
1986	142	67,2	23,0	9,8
Weiblich				
1972	45	88,6	5,6	5,8
1976	75	70,4	15,5	14,1
1980	88	63,0	21,8	15,3
1986	121	49,6	26,1	24,3
Insgesamt				
1972	126	89,7	6,2	4,2
1976	183	75,3	15,4	9,3
1980	201	68,3	21,3	10,4
1986	264	59,1	24,4	16,5

2.6 Hochschulen

2.6.1 Studenten

Die Furcht der sechziger Jahre vor einer drohenden „Bildungskatastrophe“, d. h. einem Bildungsrückstand der deutschen Bevölkerung im internationalen Vergleich, besteht schon seit einiger Zeit nicht mehr. Denn die Zahl der Studenten hat sich zwischen 1960 und 1985 von annähernd 250 000 auf über 1,3 Millionen mehr als verfünffacht. Diese Entwicklung hängt nicht nur mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Hochschulbereich, sondern auch mit einem höheren Anteil der Studienberechtigten an der Bevölkerung zusammen. 1985 kamen 219 Studenten auf 10 000 Einwohner gegenüber 44 im Jahr 1960.

Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz wird sich die Gesamtzahl der Studenten zunächst noch weiter erhöhen und Ende der achtziger Jahre maximal einen Wert von 1,5 Millionen erreichen. Danach wird ihre Zahl wieder abnehmen, im Jahre 2000 wird noch mit 0,73 bis 0,94 Mill. Studenten gerechnet.

Im Wintersemester 1985/86 waren 69,5 % aller Studenten an Universitäten sowie pädagogischen und theologischen Hochschulen eingeschrieben. Die Anteile für die übrigen Hochschularten betrugen: Fachhochschulen 22,5 %, Gesamthochschulen 6,4 %, Kunsthochschulen 1,6 %.

Numerus clausus und schlechte Berufsaussichten in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes haben bewirkt, daß die Studenten das Studienfach nicht ausschließlich nach dem Interessenschwerpunkt wählen (können). Deutlich zeigt sich dies bei den Lehramtsstudenten. Lag ihr Anteil im Wintersemester 1975/76 noch bei 30 % der Studenten, betrug er im Wintersemester 1985/86 nur noch 10,4 %. Kräftig zugenommen

Tab. 8: Studenten an Hochschulen
in Tausend

Hochschulart	1960	1970	1980	1985
Universitäten ¹	239	412	749	929
Gesamthochschulen	—	—	69	85
Kunsthochschulen	7	10	18	21
Fachhochschulen ²	—	—	200	301
Insgesamt	247	422	1 036	1 336
darunter Studienanfänger	51	87	176	217

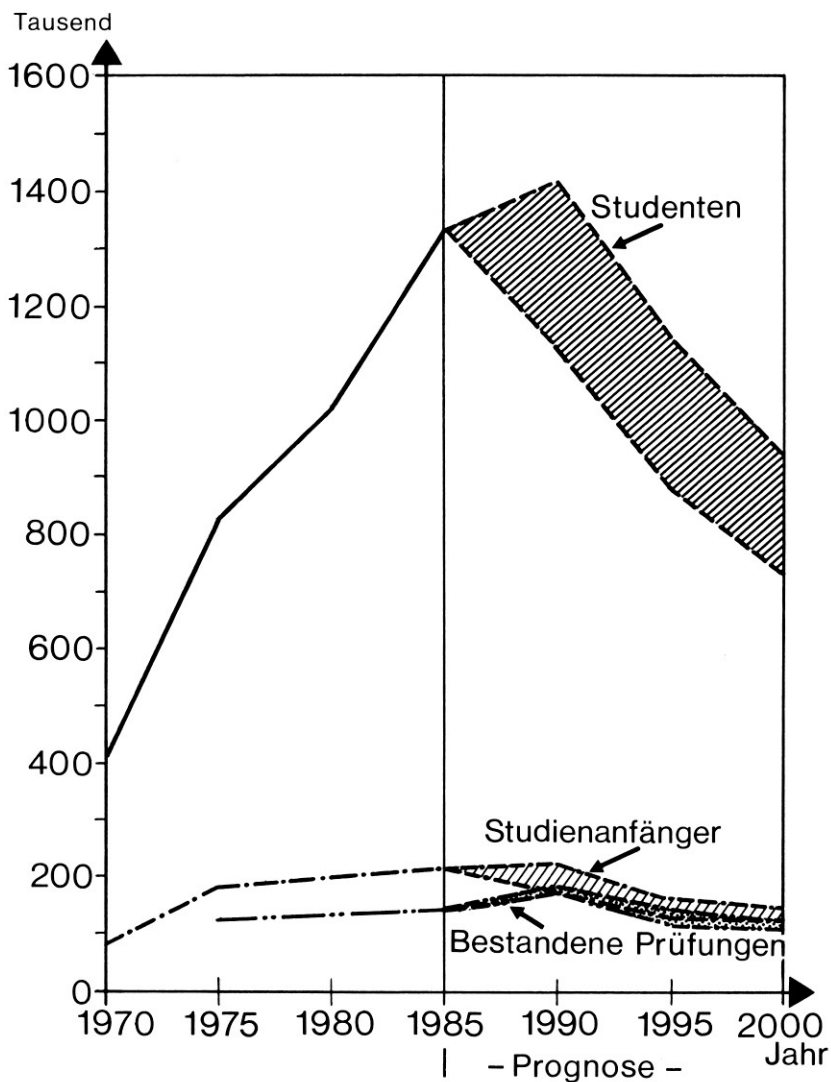
1 Einschließlich pädagogischer und theologischer Hochschulen.

2 Ohne Studierende der ehemaligen Ingenieurakademien.

Tab. 9: Studenten nach ausgewählten Fächergruppen
in Tausend

Wintersemester	Insgesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
1975/76	836	214	190	143	50	154
1980/81	1 032	236	265	160	78	185
1985/86	1 336	275	360	206	96	274

Abb. 6: Studenten, Studienanfänger sowie bestandene Hochschulprüfungen



Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Dokumentation Nr. 95, Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2000.

Tab. 10: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer
im Wintersemester 1985/86
nur deutsche Studenten

Rang- folge	Studienfach	Männl. %	Rang- folge	Studienfach	Weibl. %
1	Maschinenbau/-wesen	7,3	1	Germanistik/Deutsch	7,2
2	Elektrotechnik/Elektronik	7,1	2	Medizin	
3	Rechtswissenschaft	6,9		(Allgemein-Medizin)	6,9
4	Betriebswirtschaftslehre	6,4	3	Rechtswissenschaft	6,8
5	Medizin		4	Betriebswirtschaftslehre	4,6
	(Allgemein-Medizin)	5,9	5	Erziehungswissenschaft	
6	Wirtschaftswissenschaften	4,2		(Pädagogik)	4,4
7	Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	3,4	6	Biologie	3,8
8	Physik	3,3	7	Anglistik/Englisch	3,6
9	Informatik	3,1	8	Wirtschaftswissenschaften	2,7
10	Chemie	3,0	9	Psychologie	2,6
			10	Architektur	2,5

hat demgegenüber die Anzahl der Studenten in den Fächergruppen Humanmedizin sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; zwischen 1975 und 1985 war hier ein Zuwachs von 92 bzw. 89 % zu verzeichnen.

Was die Beliebtheit der einzelnen Studienfächer betrifft, gibt es bei Männern und Frauen deutliche Unterschiede. Während von den männlichen Studenten technische Studienfächer bevorzugt werden, wenden sich die Studentinnen viel stärker den Sprach- und

Tab. 11: Bestandene Prüfungen an Hochschulen
in Tausend

Prüfungsgruppe	1970	1980	1985
Diplom (U)- und entsprechende Abschlußprüfungen	26	46	61
Doktorprüfungen	11	12	15
Lehramtsprüfungen	14	30	23
Diplom (FH)/Kurzstudiengänge	.	35	48
Insgesamt	.	124	147

Kulturwissenschaften zu. Bei beiden Geschlechtern gehören Rechtswissenschaft, Medizin (Allgemeinmedizin), Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften zu den zehn am stärksten besetzten Studienfächern.

Die Zahl der bestandenen Prüfungen gibt Aufschluß über die Schar der Hochschulabsolventen, die in den letzten Jahren deutlich angewachsen ist.

Nach einer Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz wird sich die Zahl der Hochschulabsolventen zunächst noch weiter erhöhen und je nach der Annahme zur Studierwilligkeit der Abiturienten im Jahr 1989 mit 174 000 bzw. im Jahr 1994 mit 201 000 einen Höchstwert erreichen. Danach wird die Absolventenzahl auf 112 000 bis 145 000 im Jahr 2000 sinken.

2.6.2 Personal

An den Hochschulen des Bundesgebietes wurden im Jahre 1985 327 000 Beschäftigte gezählt. Von den 279 000 hauptberuflich Tätigen gehörten 93 000 zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 186 000 zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. 48 000 übten ihre Tätigkeiten nebenberuflich aus; dazu zählten insbesondere die Lehrbeauftragten, Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Abschlußprüfung. Bei einem Vergleich mit den Personalzahlen der Vorjahre ist zu

Tab. 12: Personal an Hochschulen
in Tausend

Merkmal	1972	1980	1985
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal			
Hauptberuflich	66	86	93
Nebenberuflich	22	42	46
Zusammen	88	127	139
Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal			
Hauptberuflich	108	164	186
Nebenberuflich	22	28	2
Zusammen	130	191	188
Insgesamt	218	319	327
Studenten je hauptberuflicher Lehrperson	10	12	14

berücksichtigen, daß seit 1982 die studentischen Hilfskräfte nicht mehr erfaßt werden; dies wirkt sich deutlich bei den Angaben über das nebenberufliche Verwaltungs-, technische und sonstige Personal aus. Trotzdem kann festgestellt werden, daß sich seit 1972 die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen um 109000 erhöht hat, das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal um 27000. Im gleichen Zeitraum ist aber die Studentenzahl noch stärker gestiegen, so daß 1972 im Durchschnitt zehn, 1985 aber vierzehn Studenten auf eine hauptberufliche Lehrperson kamen.

2.7 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, daß sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen erkennen läßt.

Eine in den Jahren 1979 und 1982 im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64jährigen Bundesbürgern bestätigt diese Tendenz. Danach hatten 1979 23 % aller 19- bis 64jährigen an Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen, 1982 waren es bereits 29 %.

Die Weiterbildungsbeteiligung stieg in nahezu allen Bereichen. Bei der allgemeinen Weiterbildung erhöhte sich die Teilnehmerzahl zwischen 1979 und 1982 von 4,0 auf 4,9 Mill. (oder von 12 % auf 14 % der Befragten). Für das berufliche Fortkommen engagierten sich 1979 3,3 Mill., 1982 schon 4,2 Mill. Personen. Auch bei der Wiederaufnahme einer Schul- oder Berufsausbildung nach einer Zeit der Berufstätigkeit ist eine deutlich steigende Tendenz zu erkennen. Lediglich die politische Weiterbildung stagnierte bei 2 % der 19- bis 64jährigen.

Hochqualifizierte Personen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (jeder vierte Hochschulabsolvent nahm 1982 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden die Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur etwa jeder zehnte von ihnen besuchte 1982 entsprechende Veranstaltungen.

Der wichtigste Träger der beruflichen Weiterbildung ist der Betrieb. Knapp die Hälfte (47 %) aller beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen werden vom Arbeitgeber durchgeführt. In der allgemeinen und politischen Weiterbildung sind vor allem die Volkshochschulen engagiert, bei denen über ein Viertel aller Veranstaltungen dieser Art stattfindet.

Insgesamt verzeichneten die Volkshochschulen 1985 4,8 Mill. Teilnehmer an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 3,4 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen. (Dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen

Tab. 13: Weiterbildungsteilnahme nach Weiterbildungsbereichen
in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis unter 65 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Teilnahme an Weiterbildung im letzten Jahr ¹	
	1979	1982
Berufliche Weiterbildung insgesamt,	10	12
und zwar:		
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	1	1
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	2	2
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	3	4
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	6	8
Allgemeine Weiterbildung insgesamt,	12	14
darunter Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zu den Themenschwerpunkten:		
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Le- bensführung	3	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechts- fragen	2	2
Sprachkenntnisse	3	4
Praktische Kenntnisse, die man manchmal braucht, z. B. Erste Hilfe, Reparaturen im Haus, am Auto usw.	3	3
Wie man aktiv seine Freizeit gestalten kann, z. B. basteln, ein Musikinstrument spielen usw.	2	3
Wissen auf Gebieten, wie z. B. Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	2	2
Politische Weiterbildung		
Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zum The- menbereich:		
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik	2	2
An mindestens einem der genannten Bereiche (berufliche, allgemeine und politische Weiterbildung) teilgenommen	18	22
Wiederaufgenommene Ausbildung	2	4
Sonstige Weiterbildung	3	5
Gesamtteilnahmequote	23	29

1 „Im letzten Jahr“ bedeutet in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bildung-Wissenschaft-Aktuell, Berichtssystem Weiterbil-
dungsverhalten 1982.

möglich.) Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 1985 von rund 29 % aller Teilnehmer belegt wurden. Etwa 63 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluß nachzuholen, davon wollten rund 59 % den Hauptschulabschluß erwerben.

2.8 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den einzelnen stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Im Jahre 1985 hatten rund 30 % der Bevölkerung über 15 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland einen sogenannten „höherwertigen“ Bildungsabschluß (Realschulabschluß/Fachhoch-, Hochschulreife). In der Gruppe der 20- bis 30jährigen konnte bereits über die Hälfte (51 %) einen solchen Abschluß nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu etwa 18 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

Etwa 57 % der Bevölkerung über 15 Jahre absolvierten außer der allgemeinbildenden Schule auch eine berufliche Ausbildung, und zwar überwiegend in Form einer Lehre. Bei

Tab. 14: Bildungsniveau der Bevölkerung im Juni 1985:
Allgemeinbildender Schulabschluß

Alter	Noch ohne Schulabschluß ¹		Volksschule/ Hauptschule ²		Realschul- od. gleichwertiger Abschluß		Fachhoch-/ Hochschulreife	
	1 000	% ³	1 000	% ³	1 000	% ³	1 000	% ³
15-19	1 995	40,5	1 633	33,1	1 082	21,9	221	4,5
20-29	168	1,8	4 537	47,3	2 564	26,7	2 332	24,3
30-39	69	0,9	4 860	61,3	1 566	19,8	1 430	18,0
40-49	78	0,9	6 519	72,0	1 489	16,4	972	10,7
50-59	80	1,0	6 035	78,9	955	12,5	582	7,6
60 und älter	256	2,0	10 315	80,3	1 532	11,9	749	5,8
Insgesamt	2 647	5,1	33 899	65,2	9 188	17,7	6 285	12,1

1 Einschließlich Personen ohne Angabe.

2 Abgänger von der Volks- bzw. Hauptschule mit oder ohne entsprechenden Abschluß.

3 Anteil an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

Tab. 15: Bildungsniveau der Bevölkerung im Juni 1985:
Beruflicher Bildungsabschluß

Alter	Lehr-, Anlern- ausbildung ¹		Fachschul- ²		Fachhochschul- ³ abschluß		Hochschul- ⁴	
	1 000	% ⁵	1 000	% ⁵	1 000	% ⁵	1 000	% ⁵
15-29	6 132	42,2	367	2,5	214	1,5	291	2,0
30-44	6 725	55,5	950	7,8	499	4,1	1 000	8,2
45-59	6 019	48,1	838	6,7	318	2,5	478	3,8
60 und älter	4 874	37,9	540	4,2	173	1,3	306	2,4
Insgesamt	23 751	45,7	2 696	5,2	1 203	2,3	2 074	4,0

1 Einschließlich gleichwertigem Berufsfachschulabschluß sowie beruflichem Praktikum.

2 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung.

3 Einschließlich Ingenieurschulabschluß.

4 Einschließlich Lehrerausbildung.

5 Anteil an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

der Mikrozensuserhebung im Juni 1985 gaben etwa 46 % der Befragten eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluß an. Rund 2 % hatten einen Fachhochschul- und 4 % einen Hochschulabschluß.

Mehr als jeder vierte Erwerbstätige (27,2 %) war im Juni 1985 ohne beruflichen Ausbildungsabschluß. Dieser Anteil erreichte bei den erwerbstätigen Männern etwa 23 % und bei den erwerbstätigen Frauen sogar knapp 35 %.

2.9 Bildung und individuelle Merkmale

In einem Zeitraum von einer Generation hat sich die Bildungssituation der Frauen erheblich verbessert. So besaßen im Jahr 1985 bei den 50- bis 54jährigen etwa 10 % der männlichen, aber nur rund 4 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur. Bei der jüngeren Generation fallen dagegen die geschlechtsspezifischen Bildungsunterschiede kaum ins Gewicht: In der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen hatten rund 24 % sowohl der Männer als auch der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft fortsetzen. So wurden an den Gymnasien im Jahr 1985 etwa gleich viele Mädchen (50,5 %) wie Jungen unterrichtet; an den Realschulen waren sie sogar stärker (53,1 %) vertreten. Auch an den Berufsfachschulen (65,8 %) und den Schulen des Gesundheitswesens (86,4 %) stellten sie die Mehrheit der Schüler. Außerdem durchliefen Mädchen die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt schneller als Jungen, da sie seltener Klassen wiederholen mußten.

In der betrieblichen Berufsausbildung sind die weiblichen Auszubildenden dagegen noch erheblich unterrepräsentiert: Im Jahr 1985 waren nur 41 % aller Auszubildenden Mädchen. Etwa gleich hoch lag im Wintersemester 1985/86 der Frauenanteil an den Hochschulen mit 38 %. Während sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden gegenüber 1970 jedoch nur um 5 Prozentpunkte erhöht hat, ist er an den Hochschulen im gleichen Zeitraum um 7 Prozentpunkte gestiegen.

Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, ist sehr gering: 1985 wurden nur etwa 9 % aller Ausländerkinder, die auf allgemeinbildende Schulen gingen, an Gymnasien unterrichtet, dagegen besuchten rund 77 % Grund- und Hauptschulen. Offenbar führen ungenügende Sprachkenntnisse, eine andere Einstellung der Eltern zur Notwendigkeit der Ausbildung sowie finanzielle Probleme in vielen Fällen zur geringeren Qualifikation der Ausländerkinder. Auch in der betrieblichen Berufsausbildung sind Ausländer unterrepräsentiert. 1985 betrug ihr Anteil an den Auszubildenden 2,8 %. Ein Vergleich der ausländischen Auszubildenden insgesamt mit den für die Berufsausbildung besonders bedeutsamen Altersjahrgängen ergibt, daß 1985 23,0 % der 16- bis 18jährigen Ausländer eine betriebliche Berufsausbildung durchliefen. Für die deutschen Jugendlichen liegt die Vergleichsquote bei rund 66 %. Etwas günstiger sieht es

Tab. 16: Bildung und soziale Herkunft

Schulbesuch von Kindern im Alter von 10 bis unter 15 Jahren
aus vollständigen Familien nach der beruflichen Stellung des
Familienvorstandes 1972/1982 in Prozent

Schultyp	Familienvorstand ist erwerbstätig als							
	Selbstständiger		Beamter		Angestellter		Arbeiter	
	1972	1982	1972	1982	1972	1982	1972	1982
Grund-, Haupt- (Volks-)schule	63,3	48,0	45,9	33,0	51,6	37,1	80,1	68,0
Real-/Mittelschule	16,2	21,2	15,1	18,2	17,4	21,5	11,5	16,8
Gymnasium	20,1	25,0	36,8	42,7	28,7	34,8	5,6	8,5
Integrierte Gesamtschule	–	4,6	–	4,9	–	5,3	–	4,8
Angabe fehlt	2,4	1,2	2,2	1,2	2,3	1,4	2,9	1,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Informationen Bildung-Wissenschaft, 9 (1984).

an den Hochschulen aus. Im Wintersemester 1985/86 war jeder achtzehnte Student ausländischer Herkunft. Allerdings ist bei diesen Zahlenangaben zu berücksichtigen, daß die ausländischen Schüler und Auszubildenden überwiegend ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben, während sich die ausländischen Studenten in der Mehrzahl hier nur vorübergehend zu Studienzwecken aufhalten.

Ein enger Zusammenhang besteht auch zwischen der Ausbildung der Kinder und dem Bildungsabschluß bzw. der beruflichen Stellung der Eltern, insbesondere des Vaters. Dies zeigt eine Auswertung der Mikrozensus 1972 und 1982. Unterscheidet man nach den Kategorien Selbständiger, Beamter, Angestellter oder Arbeiter, bestätigt sich, daß Arbeiterkinder immer noch deutlich häufiger als Kinder von Eltern anderer Berufsgruppen die Hauptschule besuchen und an Realschulen und Gymnasien schwächer vertreten sind. Allerdings hat sich der Anteil der Arbeiterkinder, die diese beiden Schulformen besuchen, von 17,1 % 1972 auf 25,3 % 1982 erhöht (vgl. auch Teil II, Kap. 12.2).

Kinder, deren Eltern einen gymnasialen Schulabschluß haben, besuchen zu einem sehr viel größeren Prozentsatz das Gymnasium (57,3 %) als Kinder von Eltern mit Hauptschulabschluß (13,3 %) oder Realschulabschluß (37,3 %).

Tab. 17: Schulbesuch der Kinder und Bildungsniveau der Eltern

Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren nach derzeitigem Schulbesuch und letztem allgemeinbildenden Schulabschluß des Familienvorstandes 1972/82 in Prozent

Schultyp	Schulabschluß des Familienvorstandes					
	Grund-, Haupt- (Volks-)schule		Real-/Mittelschule u. dgl.		Gymnasium	
	1972	1982	1972	1982	1972	1982
Grund-, Haupt- (Volks-)schule	73,5	61,1	41,4	33,9	24,7	25,6
Real-/Mittelschule	14,7	18,9	21,9	21,5	–	11,2
Gymnasium	9,9	13,3	36,3	37,3	66,9	57,3
Integrierte Gesamtschule	–	5,1	–	5,6	–	5,1
Sonstige/Angabe fehlt	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Informationen Bildung-Wissenschaft, 9 (1984).

2.10 Öffentliches Bildungsbudget

In der Bundesrepublik Deutschland gehört Bildung im Sinne der „organisierten Wissensvermittlung“ seit über 150 Jahren zu den Aufgaben des Staates und ist damit Gegenstand öffentlicher Finanzierung. Das Bildungsbudget belief sich 1984 auf rund 82 Mrd. DM, das entsprach rund 15 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände). Dieser Betrag stellt nach der sozialen Sicherung den zweitgrößten Posten im öffentlichen Gesamthaushalt dar.

Zwischen 1970 und 1984 hat sich das Bildungsbudget etwa verdreifacht. Allerdings bedeutet diese Zunahme keine ebenso starke Erhöhung der realen Leistungen (z. B. Stellenaufstockungen, Neubauten von Schulen und Hochschulen u. ä.), vielmehr ist ein erheblicher Teil des Ausgabenwachstums auf Preissteigerungen sowie auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zurückzuführen. Pro Kopf der Bevölkerung stieg das Bildungsbudget zwischen 1970 und 1984 ebenfalls auf rund das Dreifache an; je Schüler wurden etwas kleinere, je Student dagegen wesentlich geringere Zuwächse verzeichnet.

Tab. 18: Bildungsbudget

Jahr	Ausgaben insgesamt Mrd. DM	DM je Einwohner	Laufende Ausgaben für	
			Schulen ¹ DM je Schüler	Hochschulen ¹ DM je Student
1970	27,8	458	.	.
1975	56,8	919	2 300	11 340
1980	77,1	1 253	3 700	12 450
1984	82,3	1 345	5 100	11 420

¹ Finanzausstattung der öffentlichen Schulen bzw. der Hochschulen für Forschung und Lehre (ohne Investitionsausgaben) einschließlich Zuschläge für den Versorgungsaufwand für Beamte.

2.11 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung ist zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen Bestandteil der Maßnahmen, die dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch Ausbildungsförderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist im Zuge der staatlichen Sparmaßnahmen in den letzten Jahren mehrfach eingeschränkt

worden. Ab Herbst 1983 wurde die BAföG-Förderung im Hochschulbereich vollständig auf Darlehen umgestellt und im Schulbereich auf die notwendigerweise auswärts untergebrachten Schüler sowie die Abendschüler, Kollegiaten und eine Gruppe von Fachschülern beschränkt. Die Förderung der zu Hause wohnenden Schüler wurde eingestellt, da dies als Aufgabe der einzelnen Bundesländer angesehen wurde. Die Mehrzahl der Länder hat inzwischen auch eigene Landesausbildungsförderungsgesetze zur Förderung von Schülern, die bei den Eltern wohnen, geschaffen oder vorbereitet; Angaben über die Gesamtzahl dieser Leistungsempfänger liegen aber nicht vor.

Leistungen nach dem BAföG erhielten im Jahr 1985 536 000 Schüler und Studenten. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, belief sich die Zahl der im Durchschnitt je Monat geförderten Personen nur auf 363 000. Von den 125 000 geförderten Schülern besuchten 19 000 ein Gymnasium und 35 000 eine Berufsfachschule oder eine Berufsschule in Vollzeitform; unter den 411 000 geförderten Studenten waren 265 000 an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen, Gesamthochschulen) und 135 000 an Fachhochschulen eingeschrieben.

Tab. 19: Geförderte Schüler und Studenten sowie finanzieller Aufwand

Jahr	Geförderte	Finanz-	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
		aufwand	
	1 000	Mill. DM	DM je Monat
	Schüler		
1977	450	862	266
1980	799	1 592	271
1983	505	1 069	299
1985	125	413	470
	Studenten		
1977	458	1 680	441
1980	475	2 044	500
1983	457	2 025	516
1985	411	1 905	547
	Insgesamt		
1977	908	2 542	361
1980	1 274	3 636	365
1983	962	3 094	412
1985	536	2 318	531

2,3 Mrd. DM wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 1985 ausgegeben, 0,4 Mrd. DM für die Schüler- und 1,9 Mrd. DM für die Studentenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 470 DM je Monat, ein geförderter Student 547 DM.

Aufgrund der verschiedenen Einschränkungen der Leistungen nach dem BAföG, insbesondere im Schulbereich, lag die Zahl der Geförderten 1985 um 58 % – bei den Schülern um 84 % und bei den Studenten um 13 % – niedriger als 1980. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Finanzaufwand um 36 %.

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Statistische Angaben über den Problembereich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vermitteln wichtige Aussagen über das Wirtschaftsleben und die Konjunkturentwicklung. Ihr hoher Stellenwert in der Wirtschaftspolitik resultiert in erster Linie aus den nun schon seit 1975 anhaltenden Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte wirtschaftliche Größe, sondern greift entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Dementsprechend zählen ihr Abbau und die schrittweise Erreichung der Vollbeschäftigung zu den vordringlichsten politischen Zielen.

Dennoch sollte der Blick nicht zu einseitig auf das Thema Arbeitslosigkeit verengt werden. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein, nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, sondern auch bei der persönlichen Selbstentfaltung und weil die Arbeitsbedingungen die gesamten Lebensumstände entscheidend beeinflussen.

Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Zu nennen sind die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der Statistischen Ämter, wie Mikrozensus oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Sie gehen zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus, die beachtet werden müssen, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Mißverständnisse auftreten. Vielfach wird nicht einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden.

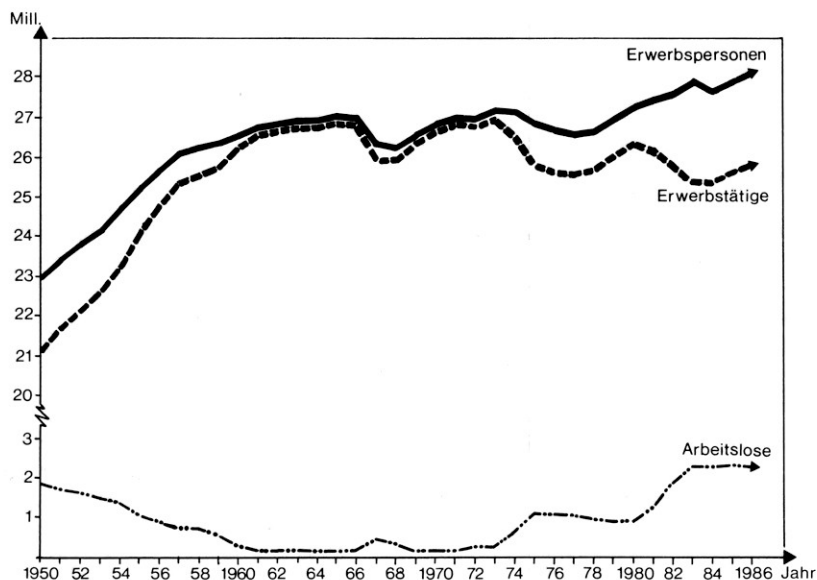
Zu den Erwerbspersonen gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen:

$$\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$$

Erwerbstätig (umgangssprachlich auch berufstätig) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (abhängig Beschäftigte) sowie alle Selbständigen, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung keine Rolle.

Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind oder nicht. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind.

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit seit 1950



Nach diesen Abgrenzungen gab es im Jahresdurchschnitt 1986 rund 28,0 Mill. Erwerbspersonen, darunter knapp 25,8 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zu 1980 zeigt sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um ca. 800 000 ein Rückgang der Erwerbstätigen um rund 500 000, dem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um etwa 1,3 Mill. gegenüberstand.

Tab. 1: Eckdaten zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit 1986

Merkmal	Erwerbstätige (geschätzte Jahresdurchschnitte)		Arbeitslose (Durchschnitt)	
	1 000	%	1 000	Arbeitslosenquote ¹
Insgesamt	25 786	100	2 228	9,0
männlich	15 910	61,7	1 200	8,0
weiblich	9 876	38,3	1 028	10,5

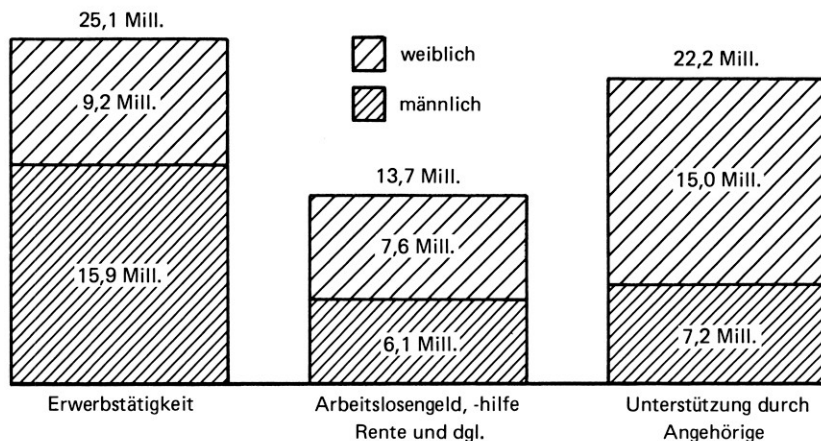
1 Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten).

3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Für 41,1 % der Bevölkerung war im Juni 1985 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 36,5 % wurden ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt. 20,5 % lebten überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen und 1,9 % bezogen ihren Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Nicht für alle Erwerbstätigen reicht das Arbeitseinkommen als einzige Unterhaltsquelle aus. 1,2 Mill. Berufstätige (4,7 % der Erwerbstätigen) wurden 1985 überwiegend von ihren Angehörigen unterstützt. Es handelt sich dabei mehrheitlich um jüngere Personen (Auszubildende) und Frauen im Alter von 25 bis 55 Jahren, die in vielen Fällen nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im Juni 1985

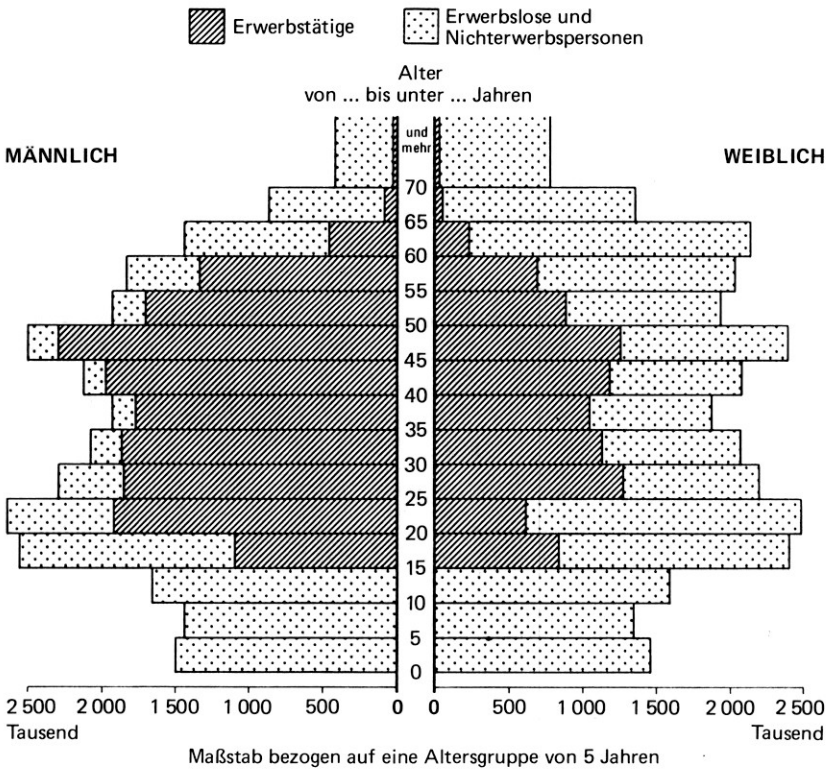


3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) lag 1985 mit 47,6 % etwas höher als 1950 (46,2 %), obwohl sich die Ausbildungszeiten verlängert haben und die Möglichkeit besteht, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Hier machen sich vor allem die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung bemerkbar. Sie werden dazu führen, daß die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen bis in die neunziger Jahre zunehmen wird. Hinzu kommt noch die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen. Besonders hoch war der Anstieg der Erwerbsquote bei verheirateten Frauen, nämlich von 25 % 1950 auf rund 43 % 1985.

Bezogen auf die 15- bis 65jährigen Männer lag die Erwerbsquote 1985 bei 81,9 %, für die gleichaltrigen Frauen bei 52,7 %.

Abb. 3: Wohnbevölkerung im Juni 1985¹ nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben



¹ Ergebnis des Mikrozensus.

Tab. 2: Erwerbsquoten

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

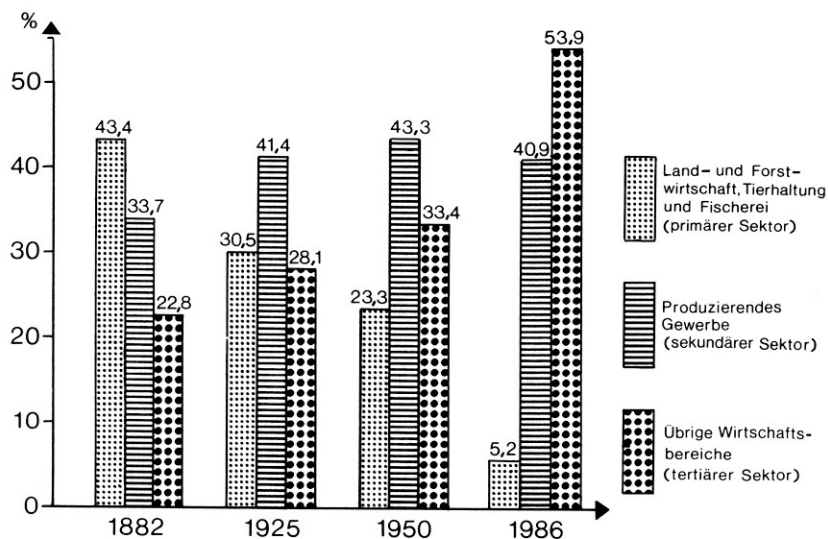
Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
1950	63,2	31,3	25,0	46,2
1960	63,2	33,6	32,5	47,7
1970	58,3	30,2	35,6	43,5
1980	58,4	32,6	40,6	44,9
1985	60,3	35,9	42,5	47,6

3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tiefgreifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung und die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Während die zur Landwirtschaft zählenden Erwerbspersonen vor hundert Jahren zahlenmäßig an der Spitze der drei großen Wirtschaftsbereiche standen, lagen sie 1986 mit Abstand an letzter Stelle.

Abb. 4: Erwerbstätige¹ nach Wirtschaftsbereichen



¹ 1882 und 1925 Erwerbspersonen.

1882 war nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor beschäftigt, 1986 dagegen nur noch ungefähr jeder zwanzigste. In dieser Entwicklung spiegelt sich insbesondere der Einsatz moderner arbeitskräftesparender landwirtschaftlicher Maschinen wider.

**Tab. 3: Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen
nach Wirtschaftsbereichen**
Geschätzte Jahresdurchschnitte
in Tausend

Wirtschaftsbereiche	1950	1960	1970	1980	1986
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	5 037	3 581	2 262	1 436	1 345
Produzierendes Gewerbe	9 026	12 506	13 024	11 633	10 544
übrige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	7 090	10 160	11 382	13 233	13 897
Insgesamt	21 153	26 247	26 668	26 302	25 786

Der Abnahme im Agrarbereich steht eine starke Zunahme im tertiären Sektor gegenüber. Hier arbeitet heutzutage rund die Hälfte aller Erwerbstätigen, während vor hundert Jahren nicht einmal ein Viertel im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt war. Der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe hat sich im selben Zeitraum demgegenüber trotz erheblicher Produktionssteigerungen nur verhältnismäßig schwach von etwa 34 % auf 41 % erhöht.

Der kurzfristige Vergleich der Erwerbstätigenzahlen des Produzierenden Gewerbes zeigt eine Abnahme im Jahresdurchschnitt 1986 gegenüber 1980 um knapp 1,1 Millionen oder rund 10 % und gegenüber 1970 sogar um 19 %. Der Dienstleistungssektor ist – in dieser groben Untergliederung betrachtet – der einzige Bereich, in dem im Vergleich zu 1980 bzw. 1970 Arbeitsplätze geschaffen wurden. 1986 lag die Erwerbstätigenzahl hier um 5 % höher als 1980 und um 22 % höher als 1970.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

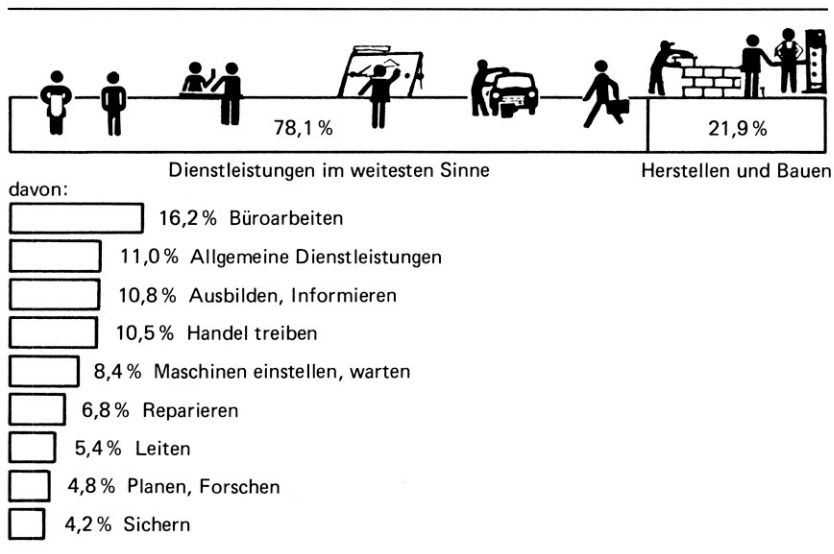
Von der Wandlung der Wirtschaftsstruktur sind auch viele Berufe bzw. Berufsbereiche betroffen. So geht der Rückgang des primären Sektors mit einer abnehmenden Besetzung der landwirtschaftlichen Berufe einher. Auch die Anzahl der Erwerbstätigen in Fertigungsberufen ist seit Jahren rückläufig. Dagegen strömen viele Arbeitskräfte in technische Berufe und Dienstleistungsberufe.

Unterteilt man die Erwerbstätigen nach der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit, so waren 1985 nur noch knapp 22 % unmittelbar mit dem Herstellen von Waren sowie mit Tätigkeiten im Bereich Bauen befaßt. Rund 78 % übten Tätigkeiten aus, die im weitesten Sinne als Dienstleistungen (auch Reparieren, Maschinen einstellen, warten) gelten können.

Tab. 4: Deutsche Erwerbstätige nach Berufsbereichen

Berufsbereich	Juni 1985		Veränderung der Erwerbstätigenzahl in den einzelnen Berufsbereichen gegenüber Mai 1970 (%)
	insgesamt 1 000	darunter weiblich %	
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1 268	45,2	- 38,1
Bergleute, Mineralgewinner	80	-	- 49,4
Fertigungsberufe	7 138	18,5	- 18,1
Technische Berufe	1 464	12,0	+ 22,9
Dienstleistungsberufe	14 107	51,5	+ 15,1
Sonstige Arbeitskräfte	548	44,7	+ 129,3
Insgesamt	24 604	38,9	± 0,0

Abb. 5: Erwerbstätige 1985 nach der Art der überwiegenden Tätigkeit

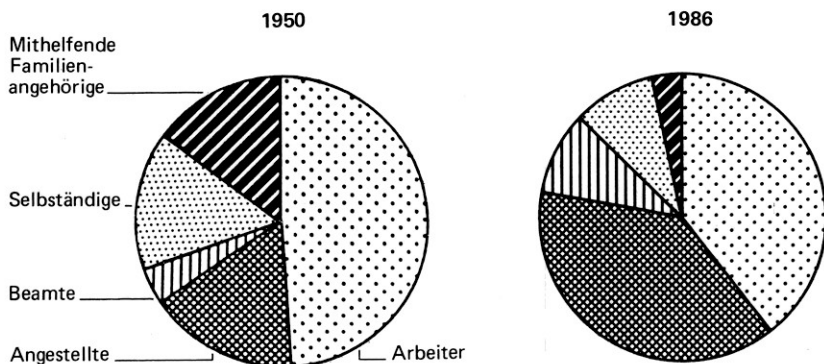


3.6 Stellung im Beruf

Die traditionelle Aufgliederung nach der Stellung im Beruf (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider, weil jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten bietet. Als historisch gewachsene Einteilung bringt sie jedoch im Zeitablauf gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung u. ä.) von Bedeutung.

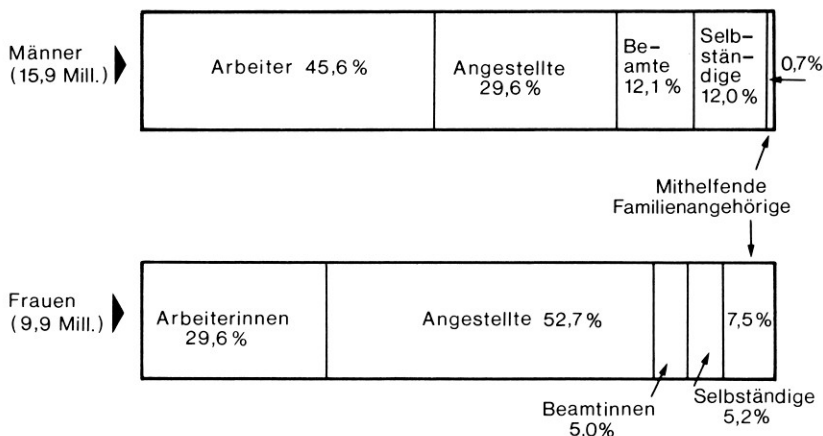
1986 standen 87,3 % aller Erwerbstätigen in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschließlich Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Arbeiter stellten mit 39,5 % das größte Kontingent, gefolgt von den Angestellten mit 38,4 %. Beamte und Selbständige waren mit jeweils 9,4 % gleich stark vertreten. Auf die unbezahlten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 3,3 %.

Abb. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf



Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den letzten drei Jahrzehnten erheblich gewandelt: Während der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 1950 bis 1986 um etwa 50 % zurückging, konnten die Angestellten und Beamten ihren Anteil mehr als verdoppeln. Diese Veränderung muß im Zusammenhang mit dem bereits angedeuteten langfristigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur gesehen werden. So hat z. B. der Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen zu einem Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen und das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) zu einer beträchtlichen Zunahme der Zahl der Angestellten geführt.

Abb. 7: Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1986 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



Tab. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluß Juni 1985

Stellung im Beruf	Insgesamt 1 000	Darunter mit	
		Lehr-, Anlern- ausbildung ¹	Fach-, Fachhoch-, Hochschul- abschluß
		%	%
Selbstständige	2 424	45,5	34,9
Mithelfende Familienangehörige	712	35,9	5,0
Beamte	2 367	39,7	46,1
Angestellte	10 531	61,9	22,2
Arbeiter	10 592	56,4	2,6
Insgesamt	26 626	55,6	17,2

¹ Einschließlich gleichwertiger Berufsfachschulabschluß sowie berufliches Praktikum.

Der Anteil der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und abhängig Erwerbstätigen weist für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Bei den Männern ist der Anteil der Selbständigen und Beamten etwa doppelt so hoch wie bei den Frauen (1986 jeweils rund 12 % gegenüber etwa 5 %). Die weiblichen Erwerbstätigen üben überwiegend Angestelltenberufe aus (52,7 %); dagegen ist fast jeder zweite erwerbstätige Mann als Arbeiter tätig (45,6 %).

Die berufliche Stellung zeigt darüber hinaus einen engen Zusammenhang zum Ausbildungsstand der Erwerbstätigen. So sind Personen mit qualifizierteren Ausbildungsabschlüssen unter den Selbständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Die Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Angestellten und Arbeitern.

3.7 Arbeitslose und offene Stellen

Der Grundsatz der Vollbeschäftigung ist schon im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 postuliert worden und gehört zu den wichtigsten politischen Zielen. Denn Arbeitslosigkeit ist sowohl ein schwerwiegendes persönliches Problem für die Betroffenen als auch eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Zum einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und stehen zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für den Staat einen erheblichen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise solange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der sechziger Jahre war nach dieser Abgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch den Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen erheblich über der Zahl der offenen Stellen. 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als eine Million Arbeitslose, und nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang hat die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 die Millionengrenze wiederum erheblich überstiegen.

Im Laufe der Jahre 1982 bis 1985 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Seit Herbst 1982 sank die Arbeitslosenzahl nicht unter zwei Millionen. Die bislang höchste Zahl wurde Anfang 1985 mit 2,6 Millionen registriert. Im Jahresdurchschnitt 1986 gab es 2,2 Mill. Arbeitslose, damit hatte etwa jede zwölfte Erwerbsperson keine Arbeitsstelle.

Tab. 6: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten
Jahresdurchschnittswerte

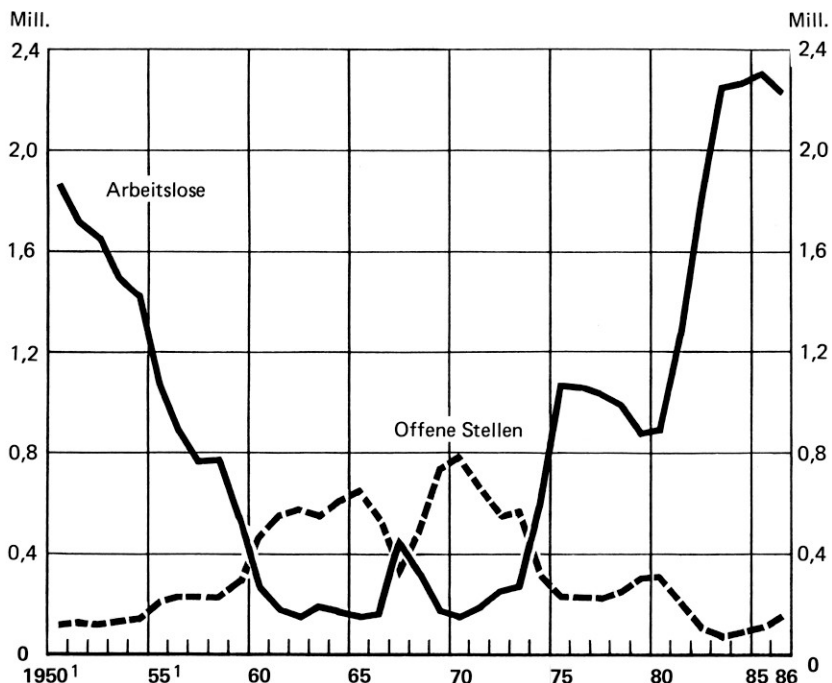
Jahr	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquoten
	1 000		%
1950 ¹	1 868,5	118,5	11,0
1954 ¹	1 410,7	139,7	7,6
1958 ¹	763,9	221,6	3,7
1962	154,5	573,8	0,7
1966	161,1	539,8	0,7
1970	148,8	794,8	0,7
1974	582,5	315,4	2,6
1975	1 074,2	236,2	4,7
1976	1 060,3	235,0	4,6
1977	1 030,0	231,2	4,5
1978	992,9	245,6	4,3
1979	876,1	304,0	3,8
1980	888,9	308,3	3,8
1981	1 271,6	207,9	5,5
1982	1 833,2	104,9	7,5
1983	2 258,2	75,8	9,1
1984	2 265,6	87,9	9,1
1985	2 304,0	110,0	9,3
1986	2 228,0	153,9	9,0

¹ Ohne Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Um diese Zahlen richtig zu deuten, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich sowohl bei der Arbeitslosenzahl als auch bei der Zahl der offenen Stellen lediglich um Fälle handelt, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Im Hinblick auf die „tatsächliche“ Zahl der Arbeitslosen gilt es zu bedenken, daß es sicherlich Arbeitssuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sogenannte stille Reserve). Ähnliches gilt für die offenen Stellen, die in vielen Fällen ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben werden. Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell bekanntgegebenen Zahlen bieten dafür aber den Vorteil, daß sie anhand der Unterlagen der Arbeitsämter, ohne Befragung der Betroffenen, laufend aktualisiert werden können.

Abb. 8: Arbeitslose und offene Stellen
Jahresdurchschnittswerte



1 Ohne Saarland.

3.8 Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich von Januar bis Dezember 1983, 1984 und 1985 auf insgesamt je 3,7 Millionen, darunter waren sehr viele Berufsanfänger. Kündigungen von Arbeitnehmern spielen als Ursache eine vergleichsweise geringe Rolle. Nach einer im Mai/Juni 1986 durchgeführten Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit hatten 18,8 % aller Personen, die sich nach vorangegangener Beschäftigung arbeitslos meldeten, selbst gekündigt. Der Anteil der Arbeitslosenmeldungen wegen Kündigung durch den Arbeitgeber lag dagegen bei 56,2 %. Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen sind sehr selten. Häufiger kommt es zu Arbeitslosenmeldungen im Anschluß an befristete Arbeitsverträge (10,1 %) oder eine Lehre (8,5 %).

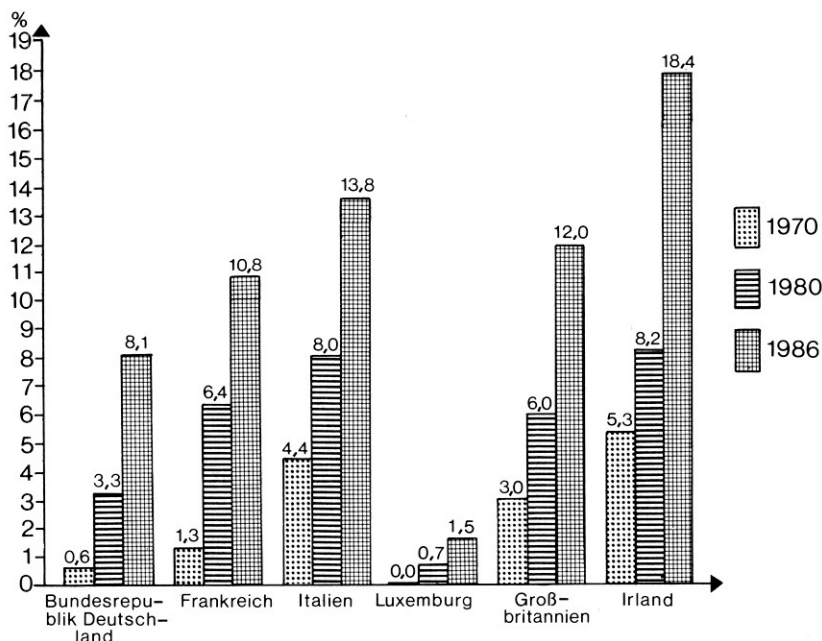
Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst zu Kurzarbeit über. Mitte der siebziger Jahre wurde dieses

arbeitsmarktpolitische Instrument häufig eingesetzt; 1975 gab es im Jahresdurchschnitt 773000 Kurzarbeiter. Mit der vorübergehend abnehmenden Arbeitslosigkeit verringerte sich auch das Ausmaß der Kurzarbeit, stieg dann von 1980 bis 1983 (675000 Kurzarbeiter) wieder an und sank in den Jahren von 1984 bis 1986 erneut ab. 1986 wurden im Jahresdurchschnitt 197000 Kurzarbeiter ermittelt.

3.9 Arbeitslosenquoten im Vergleich

Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem weltweiten Problem geworden. Zwar läßt sich ihr Ausmaß über Ländergrenzen hinweg wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht exakt vergleichen, gleichwohl bemühen sich aber die internationalen Organisationen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, die Arbeitslosenstatistiken soweit zu vereinheitlichen, daß die Daten näherungsweise vergleichbar werden.

Abb. 9: Eingeschriebene Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen in ausgewählten europäischen Ländern



Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten¹ fällt auf, daß die Arbeitslosigkeit in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaften seit 1970 kräftig zugenommen hat, wobei sich die Ausgangslage in vielen Staaten (z.B. in Italien oder Irland) weit ungünstiger darstellt als in der Bundesrepublik. 1986 wurden in den Europäischen Gemeinschaften insgesamt 16,1 Mill. Arbeitslose registriert, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 11,2%. Niedriger lag die Arbeitslosenquote in den USA (6,9%).

Innerhalb des Bundesgebietes gibt es einige strukturschwache Regionen, die besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So liegen die Arbeitslosenquoten in den norddeutschen Küstengebieten, in Teilen des Ruhrgebiets und im Saarland erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Tab. 7: Arbeitslose nach Bundesländern Jahresdurchschnitt 1986

Bundesland	Anzahl	Arbeitslosenquote in %
Schleswig-Holstein	114 797	10,9
Hamburg	94 437	13,0
Niedersachsen	324 950	11,5
Bremen	40 966	15,5
Nordrhein-Westfalen	725 345	10,9
Hessen	155 348	6,8
Rheinland-Pfalz	119 433	8,3
Baden-Württemberg	198 911	5,1
Bayern	316 039	7,0
Saarland	52 965	13,3
Berlin (West)	84 813	10,5
Bundesgebiet	2 228 004	9,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

3.10 Struktur der Arbeitslosigkeit

3.10.1 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Für die wirtschaftspolitische Beurteilung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur deren Höhe, sondern vor allem auch ihre Struktur von Bedeutung. Nicht alle Personengruppen werden in gleichem Ausmaß durch die Beschäftigungskrise betroffen. Jugendliche und ältere

¹ In der EG wird die Arbeitslosenquote nach dem Verhältnis der Arbeitslosen zu allen Erwerbspersonen (ohne Soldaten), in den USA zu allen Erwerbspersonen einschließlich Soldaten berechnet.

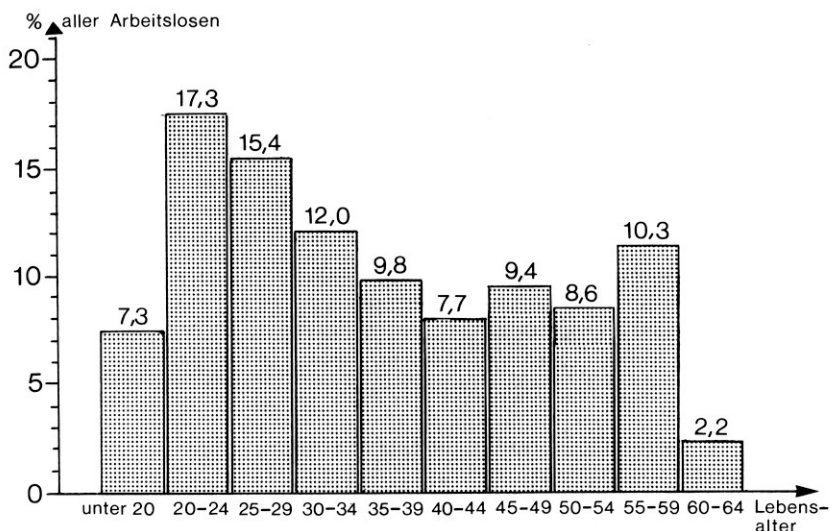
Arbeitnehmer, Frauen, Ausländer, Schwerbehinderte und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gehören zu den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes.

Schwierig ist schon der Start ins Berufsleben. Aufgrund der demographischen Entwicklung kann man davon ausgehen, daß zur Zeit jährlich rund eine Million jüngerer Arbeitnehmer in das Arbeitsleben eintreten; viele von ihnen finden keine Stelle. So waren im September 1986 rund 117 000 Personen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, die bislang noch keine Berufstätigkeit ausgeübt hatten. Besonders problematisch ist für die Betroffenen die Tatsache, daß sie noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben. Die Ausweitung des Kindergeldanspruchs (vgl. 9.8) kann nur eine geringe finanzielle Entlastung bedeuten.

Die Altersgliederung der Arbeitslosen zeigt, daß ungefähr jeder sechste Arbeitslose im September 1986 20 bis 24 Jahre alt war. Insgesamt waren 40 % der Arbeitslosen jünger als 30 Jahre.

Etwas entschärft hat sich seit 1983 das Problem bei älteren Arbeitnehmern ab 59 Jahren. Hier macht sich vermutlich die Möglichkeit des vorzeitigen Bezugs von Altersruhegeld und die Erstattungspflicht der Arbeitgeber für Arbeitslosengeld bei Entlassungen von 59jährigen bemerkbar. Dagegen stieg die Arbeitslosigkeit bei den 55- bis 59jährigen in den letzten Jahren an.

Abb. 10: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 1986



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Tab. 8: Altersspezifische Arbeitslosenquoten¹ seit 1980
(jeweils September)

Alter	1980	1983	1986
unter 20	3,5	9,7	7,6
20 bis 24	5,1	13,3	10,5
25 bis 29	4,4	11,3	10,5
30 bis 34	3,4	8,6	8,7
35 bis 39	2,3	7,2	7,8
40 bis 44	2,3	5,7	5,0
45 bis 49	2,4	6,1	6,2
50 bis 54	2,9	6,0	7,6
55 bis 59	5,5	9,6	10,9
60 bis 64	9,1	9,4	8,1
Insgesamt	3,5	8,6	8,2

¹ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) in der jeweiligen Altersgruppe.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Frauen sind insgesamt gesehen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. 1986 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen bei 10,5%, die der Männer dagegen bei 8,0%. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, daß ein nicht geringer Teil der arbeitslosen Frauen ausschließlich Teilzeitarbeit wünscht (September 1986: 22,3%).

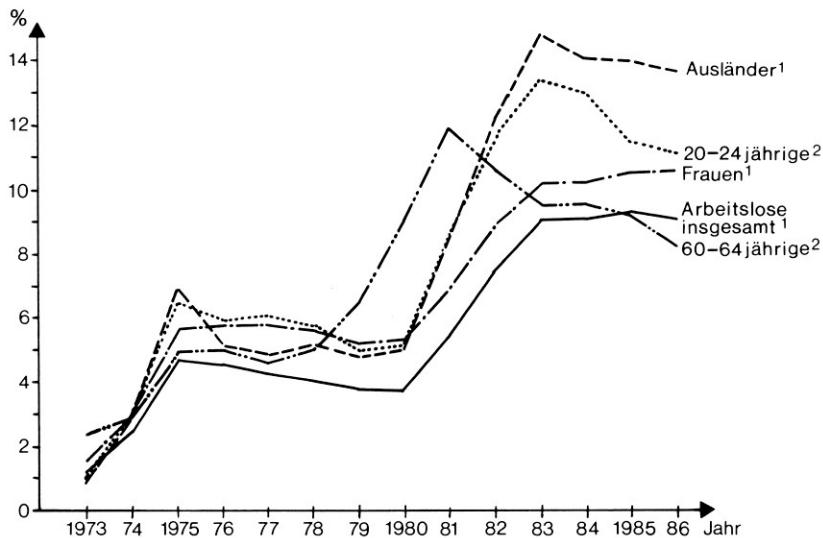
Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für Ausländer. Während zwischen 1960 und 1970 der Zustrom von Gastarbeitern willkommen war, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben, gehören die ausländischen Arbeitnehmer heute zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Im Jahresdurchschnitt 1986 waren 13,7% aller ausländischen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet. Dabei kann man davon ausgehen, daß bereits eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer zu verzeichnen war (vgl. 1.8).

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen lag 1986 bei 19,9%. 6,0% waren schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln. Allerdings ist die Gefahr, arbeitslos zu werden, für beschäftigte Schwerbehinderte aufgrund gesetzlicher Bestimmungen geringer als für die übrigen Arbeitnehmer.

3.10.2 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

Bei den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes verschärft sich die Situation insbesondere noch dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst keine Garantie mehr für einen sicheren Arbeitsplatz.

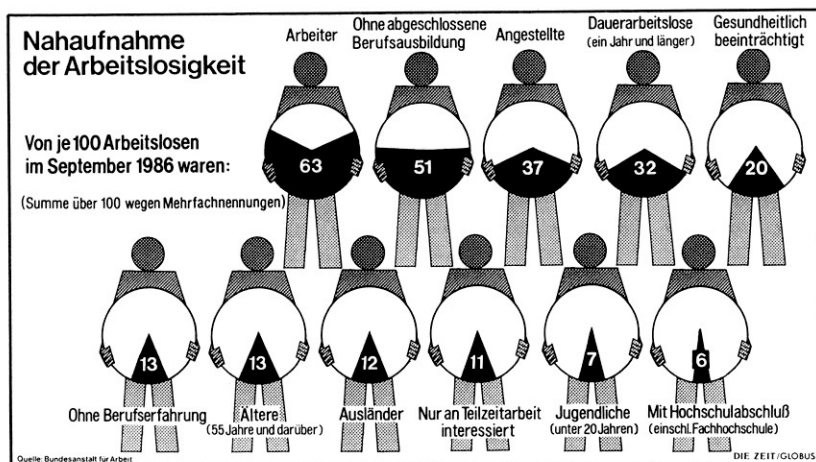
Abb. 11: Arbeitslosenquoten sogenannter Problemgruppen



1 Jahresdurchschnitt.

2 Ende September.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.



Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei einer höheren Qualifikation günstiger bzw. das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist bei qualifizierten Arbeitnehmern bedeutend geringer. Während von allen Erwerbstätigen rund 27 % nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen (1985), stellt dieser Personenkreis unter den Arbeitslosen etwa die Hälfte (1986: 50,8 %). Die mangelnde Qualifikation reduziert die ohnehin geringen Vermittlungschancen noch mehr, denn für etwa 64 % der gemeldeten offenen Stellen wurden 1986 ausdrücklich nur Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung gewünscht.

Für Personen mit Fachhoch- oder Hochschulausbildung wurde 1986 eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Erstmals seit 1978 ging deren Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr – trotz erneut gestiegener Absolventenzahlen – um 3200 oder 3 % auf 114300 zurück. Zur Abnahme der Arbeitslosigkeit dieses Personenkreises hat aber auch die verstärkte Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen beigetragen, in kleinerem Umfang Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Tab. 9: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung
September 1986

Berufsausbildung	Arbeitslose	
	absolut	%
Ohne abgeschlossene	1 039 607	50,8
Mit abgeschlossener	1 006 230	49,2
– betrieblicher	790 915	38,7
– Berufsschule/Fachschule	101 000	4,9
– Fachhochschule	33 795	1,7
– Hochschule	80 520	3,9
Insgesamt	2 045 837	100

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

3.10.3 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 1986 waren bereits rund 654 000 Arbeitslose, also ungefähr jeder dritte, ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung. Die Zahl der Personen, die Ende September 1986 bereits zwei Jahre oder länger ohne Arbeitsplatz waren, belief sich auf 320 000 und war damit um 17 300 oder 6 % größer als vor einem Jahr. Nur noch wenigen gelingt es, schon nach kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz zu erhalten. Der

Anteil der Arbeitslosen, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, verminderte sich zwischen 1971 und 1986 von 60,7 auf 32,2 %. Arbeitslose, die zwischen Oktober 1985 und September 1986 ihre Arbeitslosigkeit beendeten, waren im Durchschnitt sieben Monate arbeitslos gewesen. Im entsprechenden Zeitraum 1984/85 lag die Dauer bei 6,7 Monaten, 1983/84 hatte sie 6,6 Monate betragen. Dabei gilt, daß es gut ausgebildeten Arbeitnehmern in der Regel gelingt, die Zeit der Arbeitslosigkeit kürzer zu halten als beruflich weniger qualifizierten.

Tab. 10: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit
jeweils September

Jahr	Arbeitslose insgesamt	Darunter waren arbeitslos (%)		
		unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
1971	146 740	60,7	34,0	5,3
1975	1 006 554	41,9	48,5	9,6
1979	736 690	41,8	38,3	19,9
1981	1 256 396	42,3	41,4	16,2
1983	2 133 900	29,2	42,3	28,5
1984	2 143 008	29,1	38,2	32,7
1985	2 150 897	32,5	36,6	31,0
1986	2 045 837	32,2	35,9	32,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

3.11 Einkommen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die finanzielle Belastung der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten – es beläuft sich je nach Familienstand auf 68 % bzw. 63 % des letzten Nettoeinkommens – wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (58 % des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Von den Arbeitslosen, die Ende September 1986 gemeldet waren, bezogen 31,6 % Arbeitslosengeld und 25,8 % Arbeitslosenhilfe; weitere 10,7 % hatten zu diesem Zeitpunkt Leistungen beantragt. Nach den Erfahrungen der Arbeitsämter erfüllen fast alle Antragsteller die Voraussetzungen für einen Anspruch. Damit betrug der Anteil der Leistungsberechtigten unter den Arbeitslosen im September 1986 rund 68 %. 1982 lag die Quote der Leistungsberechtigten noch bei 76 %.

Insgesamt hat also fast jeder dritte beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Hinzuzurechnen ist die gesamte „stille Reserve“, die sich in dem Bewußtsein, keine Leistungen beanspruchen zu können, erst gar nicht beim Arbeitsamt meldet. Unter diesen Personen sind viele Berufsanfänger, die noch keine Gelegenheit hatten, durch Beitragszahlungen Leistungsansprüche zu erwerben. Sie sind entweder auf die Unterstützung von Angehörigen oder auf Sozialhilfe angewiesen (vgl. 9.7).

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12) und die Wirtschaftsrechnungen. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus einer abweichenden Terminologie, so daß eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht möglich ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die Wirtschaftsrechnungen, also die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in mehrjährigen Abständen – zuletzt 1983, davor 1978 – Einnahme- und Ausgabedaten für alle Haushalte (ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit besonders hohen Einkommen) bereitstellt, und die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Jahr für Jahr Angaben für ausgewählte Haushaltstypen liefern. Nur gelegentlich werden aufgrund der Aktualität oder wichtiger Zusatzinformationen andere Statistiken herangezogen.

Die Wirtschaftsrechnungen konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wieviel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen ausgewählter Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine Beurteilung der Einkommenssituation und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über den Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem vielgeäußerten Klagespruch, daß mit dem Einkommen kein Auskommen sei, ein wenig auf den Grund gehen möchte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus, berücksichtigt die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und die Transferleistungen des Staates (z.B. Renten, Kindergeld) und führt zu den ausgabenfähigen

Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der Ausgaben für den privaten Verbrauch als Restgröße die Ersparnis.

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Einnahmen aus Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u. ä.) und Untervermietung
- = *Haushaltsbruttoeinkommen*
- Einkommen- und Vermögensteuern
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = *Haushaltsnettoeinkommen*
- + sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
- = *Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen*
- Ausgaben für den privaten Verbrauch
- Übrige Ausgaben (z. B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
- = *Ersparnis*

4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

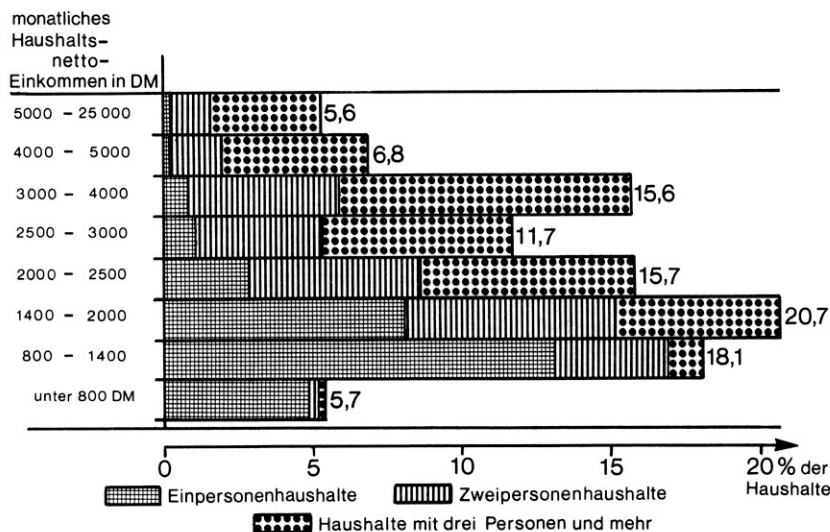
4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wieviel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Dieser Überlegung folgend wird im sogenannten Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe das gesamte monatliche Haushaltsnettoeinkommen (Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder) erfragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, so daß sich für die Auswertung weniger die absolute Höhe als die Struktur der Einkommen eignet.

1983 verfügten 48,1 % der Haushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1 400 und 3 000 DM. 22,5 % hatten netto monatlich 3 000 bis 5 000 DM. In der Einkommensklasse von 5 000 DM bis 25 000 DM befanden sich 5,6 % der Haushalte; am anderen Ende der Skala mußten 23,8 % mit weniger als 1 400 DM monatlich auskommen, wobei nach eigenen Angaben 5,7 % der Haushalte sogar weniger als 800 DM hatten.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen bestanden überwiegend aus einer Person. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitragen.

Abb. 1: Einkommensverteilung 1983¹



¹ Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

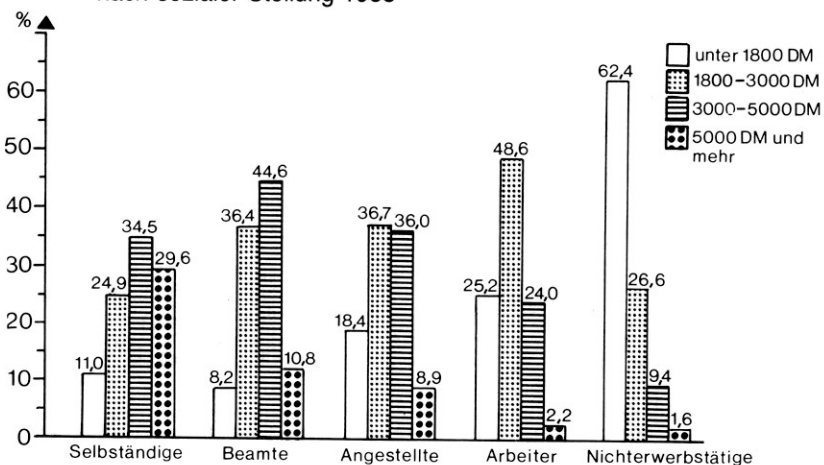
4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, so liegen die Haushalte der Selbständigen (ohne Landwirte) – gemessen am Nettoeinkommen – an der Spitze der Einkommenspyramide. Etwa 64 % von ihnen gaben in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 an, über ein monatliches Nettoeinkommen von 3000 DM oder mehr zu verfügen. Bei den Beamtenhaushalten waren es etwa 55 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 45 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 26 %. Dagegen floß nur 11 % der Nichterwerbstätigenhaushalte ein Nettoeinkommen von 3000 DM und mehr zu.

Eine Durchschnittsbetrachtung der Einkommen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier wird das verfügbare Einkommen herangezogen, das in der Abgrenzung nicht genau mit dem Nettoeinkommen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe übereinstimmt; diese Abweichungen sollen aber im Rahmen dieser Darstellung nicht weiter vertieft werden. Danach betrug das verfügbare Einkommen je Haushalt 1984 rund 42000 DM, je Haushaltsmitglied rund 17000 DM.

Für die verschiedenen Haushalte ergibt sich in der Durchschnittsbetrachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgendes Bild: Die Selbständigenhaushalte (außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) lagen 1984 hinsichtlich ihres

Abb. 2: Aufgliederung der Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung 1983¹



¹ Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

Tab. 1: Verfügbares Einkommen der Privathaushalte 1984

Haushalte von	DM je Haushalt	DM je Haushaltsmitglied
Landwirten	44 318	10 264
übrigen Selbständigen	132 227	42 836
Beamten	51 473	17 142
Angestellten	48 113	18 179
Arbeitern	37 988	12 472
Arbeitslosengeld-/hilfeempfängern	19 916	8 028
Rentnern/Pensionären	28 127	16 968
sonstigen Nichterwerbstätigen	24 653	13 038
Insgesamt	41 983	17 361

verfügbaren Einkommens mit rund 132000 DM je Haushalt an der Spitze. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sie erhebliche Teile ihrer Aufwendungen für die Alterssicherung aus dem verfügbaren Einkommen bestreiten müssen, während bei den übrigen Erwerbstätigenhaushalten die meisten derartigen Aufwendungen in Form von Sozialbei-

trägen als geleistete laufende Übertragungen bereits abgezogen sind. Unter den Arbeitnehmerhaushalten erreichten die Beamten mit gut 51 000 DM ein etwas höheres verfügbares Einkommen als die Angestellten mit rund 48 000 DM je Haushalt. Deutlich niedriger lag hingegen das verfügbare Einkommen der Arbeiterhaushalte mit 38 000 DM. Haushalte von Rentnern bzw. Pensionären konnten 1984 über etwa 28 000 DM verfügen; Haushalte von Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfängern mußten mit einem durchschnittlichen Einkommen von knapp 20 000 DM auskommen.

4.3.3 Einkommensquellen

Über die Herkunft der Haushaltseinkommen gibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Aufschluß. 1983 stammten rund 58 % der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, 9 % aus Unternehmertätigkeit, 10 % aus Vermögen (Zinsen, Dividenden, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung usw.), 20 % aus staatlichen Transferleistungen und 3 % aus sonstigen Quellen. Allerdings sind diese Zahlen nur Durchschnittswerte. Erhebliche Unterschiede werden sichtbar, wenn man die soziale Stellung der Haushalte berücksichtigt.

So bezogen die Erwerbstätigenhaushalte 85 % ihrer monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen aus eigener – selbständiger oder unselbständiger – Arbeit. Leistungen des Staates spielen hier eine untergeordnete Rolle. Öffentliche Renten und Pensionen sowie Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe usw. trugen bei den meisten Erwerbstätigenhaushalten mit rund 5 % zum Haushaltsbruttoeinkommen bei.

Tab. 2: Zusammensetzung des Einkommens privater Haushalte 1983
in Prozent

Quellen des Haushalts- brutto- einkommens	Soziale Stellung der Bezugsperson des Haushalts						
	Landwirt	Selbstän- diger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter	Arbeits- loser	Nichter- werbs- tätiger
Unselbständige Arbeit	17,2	19,7	82,8	85,6	83,0	35,4	9,2
Selbständige Arbeit	56,5	59,8	1,4	1,4	1,6	2,4	1,8
Vermögen	16,2	14,2	8,3	7,3	7,3	8,3	13,5
Zahlungen aus öffentlichen Kassen	9,6	4,9	3,7	3,9	6,5	48,8	67,7
Übrige Quellen	0,6	1,5	3,7	1,9	1,6	5,1	7,8
Haushaltsbrutto- einkommen	100	100	100	100	100	100	100

Die Nichterwerbstätigenhaushalte (1983 waren das etwa 42 % aller Haushalte) lebten hingegen überwiegend von staatlichen Transferzahlungen, und zwar insbesondere von Renten und Pensionen, die zusammen etwa 68 % des Bruttoeinkommens dieses Haushaltstyps ausmachten.

Die Einkommen aus Vermögen, zu denen auch der Mietwert des eigenen Hauses gehört, erreichten insbesondere bei den Selbständigen und den Landwirten – aber auch bei den Nichterwerbstätigen – hohe Anteile am gesamten Haushaltsbruttoeinkommen. Bei den Selbständigen waren es rund 14 %, bei den Landwirten 16 % und bei den Nichterwerbstätigen 13,5 %. Bei Angestellten und Arbeitern hatten die Vermögenserträge jeweils einen Anteil von etwa 7 % am Haushaltsbruttoeinkommen, bei den Beamten von 8 %.

4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Über die Ausgabenstruktur der Haushalte informiert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1983. Danach verwenden die privaten Haushalte den größten Teil ihrer ausgabefähigen Einkommen (75,8 %) für die Käufe von Waren und Dienstleistungen, den sogenannten „privaten Verbrauch“. Ein wesentlich geringerer Teil (12,1 %) entfällt auf „übrige Ausgaben“, die u. a. freiwillige Beitragszahlungen an Versicherungen sowie Kraftfahrzeugsteuern umfassen. Der Rest (12,1 %) wird gespart.

Unterschiede in der Zusammensetzung der Ausgaben ergeben sich je nach der Höhe der Einkommen. Dies zeigen die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die für ausgewählte Haushaltstypen aktuelles Datenmaterial bereitstellen. Im Rahmen dieser Statistik werden drei Haushaltstypen unterschieden, und zwar Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringerem Einkommen (Typ 1), Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (Typ 2) und Vierpersonenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3). Das monatliche Einkommen bewegte sich 1985 in folgenden vorgegebenen Grenzen:

Typ 1: unter 1900 DM

(Bruttoeinkommen des gesamten Haushalts)

Typ 2: 2600 bis 3950 DM

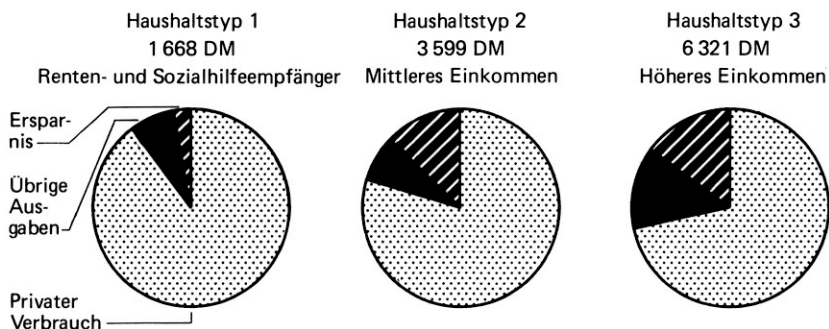
(Bruttoarbeitseinkommen des alleinverdienenden Familienvaters)

Typ 3: 5000 bis 6850 DM

(Bruttoarbeitseinkommen aller Haushaltsmitglieder; darunter mindestens 4700 DM des Hauptverdieners)

Je niedriger das Einkommen, desto höher ist in der Regel der Anteil der Verbrauchsausgaben und desto weniger wird gespart. So entfielen 1985 beim einkommensschwachen Haushaltstyp 1 rund 90 % des ausgabefähigen Einkommens auf den privaten Verbrauch, bei den Beziehern mittlerer Einkommen knapp 80 % und bei den Haushalten mit höherem Einkommen ungefähr 72 %.

Abb. 3: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen 1985



4.5 Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf

In den drei vergangenen Jahrzehnten konnten die privaten Haushalte ihren Lebensstandard nahezu kontinuierlich erhöhen. Das zeigt sich, wenn man die Ausgaben für den privaten Verbrauch im Zeitablauf verfolgt. Besser als die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen eignen sich für diesen Zweck die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die die Daten auch preisbereinigt und in Form von Pro-Kopf-Werten bereitstellen.

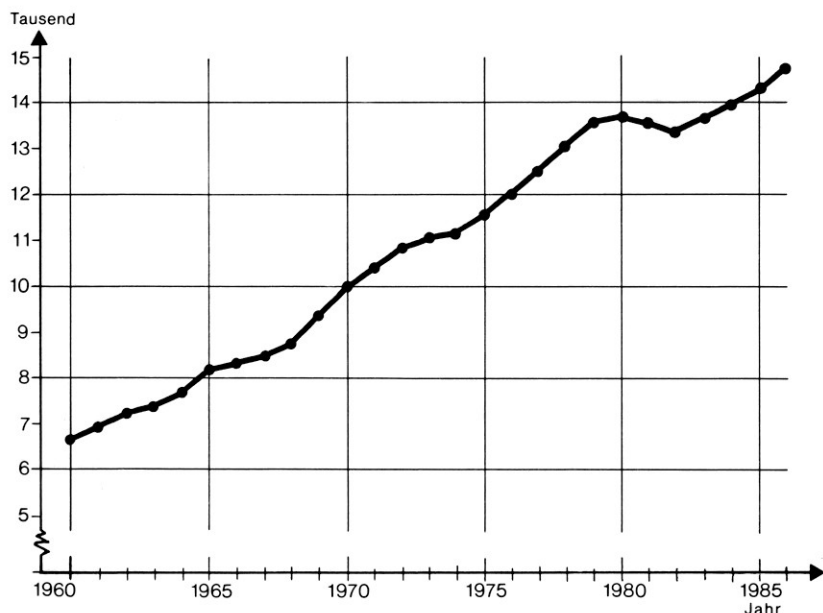
Im Jahr 1986 wurden danach in der Bundesrepublik Deutschland je Einwohner im Durchschnitt 17 716 DM für Zwecke des privaten Verbrauchs ausgegeben. Gegenüber 1960 hat sich dieser Wert fast versechsfacht. Rechnet man die Preissteigerungen heraus, so verbleibt real immer noch eine Zuwachsrate von 122 %. 1981 und 1982 ging zum erstenmal in der Nachkriegszeit der private Verbrauch real zurück. Ab 1983 konnten wieder Zuwächse verzeichnet werden, so daß das Niveau von 1980 in 1986 um ca. 8 % übertroffen wurde.

4.6 Zusammensetzung des privaten Verbrauchs

Ein erheblicher Teil der Verbrauchsausgaben entfällt auf die Grundbedürfnisse. Rund 23 % der Ausgaben privater Haushalte im Inland wurden 1986 für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren verwendet. Einen weiteren großen Posten stellten mit etwa 16 % die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung dar.

Bei den einzelnen Haushaltstypen sind zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Zusammensetzung des privaten Verbrauchs zu beobachten. So liegt z. B. der Anteil für die Grundbedürfnisse bei einkommensschwachen Haushalten wesentlich höher als bei einkommensstarken.

Abb. 4: Verbrauchsausgaben je Einwohner und Jahr
in Preisen von 1980

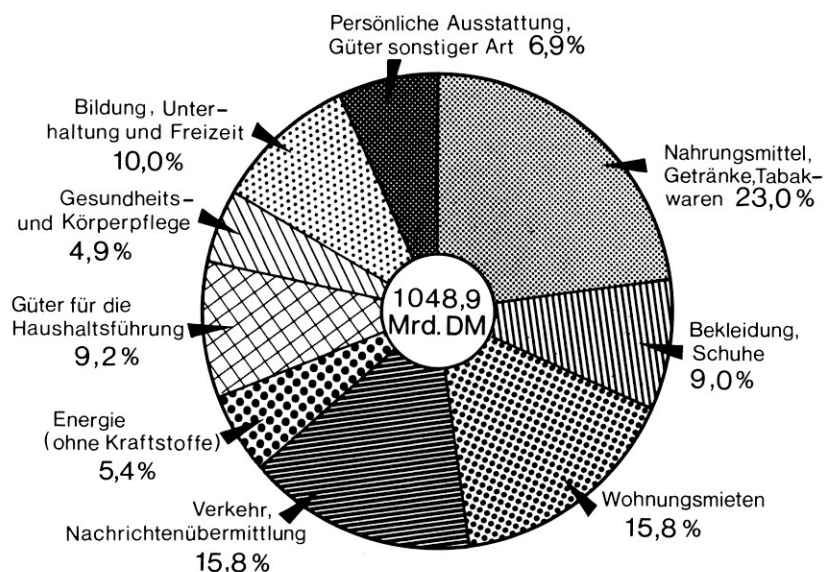


1985 entfielen beim Haushaltstyp 1 70,2% der Verbrauchsausgaben auf Essen, Trinken, Wohnen, Heizen und Kleidung, während der Anteil beim Haushaltstyp 3 nur 54,6% betrug. Die Haushalte des Typs 1 verwendeten 1985 allein 30,5% für den Kauf von Nahrungs- und Genußmitteln, die des Typs 2 25,7% und des Typs 3 nur 21,0%.

Diese Zahlen belegen die Erkenntnis, die schon 1857 der Pionier der Verbrauchsstatistiken, Ernst Engel, in dem nach ihm benannten „Engelschen Gesetz“ zusammengefaßt hat. Es besagt, daß mit steigendem Haushaltseinkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel an den Gesamtausgaben sinkt. Das Gesetz bestätigt sich auch, wenn man die Entwicklung der einzelnen Ausgabenanteile im Zeitablauf betrachtet: Während sich der Prozentsatz, der für Essen und Trinken ausgegeben wird, in den letzten zwei Jahrzehnten unter dem Einfluß gestiegener Einkommen reduzierte, stiegen die Anteile anderer Ausgabengruppen, wie Wohnen und Energieversorgung, beträchtlich an.

Auch in den absoluten Beträgen spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Ausgabengruppen wider. Während sich beispielsweise beim Haushaltstyp 2 die Ausgaben für Wohnungsmieten zwischen 1965 und 1985 in etwa verfünffachten, stiegen die Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel nur gut auf das Doppelte.

Abb. 5: Struktur der Käufe der privaten Haushalte im Inland 1986



Tab. 3: Monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch 1985

Ausgabenposten	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
Privater Verbrauch insgesamt	1 499	100	2 865	100	4 525	100
davon:						
Nahrungs- und Genußmittel	457	30,5	737	25,7	949	21,0
Wohnungsmieten	366	24,4	563	19,6	853	18,8
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	149	10,0	208	7,3	271	6,0
Kleidung, Schuhe	80	5,4	235	8,2	398	8,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	141	9,4	424	14,8	719	15,9
Bildung u. Unterhaltung	71	4,7	259	9,0	435	9,6
Übr. Güter u. Dienstleistungen für den privaten Verbrauch	235	15,7	439	15,3	900	19,9

Tab. 4: Anteile am privaten Verbrauch
in Prozent

Ausgabengruppe Nahrungs- und Genußmittel

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	50,2	40,0	28,5
1970	43,0	35,3	26,1
1975	38,2	29,8	23,0
1980	33,5	28,1	22,0
1985	30,5	25,7	21,0

Ausgabengruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	2,8	9,7	16,2
1970	3,9	10,9	15,1
1975	4,9	13,8	16,4
1980	7,2	14,0	15,3
1985	9,4	14,8	15,9

Ausgabengruppe Wohnungsmieten u. ä.

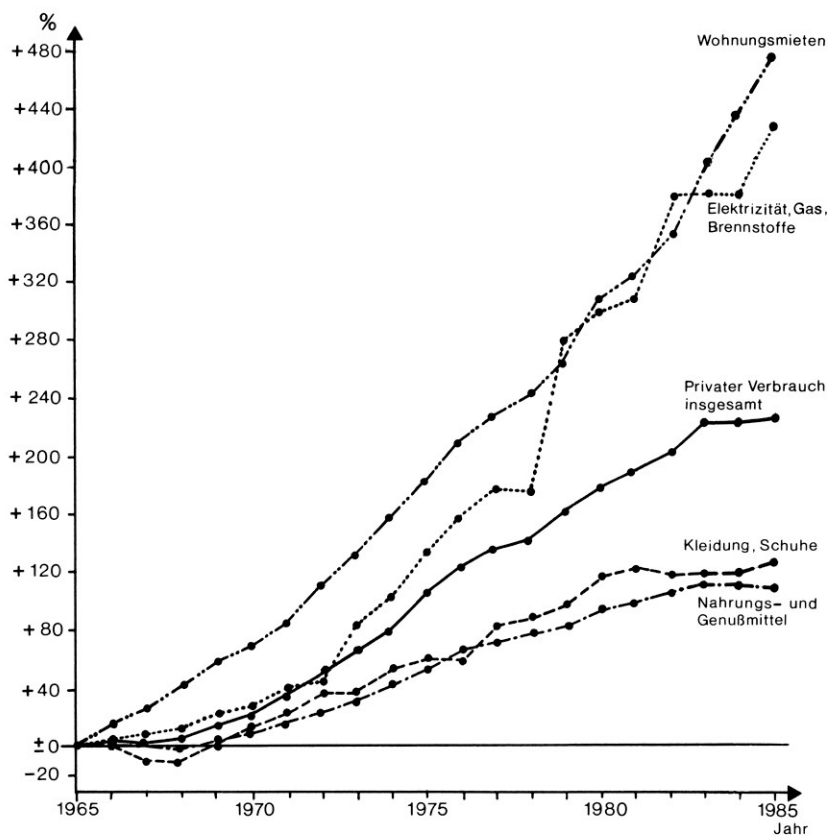
Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	16,2	11,2	12,1
1970	20,5	15,5	14,0
1975	22,2	15,5	14,8
1980	22,4	16,4	15,5
1985	24,4	19,6	18,8

Ausgabengruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	7,1	4,5	3,8
1970	7,7	4,7	3,8
1975	7,6	5,1	4,2
1980	8,8	6,5	5,4
1985	10,0	7,3	6,0

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in die Ausgaben sowohl die Preis- wie die Mengenkomponente eingeht. Der Anstieg eines Ausgabenpostens kann also durch Preissteigerungen und/oder Erhöhung der nachgefragten Menge verursacht werden. Als dritte Möglichkeit ist der Übergang auf höherwertige und damit teurere Waren denkbar (Substitution). In der Regel ist die Ausgabensteigerung auf eine Kombination aller drei Faktoren zurückzuführen, wobei eine Komponente durchaus überwiegen kann.

Abb. 6: Entwicklung einzelner Ausgabengruppen
bei Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen
im Vergleich zu ihrem gesamten privaten Verbrauch
Basisjahr 1965



4.6.1 Nahrungs- und Genußmittel

Für die Ausgabensteigerungen im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel spielt der Substitutionsvorgang eine große Rolle. In ihm wirken sich die Änderung der Verbrauchsgewohnheiten aus. Besonders auffallend ist die beträchtliche Zunahme des Konsums hochwertiger Nahrungsmittel. So lag der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch im Jahr 1986 bei etwa 102 kg, gegenüber 37 kg 1950/51. Der Verzehr von Getreideerzeugnissen und Kartoffeln wurde dagegen erheblich eingeschränkt. Besonders stark zugenommen hat der Konsum von Tabakwaren und alkoholischen Getränken. So stieg beispielsweise der Weinverbrauch mit 23 l je Einwohner im Wirtschaftsjahr 1985/86 gegenüber 1950/51 auf fast das Vierfache an.

Tab. 5: Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln
je Einwohner und Jahr

Erzeugnis	Einheit	Wirtschaftsjahr				
		1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1985/86
Getreide	kg	99	80	66	68	74
Kartoffeln	kg	184	132	102	81	78
Gemüse	kg	49	49	64	64	75
Fruchstobst	kg	40	94	93	84	78
Fleisch	kg	37	57	79	91	102 ¹
Käse	kg	4	8	10	14	16 ¹
Butter	kg	6	9	7	6	8 ¹
Zigaretten	St.	476	1 282	1 946	2 085	1 925 ¹
Bier	l	37	95	141	147	146 ¹
Trinkwein/Schaumwein	l	6	13	16	25	23

¹ 1986.

4.6.2 Wohnungsmieten

Die Ausgaben für Wohnungsmieten sind im letzten Jahrzehnt überdurchschnittlich gestiegen. 1985 gaben z.B. die Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen im Schnitt monatlich 563 DM (19,6% des privaten Verbrauchs) für ihre Wohnung aus, während sie 1970 noch mit knapp 170 DM (15,5% des privaten Verbrauchs) ausgekommen waren. Die Ursache hierfür liegt nicht zuletzt in einer erheblichen Verbesserung der Wohnungsausstattung. Während 1972 nur 42% aller Wohneinheiten mit Sammelheizung, Bad und WC ausgestattet waren, verfügten 1982 bereits rund 66% über diesen Komfort. Die durchschnittliche Quadratmetermiete einer Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung betrug 1982 6,04 DM, während Wohnungen,

die lediglich mit WC ausgestattet waren, durchschnittlich 4,23 DM pro Quadratmeter kosteten. Neben anderen Gründen spielt insbesondere auch der Trend zu größeren Wohnungen für die Erhöhung der Mietbelastung eine wesentliche Rolle (vgl. Kap. 5).

4.6.3 Elektrizität, Gas, Brennstoffe

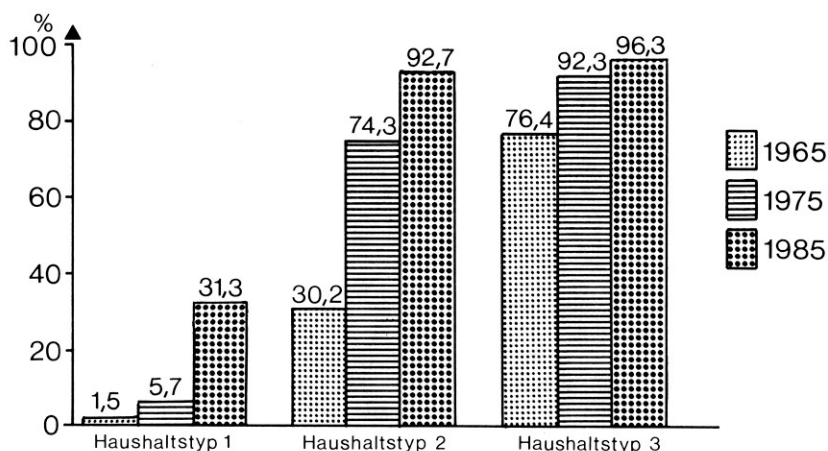
Zu den auffälligsten Erscheinungen im Bereich der Ausgabenentwicklung zählen die Aufwendungen für die Energieversorgung (vgl. Kap. 18). Die jährlichen Veränderungsrate der Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe zeigen im letzten Jahrzehnt keinen kontinuierlichen Verlauf, sondern sind in erster Linie durch die Preisveränderungen beim Erdöl und Erdgas gekennzeichnet.

Der Anteil der Energieausgaben am privaten Verbrauch hat sich zwischen 1972 und 1985 fast ständig erhöht. Von dieser Entwicklung waren alle Haushaltstypen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern gaben 1985 jede zehnte Mark für die Energieversorgung aus, wobei die Aufwendungen für den Kauf von Kraftstoffen, die statistisch zum Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ rechnen, noch nicht einmal berücksichtigt sind.

4.6.4 Ausgaben für Kraftfahrzeuge

Die Ausgaben für Kraftfahrzeuge haben sich insbesondere wegen der gestiegenen Kraftstoffpreise erhöht. Bemerkenswerterweise ist der Bestand an Fahrzeugen trotz der Benzinverteuerungen seit 1973 noch kräftig angewachsen. Während 1973 in der Bundesrepublik annähernd 17 Mill. Personenkraftwagen zugelassen waren, lag diese Zahl 1985 bereits bei 25,8 Mill. Rein rechnerisch hätte 1985 fast jeder Haushalt über ein

Abb. 7: Besitz eines Pkw



Kraftfahrzeug verfügen können. Nach den Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnungen besaß 1985 allerdings nur von den Vierpersonenhaushalten mit höherem Einkommen nahezu jeder (96,3 %) mindestens ein Auto. Bei den Vierpersonenhaushalten mit mittlerem Einkommen waren es 92,7 % und bei den Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalten 31,3 %.

Die Haushalte des Typs 2, die ein Kraftfahrzeug besitzen, gaben 1985 im Durchschnitt etwa 283 DM monatlich für die Unterhaltung ihres Personenkraftwagens aus. Nicht eingerechnet sind dabei Anschaffungskosten bzw. Abschreibungen. Fast die Hälfte der Ausgaben (44,0 %) entfiel allein auf Kraftstoffe, knapp ein Viertel (24,2 %) auf Steuer und Versicherung, rund 9 % auf Garagenmieten und der Rest auf Ersatzteile, Reparaturen u. ä. Gegenüber 1970 haben sich die Ausgaben für das Kraftfahrzeug bei diesem Haushaltstyp mehr als verdoppelt.

Tab. 6: Monatliche Kosten der Kraftfahrzeughaltung 1985¹

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%
Kraftstoffe	124,58	44,0	165,58	43,7
Garagenmieten	25,69	9,1	35,18	9,3
Kraftfahrzeugsteuer	19,69	7,0	22,76	6,0
Kraftfahrtversicherung	48,75	17,2	56,83	15,0
Reparaturen, Ersatzteile u. ä.	64,45	22,8	98,32	26,0
Insgesamt	283,16	100	378,66	100

¹ Je Haushalt mit Kraftfahrzeug.

4.6.5 Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub

Die Ausgaben für Freizeitgüter einschließlich Urlaub weisen weit überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Beim Haushaltstyp 2 hat sich dieser Budgetposten zwischen 1965 und 1985 von 94 DM auf rund 465 DM monatlich, also um 394 %, erhöht. Im Vergleich dazu stiegen die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch im selben Zeitraum lediglich um 225 %.

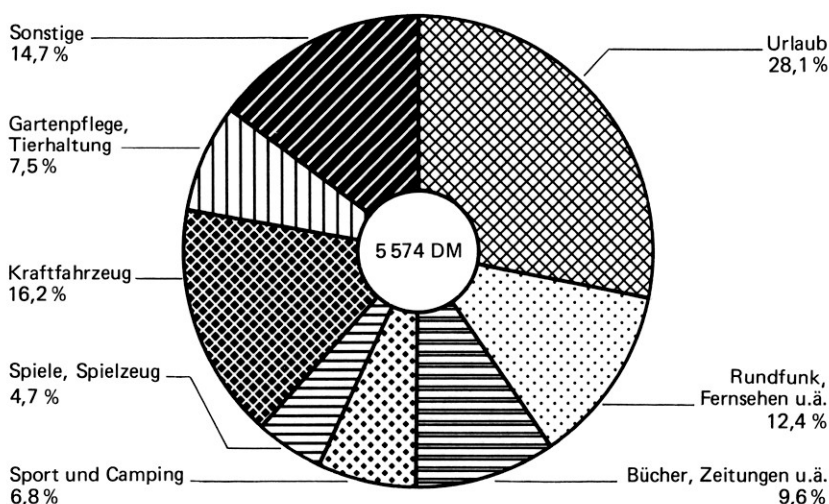
Einkommensstarke Haushalte wenden für diese Zwecke erheblich höhere Beträge auf als einkommensschwache. Bei den Haushalten des Typs 3 erreichten die monatlichen Verbrauchsausgaben für Freizeitgüter und Urlaub 1985 mit etwa 817 DM (204 DM pro Person) einen Anteil von 18 % an den Gesamtausgaben. Aber auch den Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern war das Freizeitvergnügen immerhin noch 154 DM (77 DM pro Person) wert – das entspricht einem Anteil von rund 10 % am privaten Verbrauch.

Ein großer Teil der Aufwendungen für Freizeitgüter entfällt auf die Unterhaltungselektronik (Rundfunk-, Fernsehgeräte u. ä.), aber auch Bücher, Zeitschriften und Zeitungen stehen hoch im Kurs. Ein wichtiges Freizeitgut stellt für viele das Kraftfahrzeug dar; allerdings ist die anteilige Nutzung für Freizeit Zwecke schwer zu ermitteln und der von der Statistik unterstellte Wert (30 % der laufenden Kosten) nur als grober Anhaltspunkt zu betrachten.

Tab. 7: Monatliche Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub

Jahr	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	% des privaten Verbrauchs	DM	% des privaten Verbrauchs	DM	% des privaten Verbrauchs
1965	21,07	5,5	94,05	10,7	233,51	14,9
1970	35,12	6,8	134,42	12,3	301,52	16,1
1975	63,95	7,8	283,08	15,7	502,61	17,6
1980	106,86	9,1	405,66	16,6	737,33	19,4
1985	153,58	10,2	464,52	16,2	817,43	18,1

Abb. 8: Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub 1985 beim Haushaltstyp 2



Ein erheblicher Teil des Freizeitbudgets entfällt auf den Urlaub. Von den Zweipersonenhaushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern traten 1985 rund 49 % eine Ferienreise an. Sie gaben dafür im Durchschnitt 1 260 DM aus. Dagegen leisteten sich knapp 72 % aller Haushalte des Typs 2 einen Urlaubsaufenthalt, der ihnen durchschnittlich 2 180 DM wert war. Am reisefreudigsten waren die Haushalte mit höherem Einkommen (Typ 3). Von ihnen fuhren 1985 85 % in Urlaub, der im Durchschnitt fast 3 987 DM kostete (vgl. zu Reisen auch 6.5).

4.7 Ausstattung der Haushalte

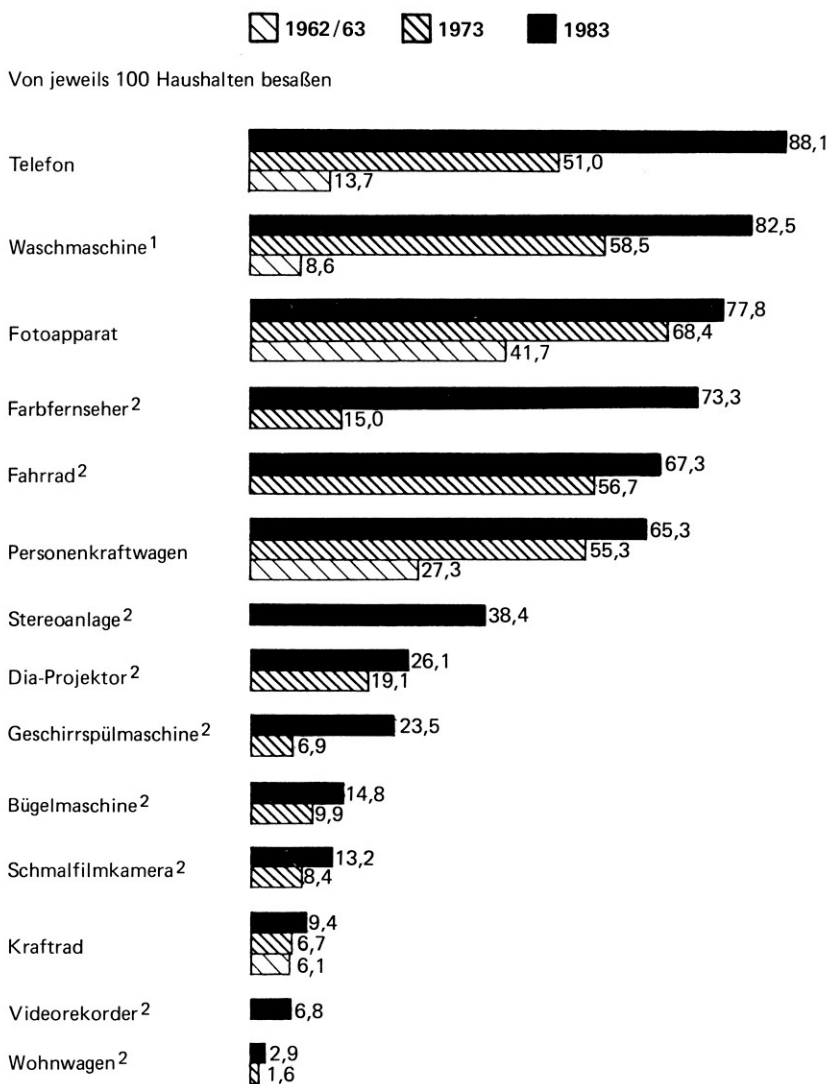
Auch aus dem Besitz bestimmter Güter, die das Leben erleichtern und verschönern, lassen sich Anhaltspunkte über den materiellen Lebensstandard der Haushalte gewinnen. Bei einigen Geräten mit besonderer Bedeutung für die Haushaltsführung, wie

Tab. 8: Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern
1973 und 1985
nach ausgewählten Haushaltstypen

Gegenstand	%					
	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1973	1985	1973	1985	1973	1985
Pkw	5,3	31,3	69,4	92,7	89,6	96,3
Telefon	20,5	89,4	36,6	93,7	87,9	97,9
Farbfernsehgerät	4,5	76,9	10,9	87,1	20,0	85,9
Videorekorder	—	1,3	—	20,2	—	14,8
Fotoapparat	25,0	65,0	93,2	95,3	96,9	98,6
Motor-, Segelboot	—	—	1,3	0,5	2,2	3,5
Kühlschrank	92,4	86,9	96,9	82,4	98,1	85,4
Kühl-, Gefrierkombination	—	15,0	—	22,8	—	26,1
Gefrierschrank, -truhe ¹	7,6	42,5	37,7	70,1	41,1	77,9
Geschirrspülmaschine	0,8	2,5	2,6	40,7	26,6	73,6
Waschvollautomat	25,0	76,3	49,1	72,7	57,5	75,8
Staubsauger	89,4	96,3	95,1	97,9	98,3	97,9
Handrührer od. -mixer, elektrisch	44,7	73,1	79,2	87,7	78,7	87,3

1 1973 einschließlich Kühl-, Gefrierkombination.

Abb. 9: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern



1 1962/63 und 1973 nur Waschautomat.

2 In den vorhergehenden Erhebungen nicht erfragt.

Waschmaschine, Kühlgeräte, Staubsauger u.ä., ist inzwischen fast Vollversorgung erreicht. Weitere Güter des gehobenen Bedarfs dringen in immer mehr Haushalte vor. So verfügten nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 bereits fast 24 % aller Haushalte über eine Geschirrspülmaschine, gegenüber knapp 7 % im Jahr 1973.

Die Ausstattung mit Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung hat sich wesentlich verbessert. So besitzen immer mehr Personen ein Auto (vgl. 4.6.4).

Bemerkenswert ist ferner die gestiegene Anzahl der Fernsprechanschlüsse. 1983 war in 88 % der Haushalte Telefon vorhanden, gegenüber 51 % im Jahre 1973 und knapp 14 % 1962.

Güter zu Unterhaltungs- und Freizeit Zwecken sind ebenfalls weit verbreitet. Es gibt kaum noch Haushalte, die kein Fernsehgerät besitzen. Inzwischen dringen Videogeräte als neue Produkte vor. 1983 gaben bereits 6,8 % der Haushalte an, einen Videorekorder zu besitzen.

Zwischen den einzelnen Haushaltstypen bestehen Unterschiede in der Versorgung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die sich im Zeitablauf allerdings schon reduziert haben. Die Abweichungen im Ausstattungsgrad beruhen zudem nicht nur auf den ungleichen Einkommensverhältnissen, sondern sind auch durch Haushaltsgröße, soziale Stellung und Lebensalter bedingt.

4.8 Sparen und Vermögen

4.8.1 Sparleistung

Die Sparleistung der Haushalte wird in hohem Maße durch das verfügbare Einkommen bestimmt. Haushalte mit hohem Einkommen verwenden einen größeren Einkommensanteil auf die Ersparnis als Haushalte mit geringem Einkommen. Bei den Haushalten der Renten- und Sozialhilfeempfänger hat sich die Sparleistung von Anfang bis Mitte der achtziger Jahre erheblich verringert. Während diese Haushalte 1981 immerhin noch rund 9 % ihrer ausgabenfähigen Einkommen sparten, waren es 1985 nur noch knapp 3 %. Die Haushalte des Typs 3 verwendeten 1985 hingegen einen Anteil von fast 15 % auf die Ersparnis, der damit nur geringfügig unter dem Vergleichswert von 1981 lag.

4.8.2 Formen der Vermögensbildung

Private Haushalte bilden zum einen Geldvermögen durch Sparen, Wertpapierkauf, Lebensversicherungen u.ä. und zum anderen Sachvermögen durch den Erwerb von Wohnungen bzw. Häusern und Grundstücken, aber auch von langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern wie Möbeln, Personenkraftwagen, Fernsehgeräten, Schmuck u.ä.

Abb. 10: Anteil der Aufwendungen für Vermögensbildung am ausgabefähigen Einkommen 1985

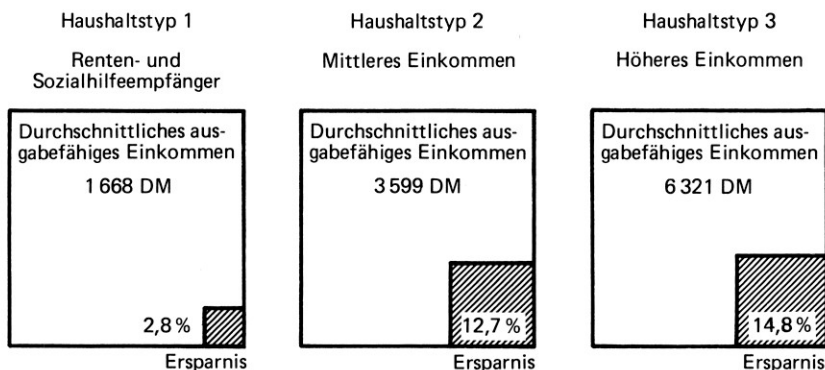
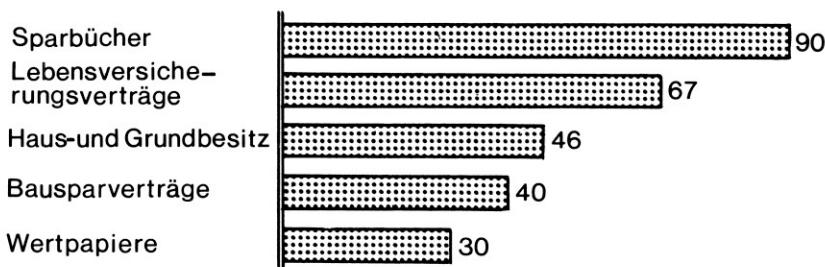


Abb. 11: Ausgewählte Vermögensbestände privater Haushalte¹ 1983
Von 100 Haushalten hatten:



¹ Ohne Ausländer, Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

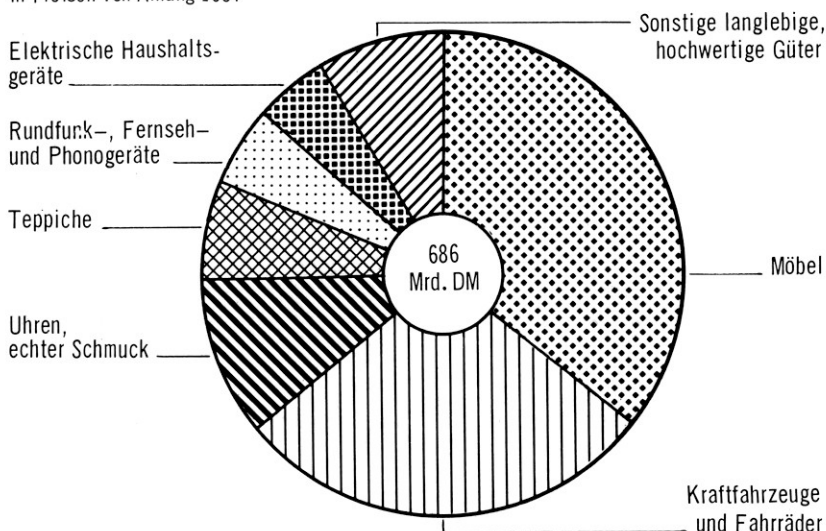
4.8.3 Gebrauchsgütervermögen

Anfang 1984 belief sich der Wert der langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgüter der privaten Haushalte (bewertet zu Preisen von Anfang 1984) auf rund 686 Mrd. DM. Davon entfiel rund ein Drittel auf Möbel, gut ein Viertel auf Kraftfahrzeuge und etwa ein Zehntel auf Uhren und echten Schmuck. Das restliche Viertel bestand vor allem aus Teppichen, Fernseh- und Phonogeräten sowie größeren Haushaltsgeräten.

Im Durchschnitt machte damit Anfang 1984 der Wert des Gebrauchsvermögens je Privathaushalt 27 700 DM aus. Anfang 1970 waren es zu damaligen Preisen erst 182 Mrd. DM oder 8 400 DM je Haushalt gewesen.

**Abb. 12: Gebrauchsvermögen privater Haushalte
in Preisen von Anfang 1984**

in Preisen von Anfang 1984



4.8.4 Geldvermögen

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird auch nach dem Geldvermögen gefragt. 1983 erwies sich – wie schon bei früheren Erhebungen – die Geldanlage auf Sparbüchern als die am weitesten verbreitete Form der Vermögensbildung: In neun von zehn Haushalten war mindestens ein Sparsbuch vorhanden. Allerdings waren die auf den Sparsbüchern angesammelten Beträge im allgemeinen nicht sehr hoch und wohl häufig nur als „Notgroschen“ gedacht. So befanden sich in jedem achten Haushalt, der über Sparsbücher verfügte, weniger als 1000 DM auf dem Konto. Das durchschnittliche Sparguthaben dieser Haushalte belief sich auf 10800 DM.

Nach dem Kontensparen sind Lebensversicherungsverträge die beliebteste Form der Geldanlage. 1983 nutzten 67 % der Haushalte diese Form der Vermögensbildung; 1978 waren es noch 70 % gewesen. Mit 84 % machten die Selbständigenhaushalte am häufigsten Gebrauch von Lebensversicherungen, die oftmals einen wesentlichen Teil ihrer Altersversorgung sicherstellen. Dagegen war nur die Hälfte der Nichterwerbstätigenhaushalte durch Lebensversicherungsverträge abgesichert.

1983 besaßen in der Bundesrepublik rund 30 % der Haushalte Wertpapiere in Form von Aktien, Investmentzertifikaten, festverzinslichen Wertpapieren, Sparbriefen u. ä. Im Durchschnitt belief sich der Wert dieser Depots zu Börsenkursen von Ende 1983 auf 24300 DM.

Abb. 13: Haushalte mit Sparbüchern 1983 nach der Höhe des Guthabens

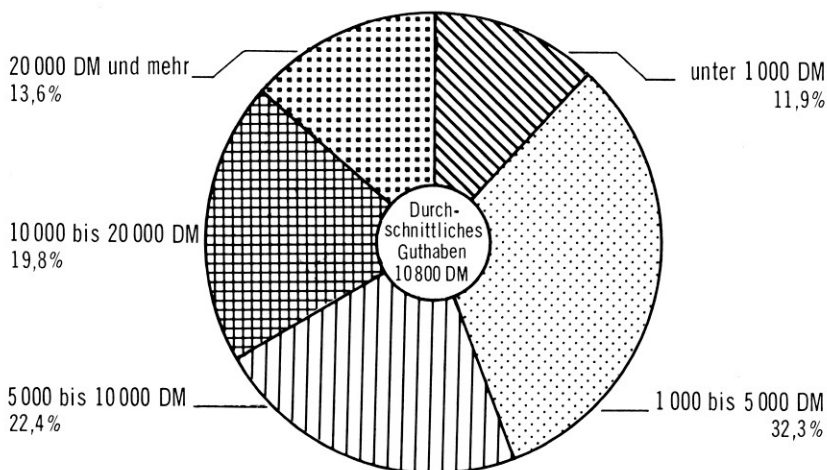
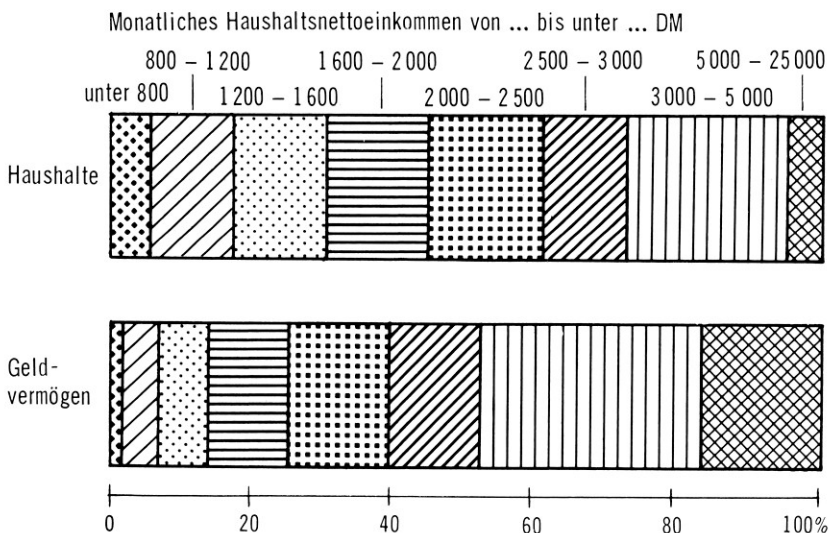


Abb. 14: Geldvermögen der Haushalte¹ nach ihrem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen Ende 1983



¹ Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

Etwa 40 % der Haushalte verfügten Ende 1983 über noch nicht zugeteilte Bausparverträge. Die durchschnittliche Höhe der angesammelten Bausparguthaben lag im Schnitt der Haushalte mit Bausparverträgen bei 11 900 DM.

An sonstigem Geldvermögen (z. B. Festgeld, aber keine Guthaben auf Girokonten) wurden 1983 im Durchschnitt der privaten Haushalte knapp 1 600 DM erfaßt. Damit belief sich das erhobene Geldvermögen je Haushalt auf 23 250 DM. Umgerechnet auf die Gesamtheit der in der Stichprobe repräsentierten 23,5 Mill. Haushalte entspricht dies einem Gesamtgeldvermögen von 545,3 Mrd. DM.

An diesem Geldvermögen sind die einkommensschwachen Haushalte – gemessen an ihrem Anteil der Gesamtbevölkerung – prozentual deutlich niedriger beteiligt und die finanzstarken Haushalte deutlich höher. So entfielen 1983 auf Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 800 DM, die rund 6 % aller privaten Haushalte ausmachten, nur ungefähr 2 % des erfaßten Geldvermögens. Dagegen verfügten Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 25 000 DM, deren Anteil an allen privaten Haushalten ebenfalls etwa 6 % betrug, über rund 17 % des Geldvermögens.

Das angesammelte Geldvermögen wächst mit dem Einkommen der Haushalte. 1983 belief es sich bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 800 DM im Schnitt aller Haushalte dieser Einkommensgrößenklasse auf 6 598 DM, bei einem Einkommen von 5 000 bis 25 000 DM auf 68 340 DM.

Tab. 9: Haushalte¹ nach Einkommen und durchschnittlichem Geldvermögensbestand 1983

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM	Durchschnittliches Vermögen ² je Haushalt in DM
Unter 800	6 598
800– 1 200	9 975
1 200– 1 600	12 352
1 600– 2 000	17 735
2 000– 2 500	20 888
2 500– 3 000	25 108
3 000– 4 000	29 631
4 000– 5 000	39 616
5 000–25 000	68 340
Insgesamt	23 250

¹ Ohne Ausländer und Anstaltsbevölkerung.

² Guthaben auf Sparkonten, Bausparguthaben und Wertpapierbestände (zum Tageskurs) sowie sonstiges Geldvermögen.

4.8.5 Haus- und Grundbesitz

Eigentum an Grund und Boden hat sich langfristig als sichere und krisenfeste Form der Vermögensanlage erwiesen. In Verbindung mit dem weitverbreiteten Wunsch nach dem Wohnen in den eigenen vier Wänden hat dies dazu geführt, daß Ende 1983 10,7 Mill. private Haushalte über Wohnungs-, Haus- und Grundstückseigentum verfügten. Das entsprach einem Anteil an allen Haushalten von 46 %. Ende 1973 hatte dieser Anteil noch bei etwa 40 % gelegen.

Der Einheitswert des Haus- und Grundvermögens betrug im Durchschnitt der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz 44800 DM. Über drei Viertel der Haushalte hatten ihr Grundvermögen selbst erworben, in knapp einem Fünftel der Fälle wurde es ererbt.


Haus- und Grundbesitz war 1983 am häufigsten in Haushalten von selbständigen Landwirten (93 % dieser Haushalte). Es folgen die übrigen Selbständigenhaushalte (72 %), die Haushalte von Beamten (54 %), Arbeitern (50 %) und Angestellten (48 %). 36 % der Haushalte von Rentnern und anderen Nichterwerbstätigen und nur 28 % der Arbeitslosenhaushalte waren Eigentümer von Haus- und Grundbesitz.

4.9 Haushalte mit Schulden

Das Bild über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte bleibt unvollständig, wenn man die Schulden außer acht läßt. Ende 1983 zahlten 17 von 100 Haushalten kurzfristige Kredite (ohne Hypothekenschulden und Baudarlehen) ab. Am häufigsten verschuldet waren Haushalte mit 25- bis unter 35jährigen Bezugspersonen (knapp 35 %) bzw. mit einem Arbeitslosen als Bezugsperson (29 %) und am seltensten Haushalte mit über 70jährigen Bezugspersonen (knapp 4 %). Die noch zu zahlende Restschuld belief

Abb. 15: Haushalte¹ mit Haus- und Grundbesitz 1983 nach ihrer Restschuld

Haushalte¹ mit Haus- und Grundbesitz insgesamt: 10,7 Millionen

	Restschuld (DM)				
	unter 10 000	10 000 40 000	40 000 75 000	75 000 150 000	150 000 u. mehr
 <p>Schuldenfrei 40 %</p>	11 %	17 %	11 %	11 %	10 %

¹ Ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

sich im Durchschnitt der Haushalte mit Kreditverpflichtungen auf 10200 DM. Als Verwendungszweck für die Kredite gaben 39 % der verschuldeten Haushalte den Kauf eines Autos, 15 % die Anschaffung von Möbeln und 4 % Urlaubsreisen an.

Weiter verbreitet als die kurzfristige Verschuldung ist die Aufnahme von Hypotheken und Baudarlehen. Wer Vermögen in Form von Haus- und Grundbesitz bilden will, kommt meist nicht umhin, zur Finanzierung seines Vorhabens längerfristige Gelder in Anspruch zu nehmen. Ende 1983 mußten 60 % aller Haushalte mit Grundvermögen Hypotheken, Baudarlehen u. ä. zurückzahlen. Die Höhe der Restschuld belief sich im Durchschnitt der Haushalte mit Tilgungs- und Zinszahlungen auf 82000 DM, 28 % dieser Haushalte hatten eine Restschuld von 100000 DM und mehr nachgewiesen.

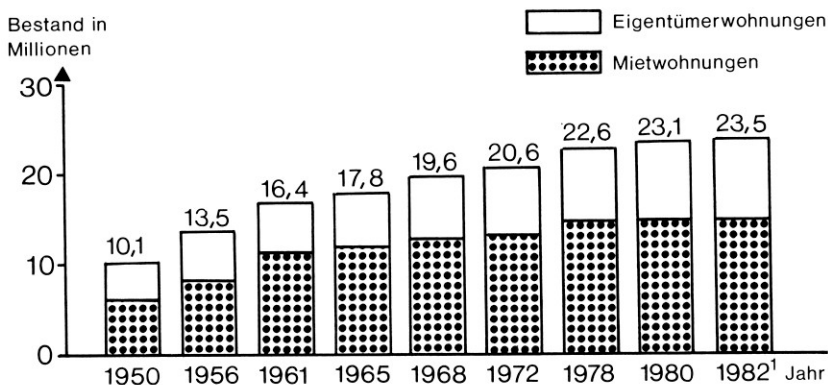
5 Wohnen

5.1 Entwicklung der Wohnraumversorgung

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg standen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum quantitative Probleme im Vordergrund. Die Kriegszerstörungen und der Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen belasteten in besonderem Maß den Wohnungsmarkt. Nach den Ergebnissen der ersten Wohnungszählung von 1950 mußten sich durchschnittlich 4,7 Einwohner eine der 10,1 Mill. Wohnungen teilen. Eine beispiellose Neubautätigkeit in den fünfziger und sechziger Jahren mit jährlicher Fertigstellung von rund einer halben Mill. Wohnungen führte dazu, daß bis 1968 ein Wohnungsbestand von 19,6 Mill. erreicht wurde. Damit kamen durchschnittlich 3,0 Einwohner auf jede Wohnung.

Nach 1968 hat erst mit der Volkszählung 1987 wieder eine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Wohnungen stattgefunden. Da deren Ergebnisse z. Z. noch nicht zur Verfügung stehen, sind neuere Angaben entsprechend unsicher. Gleichwohl kann die im Rahmen des Mikrozensus für 1982 ermittelte Zahl der bewohnten Wohneinheiten von 24,2 Mill. eine allgemeine Größenordnung vermitteln.

Abb. 1: Bestand an bewohnten Wohnungen – mit Küche/Kochnische – in Gebäuden 1950 bis 1982



¹ Um den langfristigen Vergleich zu ermöglichen, sind für 1982 ausschließlich Wohnungen (mit Küche oder Kochnische) erfaßt, während die im Text enthaltene Zahl von 24,2 Millionen alle Wohneinheiten – auch ohne Küche – einbezieht.

Im Rahmen einer Stichprobenerhebung, die sich an den Wohnungsinhaber richtet, ist es dagegen nahezu unmöglich, sinnvolle Ergebnisse etwa zu den viel diskutierten Problemen der leerstehenden Wohnungen oder der Zweckentfremdung von Wohnraum zu erhalten. Beispielsweise schwanken die Schätzungen über die Zahl der leerstehenden Wohnungen zwischen 250 000 und einer Million, wobei diese Schätzungen auf sehr unterschiedlichen Annahmen basieren.

Stellt man die Zahl der Wohneinheiten der entsprechenden Zahl der Haushalte gegenüber, so ergibt sich eine annähernde rechnerische Übereinstimmung beider Größen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sämtliche Wohnungsprobleme gelöst wären. So ist es insbesondere für junge Familien und alte Menschen, für kinderreiche Haushalte oder für sozial schwächere Bevölkerungskreise weiterhin schwierig, eine Wohnung zu finden, die ihren Bedürfnissen und ihren finanziellen Möglichkeiten gleichermaßen gerecht wird. Besondere Probleme gibt es auch auf regionalen Märkten – insbesondere in den Ballungsgebieten –, wo die Nachfrage vor allem nach günstigem Wohnraum das entsprechende Angebot häufig übersteigt. Um solchen Versorgungsproblemen auf die Spur zu kommen, wird im folgenden überwiegend auf das Material des Mikrozensus 1982 zurückgegriffen. Er liefert zur Zeit die aktuellsten Ergebnisse über Struktur und Belegung der Wohnungen.

5.2 Qualität des Wohnungsbestandes und Mieten

5.2.1 Wohnungsgröße

Im Mikrozensus 1982 wurden insgesamt 24,2 Mill. bewohnte Wohneinheiten erfaßt. Angaben über Größe, Ausstattung und Belegung der Wohneinheiten liegen aus dieser Quelle für bewohnte Wohneinheiten in Wohngebäuden vor. Freizeitwohnungen und Wohnungen in Wohnheimen sowie in sogenannten Nichtwohngebäuden, die überwiegend nicht für Wohnzwecke genutzt werden – z. B. die Hausmeisterwohnung in einer Schule, Behörde usw. – bleiben außer Betracht.

1982 waren von den so abgegrenzten 23,2 Mill. Wohneinheiten 13,9 Mill. von Mietern und 9,3 Mill. von Eigentümern bewohnt. Gegenüber 1978 ist damit die Zahl der Mietwohnungen nahezu unverändert geblieben, während die Zahl der Eigentümerwohnungen sich um fast eine Million erhöht hat. Hier dürften u. a. die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen eine Rolle spielen.

Die Eigentümerwohneinheiten waren mit durchschnittlich 105 Quadratmeter Fläche und 5,2 Räumen wesentlich größer als die Mietwohneinheiten mit 67 Quadratmeter Fläche und 3,6 Räumen.

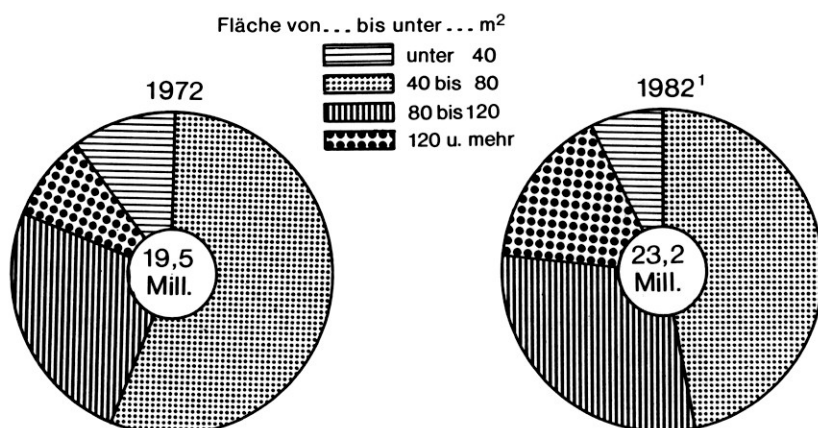
Aus den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 geht ferner hervor, daß die Wohnungen im Vergleich zur Wohnungsstichprobe 1972 geräumiger geworden sind. 1982 waren bereits 46 % aller Wohneinheiten größer als 80 Quadratmeter, 1978 waren es 43 %, 1972 lediglich 34 %.

Tab. 1: Fläche der bewohnten Wohneinheiten¹ 1982

Art der Wohneinheit	Bewohnte Wohneinheiten mit einer Fläche von . . . bis unter . . . m ²					Durch- schnittliche Fläche je Wohn- einheit
	Ins- gesamt ¹	unter 40	40–80	80–120	120 und mehr	
	1 000		%			m ²
Insgesamt	23 232	7	47	31	16	82
Mietwohneinheiten	13 911	10	63	23	4	67
Eigentümerwohneinheiten	9 322	1	23	42	34	105

¹ In Wohngebäuden (ohne Wohnheime); ohne Freizeitwohneinheiten.

Abb. 2: Fläche der bewohnten Wohneinheiten



¹ In Wohngebäuden (ohne Wohnheime); ohne Freizeitwohneinheiten.

5.2.2 Wohnungsausstattung

Die Wohnqualität läßt sich am besten an der Ausstattung mit bestimmten Standardeinrichtungen messen. 1982 waren in 66 % aller bewohnten Wohneinheiten Sammelheizung (Zentral-, Etagen-, Block- oder Fernheizung) sowie Bad/Dusche und WC vorhanden. Ein Anteil von 24 % entfiel auf Wohneinheiten mit Bad/Dusche und WC, aber ohne Sammelheizung.

Eigentümerwohneinheiten waren nicht nur wesentlich größer als Mietwohneinheiten, sondern auch im Durchschnitt besser ausgestattet. Beispielsweise waren 1982 in 71 % der Eigentümerwohneinheiten, aber nur in 63 % der Mietwohneinheiten Bad/Dusche, WC und Sammelheizung zugleich vorhanden.

Tab. 2: Ausstattung der bewohnten Wohneinheiten¹ 1982

Art der Wohneinheit	Ausstattung der bewohnten Wohneinheiten			
	insgesamt	mit Bad, WC und ohne Sammel- heizung		mit sonstiger Ausstattung (ohne Bad bzw. mit Bad, aber WC nicht in Wohneinheit, mit oder ohne Sammelheizung)
	1 000	%		
Insgesamt	23 232	66	24	10
Mietwohneinheiten	13 911	63	25	12
Eigentümerwohn- einheiten	9 322	71	22	7

¹ In Wohngebäuden (ohne Wohnheime); ohne Freizeitwohneinheiten.

Gegenüber 1978 hat sich der Komfort des Wohnungsbestandes erheblich verbessert. Damals waren lediglich 65 % der Eigentümerwohneinheiten und 56 % der Mietwohneinheiten mit Bad, WC und Sammelheizung zugleich ausgestattet. Hier wirkt sich nicht nur der Neubau von Wohnungen aus, sondern auch eine Vielzahl von Modernisierungsmaßnahmen.

5.2.3 Mieten

Die Angaben über die 1982 gezahlten Mieten aus dem Mikrozensus sind durch die Entwicklung am Wohnungsmarkt inzwischen überholt. Sie können aber dennoch zu allgemeinen Aussagen darüber herangezogen werden, wie z. B. Ausstattung und Größe einer Wohnung die Miethöhe beeinflussen.

Die durchschnittliche Quadratmetermiete liegt um so höher, je besser die Wohnung ausgestattet ist und je später sie fertiggestellt wurde. Eine Wohnung ist im allgemeinen

Tab. 3: Quadratmetermieten¹ 1978 und 1982

Ausstattung und Baujahr	Durchschnittliche Miete je m ² Wohnfläche in DM	
	1978	1982
Insgesamt	4,32	5,48
Ausstattung:		
Mit Sammelheizung, Bad und WC	4,87	6,04
Ohne Sammelheizung, mit Bad und WC	3,56	4,33
Ohne Bad, mit WC in der Wohnung	3,47	4,23
Sonstige Ausstattung	3,07	
Baujahr		
bis 1948	3,62	4,59
1949–1964	4,22	5,59
1965–1971	5,05	
1972 und später	5,52	

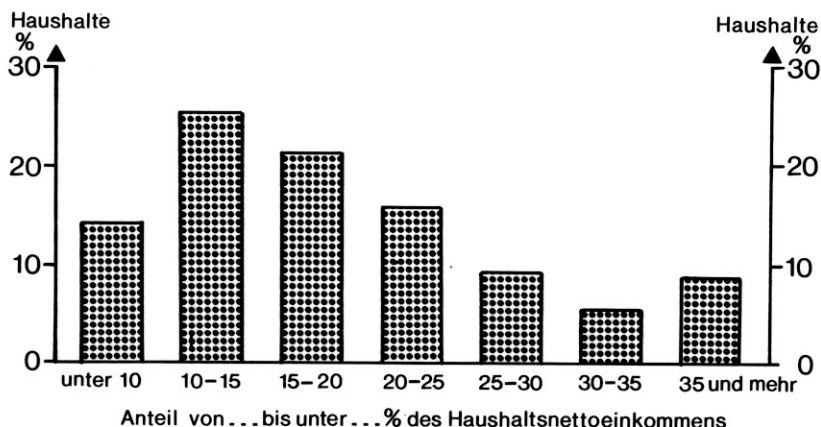
1 Mietwohnungen mit Mietangabe.

auch um so teuer, je größer sie ist; die Miete je Quadratmeter Wohnfläche geht jedoch mit zunehmender Größe zurück. Wichtig für die Höhe der Miete ist zudem die Lage der Wohnung (Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Stadtvierteln usw.).

Darüber hinaus wurde ermittelt, daß die Miete um so niedriger ist je länger ein Haushalt die Wohnung bereits bewohnt. Offensichtlich werden Mieterhöhungen besonders dann vorgenommen, wenn ein Mieterwechsel erfolgt, während bereits vermietete Wohnungen von Erhöhungen weniger stark betroffen sind.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 gaben vier von zehn Mieterhaushalten (1978: 47 %) unter 15 % ihres Nettoeinkommens für die Miete (einschließlich Umlagen, z.B. für Kanalisation und Müllabfuhr, aber ohne Nebenkosten, z.B. für Heizung, Elektrizität, Garage o. ä.) aus. Mehr als jeder dritte Haushalt (37 %, 1978: 35 %), der zur Miete wohnte, mußte zwischen 15 % und 25 % seines Nettoeinkommens für Miete abzwiegen. 23 % (1978: 18 %) der Mieter wendeten für ihre Wohnung mehr als ein Viertel des Einkommens auf. Die Miete beanspruchte demzufolge bei immer mehr Mietern größere Anteile des Einkommens. Dabei waren Haushalte besonders belastet, die ein niedriges Einkommen hatten (vgl. hierzu 4.6 und Teil II, Kap. 6).

Abb. 3: Mietbelastung der Hauptmieterhaushalte 1982



5.3 Wohnsituation der Haushalte

An der Belegungsdichte der Wohnungen, die sich aus der Relation der Haushaltsangehörigen zur Zahl der bewohnten Räume (einschließlich Küche) bzw. zur Wohnfläche errechnen läßt, zeigt sich ebenfalls die kontinuierliche Verbesserung der Wohnverhältnisse zwischen 1950 und 1982.

Die Zahl der Haushalte je Wohnung ist von 1950 bis 1982 stark gesunken. Zugleich ist auch die Anzahl der Personen je Wohnung und je Raum in dieser Zeitspanne erheblich zurückgegangen.

Jeder Person stand 1982 eine durchschnittliche Wohnfläche von 33,2 Quadratmetern zur Verfügung, gegenüber 26,4 Quadratmetern im Jahr 1972. Dabei ergaben sich 1982 in

Tab. 4: Belegung der Wohnungen 1950 bis 1982

Haushalte bzw. Personen	Belegungsziffern					
	1950 ¹	1956 ¹	1960	1968	1972	1982
Haushalte je Wohnung	1,5	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0
Personen je Wohnung	4,7	3,7	3,6	2,9	2,9	2,5
Personen je Raum	1,2	1,0	0,9	0,7	0,7	0,6

¹ Ohne Saarland.

bezug auf die Haushaltsgröße erhebliche Unterschiede. Die Wohnungen von Einpersonenhaushalten hatten im Durchschnitt eine Fläche von 59 Quadratmetern, bei Zweipersonenhaushalten waren es 79 Quadratmeter (39 Quadratmeter pro Person), bei Dreipersonenhaushalten 93 Quadratmeter (31 Quadratmeter pro Person), bei Vierpersonenhaushalten 104 Quadratmeter (26 Quadratmeter pro Person) und bei fünf und mehr Haushaltsmitgliedern 118 Quadratmeter (weniger als 24 Quadratmeter pro Person).

Die Haushalte mit fünf und mehr Personen hatten also deutlich weniger Wohnraum je Person zur Verfügung als die kleineren Haushalte mit bis zu vier Personen. Immerhin mußten sich sogar 16 % der Haushalte mit fünf oder mehr Haushaltsmitgliedern (36 % der Hauptmieter, 5 % der Eigentümer) mit weniger als 80 Quadratmeter Fläche bescheiden.

Von beengten Wohnverhältnissen waren vor allem Haushalte mit Kindern betroffen. Ihnen standen im Durchschnitt nur 26 Quadratmeter je Haushaltsmitglied zur Verfügung, gegenüber 42 Quadratmetern je Person in kinderlosen Haushalten. Besonders eng ging es in Wohnungen kinderreicher Familien zu. Wenn vier oder mehr Kinder in einem Haushalt lebten, verfügte jedes Haushaltsmitglied durchschnittlich nur über 17 Quadratmeter Wohnraum.

Haushalte ausländischer Familien lebten in der Regel in wesentlich beengteren Wohnverhältnissen als deutsche Familien. Zudem waren die Gebäude, in denen sie wohnten, in der Regel älter und schlechter ausgestattet. So hatte 1982 z. B. etwa jeder sechste ausländische Haushalt kein WC innerhalb der Wohneinheit. Allerdings zahlten auch mehr

Tab. 5: Haushalte mit Kindern¹ und bewohnte Fläche 1982

Haushalte	Haus- halte insgesamt	Davon in Wohneinheiten mit einer Fläche von . . . bis unter . . . m²					Wohn- fläche je Person
		unter 40	40–80	80–100	100–120	120 u. mehr	
	1 000	%					m²
Haushalte insgesamt	23 213	7	47	19	11	16	34
Mit Kindern	7 530	1	30	24	17	28	26
1 Kind	3 921	1	36	24	16	23	29
2 Kinder	2 670	1	25	24	19	32	25
3 Kinder	700	–	20	22	18	39	21
4 Kinder u. mehr	239	–	24	21	15	39	17
Ohne Kinder	15 683	10	55	17	9	10	42

1 Kinder unter 18 Jahren.

als die Hälfte der ausländischen Haushalte weniger als 15 % ihres Nettoeinkommens für Miete.

Bei Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß die Wohnansprüche ausländischer und deutscher Haushalte nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden können. Häufig spielt die Qualität der wohnungsmäßigen Unterbringung bei Ausländern nur eine untergeordnete Rolle, da versucht wird, Verbrauchsausgaben möglichst niedrig zu halten, um mehr Geld für die Rückkehr in die Heimat ansparen zu können. Außerdem sind Vorstellungen und Ansprüche in bezug auf Größe, Raumzahl und Ausstattung der Wohnung vielfach von den Verhältnissen in den Heimatländern geprägt.

Die Wohnungsprobleme älterer Menschen sind anders gelagert. Sie verfügen, bedingt durch die geringe Zahl der Haushaltsmitglieder, zwar über relativ viel Wohnraum (im Durchschnitt 41 Quadratmeter je Haushaltsmitglied eines „älteren Haushalts“), ihre Wohnungen sind jedoch eher weniger gut ausgestattet als die der übrigen Haushalte. So hatten 1982 6,4 % der Mieterhaushalte mit einem Haushaltsvorstand über 65 Jahre kein WC in der Wohnung, 13,7 % hatten kein Bad. (Bei den Mieterhaushalten insgesamt lagen die entsprechenden Anteile bei 5,8 % und 8,8 %.) Darüber hinaus ist die Mietbelastung bei den älteren Haushalten relativ hoch. 1982 mußten 25,7 % dieser Haushalte mehr als ein Viertel ihres Einkommens für Miete verwenden (bei den übrigen Haushalten waren es 20,3 %).

Eine Momentaufnahme der Wohnsituation, wie sie der Mikrozensus liefert, wird manchen unbefriedigt lassen. So erfaßt sie z. B. nicht die Wünsche hinsichtlich einer Veränderung im Wohnbereich und den damit verbundenen weiteren Bedarf an Wohnungen. Wie viele junge Menschen bei den Eltern wohnen, aber lieber einen eigenen Hausstand gründen würden, wer von der Stadt aufs Land, vom Hochhaus ins Einfamilienhaus, von der modernen Wohnsiedlung in den Altbau oder von der größeren in die kleinere Wohnung ziehen möchte – all diese Fragen werden nicht beantwortet. (Vgl. zusätzlich Teil II, Kap. 6.)

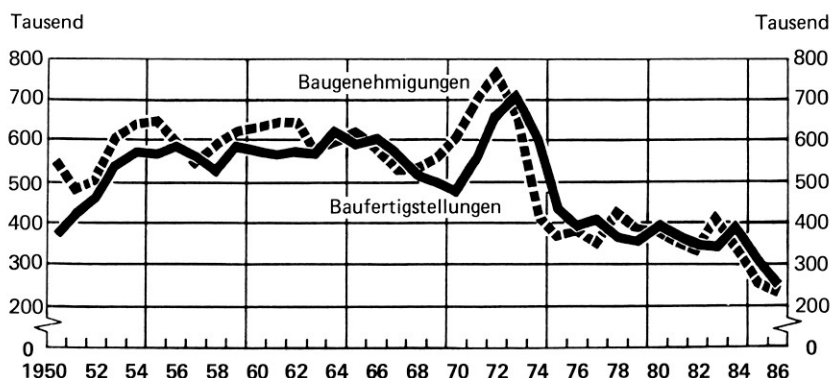
5.4 Wohnungsbautätigkeit

Obwohl rein rechnerisch auf jeden Haushalt eine Wohnung entfällt, ist nach wie vor eine weitere Neubautätigkeit erforderlich. Dies hat vor allem folgende Gründe:

1. wächst die Zahl der Haushalte weiter, z. B. durch Verkleinerung der deutschen Haushalte,
2. werden Jahr für Jahr Wohnungen durch Abriß, Brand oder Nutzungsänderung vernichtet (1986 rund 15000 Wohnungen),
3. bestehen regionale Unterschiede in der Wohnungsversorgung, so daß vor allem in den Ballungsgebieten das Wohnungsangebot nicht der Nachfrage entspricht, und
4. verfügen einige Bevölkerungsgruppen – wie in den vorangegangenen Abschnitten erläutert – nicht über bedarfsgerechten Wohnraum.

Die Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der fünfziger Jahre bis etwa Mitte der sechziger Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertiggestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbau-Genehmigungen auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden. Ab 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertiggestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. 1985 fiel die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf rund 312 000 und erreichte 1986 mit rund 252 000 das bisher niedrigste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Abb. 4: Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen
in Wohn- und Nichtwohngebäuden



Zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit hat der Staat vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z. B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum sogenannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Koppelung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Während in den fünfziger und zum Teil auch noch in den sechziger Jahren etwa die Hälfte der fertiggestellten Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, waren es in den siebziger Jahren nur noch etwa ein Drittel bis ein Viertel.

Von den fertiggestellten Wohnungen waren 1986 rund 35 % Einfamilienhäuser, in Gebäuden mit zwei und drei Wohnungen waren es 30 %, 14 % der errichteten Wohnungen entfielen auf große Mehrfamilienhäuser mit mehr als zwölf Wohnungen. 1972 spielten

Tab. 6: Fertiggestellte und im sozialen Wohnungsbau
geförderte Wohnungen 1950 bis 1986

Jahr	Wohnungen	
	fertiggestellt	im sozialen Wohnungsbau gefördert
1950	371 900	319 400
1955	568 400	341 400
1960	574 400	326 700
1965	591 900	209 300
1970	478 100	165 100
1975	436 800	154 000
1980	388 900	97 200
1981	365 500	92 900
1982	347 000	98 900
1983	340 600	104 100
1984	398 600	79 400
1985	312 100	69 000
1986	251 900	...

die großen Mehrfamilienhäuser eine wesentlich bedeutendere Rolle im Wohnungsbau. Damals lagen 55 % der fertiggestellten Wohnungen in Gebäuden mit mehr als zwölf Wohnungen, während nur 10 % der Wohnungen Einfamilienhäuser waren.

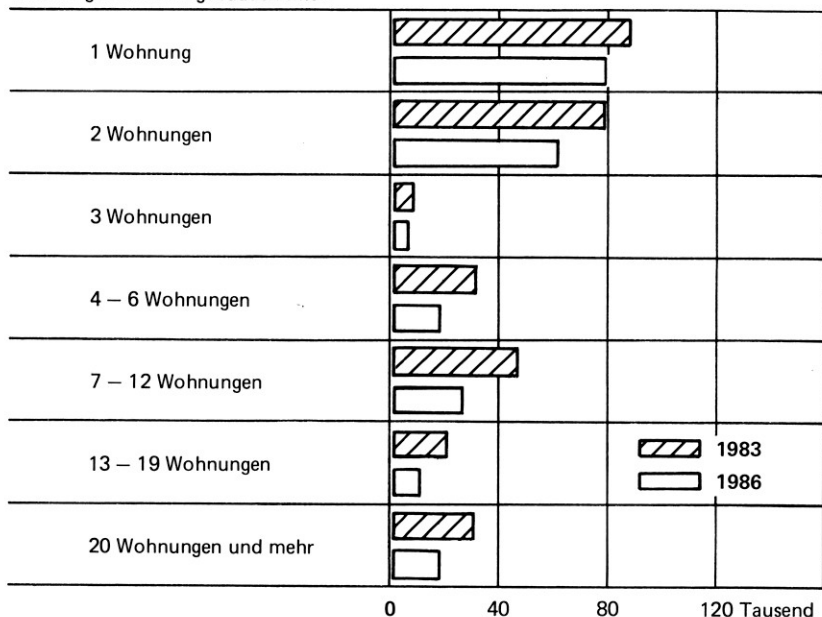
Ein- und Zweifamilienhäuser werden im wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. 1986 waren bei 81 % der fertiggestellten Wohnungen private Haushalte die Bauherren. Mehrfamilienhäuser werden dagegen im wesentlichen von Wohnungsunternehmen und sonstigen Bauherren, z. B. Versicherungsunternehmen, errichtet.

Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung (siehe auch 16.5).

Um einen Quadratmeter Wohnfläche zu errichten, mußten 1986 1 960 DM aufgewendet werden, 1970 waren es 695 DM, 1960 386 DM. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Grundstückskosten siehe 16.5). Je Wohnung waren 1986 durchschnittlich 183 900 DM aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 249 200 DM für ein Einfamilienhaus konventioneller Bauart bis 130 400 DM für eine Wohnung in einem im Fertigteilbau errichteten Mehrfamilienhaus verbirgt.

Abb. 5: Wohnungen in fertiggestellten Wohngebäuden
ohne Wohnheime

Wohnungen in Wohngebäuden mit :



Tab. 7: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Wohnfläche je Wohnung	Kosten je Wohnung
	DM	m ²	DM
1960	386	74	27 800
1965	586	81	47 600
1970	695	85	58 800
1975	1 159	96	111 000
1980	1 629	99	160 800
1985	1 934	90	173 400
1986	1 960	94	183 900

¹ Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. a.

6 Freizeit und Kultur

6.1 Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland werden oft mit den unterschiedlichsten Schlagworten beschrieben. Man spricht von der Leistungsgesellschaft, der Konsumgesellschaft, aber auch der Freizeitgesellschaft, und stellt damit – je nach Intention – verschiedene Aspekte in den Vordergrund. Daß zwei so gegensätzliche Begriffe wie Freizeit- und Leistungsgesellschaft überhaupt nebeneinander bestehen können, liegt daran, daß heutzutage Arbeitswelt und Privatleben zeitlich und räumlich weitgehend voneinander getrennt sind.

Zu Aspekten der Freizeitgesellschaft gibt es leider kein geschlossenes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen werden kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch inhaltliche Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Die Frage, was alles zur Freizeit gehört, werden verschiedene Personen unterschiedlich beantworten, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit fließend sind. Gilt z. B. die Essenszubereitung für einen Hobbykoch als beliebte Freizeitgestaltung, gehört sie für eine Hausfrau eher zur täglichen Pflicht. Wegen dieser definitorischen Schwierigkeiten gibt es keine gesicherten statistischen Angaben über das Ausmaß der Freizeit. Hilfsweise können aber einige meßbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage, Ausgaben für Freizeitgüter usw., die darauf hindeuten, daß der Teilbereich der Freizeit an Bedeutung gewonnen hat (vgl. auch Teil II, Kap. 9.1).

6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 15 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Leistete ein Erwerbstätiger 1972 durchschnittlich 42 Wochenstunden, waren es 1985 nur noch 40 Stunden. 1985 gab es immerhin noch 4,3 Mill. Erwerbstätige (16,1 %), die normalerweise 42 Stunden oder mehr in der Woche an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Andererseits hatten 7,5 % eine Wochenarbeitszeit von weniger als 21 Stunden. Die Tarifabschlüsse zu Beginn der achtziger Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht jedem Arbeitnehmer ein Mindesturlaub von 18 Werktagen (3 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. So erhielten bereits Ende 1986 65 % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1986 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt aller Arbeitnehmer um etwa 17 auf 29 Tage angestiegen.

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer (in % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer)	
	Ende 1980	Ende 1986
3 bis unter 4	5	1
4 bis unter 5	22	5
5 bis unter 6	69	29
6	4	65

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

6.3.1 Ausgaben der privaten Haushalte

In zunehmendem Maße lassen sich die Bundesbürger ihre Freizeitaktivitäten Geld kosten. Beliefen sich die Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub bei einem Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 1965 monatlich auf 94 DM, gab er 1985 für denselben Zweck schon rund 465 DM aus. Das entspricht einer Steigerung um 394 %.

Tab. 2: Aufwendungen von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen für Freizeitgüter je Haushalt und Monat im Jahr 1985

Gegenstand der Nachweisung	DM	%
Aufwendungen für Freizeitgüter insgesamt	464,52	100
davon entfielen auf		
Urlaub	130,40	28,1
Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	44,43	9,6
Rundfunk, Fernsehen u. ä. einschließlich Gebühren	57,82	12,4
Kraftfahrzeug	75,25	16,2
Sport und Camping	31,58	6,8
Gartenpflege und Tierhaltung	35,04	7,5
Spiele und Spielzeug	21,85	4,7
Besuch von Bildungs- u. Unterhaltungsstätten	10,96	2,4
Fotografieren, Filmen	7,87	1,7
Sonstiger Freizeitbedarf	49,32	10,6

Im Vergleich dazu erhöhten sich die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch zwischen 1965 und 1985 lediglich um 225 %. Der Anteil für Freizeitgüter und Urlaub an den gesamten privaten Verbrauchsausgaben von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen stieg dementsprechend von 10,7 % im Jahr 1965 auf 16,2 % im Jahr 1985.

Je nach Haushaltstyp fließt etwa ein Viertel bis ein Drittel des Freizeitbudgets allein in die Urlaubskasse. Weitere wichtige Ausgabeposten sind das Kraftfahrzeug, Fernsehen und Rundfunk.

6.3.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹

Auch die öffentlichen Haushalte wenden mehr Geld für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich beispielsweise die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen 1970 und 1985 von rund 2,1 Mrd. DM auf rund 7,0 Mrd. DM, also um 233 %. Anteilsmäßig sind dies unverändert etwa 1 % der gesamten öffentlichen Haushalte.

Von den rund 7,0 Mrd. DM für Sport und Erholung wurden 2,1 Mrd. DM für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,8 Mrd. DM für Badeanstalten, 1,9 Mrd. DM für Sportstätten und 0,9 Mrd. DM für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 1985 ungefähr 6,3 Mrd. DM für kulturelle Angelegenheiten aus. Mit 3,1 Mrd. DM entfiel etwa die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 1,0 Mrd. DM wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,3 Mrd. DM für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

6.4 Unterhaltung und Kultur

Unterhaltung und Kultur bieten ein breites Angebot von Freizeitaktivitäten. Eine Trennung der beiden Aspekte ist kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u. a. auch Presse, Hörfunk und Fernsehen rechnen – meist auch zur Unterhaltung beitragen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kultureinrichtungen verdrängt haben.

6.4.1 Theater

In der Spielzeit 1985/86 gab es in 74 Gemeinden 85 Theaterunternehmen mit 282 Spielstätten und insgesamt 155 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 7,9 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 33 000 Aufführungen verzeichneten 16,5 Mill. Besucher, also durchschnittlich rund 500 je Veranstaltung. Damit wurden 86 % des Platzangebots genutzt. Gut zwei

¹ 1985 vorläufige Ergebnisse.

Drittel der Karten wurden über das Abonnentensystem und Besucherorganisationen abgesetzt.

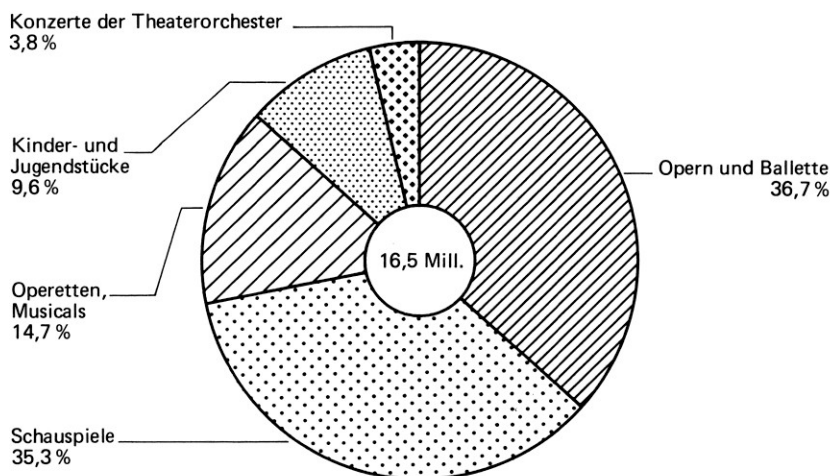
Mit 6 Mill. Zuschauern lagen Opern und Ballette hinsichtlich der Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,8 Mill., Operetten und Musicals mit 2,4 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 1,6 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 0,6 Mill. Zuhörer.

In den letzten zwei Jahrzehnten, insbesondere zwischen 1965 und 1972, haben die Theater offensichtlich an Attraktivität verloren. Verzeichneten sie in der Spielzeit 1964/65 noch 20,4 Mill. Zuschauer, waren es 1972/73 – bei nahezu gleichbleibender Veranstaltungszahl – nur noch 17,2 Mill. Seither ist die Besucherzahl nur noch geringfügig zurückgegangen.

Der Personalbestand der Bühnen hat sich in den letzten zwanzig Jahren stark erhöht. Während die Theater 1959/60 etwa 17000 Personen ständig beschäftigten, waren 1984/85 bereits 11400 Künstler und 15160 sonstiges Personal auf den „Brettern, die die Welt bedeuten“, tätig.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 1985/86 nur noch 16,8 %. In der Spielzeit 1985/86 lag der Zuschuß je Besucher im Durchschnitt bei 95 DM.

Abb. 1: Theaterbesucher 1985/86

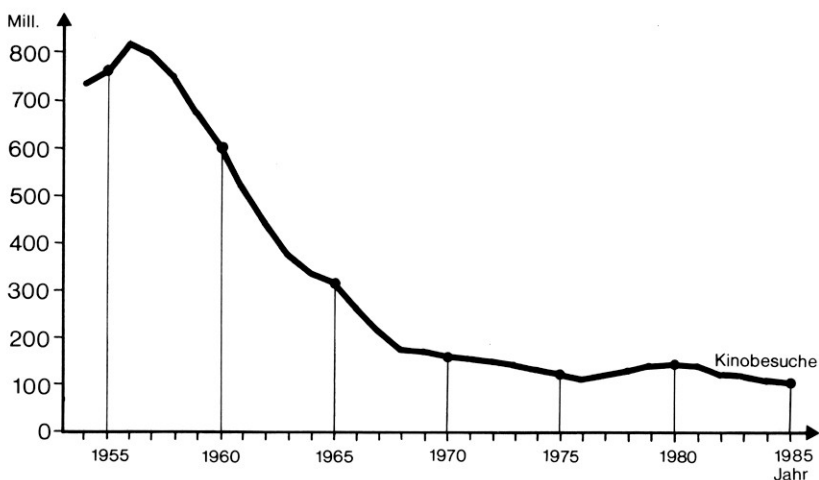


6.4.2 Kino

1983 gab es in der Bundesrepublik 1 155 Filmtheaterunternehmen mit insgesamt 3 192 Spielstellen (aktuellere Angaben liegen zur Zeit nicht vor). In jeder liefen im Durchschnitt 985 Vorstellungen. Durchschnittlich konnte jede Spielstelle bei einer Kapazität von 203 Sitzplätzen lediglich 36 Eintrittskarten je Vorstellung verkaufen. So wurde nur knapp jeder sechste Platz genutzt.

Das Vordringen des Fernsehens hat die frühere Beliebtheit des Kinos offensichtlich stark gemindert. Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Millionen; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In den darauffolgenden Jahren bis 1976 ging der Kinobesuch kontinuierlich zurück. 1976 wurden nur noch rund 115 Mill. Besuche gezählt. Gleichzeitig sank die Zahl der Filmtheater zwischen 1959 und 1976 auf weniger als die Hälfte. Von 1977 bis 1980 registrierten die Kinobesitzer vorübergehend steigende Besucherzahlen, die seit 1981 wieder zurückgehen.

Abb. 2: Kinobesuch



6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 1 640 Museen und ähnliche Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften dar, die 1985 insgesamt 61 Mill. Besucher aufwiesen. Damit ist das Interesse an den Sammlungen in den letzten 20 Jahren stark angestiegen. Den größten Zuspruch fanden 1985 die Heimatmuseen mit 13 Mill. Besuchern, gefolgt von den Kunstmuseen mit 12 Mill. Besuchern.

6.4.4 Fernsehen und Hörfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte, die nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Ende 1985 standen in bundesdeutschen Wohnstuben 24,5 Mill. angemeldete Hörfunk- und 22,7 Mill. Fernsehempfänger.

Im Hörfunkprogramm nahmen 1985 Musiksendungen mit 58% der Sendezeit den breitesten Raum ein. Der Werbefunk beanspruchte etwas mehr als 1% der Sendestunden; die übrige Zeit entfiel auf Wortbeiträge. Am ausführlichsten wurde das Thema Politik behandelt. Die dritten Programme der Rundfunkanstalten widmeten mit 14% einen großen Teil der Zeit den Gastarbeitersendungen; Radio Bremen strahlte im dritten Programm sogar zu 35% Ausländerprogramme aus.

Für das Fernsehprogramm liefert das Zweite Deutsche Fernsehen eine Aufgliederung nach Programmbereichen. Hier überwogen 1986 Filme, Fernseh- und Dokumentarspiele (20,7% der Sendezeit), gefolgt von Unterhaltung, Theater, Musik (10,8%) sowie aktuellen Beiträgen (10,3%).

Abb. 3: Hörfunk 1985 (alle Programme)

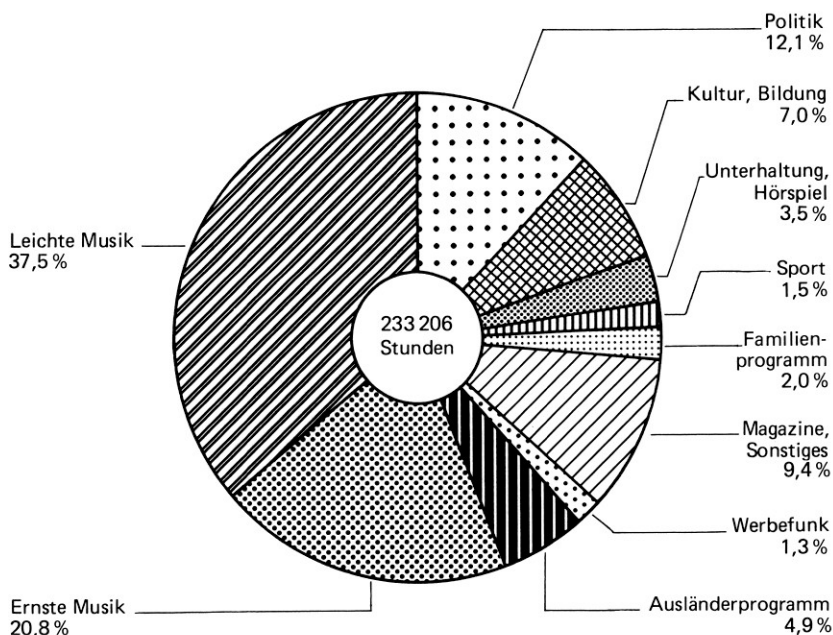
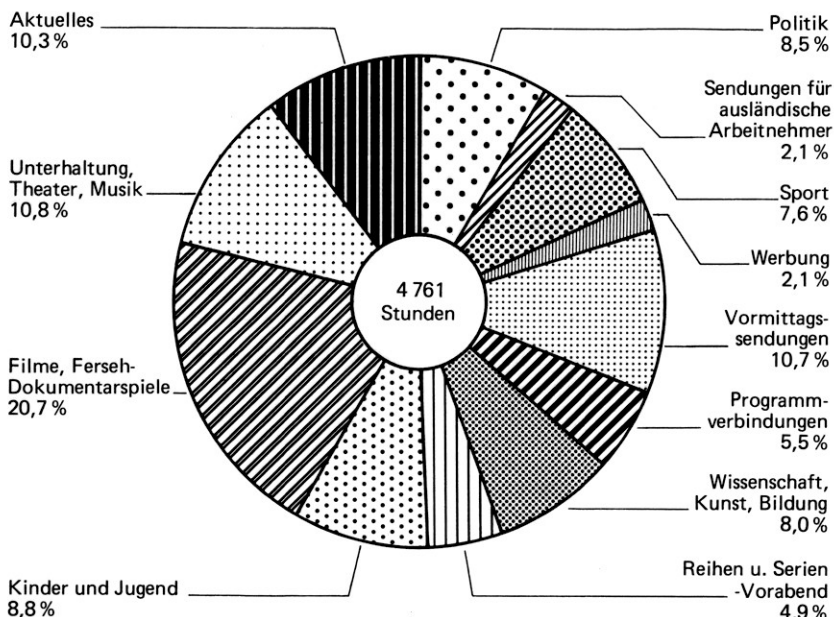


Abb. 4: Fernsehprogramm 1986 (Zweites Deutsches Fernsehen)



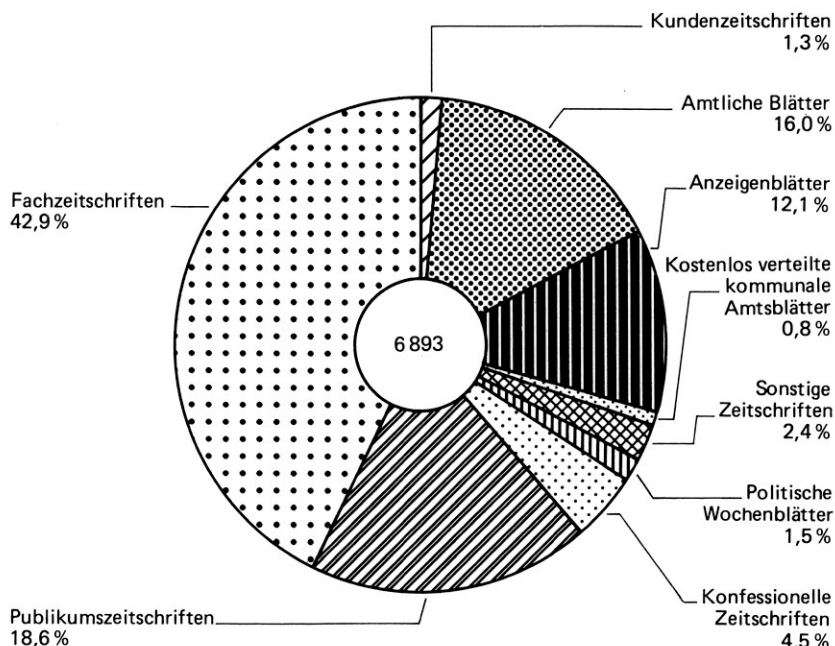
6.4.5 Zeitungen und Zeitschriften

Zeitungen und Zeitschriften sind neben Fernsehen und Rundfunk die wichtigsten Träger der öffentlichen Meinungsbildung; mit ihrer Lektüre wird ein beträchtlicher Teil der Freizeit verbracht. Ende 1985 erschienen in der Bundesrepublik Deutschland 1253 Zeitungen (357 Haupt- und 896 Nebenausgaben) mit einer durchschnittlichen Verkaufsauflage von 25,5 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. 58 % der Auflagen wurden im Abonnement und 42 % im Einzelverkauf vertrieben.

Die Zeitungsverlage finanzieren sich überwiegend aus dem Anzeigengeschäft. Zwei Drittel des Zeitungsumsatzes, der 1985 eine Höhe von 10,4 Mrd. DM erreichte, kamen aus dieser Einnahmequelle. Nur ein Drittel entfiel auf Vertriebs Erlöse. Die „Durchschnittszeitung“ umfaßte im Laufe des Jahres 1985 rund 7700 Seiten, und zwar 62 % mit redaktionellen Beiträgen und 38 % mit Anzeigen. Ein Anteil von allein 32,4 % der gesamten Verkaufsauflage entfiel 1985 auf die Hauptausgaben der drei größten Zeitungen.

1985 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 6893 Zeitschriften herausgegeben. Die Gesamtauflage je Erscheinungstag betrug im vierten Quartal 1985 268 Mill. Exemplare, von denen 90 Mill. im Abonnement, 60 Mill. im Einzelverkauf und 118 Mill. durch

Abb. 5: Zeitschriften 1985 nach Arten



unentgeltliche Verteilung ihre Leser erreichten. Der Zeitschriftenumsatz in Höhe von 10,3 Mrd. DM wurde annähernd zur Hälfte aus dem Vertrieb und aus Anzeigen erzielt.

Den höchsten Anteil an der Auflage hatten die Publikumszeitschriften mit über 104 Mill. Exemplaren, unter diesen wiederum die Illustrierten, Magazine, Programmzeitschriften und die Zeitschriften für Frauen, Familie und Wohnen mit zusammen 64 Mill. Exemplaren. Die nach der Zahl der Titel weitaus größte Gruppe bildeten die Fachzeitschriften. In 2954 Publikationen aus den verschiedensten Gebieten und mit einer Gesamtauflage von mehr als 50 Mill. Exemplaren wurden Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten und fachliche Informationen verbreitet. In großer Zahl, aber mit nur geringer Auflage, erschienen Blätter mit Mitteilungen von Gemeindeverwaltungen, mit Orts- und Vereinsnachrichten, aber auch Anzeigen für Gemeinden und Gemeindeteile. Eine beachtliche Verbreitung hatten ferner die Anzeigenblätter. Hier wurden 836 Titel erfaßt, die in 1395 Ausgaben mit einer Auflage von über 48 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag zum überwiegenden Teil unentgeltlich verteilt wurden.

Aus der Vielseitigkeit des Angebots und der Verschiedenartigkeit der Leserkreise ergibt sich, daß viele Zeitschriften in nur geringer Auflage herauskommen. Jede zweite Zeitschrift blieb unter 5000 Exemplaren je Erscheinungstag und neun von zehn Zeitschriften

Tab. 3: Konzentrationsraten der Zeitungen (Hauptausgaben)

Berichtsjahr	Verkaufsauflage					Anzahl der Zeitungen	
	1 000 Stück	Anteil der . . . größten Zeitungen in %					
		3	6	10	25		50
1975	22 702	30,1	34,6	39,8	54,8	71,3	375
1980	25 103	31,9	36,2	41,3	55,3	71,4	368
1985	25 439	32,4	36,9	42,0	55,9	71,4	357

Tab. 4: Konzentrationsraten der Zeitschriften
im vierten Quartal 1985

Art der Auflage	Auflage (1000 Stück)	Anteil der . . . größten Zeitschriften in %					Anzahl der Zeitschriften
		3	6	10	25	50	
Auflage insgesamt	268 332	9,0	12,3	15,8	25,9	36,8	6 893
Verkaufte Auflage	149 903	.	16,9	23,2	30,6	40,3	6 893

erreichten nicht die Marke von 50 000. Am oberen Ende der Auflagenskala befanden sich 92 Zeitschriften (1,3 % aller Titel) mit Auflagen von einer halben Million und mehr. Sie vereinigten mit 127 Mill. Exemplaren fast die Hälfte der gesamten Zeitschriftenauflage auf sich.

6.4.6 Bücher und Bibliotheken

Auch bei veränderten Informationsmöglichkeiten und -gewohnheiten haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung behauptet. Hiervon zeugt die hohe, wenn auch zu Beginn der achtziger Jahre leicht sinkende Zahl der aufgelegten Buchtitel. 1985 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 45 000 Erst- und 12 623 Neuauflagen gezählt, gegenüber 17 639 bzw. 4 885 im Jahr 1960. Seither hat sich die Produktion von Erstauflagen um 155 % erhöht.

Nach Sachgebieten gegliedert entfiel 1985 der weitaus größte Teil der Buchtitel auf schöne Literatur (15,5 %). Es folgten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Statistik (10,1 %), Technik, Industrie, Gewerbe (6,6 %) sowie Karten, Kartenwerke (5,5 %).

Tab. 5: Buchproduktion 1985

Sachgebiet	Erst- und Neuauflagen	Anteil in %
Schöne Literatur	8 906	15,5
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Statistik	5 808	10,1
Technik, Industrie, Gewerbe	3 812	6,6
Karten, Kartenwerke	3 199	5,5
Bildende Kunst, Kunstgewerbe	2 999	5,2
Recht, Verwaltung	2 917	5,1
Medizin	2 854	4,9
Religion, Theologie	2 773	4,8
Geschichte, Kulturgeschichte, Volkskunde	2 302	4,0
Naturwissenschaften	2 251	3,9
Erd- und Völkerkunde, Reisen	2 250	3,9
Philosophie, Psychologie	2 237	3,9
Sprach- und Literaturwissenschaft	2 229	3,9
Land- und Forstwirtschaft, Hauswirtschaft	2 145	3,7
Jugendschriften	2 076	3,6
Mathematik	1 783	3,1
Erziehung, Unterricht, Jugendpflege	1 683	2,9
Politik, Wehrwesen	1 225	2,1
Musik, Tanz, Theater, Film, Rundfunk	1 217	2,1
Schulbücher	755	1,3
Allgemeines, Buch und Schrift, Hochschulen	637	1,1
Verkehr	608	1,1
Turnen, Sport, Spiele	593	1,0
Kalender und Almanache	336	0,6
Verschiedenes	28	0,1
Insgesamt	57 623	100

Der Zugang zur Literatur wird durch den Ausbau des Bibliothekswesens erleichtert. 1985 gab es im Bundesgebiet insgesamt 19 614 Bibliotheken, darunter 3 209 im Hochschulbereich. 36 Bibliotheken hatten einen Bestand von jeweils mehr als 1 Mill. Bänden. Die meisten Bibliotheken standen 1985 in der Trägerschaft von Kirchen (8 125), Kreisen und Gemeinden (5 759) sowie der Länder (3 777).

6.5 Urlaubsreisen

Ferienzeit ist Reisezeit. Das gilt für viele Bundesbürger, die ihren Urlaub außerhalb der „eigenen vier Wände“ verbringen wollen.

Die Reiselust der Bundesbürger kommt vor allem dem Ausland zugute, wohin 1984/85 62,4 % aller Urlaubs- und Erholungsreisen führten. In nur 36 % der Fälle wurde der Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland verlebt, lediglich 1,6 % der Urlaubs- und Erholungsreisen (ohne kürzere Besuchsreisen zu Verwandten und Freunden) führten in die DDR oder nach Berlin (Ost). Der Anteil der Auslandsreisen hat sich ständig erhöht.

Beliebtestes Reiseland der Bundesbürger ist Österreich. Hierhin führten 1984/85 12,5 % aller Reisen. Als weitere bevorzugte Ziele folgten Italien (11,4 %), Spanien (8,9 %), Jugoslawien (5,5 %), Frankreich (4,3 %) und die Schweiz (2,6 %). 3,2 % aller Reisen gingen über die Grenzen Europas hinaus.

66 % der Inlandsreisen dauern bis zu zwei Wochen, weitere 24 % bis zu drei Wochen, 8 % drei bis vier Wochen und knapp 3 % noch länger.

Bevorzugtes Reiseverkehrsmittel ist der Personenkraftwagen, mit dem 1984/85 rund 67 % aller Urlaubsfahrten unternommen wurden; es folgten das Flugzeug (14 %), die Eisenbahn (11 %) und der Reisebus (8 %); auf sonstige Verkehrsmittel entfielen rund 1 % der Urlaubsreisen.

Tab. 6: Urlaubs- und Erholungsreisen

Zeitraum	Reisen	
	Inlandsreisen	Auslandsreisen
	%	
1969 ¹	60,3	39,7
1972	46,3	53,7
1977 ²	44,1	55,9
1978 ²	42,2	57,8
1979 ²	42,3	57,7
1980 ²	41,1	58,9
1981 ²	41,1	58,9
1984 ³	37,6	62,4

1 Oktober des Vorjahres bis September.

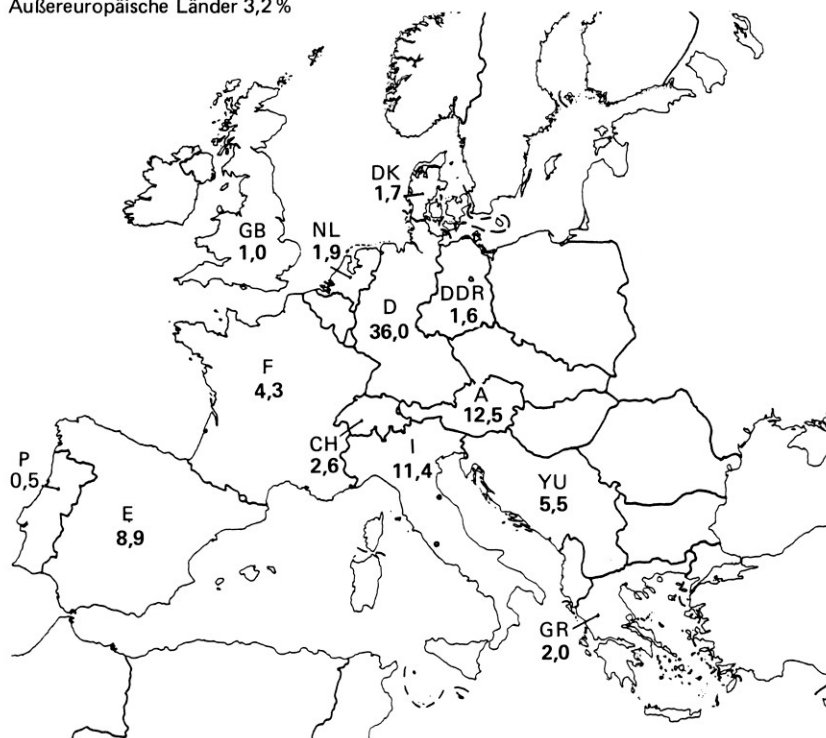
2 April bis März des folgenden Jahres.

3 Mai bis April des folgenden Jahres.

Abb. 6: Urlaubsziele der Bundesbürger 1984/85
in Prozent aller Reisen

Übrige europäische Länder 6,8 %

Außereuropäische Länder 3,2 %



32 % aller Inlandsreisen wurden 1984/85 in den „klassischen“ Beherbergungsquartieren (Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen) verbracht. 21 % führten in Privatquartiere ohne Entgelt, was in etwa dem Anteil an Verwandten- und Bekanntenbesuchen entspricht. Steigender Beliebtheit erfreuen sich Ferienhäuser, Bungalows und Appartements (16 %). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß diese Unterkunftsformen vor allem für den Familienurlaub nicht nur eine vergleichsweise größere Gestaltungsfreiheit, sondern auch Ersparnismöglichkeiten bieten.

Auch die traditionsreichen Jugendherbergen stehen nach wie vor hoch im Kurs. 1984 zählte das Deutsche Jugendherbergswerk in den insgesamt 564 Jugendherbergen des Bundesgebiets 9,1 Mill. Übernachtungen, darunter gut die Hälfte von Schulklassen bzw. Hochschulgruppen. Knapp 1 Mill. Übernachtungen entfielen auf jugendliche Einzelwanderer und Studenten.

Abb. 7: Dauer der Inlandsreisen 1984/85

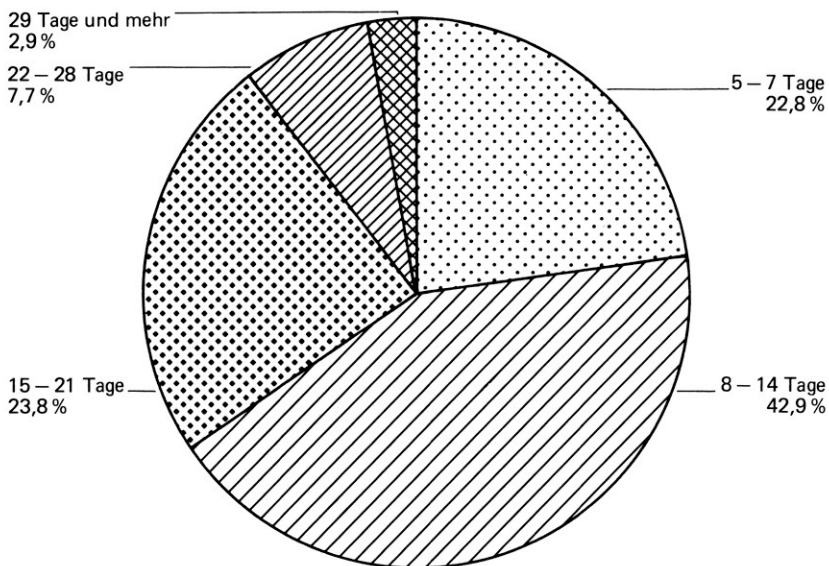
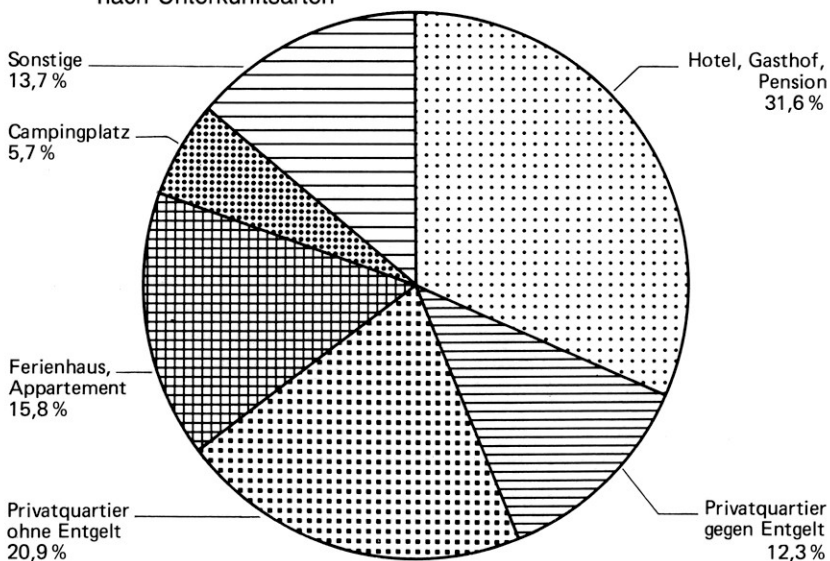


Abb. 8: Urlaubs- und Erholungsreisen 1984/85 im Inland nach Unterkunftsarten



6.6 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Bundesbürger einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet liegen keine gesicherten Ergebnisse vor, und auch über die Millionen von Fernsehzuschauern, die auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterleben, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sporttreibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Tab. 7: Die zehn mitgliederstärksten Sportverbände 1986

Spitzenverband	Mitglieder 1 000	Darunter männlich 1 000
Fußball	4 733	4 282
Turnen	3 568	1 140
Tennis	1 814	1 029
Schützen	1 260	1 021
Leichtathletik	797	440
Handball	777	522
Tischtennis	686	509
Skisport	667	388
Schwimmen	554	283
Reiten	511	214

Die Sportvereine verdanken der Trimm-Dich-Welle und dem in den letzten Jahren gewachsenen Gesundheitsbewußtsein wachsenden Zulauf. Zwischen 1970 und 1986 hat sich die Zahl der Mitglieder des Deutschen Sportbundes von 8,3 Mill. auf 17,1 Mill. erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Vereine von 39201 auf 62930.

Der Vereinssport findet mehr Anhänger unter Männern als unter Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 1986 waren etwa zwei Drittel männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 19% jünger als 15 Jahre und 37% unter 22 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit 4,3 Mill. männlichen und 0,4 Mill. weiblichen Mitgliedern stellen die Fußballvereine rund 25% aller Beitragszahler des Deutschen Sportbundes. Es folgen die Turnvereine mit 3,6 Mill. Mitgliedern. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.

Über das aktive Musikleben in der Bundesrepublik Deutschland gibt es nur wenige statistische Ergebnisse. Einige Angaben liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte 1986 1,7 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 653 000 singende und mehr als 1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 1986 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 18 974 Bundeschöre, darunter 9 535 reine Männer- und 1 761 reine Frauenchöre.

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Um ein Bild von dem gesellschaftlichen Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland zu entwerfen, ist es von besonderem Interesse, inwieweit die Bürger ihre verfassungsmäßig garantierten Mitwirkungsmöglichkeiten nutzen und damit das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben gestalten. Hier kann die amtliche Statistik aufgrund der Komplexität der sozialen Aktivitäten nur einige Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z. B. die Wahlstatistik einen Eindruck von dem politischen Engagement der Staatsbürger, aus der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder läßt sich der Organisationsgrad der abhängigen Erwerbstätigen ermitteln, die Zahl der Teilnehmer an Gottesdiensten gibt gewisse Aufschlüsse über die religiösen Bindungen usw.

Es ist aber offensichtlich, daß die Statistik in diesen Bereichen sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können allenfalls indirekte Hinweise auf soziale Verhaltensweisen vermitteln. Im folgenden werden einzelne Aspekte dieser „gesellschaftlichen Beteiligung“ beleuchtet. (Weitere gesellschaftliche Aktivitäten, z. B. die Teilnahme am Kultur- und Vereinsleben, werden wegen ihrer Nähe zum privaten Bereich in Kap. 6 behandelt; vgl. auch Teil II, Kap. 19.3.)

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu dem Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität. Er besagt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürger von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen und damit Einfluß auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, kann die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Bürger herangezogen werden. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ist das Interesse der Bevölkerung am größten. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erreichte die Wahlbeteiligung 78,5 %. In den folgenden Wahlen von 1953 bis 1983 lag sie zwischen 86,0 und 91,1 %. Die höchste Wahlbeteiligung von 91,1 % wurde bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972 festgestellt. Damals wirkte sich die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre aus. Die bisher niedrigste Wahlbeteiligung nach 1949 wurde bei der Wahl zum elften Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 ermittelt. Von ihrem Wahlrecht machten nur 84,3 % Gebrauch, 7,1 Mill. Wahlberechtigte verzichteten auf eine Stimmabgabe.

Tab. 1: Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3

1 Im Bundesgebiet ohne Berlin (West).

2 Ohne Saarland.

Vergleicht man die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl nach Bundesländern, so zeigt sich, daß die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt – abgesehen von der ersten Bundestagswahl – nicht über zwei bis drei Prozentpunkte hinausgehen. Am eifrigsten machten 1987 – wie in den meisten vorangegangenen Wahlen – die Saarländer von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gefolgt von den Rheinland-Pfälzern und Hessen. Die niedrigste Wahlbeteiligung war 1987 – wie auch 1983 – in Bayern zu verzeichnen. Unter dem Bundesdurchschnitt lag sie auch in Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg.

Von besonderem politischen und soziologischen Interesse ist die Frage, ob es geschlechts- und altersspezifische Unterschiede im Wahlverhalten gibt. Um diese Zusammenhänge zu erhellen, werden seit 1953 repräsentative Sondererhebungen zur Bundestagswahl durchgeführt, bei denen Wählerverzeichnisse und Stimmzettel in etwa 1 800 ausgewählten Wahlbezirken anonym ausgewertet werden. Damit ist sichergestellt, daß das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird.

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1987
nach Geschlecht und Alter

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Wahlberechtigte ¹			Wahlbeteiligung ¹		
	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000	%				
unter 21	1 864	50,6	49,4	76,8	78,9	74,6
21 bis 30	7 578	50,9	49,1	74,6	75,6	73,6
30 bis 40	6 900	50,8	49,2	82,0	81,9	82,1
40 bis 50	7 045	50,4	49,6	87,1	87,0	87,2
50 bis 60	6 632	49,7	50,3	89,4	90,0	88,8
60 bis 70	5 314	40,9	59,1	89,7	91,5	88,7
70 und mehr	5 483	34,0	66,0	79,4	85,1	76,5
Insgesamt	40 816	47,0	53,0	83,1	84,2	82,1

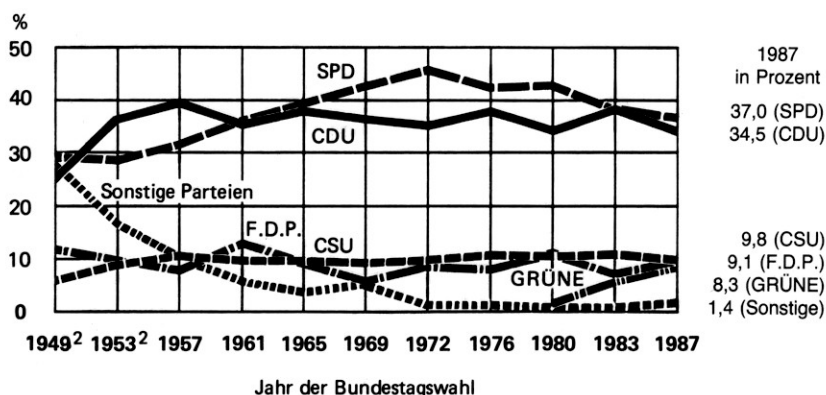
¹ Ohne Personen mit Wahlschein.

Aus diesen Untersuchungen geht hervor, daß die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen insgesamt hinter derjenigen der Männer zurückbleibt: In den Jahren 1953 und 1957 lag sie um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; bei den folgenden Wahlen verringerte sich der Unterschied laufend bis auf 0,8 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl 1976. In den darauffolgenden Wahlen vergrößerte sich der Unterschied jedoch wieder (1987: 2,1 Prozentpunkte). 1987 machten die Männer zu 84,2 % und die Frauen zu 82,1 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. In den Altersgruppen der 30- bis 40jährigen und der 40- bis 50jährigen lag die Wahlbeteiligung der Frauen jedoch etwas höher als bei den Männern.

Stärker ausgeprägt sind die altersspezifischen Abweichungen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wird seit 1953 bei den jungen Wählern festgestellt. Ab dem 25. Lebensjahr nimmt die Wahlbeteiligung bis zum Alter von 70 Jahren zu; danach geht sie wieder zurück, liegt aber noch höher als in der Altersgruppe der unter 30jährigen.

Die Wähler geben ihre Stimmen seit den sechziger Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU sowie der F.D.P. Seit der Bundestagswahl 1983 konnten auch die GRÜNEN die Fünfprozenthürde überspringen. 1987 erreichten sie einen Stimmenanteil von 8,3 %.

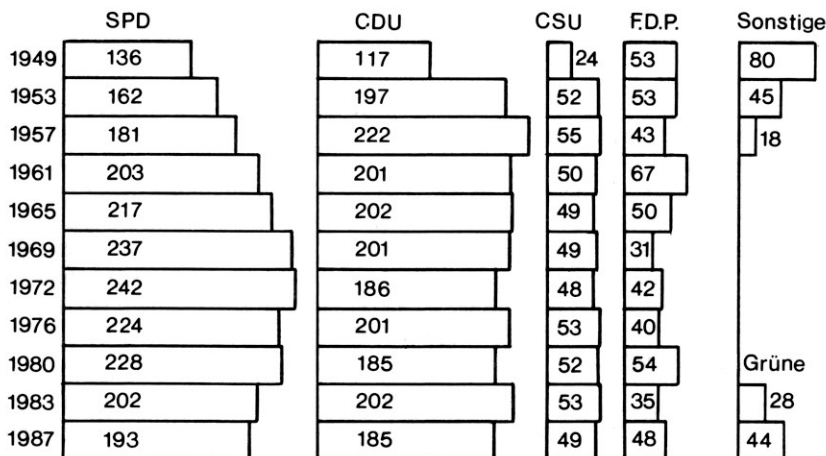
Abb. 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹



1 Seit 1953 Zweitstimmen.

2 Ohne Saarland.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag¹



1 Einschließlich der Abgeordneten von Berlin (West).

Besonders aufschlußreich ist die Analyse der Stimmabgabe in der Kombination nach Geschlecht und Alter. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 1) haben die Frauen einen besonderen Einfluß auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 1987 wurden 52,3 % der gültigen Stimmen (ohne Briefwahlstimmen)

von Frauen und 47,7 % von Männern abgegeben. CDU und CSU konnten mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei SPD, F.D.P., GRÜNEN und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 1953 sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings geringer geworden. Damals zeigten die weiblichen Wähler eine noch deutlichere Vorliebe für CDU und CSU.

Untersucht man die Wählerschaft der Parteien nach ihrem Alter, so ergeben sich ebenfalls Unterschiede. Aus der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 1987 geht hervor, daß die CDU die relativ älteste Wählerschaft hatte, während der Anteil der jungen Wähler bei den GRÜNEN außerordentlich hoch ist. Demgegenüber kamen die Wähler der F.D.P. vor allem aus dem Lager der 35- bis 60jährigen.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind bestimmte Gruppen deutlich unterrepräsentiert. So ist die Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag nach wie vor sehr gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellen sie im elften Deutschen Bundestag nur 15,5 % der Abgeordneten. Im zehnten Deutschen Bundestag lag der Anteil der weiblichen Abgeordneten mit 9,8 % allerdings noch erheblich niedriger.

Auch die Berufszugehörigkeit der Abgeordneten ist keineswegs repräsentativ für die Sozialstruktur der Bevölkerung. Besonders ins Auge fällt der mit rund 34 % relativ hohe Anteil der Beamten. Arbeiter sind im Parlament dagegen kaum vertreten.

Das Durchschnittsalter der Parlamentarier lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1987 bei 49,1 Jahren. Es hat sich von der dritten (1957: 52,5 Jahre) bis zur siebten Wahlperiode (1972: 46,6 Jahre) kontinuierlich verringert und ist danach wieder leicht angestiegen.

**Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 1987
nach dem Alter**

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von . . . bis unter . . . Jahren		
	18–35	35–60	60 u. mehr
SPD	29,8	43,9	26,3
CDU	22,8	44,8	32,3
CSU	26,2	43,7	30,1
F.D.P.	26,6	51,1	22,3
GRÜNE	61,3	32,6	6,1
NPD	28,6	39,2	32,3
Insgesamt	29,3	43,9	26,9

Tab. 4: Abgeordnete des elften Deutschen Bundestages
nach beruflicher Tätigkeit 1987¹

Berufsgruppe	Anzahl	%
<i>Inhaber von Regierungsämtern</i>		
– Regierungsmitglieder und Parlamentarische Staatssekretäre	42	8,1
<i>Beamte</i>		
– sog. politische Beamte, Beamte in der Verwaltung, Richter, Berufssoldaten, Kommunale Wahlbeamte	101	19,5
– Professoren, andere Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen, Lehrer	74	14,3
insgesamt	175	33,7
<i>Angestellte des öffentlichen Dienstes</i>		
– auch von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	23	4,4
<i>Angestellte von politischen und gesellschaftlichen Organisationen</i>		
– von Parteien, Gewerkschaften u. a.	61	11,8
<i>Angestellte in der Wirtschaft</i>		
– in Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und entsprechenden Verbänden	63	12,1
<i>Selbständige</i>		
– Selbständige in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe; auch quasi unabhängige Wirtschaftsvertreter	31	6,0
– Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft	21	4,0
insgesamt	52	10,0
<i>Angehörige freier Berufe</i>		
– Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Ingenieure, Journalisten, Steuerberater u. a.	61	11,8
Pfarrer (ev.) und Diakone	2	0,4
Hausfrauen	11	2,1
Arbeiter ²	11	2,1
Sonstige ³	18	3,5
Abgeordnete insgesamt	519	100

1 Stand: März 1987.

2 Weitere Abgeordnete waren zu Beginn ihrer Berufslaufbahn Arbeiter, übten jedoch einen anderen Beruf aus, der für die Einordnung in das vorliegende Schema mehr charakteristisch ist. Auf einen früheren Arbeiterberuf weisen relativ viele Abgeordnete in der Gruppe der Angestellten von politischen und gesellschaftlichen Organisationen hin.

3 Oder zu diesem Zeitpunkt noch keine Zuordnung möglich.

Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages.

Im Vergleich zu den Bundestagswahlen liegt die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im allgemeinen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Eine relativ hohe Wahlbeteiligung von über 80 % hatten bei den letzten Landtagswahlen die Länder Hessen, Saarland und Berlin aufzuweisen, besonders niedrig war sie in Bayern. In Hessen führte die Landtagswahl am 5. April 1987 zu einer Regierungsumbildung. Die Koalition der SPD mit den GRÜNEN wurde von einer CDU-F.D.P.-Koalition abgelöst. In Rheinland-Pfalz büßte die CDU bei der letzten Landtagswahl ihre absolute Mehrheit ein und bildete eine Koalition mit der F.D.P. In Hamburg entstand nach der Wahl vom 17. Mai 1987, bei der die F.D.P. nach neun Jahren ihren Wiedereinzug in die Bürgerschaft erreichte, eine SPD-F.D.P.-Koalition. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 13. September 1987 verlor die CDU ihre absolute Mehrheit und ihre Stellung als stärkste Fraktion und kann nur noch gemeinsam mit der F.D.P. regieren.

**Tab. 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe
bei den letzten Landtagswahlen
in Prozent**

Land	Wahl	Wahlbe- teiligung	Stimmabgabe			
			CDU/CSU ¹	SPD	F.D.P.	GRÜNE ²
Schleswig-Holstein ³	1987	76,6	42,6	45,2	5,2	3,9
Hamburg	1987	79,5	40,5	45,0	6,5	7,0
Niedersachsen	1986	77,3	44,3	42,1	6,0	7,1
Bremen ³	1987	75,7	23,4	50,5	10,0	10,2
Nordrhein-Westfalen	1985	75,2	36,5	52,1	6,0	4,6
Hessen	1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4
Rheinland-Pfalz	1987	77,0	45,1	38,8	7,3	5,9
Baden-Württemberg	1984	71,2	51,9	32,4	7,2	8,0
Bayern	1986	70,1	55,8	27,5	3,8	7,5
Saarland	1985	85,0	37,3	49,2	10,0	2,5
Berlin (West)	1985	83,6	46,4	32,4	8,5	10,6

1 CSU nur in Bayern.

2 Hamburg: GAL, Berlin (West): AL.

3 Vorläufiges amtliches Endergebnis.

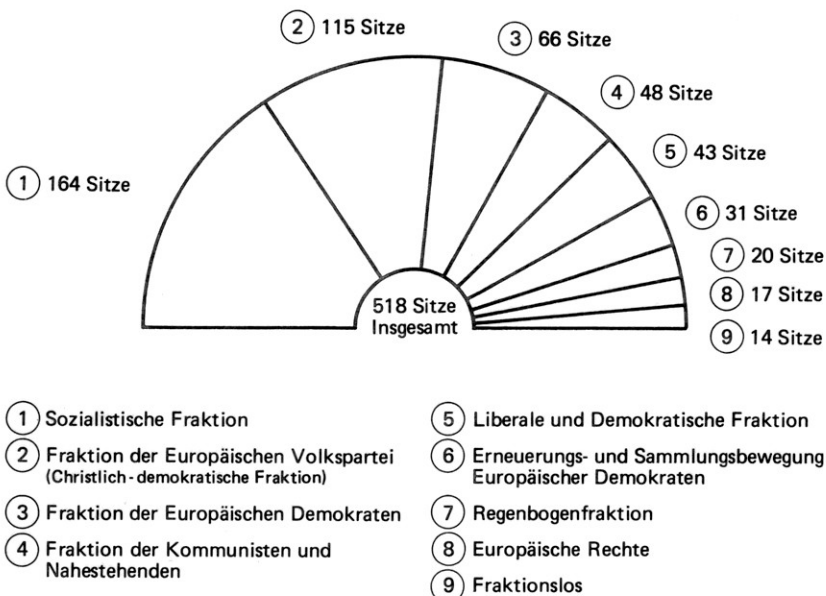
Bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 machten von den insgesamt 44,5 Mill. wahlberechtigten Bundesbürgern nur 56,8 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Damit war die Wahlbeteiligung – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Wenn man von Belgien, Luxemburg, Griechenland und Italien, in denen Wahlpflicht besteht, absieht, lag die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich mit jeweils knapp 57 % noch am höchsten. Das geringste Interesse zeigten die Wahlberechtigten in Großbritannien, von denen sich nur 32 % an den

Europawahlen beteiligten. Mit Wirkung vom 1. Januar 1986 sind Spanien und Portugal als neue Mitgliedstaaten in die Europäischen Gemeinschaften aufgenommen worden. Die ihnen zustehenden Mandate im Europäischen Parlament sind bei Direktwahlen im Zusammenhang mit den letzten nationalen Wahlen an die Parteien nach ihren jeweiligen Stimmenanteilen vergeben worden.

Die für die Bundesrepublik Deutschland durchgeführte repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl zeigt, daß das Interesse bei den jungen Wählern besonders gering war. Beispielsweise verzichteten 58 % der 21- bis 30jährigen darauf, an der Europawahl teilzunehmen. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung der unter 45jährigen unter dem Durchschnitt (zwischen 1,6 und 12,5 Prozentpunkten), die der über 50jährigen hingegen lag darüber.

Die Bundesrepublik Deutschland entsendet insgesamt 81 Abgeordnete ins Europäische Parlament, davon gehören 33 der SPD, 34 der CDU, 7 der CSU und 7 den GRÜNEN an. Die F.D.P. und eine Reihe von weiteren Parteien scheiterten an der Fünfprozentklausel.

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand: Juli 1987



7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland wird seit ihrer Gründung vor allem von den großen Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) und Freie Demokratische Partei (F.D.P.). Daneben kandidierten immer eine Anzahl kleinerer Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundesebene und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozent-Sperrklausel beigetragen. Erst den GRÜNEN gelang zu Beginn der achtziger Jahre in einer Reihe von Länderparlamenten und 1983 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig ungefähr 2 Mill. Bürger das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von etwa 4 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedegründung nach dem Krieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Nach eigenen Angaben stieg ihre Mitgliederzahl von rund 711 000 im Jahr 1946 auf etwa 913 000 Ende 1986. 1976 erreichte sie mit 1 022 000 ihren bisher höchsten Stand. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedegründung bis auf 26 % Ende 1986.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Krieg neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl¹ der CDU belief sich Ende 1986 auf rund 714 000, davon 22 % Frauen. Bei der CSU stieg die Mitgliederzahl¹ von 69 000 im Jahr 1946 auf 182 000 Ende 1986. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder lag zuletzt bei 14 %.

1 Angaben der Partei.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete F.D.P. sieht sich als Hüterin der Tradition des klassischen Liberalismus. In ihren Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik (1971) begreift sie die Freiheiten und Rechte des Bürgers nicht nur als formale Garantie, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Im Vergleich zu ihrer politischen Bedeutung als Koalitionspartner in zahlreichen Bundes- und Landesregierungen besitzt sie mit 65 000 Parteimitgliedern¹ Ende März 1987 eine relativ schmale Mitgliederbasis. Der Frauenanteil in der F.D.P. lag zuletzt bei 24 %.

Seit Mitte der siebziger Jahre engagiert sich eine zunehmende Zahl von Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in „Bürgerinitiativen“. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, z. B. Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Flughafenerweiterung u. ä. Aus dieser Bewegung sind inzwischen „grüne“ Parteien mit über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN haben sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN“ zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Ihre Mitgliederzahl¹ lag im März 1987 bei 38 000, bei einem Frauenanteil von etwa 33 %.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt.

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die sogenannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und Einkommenssituation des einzelnen Erwerbstätigen.

7.3.2 Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden. Sie sind sogenannte Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer aller Parteien und

¹ Angaben der Partei.

Konfessionen zusammenarbeiten. Es gibt daher in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Ländern nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 7,8 Mill. Mitgliedern. Er setzt sich aus 17 Einzelgewerkschaften zusammen, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d. h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen.

Die größten Einzelgewerkschaften des DGB sind die IG Metall mit gut 2,5 Mill. und die ÖTV mit knapp 1,2 Mill. Mitgliedern.

Neben den DGB-Gewerkschaften sind als weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit fast einer halben Mill. Mitgliedern und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 800 000 Mitgliedern zu nennen. Im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) sind rund 300 000 Arbeitnehmer organisiert. Bei allen genannten Organisationen ist die Zahl der Mitglieder während der letzten Jahrzehnte kontinuierlich angestiegen.

Tab. 6: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Stand: Ende 1986

Einzelgewerkschaften	Mitglieder	Anteil der Frauen
	1 000	%
Bau, Steine, Erden	485	6
Bergbau und Energie	355	2
Chemie, Papier, Keramik	654	19
Druck und Papier	143	23
Eisenbahner Deutschlands	351	9
Erziehung und Wissenschaft	193	52
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	43	14
Handel, Banken und Versicherungen	376	58
Holz und Kunststoff	143	14
Kunst	28	38
Leder	48	44
Metall	2 598	15
Nahrung, Genuß, Gaststätten	266	34
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	1 199	31
Polizei	163	9
Deutsche Postgewerkschaft	463	31
Textil – Bekleidung	256	57
DGB	7 765	23

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Tab. 7: Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen

Gewerkschaft	1951	1960	1970	1980	1986
	1 000				
Deutscher Gewerkschaftsbund	5 912	6 379	6 713	7 883	7 765
Deutsche Angestelltengewerkschaft	344	450	461	495	496
Deutscher Beamtenbund	234	650	721	821	782

Quelle: Angaben der betreffenden Organisationen.

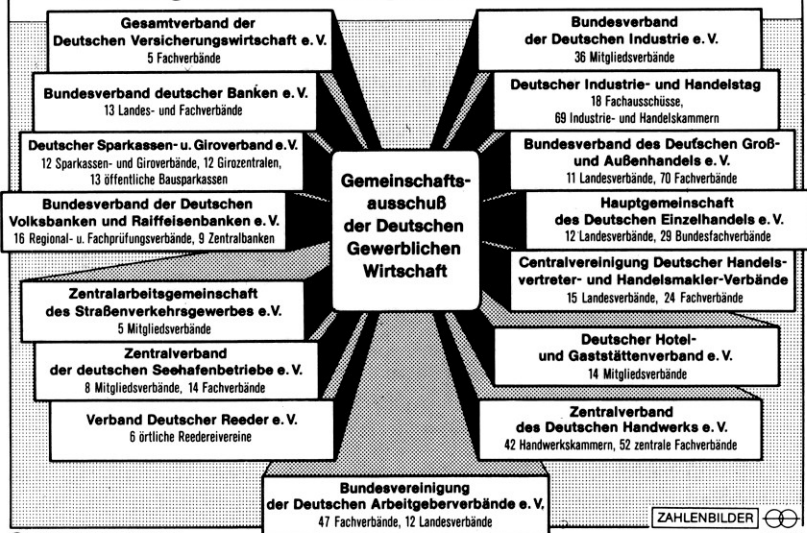
Insgesamt waren Ende 1986 etwa 9,4 Mill. Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Setzt man diese Zahl mit der entsprechenden Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen (Juni 1985: 23,5 Mill.) in Beziehung, ergibt sich ein Organisationsgrad aller Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland von 40 %. Die Vergleichszahl für 1960 lautet 37 %.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder konnten ihren Anteil an der gesamten Mitgliederzahl im Laufe der Zeit leicht erhöhen. Beim DGB belief er sich 1986 auf knapp 23 %, bei der DAG auf 41 % und beim DBB auf ein Viertel. Die weiblichen Arbeitnehmer sind damit in den Gewerkschaftsorganisationen unterrepräsentiert. Im Vergleich zu einem Anteil an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen von 38 % im Jahr 1986 stellen sie nur etwa ein Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder. Ihr Organisationsgrad liegt bei 24 %; das bedeutet, daß gegenwärtig etwa jede vierte abhängig erwerbstätige Frau einer Gewerkschaft angehört.

7.3.3 Arbeitgeberverbände

Den Vereinigungen der Arbeitnehmer entsprechen im Rahmen der Koalitionsfreiheit die Arbeitgeberverbände als Interessenvertretungen der Arbeitgeber. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehrere hundert teils fachlich, teils regional gegliederte Arbeitgeberverbände. Der Organisationsgrad der Arbeitgeber ist außerordentlich hoch. Die gemeinsame Dachorganisation für alle Wirtschaftszeige – Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen – ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Sie vertritt die Unternehmer in ihrer Funktion als Arbeitgeber, das heißt als Verhandlungspartner der Gewerkschaften. Alle übrigen Interessen – zum Beispiel wirtschafts- und steuerpolitischer Art – werden von anderen Verbänden wahrgenommen, beispielsweise dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und den Fachorganisationen des Handwerks.

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft



© Erich Schmidt Verlag

236 110

Mitbestimmung in Unternehmen

Betriebsverfassungsgesetz von 1952

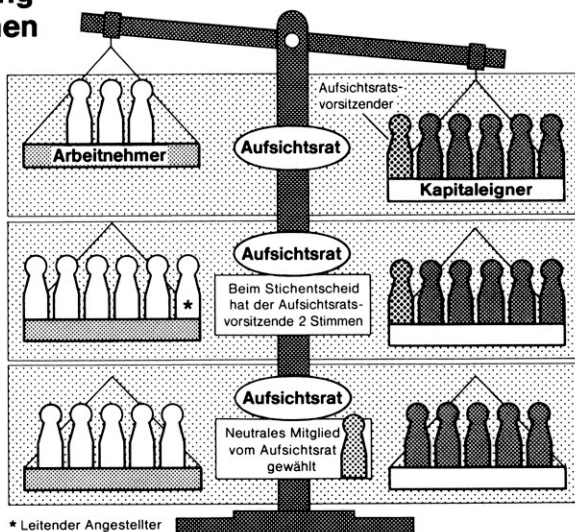
in AG, KGaA mit bis zu 2 000 Beschäftigten,
in GmbH, eGmbH mit 501 – 2 000 Beschäftigten

Mitbestimmungsgesetz von 1976

in AG, KGaA, GmbH, eGmbH u. bergrechtlichen Gewerkschaften mit über 2 000 Beschäftigten

Montanmitbestimmungsgesetz von 1951

in AG, GmbH, bergrechtl. Gewerkschaften mit über 1 000 Beschäftigten im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie



ZAHLENBILDER

243 521

© Erich Schmidt Verlag GmbH

7.3.4 Mitbestimmung

Neben dem Kampf um die materielle Absicherung der Arbeitnehmer und der allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist es seit langem ein erklärtes Ziel der Gewerkschaften, die Mitbestimmung im Betrieb zu verwirklichen. Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch das Betriebsrätegesetz von 1920, das die Möglichkeit schuf, in allen Betrieben gewählte Arbeitnehmervertretungen einzurichten.

Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Formen der Mitbestimmung, jeweils abhängig von Unternehmensgröße, Rechtsform und Wirtschaftszweig.

Am weitesten entwickelt sind die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in den Großbetrieben des Bergbaus und der Eisen- und Stahlerzeugung mit über 1000 Beschäftigten, die unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 fallen. Nach diesem Gesetz wird der Aufsichtsrat je zur Hälfte von Vertretern der Kapitalgeber und der Arbeitnehmer besetzt; beide Seiten einigen sich dann auf ein weiteres neutrales Mitglied. Dem Vorstand muß ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied angehören, der nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat gewählt werden kann.

Für die Großunternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten der übrigen Industrie gilt das allgemeine Mitbestimmungsgesetz von 1976. Auch nach diesem Gesetz setzt sich der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus Vertretern der Kapitalgeber und Arbeitnehmer zusammen. Bei Stimmengleichheit gibt jedoch die Stimme des Vorsitzenden, der nicht gegen den Willen der Kapitalgeber gewählt werden kann, den Ausschlag. Außerdem muß ein Arbeitnehmervertreter der Gruppe der „leitenden Angestellten“ angehören.

Bei kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften bis 2000 Beschäftigte und Unternehmen bestimmter anderer Rechtsformen mit 500 bis 2000 Beschäftigten) erfolgt die Mitbestimmung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes nach der sogenannten Drittelbeteiligung, d. h. ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder besteht aus gewählten Arbeitnehmervertretern. Ähnliche Regelungen bestehen bei einem Großteil der Unternehmen im öffentlich-rechtlichen Bereich (Sparkassen, Landesbanken, Eigenbetriebe).

In den übrigen Unternehmen besitzen die Arbeitnehmer keinen institutionalisierten Einfluß auf die wirtschaftliche Unternehmensführung. Sie haben jedoch – abgesehen von Kleinbetrieben unter fünf Beschäftigten – nach dem Betriebsverfassungsgesetz das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in sozialen und personellen Angelegenheiten hat.

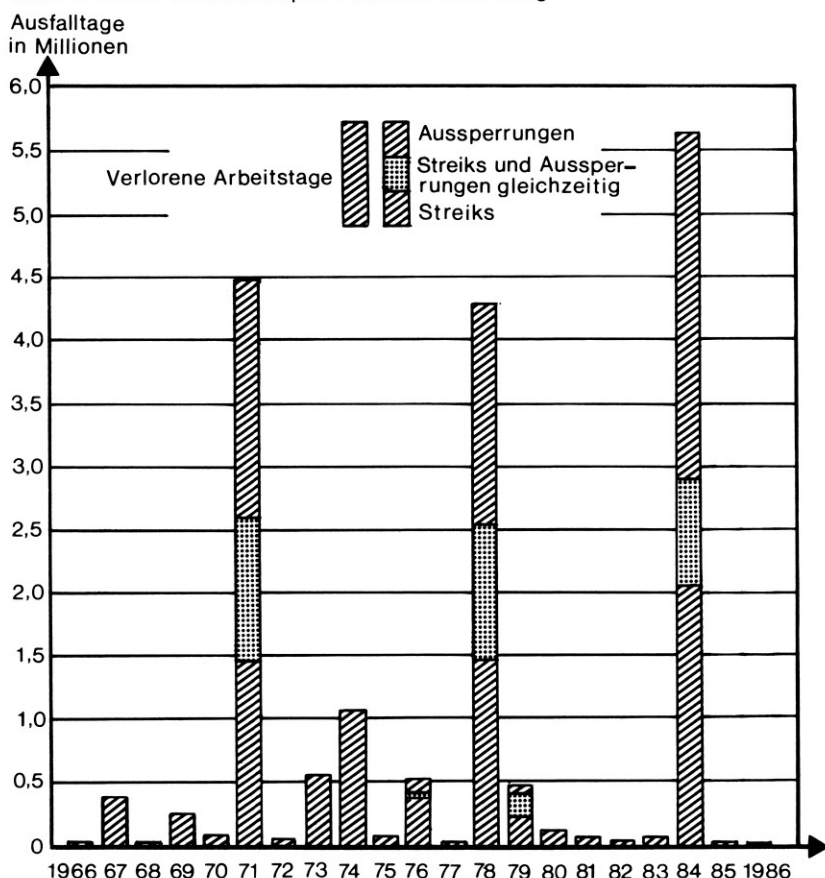
Nach Untersuchungen des DGB wurden 1984 in rund 35000 Betrieben über 190000 Betriebsratsmitglieder gewählt. Von den Mandaten entfielen mehr als drei Viertel (77,4 %) auf die Einzelgewerkschaften im DGB, knapp ein Fünftel (19,0 %) auf Nichtorganisierte und der Rest auf DAG (3,0 %) und andere Organisationen (0,6 %). Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder belief sich auf 38,7 %, der Frauenanteil auf 20,0 %. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug 1984 80,4 %.

Für die 4,6 Mill. Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes (1985) regeln die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder die Mitbestimmung in den Dienststellen. Das Mitbestimmungsorgan im öffentlichen Dienst ist der Personalrat; seine Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich analog zu den Regelungen in der Wirtschaft auf soziale und personelle Angelegenheiten.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den

Abb. 4: Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage



beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, das ist die vorübergehende Weigerung, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1971, 1978 mit jeweils über 4 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen und 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen zu verzeichnen. In den übrigen Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter (s. Abb. 4). Auf die meisten größeren Streiks reagierten die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen wurden.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland übernommen worden. Danach besteht in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, und jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, zum Beispiel das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben, oder das Recht der Einflußnahme auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gehört ganz überwiegend den christlichen Kirchen an, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen der katholischen und der evangelischen Glaubensrichtung. Eine kleine Minderheit bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, zum Beispiel zur Evangelisch-Methodistischen Kirche, zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), zur Altkatholischen Kirche, zur Gesellschaft der Freunde (Quäker) und zur Heilsarmee.

Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist im Süden der Bundesrepublik Deutschland überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern und in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg sind beide Konfessionen etwa gleich stark vertreten. Im Norden überwiegt der evangelische Volksteil.

Die Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Juden liegt heute bei etwa 30 000. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933

Tab. 8: Verteilung der Konfessionen nach Bundesländern¹

Bundesländer	Anteil der Angehörigen der	
	evangelischen Kirchen ²	katholischen Kirche
	an der Gesamtbevölkerung in %	
Schleswig-Holstein	86,4	6,0
Hamburg	73,6	8,2
Niedersachsen	74,6	19,6
Bremen	82,4	10,2
Nordrhein-Westfalen	41,8	52,5
Hessen	60,5	32,8
Rheinland-Pfalz	40,7	55,7
Baden-Württemberg	45,8	47,4
Bayern	25,7	69,9
Saarland	24,2	73,8
Berlin (West)	70,1	12,5

¹ Ergebnis der Volkszählung 1970.

² Gliedkirchen der EKD und evangelische Freikirchen.

etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin (West) und Frankfurt/M.

Durch den Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher kaum in Deutschland vertreten waren; so z. B. die griechisch-orthodoxe Kirche und der Islam, der 1985 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,6 Mill. Anhänger hatte.

7.4.3 Katholische Kirche¹

Am Jahresende 1985 lebten rund 26,3 Mill. Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 43 %. Dieser Anteil ist seit 1950 nahezu gleich groß geblieben. Die Katholikenzahl ist seit 1974 rückläufig. Der Zuzug katholischer Ausländer – meist Gastarbeiter und deren Familienangehörige – hatte bis dahin die rückläufigen Taufzahlen und die zu Beginn der siebziger Jahre steigende Zahl der Kirchnaustritte (1970: 69 000) mehr als kompensiert. 1985 lag die Zahl der Kirchnaustritte bei 74 000.

Die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland ist in 22 Bistümer (5 Erzbistümer und 17 Bistümer) gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen

¹ Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

Tab. 9: Katholische Kirche

Jahr	Katholiken	Taufen	Trauungen	Kirchliche Beerdigungen	Teilnahme an der sonntäglichen Eucharistiefeier
1 000					
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 192	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1985	26 308	254	113	286	6 800

beträgt 12400 (1985). In der Pfarrseelsorge waren 1979 rund 12200 Weltpriester und Ordensgeistliche tätig; auf einen Pfarrseelsorger trafen 2200 Gläubige. Wegen akutem Priestermangel können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden. Weitere 7300 Priester waren in anderen Arbeitsfeldern tätig.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 9. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern nahm zwischen 1960 und 1985 um 5,1 Mill. Besucher oder um fast 43 % ab. 1985 besuchten durchschnittlich 26 % aller Katholiken die Sonntagsmesse. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche nehmen weit mehr an den Eucharistiefeiern teil.

Der große Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muß im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der Lebendgeborenen gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl sind die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere die Bereitschaft zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfaßte Ende 1985 25,1 Mill. Mitglieder; dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 41 % und einem solchen an der deutschen Bevölkerung von rund 44 %. Bei der Volkszählung im Jahr 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 52 %. Anfang 1986 waren in den 17 Gliedkirchen der EKD etwa 17 100 Pfarrer im aktiven Dienst tätig, darunter 10,5 % Pfarrerinnen. Auf einen Geistlichen entfielen damit im Durchschnitt rund 1500 Kirchenmitglieder, im Jahr 1964 waren es noch durchschnittlich rund 2200.

¹ Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover.

Tab. 10: Evangelische Kirche

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Bestattungen	Abendmahls- gäste
1 000					
1963	28 796	476	204	335	7 727
1970	28 480	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1985	25 106	224	93	335	9 942

Auch die evangelischen Kirchen hatten seit Mitte der sechziger Jahre vornehmlich aufgrund der Rückgänge der Geburten und der standesamtlichen Eheschließungen Abnahmen bei der Zahl der Taufen und Trauungen zu verzeichnen. Im Jahr 1985 kamen gegenüber 1963 unverändert auf 100 lebendgeborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 77 evangelische Kindtaufen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die sogenannten „Späuttaufen“, d. h. Taufen von Kindern im Alter von eins bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindtaufen erreichte 1985 12,4 %. Die Zahl der Trauungen ging bei den evangelischen Kirchen deutlich stärker zurück als in der katholischen Kirche: Während sich im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 1985 nur noch 45. Die Aussage dieses Vergleichs wird durch die Wiederverheiratungen Geschiedener eingeschränkt. Ihr Anteil an der Zahl der Eheschließungen stieg bis 1985 auf 28,8 % an. Geschiedene werden seltener kirchlich getraut als Personen, die erstmals heiraten. Seit Jahren nahezu unverändert werden rund 94 % aller evangelischen Gemeindeglieder nach dem Tod von einem evangelischen Pfarrer zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahr 1985 wurden im Durchschnitt von drei Zählsonntagen über 1,3 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren über 5 % der evangelischen Kirchenmitglieder. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß der Gottesdienstbesuch von 1969 bis 1973 stark nachgelassen hat und seitdem fast unverändert geblieben ist. Über 7 Mill. Personen (rund 30 % der evangelischen Christen) besuchten die Christvespern und -metten am Heiligen Abend 1985. Die Beteiligung am Abendmahl nimmt seit 1972 ständig zu: 1985 wurden rund 9,9 Mill. Abendmahlsbeteiligungen ermittelt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchaustritten betroffen. Sie erreichten 1970 und 1974 ihre Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig, verharren aber insgesamt gesehen auf einem verhältnismäßig hohen Stand (1985: rund 141 000 Austritte und über 38 000 Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen).

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In diesem umfassenden Anspruch läßt sich der Tatbestand aus der amtlichen Statistik nicht quantifizieren. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Statistik, die über alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung berichtet. Dennoch lassen sich einige allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück „Lebensqualität“ treffen.

Die umfassendsten Angaben über die gesundheitliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland fallen aus den Mikrozensusbefragungen an. Die derzeit aktuellsten verfügbaren Ergebnisse stammen aus dem Mikrozensus 1982. Damals wurde eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung danach befragt, ob sie sich in den vergangenen vier Wochen in ihrem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, daß sie ihre übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung, bei der zudem nur eine Krankheit, nämlich die schwerwiegendste, erfragt wird, sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: Ob ein Befragter krank ist oder nicht und welches die schwerwiegendste Erkrankung ist, hängt weitgehend von seiner persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es gerade diese persönlichen Einschätzungen (und nicht objektive Kriterien), die einen „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ erfaßbar machen.

Nach den Ergebnissen von 1982 haben sich insgesamt 10,0 Mill. Personen als krank oder unfallverletzt bezeichnet. Damit ist der Anteil der Kranken und Unfallverletzten an der Bevölkerung im Vergleich zu früheren Befragungen mit etwa 16 % annähernd gleich geblieben. 6,1 Mill. dieser Personen bezeichneten sich als langfristig oder chronisch krank, 3,2 Mill. waren akut krank bzw. krank gewesen, rund 670 000 waren unfallverletzt.

Männer waren erheblich häufiger von Unfallverletzungen betroffen als Frauen. Hingegen lag der Anteil der Erkrankten bei den Männern mit 13,4 % niedriger als bei den Frauen mit 16,8 %. Auch bei altersspezifischer Betrachtung ergibt sich bei den Frauen in nahezu allen Altersgruppen über 15 Jahren ein höherer Krankenanteil als bei den Männern. Die Unterschiede sind dann allerdings weniger gravierend.

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der Erwerbstätigen. 10,1 % der berufstätigen Männer und 11,6 % der berufstätigen Frauen bezeichneten sich im Berichtsmonat als krank. Arbeitsunfähig waren 2,6 % der erwerbstätigen Männer und 3,0 % der erwerbstätigen Frauen.

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen im April 1982

	Wohnbe- völkerung	Darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
		1 000	in % der Wohnbe- völkerung	1 000	in % der Wohnbe- völkerung
Insgesamt	61 660	9 356	15,2	671	1,1
Männlich	29 495	3 945	13,4	408	1,4
Weiblich	32 166	5 411	16,8	263	0,8

Die Zahlen über die wegen Arbeitsunfähigkeit versäumten Tage, die auf Unterlagen der Krankenkassen beruhen und damit lediglich die Fälle von Arbeitsunfähigkeit einbeziehen, bei denen ein Arzt eingeschaltet wurde, zeigen ebenfalls kaum Unterschiede in der Krankheitsanfälligkeit von Männern und Frauen.

Tab. 2: Arbeitsunfähigkeit der Mitglieder
der gesetzlichen Krankenversicherung¹

Jahr	Arbeits- unfähigkeitsfälle		Arbeitsunfähigkeitstage			
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	je 100 Mitglieder		je Arbeits- unfähigkeitsfall			
1970	89,0	86,5	1 707	1 710	19,2	19,8
1975	85,5	85,8	1 628	1 627	19,0	19,0
1980	103,2	96,7	1 819	1 700	17,6	17,6
1984	88,3	87,1	1 494	1 374	16,9	15,8

¹ Pflichtmitglieder und freiwillig Versicherte ohne Rentner und ohne Studenten.

8.1.1 Krankheitsarten

Unter den im Mikrozensus angegebenen Krankheitsarten dominieren Krankheiten des Kreislaufsystems und die Erkrankungen der Atmungsorgane. Auf sie entfiel 1982 ein

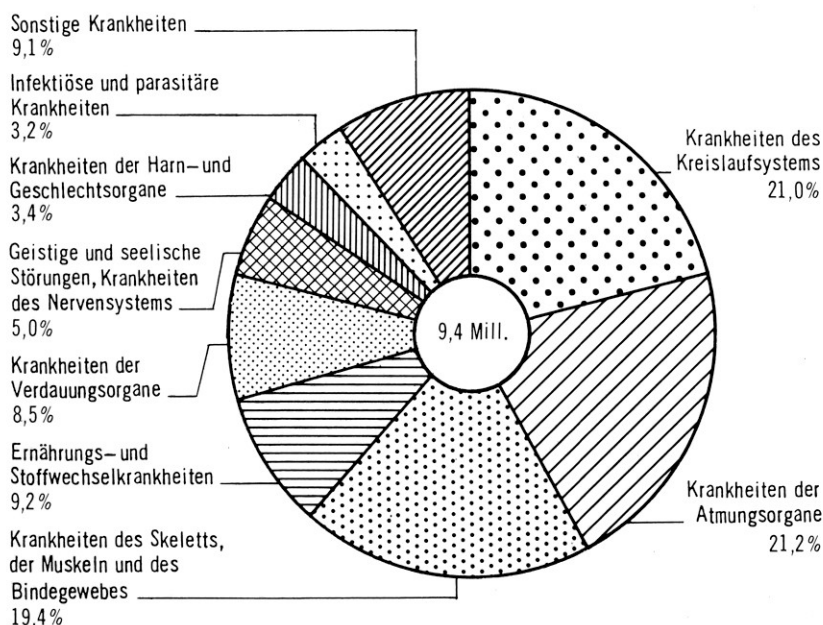
Anteil von jeweils 21 %. Zu den Erkrankungen der Atmungsorgane werden auch alle Krankheitsfälle gezählt, die als „Grippe“ eingestuft wurden. Darunter dürfte sich allerdings nur ein relativ geringer Anteil von echten (Virus-)Grippefällen befunden haben. Es ist zu vermuten, daß schwerere Erkältungen von den Erkrankten häufig als Grippe eingeschätzt wurden.

Die Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes folgten mit 19 % an dritter Stelle. An Stoffwechselkrankheiten litten 9 %, an Krankheiten der Verdauungsorgane 8,5 % der kranken Bevölkerung.

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie Tuberkulose, Kinderlähmung, Pocken u. ä., sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Sie werden aber von den Gesundheitsämtern besonders sorgfältig beobachtet, um eine Ausbreitung rechtzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Im längerfristigen Vergleich spiegeln sich die Erfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten. Einige einstmals gefürchtete Infektionskrankheiten, wie Diphtherie und Kinderlähmung, treten heute nur noch ganz vereinzelt auf. Der letzte Pockenfall in der Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahr 1970 registriert. Auch die Zahl der Tuberkulosekranken ist seit langem kontinuierlich rückläufig. Auf 100 000

Abb. 1: Kranke Personen im April 1982 nach Art der Krankheit

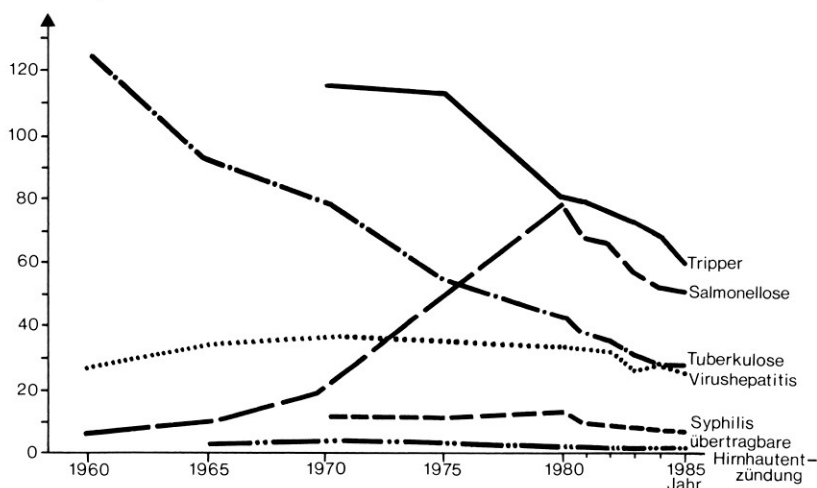


Einwohner entfielen 1950 noch 280 Personen, die an dieser Krankheit litten; 1985 lag die entsprechende Vergleichszahl bei 28. Absolut bedeutet dies eine Verminderung der Neuerkrankungen von 130 000 auf 16 970.

Ebenfalls rückläufig ist die Gesamtzahl der Geschlechtskranken. Zwischen 1971 (erstmalige statistische Erfassung) und 1985 sank sie von rund 82 000 auf knapp 41 000. In diesem Bereich ist allerdings eine Dunkelziffer unbekannter Größenordnung einzukalkulieren.

An der Anfang der achtziger Jahre erstmals beobachteten Immunschwächekrankheit Aids waren nach Aufzeichnungen des Bundesgesundheitsamtes von Anfang 1982 bis Ende Juni 1987 1133 Personen erkrankt. Betroffen waren 1067 Männer und 66 Frauen. Bei 521 Personen hat Aids bereits zum Tode geführt. Weltweit nennt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis Anfang April 1987 eine Gesamtzahl von 46 000 registrierten Erkrankungen, davon allein 33 000 in den USA. Die tatsächlichen Zahlen dürften wegen einer vermutlich relativ großen Zahl nicht erfaßter Erkrankungen deutlich höher sein.

Abb. 2: Entwicklung ausgewählter Erkrankungen meldepflichtiger Krankheiten
je 100 000 Einwohner



8.1.2 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

1984 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung 1,7 Mill. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten angezeigt, darunter 1,5 Mill. „echte“ Arbeitsunfälle (ohne Unfälle auf dem Weg nach und von der Arbeitsstätte sowie ohne Berufskrankheiten). Somit war etwa jeder siebzehnte Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen.

Tab. 3: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Jahr	Angezeigte Unfälle und Erkrankungen		
	insgesamt	darunter „echte“ Arbeitsunfälle ohne Wegeunfälle	mit Todesfolge
1970	2 673 000	2 392 000	6 282
1972	2 481 000	2 237 000	6 102
1974	2 212 000	1 989 000	5 219
1976	2 057 000	1 829 000	4 688
1978	2 057 000	1 818 000	4 351
1980	2 158 000	1 917 000	3 998
1982	1 806 000	1 593 000	3 446
1984	1 711 000	1 517 000	3 125

Tab. 4: Berufskrankheiten 1984

Berufskrankheiten	Entschädigte Erkrankungen		im Laufe des Jahres angezeigte Fälle
	insgesamt	dar. erstmalig	
Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten	1 325	64	1 915
Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten darunter:	40 599	1 714	11 817
Lärmschwerhörigkeit	26 588	1 268	8 617
Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten	7 700	671	3 245
Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippen- fells und Bauchfells darunter:	29 254	1 487	6 955
Erkrankungen durch Stäube	26 594	1 035	3 931
Hautkrankheiten	8 017	450	10 912
Sonstige	64	21	569
Insgesamt	86 959	4 407	35 413

Gegenüber 1970 hat sich die Zahl der angezeigten Unfälle um 36 % verringert. Noch stärker rückläufig ist die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die einen tödlichen Ausgang nehmen (– 50 %). Hier dürften sich die verstärkten Bemühungen zur Unfallverhütung auswirken.

Betrachtet man die Ursachen von Berufskrankheiten (vgl. Tab. 4), so spielen durch Stäube hervorgerufene Erkrankungen der Atemwege und Lungen sowie die Lärmschwerhörigkeit eine wichtige Rolle. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen angezeigten Fällen und tatsächlich entschädigten Erkrankungen. So wurden 1984 bei den Hautkrankheiten und den durch chemische Einwirkungen verursachten Krankheiten – gemessen an den angezeigten Fällen – nur rund 5 % erstmalig entschädigt. Bei diesen Erkrankungen übertraf die Zahl der während des Jahres angezeigten Fälle sogar bei weitem die Zahl der insgesamt entschädigten Erkrankungen. Offenbar sind eine Vielzahl der angezeigten Erkrankungen nicht so schwerwiegend, daß sie zu Entschädigungen führen würden.

8.1.3 Todesursachen

Immer weniger Krankheiten nehmen heute einen tödlichen Ausgang. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Die Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten konnten stark eingedämmt werden und hatten 1985 nur noch einen Anteil von 0,7 % an allen Sterbefällen. Dafür haben andere Ursachen an Gewicht gewonnen. Dies äußert sich u. a. in einer Konzentration der Sterbefälle auf wenige Todesursachen.

Über die Hälfte aller Todesfälle waren im Jahr 1985 allein auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Fast jeder vierte Kreislauftote starb an akutem Herzinfarkt. Bösartige Neubildungen hatten einen Anteil von rund 23 %. Davon entfiel allein mehr als ein Sechstel auf Krebs der Atmungsorgane.

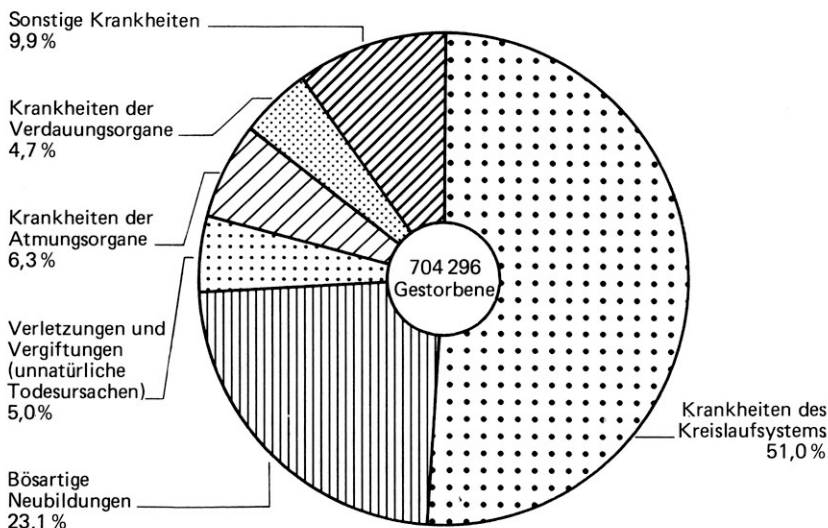
Rund 35 400 Sterbefälle (5 % der Sterbefälle insgesamt) wurden 1985 durch Unfälle und sonstige Gewalteinwirkung verursacht. Etwa 8 000 Menschen – 5 700 Männer und 2 300 Frauen – wurden 1985 Opfer von Kraftfahrzeugunfällen. Unfälle durch Sturz forderten 8 242 Menschenleben (2 860 Männer und 5 382 Frauen). 195 Personen starben durch Vergiftungsunfälle. 12 617 Menschen schieden in der Bundesrepublik Deutschland 1985 freiwillig aus dem Leben; davon waren zwei Drittel Männer.

Medikamenten- und Drogenmißbrauch führte in 207 Fällen zum Tode. Bei diesen Toten handelt es sich überwiegend um junge Menschen; fast zwei Drittel wurden nicht älter als 30 Jahre.

Durch Alkoholabhängigkeit fanden 1985 rund 2 540 Personen den Tod. (Darin sind nicht die an alkoholischer Leberzirrhose Gestorbenen – 3 200 Personen – enthalten.) 86 % von ihnen waren älter als 40 Jahre.

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Auf diesem Gebiet konnten in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten

Abb. 3: Todesursachen 1985



Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1985 starben noch 9 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gegenüber 39 im Jahre 1956.

An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1956 1 191 Mütter gestorben, 1985 waren es noch 63. Je 100 000 Lebendgeborene belief sich die Zahl der gestorbenen Mütter 1956 auf 139, 1985 auf 11.

8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Personal im Gesundheitswesen

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die entsprechenden Bestandsangaben signalisieren für die Bundesrepublik Deutschland – auch im internationalen Vergleich – eine günstige Ausgangssituation.

Über längere Zeit hinweg hat sich sowohl die Ausstattung als auch die Versorgung mit Personal im medizinischen Bereich ständig verbessert. Ende 1984 waren rund 585 000 Personen mit staatlicher Prüfung in den in Tab. 5 genannten bundesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens tätig; das waren 57 % mehr als 1970. Die größten Berufsgruppen bildeten 1984 das Krankenpflegepersonal (45 %) und die Ärzte (26 %);

auf Zahnärzte, Apotheker und medizinisch-technische Assistenten entfielen nahezu gleich hohe Anteile (5,0 bis 5,9%).

Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Ärzte um über die Hälfte erhöht. Rein rechnerisch entfielen 1984 auf jeden berufstätigen Arzt 390 Einwohner, gegenüber 612 im Jahre 1970. Die Anzahl der Zahnärzte ist mit 34415 im Vergleich zu 1970 nur geringfügig angestiegen. Im Durchschnitt hatte ein Zahnarzt im Jahre 1984 1743 Patienten zu versorgen.

Tab. 5: Berufstätige im Gesundheitswesen
in Tausend

Ausgewählte Berufe des Gesundheitswesens	Jahresende				
	1965	1970	1975	1980	1984 ¹
Ärzte	85,8	99,7	118,7	139,4	153,9
Zahnärzte	31,7	31,3	31,8	33,2	34,4
Apotheker	17,7	20,9	25,6	28,7	30,9
Heilpraktiker	2,6	2,7	3,7	6,7	8,4
Krankenschwestern und -pfleger	110,1	123,3	159,2	192,7	201,0
Kinderkrankenschwestern und -pfleger	13,3	16,6	21,7	25,4	24,6
Krankenpflegehelfer	5,5	21,2	42,8	44,5	37,9
Hebammen	8,2	6,9	5,9	5,6	5,4
Med.-techn. Assistenten	14,9	18,0	23,4	30,0	29,1

¹ Ohne Saarland.

Tab. 6: Ärztedichte

Ärztedichte	1960	1970	1975	1980	1984 ¹
Einwohner je Arzt	703	612	519	442	390
Einwohner je Zahnarzt	1 716	1 951	1 940	1 855	1 743

¹ Ohne Saarland.

Von den 153900 berufstätigen Ärzten waren 1984 rund 52 % als Ärzte für Allgemeinmedizin, als praktische Ärzte oder in der Weiterbildung zum Facharzt tätig, 12 % arbeiteten als Ärzte für innere Medizin, 5 % als Frauenärzte, 5 % als Chirurgen sowie jeweils knapp 4 % als Kinderärzte und als Ärzte für Nervenheilkunde, Neurologie und Psychiatrie. Die übrigen rund 27600 Ärzte (18 %) teilten sich auf weitere 19 Fachgebiete auf.

44% aller Ärzte übten ihren Beruf in freier Praxis aus, 47% arbeiteten in einem Krankenhaus und 8% hatten sich der Verwaltung oder Forschung zugewandt. 1970 waren noch 51% der Ärzte freiberuflich, 39% an Krankenhäusern und 10% in der Verwaltung oder Forschung tätig. Die Zahl der Ärzte in Krankenhäusern ist demzufolge seit 1970 wesentlich stärker gestiegen (+ 34 400) als die Anzahl der Ärzte in freier Praxis (+ 17 160).

Von allen Ärzten waren knapp 24% Frauen; bei den Fachärzten (ohne Allgemeinmediziner) lag der Anteil bei rund 19%. Um so mehr fällt der mit 40% überdurchschnittlich hohe Frauenanteil in den Bereichen Anästhesie und Kinderheilkunde auf. In der Frauenheilkunde und Geburtshilfe – traditionell eine Domäne der Frauen – ist heute nur etwa jeder sechste Arzt eine Frau. Zugleich ist die Zahl der Hebammen stark rückläufig. Seit 1970 ist sie von rund 6800 auf 5400 gesunken.

Ein über den Zuwachs des Personals in der Schulmedizin hinausgehender Anstieg ist bei den Heilpraktikern zu verzeichnen. Ihre Zahl hat sich seit 1970 auf 8400 verdreifacht.

8.2.2 Krankenhäuser

Ende 1985 gab es im Bundesgebiet 3098 Krankenhäuser mit insgesamt rund 675 000 Betten. Ein Vergleich zu 1970 zeigt eine Tendenz zum größeren Krankenhaus: Die durchschnittliche Bettenzahl pro Krankenhaus stieg von 191 im Jahre 1970 auf 218 im Jahr 1985.

In den Krankenanstalten wurden 1985 12,2 Mill. Patienten stationär behandelt. Ihre durchschnittliche Verweildauer betrug 18 Tage. Im Vergleich zu 1970 bedeutet dies, daß mehr Kranke aufgenommen wurden, die Patienten aber kürzere Zeit im Krankenhaus zubringen mußten. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe maßgebend, deren Bedeutung sich im einzelnen nur schwer abschätzen läßt. Die höhere Anzahl älterer Menschen mit entsprechend größerer Krankheitsanfälligkeit hat ebenso eine Rolle

Tab. 7: Krankenhäuser, Betten, Kranke und Verweildauer

Jahr	Kranken- häuser	Planmäßige Betten	Stationär behandelte Kranke	Durchschnittliche Verweildauer
	Anzahl	1 000	Mill.	Tage
1970	3 587	683,3	9,3	24,9
1975	3 481	729,8	10,4	22,2
1980	3 234	707,7	11,6	19,7
1985	3 098	674,7	12,2	18,0

gespielt wie eine zunehmende Neigung, auch weniger schwerwiegende Krankheiten im Krankenhaus behandeln zu lassen oder die Bemühungen, durch eine Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes die Kosten zu dämpfen. Darüber hinaus dürfte auch der medizinische Fortschritt zu kürzeren Behandlungszeiten geführt haben.

8.3 Gesundheitsvorsorge

8.3.1 Früherkennung

Gemessen an früheren Jahren sind die Heilungsaussichten für eine Vielzahl von Krankheiten ungleich günstiger geworden. Hierzu haben sowohl Erfolge bei der rechtzeitigen Diagnose als auch die Fortschritte in der medizinischen Behandlung beigetragen.

Im Rahmen des Programms zur Früherkennung von Krankheiten sind vor allem die entsprechenden Untersuchungen bei Kleinkindern ein wichtiges Mittel, um gravierende Gesundheitsschäden zu vermeiden. Dasselbe Ziel haben sich die Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krebskrankheiten gesetzt. Obwohl sie Teil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung sind, werden sie von den Berechtigten nur zu einem relativ geringen Prozentsatz in Anspruch genommen (vgl. Tab. 8).

Von 100 berechtigten Männern nahmen 1983 nur 13 an den Vorsorgeuntersuchungen teil. Von den Frauen, die Anspruch auf kostenlose Vorsorgeuntersuchungen hatten, beteiligten sich 31 %. Bei durchschnittlich 2,4 % der untersuchten Männer und 3,1 % der Frauen wurden 1982 aufgrund der Untersuchungsergebnisse weitere Maßnahmen veranlaßt.

Tab. 8: Inanspruchnahme der Krebsfrüherkennungsuntersuchungen in Prozent der Berechtigten

Jahr	Männer	Frauen
1972	10,8	26,5
1974	14,4	31,4
1976	16,1	35,3
1978	17,3	35,0
1980	13,4	32,1
1982	13,9	30,6
1983	13,3	30,9

Die Bereitschaft, Kleinkinder (bis zu einem Alter von vier Jahren) an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen zu lassen, ist in den Jahren von 1972 bis 1983 beträchtlich gestiegen (von 54 auf 89 %).

Allerdings fällt die Teilnahmequote im Laufe des Vorsorgeprogramms deutlich ab. Während alle Säuglinge der Neugeborenen-Basis-Untersuchung zwischen dem dritten und zehnten Lebenstag unterzogen werden, liegt die Teilnahmequote bei der nächsten Untersuchung in der vierten bis sechsten Lebenswoche nur noch bei 96 %; sie sinkt dann kontinuierlich bis auf 69 % bei der letzten Untersuchung zwischen dem dritten und vierten Lebensjahr. 1983 ergaben 92 von 100 Untersuchungen einen „unauffälligen“ Befund.

8.3.2 Lebensführung als Mittel der Gesundheitsvorsorge

Für die Verhütung von Krankheiten bzw. den günstigen Verlauf des Heilungsprozesses ist die persönliche Lebensführung einer der entscheidenden Einflußfaktoren. Neben verschiedenen Anzeichen, die auf ein verbessertes Gesundheitsbewußtsein hindeuten, gibt es eine Reihe alarmierender Erscheinungen, die eher skeptisch stimmen. So hat sich in der Bundesrepublik Deutschland – wie in vielen anderen Industriestaaten – ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung offensichtlich in seiner Ernährung noch nicht an die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen angepaßt. Die Aufnahme von zuviel bzw. von nicht richtig zusammengesetzter Nahrung begünstigt die Entstehung von Übergewicht, von dem inzwischen nicht nur ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung, sondern auch Kinder betroffen sind.

Die letzte amtliche Befragung zu diesem Themenbereich fand im Rahmen des Mikrozensus 1978 statt. Danach hatten 27 % der Männer und 22 % der Frauen ein Körpergewicht, das um 10 % oder mehr über dem Normalgewicht lag. (Das Normalgewicht wurde nach der Faustregel ermittelt: Körpergröße in Zentimetern minus 100 = Normalgewicht in Kilogramm.) Diese Befragung bestätigte auch, daß der Anteil der kranken Personen bei den Personen mit Übergewicht höher lag als bei den übrigen Personengruppen.

Tab. 9: Relatives Körpergewicht von Männern und Frauen 1978
15 Jahre und älter

Relatives Körpergewicht	Männer	Frauen
	%	
10 % und mehr unter Normalgewicht	25,1	28,3
Normalgewicht	44,4	46,8
10 % und mehr über Normalgewicht	27,4	21,9
Ohne Angabe	3,1	3,0

Ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor ist der übermäßige Konsum von Genußmitteln, insbesondere von Tabak und Alkoholika. Im Rahmen der Mikrozensusbefragung des Jahres 1978 gaben 30 % der Bevölkerung (im Alter von zehn Jahren und mehr) an,

Tab. 10: Verbrauch ausgewählter Genußmittel je Einwohner

Erzeugnis	Einheit	1970	1975	1980	1985
Zigaretten	St.	1 943	2 015	2 086	1 973
Bier	l	141	148	146	145
Branntwein zu Trinkzwecken	l	3,1	3,04	3,07	2,37
Trinkwein					
einschließlich Schaumwein	l	.	23,2	25,5	23,3 ¹

1 1985/86.

Raucher zu sein. 8 % rauchten zwar nicht, hatten aber früher zur Zigarette oder sonstigen Tabakwaren gegriffen. Gut 60 % hatten noch nie geraucht. Von den Rauchern waren zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. In der Altersklasse zwischen 14 und 18 Jahren rauchten etwa 16 %. Knapp ein Viertel der Zigarettenraucher konsumierte regelmäßig mehr als 20 Zigaretten täglich.

Hinsichtlich des Alkoholkonsums ergab eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, daß 1981 79 % der Bevölkerung über 16 Jahre täglich oder „öfter mal“ irgendein alkoholisches Getränk tranken, 21 % gaben an, dies nur selten oder nie zu tun. 1973 hatten noch 85 % angegeben, täglich oder häufiger Alkoholika zu konsumieren.

Über den Konsum und Mißbrauch von Genuß- und Rauschmitteln bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 24 Jahren liegen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des

Tab. 11: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung 1978
10 Jahre und älter

Rauchgewohnheit	Männlich	Weiblich
	%	
Gegenwärtige Raucher	43,0	19,2
davon:		
regelmäßig	36,7	14,7
gelegentlich	6,3	4,5
Frühere Raucher	12,1	4,5
Ohne Angabe	1,1	0,8
Nichtraucher	43,8	75,4
Insgesamt	100	100

Infratest-Instituts aus dem Jahr 1983 vor. Danach beträgt der Anteil der exzessiven Raucher in dieser Altersgruppe, d. h. derjenigen, die vor dem 15. Lebensjahr mit dem Rauchen begonnen haben und zum Zeitpunkt der Befragung mehr als 20 Zigaretten pro Tag rauchten, 5 %. Fast jeder zweite exzessive Raucher ist zwischen 21 und 24 Jahren alt. Mit zunehmendem Alter steigt erwartungsgemäß der Anteil der Raucher bei beiden Geschlechtern. Zwischen der Gruppe der 12- bis 14jährigen und der 15- bis 17jährigen zeigt sich eine sprunghafte Zunahme der Raucheranteile. Insgesamt sind 39 % aller Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren Raucher.

Alkoholische Getränke nehmen 24 % aller Jugendlichen regelmäßig zu sich. Unter den 12- bis 14jährigen waren bereits 3 % regelmäßige Alkoholkonsumenten. Bei den 15- bis 17jährigen betrug der entsprechende Anteil bereits 18 %, bei den 18- bis 20jährigen 31 %.

Zu Rauschmitteln haben 9,7 % aller Befragten im Alter zwischen 12 und 24 Jahren mindestens schon einmal gegriffen. Bei den Befragten unter 18 Jahren waren es 4 %, bei den Volljährigen 15 %.

8.4 Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahre 1985 wurden im Inland 83 538 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, das sind 4,7 % weniger als 1980 und 3,2 % weniger als 1984. Auf 1 000 Lebend- und Totgeborene entfielen somit 142,3 Schwangerschaftsabbrüche, 1980 waren es 140,1 und 1984 147,9.

Tab. 12: Schwangerschaftsabbrüche

Jahr	Schwangerschafts- abbrüche		Allge- mein- medizi- nische	Psychia- trische	Euge- nische	Ethische (krimino- logische)	Sonstige schwere Notlage
	ins- gesamt	je 1000 Lebend- und Tot- geborene					
				Indikation			
Anzahl		%					
1980	87 702	140,1	20,1	2,8	3,5	0,1	72,2
1981	87 535	139,9	17,6	2,9	3,2	0,1	74,8
1982	91 064	146,2	16,7	2,6	2,5	0,1	76,9
1983	86 529	145,2	14,3	2,2	2,1	0,1	80,2
1984	86 298	147,9	12,0	1,4	1,9	0,1	83,3
1985	83 538	142,3	11,1	1,6	1,3	0,1	84,3

84 % aller 1985 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden aufgrund einer „sonstigen schweren Notlage“ (nicht immer zutreffend mit „sozialer Indikation“ bezeichnet) veranlaßt. Jeder neunte Abbruch (11,1 %) war wegen einer „allgemein-medizinischen Indikation“ vorgenommen worden.

Mehr als die Hälfte der Schwangerschaftsabbrüche entfiel auf 18- bis 29jährige, ein Drittel auf 30- bis 39jährige Frauen. 7,3 % der Frauen waren 40 Jahre und älter, 3,4 % waren noch nicht 18 Jahre alt. Mit zunehmendem Alter der Frauen verlieren die Notlagenindikationen gegenüber den medizinischen Begründungen an Bedeutung.

Die Ergebnisse dieser Statistik müssen in zweifacher Hinsicht mit Vorbehalt beurteilt werden. Zum einen läßt noch immer eine Reihe von Frauen die Schwangerschaft im Ausland abbrechen (1984 ungefähr 9900 in den Niederlanden und etwa 250 in Großbritannien gegenüber einer Zahl von etwa 63400 im Jahr 1975). Zum anderen dürfte die tatsächliche Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen höher liegen, weil nicht gemeldete und illegale Schwangerschaftsabbrüche im In- und Ausland vorkommen, die in ihrer quantitativen Bedeutung schwer abzuschätzen sind.

8.5 Schwerbehinderte

Im Gegensatz zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer bedeutet Behinderung eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch die Schwerbehinderten erfaßt, das sind Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 % oder mehr zuerkannt worden ist. Am 31. Dezember 1985 waren bei den Versorgungsämtern 5,37 Mill. Schwerbehinderte registriert, das entsprach einem Anteil von rund 9 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Über die Hälfte dieses Personenkreises (52,9 %) waren Männer.

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke „Alterslastigkeit“. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als

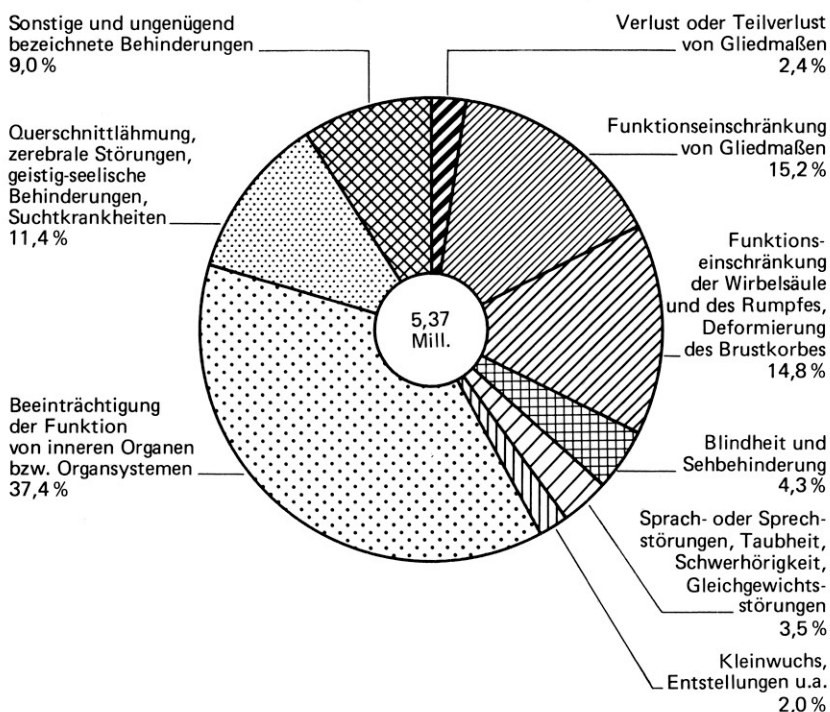
Tab. 13: Schwerbehinderte am 31. Dezember 1985

Schwerbehinderte	Insgesamt	Im Alter von . . . Jahren			
		unter 25 25–54 55–64			65 und mehr
		1000	%		
Insgesamt	5 372	4,4	22,1	29,7	43,8
Männlich	2 841	4,8	24,4	34,5	36,3
Weiblich	2 531	4,0	19,5	24,4	52,1

bei jüngeren Menschen. Fast drei Viertel (73,5 %) der Schwerbehinderten waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25jährigen war mit 4,4 % relativ gering.

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 80,1 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 6,5 % der Schwerbehinderten hatten dauernde Schäden in Krieg, Wehrdienst oder Zivildienst erlitten und in 4,3 % der Fälle war die Behinderung angeboren. Bei 3,1 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Abb. 4: Schwerbehinderte am 31. Dezember 1985
nach Art der schwerwiegendsten Behinderung



Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen mit einem Anteil von 37,4 %. Darunter befanden sich allein 1,2 Mill. Herz- und Kreislauferkrankte, das sind 22,5 % aller Schwerbehinderten. Am zweithäufigsten waren Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen (15,2 %). Bei 14,8 % der Schwerbehinderten lag eine Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Deformierung des Brustkorbes vor. Eine Querschnittslähmung, zerebrale Störung, geistig-seelische Behinderung oder Suchtkrankheit wurde in 11,4 % der Fälle diagnostiziert.

8.6 Rehabilitationsmaßnahmen

1984 wurden von der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Sozialhilfe 1,88 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt. Hierunter fallen alle Maßnahmen der Sozialleistungsträger, die das Ziel verfolgen, Behinderungen entgegenzuwirken sowie Behinderten und von Behinderung bedrohten Personen einen angemessenen Platz im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu sichern.

Von den Rehabilitationsmaßnahmen des Jahres 1984 entfielen 85,4 % auf medizinische und 12,2 % auf berufsfördernde Maßnahmen, 2,4 % dienten der allgemeinen sozialen Eingliederung. Gut die Hälfte der Maßnahmen (55,1 %) wurden von Männern in Anspruch genommen. Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen wurden hauptsächlich Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter gewährt: Bei den medizinischen Rehabilitanden waren 76,1 % 45 Jahre oder älter. Anders verhält es sich bei den berufsfördernden Maßnahmen, die hauptsächlich Rehabilitanden im jüngeren und mittleren Lebensalter zuteil werden; hier waren 82,0 % der Rehabilitanden zwischen 18 und 55 Jahre alt, wobei die Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen mit einem Anteil von 27,8 % besonders stark ins Gewicht fällt. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wurden dagegen überwiegend älteren Menschen ab 55 Jahre (60,8 %), häufig aber auch den unter 25jährigen (24,4 %) gewährt.

Tab. 14: Rehabilitationsmaßnahmen 1984

Art der Maßnahme	Insgesamt	Männlich %	Weiblich %
Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	1 604 217	52,0	48,0
Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen	230 119	72,8	27,2
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	45 025	75,0	25,0
Insgesamt	1 879 361	55,1	44,9

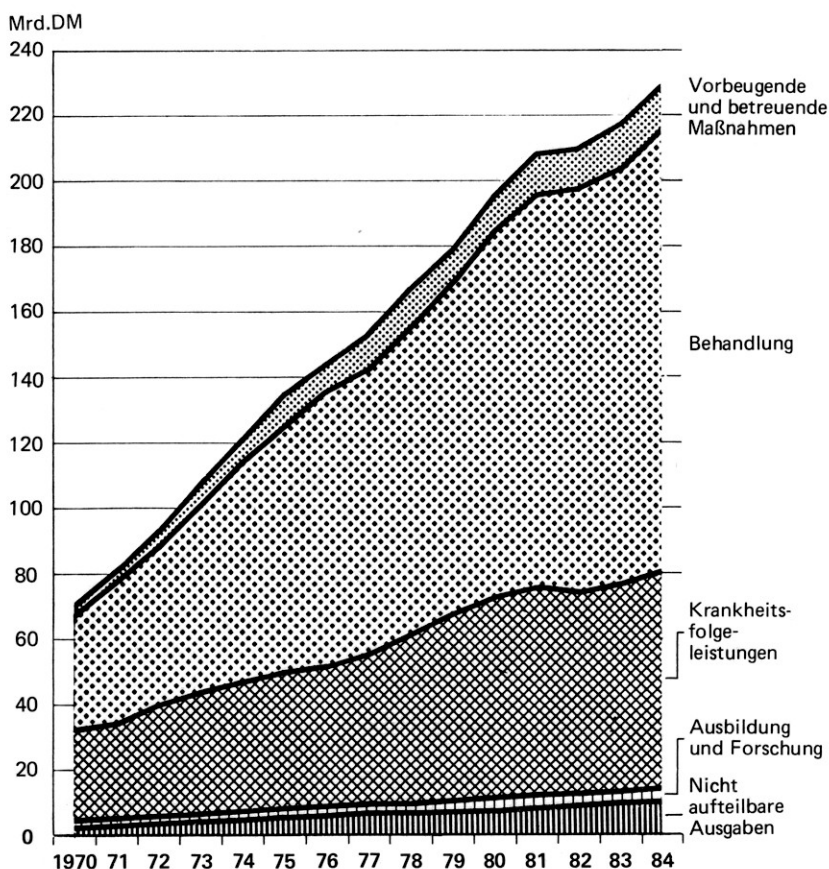
8.7 Ausgaben für die Gesundheit

Zur Berechnung der Ausgaben für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, für Krankheitsvorbeugung und zur Milderung von Krankheitsfolgen werden u. a. Ergebnisse aus der Finanzstatistik, dem Sozialbudget, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der gesetzlichen

Rentenversicherung sowie der Krankenversicherungen zusammengetragen. (Diese Angaben unterscheiden sich damit von denen des Sozialbudgets.) Über die dort enthaltenen Ausgaben für Gesundheit hinaus sind in den hier herangezogenen Berechnungen die Ausgaben der privaten Haushalte und der privaten Krankenversicherungen enthalten sowie zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Haushalte wie etwa Ausgaben für Ausbildung und Forschung im Gesundheitsbereich.

Von 1970 bis 1984 haben sich die Ausgaben für Gesundheit von 70,3 Mrd. DM auf 229,2 Mrd. DM mehr als verdreifacht. Je Einwohner beliefen sich die Ausgaben 1970 auf 1 159 DM und 1984 auf 3 747 DM. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit (ohne Einkom-

Abb. 5: Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten



mensleistungen) am Bruttosozialprodukt vergrößerte sich im gleichen Zeitraum von 6,4 % auf 9,5 %.

Innerhalb der Ausgabenkategorien steht der Leistungsbereich „Behandlung“ (ambulante und stationäre Behandlung einschließlich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz) an der Spitze. Für ihn wurden 1984 135,4 Mrd. DM aufgewandt, das sind 59 % aller Gesundheitsausgaben. Gegenüber 1970 war damit ein Zuwachs von 285 % zu verzeichnen. Dabei war der Ausgabenanstieg in den Bereichen stationäre Behandlung (+ 321 %) und Zahnersatz (+ 455 %) besonders ausgeprägt (vgl. dazu auch 9.5).

Auf Krankheitsfolgeleistungen, im wesentlichen Rehabilitationen, Entgeltfortzahlung sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, entfielen mit 66,9 Mrd. DM rund 29 % aller Ausgaben für die Gesundheit. Gegenüber 1970 ist in diesem Bereich ein unterdurchschnittlicher Anstieg um 143 % festzustellen.

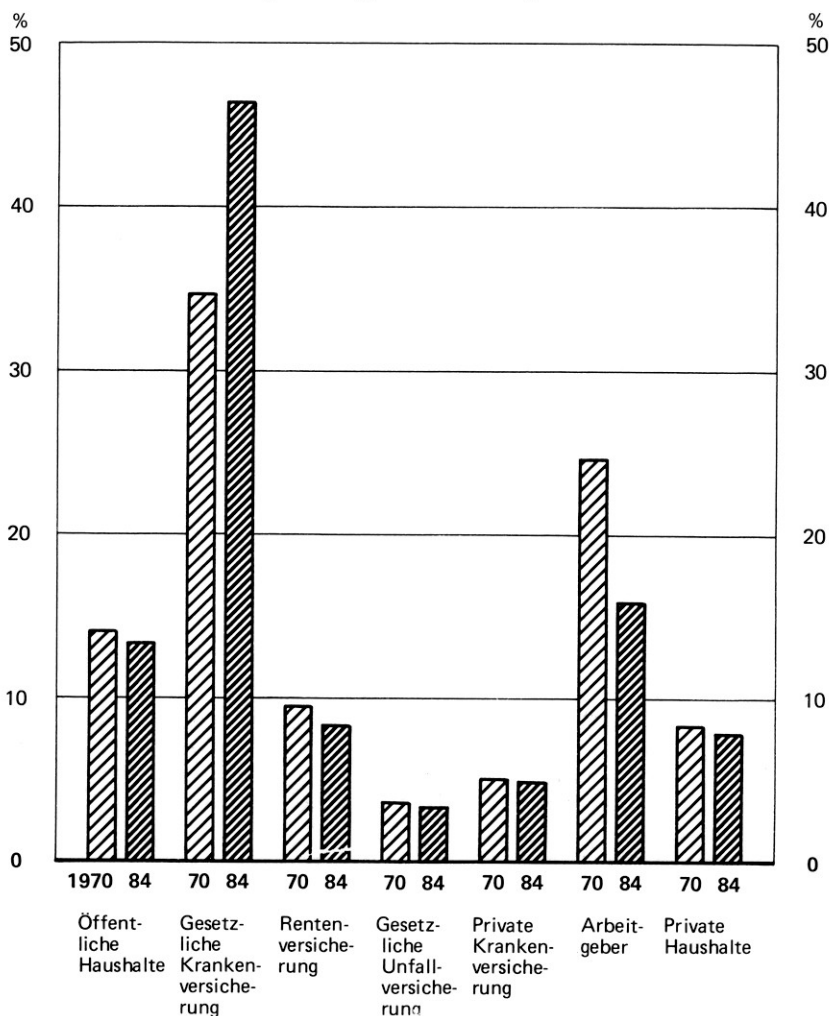
Nahezu die Hälfte der Ausgaben (46 %) wurde 1984 von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen, 1970 gingen lediglich 35 % zu Lasten dieser Krankenkassen. Diese Verschiebung spiegelt neben gesamtwirtschaftlichen Faktoren wie der Preisentwicklung die Ausdehnung des Leistungsangebots und die Einbeziehung zuvor nicht versicherter Personengruppen zu Beginn der siebziger Jahre wider.

Tab. 15: Ausgaben für die Gesundheit 1984

Leistungsart	Mrd. DM	%
Behandlung	135,4	59,1
darunter:		
Stationäre Behandlung	49,3	21,5
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	42,2	18,4
Ambulante Behandlung	38,5	16,8
Krankheitsfolgeleistungen	66,9	29,2
darunter:		
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit und Invalidität	60,1	26,2
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	13,3	5,8
Ausbildung und Forschung	3,6	1,5
Nicht aufteilbare Ausgaben	10,0	4,4
Insgesamt	229,2	100

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber tragen die zweitgrößte Last mit 36,4 Mrd. DM, also 15,9% der Gesamtaufwendungen für Gesundheit. 1970 waren von ihnen noch 24,6% der Ausgaben finanziert worden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitgeberaufwendungen sind die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Die übrigen Ausgabenträger haben ihre Anteile seit 1970 nur geringfügig verändert.

Abb. 6: Anteile der Ausgabenträger an den Ausgaben für Gesundheit



9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung der Sozialversicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Der Grundstein wurde im Jahre 1881 mit der von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung gelegt. Dahinter stand vor allem der Gedanke, ärgste soziale Nöte zu lindern und eine Grundsicherung gegen die Wechselfälle des Lebens einzuführen.

Zwei Weltkriege mit tiefgreifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entscheidend geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war ferner das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Heute fließt nahezu die Hälfte der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit) in die soziale Sicherung. Neben der Sozialversicherung – als dem Kernstück des Systems sozialer Sicherung – stehen weitere soziale Hilfen des Staates, die zu einem feinmaschigen Netz verwoben sind. Leitgedanke ist dabei das solidarische Einstehen für den sozial Schwächeren und Hilfsbedürftigen.

9.2 Das Sozialbudget

Am deutlichsten werden die Strukturen und Zusammenhänge des Systems der sozialen Sicherung im Sozialbudget der Bundesregierung. Diese jährliche Zusammenstellung bietet in einer Gliederung nach Institutionen einen Überblick über die sozialen Leistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber. Außerdem gruppiert sie nach Funktionen, d. h. nach Zweckbestimmung der Leistungen (z. B. Alter, Familie und Ehe, Wohnen usw.).

Im Laufe der Zeit hat sich das System der sozialen Sicherung so entwickelt, daß eine Reihe von Institutionen oder Einrichtungen nicht nur in einem einzigen, sondern in verschiedenen Bereichen tätig werden. So sorgt etwa die Rentenversicherung nicht nur für Alte und Hinterbliebene, sie ist auch mit Aufgaben zur Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit betraut (z. B. im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen oder Kuren). Das Sozialbudget macht alle diese Zusammenhänge erkennbar. Eine detaillierte Darstellung würde jedoch den Rahmen dieses Bandes sprengen.

In Tab. 1 werden zusammenfassend die Leistungen des Sozialbudgets nach Institutionen dargestellt und jeweils den Aufgabenbereichen zugeordnet, für die zahlenmäßig die bedeutendsten Leistungen erbracht werden.

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets

Institutionen	1985		1975	Leistungen fallen hauptsächlich in Leistungsbereich ¹
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	
Sozialbudget insgesamt	572,3	100	346,6	
<i>Allgemeine Systeme</i>	353,6	61,8	201,6	
Rentenversicherung	175,2	30,6	101,1	A, G
Krankenversicherung	114,5	20,0	61,1	G
Unfallversicherung	11,7	2,0	7,2	G, A
Arbeitsförderung	39,0	6,8	18,1	B
Kindergeld	14,5	2,5	14,6	F
<i>Sondersysteme</i>	4,6	0,8	2,4	
Altershilfe für Landwirte	3,3	0,6	1,9	A
Versorgungswerke	1,3	0,2	0,6	A
<i>Beamtenrechtliches System</i>	52,0	9,1	37,0	
Pensionen	36,8	6,4	26,0	A
Familienzuschläge	8,2	1,4	7,0	F
Beihilfen	7,0	1,2	4,0	G
<i>Arbeitgeberleistungen</i>	50,0	8,7	29,7	
Entgeltfortzahlung	26,0	4,5	18,5	G
Betriebliche Altersversorgung	11,6	2,0	5,3	A
Zusatzversorgung	8,2	1,4	3,5	A, G
Sonstige Arbeitgeberleistungen	4,2	0,7	2,4	G, W, F
<i>Entschädigungen</i>	17,1	3,0	15,9	
Soziale Entschädigung (KOV)	13,4	2,3	11,1	P, A
Lastenausgleich	1,3	0,2	1,8	A
Wiedergutmachung	2,0	0,3	2,4	A, P
Sonstige Entschädigungen	0,3	0,1	0,5	P, L
<i>Soziale Hilfen und Dienste</i>	45,3	7,9	32,3	
Sozialhilfe	22,2	3,9	9,2	G, A
Jugendhilfe	7,8	1,4	4,3	F, L
Ausbildungsförderung	0,5	0,1	2,3	B
Wohngeld	2,6	0,5	1,8	W
Öffentlicher Gesundheitsdienst	1,9	0,3	1,4	G
Vermögensbildung	10,3	1,8	13,4	S
<i>Indirekte Leistungen</i>	51,5	9,0	28,7	
Steuerermäßigungen	46,1	8,0	24,1	F, S
Wohnungswesen	5,4	0,9	4,7	W

¹ Zu den Leistungsbereichen vgl. S. 189.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Materialband zum Sozialbudget 1986.

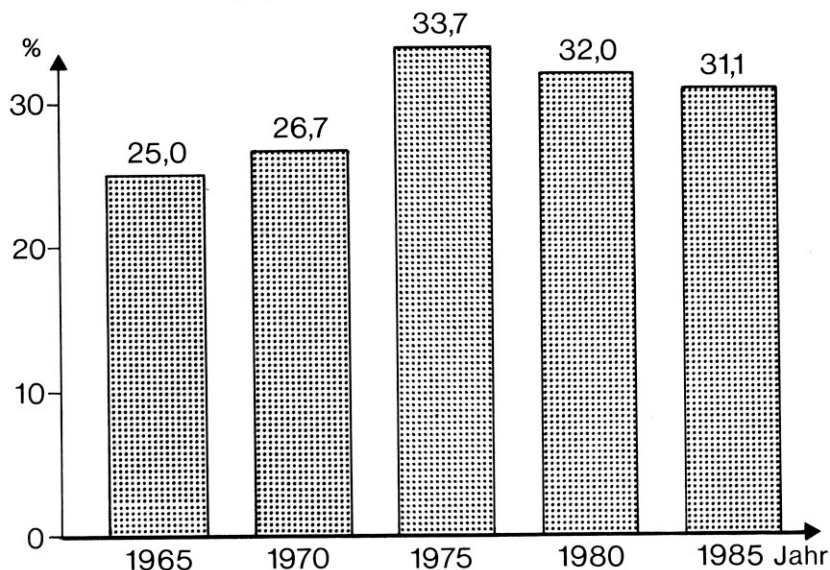
Die wichtigsten Leistungsbereiche lassen sich folgendermaßen abgrenzen:

- Ehe und Familie (F)
- Gesundheit (G)
- Beschäftigung (B)
- Alter und Hinterbliebene (A)
- Folgen politischer Ereignisse (P)
- Wohnen (W)
- Sparen (S)
- Allgemeine Lebenshilfen (L)

Die Leistungen des Sozialbudgets erreichten 1985 572 Mrd. DM und waren damit mehr als dreimal so hoch wie 1970 (180 Mrd. DM) und 65 % höher als 1975. Die Sozialleistungsquote – als Verhältnis aller Sozialleistungen zum Sozialprodukt – lag 1985 mit 31,1 % etwas niedriger als zehn Jahre zuvor (1975: 33,7 %), aber deutlich höher als 1970 (26,7 %).

Die Mittel zur Finanzierung des Sozialbudgets wurden 1985 zu rund 32 % von Unternehmen (im wesentlichen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall), zu rund 39 % von öffentlichen Haushalten (Bund, Länder und

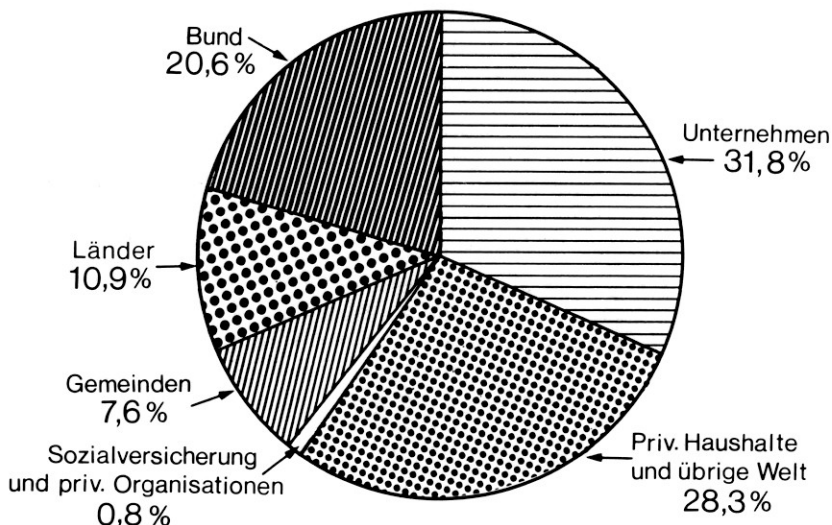
Abb. 1: Sozialleistungsquoten



Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Materialband zum Sozialbudget 1986.

Gemeinden) und zu etwa 28 % von privaten Haushalten (hauptsächlich Beitragszahlungen) aufgebracht; einen geringen Anteil von zusammen knapp 1 % hatten die Sozialversicherung, private Organisationen und die übrige Welt.

Abb. 2: Finanzierung des Sozialbudgets 1985 nach Quellen



Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Materialband zum Sozialbudget 1986.

9.3 Die Elemente des Sozialbudgets

Mit 62 % haben die „Allgemeinen Systeme“ den größten Anteil am Sozialbudget. Sie werden zusammen mit der Sozialhilfe in den folgenden Abschnitten (vgl. 9.4 bis 9.8) näher betrachtet.

Das „beamtenrechtliche System“ bildet mit einem finanziellen Aufwand von 52 Mrd. DM den zweitgrößten Block im Sozialbudget. Auch dort steht die Altersversorgung, und zwar des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Gegenüber 1975 sind die Ausgaben um 40 % gestiegen; der Anteil am Sozialbudget sank aber von 10,7 % 1975 auf 9,1 % 1985.

Die „indirekten Leistungen“ beliefen sich 1985 auf 51,5 Mrd. DM, das sind 9 % des Sozialbudgets. Allein die Steuerermäßigungen in Form des Ehegattensplitting erreichten fast 27 Mrd. DM. Für Steuerermäßigungen im Bereich des Wohnungsbaus (einschließlich des Bausparens) betrugen die Mindereinnahmen rund 8 Mrd. DM. Weitere 5,4 Mrd. DM wurden als Vergünstigungen im Wohnungswesen (hauptsächlich im sozialen Wohnungsbau) gewährt.

Die „Arbeitgeberleistungen“ hatten 1985 mit 50,0 Mrd. DM einen Anteil von nahezu 9 % am Sozialbudget. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen), nicht aber die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung oder Leistungen nach den Vermögensbildungsgesetzen u. ä.

Für „Soziale Hilfen und Dienste“ wurden 1985 insgesamt 45 Mrd. DM aufgewendet. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Ausbildungsförderung (vgl. 2.11), Wohngeld, öffentlicher Gesundheitsdienst und Vermögensbildung zusammengefaßt.

Die Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Heimpflege, Familienpflege, Unterhaltung von Kindertagesstätten u. ä.) einschließlich der Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe (z. B. an die Kirchen). Das Ausgabenvolumen belief sich 1985 auf fast 8 Mrd. DM, das war nahezu doppelt so viel wie 1975.

Wohngeld wird Personen gewährt, deren Haushaltseinkommen in einem unzumutbaren Mißverhältnis zu den Aufwendungen für eine angemessene Wohnung steht. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz erhielten Ende 1985 1,5 Mill. Haushalte. Nur etwa 18 % der Wohngeldempfänger waren erwerbstätig, weitere 15 % arbeitslos. Bei den übrigen nichterwerbstätigen Wohngeldempfängern handelte es sich überwiegend um Rentner und Pensionäre. Die Ausgaben für das Wohngeld stiegen zwischen 1975 und 1985 von 1,8 Mrd. DM auf 2,6 Mrd. DM (einschließlich Verwaltungsaufwand).

Stark rückläufig waren in den vergangenen Jahren die Ausgaben für die Förderung der Vermögensbildung. 1975 hatten sie noch 13,4 Mrd. DM betragen, 1977 erreichten sie 15,1 Mrd. DM und 1985 10,3 Mrd. DM. Hier wirkte sich u. a. aus, daß immer mehr Haushalte die festgelegten Einkommensgrenzen überschreiten und damit nicht mehr in den Genuß der Vergünstigungen kommen.

Die Bedeutung der Entschädigungsleistungen verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Kriegs und der Kriegsfolgen versucht der Staat zumindest auf materiellem Gebiet einen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 1985 erhielten noch 1,6 Mill. Versorgungsempfänger Leistungen in einem Gesamtumfang von rund 13 Mrd. DM. 1974 waren 2,4 Mill. Personen durch die Kriegsopferversorgung unterstützt worden.

Der Lastenausgleich, dessen Ziel es ist, Schäden und Verluste, die sich infolge Flucht, Vertreibung und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und aufgrund der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu verteilen, hatte 1985 noch einen Anteil von 0,2 % am Sozialbudget. Die Aufwendungen beliefen sich auf 1,3 Mrd. DM, die insgesamt 186 000 Anspruchsberechtigten zugute kamen.

Die Bedeutung dieser in der Geschichte beispiellosen solidarischen Umverteilungsaktion zeigt sich aber am Gesamtrahmen der Ausgleichszahlungen. Bei 8,9 Mill. festgestellten Schäden in Höhe von 61,9 Mrd. RM wurden bis Ende 1985 insgesamt 113,9 Mrd. DM ausgezahlt. 5 Mill. Entschädigungsanträge wurden in diesem Zeitraum anerkannt.

Die sogenannten Sondersysteme, nämlich die Altershilfe für Landwirte (1985: 3,3 Mrd. DM) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (1985: 1,3 Mrd. DM), umfassen zusammen 0,8% des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung bestimmter Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherungen

Die Alters- und Hinterbliebenensicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet:

- Gesetzliche Rentenversicherung
- Pensionen im öffentlichen Dienst
- Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst
- Altershilfe für Landwirte
- Versorgungswerke (z. B. für Landwirte)
- Zusatzversicherung für einzelne Berufe
- Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen

Der wichtigste und umfassendste Bereich ist dabei die Rentenversicherung. 1985 lagen ihre Leistungen bei 175 Mrd. DM, das sind rund 31 % des Sozialbudgets bzw. ein Anteil von knapp 10 % am Bruttosozialprodukt. Etwa 32 Mill. Personen waren in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung) versichert, davon etwa 21,2 Mill. Pflichtversicherte.

Von den Gesamtausgaben waren die Rentenzahlungen selbst mit rund 153 Mrd. DM 1985 der größte Posten. 12,4 Mrd. DM wurden darüber hinaus für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere rund 4 Mrd. DM für Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen.

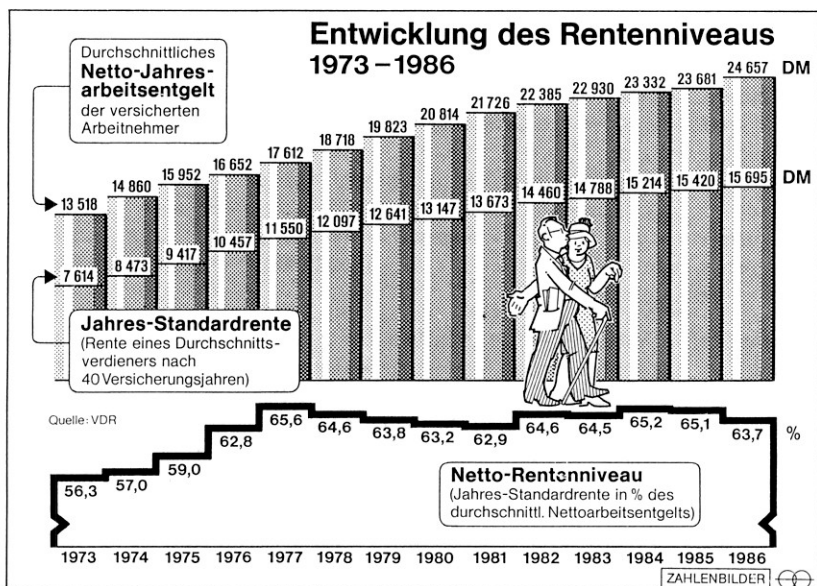
Von den Mitte des Jahres 1985 rund 14 Mill. gezahlten Renten waren zwei Drittel Versichertenrenten und ein Drittel Hinterbliebenenrenten. Die Gesamtzahl der Renten liegt dabei höher als die Zahl der Rentenempfänger, da z. B. Witwen-/Witwerrente und Versichertenrente zugleich an eine Person gezahlt werden können.

Mitte 1985 lag die durchschnittliche Rente bei einer Versicherungszeit von 35 bis 40 Jahren in der Rentenversicherung der Arbeiter bei 1 225 DM monatlich für Männer und bei 874 DM für Frauen, in der Angestelltenversicherung bei 1 672 DM bzw. 1 164 DM. Der Unterschied in der Rentenhöhe zwischen Frauen und Männern ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausgeführt haben.

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherungen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Gesetzliche Rentenversicherungen					
		insgesamt		darunter			
				Rentenversicherung der Arbeiter		Rentenversicherung der Angestellten	
		1970	1985	1970	1985	1970	1985
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924	1 000	26 062	31 732	15 717	17 066	9 815	14 294
Rentenbestand	1 000	10 212	13 998	6 921	8 719	2 537	4 561
Einnahmen ¹	Mrd. DM	55,9	177,5	32,9	97,9	19,1	77,9
dar. Beiträge (Soll)	Mrd. DM	43,6	141,3	25,7	66,7	16,6	71,9
Durchschnittliche Versichertenrente	DM	.	.	313	798	522	1 163

1 Nach Bereinigung um die Zahlungen der Zweige untereinander.



Das Altersruhegeld eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren betrug 1985 knapp zwei Drittel des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitnehmers. Der Eintritt in den Ruhestand bedeutet also für alle diejenigen, die ausschließlich auf ihre Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind, eine deutliche finanzielle Einbuße.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem sogenannten „Umlageverfahren“. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, daß die Arbeitnehmer von heute im Rahmen des „Generationenvertrages“ die Renten der Arbeitnehmer von gestern zahlen. Eine Ansammlung von Vermögen, aus dessen Erträgen die Renten finanziert werden, findet nicht statt.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. 1985 entfielen auf diesen Posten fast 80 % der Einnahmen. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von knapp einem Fünftel der Einnahmen. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge, Erstattungen anderer Institutionen u. a., machen nur einen kleinen Anteil an der Gesamtfinanzierung aus.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, wird deutlich, wo sich Probleme für die Rentenfinanzierung ergeben können. Bleibt das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant, arbeitet das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Ergibt sich aber kurz- bzw. längerfristig eine steigende Zahl von Rentenempfängern je Beitragszahler, muß durch geeignete politische Maßnahmen (Beitragserhöhungen, geringere Anpassung der Rente u. a.) versucht werden, das System wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Eine solche Entwicklung ist in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik eingetreten. Die Arbeitslosigkeit stieg an, entsprechend ging die Zahl der Beitragszahler zurück; die Löhne und Gehälter erhöhten sich nicht im erwarteten Maße, was ebenfalls Einfluß auf die Beitragseinnahmen hatte, und zugleich nahmen die Rentenzahlungen weiter zu. Dies führte mehrfach zu Beitragserhöhungen, zuletzt zum 1. Juni 1985, als der Beitrag zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von 18,7 % auf 19,2 % des Bruttolohns bzw. -gehalts heraufgesetzt wurde. Ab 1. Januar 1987 wurde er allerdings wieder auf 18,7 % gesenkt.

Schwerwiegende Probleme zeichnen sich für das derzeitige System der Rentenfinanzierung ab, wenn man die langfristige Entwicklung betrachtet. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat dargestellt, daß sich die Relation zwischen aktiver Generation (20- bis 60jährige) und nicht mehr im Arbeitsleben stehender Generation (über 60jährige) bis etwa 1990 leicht verbessern, dann aber bis zum Jahr 2030 rapide verschlechtern wird. (Diesen Berechnungen liegt die Annahme konstanter Geburtenhäufigkeit zugrunde). Wollte man das Rentenniveau im gleichen Verhältnis zu den Arbeitsentgelten beibehalten wie bisher, würde dies nach Berechnungen des Sachverständigenrates Beitragssätze von etwa 30 % für die Erwerbstätigen des Jahres 2030 bedeuten (Jahresgutachten 1983/84, S. 220).

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Dem Bereich Gesundheit werden im Sozialbudget die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod und die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.) zugerechnet.

Für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos spielt die gesetzliche Krankenversicherung eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentner, Auszubildende, Studenten und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbständigen pflichtversichert.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus standen 1985 insgesamt 54,4 Mill. Personen unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 21 Mill. waren Pflichtmitglieder, 3,8 Mill. freiwillige Mitglieder und 10,4 Mill. Rentner. 19,2 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert. Insgesamt gehörten 89,2% der Bevölkerung der

Tab. 3: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je Mitglied
Jährliche Veränderungen in Prozent

Jahr	Ausgaben je Mitglied insgesamt	Darunter für					Kranken- hauspflege
		Behandlung durch Ärzte	Behandlung durch Zahnärzte	Arzneien, Verband-, Heil- u. Hilfs- mittel aus Apotheken	Zahnersatz		
1974	+ 18,4	+ 14,4	+ 26,1	+ 15,7	+ 11,2	+ 29,2	
1975	+ 17,7	+ 13,3	+ 21,5	+ 12,9	+ 100,3	+ 15,0	
1976	+ 8,8	+ 5,6	+ 3,7	+ 8,0	+ 26,7	+ 9,5	
1977	+ 4,1	+ 3,9	+ 6,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 5,4	
1978	+ 5,4	+ 3,9	+ 6,1	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,1	
1979	+ 6,9	+ 5,6	+ 3,7	+ 5,3	+ 10,9	+ 4,9	
1980	+ 9,0	+ 7,0	+ 4,0	+ 8,8	+ 11,8	+ 7,8	
1981	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,4	+ 7,3	+ 9,1	+ 6,1	
1982	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,7	- 14,1	+ 8,0	
1983	+ 3,6	+ 5,0	+ 3,5	+ 4,9	- 4,6	+ 4,7	
1984	+ 7,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 7,0	+ 9,5	+ 6,6	

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1986.

gesetzlichen Krankenversicherung an; 8,4 % der Bevölkerung waren Mitglieder privater Kassen, 2 % hatten Anspruch auf sonstigen Versicherungsschutz (z. B. Sozialhilfeempfänger), nur etwa 0,4 % hatten keinen Krankenversicherungsschutz.

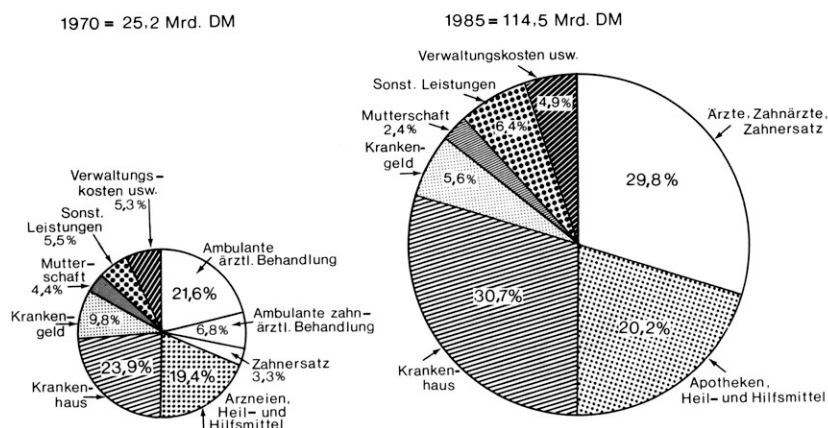
Im Jahre 1985 beliefen sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf 114,5 Mrd. DM; das entspricht einem Anteil von 20 % am Sozialbudget bzw. von rund 6 % am Bruttosozialprodukt.

Zwischen 1970 und 1985 haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung mehr als vervierfacht. Besonders ausgeprägt war die Expansion Anfang bis Mitte der siebziger Jahre. Während 1974 und 1975 noch jährliche Steigerungsraten der Ausgaben je Mitglied von rund 18 % zu verzeichnen waren, flachte sich der Ausgabenanstieg in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ab. Vor allem zu Beginn der achtziger Jahre waren die Bemühungen um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen vorübergehend erfolgreich. In den Jahren 1983 und 1984 waren dagegen wieder kräftige Kostenerhöhungen zu verzeichnen.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Beitragssätzen wider. Die Krankenversicherungen, die sich zu rund 95 % aus Beiträgen finanzieren, konnten die Mehrausgaben trotz gestiegener Arbeitsentgelte nicht durch zusätzliche Einnahmen ausgleichen. Daher mußte der Beitragssatz von 8,2 % des Grundlohns im Jahr 1970 auf mittlerweile 12,4 % (1987) erhöht werden.

1985 entfielen 30 % der Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen auf Arzt-, Zahnarzt- und Zahnersatzleistungen, 31 % mußten für Krankenhauskosten aufgebracht werden, weitere 20 % für Arzneien sowie Heil- und Hilfsmittel.

Abb. 3: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung



Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

9.6 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben den Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit wurden über den Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus (eingeführt im Jahr 1927) neue Akzente der Arbeitsmarktpolitik dadurch gesetzt, daß die Unterhaltszahlungen an Arbeitslose in immer stärkerem Umfang durch gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung ergänzt werden.

Die Leistungen der Arbeitsförderung umfaßten 1985 39 Mrd. DM, gegenüber 18 Mrd. DM 1975 und 4 Mrd. DM 1970. Im Hinblick auf die Ausgaben war die Arbeitsförderung damit 1985 die drittgrößte Institution im Rahmen der allgemeinen Systeme der sozialen Sicherung.

Von den Gesamtausgaben wurden 1985 14,1 Mrd. DM für Arbeitslosengeld und 9,1 Mrd. DM für Arbeitslosenhilfe aufgewendet, zusammen flossen also rund 60 % der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen.

Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt rund 836 000 Personen Arbeitslosengeld und 617 000 Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, daß von den Arbeitslosen bei weitem nicht alle Anspruch auf Leistungen hatten. Nach einer Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit Ende September 1985 erhielten rund 32 % der Arbeitslosen keine Unterstützung durch das Arbeitsamt. 1980 hatten erst 24 % der Arbeitslosen keine Leistungen bezogen, 1975 waren es 14 %.

Der Umfang der Leistungen lag 1985 beim Arbeitslosengeld bei 68 % des letzten Nettoeinkommens für Arbeitslose mit Kindern und bei 63 % für Arbeitslose ohne Kinder. Die Arbeitslosenhilfe erreichte 58 % des letzten Nettoeinkommens. (Weitere Angaben vgl. 3.11)

Neben den Ausgaben zur Unterstützung von Arbeitslosen war die Förderung der beruflichen Bildung ein wichtiger Ausgabenposten; hierfür wurden 1985 4 Mrd. DM oder 10,3 % der gesamten Ausgaben für Arbeitsförderung aufgebracht.

Die Maßnahmen der Arbeitsförderung werden überwiegend aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Der Beitragssatz lag 1985 bei 4,2 % des Bruttoeinkommens, zum 1. Januar 1987 wurde er auf 4,3 % heraufgesetzt. Außerdem werden Umlagen von den Arbeitgebern erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

Tab. 4: Daten der Arbeitsförderung

Gegenstand der Nachweisung	1970	1975	1980	1985
	1 000			
Arbeitslose	149	1 074	889	2 304
Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	113	817	576	1 453
	Mill. DM			
Einnahmen				
der Bundesanstalt für Arbeit	3 574	9 234 ¹	19 050 ¹	32 043
darunter:				
Beiträge	3 097	7 786	17 321	29 492
Ausgaben				
der Bundesanstalt für Arbeit	3 907	17 836	21 674	29 737
darunter:				
für Arbeitslosigkeit ²	703	8 804	9 857	14 644
Kurzarbeitergeld, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	26	2 334	1 496	3 446
Mittel des Bundes für Arbeitslosenhilfe	19	203	363	9 126

1 Ohne Darlehen und Zuschüsse des Bundes gemäß § 187 AFG.

2 Arbeitslosengeld, Konkursausfallgeld, bis 1980 einschließlich Anschluß-Arbeitslosenhilfe.

9.7 Sozialhilfe

Anspruch auf Sozialhilfe hat jeder, der sich in einer Notlage befindet, die er nicht aus eigenen Kräften und Mitteln beheben kann. Die Sozialhilfe greift immer dann ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen Leistungen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen.

1985 wurden 22,2 Mrd. DM im Rahmen der Sozialhilfe ausgegeben, darunter 20,8 Mrd. DM für die Sozialhilfe im engeren Sinne (nach dem Bundessozialhilfegesetz). Die Sozialhilfe im engeren Sinn umfaßt die Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ab. Sie muß häufig dann in Anspruch genommen werden, wenn gegenüber der Rentenversicherung nur unzureichende Versorgungsansprüche bestehen oder wenn der Verlust des Arbeitsplatzes Einkommensausfälle mit sich bringt. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen dient der Behebung von speziellen sozialen Notständen

(z. B. Hilfen während einer Krankheit oder für Behinderte). Beide Leistungen werden sowohl in als auch außerhalb von Einrichtungen (z. B. Pflegeheime, Altenheime, Anstalten) gewährt.

1985 wurden insgesamt 2,8 Mill. Personen dauernd oder zeitweise durch die Sozialhilfe unterstützt. 2,1 Millionen bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 1,1 Millionen Hilfe in besonderen Lebenslagen. (Eine Person kann beide Hilfearten beziehen; daher ist die Gesamtzahl der Leistungsfälle größer als die Gesamtzahl der unterstützten Personen.) 21 % der Hilfeempfänger wurden durch Hilfe in Einrichtungen versorgt.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung erhielten 1985 von den männlichen Einwohnern 4,2 %, von den weiblichen Einwohnern 5,0 % Sozialhilfe. Von den 2,8 Mill. Sozialhilfeempfängern im Jahre 1985 waren 772 000 unter 18 Jahre, 361 000 18 bis 24 Jahre, 1 084 000 25 bis 59 Jahre und 591 000 60 Jahre oder älter. Von diesen waren 462 000 Frauen. Der Anteil der 60jährigen oder älteren Frauen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger ist zwar seit 1970 von 30,0 % auf 16,5 % (1985) gesunken, ist aber noch immer größer als der entsprechende Anteil der 60jährigen oder älteren Frauen an der Wohnbevölkerung (13,1 %). Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß es unter den älteren Frauen viele gibt, die aufgrund mangelnder (eigener) früherer Erwerbstätigkeit keine oder zu niedrige Rentenansprüche haben.

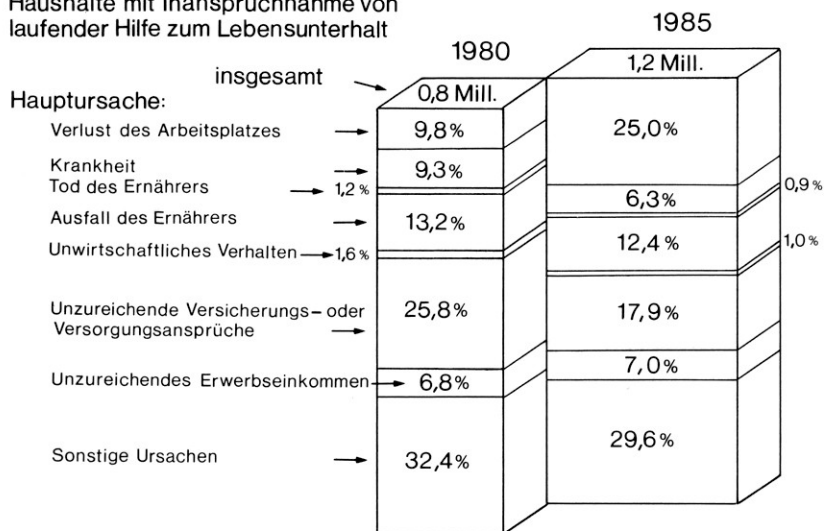
Tab. 5: Sozialhilfe – Empfänger und Ausgaben

	1970	1980	1985
		1 000	
Sozialhilfeempfänger			
Insgesamt	1 491	2 144	2 808
Männlich	557	864	1 225
Weiblich	934	1 280	1 583
Deutsche	1 471	1 981	2 483
Ausländer	20	163	325
Alter			
unter 18	440	605	772
18–24	55	194	361
25–59	389	675	1 084
60 und mehr	607	670	591
dar. weiblich	447	523	462
		Mill. DM	
Ausgaben für Sozialhilfe	3 335	13 266	20 824

Von 1970 bis 1985 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 88%. Die Zahl der Ausländer in dieser Gruppe erhöhte sich im gleichen Zeitraum um das Fünffache. Dies ist vermutlich auf die zunehmende Zahl von Asylbewerbern zurückzuführen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag zunächst auf Sozialhilfe angewiesen sind. In den letzten Jahren kamen vor allem Arbeitslose hinzu, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (mehr) haben.

Abb. 4: Hauptursache der Hilfgewährung bei Haushalten von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Haushalte mit Inanspruchnahme von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt



1 Zum Teil Stichprobenergebnisse.

Die 2,1 Mill. Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt verteilten sich 1985 auf insgesamt 1,2 Mill. Haushalte. Damit wurde 1985 jedem 22. Haushalt mindestens für einen Monat Sozialhilfe gewährt; 1975 war es nur jeder 37. Haushalt. Als hauptsächliche Ursache für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe gab 1985 ein Viertel der Haushalte den Verlust des Arbeitsplatzes an. 1980 waren es erst knapp 10%.

Wesentlich stärker als die Gesamtzahl der Empfänger erhöhten sich zwischen 1970 und 1985 die Ausgaben für Sozialhilfe, und zwar von 3,3 Mrd. DM auf 20,8 Mrd. DM, also auf mehr als das Sechsfache. Die Gründe für die Ausgabenerhöhung liegen neben der Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises und einer stärkeren Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen durch die Hilfesuchenden auch in beträchtlichen Leistungserhöhungen insbesondere in den siebziger Jahren.

Die Finanzierung der Leistungen fällt überwiegend den kommunalen Gebietskörperschaften zu. Jährliche Ausgabensteigerungen in einer Größenordnung von rund 7 bis 11 % in den Jahren von 1981 bis 1985 stellen eine große Belastung für die Gemeinden dar – auch wenn man berücksichtigt, daß die Länder (durch den Finanzausgleich) sowie Sozialleistungsträger und Unterhaltungspflichtige (durch Ersatzleistungen) an der Finanzierung der Sozialhilfe beteiligt sind.

Im Laufe des Jahres 1985 mußten die kreisfreien Städte über 20 000 Einwohner (ohne Stadtstaaten) durchschnittlich 315 DM je Einwohner für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz aufbringen, bei den drei Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) waren es durchschnittlich 702 DM je Einwohner.

9.8 Kindergeld

Das Kindergeld hat im Rahmen der staatlichen Leistungen für Familien zentrale Bedeutung. Es ist die häufigste staatliche Transferzahlung überhaupt.

1985 bezogen 6,4 Mill. Berechtigte Kindergeld für 10,7 Mill. Kinder. Hinzu kommen rund 3 Mill. Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten.

1975 wurde 7,3 Mill. Berechtigten für 14,1 Mill. Kinder Kindergeld gewährt (ohne Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes). Den rückläufigen Kinderzahlen standen bis 1981 steigende Ausgaben gegenüber, da die Kindergeldsätze mehrfach erhöht wurden. Die staatlichen Sparmaßnahmen führten dann zu einem deutlichen Ausgaberrückgang. 1975 brachte der Bund, der die Mittel für das Kindergeld zur Verfügung stellt, 11,5 Mrd. DM für das Kindergeld auf, 1981 waren es 14,6 Mrd. DM, 1985 10,9 Mrd. DM.

Tab. 6: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1975	1981	1985
Berechtigte insgesamt	1 000	7 333	6 905	6 408
davon: Deutsche	1 000	6 452	6 119	5 722
Ausländer	1 000	881	786	686
Kinder ¹ insgesamt	1 000	14 065	12 299	10 664
davon: Deutsche	1 000	12 085	10 470	9 215
Ausländer	1 000	1 980	1 829	1 450
Ausgezahlte Beträge	Mill. DM	11 530	14 610	10 901

1 Für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde.

Von den Kindern, für die Kindergeld gezahlt wurde, waren 1985 59 % Erstkinder, 29 % Zweitkinder und 12 % dritte und weitere Kinder. Gegenüber 1975 hat der Anteil der Erstkinder zu-, der Anteil der dritten und weiteren Kinder abgenommen.

Alle diese Angaben sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Kindergeld seit 1975 für alle Kinder unter 16 Jahren gewährt wird – unabhängig von der Bedürftigkeit der Familie –, seine Höhe richtet sich jedoch (seit Januar 1983) ab dem zweiten und weiteren Kindern nach dem Einkommen der Eltern. Für das erste Kind werden allgemein 50 DM gezahlt, für das zweite Kind mindestens 70 DM, für das dritte und weitere mindestens 140 DM. Die entsprechenden Höchstbeträge liegen bei 100 DM, 220 und 240 DM.

Über die Vollendung des 16. Lebensjahres hinaus wird Kindergeld für Jugendliche in einer Schul- oder Berufsausbildung sowie für arbeitslose Jugendliche gezahlt. Vor dem Hintergrund der Jugendarbeitslosigkeit (siehe Kap. 3), die nicht zuletzt eine große finanzielle Belastung für die betroffenen Familien darstellt, wird seit 1. Januar 1985 Kindergeld nicht nur für arbeitslose 16- bis 18jährige, sondern auch für 18- bis 21jährige ohne Beschäftigung gezahlt.

Im Zusammenhang mit der Steuerreform erhöhten sich die Kinderfreibeträge; daher wird Berechtigten, die wegen niedriger Einkommen den steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können, als Ausgleich hierfür ab 1986 ein Zuschlag zum Kindergeld bis zu 46 DM monatlich je Kind gewährt.

10 Rechtspflege

10.1 Einführung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung bestimmten Verfassung – wie dem Grundgesetz – fällt diese Aufgabe der sogenannten „dritten“ Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

Zur Rechtspflege gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann man auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege sehen, soweit sie mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befaßt ist.

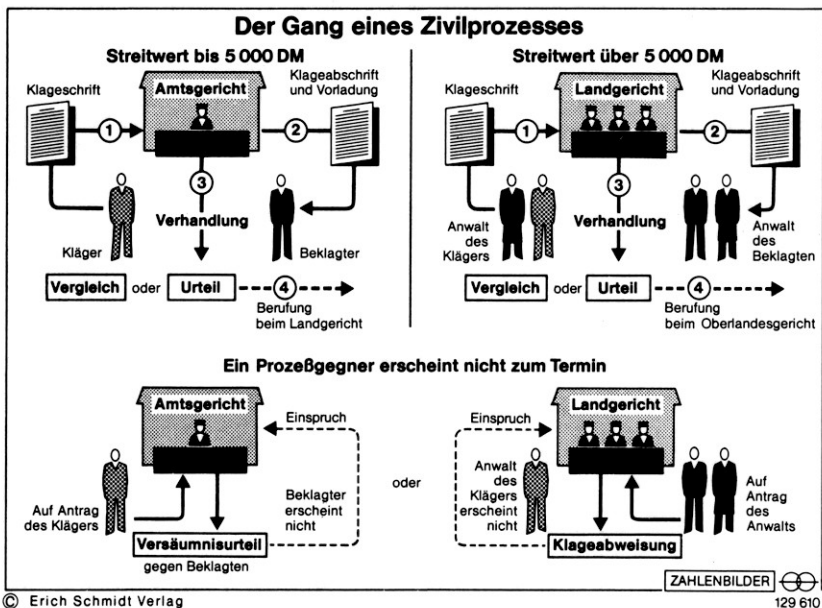
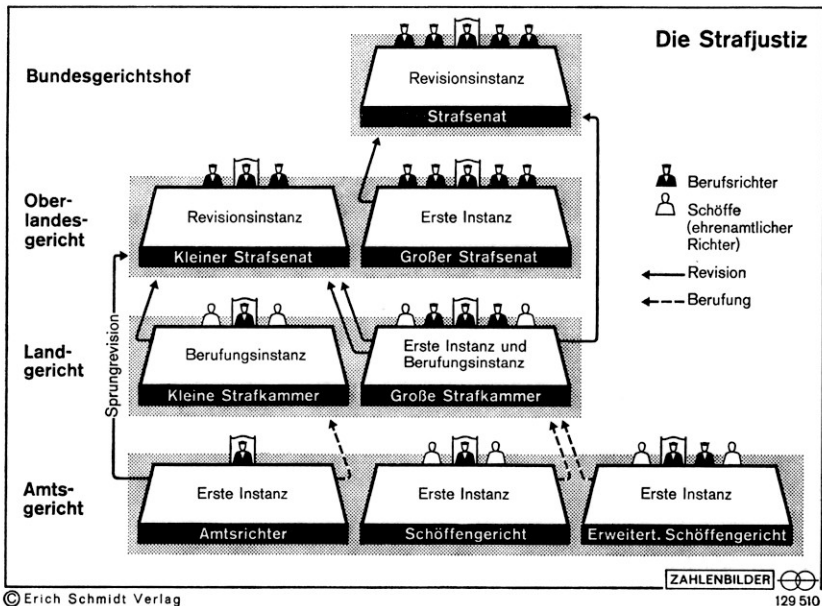
10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfaßt zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsstufen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen überprüfen zu lassen. (Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.)

Am 1. Januar 1986 gab es im Bundesgebiet insgesamt 664 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 96 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 100 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ einen besonderen Rang. Seinem Status nach ist es zugleich Gericht und



Tab. 1: Gerichte am 1. Januar 1986

Zivil- und Strafgerichte	664
Amtsgerichte	551
Landgerichte	93
Oberlandesgerichte	20
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	96
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	35
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	51
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	14
Bundesgerichte	8

Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte des einzelnen Bürgers berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten mit jeweils acht Richtern, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännernausschuß) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wiedergewählt werden.

An den Gerichten waren am 1. Januar 1985 insgesamt 17031 Richter (im Landes- und Bundesdienst) tätig, gegenüber 12954 zum Jahresbeginn 1971. Die Zahl der Staatsanwälte betrug 1985 3646 (1971: 2709), die der Rechtsanwälte 40130 (1971: 18240). Außerdem waren 7175 Anwaltsnotare (1971: 5358) und 990 Notare (1971: 802) zugelassen.

Diese deutliche Zunahme der Anzahl der in der Rechtspflege tätigen Personen wird verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit dem steigenden Geschäftsanfall bei den meisten Gerichten sieht (vgl. Tab. 2).

Allein bei den Amtsgerichten wurden 1985 1,6 Mill. Zivilverfahren (darunter rund 370000 Familiengerichtsverfahren) und 1,5 Mill. Strafverfahren erledigt. Das waren doppelt so viele Verfahren wie 1970. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Geschäftsanfall bei den Amtsgerichten durch die Einrichtung der Familiengerichte ab Mitte 1977 sprunghaft anstieg. Bis 1977 waren die Landgerichte für Ehesachen zuständig. Auch bei den Arbeitsgerichten, den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten hat sich der Geschäftsanfall innerhalb der letzten Jahre beträchtlich erhöht.

Ursache für diese Entwicklung dürfte bei den Strafgerichten die wachsende Zahl der Straftaten sein (vgl. 10.3.1). Bei den übrigen Gerichten sind die Gründe weniger offenkundig, möglicherweise spielt aber die größere Bereitschaft, sich auf gerichtlichem Wege gegen vermeintliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, eine Rolle.

Tab. 2: Erledigte Verfahren bei ausgewählten Gerichten¹

Gerichte/Verfahren	1970	1985
<i>Amtsgerichte</i>		
(Zivilgerichte, seit 1977 ohne Familiengerichte)		
Erledigte Verfahren	863 472	1 243 172
<i>Familiengerichte</i> ²		
Erledigte Verfahren	x	371 155
darunter Scheidungsverfahren	x	160 179
<i>Amtsgerichte (Strafgerichte)</i>		
Erledigte Verfahren	734 656 ³	1 472 538
davon Verbrechen	11 581	6 888
Vergehen	497 139	699 422
Ordnungswidrigkeiten	213 010	766 228
Übertretungen	12 926	x
<i>Arbeitsgerichte</i>		
Erledigte Klagen	187 084	363 102
darunter Gegenstand der Klage:		
Arbeitsentgelt	111 408	155 630
<i>Sozialgerichte</i>		
Erledigte Klagen	152 768	170 640
darunter Gegenstand der Klage:		
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	82 150	57 797
<i>Verwaltungsgerichte</i>		
Erledigte Klagen	48 849	106 230 ⁴
<i>Finanzgerichte</i>		
Erledigte Verfahren	20 027 ³	35 059 ⁴
<i>Bundesverfassungsgericht (Erster und Zweiter Senat)</i>		
Erledigte Verfahren	1 660	3 025
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	1 606	3 066
Eingereichte Normenkontrollverfahren	60	37

1 Da nur ausgewählte Gerichte aufgeführt sind, liegt die Gesamtzahl der erledigten Gerichtsverfahren wesentlich höher als die Summe der hier angegebenen Werte.

2 1977 neu eingerichtet.

3 1971.

4 Verwaltungsgerichte: Bundesgebiet ohne Hessen.

Finanzgerichte: Bundesgebiet ohne Hessen und Bayern.

Zahlen sind mit denen für 1970 bzw. 1971 nicht vergleichbar.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

1985 sind bei den Polizeidienststellen 4,2 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekanntgeworden. Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Von den gemeldeten Straftaten konnten 47 % aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1970 waren von 2,4 Mill. Straftaten 48 % aufgeklärt worden.

Um einen Vergleich unabhängig von der veränderten Bevölkerungszahl zu ermöglichen, werden die Straftaten je 1000 Einwohner berechnet. 1970 wurden je 1000 Einwohner knapp 40 Straftaten bekannt, 1985 waren es 69.

Häufigste Straftat ist seit Jahren der Diebstahl. 1985 sind 2,6 Mill. Diebstahlsfälle bekanntgeworden, gegenüber 2778 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel relativ stark von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z. B. 1985 nur 31 % aller Diebstähle, aber 95 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschließlich Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote

Jahr	Bekanntgewordene Straftaten		Aufklärungsquote
	insgesamt	auf 1000 Einwohner	%
1960	2 034 239	37	65,6
1970	2 413 586	40	48,3
1980	3 815 774	62	44,9
1985	4 215 451	69	47,2

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekanntgewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluß dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muß das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird.

Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch des Angeklagten, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, daß von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, wieso die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, daß eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfaßt wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die der Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Tab. 4: Strafen 1970 und 1985

a) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

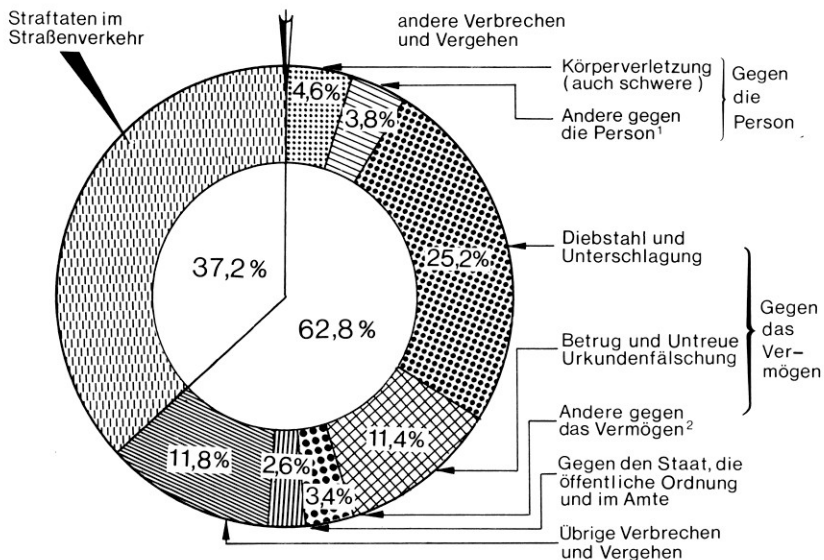
Art der Strafe	1970	1985
<i>Freiheitsstrafe</i>	88 248	111 876
davon:		
bis einschließlich 1 Jahr	79 100	94 283
mehr als 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	8 676	16 232
mehr als 5 Jahre bis einschließlich 15 Jahre	402	1 275
lebenslang	70	86
<i>Strafarrest</i>	626	508
<i>Geldstrafe</i> (allein)	464 818	488 414
Insgesamt	553 692	600 798

b) Nach Jugendstrafrecht erkannte Jugendstrafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahmen	1970	1985
<i>Jugendstrafe</i>	11 687	17 672
darunter: 6 Monate bis einschließlich 1 Jahr	8 318	11 493
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Arrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	101 061	99 534
<i>Erziehungsmaßregeln</i> (z. B. Erteilung von Weisungen)	13 153	49 951
Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt ¹	125 901	167 157
dagegen Verurteilte insgesamt	89 593	119 126

¹ Strafen und Maßnahmen können nebeneinander angeordnet werden, so daß ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

Abb. 1: Verurteilte 1985 nach Delikten



1 Mord, Totschlag, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Beleidigung usw.

2 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 1985 über 71900 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 37 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 63 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen.

Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 1985 64 % eine Straftat gegen das Vermögen (z. B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z. B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt dagegen wesentlich niedriger (1985 bei 13 % der Verurteilten).

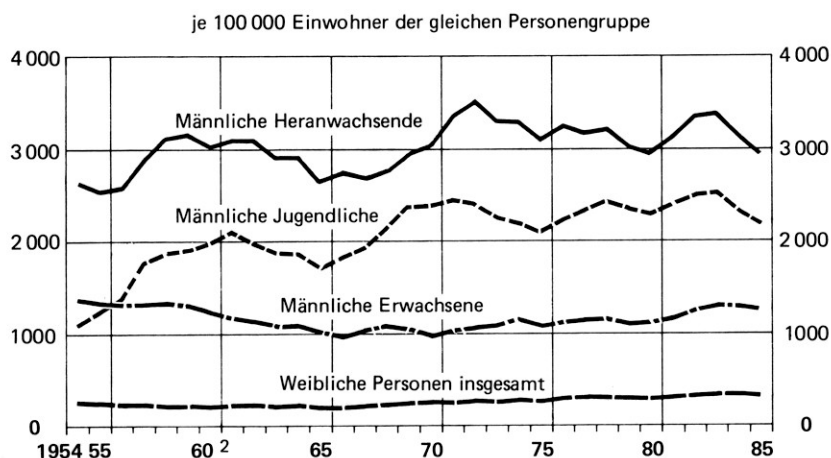
Je 100000 strafmündige Einwohner wurden 1985 insgesamt 1371 Personen verurteilt. Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 1985 annähernd sechsmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende annähernd zweieinhalbmal so häufig wie Erwachsene.

Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenzahlen während der letzten Jahrzehnte, so zeigt sich, daß seit 1961 die Straffälligkeit leicht zugenommen hat. Bei den Frauen war sogar eine deutliche Steigerung festzustellen; auch die Jugendkriminalität hat überdurchschnittlich zugenommen. Sehr viel häufiger als 1961 kamen Täter aufgrund von Raub und Erpressung mit dem Gesetz in Konflikt. Auch Diebstahl und Unterschlagung führten 1985

häufiger zur Verhängung einer Strafe als 20 Jahre zuvor. Demgegenüber ist die Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wegen gemeingefährlicher Straftaten sowie wegen Straftaten gegen den Staat und die öffentliche Ordnung zurückgegangen.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 1985 etwa 601 000 Personen nach allgemeinem und fast 120 000 Personen nach Jugendstrafrecht verurteilt. Eine Freiheits- bzw. Jugendstrafe wurde 1985 in insgesamt knapp 129 500 Fällen verhängt, wobei in 105 800 Fällen auf eine Strafdauer von nicht mehr als einem Jahr erkannt wurde.

Abb. 2: Wegen Verbrechen und Vergehen¹ Verurteilte



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Bis 1960 ohne Saarland und Berlin.

10.3.3 Strafvollzug

Von den im Jahre 1985 Verurteilten wurden 6,7 % in eine der 169 Justizvollzugsanstalten des Bundesgebietes eingewiesen. Bei den übrigen wurde auf eine Geldstrafe erkannt bzw. die ausgesprochene Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt (vgl. 10.3.4).

In den Justizvollzugsanstalten saßen am 31. März 1985 48 212 Strafgefangene sowie 190 Sicherungsverwahrte ein. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich rund 27 700, mußte mehr als ein Jahr hinter Gittern verbringen, 1 062 hatten sogar eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen.

Von den Strafgefangenen im Bundesgebiet waren nur 3,3 % Frauen. Hier zeigt sich, daß trotz der in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich gestiegenen Straffälligkeit (vgl. 10.3.2) Frauen immer noch weit weniger Straftaten begehen als Männer.

Die Ergebnisse der Statistiken über den Strafvollzug verdeutlichen auch, daß Personen, die bereits einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, häufig erneut straffällig werden. Von den am 31. März 1985 einsitzenden Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten waren knapp drei Viertel (35 029) bereits vorbestraft. Mehr als ein Viertel hatte sogar fünf oder mehr Vorstrafen aufzuweisen.

Tab. 5: Strafgefangene am 31. März 1985

Voraussichtliche Vollzugsdauer	Strafgefangene	
	insgesamt	darunter Frauen
Bis einschließlich 1 Jahr	20 204	852
1 bis einschließlich 5 Jahre	21 482	602
5 bis einschließlich 15 Jahre	5 142	115
Lebenslang	1 062	42
Unbestimmte Vollzugsdauer	322	—
Insgesamt	48 212	1 611

10.3.4 Bewährungshilfe

Personen, bei denen die gesamte Strafe oder ein Strafrest „zur Bewährung“ ausgesetzt ist, können der Bewährungsaufsicht unterstellt werden. Dies geschieht vor allem dann, wenn von dem Verurteilten erwartet werden kann, daß er nicht erneut straffällig wird. In der Regel wird davon nur bei kurzer Strafdauer, etwa bis zu einem Jahr, Gebrauch gemacht.

1985 übten die 1925 hauptamtlichen Bewährungshelfer 124 868 Bewährungsaufsichten aus. 1970 standen 616 Bewährungshelfern 39 500 Bewährungsaufsichten gegenüber. Auf jeden (hauptamtlichen) Bewährungshelfer entfielen damit 1985 im Durchschnitt 65 Bewährungsaufsichten (1970: 64).

Gemessen an der Gesamtzahl der Bewährungsaufsichten werden zur Zeit im Laufe eines Jahres knapp ein Drittel der Aufsichten beendet; hiervon wurden 1985 rund 68 % erfolgreich und knapp 32 % durch Widerruf abgeschlossen. In diesem Fall nutzten die Verurteilten ihre Chancen nicht und mußten ihre Strafe verbüßen. Von den 3 239 Frauen, die 1985 ihre Bewährungsaufsicht beendeten, mußten sogar nur 20 % ihre (Rest-)Strafe antreten.

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Die Aufgaben des Staates

Wandlungen in der Auffassung vom Staat und seinen Aufgaben lassen sich besonders deutlich aus den Ansprüchen der Bürger an das Leistungsangebot im öffentlichen Bereich ablesen. Lange Zeit hatte der Staat in erster Linie die allgemeinen Rahmenbedingungen für ein geordnetes Zusammenleben zu setzen und den Schutz nach außen zu sichern. In neuerer Zeit werden ihm eine Vielzahl zusätzlicher Leistungen abverlangt. Die Sorge für Bildung und Ausbildung, die soziale Sicherung, die Mitwirkung bei der Versorgung mit Wohnraum sind hierfür nur einige Beispiele. Auch im wirtschaftlichen Bereich wird der Staat zunehmend in die Pflicht genommen. Über die traditionelle Aufgabe der Bereitstellung und Verbesserung der Infrastruktur hinaus hat er – entsprechend den allgemeinen Leitlinien der Wirtschaftspolitik – alles zu tun, um wirtschaftliche Stabilität und ein angemessenes Wachstum zu sichern und die Prinzipien des Sozialstaates zu verwirklichen. In vielen Bereichen von Wissenschaft und Forschung, bei der Förderung von Sport und Kultur usw. sind staatliche Hilfen inzwischen ebenfalls selbstverständlich geworden.

Alle diese Aufgaben erfordern den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel, die von der Allgemeinheit bzw. der Wirtschaft über Steuern, Gebühren, Beiträge und durch die Bereitschaft, dem Staat Kredite zu gewähren, aufgebracht werden müssen. Zur öffentlichen Haushaltswirtschaft gehören Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden, ferner der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen, das aus der Marshallplanhilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, sowie die Etats der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹

Von 1951 bis 1985 sind die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden (Gebietskörperschaften) sowie von Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen von 37,4 Mrd. auf 587 Mrd. DM gestiegen. Je Einwohner betrugen die Ausgaben 1985 9613 DM, gegenüber 754 DM im Jahre 1951. Die Finanzen der übrigen öffentlichen Haushalte werden statistisch erst ab 1974 erfaßt und sind wegen der Schwierigkeiten eines langfristigen Vergleichs hier generell außer acht geblieben. Die finanziell größte Bedeutung unter ihnen haben die Ausgaben der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit, die sich 1985 zusammen auf 343 Mrd. DM beliefen.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttosozialprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt („Staatsquote“). Dabei ist

¹ 1985 vorläufige Ergebnisse.

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹
1951 bis 1985

Jahr	Ausgaben	
	Mill. DM	DM je Einwohner
1951	37 401	754
1961	95 275	1 696
1970	196 330	3 237
1975	354 774	5 738
1980	498 088	8 091
1981	528 948	8 578
1982	548 184	8 894
1983	555 458	9 043
1984	568 012	9 284
1985	586 556	9 613

1 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.

Tab. 2: Staatsquote: Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹
in Prozent des Bruttonationalprodukts

Jahr	Staatsquote	Jahr	Staatsquote
1961	28,7	1974	32,0
1962	29,7	1975	34,5
1963	30,6	1976	32,9
1964	30,5	1977	32,3
1965	30,7	1978	32,8
1966	30,1	1979	32,9
1967	31,6	1980	33,5
1968	29,8	1981	34,2
1969	29,2	1982	34,3
1970	29,1	1983	33,1
1971	30,0	1984	32,1
1972	30,5	1985	31,8
1973	30,2		

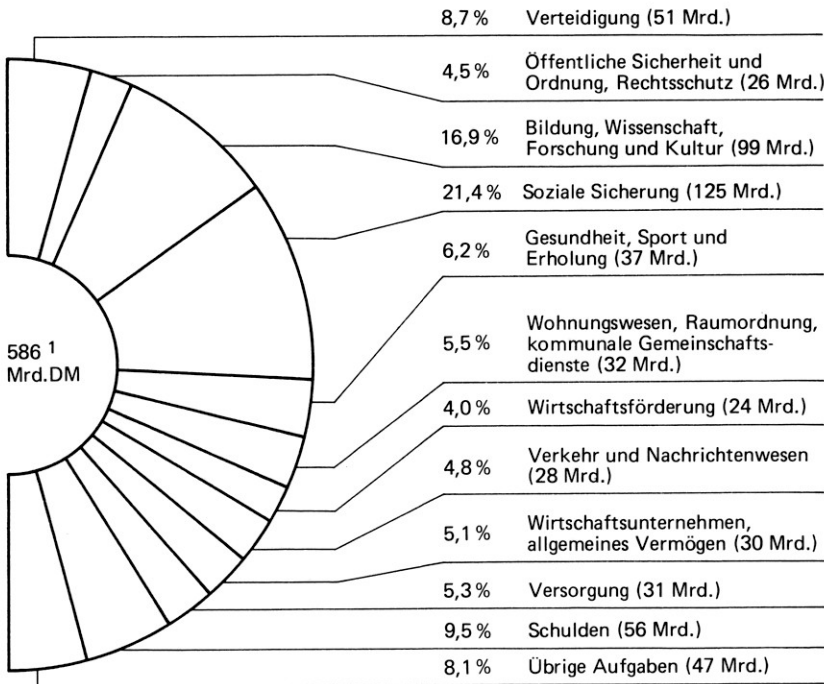
1 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.

die zeitliche Entwicklung der Staatsquote aussagekräftiger als ihre absolute Höhe. Von 1961 bis 1975 stieg diese Größe von 28,7 % auf 34,5 %. Nach einem vorübergehenden Absinken erreichte sie 1982 mit 34,3 % erneut einen Höhepunkt. In den folgenden Jahren verminderte sie sich auf 31,8 % (1985).

Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die Soziale Sicherung. 1985 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von rund 21 % am gesamten Ausgabenvolumen. 17 % entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mit über 9 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock (vgl. 11.4). Es folgten der Verteidigungsbereich (9 %), Gesundheit, Sport und Erholung (6 %) sowie Wohnungswesen, Raumordnung, Kommunale Gemeinschaftsdienste (6 %) (vgl. Abb. 1).

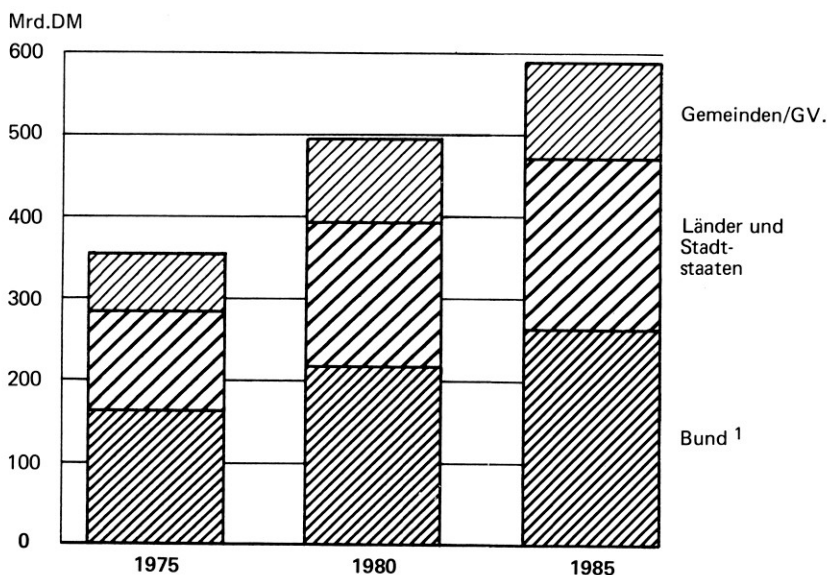
Betrachtet man die einzelnen Haushaltsebenen, so tätigte der Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) 1985 45 % der Ausgaben aller Gebietskörperschaften. Die Länder waren mit 35 %, die Gemeinden mit 20 % an den öffentlichen Ausgaben beteiligt (vgl. Abb. 2).

Abb. 1: Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1985 nach Aufgabenbereichen



1 Nettoausgaben (um Zahlungen von anderen öffentlichen Haushalten bereinigt).

Abb. 2: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Gebietskörperschaften



1 Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

Bei allen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) fallen besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern erreichten sie 1985 einen Anteil von 43 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 32 % und beim Bund 14 % des Ausgabenvolumens.

Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 1985 einen Betrag von 191 Mrd. DM oder ein Drittel ihrer Gesamtausgaben für das Personal (einschließlich Pensionen u. ä.) auf. Hierbei sollte nicht übersehen werden, daß viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung usw., sehr personalintensiv sind und daß wachsende Ansprüche an das Dienstleistungsangebot des Staates zu einer Vermehrung der Stellen in diesem Bereich führen müssen.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 1985 Ausgaben in Höhe von rund 50 Mrd. DM getätigt. Knapp 65 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 95 Mrd. DM im Jahr 1985 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel,

aber auch sämtliche militärische Anschaffungen) sowie Zuschüsse an private Haushalte (Renten- und Unterstützungszahlungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 125 Mrd. DM.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 1985 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 586,6 Mrd. DM Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 548,1 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug 39,2 Mrd. DM.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die sogenannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Brutto sozialprodukt. 1986 lag die Steuerquote bei 23,2 % gegenüber 22,3 % im Jahr 1970 und 23,1 % 1965.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Gemeinschaftsteuern, deren Aufkommen zwischen Bund und Ländern aufzuteilen ist.

1986 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 452 Mrd. DM an Steuern eingenommen. Allein 334 Mrd. DM oder 73,8 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung¹
1974 und 1986

Steuerart	Mill. DM	
	1974	1986
Gemeinschaftsteuern	163 641,2	333 674,8
Bundessteuern (vor Abzug der EG-Anteile)	37 311,6	56 350,5
Landessteuern	11 789,5	21 255,1
Gemeindesteuern	26 317,3	41 155,4
Insgesamt	239 059,7	452 435,8

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

Tab. 4: Die zehn ergiebigsten Steuern 1974 und 1986

Steuerart	Ertrag steht . . . zu	1974	1986
		Mill. DM	
Lohnsteuer	Bund/Länder/Gemeinden	71 960,2	152 233,1
Umsatzsteuer	Bund/Länder/EG	33 593,1	58 586,9
Einfuhrumsatzsteuer	Bund/Länder/EG	18 317,1	52 552,3
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	Gemeinden/Bund/Länder	18 774,5	31 986,6
Veranlagte Einkommensteuer	Bund/Länder/Gemeinden	26 793,4	29 880,5
Körperschaftsteuer	Bund/Länder	10 403,4	32 301,5
Mineralölsteuer	Bund	16 051,7	25 643,7
Tabaksteuer	Bund	8 952,3	14 480,3
Kraftfahrzeugsteuer	Länder	5 159,2	9 356,4
Grundsteuer B (nicht-landwirtschaftliche Grundstücke)	Gemeinden	3 110,6	7 193,7

Die zehn aufkommensstärksten Steuern sind in *Tab. 4* aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den neuesten Ergebnissen der nur im Dreijahresturnus ermittelten Lohnsteuerstatistik und Statistik der veranlagten Einkommensteuer, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1983 datieren, wurden seinerzeit 21,8 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte) erfaßt. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob Allein- oder Doppelverdiener, und Ehegatten mit gemeinsamem Lohnsteuerjahresausgleich wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 834,8 Mrd. DM, die festgesetzte Einkommensteuer 155,6 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 38 300 DM, von denen 18,6 % Steuern zu entrichten waren.

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (44,4 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 21 900 DM, die im Durchschnitt mit 11,5 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (7,2 % aller Steuerpflichtigen) Durchschnittseinkünfte von 49 000 DM mit durchschnittlich 27,3 % zu versteuern.

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige¹ 1983

Steuerpflichtige nach Steuerart	Steuer- pflich- tige	Gesamt- betrag der Einkünfte	Lohnsteuer/ Einkommen- steuer	Steuer- belastung
	je Steuerpflichtigen			
	1 000	DM		%
Nichtveranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	9 687,4	21 910	2 510	11,5
Veranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	10 565,9	51 670	10 450	20,2
Übrige Einkommensteuerpflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit)	1 562,3	49 050	13 370	27,3
Insgesamt	21 815,6	38 270	7 130	18,6

¹ Mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte.

Aus den zusammengefaßten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, daß die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, daß Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen bestehen, daß Ehegatten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger gezählt werden und daß darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht und die Renteneinkünfte u. ä. nur zu einem geringen Teil erfaßt werden.

37,2 % der Steuerpflichtigen bezogen 1983 Einkünfte von weniger als 25 000 DM im Jahr, 40,6 % flossen 25 000 bis 50 000 DM zu. Etwa 10 300 Steuerpflichtige und damit 0,05 % konnten als Einkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 3,2 %. Er lag damit höher als der Anteil der rund 4 Mill. Steuerpflichtigen, die unter 12 000 DM jährlich verdienten.

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit der zweithöchsten Ergiebigkeit – liegen zuletzt für das Jahr 1984 vor. Damals leisteten knapp 1,9 Mill. Steuerpflichtige (Umsatzsteuerpflichtige mit einem Jahresumsatz unter 20 000 DM wurden nicht erfaßt) mit steuerbaren Umsätzen von 3 765 Mrd. DM Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 56,3 Mrd. DM. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das knapp 16 % der Steuerpflichtigen

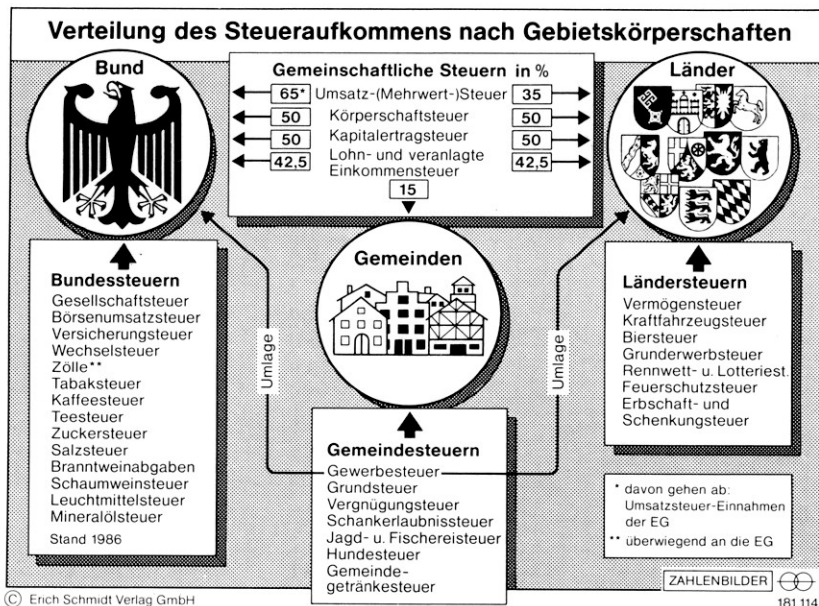
Tab. 6: Einkommensverteilung 1983
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von . . . bis unter . . . DM	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. DM	%
1— 4 000	1 437,7	6,6	2 566,6	0,3
4 000— 8 000	1 402,6	6,4	8 472,7	1,0
8 000— 12 000	1 161,2	5,3	11 577,2	1,4
12 000— 16 000	1 101,7	5,0	15 424,8	1,8
16 000— 25 000	3 013,9	13,8	62 631,8	7,5
25 000— 30 000	2 144,7	9,8	59 055,5	7,1
30 000— 50 000	6 715,0	30,8	259 791,9	31,1
50 000— 75 000	3 305,6	15,2	198 162,2	23,7
75 000—100 000	871,0	4,0	73 915,4	8,9
100 000—250 000	555,7	2,5	76 877,3	9,2
250 000—500 000	75,0	0,3	25 186,6	3,0
500 000— 1 Mill.	21,1	0,1	14 185,5	1,7
1 Mill. — 2 Mill.	6,7	0,05	9 046,6	1,1
2 Mill. — 5 Mill.	2,8		8 192,1	1,0
5 Mill. —10 Mill.	0,6		4 150,0	0,5
10 Mill. und mehr	0,3		5 593,4	0,7
Insgesamt	21 815,6	100	834 829,8	100

stellte, aber 48 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 29 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 1984 leistete.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen muß zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt werden, daß sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem die Erträge bestimmter Steuern zufließen; für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften Anteile an den Zöllen und der Umsatzsteuer. Schließlich findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 1986 (452,5 Mrd. DM) verblieb dem Bund nach der Verteilung knapp die Hälfte (47 %); die andere Hälfte mußten sich die Länder (35 %), die Gemeinden (14 %) und die EG (4 %) teilen.



Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach der Verteilung¹
1974 und 1986

Gegenstand der Nachweisung	Mill. DM	
	1974	1986
Nach Verteilung der Steuereinnahmen verbleiben		
dem Bund	119 412,5	210 584,1
den Ländern	83 347,3	160 099,4
Stadtstaaten (ohne Gemeindesteuern)	7 024,7	11 692,9
übrige Länder	76 322,7	148 406,5
den Gemeinden/Gemeindeverbänden	32 657,9	63 832,0
den Europäischen Gemeinschaften	2 761,0	17 952,4
Insgesamt	238 178,8	452 467,9

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen vor der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

11.4 Schulden der öffentlichen Haushalte

Die Finanzierung der Staatsausgaben erfolgt außer durch Steuereinnahmen durch die Aufnahme von Krediten. Dies hat zu einer wachsenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt.

Die Staatsschulden erhöhten sich von 17,9 Mrd. DM im Jahr 1950 über 123,2 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 754,7 Mrd. DM im Jahr 1985. Allein 1981 nahm die öffentliche Hand etwa 74 Mrd. DM an Krediten netto (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung) neu auf. Nach den Ergebnissen der jährlichen Schuldenstatistik ist in den Jahren 1982 bis 1985 die jährliche Nettoneuverschuldung allerdings zurückgegangen. Sie belief sich jeweils rund: 1982 auf 73 Mrd. DM, 1983 auf 60 Mrd. DM, 1984 auf 45 Mrd. DM und 1985 auf 44 Mrd. DM.

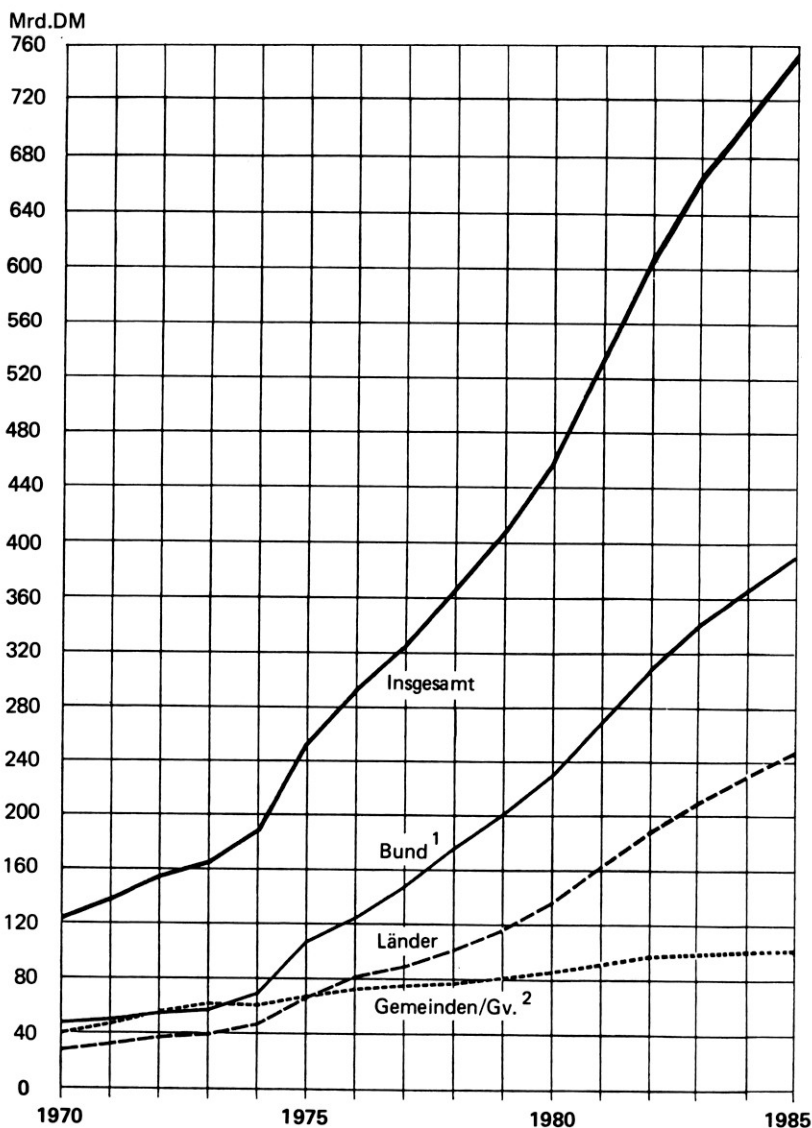
Die öffentlichen Schulden entstehen zum größten Teil über den Kreditmarkt, d. h. durch die Ausgabe von Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe usw.) oder durch die Aufnahme von Darlehen bei inländischen Versicherungen, Banken, Bausparkassen u. ä. (einschließlich Sozialversicherungsträger) sowie im Ausland.

Die Schuldenlast der Gemeinden (ohne Schulden bei Verwaltungen), die 1970 noch über derjenigen der Länder und unter der des Bundes lag, hat sich bis 1983 auf das Zweieinhalbfache erhöht, während die Schulden von Bund und Ländern sich jeweils etwa versiebenfacht haben. Entsprechend betrugen die Schulden des Bundes (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder 1985 400 Mrd. bzw. 246 Mrd. DM, während sich die finanziellen Verpflichtungen der Gemeinden und

Tab. 8: Schulden der Gebietskörperschaften 1950 bis 1985
in Mill. DM

Stichtag	Fundierte Schulden	
	Schulden ohne Schulden bei Verwaltungen	darunter Schulden aus Kreditmarktmitteln
31. 3. 1950	17 877,1	876,4
31. 3. 1955	38 967,9	8 612,6
31. 12. 1960	51 892,2	21 197,2
31. 12. 1965	80 679,3	54 579,8
31. 12. 1970	123 173,5	100 520,0
31. 12. 1975	253 141,9	233 444,3
31. 12. 1980	460 885,7	443 515,7
31. 12. 1985	754 693,0	738 526,0

Abb. 3: Fundierte Schulden (ohne Schulden bei Verwaltungen) 1970 bis 1985



1 Ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.

2 Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Gemeindeverbände sowie der Zweckverbände auf 102 Mrd. DM bzw. knapp 8 Mrd. DM summierten.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Diskussion über die Auswirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung ihre Aktualität. Nach dem Grundgesetz (Art. 115) darf die jährliche Kreditaufnahme des Bundes die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Gleichwohl ist auch bei Einhaltung dieses Grundsatzes zu beachten, daß zunehmende Verschuldung zu steigenden Zinszahlungen führt, die den Spielraum der Finanzpolitik einengen. Die Zinslast für die Staatsschulden lag z. B. 1974 bei 13 Mrd. DM jährlich, war 1978 auf 22 Mrd. DM gestiegen und betrug 1985 bereits mehr als 55 Mrd. DM. Mit wachsender öffentlicher Verschuldung verbindet sich die Gefahr, daß die öffentliche Nachfrage am Kreditmarkt private Kreditnachfrager verdrängt und damit die private Investitionstätigkeit hemmt. Andererseits können durch Kredite finanzierte Ausgaben des Staates in konjunkturschwachen Zeiten einen Ausgleich für die rückläufige Nachfrage in anderen Bereichen schaffen.

11.5 Personal der öffentlichen Haushalte

Im öffentlichen Dienst waren 1985 4,6 Mill. Personen (ohne Soldaten) beschäftigt. Damit ist die öffentliche Hand der größte Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland. In seinen Diensten stand etwa jeder sechste Erwerbstätige bzw. jeder fünfte abhängig Beschäftigte (zu den Personalausgaben vgl. 11.2).

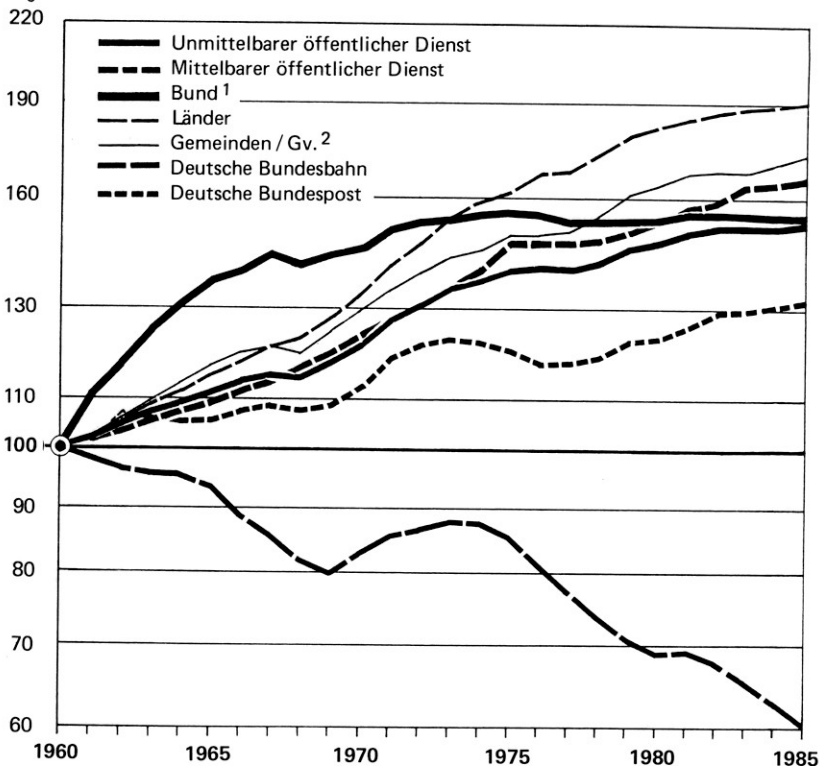
Abb. 4 zeigt die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst seit 1960, aufgeschlüsselt nach Beschäftigungsbereichen. Während der Personalbestand im Bund, nach Abschluß des Aufbaus der Verteidigungsverwaltung, seit 1970 nur noch wenig zugenommen hat, haben die Länder seit 1966 in großem Umfang neue Stellen geschaffen. Dies ist im wesentlichen auf den Ausbau des Bildungswesens zurückzuführen, das in die Zuständigkeit der Länder fällt.

Von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiteten 1985 42 bei den Ländern, 28 bei den Gemeinden, 18 bei Bundespost und Bundesbahn, 7 bei Bundesbehörden. Im mittelbaren öffentlichen Dienst, also bei den Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und den Trägern der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder und der Gemeinden, waren 5 von 100 der öffentlichen Bediensteten tätig.

Abb. 5 zeigt die Entwicklung des vollzeitbeschäftigten Verwaltungspersonals von Bund, Ländern und Gemeinden seit 1960, differenziert nach ausgewählten Aufgabenbereichen. 1985 lagen beim Bund die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im Bereich der Verteidigungsverwaltung (55 %) sowie der politischen Führung, zentralen Verwaltung und auswärtigen Angelegenheiten (22 %). Bei den Ländern standen die Bereiche Bildungswesen (46 %), politische Führung und zentrale Verwaltung (14 %), öffentliche Sicherheit und Ordnung (13 %) sowie Rechtsschutz (9 %) im Vordergrund. Bei den Gemeinden waren in Krankenhäusern (22 %), in der allgemeinen Verwaltung (16 %), im Bau- und Wohnungswesen und im Verkehr (14 %) sowie an Schulen und Kindergärten

Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 1960 bis 1985
nach Beschäftigungsbereichen
(1960 = 100)

Log. Maßstab



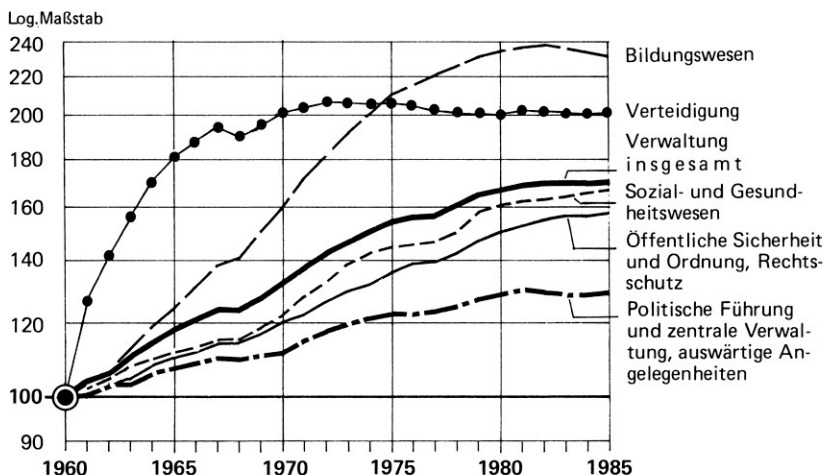
1 Ohne Soldaten.

2 Einschließlich kommunale Zweckverbände.

(8%) besonders viele Beschäftigte eingesetzt. Im Bereich soziale Sicherung waren weitere rund 8% der Gemeindebediensteten tätig.

In der Aufgliederung nach Dienstverhältnissen wurden 1985 1,8 Mill. Beamte und Richter, 1,7 Mill. Angestellte und 1,1 Mill. Arbeiter gezählt. Von den insgesamt 4,6 Mill. Beschäftigten waren etwa 770 000 Teilzeitkräfte; ihr Anteil hat sich von 1960 bis 1985 von 6,5% auf 16,8% erhöht. Bei den Beamten und Richtern betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 7%, bei den Angestellten 21% und bei den Arbeitern 26%.

Abb. 5: Vollzeitbeschäftigte der Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden 1960 bis 1985 nach Teilbereichen¹
(1960 = 100)



¹ Teilweise geschätzt.

Von den Mitarbeitern, die 1983 in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber geführt wurden, waren 1,8 Mill. oder 40 % Frauen. Im Vergleich zu 1960 wurden knapp 1 Mill. Frauen mehr eingesetzt, während im gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Kollegen um 460 000 zunahm. Rund zwei Drittel der Frauen hatten einen Vollzeitarbeitsplatz, die übrigen übten eine Teilzeitbeschäftigung aus.

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

In dieser Darstellung können die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht im einzelnen erläutert werden. Für das Verständnis der Gesamtzusammenhänge ist es aber notwendig, zumindest die ordnungspolitischen Grundvorstellungen kurz zu umreißen.

Das Grundgesetz – als Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland – legt sich auf kein bestimmtes Wirtschaftssystem fest, enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie seine soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit. Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Kreditwesengesetz (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z.B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung usw.) konkretisiert.

Darüber hinaus wirken sich im wirtschaftlichen Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen (z. B. Mitbestimmung, Personalvertretungsrecht usw., vgl. 7.3) aus, aber auch der föderalistische Staatsaufbau sowie die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des einzelnen, sondern auch die Ausgabensituation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Die Dispositionen der Wirtschaftseinheiten werden nicht zuletzt von der Wirtschaftspolitik des Staates in Form der Steuer- und Ausgabenpolitik, der Regional- und Strukturpolitik sowie der Geldpolitik der Bundesbank beeinflusst.

Auf eine Kurzformel gebracht ergibt sich in der Bundesrepublik Deutschland das Bild einer Wirtschaftsordnung, die üblicherweise mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ charakterisiert wird und sich als eine Verbindung von „freier Marktwirtschaft“ und „rahmensicherndem, sozial abfederndem Staat“ (Rudolf Hickel) darstellt.

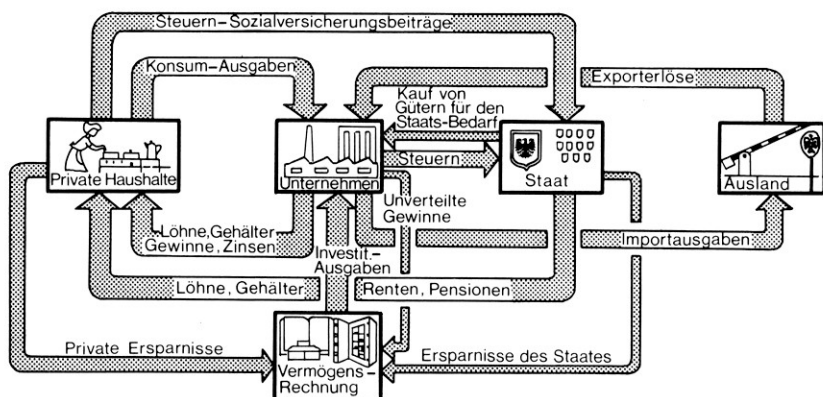
12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken besteht darin, Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Gesamtwirtschaft zu

erfassen und damit die Daten zu liefern, die sowohl Grundlage als auch Kontrollinstrument wirtschaftspolitischer, aber auch unternehmerischer Entscheidungen sind. Neben staatlichen Stellen dient das Datenmaterial vor allem Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden und Unternehmen zu Analyse- und Prognosezwecken.

Die umfassendsten Ergebnisse über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die statistisches Material aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen. Der Darstellung liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wird die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten in vier Sektoren zusammengefaßt, und zwar in Unternehmen, private Haushalte, Staat und Ausland. Die Transaktionen zwischen diesen Sektoren und zum Teil auch innerhalb der Sektoren werden als Ströme in der folgenden Abb. 1 dargestellt.

Abb. 1: Modell des Wirtschaftskreislaufs



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Ein Stück vom großen Kuchen, Bonn 1965, S. 2.

Am Sektor Unternehmen sei dieses „Strömungsdiagramm“ in stark vereinfachter Form erläutert: Von den privaten Haushalten fließen den Unternehmen die Ausgaben für Konsumgüter und Dienste zu, während umgekehrt Löhne, Gehälter, Gewinne und Zinsen von den Unternehmen an die Haushalte gezahlt werden. An den Staat entrichten die Unternehmen Steuern, während bei ihnen Einnahmen aus dem Verkauf von Gütern an den Staat eingehen. Vom Unternehmenssektor werden Güter aus dem Ausland importiert bzw. in das Ausland exportiert und entsprechend fließen Geldströme in entgegengesetzter Richtung.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gründen ihre Berechnungen auf ein verfeinertes Modell dieser Art. Sie sind als geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. Unter Auswertung von Ergebnissen aus nahezu allen statistischen Arbeitsbe-

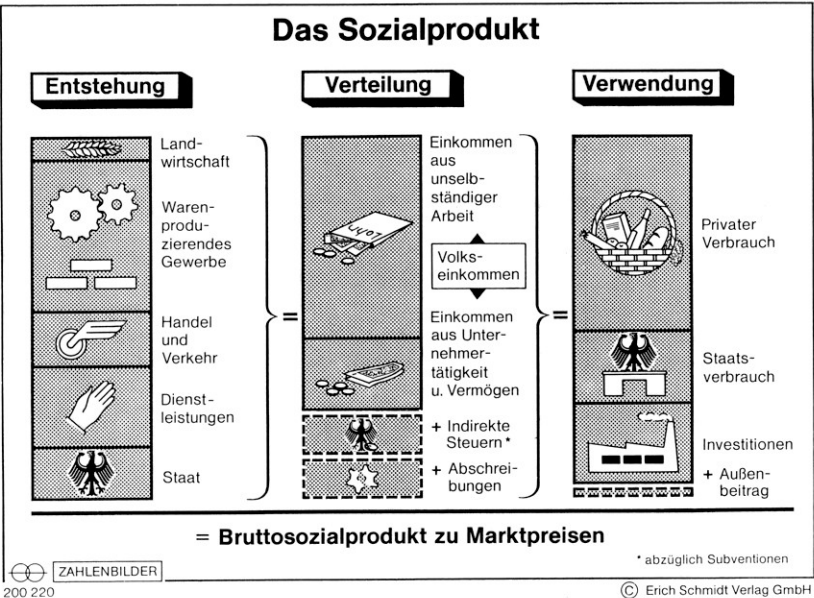
reichen wird in diesem Rahmen u. a. die gesamtwirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft quantifiziert. Sie kann unter drei verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden:

- a) Wo ist sie entstanden? Welche Beiträge haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis geleistet? (Entstehungsrechnung vgl. 12.4)
- b) Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, dem Verbrauch zugeführt oder exportiert? (Verwendungsrechnung vgl. 12.5)
- c) Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung vgl. 12.6)

Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung das Bruttosozialprodukt (seltener das Nettosozialprodukt) und in der Verteilungsrechnung das Volkseinkommen nachgewiesen.

12.3 Entwicklung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt, in dem alle von den Bewohnern eines Landes erbrachten wirtschaftlichen Leistungen zu einer Größe zusammengefaßt sind, war 1986 in der Bundesrepublik Deutschland mit 1950 Mrd. DM sechseinhalbmal so hoch wie 1960.



In der Bundesrepublik Deutschland wird das Sozialprodukt wie folgt definiert und berechnet:

- Verkäufe (Umsatz) von Waren und Dienstleistungen
- + selbsterstellte Anlagen
- + Änderung der Vorräte
- = *Produktionswert*
- Vorleistungen (Produktionskosten)
- = *Bruttowertschöpfung*
- + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
- + Einfuhrabgaben
- = *Bruttoinlandsprodukt*
- + Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo)
- = *Bruttosozialprodukt* (zu Marktpreisen)
- Abschreibungen (Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens durch Verschleiß und Veralten)
- = *Nettosozialprodukt* (zu Marktpreisen)
- indirekte Steuern (z. B. Umsatz- und Getränkesteuer)
- + Subventionen (z. B. Zinszuschüsse)
- = *Volkseinkommen*

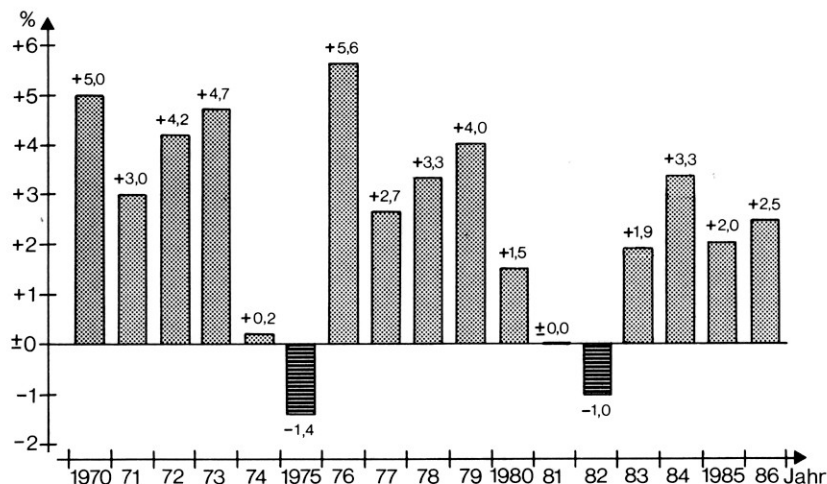
Legt man den Berechnungen die Preise des Jahres 1980 zugrunde, hat sich das Bruttosozialprodukt seit 1960 mehr als verdoppelt.

Tab. 1: Bruttosozialprodukt 1960 bis 1986
in Mill. DM

Jahr	Bruttosozialprodukt	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1980
1960	303 000	731 700
1965	458 200	922 700
1970	675 700	1 134 000
1975	1 029 400	1 258 000
1980	1 485 200	1 485 200
1981	1 545 100	1 485 300
1982	1 597 100	1 471 000
1983	1 680 400	1 498 900
1984	1 769 900	1 548 100
1985	1 844 900	1 579 000
1986	1 948 000	1 617 700

Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Entwicklung der (realen) gesamtwirtschaftlichen Leistung, als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Letztere wird bei der Berechnung in konstanten Preisen ausgeschaltet, so daß die jährlichen Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts in konstanten Preisen auch als Maßstab des jährlichen Wirtschaftswachstums verwendet werden können.

Abb. 2: Wachstumsraten 1970 bis 1986¹



¹ Veränderungen des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1980 gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 2 verdeutlicht die Wachstumsentwicklung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten. In den meisten Jahren konnte das Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr erhöht werden, lediglich 1975 und 1982 war ein Rückgang zu verzeichnen.

12.4 Wirtschaftsstrukturen

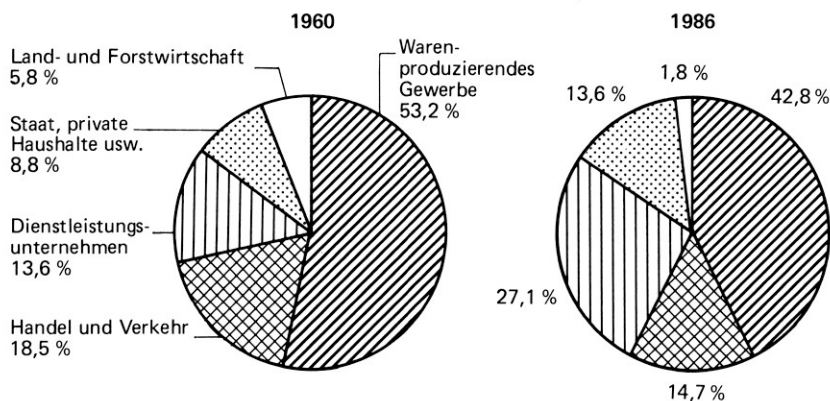
Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt läßt sich in etwa an ihrer Bruttowertschöpfung messen. Sie ist definiert als die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelsware, Reparaturleistungen usw.).

Ein Vergleich zeigt, daß das Warenproduzierende Gewerbe nach wie vor den größten Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung hat, wenn dieser seit 1960 auch beträchtlich

zurückgegangen ist. Auffällig sind aber vor allem der starke Rückgang des Beitrags der Land- und Forstwirtschaft und die deutliche Erhöhung des Anteils der Dienstleistungsunternehmen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Hierin kommen die vielfältigen Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur zum Ausdruck, die sich während dieses Zeitraums vollzogen haben.

Die Umstrukturierung läßt sich auch an den Veränderungen in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ablesen.

Abb. 3: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Tab. 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Erwerbstätige ¹				
	1950 ²	1960	1970	1980	1986
			%		
Land- und Forstwirtschaft	24,6	13,7	8,5	5,5	5,2
Warenproduzierendes Gewerbe	42,9	47,9	48,9	44,1	40,9
Handel und Verkehr	15,6	18,3	17,9	18,9	18,6
Dienstleistungsunternehmen	6,7	9,1	11,0	13,6	15,5
Staat, private Haushalte	10,2	11,0	13,6	17,9	19,8
			Mill.		
Gesamtzahl der Erwerbstätigen	19,6	26,1	26,6	26,3	25,7

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept. Entscheidend für die Zuordnung ist der Arbeits- und nicht der Wohnort.

2 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).

Während 1960 noch nahezu jeder siebte Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft arbeitete, war es 1986 nur noch jeder neunzehnte. Umgekehrt waren 1960 erst knapp vierzig von hundert Berufstätigen im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsunternehmen, Handel und Verkehr, Staat, private Haushalte) beschäftigt, 1986 schon mehr als jeder zweite. Betrachtet man diese Entwicklung seit 1950, so sind die Veränderungen noch gravierender (vgl. Tab. 2).

Die Gründe für diesen Strukturwandel liegen vor allem darin, daß sowohl im landwirtschaftlichen Bereich als auch im Produzierenden Gewerbe große Produktivitätsfortschritte erzielt werden konnten, während dies im Dienstleistungsbereich in wesentlich geringerem Umfang gelang. Ausgewirkt hat sich aber auch die Umschichtung der Nachfrage zugunsten der Dienstleistungen (Reisen, Mahlzeiten in Restaurants, Bankdienste, Versicherungen usw.).

Die in den Wirtschaftsbereichen stark unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte zeigen sich besonders deutlich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten (vgl. Tab. 3). Um diese Größe zu ermitteln, wird die reale Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbstätigen in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen.

Während sich die Arbeitsproduktivität – gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen je Erwerbstätigen – in der Land- und Forstwirtschaft von 1960 bis 1986 vervierfachte, konnte sie im Warenproduzierenden Gewerbe um 140 % sowie im Handel und Verkehr um 137 % gesteigert werden. Bei den Dienstleistungsunternehmen stieg sie dagegen nur um drei Viertel, bei Staat und privaten Haushalten um 22 %.

Tab. 3: Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen
(1970 = 100)

Jahr	Land- und Forst- wirtschaft	Waren- produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungs- unter- nehmen	Staat, private Haushalte	Bruttowert- schöpfung insgesamt
1960	55	64	63	79	88	65
1970	100	100	100	100	100	100
1980	167	136	128	127	106	133
1986	214	153	149	140	107	150

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität beruht meist auf mehreren Einflußfaktoren. Neben einer rationelleren Arbeitsorganisation und wachsender Arbeitsintensität macht sich vor allem der technische Fortschritt mit einem zunehmenden Einsatz leistungsfähiger Maschinen und Anlagen bemerkbar. Die statistischen Zahlen belegen (vgl. Tab. 4), daß in allen Wirtschaftsbereichen verstärkt Kapital eingesetzt wurde.

Tab. 4: Kapitalstock, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität
alle Wirtschaftsbereiche

Jahr	Kapitalstock ¹ Mrd. DM	Kapitalkoeffizient ²	Kapitalintensität ³ 1 000 DM
1960	2 643	3,6	101
1970	4 619	4,1	174
1980	6 913	4,7	263
1986	8 157	5,1	317

1 Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1980.

2 Verhältnis Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980.

3 Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

12.5 Verwendung des Sozialprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt in erster Linie Aufschluß darüber, welche Anteile am Sozialprodukt produktiv, also für Investitionen, eingesetzt und welche Anteile im privaten oder staatlichen Bereich verbraucht werden. Insbesondere der Umfang der Investitionstätigkeit ist für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung – und zwar sowohl in kurzfristiger (konjunktureller) als auch in langfristiger (struktureller) Sicht.

Tab. 5 zeigt, daß 1986 der größte Teil des Bruttosozialprodukts (rund 56 %) für den privaten Verbrauch, d. h. den Kauf von Waren und Dienstleistungen für den Konsum (inländischer) privater Haushalte (einschließlich Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck), verwendet wurde. Etwa ein Fünftel des Sozialprodukts wurde für Investitionen ausgegeben, erhöhte also den Bestand an Produktionsanlagen bzw. die Vorräte der Unternehmen und des Staates. Ein weiteres Fünftel wurde dem Staatsverbrauch zugeführt, der die Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen (z. B. Sicherheits-, Unterrichts-, allgemeine Verwaltungsleistungen, Gesundheitsbetreuung) umfaßt, soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Der Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr, der sogenannte Außenbeitrag, war 1986 mit + 5,7 % der höchste seit Bestehen der Bundesrepublik. Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg, fällt in erster Linie die deutliche Erhöhung des Anteils des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt von 13 % (1960) auf 20 % (1986) sowie der Rückgang der Bruttoinvestitionen von 27 % (1960) auf 19 % (1986) auf.

Eliminiert man auch in der Verwendungsrechnung die Preissteigerungen, legt also den Berechnungen für den gesamten Zeitraum die Preise von 1980 zugrunde, stellen sich die Entwicklungen anders dar. Der Anteil des Staatsverbrauchs ist in dieser Betrachtungsweise nur geringfügig gestiegen, während beim Anteil des privaten Verbrauchs statt eines

leichten Rückgangs ein Anstieg zu verzeichnen war. Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind dadurch zu erklären, daß die Preisentwicklung des Staatsverbrauchs wesentlich durch die Lohn- und Gehaltssteigerungen der beim Staat Beschäftigten bestimmt wird, die im allgemeinen höher waren als die Preissteigerungen der Güter des privaten Verbrauchs.

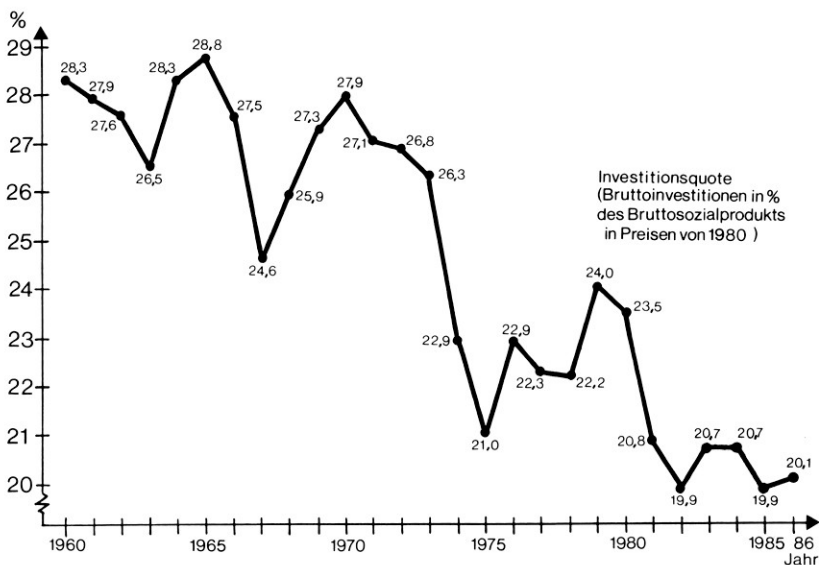
Tab. 5: Verwendung des Bruttosozialprodukts
in jeweiligen Preisen

Jahr	Brutto- sozial- produkt Mill. DM	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		in % des Bruttosozialprodukts			
1960	303 000	56,7	13,3	27,3	2,6
1970	675 700	54,6	15,8	27,6	2,1
1980	1 485 200	56,6	20,1	23,5	- 0,2
1981	1 545 100	57,5	20,6	21,0	1,0
1982	1 597 100	57,5	20,4	19,7	2,3
1983	1 680 400	56,3	20,0	20,4	2,2
1984	1 769 900	56,7	19,8	20,4	3,1
1985	1 844 900	56,5	19,8	19,5	4,2
1986	1 948 000	55,5	19,6	19,2	5,7

Tab. 6: Verwendung des Bruttosozialprodukts
in Preisen von 1980

Jahr	Brutto- sozial- produkt Mill. DM	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		in % des Bruttosozialprodukts			
1960	731 700	50,7	18,8	28,3	2,3
1970	1 134 000	53,5	18,7	27,9	- 0,1
1980	1 485 200	56,6	20,1	23,5	- 0,2
1981	1 485 300	56,3	20,4	20,8	2,5
1982	1 471 000	56,1	20,4	19,9	3,5
1983	1 498 900	56,0	20,1	20,7	3,1
1984	1 548 100	55,1	19,9	20,7	4,3
1985	1 579 000	54,9	20,0	19,9	5,2
1986	1 617 700	55,9	19,9	20,1	4,0

Abb. 4: Entwicklung der Investitionsquote 1960 bis 1986



Der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt war 1986 sowohl nominal (in jeweiligen Preisen) als auch real (in konstanten Preisen) kleiner als 1960. Gerade bei den Bruttoinvestitionen liegt den in Tab. 6 angegebenen Werten aber keine kontinuierliche Entwicklung zugrunde; vielmehr schwankte der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt, die sogenannte Investitionsquote, zwischen 28,8 % im Jahr 1965 und 19,9 % im Jahr 1982 (vgl. Abb. 4). Hier wirken sich überwiegend konjunkturelle Einflüsse aus.

Betrachtet man nicht den langfristigen Trend, sondern die Entwicklung seit 1980, so ist festzustellen, daß der Anteil des privaten Verbrauchs und zeitweise auch der Anteil der Bruttoinvestitionen zurückgegangen sind, und daß diesem Rückgang ein gestiegener Außenbeitrag gegenübersteht (bei konstantem Anteil des Staatsverbrauchs).

12.6 Verteilung des Volkseinkommens

Neben der Entstehung und der Verwendung des Sozialprodukts ist als dritter Aspekt die Verteilung der Einkommen von Interesse. Das Volkseinkommen erreichte 1986 einen Wert von 1513 Mrd. DM, das waren 24771 DM je Einwohner bzw. 58639 DM je Erwerbstätigen.

Von dem für 1986 ermittelten Volkseinkommen entfielen 69 % auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und 31 % auf die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist anzumerken, daß zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen neben den Unternehmenseinkommen (Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Personengesellschaften, Einzelunternehmen einschließlich Landwirte, Freie Berufe usw.) auch die Vermögenseinkommen *aller* Bevölkerungsgruppen (also z. B. auch die Zinsen aus dem Sparguthaben eines Kindes, aus dem Wertpapierbesitz eines Rentners oder die Dividenden aus den Aktien im Besitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, daß das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Seit 1960 haben sich in der Verteilung des Volkseinkommens deutliche Verschiebungen ergeben. Damals entfielen erst 60 % des Volkseinkommens auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit, dafür aber 40 % auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Den höchsten Anteil am Volkseinkommen hatten die Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1981 (74 %); seither ist ihr Anteil wieder zurückgegangen, während entsprechend der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von knapp 26 % (1981) auf über 31 % (1986) stieg.

Der mit geringen Unterbrechungen bis 1981 anhaltende Anstieg der Lohnquote (Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen) ging einher mit einer stetigen Zunahme der Arbeitnehmerquote (Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen) von 77 % im Jahr 1960 auf 88 % im Jahre 1981.

Tab. 7: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
	Mill. DM	in % des Volkseinkommens	
1960	240 110	60,1	39,9
1970	530 400	68,0	32,0
1980	1 148 600	73,5	26,5
1981	1 187 250	74,4	25,6
1982	1 223 520	73,8	26,2
1983	1 286 240	71,6	28,4
1984	1 357 930	70,3	29,7
1985	1 420 790	69,7	30,3
1986	1 512 650	68,8	31,2

Durch Ausschalten des Einflusses dieser Veränderung der Erwerbstätigenstruktur kann man eine „bereinigte“ Lohnquote berechnen, die zwischen 1960 (60 %) und 1981 (66 %) erheblich schwächer anstieg als die unbereinigte Quote. Der ab 1982 einsetzende Rückgang führte die „bereinigte“ Quote 1986 auf einen Wert (60 %) zurück, der dem Stand von 1960 entspricht.

Vom gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entfielen 1986 19,4 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, 26,3 % auf die Lohnsteuer und die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter betrug somit 54,2 % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. etwa 67 % der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

Tab. 8: Volkseinkommen je Einwohner
je Erwerbstätigen bzw. je beschäftigten Arbeitnehmer in DM

Jahr	Volkseinkommen		Bruttoein- kommen aus unselbstän- diger Arbeit	Bruttolohn- und -gehalt- summe	Nettolohn- und -gehalt- summe
	je Ein- wohner	je Erwerbs- tätigen			
	je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer				
1960	4 332	9 148	7 128	6 148	5 178
1970	8 745	19 889	16 211	13 841	10 726
1980	18 656	43 627	36 699	29 995	21 174
1986	24 771	58 639	46 199	37 217	25 061
Steigerung 1986 gegenüber 1960 in %	472	541	548	505	384

Die Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch Lohnsteuer und Sozialabgaben lag also 1986 durchschnittlich bei ungefähr 33 %, gegenüber 29,4 % 1980, 22,5 % 1970 und knapp 16 % 1960. Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Arbeitnehmer seit Beginn der siebziger Jahre per saldo zunehmend Erstattungen an zuviel gezahlter Lohnsteuer im Rahmen von Einkommensteuerveranlagungen erhalten. Diese Beträge, die sich für 1980 auf rund 8 Mrd. DM und für 1986 schätzungsweise auf rund 18 Mrd. DM oder rund 350 bzw. rund 800 DM je beschäftigten Arbeitnehmer belaufen, mindern effektiv die Steuerbelastung. Bezieht man sie in die Betrachtungen ein, so hat die Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen 1986 bei knapp 31 % und 1980 bei etwas mehr als 28 % gelegen.

Tab. 9: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
in Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1986
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	144 390	360 640	844 410	1 040 640
– Sozialbeiträge der Arbeitgeber	19 850	52 740	154 260	202 320
= Brutto Lohn- und -gehaltssumme	124 540	307 900	690 150	838 320
– Lohnsteuer	7 910	36 300	112 050	149 480
– Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	11 740	33 000	90 910	124 330
= Netto Lohn- und -gehaltssumme	104 890	238 600	487 190	564 510

Tab. 10: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
nach der Umverteilung

Jahr	Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung		
	Insgesamt	davon Verwendung für	
		privaten Verbrauch	Ersparnis
	Mill. DM	%	
1960	187 960	91,4	8,6
1970	427 970	86,2	13,8
1980	964 020	87,2	12,8
1986	1 230 940	87,9	12,1

Sowohl die Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (mit Ausnahme der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen und der Vermögenseinkommen des Staates) fließen den privaten Haushalten zu. Von dieser Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch zumindest teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Übertragungen den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können für den privaten Verbrauch bzw. die Ersparnis verwendet werden.

1986 flossen 87,9% der verfügbaren Einkommen in den privaten Verbrauch, 12,1% wurden gespart. 1960 hatte die Sparquote der privaten Haushalte bei knapp 9%, 1970 bei 14% gelegen.

12.7 Außenwirtschaft

12.7.1 Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen

Welche Bedeutung den außenwirtschaftlichen Verflechtungen zukommt, wird u. a. dadurch deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland – nach den USA – den zweithöchsten Außenhandelsumsatz der Welt hat. Allerdings ist die Entwicklung des Außenhandels nur ein Aspekt der außenwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wichtig sind auch die Entwicklung der Wechselkurse und der Zinssätze, die u. a. zu Bewegungen auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie zu Preisänderungen am Weltmarkt führen, der Reiseverkehr ins Ausland, der ebenso wie der Import von Gütern den Abfluß von Devisen verursacht, und schließlich die Einbindung in internationale Organisationen mit ihren finanziellen Verpflichtungen, z. B. gegenüber der EG, dem Weltwährungsfonds, den Entwicklungsländern.

12.7.2 Außenhandel

Über den Außenhandel liefert die amtliche Statistik detaillierte Angaben, nicht nur hinsichtlich Umfang und Handelspartner, sondern auch bezüglich der Waren, die ein- bzw. ausgeführt werden.

Tab. 11: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr

Jahr	Einfuhr ¹	Ausfuhr ¹	Brutto- sozialprodukt	Einfuhr ¹	Ausfuhr ¹
Mrd. DM			% des Bruttosozialproduktes		
1960	42,7	47,9	303,0	14,1	15,8
1965	70,4	71,7	458,2	15,4	15,6
1970	109,6	125,3	675,7	16,2	18,5
1975	184,3	221,6	1 029,4	17,9	21,5
1980	341,4	350,3	1 485,2	23,0	23,6
1981	369,2	396,9	1 545,1	23,9	25,7
1982	376,5	427,7	1 597,1	23,6	26,8
1983	390,2	432,3	1 680,4	23,2	25,7
1984	434,3	488,2	1 769,9	24,5	27,6
1985	463,8	537,2	1 844,9	25,1	29,1
1986	413,7	526,4	1 948,0	21,2	27,0

1 Spezialhandel entsprechend der Außenhandelsstatistik.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt als „exportabhängig“. In hohem Maße ist sie aber auch auf Importe (z. B. Erdöl- und Rohstoffeinfuhr) angewiesen. Dies zeigt sich z. B. darin, daß die Relation zwischen Wareneinfuhr und Bruttosozialprodukt 1986 21,2%, das Verhältnis zwischen Warenausfuhr und Bruttosozialprodukt 27,0% betrug. Insgesamt wurden 1986 Waren im Wert von 413,7 Mrd. DM ein- und im Wert von 526,4 Mrd. DM ausgeführt.

Die wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland sind die industrialisierten westlichen Länder, mit denen 1986 82% der deutschen Wareneinfuhren und 84% der Warenausfuhren getätigt wurden. Besonderes Gewicht hat dabei der Handel mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaften.

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten hat der Handel (gemessen am Außenhandelsumsatz = Einfuhr + Ausfuhr) mit den EG-Ländern und den Staatshandelsländern in Europa und Asien an Bedeutung gewonnen, während der Anteil des Handels mit den westlichen industrialisierten Ländern (ohne EG) und den Entwicklungsländern zurückgegangen ist.

Für die Beurteilung von Handelsbeziehungen zu den einzelnen Ländergruppen ist auch der „Außenhandelsaldo“ (Wert der Ausfuhr abzüglich Wert der Einfuhr von Waren) von Interesse. Dabei ergibt sich im einzelnen ein differenziertes Bild. Im Warenverkehr mit den EG-Ländern, den industrialisierten westlichen Ländern in Europa, den USA und Kanada, den OPEC-Ländern und den Staatshandelsländern, wurden 1986 Ausfuhrüberschüsse erzielt, während aus den Entwicklungsländern (ohne OPEC) und den übrigen industrialisierten westlichen Ländern (darunter insbesondere Japan) mehr Waren in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt als in diese Länder ausgeführt wurden.

Auch innerhalb der einzelnen Ländergruppen ergeben sich Unterschiede; so wurden beispielsweise 1986 nach Frankreich Waren im Wert von 62,3 Mrd. DM exportiert und nur Waren im Wert von 47,1 Mrd. DM eingeführt, und umgekehrt überstieg die Einfuhr aus den Niederlanden (47,8 Mrd. DM), die Ausfuhr nach dort um 2,3 Mrd. DM, um nur die beiden Handelspartner zu nennen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland die größten Außenhandelsumsätze tätigt. Ein mit 28,4 Mrd. DM besonders hoher Ausfuhrüberschuß wurde 1986 im Handel mit den USA erzielt. Zu Beginn der achtziger Jahre hatten die Importe die Exporte noch überstiegen (wie zuvor bereits in den fünfziger und sechziger Jahren).

Fragt man nach dem Einfluß von Überschüssen oder Defiziten auf das binnenwirtschaftliche Geschehen, so ist zu beachten, daß den Güterströmen gegenläufige Geldströme entsprechen. Zur Bezahlung der gekauften Waren und Dienstleistungen kann nur in wenigen Fällen die einheimische Währung verwendet werden. In der Regel benötigt man Devisen, vereinfacht gesprochen: Währung der Länder, in denen man einkauft, bzw. dritter Länder, auf deren Währung sich die Handelspartner als Zahlungsmittel geeinigt haben.

Wird ebensoviel exportiert wie importiert, können die gekauften Güter mit den Devisen bezahlt werden, die für die verkauften Güter eingegangen sind. Wird dagegen mehr ein- als ausgeführt, vermindern sich die Devisenreserven des jeweiligen Landes; auf lange

Abb. 5: Außenhandel nach Ländergruppen

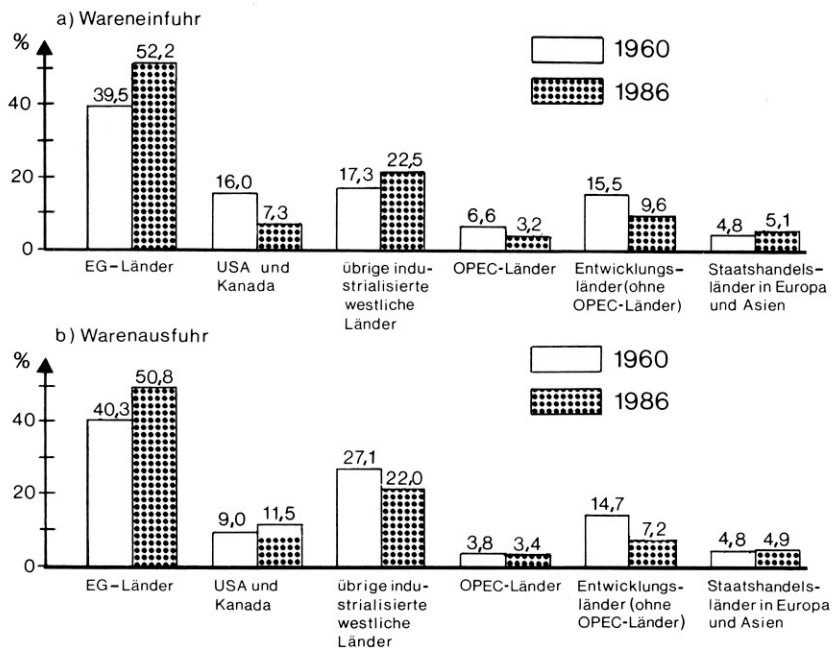
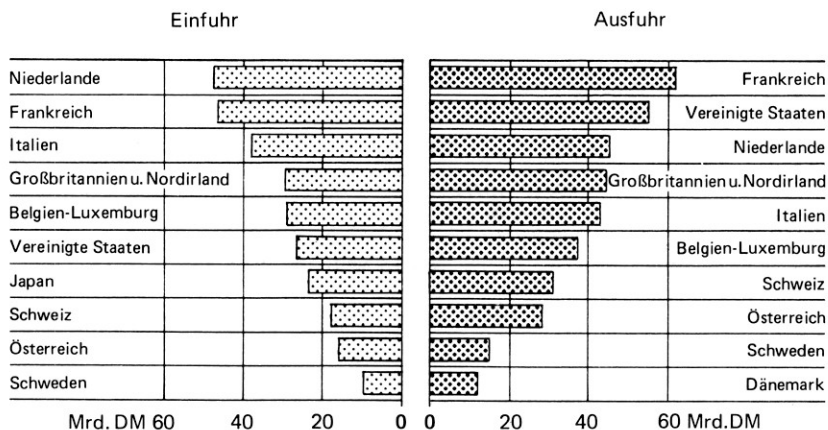


Abb. 6: Die größten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland 1986 in Mrd. DM



Frist gesehen, schmelzen sie ganz zusammen und das entsprechende Land ist gezwungen, sich mehr und mehr gegenüber anderen Ländern zu verschulden (in dieser Position befinden sich heute beispielsweise viele Entwicklungsländer).

Außenhandelsdefizite einzelner Staaten sind Exportüberschüsse anderer Staaten. Aber nicht nur für Defizitländer, auch für Überschußländer entstehen Probleme. Ein Exportüberschuß bedeutet – am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland erläutert – nichts anderes, als daß ein Teil der im Inland produzierten Güter ins Ausland fließt, ohne daß dafür andere Güter importiert werden. Die Personen aber, die diese Güter hergestellt und gehandelt haben, werden für ihre Leistung in DM bezahlt; sie können auf dem deutschen Markt Güter nachfragen, ohne daß sie zum inländischen Angebot beigetragen haben. Diese Nachfrage, der kein entsprechendes Güterangebot gegenübersteht, kann die Preise in die Höhe treiben.

Zunehmende Verschuldung auf der einen Seite, Preissteigerungen auf der anderen – dies sind nur zwei Auswirkungen anhaltender Außenhandelsungleichgewichte. Insofern wird verständlich, warum das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht“ zu den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Neben der Information über die Verbrauchs-/Bestimmungsländer der Ausfuhr und die Herstellungs-/Ursprungsländer der Einfuhr ist die warenmäßige Aufschlüsselung der Exporte und Importe für die Durchleuchtung der Verflechtungen im Außenhandel von großer Bedeutung.

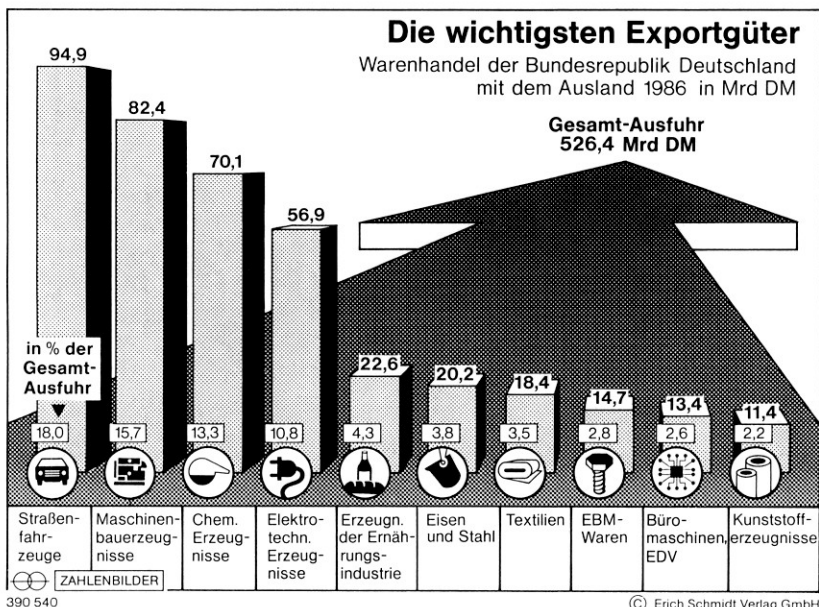
Aus Tab. 12 wird deutlich, daß Ein- und Ausfuhr unterschiedlich strukturiert sind und daß sich die Zusammensetzung der Warenströme im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahrzehnte verändert hat.

Das Schwergewicht der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland liegt eindeutig bei den Fertigwaren mit einem Anteil von mittlerweile rund 87 % an der Gesamtausfuhr. Der Anteil dieser Waren an der Einfuhr ist von etwa einem Drittel im Jahr 1960 auf über 60 % der 1986 insgesamt eingeführten Waren gestiegen. Die Güter der Ernährungswirtschaft (z. B.

Tab. 12: Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen
in Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Einfuhr ¹				Ausfuhr ¹			
	1960	1970	1980	1986	1960	1970	1980	1986
Ernährungswirtschaft	26,3	19,1	12,7	13,2	2,3	3,5	5,3	5,2
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	79,6	86,0	84,8	97,4	95,9	94,0	94,1
davon:								
Rohstoffe	21,7	13,5	17,3	7,5	4,6	2,5	1,9	1,4
Halbwaren	18,9	16,1	17,6	14,5	10,4	7,6	8,7	5,8
Fertigwaren	32,2	50,0	51,2	62,8	82,4	85,8	83,4	86,9

1 Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.



Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel) machten 1960 rund ein Viertel der Einfuhr aus, 1986 nur noch etwa 13 %. Trotz dieses relativen Rückgangs ist die Einfuhr dieser Güter nach wie vor von größerem Gewicht als die Ausfuhr, die allerdings von 1960 bis 1986 leicht zugenommen hat. Aus Tab. 12 wird auch die relativ geringe Bedeutung der Ausfuhr von Rohstoffen gegenüber ihrer Einfuhr deutlich. Dies gilt, obwohl der Anteil der Rohstoffeinfuhr an der Gesamteinfuhr zwischen 1980 und 1986 deutlich zurückgegangen ist.

Ein wichtiger Aspekt zur Beurteilung des Außenhandelsumfangs und der Austauschverhältnisse ist die Entwicklung der Ein- und Ausfuhrpreise. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise schneller als die Einfuhrpreise, bedeutet dies, daß man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1960 eine nahezu durchgehende Aufwärtsentwicklung festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen langfristig überwogen.

Ursache für diese Entwicklung ist im wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

Tab. 13: Index der Ein- und Ausführpreise
(1980 = 100)

Jahr	Index der Einfuhrpreise	Index der Ausführpreise
1960	52,4	54,1
1965	53,1	56,7
1970	52,8	61,4
1975	75,1	83,7
1980	100	100
1981	113,6	105,8
1982	116,2	110,4
1983	115,8	112,3
1984	122,8	116,2
1985	124,6	119,4
1986	101,0	116,8

12.7.3 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, muß der Handelsbilanz mit dem Nachweis der Warenein- und -ausfuhr die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz sowie die Kapitalbilanz gegenübergestellt werden. Dies geschieht in der Zahlungsbilanz, die die Salden (Überschüsse oder Defizite) dieser Teilbilanzen zusammenfaßt. In der folgenden Übersicht sind vereinfacht die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bilanzen dargestellt:

Saldo der Handelsbilanz (= Warenexporte \times Warenimporte)

+ Saldo der Dienstleistungsbilanz (= Exporte \times Importe von Dienstleistungen)

+ Saldo der Übertragungsbilanz (= Übertragungen aus dem Ausland \times Übertragungen an das Ausland, z. B. Zahlungen an die EG, Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer u. ä.)

= *Saldo der Leistungsbilanz*

Saldo des kurz- und langfristigen Kapitalverkehrs (= Kapitalimporte \times Kapitalexporte)

+ Zu- bzw. Abnahme der Nettoauslandsaktiva der Deutschen Bundesbank (im wesentlichen Gold, Devisen)

+ Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank (z. B. Neubewertung der Devisenbestände)

= *Saldo der Kapitalbilanz*

Saldo der Leistungsbilanz = Saldo der Kapitalbilanz (\pm ungeklärte Beträge)

Tab. 14: Saldo der Leistungsbilanz
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz			
	Insgesamt	Waren- verkehr (fob-Werte ¹)	Dienstleistungs- verkehr	Über- tragungen
1960	+ 4 783	+ 8 447	- 176	- 3 488
1965	- 6 223	+ 5 200	- 5 046	- 6 377
1970	+ 3 183	+ 20 820	- 7 878	- 9 759
1975	+10 023	+ 43 282	- 16 576	- 16 683
1980	- 28 480	+ 18 347	- 24 237	- 22 590
1985	+ 44 516	+ 84 677	- 10 397	- 29 764
1986	+ 80 554	+ 122 484	- 14 311	- 27 619

¹ Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel. Abweichend vom Vorgehen der Außenhandelsstatistik werden bei der Einfuhr Fracht- und Versicherungskosten herausgerechnet und dem Dienstleistungsverkehr zugeschlagen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tab. 15: Saldo der Kapitalbilanz
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Ungeklärte Beträge
	Insgesamt	Kurzfristiger Kapital- verkehr	Langfristiger Kapital- verkehr	Veränderung der Netto- auslands- aktiva der Deutschen Bundesbank	Ausgleichs- posten zur Auslands- position der Deutschen Bundesbank	
1960	+ 6 747	- 1 353	+ 81	+ 8 019	-	-1 964
1965	- 3 425	- 1 005	- 1 137	- 1 283	-	-2 798
1970	+ 6 799	- 16 047	+ 934	+ 22 650	- 738	-3 616
1975	+11 062	- 4 949	+18 231	+ 3 260	-5 480	-1 039
1980	-29 655	+ 3 730	- 5 491	-25 730	-2 164	+1 175
1985	+52 597	+ 40 914	+ 9 840	- 1 261	+3 104	-8 082
1986	+73 915	+102 621	+34 670	+ 2 814	+3 150	+6 639

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (*Tab. 14*) geht hervor, daß den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr, hauptsächlich verursacht durch die Reisefreudigkeit der Deutschen, und bei den Übertragungen gegenüberstehen.

Anders als in der Leistungsbilanz lassen sich in der Kapitalbilanz (*Tab. 15*) keine eindeutigen Tendenzen feststellen. Bei allen Einzelpositionen sind in den Jahren seit 1960 sowohl Überschüsse als auch Defizite (bzw. Zu- und Abnahmen) zu verzeichnen.

Der Saldo der Kapitalbilanz – bereinigt um die „ungeklärten Beträge“ – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz. Hier wird offenbar, daß den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüberstehen müssen. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

13.1 Bedeutung des primären Sektors

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. Rund 80 % des Nahrungsbedarfs können in der Bundesrepublik Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,8 % außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder neunzehnte.

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß sich in der Landwirtschaft seit Jahren ein tiefgreifender Wandel der Produktionsstrukturen vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne Beispiel ist. Er war begleitet von der Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Gemeinschaften.

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft 1986

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	12,0 Mill. Hektar = 48 % der Fläche des Bundesgebietes
Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,3 Mill. = 5,2 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	34,1 Mrd. DM = 1,8 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland ¹	79 % ²

¹ Anteil der Inlandsproduktion am Verbrauch pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, ohne Erzeugung aus Auslandsfuttermitteln.

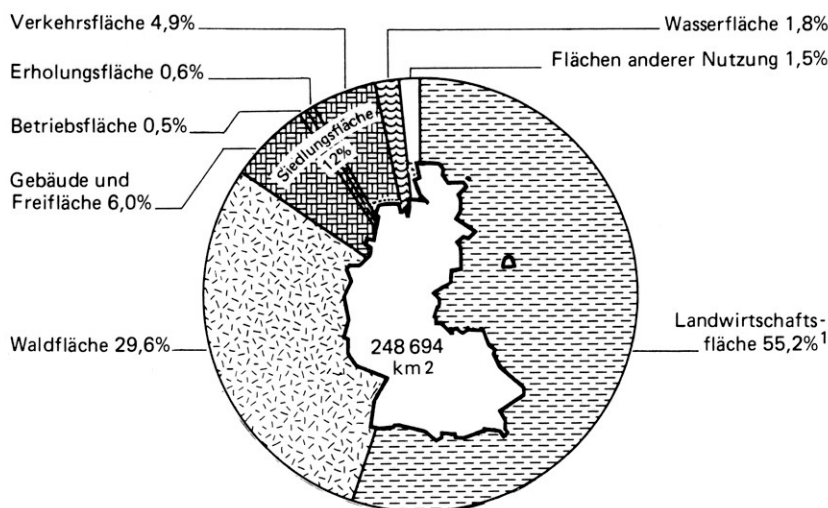
² 1985/86.

13.2 Bodennutzung

Der Boden bildet die Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion. Betrachtet man die Veränderung der Flächennutzung in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitablauf, so wird deutlich, daß Wohn-, Wirtschafts- und Verkehrszwecke immer mehr Boden beanspruchen. Diese Entwicklung vollzieht sich überwiegend zu Lasten der Landwirtschaft. Dennoch befindet sich immer noch rund die Hälfte der Gesamtfläche des Bundesgebietes von 249 000 km² in landwirtschaftlicher Nutzung. 60 % davon sind Ackerland, knapp 2 % als Sonderkultur angelegt (Obstanlagen, Rebland, Gartenland usw.), und der Rest wird als Grünland genutzt.

Die Waldfläche nimmt annähernd 30 % der Gesamtfläche ein. Sie hat in den letzten drei Jahrzehnten – besonders durch Aufforstungen außerhalb der Ballungsräume und in Regionen mit wenig ertragreichen Böden – sogar zugenommen. Unter den Bundesländern hat Hessen mit 39,6 % den höchsten Waldanteil.

Abb. 1: Aufteilung der Fläche des Bundesgebietes 1985 nach Nutzungsarten

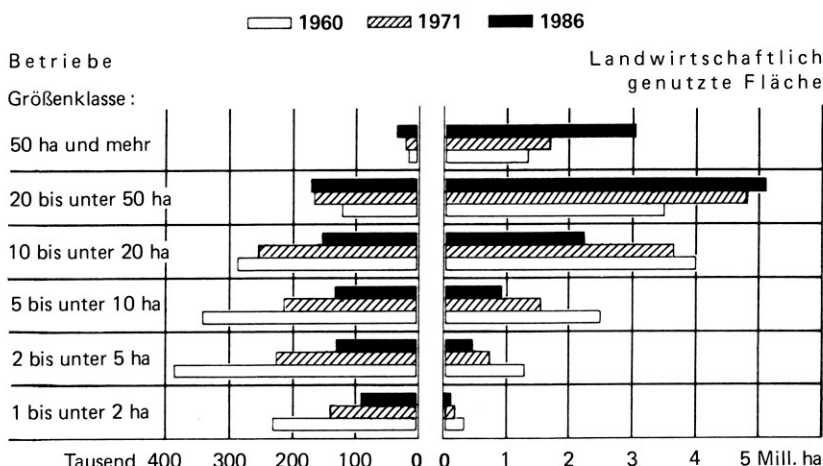


1 1985 13,7 Mill. Hektar, davon 12,0 Mill. landwirtschaftlich genutzt.

13.3 Landwirtschaftliche Betriebe

In keinem Wirtschaftsbereich sind seit Kriegsende die Strukturveränderungen so nachhaltig gewesen wie in der Landwirtschaft. Eine abnehmende Zahl von Betrieben war verbunden mit wachsenden Betriebsgrößen.

Abb. 2: Betriebe und Flächen in der Landwirtschaft



Von 1949 bis 1986 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von etwa 1,6 Mill. auf 0,7 Mill. verringert. Allerdings beschränkte sich dieser Rückgang ausschließlich auf die unteren und mittleren Größenklassen. So sank die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 bis unter 20 Hektar von 1,52 Mill. auf 501 000, während sie bei Betrieben mit 20 Hektar und mehr von 130 000 auf 207 000 anstieg.

Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich zwischen 1949 und 1986 mehr als verdoppelt und betrug:

1949	8,06 Hektar
1960	9,34 Hektar
1970	11,67 Hektar
1980	15,27 Hektar
1986	16,83 Hektar

13.4 Beschäftigte in der Landwirtschaft

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Krieg veranlaßte zahlreiche Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und deren mithelfende Familienangehörige, ihre bisherige Tätigkeit zugunsten von Beschäftigungen mit höheren Verdiensten vollständig oder teilweise aufzugeben. Dies führte unter anderem zu einer Umwandlung von Vollerwerbsbetrieben in Neben- und Zuerwerbsbetriebe. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch durch den vermehrten Einsatz von Maschinen und die Anwendung rationeller Arbeitsverfahren. Beispielsweise stieg der Bestand an Schleppern im Alleinbesitz der Betriebe von 139 000 im Jahr 1950 auf 1,25 Mill. im Jahr 1984. Dies wirkte sich wiederum auf Ausrichtung und Kostensituation der Betriebe aus.

In den landwirtschaftlichen Betrieben einschließlich der Haushalte der Betriebsinhaber gab es 1986 annähernd 1,9 Mill. Familienarbeitskräfte. Darunter führten 1,6 Mill. betriebliche Arbeiten aus und von diesen waren lediglich 440 000 im Betrieb vollbeschäftigt. 450 600 Personen gingen noch einer anderen Erwerbstätigkeit nach. 1985 war in jedem zweiten Betrieb das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten größer als das betriebliche Einkommen.

Familienfremde Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft nur noch in sehr geringem Umfang eingesetzt. 1986 beschäftigten lediglich rund 6% der landwirtschaftlichen Betriebe ständig fremde Arbeitskräfte (rund 101 300 Personen).

Rechnet man die Leistung der in der Landwirtschaft mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten rund 2,1 Mill. Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte) auf sogenannte AK-Einheiten um, so ergeben sich für 1986 rund 884 000 AK-Einheiten. Dabei entspricht eine AK-Einheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft im Alter von 16 bis unter 65 Jahren. Der Zeitvergleich zeigt das Ausmaß der Abwanderung der Menschen aus der Landwirtschaft, zugleich aber auch die Zunahme der Flächenleistung je Arbeitskraft. Während für das Wirtschaftsjahr 1950/51 noch eine betriebliche Arbeitsleistung von 29 AK-Einheiten je 100 Hektar errechnet wurde, wurden für 1986 auch aufgrund der fortschreitenden Technisierung nur noch 7,5 AK-Einheiten je 100 Hektar ermittelt.

**Tab. 2: Entwicklung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft
1950 bis 1986**

Wirtschaftsjahr	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten	
	1 000	je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche
1950/51	3 885	29,0
1960/61	2 415	18,5
1970/71	1 434	11,5
1980	980	8,2
1986	884	7,5

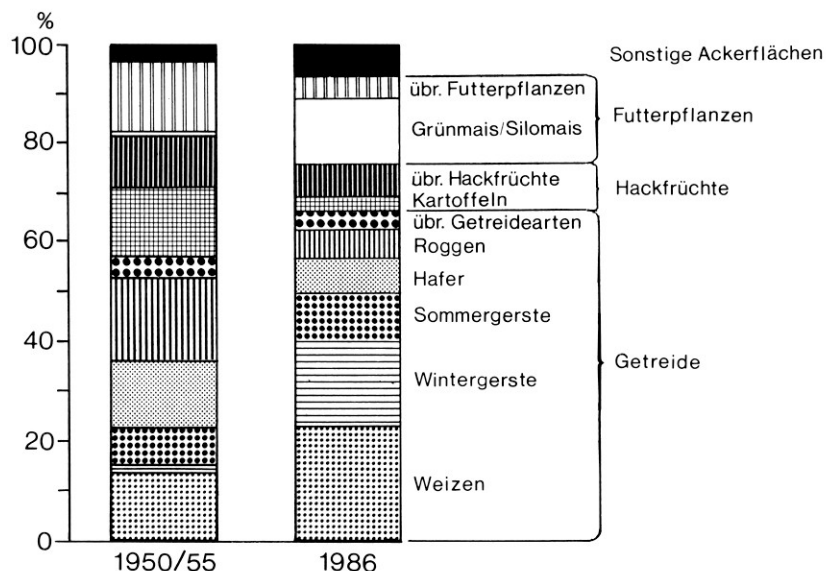
13.5 Pflanzliche Produktion

13.5.1 Anbauflächen

Bei im Zeitablauf nahezu gleichbleibender Verteilung der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf die wichtigsten Kulturarten Ackerland und Dauergrünland, haben sich die Anteile der einzelnen Fruchtarten auf dem Ackerland in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. So wurden 1950 nur 55 % der Ackerfläche mit Getreide bestellt, 1986

dagegen bereits 66 %. Hackfrüchte wurden 1950 auf 25 % des Ackerlandes angebaut, 1986 nur noch auf 10 %. Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich unter anderem eine Einschränkung des Kartoffelanbaus um 82 % bei gleichzeitiger Ausdehnung des Anbaus von Zuckerrüben um 102 %. Rationalisierungsgründe und starke Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten waren hierfür ausschlaggebend (vgl. 4.6.1).

Abb. 3: Anbau auf dem Ackerland



13.5.2 Erntemengen

Neben der Größe der Anbauflächen sind die Hektarerträge für die Erntemengen ausschlaggebend. Sie erhöhten sich in den vergangenen drei Jahrzehnten um mehr als 100 % und haben zum Teil weiter steigende Tendenz. Am höchsten liegen die Ertragsverbesserungen bei Getreide. Etwas geringer fallen sie im Gemüseanbau aus, der sich seit jeher durch eine besonders hohe Bewirtschaftungsintensität auszeichnet. Die beachtlichen Leistungssteigerungen sind vor allem auf züchterische Verbesserungen, ertragssteigernde Mineraldüngung, verbesserte Anbau- und Erntetechnik sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenschutzes zurückzuführen. (Zunehmende Mineraldüngung und Pflanzenschutz können aber auch zu Belastungen des Bodens, des Wassers und der Nahrung führen.)

Die Obst- und Weinmosterträge sind in hohem Maße vom Witterungsverlauf abhängig, wenngleich auch hier durch intensivere Pflege und Übergang zu besonders ertragreichen

Sorten Ertragssteigerungen erzielt werden konnten. Beim Weinmost ist nicht nur die Erntemenge, sondern auch die Qualität für die Absatzchancen von entscheidender Bedeutung.

Tab. 3: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag		Erntemengen	
	1950/55	1986	1950/55	1986
Feldfrüchte:	t je ha		1 000 t	
Winterweizen	2,8	6,4	2 759,5	9 953,6
Roggen	2,4	4,3	3 365,7	1 768,3
Wintergerste	3,0	5,2	408,4	6 537,2
Hafer	2,4	4,5	2 608,6	2 276,0
Körnermais	2,7	7,0	19,2	1 302,0
mittelfrühe und späte Kartoffeln	22,1	36,1	24 074,3	6 834,7
Zuckerrüben	34,5	51,3	7 916,7	20 224,1
Gemüse:				
Weißkohl	39,7	64,2	330,3	400,1
Kopfsalat	13,7	18,2	41,8	63,0
Möhren und Karotten	25,7	34,8	84,9	148,2
Frischerbsen	3,6	5,1	18,4	14,8
Obst:	kg je Baum		1 000 t	
Äpfel	29,4	47,0	1 327,2	2 180,1
Birnen	30,2	40,8	438,2	498,9
Süßkirschen	28,0	28,7	119,0	138,6
Pflaumen/Zwetschen	22,8	26,2	417,6	419,3
Wein:	hl je ha		1 000 hl	
Weißmost	53,3	107,4	2 246,5	8 691,7
Rotmost	46,9	112,9	593,7	1 370,8

Tab. 4: Qualität der Weinmosternte
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1976	1978	1980	1982	1984	1986
Tafelwein	0,3	3,6	2,8	8,0	13,5	4,7
Qualitätswein	17,4	73,9	65,1	68,8	79,7	75,7
Qualitätswein mit Prädikat	82,3	22,5	32,1	23,2	6,8	19,6

13.6 Tierische Produktion

13.6.1 Viehbestände

Die Viehhaltung ist Grundlage der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln und zugleich Haupteinkommensquelle der Landwirtschaft. Dies läßt sich daraus ermessen, daß etwa 70 % der Verkaufserlöse im Agrarbereich aus der tierischen Veredelungswirtschaft stammen.

Im Dezember 1986 wurden im Bundesgebiet 24,5 Mill. Schweine, 15,3 Mill. Rinder und 72,1 Mill. Hühner gehalten. Seit 1950 hat sich der Schweinebestand mehr als verdoppelt und die Haltung von Rindern um über ein Drittel erhöht. Stark rückläufig war bis 1970 die Zahl der Pferde. Damals wurde mit einem Bestand von nur noch rund 250 000 Pferden der Tiefpunkt der Entwicklung erreicht. Seither wächst die Zahl der Pferde – vor allem durch die zunehmende Attraktivität des Reitsports – wieder an.

Im Gegensatz zum gestiegenen Viehbestand ist die Zahl der Viehhalter seit 1950 zurückgegangen. Neben der Konzentration zu größeren Viehbeständen setzte sich die Spezialisierung, vor allem in der Schweine- und Hühnerhaltung, durch. Diese zeichnet sich durch geringeren Flächenbedarf, sehr hohen Viehbesatz und hochtechnisierte Wirtschaftsweise aus.

13.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eiererzeugung

Die tierische Produktion hat seit 1950 noch stärker zugenommen als die pflanzliche Erzeugung. Als Ursachen hierfür sind neben der Ausweitung des Viehbestandes züchterische Maßnahmen, leistungssteigernde Fütterung und geänderte Tierhaltungstechnik zu nennen.

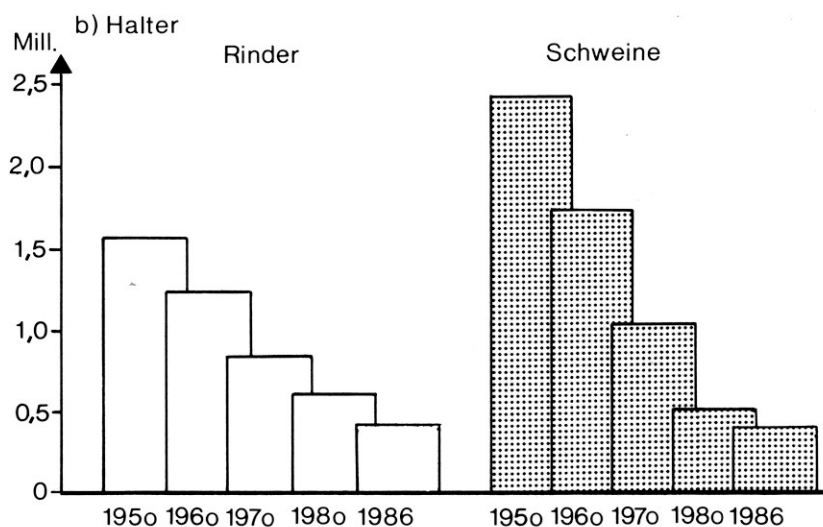
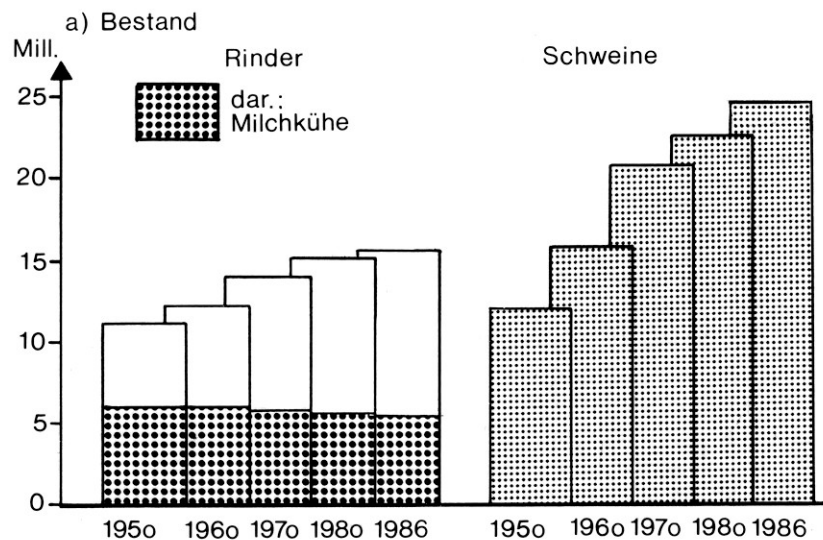
1986 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 5,2 Mill. Rinder, 39,4 Mill. Schweine, 0,7 Mill. Kälber und 0,8 Mill. Schafe geschlachtet; das entsprach einer Fleischerzeugung von insgesamt 5,1 Mill. Tonnen. Innerhalb von drei Jahrzehnten ist die Fleischerzeugung

Tab. 5: Fleischerzeugung¹ von Rindern und Schweinen

Jahr	Rinder	Schweine
	1 000 t	
1950	507,6	1 020,1
1960	947,5	1 893,7
1970	1 274,6	2 614,2
1980	1 493,9	3 213,6
1986	1 611,1	3 335,5

¹ Einschließlich Abschnittsfette, ohne Innereien.

Abb. 4: Viehhaltung



Tab. 6: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse (1 000 t)				Trinkmilch- absatz (1 000 t)
	insgesamt 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse	Speise- quark	Kondens- vollmilch	
1950	13 945	2 474
1960	19 264	3 396	406	164	125	370	2 805
1970	21 856	3 800	494	222	267	433	2 923
1980	24 779	4 552	576	408	368	469	3 200
1986	26 350	4 847	555	468	455	451	3 384

sowohl bei Rindfleisch als auch bei Schweinefleisch auf mehr als das Dreifache angestiegen. Die Erhöhung der Schlachtmenge spiegelt sich in einer Ausweitung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Fleisch in nahezu gleichem Umfang wider (vgl. 4.6.1).

An Geflügelfleisch wurden 1986 im Bundesgebiet 330 800 Tonnen, mehr als fünfmal soviel wie 1965, und an Eiern 12 765 Mill. Stück produziert. Die durchschnittliche Legeleistung hat sich mit 257 Eiern je Huhn und Jahr seit 1950 verdoppelt. Die Milcherzeugung stieg zwischen 1950 und 1986 um über 88 %, wobei die Zahl der Milchkühe leicht zurückging. Die Milchproduktion je Kuh stieg entsprechend in noch größerem Umfang (+ 96 %).

13.7 Selbstversorgungsgrad

Der Selbstversorgungsgrad ist ein Indikator dafür, in wie weit der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtergetreide durch die Inlandsproduktion gedeckt werden kann. Im Bundesgebiet betrug er im Jahre 1985/86 für Nahrungsmittel insgesamt 79 %. Bezieht man die aus dem Ausland bezogenen Futtermittel ein, mit denen inländische Tiere gefüttert werden, erreicht der Selbstversorgungsgrad sogar 95 %.

Die Versorgungslage bei einzelnen Nahrungsmitteln ist allerdings unterschiedlich. Während bei Weizen nahezu und bei Milch und Käse 1985/86 eine Vollversorgung erreicht war, lag die Butterproduktion sowie die Erzeugung von Kondensmilch, Vollmilch- und Magermilchpulver im selben Jahr sogar erheblich über dem Inlandsverbrauch. Auch bei Zucker, Rindfleisch und Schlachtfetten überstieg die Erzeugung den Bedarf. Dagegen blieb die heimische Produktion von Schweine- und Geflügelfleisch, Nahrungsfetten insgesamt, Eiern, Gemüse, Obst und Futtergetreide erheblich hinter den Marktanforderungen zurück. Auch die Erträge der Fischerei konnten den Inlandsbedarf nicht decken (31 %).

Abb. 5: Selbstversorgungsgrad

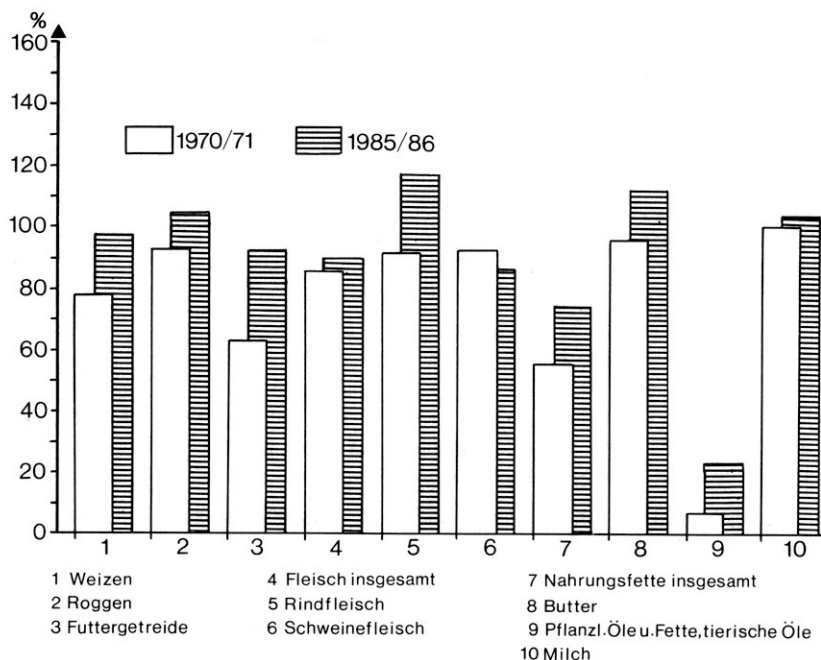
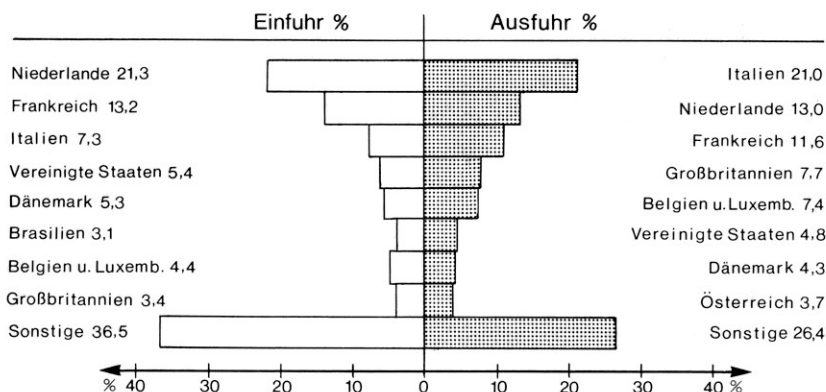


Abb. 6: Die wichtigsten Handelsländer für ernährungswirtschaftliche Güter 1986



Die Lücke zwischen inländischer Erzeugung und inländischem Bedarf muß im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Dabei ist zu beachten, daß der Austausch landwirtschaftlicher Güter in beiden Richtungen erfolgt. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug der Einfuhrüberschuß im Jahr 1986 27,4 Mrd. DM. Er ergab sich als Saldo aus einem Einfuhrwert von knapp 54,8 Mrd. DM und einem Ausfuhrwert von 27,3 Mrd. DM. Die wichtigsten Lieferländer für Nahrungsmittel sind seit langem die Niederlande und Frankreich mit wertmäßigen Anteilen an den Nahrungsmiteleinfuhren von rund 21 % bzw. 13 % im Jahr 1986.

13.8 Forstwirtschaft

In der Forstwirtschaft ist ein Strukturwandel, wie er sich in der Landwirtschaft vollzieht, nicht eingetreten. Die Waldfläche ist seit langem in etwa gleich geblieben; Steigerungen der Flächenproduktivität wie in der Landwirtschaft sind in dem Maße nicht möglich. Doch ist die Arbeitsproduktivität durch moderne Maschinen und Arbeitsverfahren gesteigert worden. Bei der Anzahl der Betriebe traten Verschiebungen ein, die aber zumindest zum Teil darauf zurückzuführen sind, daß landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche abgaben und dadurch jetzt als Forstbetriebe erfaßt werden.

Derzeit gibt es 105 000 Forstbetriebe, die eine Waldfläche von insgesamt 5,3 Mill. Hektar bewirtschaften. Hinzu kommen rund 238 000 landwirtschaftliche Betriebe, die ebenfalls über – mindestens 1 Hektar – Waldfläche verfügen. Diese landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften insgesamt 1,6 Mill. Hektar Waldfläche. Etwa weitere 0,5 Mill. Hektar Wald – überwiegend privater Waldbesitz unter jeweils 1 Hektar Größe – werden statistisch nicht einbezogen.

Tab. 7: Betriebe mit Waldfläche 1986

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit mindestens	Waldfläche	Waldfläche je Betrieb
	1 ha Waldfläche	1 000 ha	ha
Forstbetriebe	104 745	5 290,8	50,5
Staatsforsten	881	2 222,8	2 523,0
Körperschaftsforsten	10 977	1 753,9	159,8
Privatforsten	92 887	1 314,0	14,1
Landwirtschaftliche			
Betriebe mit Waldfläche	238 142	1 551,5	6,5
Betriebe mit			
Waldfläche insgesamt	342 887	6 842,3	20,0

Von der gesamten deutschen Waldfläche (rund 7,4 Mill. Hektar) entfallen damit 30 % auf Staatswald, 24 % auf Körperschaftswald (Gemeinden und sonstige Körperschaften öffentlichen Rechts) und 46 % auf Privatwald.

In der Forstwirtschaft wurden im Wirtschaftsjahr 1982/83 etwa 13200 Beamte und Angestellte (Betriebs- und Verwaltungspersonal) sowie etwa 22600 Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Weitere 36500 Personen wurden nicht ständig oder nur vorübergehend in der Forstwirtschaft eingesetzt. Der Holzeinschlag belief sich im Durchschnitt der Jahre 1983 bis 1986 auf 28,4 Mill. Kubikmeter. Das entspricht einem Produktionswert von rund 3,5 Mrd. DM.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes ist mit der Darstellung der Forstwirtschaft aber noch nicht ausreichend beleuchtet. In der Holzverarbeitenden Industrie (z. B. Papierherstellung, Möbelindustrie usw.) und im Fremdenverkehr sind viele Menschen vom Wald abhängig (nach Schätzungen der Bundesregierung rund eine Million). Die Waldschäden, die sich 1986 nach Erhebungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits auf 54 % der Waldfläche erstreckten, haben nicht nur in ökologischer Hinsicht (vgl. 19.8.1), sondern auch in ökonomischer Hinsicht bedenkliche Auswirkungen.

13.9 Fischerei

Die Einführung der 200-Seemeilen-Fischereizonen, die Beschränkung von Fangmengen und andere restriktive Maßnahmen der internationalen Fischereipolitik haben die Fangergebnisse der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei negativ beeinflusst. Zwischen 1960 und 1986 verringerten sich die Anlandungen von 644000 Tonnen auf 161000 Tonnen, also um 75 %. Hering, Kabeljau und Rotbarsch hatten 1960 noch einen Anteil an den Anlandungen von etwa 70 %. 1986 betrug er nur noch etwa 43 %. Die sonstigen Fischarten kommen heute auf 28 %, die Muscheln auf 19 % und Krabben und Krebse auf

Tab. 8: Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei
im Bundesgebiet
1000 t Fanggewicht

Jahr	Insgesamt	Darunter		
		Hering	Kabeljau	Rotbarsch
1960	644	191	111	153
1970	591	166	174	72
1980	287	10	59	53
1986	161	13	41	15

10 %. Reduziert hat sich in den letzten Jahren auch die deutsche Hochseefangflotte. 1970 gab es 1 080 Trawler, Logger und Hochseekutter. 1986 steuerten nur noch 649 Schiffe (ohne Küstenfischereifahrzeuge) die Fischgründe an. Die Erzeugung von Speisefisch in inländischen Teichwirtschaftsbetrieben (vor allem Forellen und Karpfen) hat sich jedoch in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Man schätzt die Ergebnisse der Binnenfischerei heute insgesamt auf rund 24 000 Tonnen.

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin ein Zentralbereich der Wirtschaft; allerdings hat sich seine Bedeutung in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert. Bis Anfang der siebziger Jahre wurde im sogenannten sekundären Sektor mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht, und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fand in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. Im vergangenen Jahrzehnt nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ab und lag 1986 bei rund 43 %. Der Anteil der Erwerbstätigen verminderte sich ebenfalls, und zwar auf rund 41 %.

Tab. 1: Anteil des Produzierenden Gewerbes
an der Bruttowertschöpfung, den Erwerbstätigen und
den Anlageinvestitionen der gesamten Wirtschaft
in Prozent

Jahr	Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige	Anlageinvestitionen
1960	53	48	33
1965	53	49	30
1970	52	49	31
1975	46	45	27
1980	45	44	25
1985	42	41	26
1986	43	41	...

Das Produzierende Gewerbe umfaßt in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im allgemeinen nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt. Im einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle.

In den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten arbeiteten 1985 82,3 % aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, 11,7 % waren im Baugewerbe, 3,4 % in der Energie- und Wasserversorgung und 2,7 % im Bergbau tätig.

14.2 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Nach der Art der hergestellten Güter läßt sich das Verarbeitende Gewerbe in die Bereiche Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (z. B. Chemische Industrie), Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (z. B. Maschinenbau), Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (z. B. Bekleidungsgewerbe) sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe untergliedern. Von ihnen ist das Investitionsgüter produzierende Gewerbe sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch in bezug auf die Höhe des Gesamtumsatzes der bedeutendste Bereich.

14.2.1 Unternehmensgröße

Wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. im Dienstleistungsbereich) ist auch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe eine Tendenz zur Konzentration, das heißt zur Bildung größerer Unternehmenseinheiten, zu beobachten. Sie läßt sich sowohl aus der Beschäftigten- wie aus der Umsatzentwicklung ablesen. Eine Aussage über die Konzentrationsentwicklung für einen längeren Zeitraum kann nur sehr allgemein gehalten sein, da vergleichbare Daten – insbesondere wegen Berichtsreisänderungen – fehlen. Diese liegen erst nach Abschluß der Reform der Industriestatistik ab 1977 vor. Betrachtet man die Entwicklung von 1950 bis 1970, so belegen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen, daß die Zahl der Unternehmen stark abgenommen hat (– 46 %), bei gleichzeitig steigenden Beschäftigtenzahlen (+ 40 %). Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin,

Tab. 2: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr
im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1985

Bereich	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz	
	Anzahl	%	1 000	%	Mill. DM	%
Bergbau	76	0,2	220	3,1	35 963	2,4
Verarbeitendes Gewerbe	33 407	99,8	6 800	96,9	1 468 067	97,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4 623	13,8	1 400	19,9	468 634	31,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	14 355	42,9	3 650	52,0	637 984	42,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	10 952	32,7	1 277	18,2	187 633	12,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3 477	10,4	474	6,7	173 816	11,6
Insgesamt	33 483	100	7 019	100	1 504 030	100

Tab. 3: Beschäftigte der größten Unternehmen¹

Die jeweils ... größten Unternehmen	beschäftigten		
	... Personen in 1 000	Anteil an allen Beschäftigten des Bergbaus u. Verarb. Gewerbes ¹ in %	
	1985	1985	1977
6	730	10,4	9,0
10	948	13,5	12,1
25	1 399	19,9	18,3
50	1 737	24,7	23,6
100	2 117	30,2	29,2

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; Unternehmensgröße gemessen an den Beschäftigten.

daß der Konzentrationsprozeß auch nach 1970 andauerte. Die Zahl der Unternehmen ging weiter zurück, die der Beschäftigten erhöhte sich allerdings nicht mehr, sondern nahm tendenziell zwischen 1970 und 1984 ab. Seit 1985 zeigt die Anzahl der Beschäftigten leicht steigende Tendenz.

Ordnet man die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach der Beschäftigtenzahl, so waren 1985 in den zehn größten rund 948 000 Personen tätig. 830 Unternehmen (2,5 %) hatten jeweils 1 000 und mehr Beschäftigte. Dies entsprach einer Gesamtzahl von 3,6 Mill. Personen bzw. einem Anteil von 50,9 % – gemessen an den Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

14.2.2 Beschäftigte, Arbeitsproduktivität¹

Unter den 34 Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes sind – gemessen an den Beschäftigtenzahlen – der Maschinenbau, die Elektrotechnik, der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie und das Ernährungsgewerbe am wichtigsten. In diesen fünf Branchen waren 1986 rund 3,8 Mill. von insgesamt 6,9 Mill. Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig.

Von 1970 bis 1986 hat die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe um rund 20 % abgenommen. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verminderte sich ebenfalls, und zwar um 36 %. Dennoch konnte die Produktion um 32 % gesteigert werden. Die Arbeitsproduktivität – d. h. das Produktionsergebnis je Beschäftigten – lag damit 1986 um 60 % höher als 1970. Hierin zeigen sich die Auswirkungen umfangreicher Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, die vor allem zum Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen führten.

¹ Es liegen Ergebnisse von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr zugrunde.

14.2.3 Produktion

In der Produktionstätigkeit des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes während der letzten drei Jahrzehnte spiegeln sich die Entwicklungsphasen der deutschen Wirtschaft deutlich wider. Zwischen 1950 und 1960 – dem Jahrzehnt, das durch den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt war – stieg die Produktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe um 150 %. Von 1960 bis 1970 erhöhte sie sich nochmals um zwei Drittel. Im letzten Jahrzehnt nahm sie um rund ein Fünftel zu. Zu Beginn der achtziger Jahre war die Produktion rückläufig, ab 1983 hatte sie wiederum positive Veränderungsraten zu verzeichnen.

Tab. 4: Entwicklung der Produktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1950 bis 1986
(Produktionsindex 1970 = 100)

Bereich	1950	1960	1970	1980	1986
Bergbau	80	106	100	82	71
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	21	54	100	117	115
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18	58	100	122	143
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	28	65	100	114	110
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	29	64	100	121	127
Insgesamt	25	61	100	118	125

Tab. 5: Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Erzeugnis	Einheit	Jahr			
		1960 ¹	1970	1980	1986
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 895
Personenkraftwagen	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	3 952
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung	1 000 St.	–	22	45	838
Schuhe	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	83 024
Herrenanzüge	1 000 St.	6 650	8 537	5 381	3 939
Damenkleider	1 000 St.	17 980	39 318	36 313	23 772
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	405	862	992
Brot	1 000 t	659	827	1 272	1 238
Bier	1 000 hl	47 324	81 609	89 569	89 129

¹ Ohne Berlin (West).

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion seit 1960 vermittelt Tab. 5. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z. B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier offensichtlich eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt.

Der Bruttoproduktionswert, das heißt der gesamte Wert aller im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzeugten Waren und Dienstleistungen, erreichte 1985 über 1,5 Billionen DM. Hiervon waren etwa die Hälfte Vorleistungen anderer Unternehmen (z. B. Handelsware, Vorprodukte, Rohstoffe usw., vgl. 14.2.7).

14.2.4 Umsatz

Der Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hat sich weit stärker erhöht als die Produktion. Dabei wirkt sich aus, daß in die Umsatzausweitung neben dem gestiegenen Produktionsvolumen auch Erhöhungen des Preisniveaus eingehen. Dies wird deutlich, wenn man die Entwicklung des Umsatzes mit der Entwicklung von Produktion und Preisen vergleicht.

Zwischen 1950 und 1986 ist der Umsatz auf etwa das Achtzehnfache gestiegen, die Produktion aber nur auf das Fünffache, und die Preise haben sich mehr als verdoppelt. (Auch hier sei darauf hingewiesen, daß ein Zeitvergleich durch Änderungen im Berichtskreis beeinträchtigt ist.)

Tab. 6: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Entwicklung von Umsatz, Produktion und Preisen 1950 bis 1986
(1950 = 100)

Jahr	Umsatz ¹	Produktionsindex	Preisindex
1950	100 ²	100	100
1960	331	248	122
1970	731	409	139
1980	1 488	481	229
1983	1 633	462	266
1984	1 739	477	273
1985	1 861	500	279
1986	1 826	512	270

1 1950, 1960: Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 Beschäftigten und mehr; ab 1970: Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

2 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).

Die umsatzstärksten Wirtschaftsgruppen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren im Jahr 1986 der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie, die Elektrotechnik, der Maschinenbau und das Ernährungsgewerbe. Von jeder dieser fünf Branchen wurden 1986 Erzeugnisse im Wert von über 155 Mrd. DM umgesetzt. Auf sie entfielen damit allein 58 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

14.2.5 Exportquote¹

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter geht in den Export. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – läßt sich die Abhängigkeit bestimmter Bereiche vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. Zwischen 1950 und 1986 ist sie im Verarbeitenden Gewerbe von 7,3 % auf 30,1 % gestiegen. Dabei lag die Exportquote im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe immer über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereichs (1986 beispielsweise bei 40 %).

Besonders hoch war sie in der Wirtschaftsgruppe „Herstellung von Büromaschinen, Automatischen Datenverarbeitungs-Geräten und -Einrichtungen“; dort wurde 1986 über die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt (54,9 %). Auch der Maschinenbau (45,7 %), der Straßenfahrzeugbau (48,1 %), der Luft- und Raumfahrzeugbau (55,8 %) und die Chemische Industrie (42,1 %) sind stark exportabhängig.

Tab. 7: Verarbeitendes Gewerbe

Exportquote in Prozent (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz)

Bereich	1950	1960	1970	1980	1986
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	10,3	15,2	17,8	22,8	28,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	13,7	25,0	27,1	34,7	40,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,2	7,4	10,3	14,5	20,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	0,2	1,6	2,1	7,2	9,0
Insgesamt	7,3	15,1	18,2	24,5	30,1

14.2.6 Investitionen

Von den Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten wurden 1985 rund 65 Mrd. DM – und damit 9,3 Mrd. DM mehr als 1984 –

¹ Den Berechnungen liegen unterschiedliche Berichtskreise zugrunde, so daß ein Zeitvergleich beeinträchtigt ist.

investiert. Der größte Teil wurde in Maschinen, maschinellen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (84 %), der Rest in Grundstücken und Bauten angelegt.

Unter den Wirtschaftsgruppen tätigten der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Chemische Industrie, der Maschinenbau und das Ernährungsgewerbe die höchsten Investitionen. Diese fünf Branchen hatten zusammen einen Anteil von rund 56 % am gesamten Investitionsvolumen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Gemessen an den Umsätzen erwiesen sich die Wirtschaftsgruppen „Bergbau“ und „Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen“ als die investitionsfreudigsten. Mit einem Anteil der Investitionen am Umsatz von 8,4 % im „Bergbau“ und 8,1 % im Bereich „Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen“ lagen sie weit über dem vergleichbaren Wert, den die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1985 im Durchschnitt (4,3 %) erzielten.

Tab. 8: Investitionen der Unternehmen¹ des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1985

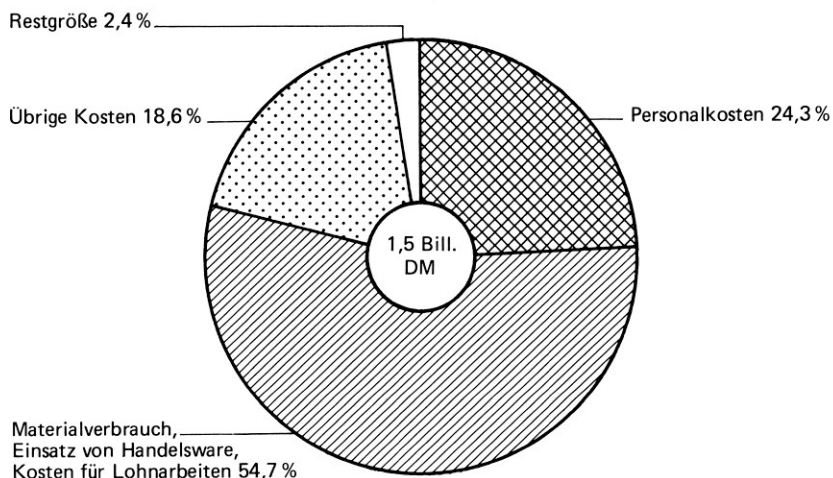
Bereich	Mill. DM	Anteil der Investitionen am Umsatz in %
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	64 649	4,3
Bergbau	3 026	8,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	18 011	3,8
darunter:		
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1 761	6,4
Chemische Industrie	7 342	4,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	30 475	4,8
darunter:		
Maschinenbau	5 856	3,6
Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kraftfahrzeugen usw.	9 416	5,1
Elektrotechnik, Reparaturen von Haushaltsgeräten	8 630	5,6
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	1 763	6,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	8 137	4,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	4 999	2,9
darunter:		
Ernährungsgewerbe	4 678	3,1

¹ Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

14.2.7 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gewähren die Erhebungen zur Kostenstruktur. Den weitaus größten Block in der Kostenrechnung dieses Bereiches bilden die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (Aufträge an Subunternehmer). Sie hatten 1985 einen Anteil von 54,7 % am Bruttoproduktionswert, d. h. dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 24,3 %. Die übrigen Kosten (z. B. Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) betrugen insgesamt 18,6 %. Die Restgröße von 2,4 % enthält neben kalkulatorischen Kosten insbesondere den Gewinn des Unternehmens.

Abb. 1: Kostenstruktur der Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr 1985
Bruttoproduktionswert



Zwischen den einzelnen Bereichen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes sind beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur feststellbar. So haben beispielsweise der Materialverbrauch und der Einsatz an Handelsware im Nahrungs- und Genußmittel-sektor einen Anteil von 63,5 % am Bruttoproduktionswert. Der Personalkostenanteil liegt mit 12,3 % vergleichsweise niedrig. Dagegen wird die Produktionsleistung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit einem relativ hohen Personaleinsatz erbracht, was zu einem Personalkostenanteil von durchschnittlich 30,6 % am Bruttoproduktionswert führt.

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die siebziger Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wendet sich immer mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu; die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Zu Beginn der achtziger Jahre erlebte die Baubranche einen ausgeprägten Abschwung. Dies äußert sich u. a. in der hohen Zahl von Insolvenzen in diesem Bereich, die 1985 mit 3228 ihren Höhepunkt erreichte. 1986 meldeten noch 3008 Bauunternehmen Konkurs an. Damit entfielen auf diesen Sektor rund 22 % aller Unternehmensinsolvenzen.

Tab. 9: Entwicklung der Insolvenzen

Jahr	Insolvenzen insgesamt (Unternehmen und übrige Gemeinschuldner)	darunter Baugewerbe
1960	2 958	307
1970	4 201	451
1980	9 140	1 328
1981	11 653	1 942
1982	15 876	2 726
1983	16 114	2 467
1984	16 760	2 765
1985	18 876	3 228
1986	18 842	3 008

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 1985 zählten zum Baugewerbe 15020 Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. Sie erzielten mit knapp 1 Mill. Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 102 Mrd. DM.

Tab. 10: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz
im Baugewerbe 1985

Bereich	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM
Baugewerbe	15 020	954	101 878
Bauhauptgewerbe	9 959	731	80 593
Ausbaugewerbe	5 061	223	21 285

1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Zwei Drittel der Bauunternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (79 %) entfiel.

Das Baugewerbe ist überwiegend mittelständisch strukturiert. Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 1985 über zwei Drittel weniger als 50 tätige Personen. Nur rund 3 % der Unternehmen zählten mehr als 200 Beschäftigte, die meisten davon wiederum im Bauhauptgewerbe.

Von den Beschäftigten des Baugewerbes waren 1985 etwa 731 000 im Bauhauptgewerbe und rund 223 000 im Ausbaugewerbe tätig. Allerdings bleibt das Bild unvollständig, wenn man nicht die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einbezieht, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind. Hier boten die Unternehmen in der Größenklasse von 10 bis 19 Beschäftigten weiteren 91 000 Personen einen Arbeitsplatz.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich ein Anteil von 41,3 %. Je nachdem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 1985 mit 51,7 % die Unternehmen des Stukkateurgewerbes, der Gipserei und Verputzerei auf. Wegen der weitgehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 31,6 % von geringerer Bedeutung. Im allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber.

Von den übrigen Kostenfaktoren im Baugewerbe spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen eine wichtige Rolle. Sie erreichten 1985 einen Anteil von 14,2 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe
mit 20 Beschäftigten und mehr 1985
Bruttoproduktionswert

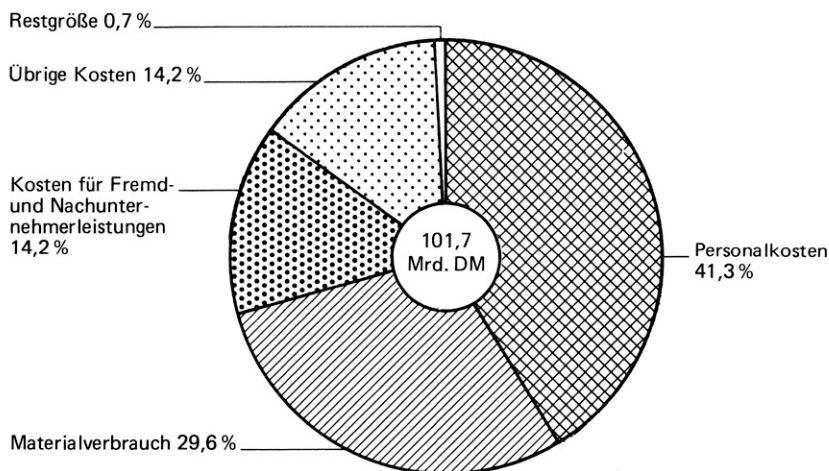
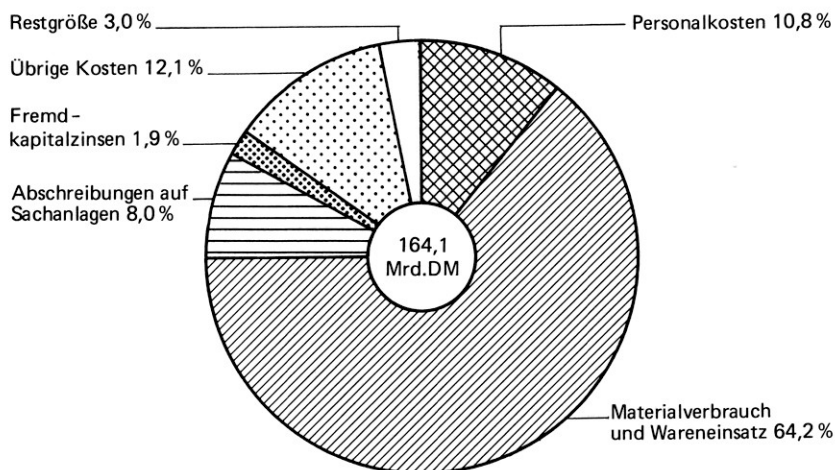


Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung
mit 20 Beschäftigten und mehr 1985
Bruttoproduktionswert



14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren 1985 in 3313 Unternehmen insgesamt etwa 292 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 167,3 Mrd. DM.

Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und eine geringe Zahl von großen und umsatzstarken Unternehmen geprägt. Etwa drei Viertel der Unternehmen hatten 1985 weniger als 20 Beschäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 2,7 % bei. Umgekehrt gab es 58 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die aber 61,2 % des Umsatzes entfielen.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörte 1985 nur ein knappes Drittel der Unternehmen zum Teilbereich Elektrizitätsversorgung. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 80,5 % und am Umsatz 72 %. Das bedeutet, daß es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Hier ist auch die öffentliche Hand als Unternehmer stark engagiert. 36 % aller Elektrizitätsunternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen der Gebietskörperschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sogenannte Regie- und Eigenbetriebe. Hinzu kommt, daß der Staat Beteiligungen an fast allen Kapitalgesellschaften der Elektrizitätsversorgung hält.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 1985 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 8,0 % und die Fremdkapitalzinsen mit 1,9 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug rund 11 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 24 % und im Baugewerbe sogar rund 41 % ausmachte.

Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 64 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogenes Wasser verteilen (vgl. Abb. 3).

14.5 Handwerk

Dem Handwerk – als besonders traditionsreichem Wirtschaftszweig – kommt auch heute noch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Es konnte sich vor allem auf den Gebieten behaupten, wo Spezialleistungen und die Nähe zum Kunden maßgebend sind. Seine Tätigkeiten reichen von der Warenproduktion und der Reparatur bis zum Handel und den Dienstleistungen. Im Jahr 1984 erwirtschafteten die selbständigen Handwerksunternehmen gut 10 % der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen.

Im Rahmen der Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird das Handwerk nur teilweise erfaßt, da lediglich produzierende Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in den Berichtskreis einbezogen sind. Um einen Gesamtüberblick zu gewinnen, werden deshalb in mehrjährigen Abständen Handwerkszählungen durchgeführt. Die letzte Erhebung dieser Art fand 1977 statt. Darüber hinaus gibt es vierteljährliche Stichprobenerhebungen zur Erfassung kurzfristiger Entwicklungen.

14.5.1 Unternehmen

Bei der Handwerkszählung 1977 wurden etwa 472 000 selbständige Handwerksunternehmen und rund 22 500 handwerkliche Nebenbetriebe festgestellt. Der überwiegende Teil – nämlich 81 % der selbständigen Unternehmen – war im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe tätig, 6 % entfielen auf den Handel und 13 % auf den Dienstleistungsbereich. In den übrigen Wirtschaftsbereichen gibt es nur wenige Handwerksunternehmen (1977: 469 selbständige Unternehmen mit zusammen etwa 2 300 Beschäftigten).

Tab. 11: Selbständige Handwerksunternehmen

Wirtschaftsgliederung	1968	1977
Insgesamt	596 757	471 716
darunter:		
Verarbeitendes Gewerbe	341 306	225 912
Baugewerbe	159 121	156 979
Handel	25 084	29 228
Dienstleistungen	70 386	59 128

Betrachtet man die Ergebnisse der seit 1949 durchgeführten Handwerkszählungen, so sind die rückläufigen Unternehmenszahlen besonders auffällig. Im Vergleich zu 1949 hat sich die Zahl der selbständigen Unternehmen fast halbiert, gegenüber der vorletzten Zählung 1968 ist sie um gut ein Fünftel zurückgegangen.

Nach wie vor sind im Handwerk die kleineren Betriebe vorherrschend. Die Unternehmen mit 1 bis 19 Beschäftigten machen über neun Zehntel des Handwerks aus und beschäftigen mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte. Nur 0,5 % der Handwerksunternehmen haben 100 Beschäftigte und mehr.

14.5.2 Beschäftigte

Die Anzahl der Beschäftigten in Unternehmen selbständiger Handwerker lag 1986 mit 3,7 Mill. um rund 7 % niedriger als 1980. Im längerfristigen Vergleich ergibt sich allerdings eine Zunahme – etwa gegenüber 1949 um mehr als 20 %. Berücksichtigt man den

Tab. 12: Beschäftigte in selbständigen Handwerksunternehmen¹

Wirtschaftsgliederung	1967 ²	1976 ²	1980	1986
	1 000			
Insgesamt	3 898,7	3 691,2	3 992,9	3 720,8
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	1 650,7	1 405,1	1 471,1	1 376,6
Baugewerbe	1 711,5	1 564,0	1 663,5	1 431,7
Handel	127,7	210,8	230,0	217,8
Dienstleistungen	406,1	508,9	625,8	692,2

1 Stichtag 30. September.

2 Ergebnisse der Handwerkszählung.

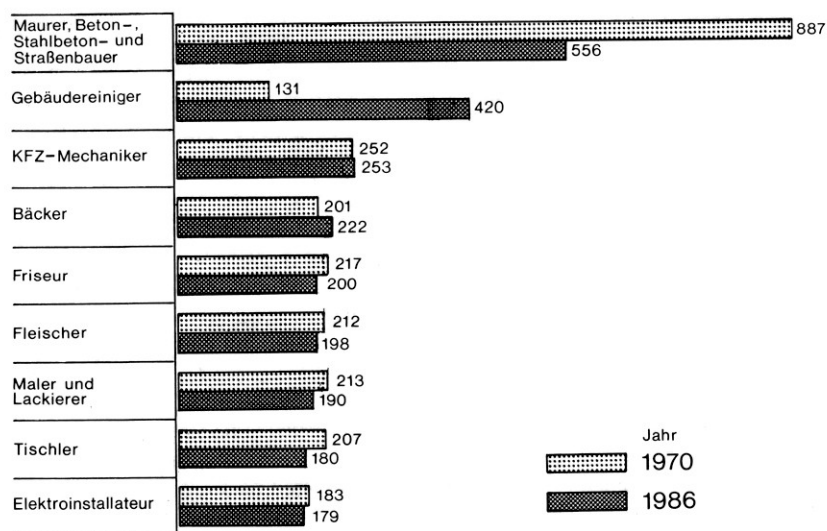
gleichzeitigen Rückgang der Unternehmenszahl, so bedeutet dies eine Tendenz zum größeren Unternehmen im Handwerk. Während 1949 im Durchschnitt noch nicht einmal vier Beschäftigte je Unternehmen ermittelt wurden, waren es 1968 bereits sechs bis sieben und bei der letzten Zählung 1977 acht.

Im Konkurrenzkampf mit der Industrie hat das Handwerk im Laufe der Zeit tiefgreifende Wandlungs- und Anpassungsprozesse durchlaufen. In manchen Bereichen, z. B. bei den Fleischern und Bäckern, konnte das Handwerk seine Position zwar bewahren; viele Handwerkszweige haben aber an Bedeutung verloren, da die Preisvorteile der maschinell erzeugten Massenwaren die Verbraucher stärker anzogen. Anderen Handwerkszweigen hat der Markt die Produktionsaufgaben sogar ganz oder fast vollständig entzogen; sie beschränken ihre Tätigkeit inzwischen allenfalls auf Reparaturarbeiten, z. B. Schuster und Uhrmacher. Daneben hat die industrielle Entwicklung aber auch neue handwerkliche Betätigungsbereiche hervorgebracht, z. B. das Handwerk des Kraftfahrzeugmechanikers, Schlossers und Elektroinstallateurs (vgl. Abb. 4).

Eine Aufgliederung der Beschäftigten im Handwerk nach ihrer Stellung im Unternehmen zeigt einen vergleichsweise hohen Anteil an Selbständigen. Nach den Ergebnissen der letzten Zählung waren 1976 fast 17 % der in selbständigen Handwerksunternehmen Beschäftigten tätige Inhaber bzw. mithelfende Familienangehörige; 15 % waren Angestellte und 68 % Arbeiter. Von den Arbeitern waren über die Hälfte (55 %) Gesellen und sonstige Facharbeiter.

Besonders bedeutsam ist die Ausbildungstätigkeit des Handwerks, die über den eigenen Bedarf an Nachwuchskräften weit hinausgeht. Ende 1985 gab es im Handwerk ungefähr 687 000 Auszubildende; das bedeutet, daß rund 38 % aller Lehrlinge des Jahres 1985 eine handwerkliche Ausbildung erfuhren. Im Vergleich dazu wurden in Industrie und Handel rund 875 000 Lehrlinge ausgebildet.

Abb. 4: Beschäftigte in ausgewählten Gewerbebezügen
in Tausend



14.5.3 Umsätze

Im Jahr 1986 wurde von den selbständigen Handwerksunternehmen ein Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) von 326 Mrd. DM erwirtschaftet. Den größten Beitrag erbrachten mit 45 % nach wie vor die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, wenngleich ihr Anteil

Tab. 13: Umsatz selbständiger Handwerksunternehmen

Wirtschaftsgliederung	1967 ¹ %	1976 ¹ %	1986 %	Mrd. DM
Insgesamt	100	100	100	326
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	52	45	45	147
Baugewerbe	38	38	37	121
Handel	6	13	14	44
Dienstleistungen	4	4	4	14

¹ Ergebnisse der Handwerkszählung.

gegenüber 1967 erheblich zurückgegangen ist. Auf die Handwerksunternehmen des Baugewerbes entfielen 1986 37 % des Gesamtumsatzes, im Vergleich zu 38 % im Jahr 1967. Die Handelsunternehmen des Handwerks konnten ihren Umsatzanteil auf 14 % ausweiten; die Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufe erreichten einen Anteil von 4 %.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als „tertiärer Sektor“ bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft bzw. Produzierendes Gewerbe) keine materiellen Güter. Das Angebot dieses Bereiches ist überaus vielfältig und umfaßt Leistungen des Handels, Gastgewerbes, Bank- und Versicherungsgewerbes, der Freien Berufe und des Verkehrsgewerbes. Dienstleistungen erbringt auch der öffentliche Dienst (vgl. Kap. 11). Der Verkehrssektor wird wegen seiner übergreifenden Bedeutung ebenfalls gesondert behandelt (vgl. Kap. 17).

Innerhalb einer hochentwickelten und deshalb in hohem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft wächst die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs. Der französische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Fourastié schätzt den tertiären Sektor sogar als „die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ ein und mißt ihm zentrale Bedeutung für Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungsentwicklung bei. Tendenziell findet sich diese Auffassung u. a. in den wachsenden Beschäftigtenzahlen und dem steigenden Anteil dieses Bereichs an der wirtschaftlichen Gesamtleistung bestätigt.

Während um die Jahrhundertwende nur etwa jeder vierte Erwerbstätige im tertiären Sektor beschäftigt war, verdiente hier 1950 schon jeder dritte und 1986 mehr als jeder zweite Erwerbstätige sein Brot. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungsbereich ebenfalls erhöhen (vgl. Kap. 12). 1960 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschließlich Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 41 %, 1986 dagegen von rund 55 %. Der Beitrag von Handel und Verkehr war rückläufig (von 18,5 % auf 14,7 %), während die übrigen Dienstleistungsunternehmen ihren Anteil von 13,6 % auf 27,1 % verdoppeln konnten. Der Anteil von Staat und privaten Haushalten an der Bruttowertschöpfung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 8,8 % auf 13,6 %.

15.2 Handel

In der Abgrenzung der amtlichen Statistik gehören zum Handel alle Unternehmen, deren Hauptaufgabe im Vertrieb von Waren, also in der Mittlertätigkeit zwischen Produzenten und Verbrauchern, und damit in einer vielfältigen Dienstleistungsfunktion besteht.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung im Handel und seinen Teilbereichen Großhandel, Einzelhandel und Handelsvermittlung liefern die in mehrjährigen Abständen

stattfindenden Handels- und Gaststättenzählungen. Nach den Ergebnissen der Zählung 1985 gab es im Handelsbereich etwa eine halbe Mill. Unternehmen, die zusammen etwa 3,7 Mill. Personen beschäftigten. Damit arbeitete in der Bundesrepublik etwa jeder siebente Erwerbstätige in diesem Sektor.

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte
am 29. März 1985

	Unternehmen			Beschäftigte	
Großhandel	101 089	20,0%	31,0%		1 137 179
Einzelhandel	339 318	67,0%	64,4%		2 360 660
Handels- vermittlung	65 822	13,0%	4,6%		170 379

Der bedeutendste Bereich hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten ist der Einzelhandel und hier wiederum der Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Jedes vierte Einzelhandelsunternehmen führte 1985 dieses Sortiment und jeder vierte Beschäftigte im Einzelhandel war dort tätig.

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich im Handelsbereich ein tiefgreifender Wandel. Zwischen 1950 und 1960 führte das allgemeine wirtschaftliche Wachstum zur Gründung neuer Unternehmen und zur Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte. In der darauffolgenden Zeit mußten jedoch bei tendenziell weiter zunehmender Beschäftigtenzahl viele Handelsunternehmen schließen.

Tab. 1: Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigten im Handel

Jahr	Unternehmen des Handels	Beschäftigte im Handel	Beschäftigte je Unternehmen
	1985 = 100		Anzahl
1950	136	63	3,4
1960	147	91	4,5
1968	123	100	5,9
1979	103	105	7,4
1985	100	100	7,3

Maßgeblich für diese Entwicklung waren vor allem Rationalisierungsmaßnahmen, die zu kostengünstigeren Angebotsformen führten (Verbrauchermärkte usw.). Sie sprachen mit ihren typischen Vorteilen, wie breiteres Warensortiment, preisgünstige Sonderangebote usw., einen wachsenden Kundenkreis an. Dadurch verschärfte sich die Konkurrenzsituation derart, daß zahlreiche Unternehmen aus dem Markt verdrängt wurden. Von dem Auslese- und Konzentrationsprozeß war vor allem der Einzelhandel betroffen. In diesem Bereich verminderte sich zwischen 1960 und 1979 die Zahl der Unternehmen um mehr als 100 000 auf etwa 346 000. Besonders stark reduzierte sich die Zahl der kleinen Lebensmittelgeschäfte, die als „Tante-Emma-Läden“ längst sprichwörtlich geworden sind. Von 1979 bis 1985 verringerte sich die Anzahl der Handelsunternehmen von rund 520 000 auf 506 000. In diesem Zeitraum war auch ein Rückgang bei den Beschäftigten zu verzeichnen.

Der Handel ist durch eine vorwiegend mittelständische Struktur gekennzeichnet. Mehr als die Hälfte aller Handelsunternehmen beschäftigte 1985 nicht mehr als zwei Personen; in neun von zehn Unternehmen waren weniger als zehn Beschäftigte tätig. Dazu gehören meistens die Inhaber der Unternehmen selbst und oft auch deren Angehörige.

Von erheblicher Bedeutung ist im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonbeschäftigung. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo fast jeder dritte (im Großhandel jeder sechste) Beschäftigte nur zeitweise tätig ist, und zwar immer dann, wenn besondere Belastungen vom Stammpersonal nicht bewältigt werden können. Eine große Rolle spielen in diesem Zusammenhang nicht nur die starken jahreszeitlichen Schwankungen (vgl. 15.2.3), sondern auch die unterschiedlichen Belastungen an den verschiedenen Wochentagen, z. B. infolge traditioneller Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten.

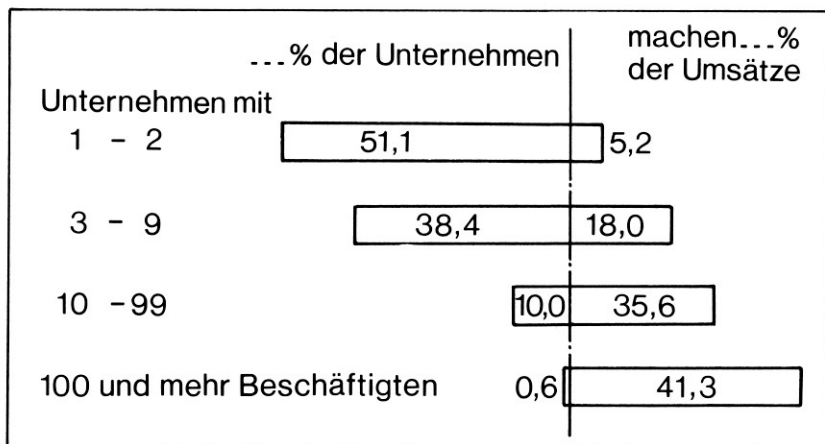
15.2.2 Umsätze

Auch aus der Gliederung des Umsatzes (Verkaufswert der Waren) nach Größenklassen werden die ausgeprägten Unterschiede zwischen der Vielzahl kleiner Handelsunternehmen und den wenigen großen Unternehmen in diesem Bereich deutlich. So konnten 1984 die Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten, die nur einen Anteil von 0,6 % an der Gesamtzahl aller Handelsunternehmen hatten, mehr als 40 % des Gesamtumsatzes auf sich vereinigen (vgl. Abb. 2).

Etwa 66 % der Umsätze entfallen auf den Großhandel, 33 % auf den Einzelhandel und nur 1 % auf die Handelsvermittlung, deren Umsatz lediglich aus der Summe der Provisionen und Kostenvergütungen besteht. Rund 47 % der Großhandelsunternehmen und 18 % der Einzelhandelsunternehmen hatten 1984 einen Umsatz von mehr als 1 Mill. DM.

In den sechziger Jahren konnten die Handelsunternehmen nahezu ununterbrochen hohe Umsatzsteigerungen verbuchen. Seit Anfang der siebziger Jahre liegen die Zuwachsraten deutlich niedriger. Zu Beginn der achtziger Jahre spiegelt sich in der Umsatzentwicklung des Handels besonders deutlich die gesamtwirtschaftliche Situation wider. Diese war geprägt durch eine – bereits Mitte des Jahres 1980 beginnende – Schwächephase in den Jahren 1981 und 1982 sowie durch eine konjunkturelle Erholung in den Jahren 1983

Abb. 2: Handelsunternehmen 1985 und ihre Umsätze 1984



bis 1986, in denen das Bruttosozialprodukt real wieder anstieg (vgl. Kap. 12). Entsprechend waren die Handelsumsätze real – also nach Abzug der Preissteigerungen – in den Jahren 1981 und 1982 rückläufig und stiegen in den darauffolgenden Jahren wieder an (vgl. Abb. 3 und 4).

Abb. 3: Umsatzentwicklung des Großhandels

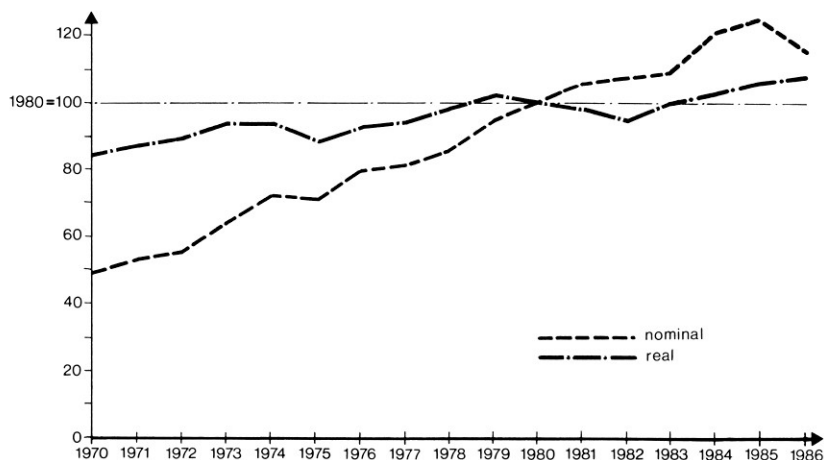


Abb. 4: Umsatzentwicklung des Einzelhandels und Entwicklung des Privaten Verbrauchs

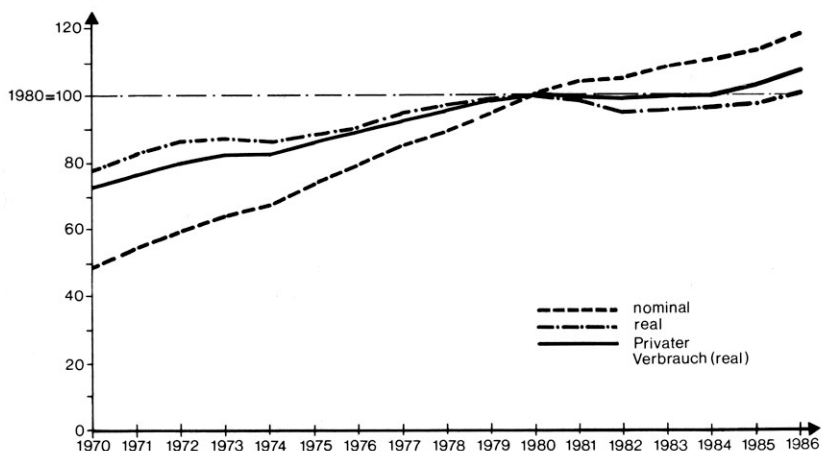
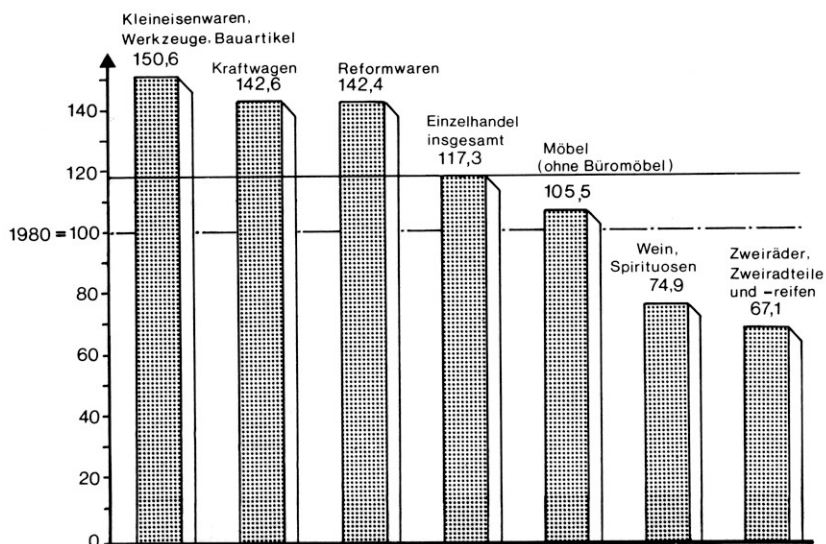


Abb. 5: Indizes der Einzelhandelsumsätze 1986 nach ausgewählten Branchen



Die durchschnittliche Umsatzentwicklung im Handelsbereich konnte von einzelnen Wirtschaftszweigen übertroffen werden; andere verzeichneten dagegen erheblich geringere Umsatzsteigerungen oder sogar -rückgänge. So verbuchten beispielsweise die Facheinzelhändler, die Do-it-yourself-Waren verkaufen, seit 1980 ein höheres Umsatzplus als die meisten ihrer Kollegen (vgl. Abb. 5).

15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze des Handels unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage oder Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. So sind im allgemeinen besonders hohe Umsätze im Weihnachtsgeschäft zu beobachten. Ein weiteres – weniger ausgeprägtes – Umsatzhoch ist in der Osterzeit (März/April) zu verzeichnen. Ausgesprochen niedrige Umsätze werden dagegen in den Monaten Januar/Februar sowie während der Sommerferien im August erzielt.

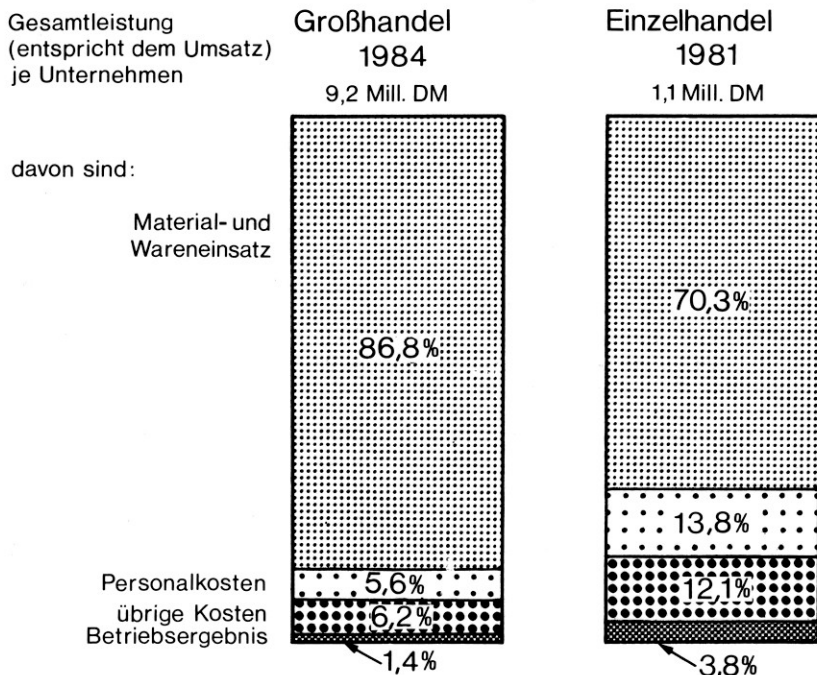
Im Großhandel ist der Saisonverlauf im wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Umsatzentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen.

15.2.4 Kosten und Gewinne

Im Großhandel mußten 1984 durchschnittlich ungefähr 87 % des Umsatzes für die Begleichung der Lieferantenrechnungen aufgewendet werden. Die Personalkosten beliefen sich auf durchschnittlich rund 6 %, weitere etwa 6 % entfielen auf die übrigen Kosten (Mieten, Kosten für Energie, Instandhaltungskosten usw.). Die restlichen 1,4 % verblieben dem Unternehmen als Betriebsergebnis.

Im Einzelhandel, der im allgemeinen niedrigere Umsätze als der Großhandel tätigt, mußten 1981 (aktuellere Ergebnisse liegen z.Z. nicht vor) im Durchschnitt 70 % des Umsatzes für die Bezahlung der Lieferanten einkalkuliert werden. Die Personalkosten lagen bei knapp 14 %. Sie sind im allgemeinen höher als im Großhandel, weil u. a. die Beratung und Betreuung der Kunden – insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern – einen entsprechenden Personaleinsatz verlangen. Auch die Mieten und Pachten, die speziell bei guten Geschäftslagen an den Einkaufsstrassen der Großstädte hoch sind, fallen in der Regel im Einzelhandel stärker ins Gewicht als im Großhandel (1981: 3 %). Die sonstigen Kosten schlugen beim Einzelhandel mit 9 % zu Buche. Als Betriebsergebnis verblieben knapp 4 % des Umsatzes, d. h. um einen Gewinn (vor Abzug der Steuern) von 40000 DM zu erzielen, mußte im Durchschnitt ein Einzelhändler im Jahr Waren im Wert von 1 Mill. DM verkaufen.

Abb. 6: Aufteilung der Gesamtleistung im Handel



Gegenüber den Jahren 1976 und 1977 hat sich sowohl beim Großhandel als auch beim Einzelhandel der Anteil des Betriebsergebnisses an der Gesamtleistung verringert. Damals hatten die entsprechenden Werte bei 1,8 % (Großhandel) und bei 4,7 % (Einzelhandel) gelegen.

15.3 Gastgewerbe

15.3.1 Betriebsarten des Gastgewerbes

Das Gastgewerbe zeichnet sich – ähnlich wie der Handel – durch eine große Vielfalt an Erscheinungsformen aus. Es umfaßt als größte Gruppe das Gaststättengewerbe, das sich vorwiegend der Verpflegung und Bewirtung von Gästen widmet, und das Beherbergungsgewerbe, das zusätzlich oder ausschließlich Übernachtungsmöglichkeiten anbietet.

Unter den Gaststätten hatten 1985 die Speise- und Schankwirtschaften mit 81 % den größten Anteil. Auf Imbiß- und Trinkhallen entfielen zusammen rund 10 %, auf Bars und Tanzlokale 4 % und auf Cafés und Eisdielen je 3 %.

Im Bereich des Beherbergungsgewerbes sind durch die starke Zunahme des Reiseverkehrs (vgl. 6.5) neben das traditionelle Unterbringungsangebot neue Betriebsformen

Tab. 2: Unternehmen des Gastgewerbes
zum Zeitpunkt der Handels- und Gaststättenzählungen 1979 und 1985

Betriebsart	Unternehmen			
	Anzahl ¹		Anteil in %	
	1979	1985	1979	1985
Speisewirtschaften	51 462	48 545	36,4	33,7
Schankwirtschaften	64 238	68 093	45,5	47,3
Imbißhallen	8 957	12 037	6,3	8,4
Trinkhallen	3 066	1 551	2,2	1,1
Bars, Tanzlokale	5 935	5 625	4,2	3,9
Cafés	4 035	4 355	2,8	3,0
Eisdielen	3 611	3 866	2,6	2,7
Gaststättengewerbe insgesamt	141 304	144 072	100	100
Hotels	9 225	9 951	21,6	26,1
Hotels garnis	12 216	9 593	28,6	25,2
Gasthöfe	10 418	8 499	24,4	22,3
Pensionen	3 319	4 109	7,8	10,8
Erholungs- und Ferienheime	760	585	1,8	1,5
Ferienzentren	25	9	0,1	0,0
Ferienhäuser, Ferienwohnungen	1 592	2 393	3,7	6,3
Hütten, Privatquartiere	4 342	2 027	10,2	5,3
Campingplätze	805	933	1,9	2,4
Beherbergungsgewerbe insgesamt	42 702	38 099	100	100
Kantinen	4 757	4 613		
Gastgewerbe insgesamt	188 763	186 784		

¹ Es werden nicht die einzelnen Hotels usw., sondern die Unternehmen gezählt, die mehrere Betriebe unterhalten können.

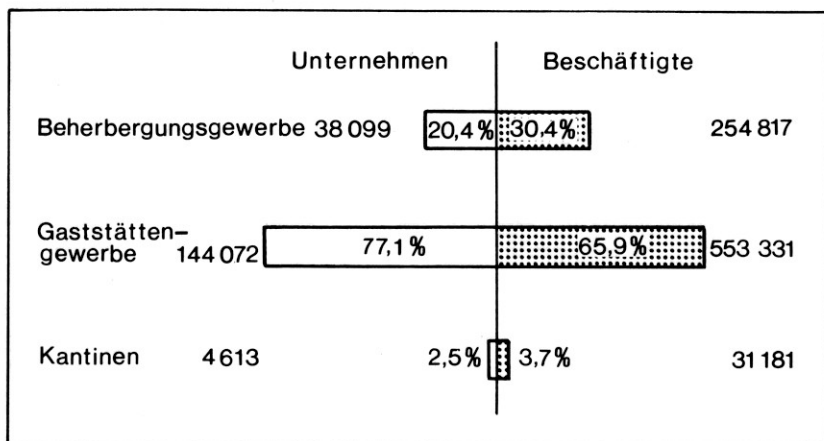
getreten. Wachsender Beliebtheit erfreuen sich vor allem Ferienhäuser und Ferienwohnungen, deren Zahl – verglichen mit Hotels und Gasthöfen – allerdings immer noch relativ gering ist.

15.3.2 Unternehmen und Beschäftigte

Bei der Handels- und Gaststättenzählung von 1985 wurden im gesamten Gastgewerbe rund 186 800 Unternehmen ermittelt, die insgesamt rund 839 000 Beschäftigten oder etwa 3 % aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Arbeit boten. 66 % der Beschäftigten des Gastgewerbes waren in Gaststätten, 30 % im Beherbergungsgewerbe und 4 % in Kantinen tätig.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe stark erhöht. Der Kapazitätsausbau fand insbesondere während der fünfziger und sechziger Jahre statt. Die Verbesserung der Einkommenssituation breiter Schichten der Bevölkerung führte zu einer Steigerung der Nachfrage nach Gastgewerbeleistungen und zu einer Auffächerung des Angebots. Zwischen 1968 und 1979 erhöhte das Gaststättengewerbe seinen Beschäftigtenbestand um rund 20 %, das weniger arbeitsintensive Beherbergungsgewerbe nur um 2 %. Von 1979 bis 1985 hat die Zahl der im Gastgewerbe Beschäftigten weiterhin zugenommen (Gaststättengewerbe: + 6 %, Beherbergungsgewerbe: + 7 %), die Zahl der Unternehmen im Gastgewerbe ist von 1979 bis 1985 dagegen leicht zurückgegangen (Gaststätten-gewerbe: + 2 %, Beherbergungsgewerbe: – 11 %).

Abb. 7: Unternehmen und Beschäftigte des Gastgewerbes
am 31. Mai 1985



Das Gastgewerbe ist in noch stärkerem Maße als der Handel durch eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet. In fast der Hälfte der Unternehmen sind nur ein bis zwei Personen tätig, lediglich 7 % beschäftigen zehn Personen oder mehr. Dabei spielt die Mitarbeit der Inhaber und deren Angehörigen eine entscheidende Rolle. Außerdem ist die Teilzeitbeschäftigung von großer Bedeutung, mit der versucht wird, die unterschiedliche Belastung zu einzelnen Tageszeiten, Wochentagen und im jahreszeitlichen Verlauf auszugleichen.

Tab. 3: Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigten im Gastgewerbe

Jahr	Unternehmen	Beschäftigte	Beschäftigte je Unternehmen
	1985 = 100		
1950	73	50	3,1
1960	89	77	3,9
1968	90	82	4,1
1979	101	94	4,2
1985	100	100	4,6

15.3.3 Umsätze

Die Unternehmen des Gastgewerbes erzielten 1984 einen durchschnittlichen Jahresumsatz von rund 265 000 DM. Umsätze unter 50 000 DM hatten 1984 immerhin etwa 12 % der Gastgewerbeunternehmen, dagegen verzeichneten 3,2 % einen Umsatz von 1 Mill. DM und mehr.

Insgesamt wurden 1984 rund 50 Mrd. DM im Gastgewerbe umgesetzt, damit wurde je Beschäftigten ein Umsatz von 60 000 DM erzielt.

Die Umsatzentwicklung spiegelt die saisonalen Schwankungen des Reiseverkehrs mit einem ausgeprägten „Hoch“ im Sommer und einem „Tief“ im Winter wider, das von einem leichten Aufschwung in der Weihnachtszeit unterbrochen wird.

15.3.4 Kostenstruktur

In der Kostenstruktur im Gastgewerbe macht sich der Dienstleistungscharakter dieser Branche besonders bemerkbar. Bei einer Gesamtleistung je Unternehmen von rund 227 000 DM entfielen 1981 allein 21 % auf Personalkosten, etwa 8 % auf Mieten und Pachten und knapp 21 % auf übrige Kosten (Brennstoffe, Instandhaltungskosten u. ä.). Der Material- und Wareneinsatz betrug rund 38 % des Umsatzes (Gesamtleistung). Als Betriebsergebnis verblieben den Inhabern der Gastgewerbeunternehmen durchschnittlich 12 % des Umsatzes.

15.4 Kreditinstitute

Im Rahmen einer hochentwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft, und damit das Bankensystem, eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Diese werden in der Bundesrepublik Deutschland unter der Aufsicht der Deutschen Bundesbank wahrgenommen, die als Notenbank Hüterin der Währung ist. Mit verschiedenen Mitteln – wie Zinspolitik, Offen-Markt-Politik usw. – kann sie innerhalb gewisser Grenzen die Geldversorgung der Volkswirtschaft steuern und damit zugleich Einfluß auf Konjunktur und Wachstum nehmen. Die Deutsche Bundesbank sorgt dabei auch für den nötigen Bargeldumlauf, der 1986 bei rund 124 Mrd. DM lag.

Aus der Zusammenarbeit von Bundesbank und den sogenannten Geschäftsbanken fallen Informationen an, die zu statistischen Ergebnissen zusammengestellt werden und wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Entwicklung des Bankensystems liefern.

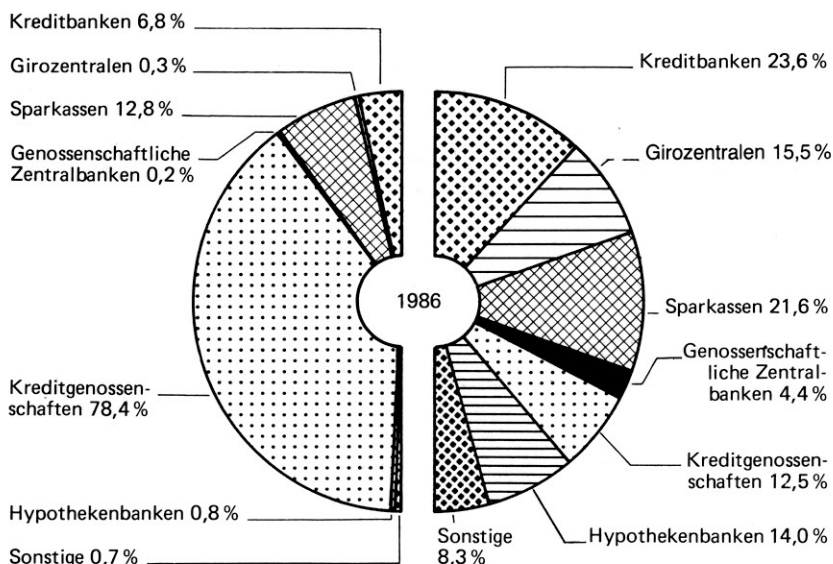
15.4.1 Unternehmen

Im deutschen Bankwesen ist seit Jahren ein Fusionsprozeß im Gange. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 3784 berichtspflichtige

Abb. 8: Kreditinstitute und ihr Geschäftsvolumen

Kreditinstitute insgesamt 4 595

Geschäftsvolumen insgesamt 3 551 Mrd. DM



Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichtspflicht einbezogen, so daß Ende 1985 4659 und Ende 1986 4595 Kreditinstitute berichtspflichtig waren. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen am Geschäftsvolumen sind jedoch andere Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, von weitaus größerer Bedeutung.

15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1985 waren 628000 Erwerbstätige (2,4 % aller Erwerbstätigen) in Kredit- oder sonstigen Finanzierungsinstituten tätig, gegenüber 455000 im Jahr 1971.

Den im Rahmen der Arbeitskostenerhebung 1984 befragten Kreditinstituten waren im Durchschnitt je Arbeitnehmer 61715 DM an Arbeitskosten entstanden. Fast die Hälfte (49,1 %) entfiel auf die sogenannten Personalnebenkosten, das sind im wesentlichen Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie für die berufliche Bildung.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken läßt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefaßten Bilanz erscheinen (*Tab. 4 und Tab. 5*).

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Kreditinstitute, wurden 1986 zu rund 74 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, 21 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, 5 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 85 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 48 % den größten Anteil. Rund 12 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten, etwa 3 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 1986 bestanden 25 Mill. Bausparverträge mit den 31 Bausparkassen im Bundesgebiet. Sie hielten Einlagen in Höhe von 120 Mrd. DM und hatten Baudarlehen mit einer Gesamtsumme von 144 Mrd. DM vergeben. Gegenüber

1970, als 9,6 Mill. Verträgen 40,6 Mrd. DM an Einlagen und 34,7 Mrd. DM an Baudarlehen gegenüberstanden, war damit eine deutliche Ausweitung des Bauspargeschäfts zu verzeichnen.

Tab. 4: Aktiva der Kreditinstitute
in Mill. DM

Forderungen (Aktiva)	1970	1980	1986
Barreserve	31 241	70 898	80 874
Schecks und Inkassopapiere	2 356	4 029	6 243
Kredite an Kreditinstitute	214 013	658 266	1 112 152
Kredite an Nichtbanken	543 733	1 542 852	2 232 945
Beteiligungen	4 990	19 061	32 479
Sonstige Aktiva	21 528	56 154	86 428
Geschäftsvolumen insgesamt	817 861	2 351 260	3 551 121

Tab. 5: Passiva der Kreditinstitute
in Mill. DM

Verbindlichkeiten (Passiva)	1970	1980	1986
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	195 618	601 521	840 012
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	447 058	1 185 331	1 762 550
Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	118 748	413 594	684 219
Kapital (einschließlich offener Rücklagen gem. § 10 KWG)	29 473	76 923	127 967
Sonstige Passiva	26 964	73 891	136 373
Geschäftsvolumen insgesamt	817 861	2 351 260	3 551 121

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z.B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

1986 setzten die Kreditinstitute festverzinsliche Papiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 257,1 Mrd. DM ab. Insge-

samt waren Ende 1986 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 1 017,7 Mrd. DM im Umlauf. Der Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten betrug 1986 37,6 Mrd. DM. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 141,2 Mrd. DM.

Tab. 6: Absatz und Umlauf von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
	Mill. DM Nominalwert			
1970	20 816	158 005	2 374	55 604
1980	137 453	548 645	3 702	91 134
1986	257 125	1 017 723	4 560	114 680

1 Am Jahresende.

2 Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Rentenmarkt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 1986 waren Aktien mit einem Nominalwert von 114,7 Mrd. DM im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr erstmals gegen Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien betrug 4,6 Mrd. DM (Nominalwert).

15.5 Versicherungen

Die Versicherungswirtschaft bietet mit einem breitgefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1985 von ungefähr 5700 auf 2569 zurückgegangen.

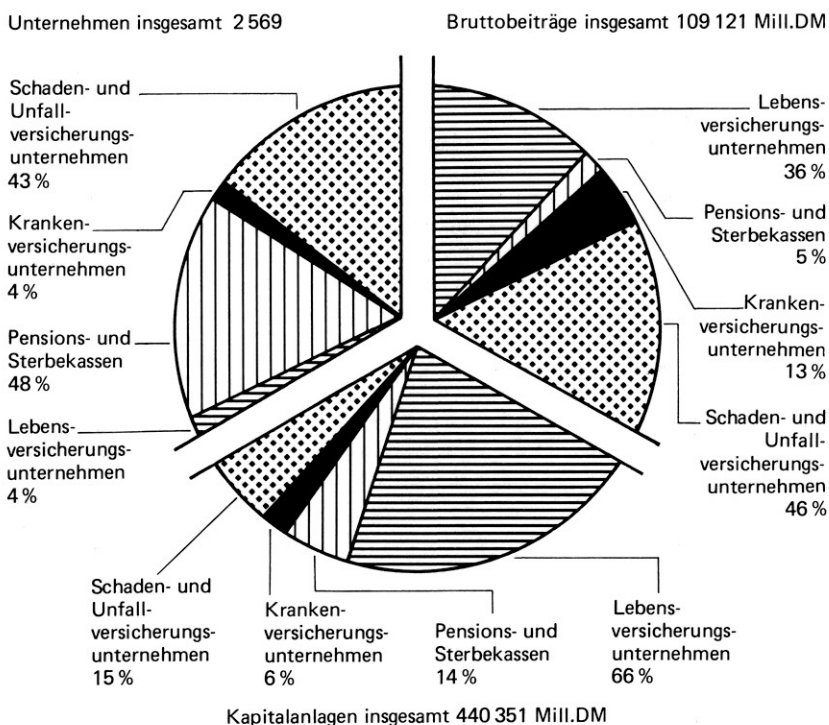
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1985 waren in Versicherungsunternehmen 323000 Personen tätig. 1971 waren im Versicherungsgewerbe 233000 Erwerbstätige gezählt worden.

Die Arbeitskosten beliefen sich im Bereich der Versicherungsunternehmen auf durchschnittlich 66847 DM je Arbeitnehmer (1984), von denen 48,5 % auf Personalnebenkosten (vgl. 15.4.2) entfielen. Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer lagen damit um rund 5100 DM höher als bei Kreditinstituten.

15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit läßt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Abb. 9: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 1985
Ohne Rückversicherungsunternehmen



Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1985 in der Bundesrepublik Deutschland 105 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 4,1 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 1985 rund 1 117 Mrd. DM. Das Beitragsaufkommen von über 39 Mrd. DM im Jahr 1985 entsprach einem Anteil von etwa 36 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen¹. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1985 einen Anteil von 66 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft¹.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z. B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und daher nicht im gleichen Maß Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Für die Kranken- sowie die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen gibt *Tab. 7* einen Überblick über Beiträge einerseits und Zahlungen für Versicherungsfälle andererseits.

Bei den Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle (1985: rund 9,4 Mrd. DM) hatten die Krankheitskosten einen Anteil von 66 %. Bei den Schaden- und Unfallversicherungen waren die Aufwendungen der Kraftfahrtversicherung mit 47 % von besonderem Gewicht.

Tab. 7: Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle

Jahr	Krankenversicherungs- unternehmen		Schaden- und Unfallver- sicherungsunternehmen	
	Brutto- beiträge	Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	Brutto- beiträge	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle
	Mill. DM			
1970	4 098	2 624	12 791	9 924
1980	9 825	7 096	36 397	28 633
1985	13 616	9 378	50 693	38 772

15.6 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der Freien Berufe und der besonderen Probleme ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen.

¹ Ohne Rückversicherungsunternehmen.

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Personen gerechnet, die selbständig in einem wissenschaftlichen, künstlerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf tätig sind (nicht jedoch selbständige Gewerbetreibende). Während über die freiberuflich im Gesundheitswesen Tätigen und über einige beratende Berufe, wie Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Architekten und Ingenieure, Material vorliegt, können über selbständige Dolmetscher, Designer usw. kaum Angaben gemacht werden.

15.6.1 Freiberuflich tätige Personen und ihre Einkünfte

Eine gewisse Vorstellung von der Anzahl der freiberuflich tätigen Personen – mit einem gesonderten Nachweis der wichtigsten Freien Berufe – vermitteln die Angaben über die Einkommensteuerpflichtigen. Da diese Statistik erst nach Abwicklung der Einkommensteuer-Veranlagung durchgeführt werden kann, liegen zur Zeit erst Ergebnisse für das Jahr 1983 vor.

**Tab. 8: Steuerpflichtige freiberuflich tätige Personen
mit Einkünften aus selbständiger Arbeit 1983**

Berufsgruppen	Anzahl der Steuer- pflichtigen	Durchschnitts- einkünfte aus selbständiger Arbeit (DM)	Davon		
			unter 25 000 DM	25 000 bis 75 000 DM	75 000 DM und mehr
			in %		
Rechtsanwälte und Notare	23 000	135 983	13,1	30,9	56,0
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, sonstige Wirtschaftsberater	25 287	113 483	12,8	32,7	54,5
Ärzte	55 789	179 592	5,7	17,4	76,9
Zahnärzte, einschließlich Dentisten, aber ohne Zahntechniker	21 297	229 909	3,7	12,5	83,7
Tierärzte	3 242	87 044	12,2	37,9	49,9
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	13 585	44 051	37,9	48,5	13,6
Architekten, einschließlich Innenarchitekten, Vermessungsingenieure, Bauingenieure, sonstige Ingenieure und Techniker, Chemiker und Chemotechniker	41 185	88 833	20,4	40,7	38,9
Künstlerische Berufe	11 011	35 485	63,3	26,2	10,5
Sonstige Freie Berufe	91 206	48 801	53,9	28,2	17,9
Zusammen veranlagte Ehepaare, die beide freiberuflich tätig sind	23 536	131 783	33,6	20,2	46,2
Insgesamt	309 138	108 028	28,5	27,7	43,7

1983 gab es rund 309 140 Steuerpflichtige (darunter 23 536 beiderseits freiberuflich tätige Ehepaare), die in den in Tab. 8 genannten Berufsgruppen tätig waren. Sie hatten durchschnittliche Jahreseinkünfte (Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten) von etwa 108 000 DM. Am besten schnitten Zahnärzte und Dentisten ab; 76 % lagen 1983 mit ihren jährlichen Einkünften über 100 000 DM, 34 % überschritten sogar 250 000 DM; unter den Ärzten hatten rund 67 % Einkünfte in Höhe von 100 000 DM und mehr. Am unteren Ende der Einkommensskala standen die in künstlerischen Berufen Tätigen. Sie hatten ein Durchschnittseinkommen von 35 500 DM im Jahr. 63 % verdienten sogar weniger als 25 000 DM jährlich.

15.6.2 Beschäftigte

Nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren im freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte usw.) sowie in Rechtsanwaltspraxen, Unternehmensberatungen, Architektur- und Ingenieurbüros 1986 rund 788 400 Personen (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt, allein 40,3 % beim freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen.

Tab. 9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am 30. Juni 1986

Wirtschaftsklasse	Beschäftigte
Freiberufliches Gesundheitswesen	312 299
Freiberufliches Veterinärwesen sowie Anstalten und Einrichtungen	5 116
Rechtsanwaltspraxen, Notariate, sonstige Rechtsberatung	75 355
Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	184 888
Architekten-, Bauingenieur-, Vermessungs- und sonstige Büros	210 761

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnen auch die Auszubildenden. 1985 wurden etwa 131 500 Jugendliche im Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ ausgebildet. Nahezu 96 % waren Mädchen, die vor allem eine Ausbildung als Arzt- oder Zahnarzthelferin, als Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie als Rechtsanwalts- und Notargehilfin durchliefen. Insgesamt entfielen auf die Freien Berufe 1985 Anteile von 7,2 % aller Auszubildenden bzw. von 16,9 % der weiblichen Auszubildenden. Die Freien Berufe leisteten damit einen bedeutenden Beitrag zur beruflichen Ausbildung junger Menschen.

16 Preise und Löhne

16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise berührt jeden einzelnen, sei es bei seinen täglichen Einkäufen oder bei den Überlegungen, ob er sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern u. ä. – sind aber ebenso für die Unternehmen von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt wirkt sich die allgemeine Preisentwicklung aus, wenn es gilt, zwischen den Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für Arbeitnehmer wie für Unternehmen gleichermaßen bedeutsam: für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen einer der wesentlichen Kostenfaktoren.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig zu dem Schlagwort Preis-Lohn- bzw. Lohn-Preis-Spirale verkürzt. Es besagt in starker Vereinfachung, daß Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und daß Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

16.2 Preisindizes

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für fast alle Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an den Endverbraucher, werden zu diesem Zweck von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet. So gibt es Preisindizes für Grundstoffe und landwirtschaftliche Betriebsmittel, für Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise berechnet.

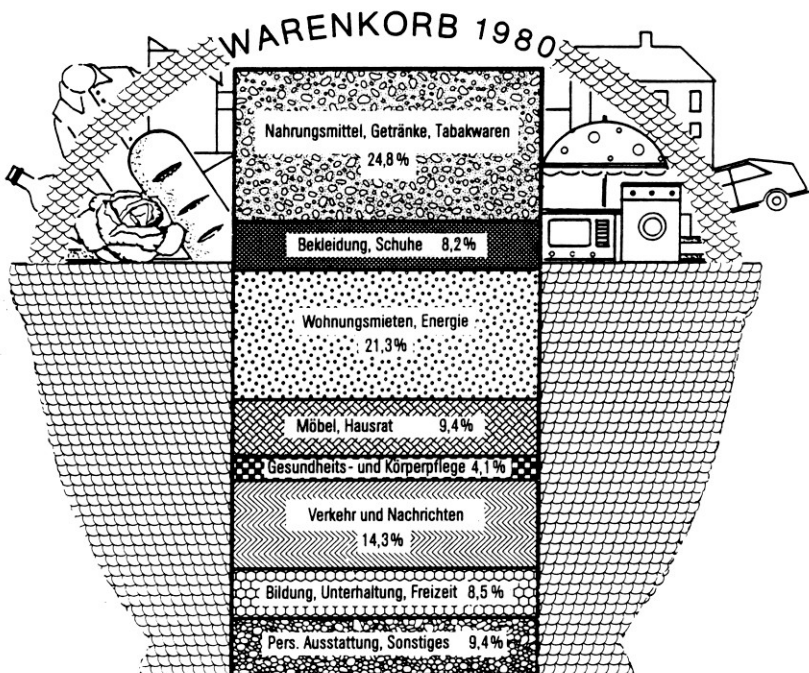
Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine „Meßlatte“ zu liefern, an der durch-

schnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Preisindex für die Lebenshaltung – dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes – erläutert.

16.3 Preisindex für die Lebenshaltung

Die amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung werden in der Öffentlichkeit häufig falsch interpretiert. Weit verbreitet ist das Mißverständnis, ein Index könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird verkannt, daß für die Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen interessant sind. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet. Zu diesem Zweck werden anhand von Aufzeichnungen in Haushaltsbüchern bestimmte Haushaltstypen abgegrenzt, die sich nach Größe, Zusammensetzung, Einkommen und Verbrauchsstruktur unterscheiden.

Abb. 1: Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet

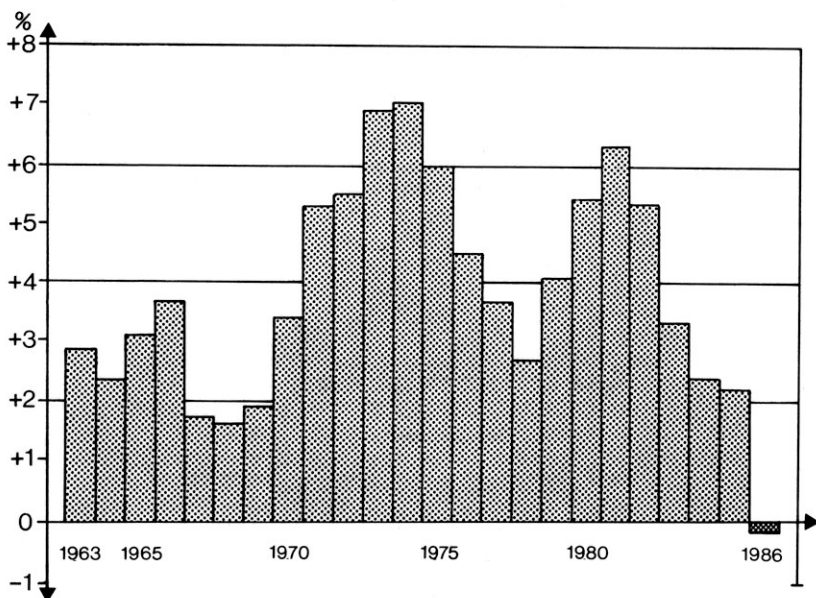


den. Es sind dies Vierpersonen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen, Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und Zweipersonen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern. Für diese Haushaltstypen werden spezielle Preisindizes berechnet. Daneben gibt es den umfassenden Preisindex aller privaten Haushalte.

Die Berechnung der einzelnen Preisindizes basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 750 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern in den „Warenkorb“ der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, daß z. B. eine Preiserhöhung bei Brot in der Indexberechnung stärker durchschlägt als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigten Positionen verfolgen Preisbeobachter in 118 über das ganze Land verteilten Gemeinden im Auftrag der amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Läden jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren

Abb. 2: Jährliche Preisveränderungsraten 1963 bis 1986



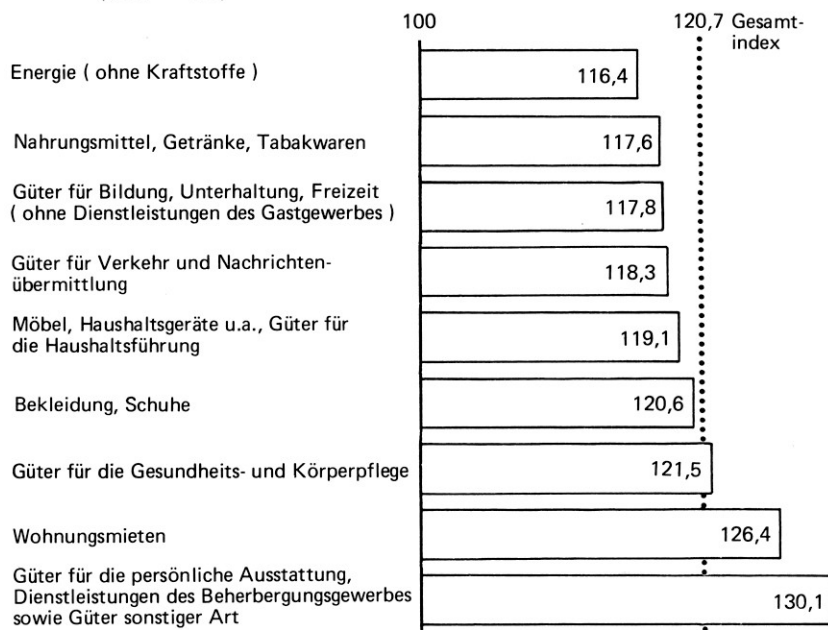
sich zu mehr als 300 000 Preisreihen. Schon aus dieser imposanten Zahl wird die umfassende Dokumentation der Preisentwicklung deutlich. In regelmäßigen Abständen werden die Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen hat sich auf der Basis 1980 = 100 zwischen 1950 und 1986 von 39,8 auf 120,7 Punkte erhöht, also verdreifacht.

Welche Preissteigerungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zugrunde, der erst für die Jahre ab 1962 ermittelt wird.

Innerhalb dieses Zeitraums waren 1973 und 1974 mit 6,9 % bzw. 7,0 % die höchsten durchschnittlichen Preissteigerungsraten (Inflationsraten) zu verzeichnen. Hauptursache hierfür waren die starken Ölpreiserhöhungen dieser Jahre. Umgekehrt wirkte sich der Ölpreiserückgang des Jahres 1986 ganz wesentlich auf den Preisindex für die Lebenshaltung aus, der sich erstmals im dargestellten Beobachtungszeitraum verringerte, und zwar um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 3: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1986
nach ausgewählten Gütergruppen
(1980 = 100)



Wie Abb. 3 zeigt, verlief die Preisentwicklung bei den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich. Bei einer allgemeinen Steigerung der Verbraucherpreise von 20,7% im Zeitraum von 1980 bis 1986 sind für Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art Preiserhöhungen von rund 30% festgestellt worden; bei Energie (ohne Kraftstoffe) betrug die Preiserhöhung dagegen nur 16%.

Die häufig geäußerte Vermutung, der Preisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem damit zusammen, daß zum einen Preissteigerungen stärker empfunden werden als gleichbleibende oder gar sinkende Preise und daß zum anderen häufig vergessen wird, daß in den Preisindizes durchschnittliche Preiserhöhungen für die Verbrauchsausgaben eines fiktiven Haushalts erfaßt werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Haushalt heizt beispielsweise mit Öl und profitiert von den Preissenkungen in diesem Bereich. Ein anderer Haushalt, der Gas verwendet, das sich weniger (bzw. erst mit zeitlicher Verzögerung) verbilligt hat, wird durch die Preisentwicklung in weit geringerem Umfang entlastet. Im Budget des fiktiven Indexhaushalts sind – entsprechend der anteiligen Verbrauchsbedeutung – alle Heizenergiearten (Gas, Kohle, Koks, Holz, Elektrizität und Öl) vertreten, so daß auch die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Energieträger entsprechend in die Indexberechnung eingeht. Aus diesem Grund wirken sich extreme Preissteigerungen oder Preissenkungen in gemilderter Form auf die Entwicklung des Gesamtindex aus.

Ein längerfristiger Vergleich der verschiedenen Preisindizes zeigt, daß die einzelnen Haushaltstypen von Preissteigerungen nicht gleichmäßig betroffen sind. So ist beispiels-

Tab. 1: Preisindizes für die Lebenshaltung
(1980 = 100)

Jahr	Vierpersonen-Haushalte v. Angestellten u. Beamten mit höherem Einkommen	Vierpersonen-Arbeitnehmer- haushalte mit mittlerem Einkommen	Zweipersonen-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfe- empfängern	Einfache Lebens- haltung eines Kindes	Alle privaten Haus- halte
1962	50,0	50,5	48,7	47,2	49,7
1970	60,8	61,7	61,3	58,7	61,0
1980	100	100	100	100	100
1982	112,2	112,0	112,1	111,0	111,9
1984	118,7	118,4	118,7	117,0	118,4
1985	121,5	120,9	121,1	118,5	121,0
1986	121,4	120,7	121,4	118,9	120,7

weise der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen von 1962 bis 1986 um 139 %, der von Zweipersonen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern um 149 % gestiegen. Der Preisindex für die Lebenshaltung eines Kindes hat sich sogar um 152 % erhöht.

16.4 Einzelhandels- und Großhandelsverkaufspreise

Im Unterschied zum Preisindex für die Lebenshaltung, der sich auf die Ausgaben privater Haushalte bezieht, mißt der Index der Einzelhandelspreise die Entwicklung der Verkaufspreise im Einzelhandel. Zwar sind die Einkaufspreise der privaten Haushalte für Waren des Einzelhandels zugleich dessen Verkaufspreise, Unterschiede ergeben sich aber einerseits daraus, daß in den Einzelhandelspreisindex auch die Preisentwicklung von Gütern einbezogen wird, die hauptsächlich von Nichthaushalten (z. B. Handwerksbetriebe, Behörden, Angehörige Freier Berufe) nachgefragt werden, und andererseits dadurch, daß in den Preisindex für die Lebenshaltung auch die Preise von Waren und Dienstleistungen anderer Bereiche eingehen.

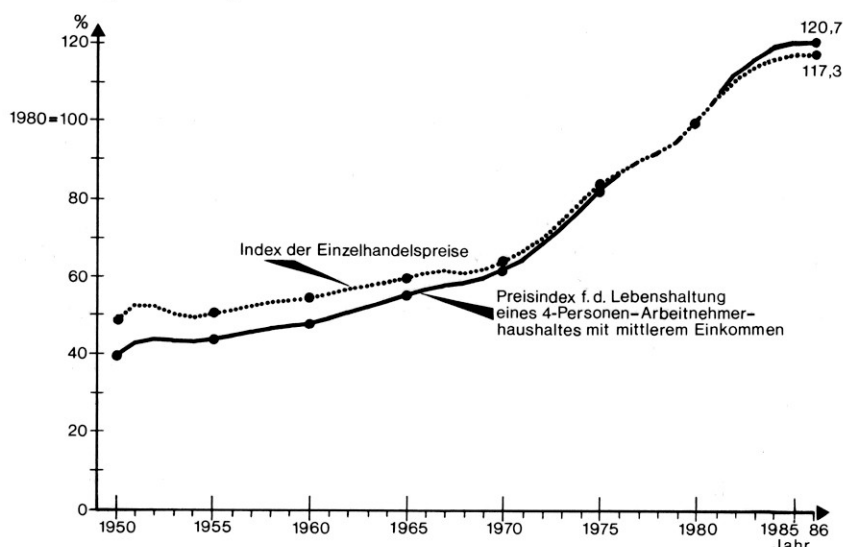
Tab. 2: Indizes der Einzelhandels- und der Großhandelsverkaufspreise

Jahr	Index der Einzelhandelspreise 1980 = 100	Index der Großhandelsverkaufspreise 1980 = 100
1950	48,1	–
1960	54,2	55,2
1970	63,4	59,7
1980	100	100
1985	117,5	117,5
1986	117,3	108,8

Seit 1980 sind die Einzelhandelspreise nicht ganz so stark gestiegen wie die Lebenshaltungspreise, nämlich um 17 % (1986). Von 1950 bis 1986 haben sich die Einzelhandelspreise um rund 144 % erhöht, während sich die Preise für die Lebenshaltung (Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) verdreifacht haben (vgl. 16.3 sowie Abb. 4).

Abb. 4 zeigt die deutliche Beschleunigung des Preisanstiegs in den Jahren von 1970 bis 1982 gegenüber dem Zeitraum 1950 bis 1970. Seit 1983 haben sich die Preissteigerungen in allen Bereichen hingegen wieder deutlich verlangsamt.

Abb. 4: Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung und des Index der Einzelhandelspreise
(1980 = 100)



Die Großhandelsverkaufspreise, für die ein Index erst ab 1960 zur Verfügung steht, sind von 1960 bis 1986 weniger stark gestiegen als die Einzelhandelspreise (+ 97 % bzw. + 116 %); auch in einzelnen Zeitabschnitten war der Verlauf der beiden Indizes unterschiedlich, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Index der Einzelhandelspreise die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer enthält, während der Index der Großhandelsverkaufspreise ab 1968 ohne diese Steuer berechnet wird.

16.5 Preisindex für Wohngebäude

Weitaus stärker als die Preise für die Lebenshaltung und die Einzelhandelspreise haben sich seit 1950 die Baupreise erhöht.

Für die Errichtung von Wohngebäuden mußte man 1986 etwa sechsmal soviel bezahlen wie 1950. Dabei sind die enormen Steigerungen der Kaufwerte für Bauland noch nicht berücksichtigt. Nach der Statistik der Kaufwerte für Bauland, die sich auf die Auswertung der Unterlagen über tatsächlich getätigte Käufe bzw. Verkäufe stützt, wurde allein während des Bestehens dieser Statistik, d. h. in den Jahren 1962 bis 1985, nahezu eine Verachtfachung der durchschnittlich gezahlten Quadratmeterpreise für baureifes Land festgestellt.

Tab. 3: Preisindex für Wohngebäude
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk)
(1980 = 100)

Jahr	Preisindex für Wohngebäude ¹
1950	19,1
1960	30,0
1970	52,0
1980	100
1985	114,5
1986	116,2

¹ Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Die erfaßten Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Art und Größe des Grundstücks usw. Dies zeigen beispielsweise die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1985, als ein Quadratmeter Bauland (baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland) im Bundesgebiet im Durchschnitt für 78,69 DM verkauft wurde, wobei der niedrigste tatsächlich bezahlte Quadratmeterpreis bei 0,18 DM und der höchste bei 5000,00 DM lag. Im dritten Vierteljahr 1986 betrug der entsprechende Durchschnittswert 81,77 DM, der Höchstwert 2475,73 DM und der niedrigste 0,29 DM.

16.6 Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte

Erzeugerpreise sind die Preise, zu denen die von landwirtschaftlichen Betrieben und gewerblichen Unternehmen produzierten Güter (im Inland) abgesetzt werden. Diese Produkte gelangen in der Regel nicht unmittelbar an die Verbraucher, sondern werden bei anderen Unternehmen in der Produktion eingesetzt oder gehen an den Handel, der sie – zum Teil über verschiedene Stufen – an Verbraucher oder Unternehmen absetzt.

Die größten Preissteigerungen sind im Bereich der gewerblichen Produktion bei den bergbaulichen Erzeugnissen festzustellen, deren Preise sich seit 1950 mehr als versiebfacht haben und seit 1980 um 28 % gestiegen sind. Die Preise für Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes haben sich dagegen seit 1950 nur um 90 % und seit 1980 um 13 % erhöht. Der Gesamtindex lag 1986 bei 118 gegenüber knapp 44 im

Tab. 4: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
(1980 = 100)

Erzeugnisse	1950	1960	1970	1980	1985	1986
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt	43,6	53,4	60,8	100	121,8	118,2
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	17,1	29,8	36,7	100	133,9	127,9
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	33,7	50,8	53,0	100	146,1	141,8
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	40,8	55,7	58,2	100	120,9	106,1
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	39,3	51,0	63,4	100	118,4	121,1
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	52,8	53,0	62,4	100	117,4	118,6
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	59,6	61,6	69,1	100	114,2	113,4

Jahr 1950 (Basis 1980 = 100), hatte also eine Steigerung um 171 % zu verzeichnen. Innerhalb eines Jahres aber sank er um 3 %, vor allem bedingt durch den Preisverfall bei Mineralölprodukten um 36 % von 1985 auf 1986.

In längerfristiger Betrachtung weisen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise oft kräftige Preisausschläge nach beiden Seiten auf. Dies ist zum nicht geringen Teil auf die unterschiedlichen Ernteverhältnisse in den einzelnen Jahren zurückzuführen. 1982 hatte der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte seinen bisherigen Höchststand erreicht, seither ist er rückläufig.

Tab. 5: Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte¹
(1980 = 100)

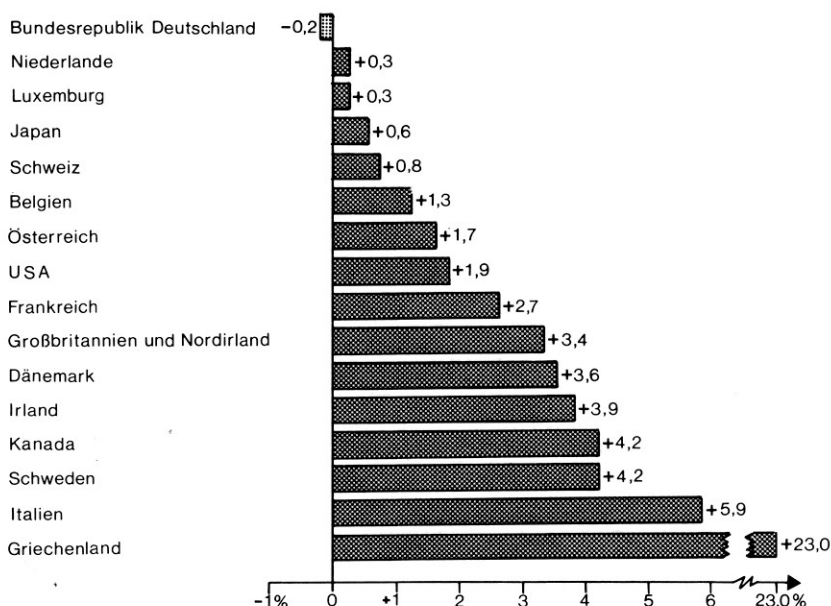
Erzeugnisse	1961	1970	1980	1984	1985	1986
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	68,6	68,4	100	106,9	103,1	97,2
Pflanzliche Produkte	70,4	56,6	100	106,5	101,1	98,7
Tierische Produkte	69,1	73,6	100	107,0	103,9	96,6

¹ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer und ohne Aufwertungsausgleich.

16.7 Internationaler Vergleich der Preisentwicklung

Ein Blick über die Grenzen läßt erkennen, daß die Verbraucherpreise in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften sowie einer Reihe anderer großer Industriestaaten im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland weiter gestiegen sind. Gegenüber den Vorjahren hat sich allerdings der Preisauftrieb (gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung) in allen aufgeführten 16 Ländern mit Ausnahme Griechenlands zum Teil erheblich abgeschwächt. In der Bundesrepublik Deutschland waren die Verbraucherpreise im Jahr 1986 erstmals seit 1953 wieder rückläufig. In den Niederlanden, in Luxemburg, in Japan und in der Schweiz betrug der Preisanstieg weniger als 1 %. Am oberen Ende der Skala stand Griechenland mit Preissteigerungen von 23 % (vgl. Abb. 5).

**Abb. 5: Preisveränderungen 1986 gegenüber 1985
im internationalen Vergleich in Prozent**
Preisindex für die Lebenshaltung



Zieht man die Entwicklung der letzten sechs Jahre für den Vergleich heran, ergibt sich ein ähnliches Bild. In Japan, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden lagen die Preissteigerungen von 1980 bis 1986 unter 25 %, während sich in Italien die Lebenshaltung um mehr als 100 % und in Griechenland um mehr als 200 % verteuerte.

16.8 Verdienste von Arbeitern und Angestellten

16.8.1 Jahresverdienste

Jeder Arbeitnehmer weiß sicherlich, was er am Monatsende – bildlich gesprochen – in der Lohntüte hat. Nicht jedem ist jedoch bekannt, was er brutto, also vor Abzug von Steuern, Sozialabgaben u. ä., verdient. Erst recht gilt dies, wenn man auch einmalige Sonderzahlungen, Gratifikationen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt usw. berücksichtigt, wie es in *Tab. 6* geschieht.

Tab. 6: Bruttojahresverdienste

von (vollbeschäftigten) Arbeitern in der Industrie und Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in DM

Berufliche Stellung	Geschlecht	1971	1981	1985
Arbeiter	insgesamt	15 987	33 454	38 279
	Männer	17 298	35 515	40 582
	Frauen	11 068	24 402	27 986
Angestellte	insgesamt	18 529	42 707	48 611
	Männer	22 151	49 035	56 329
	Frauen	13 396	31 392	35 522

Vergleicht man die Verdienste von Arbeitern und Angestellten, so lassen sich eine Reihe von interessanten Entwicklungen erkennen. Die Jahresverdienste der Arbeiter haben sich von 1971 bis 1985 um 139 %, die der Angestellten sogar um 162 % erhöht. Dadurch hat sich auch der Abstand zwischen den Verdiensten von Arbeitern und Angestellten vergrößert. 1971 verdiente ein Arbeiter im Durchschnitt rund 86 % von dem, was ein Angestellter bezog. 1985 lag dieser Anteil bei etwa 79 %. Hinsichtlich des Verdienstabstandes ist die unterschiedliche Bereichsabgrenzung (Arbeiterverdienste werden nur für die Industrie erfaßt), Betriebsgröße sowie vor allem die höherwertige Tätigkeit der Angestellten zu berücksichtigen. Die Entwicklung ist auch davon beeinflusst, daß besonders qualifizierte Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Obwohl Frauen nach wie vor wesentlich weniger verdienen als Männer, konnten sie doch innerhalb der letzten Jahre etwas an Boden gutmachen. Die Verdienste der Arbeiterinnen lagen 1985 im Durchschnitt um 31 % unter denen ihrer männlichen Kollegen. 1971 hatte der Abstand dagegen noch rund 36 % betragen. Die entsprechende Spanne verringerte sich bei den Angestellten zwischen 1971 und 1985 von 40 % auf 37 %.

Die deutlichen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern haben verschiedene Ursachen. Zum einen sind Frauen im Durchschnitt weniger gut ausgebildet (siehe dazu Kap. 2) und damit häufig in weniger qualifizierten Berufen tätig. Zum zweiten bleiben ihnen Tätigkeiten, die durch besondere Erschwernisse (Lärm, Hitze, Gefahr) gekennzeichnet sind, aber auch durch entsprechende Zuschläge abgolgten werden, völlig verschlossen (z. B. Tätigkeiten im Bergbau, am Hochofen o. ä.). Umgekehrt sind in Wirtschaftsbereichen, in denen die Verdienste niedrig liegen, besonders viele Frauen beschäftigt, z. B. in der Textil- und der Schuhindustrie (siehe 16.8.2).

Außerdem wirkt sich aus, daß Männer mehr Überstunden leisten als Frauen (*vgl. Tab. 7*) und daß Frauen – auch wenn man die Ausbildungsunterschiede berücksichtigt – sowohl in den mittleren als auch gehobenen Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Bei den Angestellten muß noch berücksichtigt werden, daß die Verdienste der technischen Angestellten erheblich über denen der kaufmännischen Angestellten liegen (*s. Tab. 9*), daß aber nur 6 % der weiblichen Angestellten in technischen Berufen tätig sind gegenüber 45 % der männlichen Angestellten.

Tab. 7: Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der (vollbeschäftigten) Arbeiter in der Industrie

Jahr	Frauen	Männer
1960	43,2	46,3
1965	41,4	45,1
1970	40,7	44,8
1975	38,3	41,2
1980	40,0	42,1
1985	39,5	40,9
1986	39,2	40,8

16.8.2 Stundenlöhne der Industriearbeiter

Bei den Bruttostundenverdiensten der Industriearbeiter bestehen nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und den verschiedenen Leistungsgruppen.

Der Stundenlohn aller Industriearbeiter hat sich von 1960 bis 1986 mehr als versechsfacht, wobei die Stundenlöhne der Arbeiterinnen etwas stärker anstiegen als die ihrer männlichen Kollegen. Auch anhand der Stundenlöhne zeigt sich also, daß der Abstand zwischen der Bezahlung von Männern und von Frauen geringer geworden ist.

Bei einem Durchschnittsstundenlohn von 17,85 DM im Jahr 1986 für männliche Industriearbeiter wurden die höchsten Stundenlöhne mit durchschnittlich 22,77 DM in der Mineralölverarbeitung gezahlt, die niedrigsten in der Lederverarbeitenden Industrie mit 14,06 DM. Unterscheidet man nach sogenannten Leistungsgruppen zwischen Facharbeitern (Leistungsgruppe 1), angelernten Arbeitern (Leistungsgruppe 2) und Hilfsarbeitern (Leistungsgruppe 3), ergeben sich 1986 für die gesamte Industrie folgende Durchschnittswerte:

Leistungsgruppe 1: 18,74 DM

Leistungsgruppe 2: 16,99 DM

Leistungsgruppe 3: 15,14 DM

In der Leistungsgruppe 1 variierten die Stundenlöhne für männliche Industriearbeiter zwischen 23,58 DM in der Mineralölverarbeitung und 15,01 DM in der Lederverarbeitenden Industrie. In der Leistungsgruppe 3 lag die Bandbreite 1986 zwischen 17,71 DM (Herstellung von Chemiefasern) und 11,89 DM (Schuhindustrie).

**Tab. 8: Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie
in DM**

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1960	2,69	2,89	1,89
1965	4,26	4,54	3,09
1970	6,09	6,49	4,49
1975	9,85	10,40	7,52
1980	13,41	14,16	10,25
1985	16,39	17,23	12,54
1986	16,99	17,85	13,04

16.8.3 Monatsverdienste der Angestellten

Auch bei den Angestellten ist eine breite Fächerung der Verdienste festzustellen (vgl. Tab. 9). Je nachdem, welche Anforderungen und Fähigkeiten an eine Tätigkeit geknüpft sind, erfolgt eine Einordnung in die Leistungsgruppen II bis V.

Durchweg am wenigsten verdienen die Angestellten im Einzelhandel. Besonders hoch lagen die Durchschnittsgehälter in der Mineralölverarbeitung, im Bereich der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen und (für technische Angestellte) im Steinkohlenbergbau.

**Tab. 9: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten
in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1986**

Gegenstand der Nachweisung		Kaufmännische Angestellte	Technische Angestellte
		DM	
Durchschnittswert	Männer	4 045	4 653
	Frauen	2 738	3 152
Höchster Wert in	Männer	5 207	5 461
Leistungsgruppe II ¹	Frauen	4 212	4 785
Niedrigster Wert in	Männer	2 326	2 557
Leistungsgruppe V ²	Frauen	1 982	2 212

1 Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit.

2 Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

16.9 Nominal- und Reallöhne

Bisher beschränkten sich die Nachweisungen auf die tatsächlichen, d. h. die sogenannten nominalen Verdienste. Preisänderungen, die die Kaufkraft der Einkommen beeinflussen, blieben demgegenüber zunächst unberücksichtigt. Bezieht man nun den Preisverlauf in die Betrachtung ein, so kommt man zu den Reallöhnen als einer Maßgröße für die Entwicklung der Kaufkraft (vgl. Tab. 10).

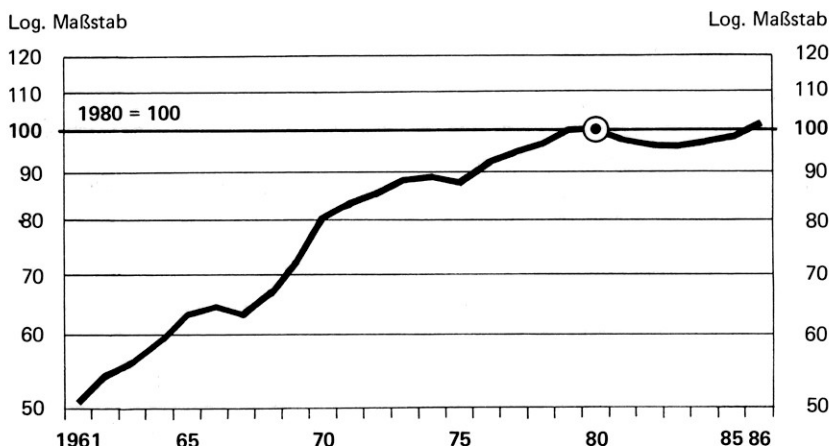
Tab. 10: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne
Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter
(1980 = 100)

Jahr	Nominal	Real
1950	11,4	28,6
1960	22,5	46,9
1965	34,7	63,0
1970	49,6	80,4
1975	72,6	87,9
1980	100,0	100,0
1981	104,4	98,2
1982	108,1	96,5
1983	111,0	96,0
1984	114,7	96,9
1985	118,5	98,0
1986	122,2	101,2

Ein Vergleich zeigt, daß die Reallohne zwar deutlich hinter den Nominallohnen zurückgeblieben sind, gleichwohl aber bis 1980 zum Teil kräftige Steigerungsraten zu verzeichnen waren. Während die Nominallohne 1980 rund neunmal so hoch lagen wie 1950, war der Reallohn oder die Kaufkraft der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste von Industriearbeitern 1980 etwa dreieinhalb mal so hoch. In den Jahren 1981 bis 1983 ist der Reallohn gegenüber den Vorjahren jeweils gesunken, während der Nominallohn weiter anstieg. Die Preissteigerungen waren also in diesen Jahren über die Lohnsteigerungen hinausgegangen, was zuvor nur in den Jahren 1967 und 1975 der Fall gewesen war. Seit 1984 stieg auch der Reallohn wieder an und lag 1986 etwas über dem Niveau von 1980 (vgl. Abb. 6).

Einschränkend ist anzumerken, daß hier von Bruttoverdiensten ausgegangen wird. Der für Verbrauchsausgaben maßgebliche Nettoverdienst ist von der jeweiligen Steuer- und Abgabenbelastung abhängig.

Abb. 6: Reallohnindex



16.10 Abgabenbelastung

Von besonderem Interesse ist neben der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter auch die Entwicklung der Abgabenlast auf Löhne bzw. Gehälter. Erst wenn Steuern und Sozialbeiträge gezahlt sind, ergibt sich das Nettoeinkommen.

Zur Quantifizierung der Abgabenlast können hilfsweise Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen werden. Aus diesen Ergebnissen läßt sich eine Abgabenquote (das Verhältnis von Lohnsteuern und tatsächlich gezahlten Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer zur gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme) ermit-

tein von knapp 16 % im Jahr 1960, die auf 23 % im Jahr 1970 und auf 33 % im Jahr 1986 stieg. Diese Relation vermittelt lediglich eine globale Größenordnung; je nach Einkommenshöhe, Familiengröße usw. ergeben sich im einzelnen starke Abweichungen und Unterschiede. Auch müßten – streng genommen – die Steuererstattungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagungen von der Abgabenbelastung abgezogen werden (vgl. 12.6).

16.11 Arbeitskosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Einkommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden.

Die Arbeitskosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, tarifvertraglichen Vereinbarungen und freiwilligen Leistungen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile „Entgelt für geleistete Arbeit“ und „Personalnebenkosten“ dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für geleistete Arbeit als die „direkte“ Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaubs-, Krankheits-, gesetzliche Feiertage), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung – zählen zu den Personalnebenkosten.

Von 1972 bis 1984 sind die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe weit stärker gewachsen (+ 191 %) als die Entgelte für geleistete Arbeit (+ 104 %). Entsprechend hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Personalnebenkosten von 35,7 auf 44,2 % der Arbeitskosten erhöht. Der Teil der Personalnebenkosten, der auf gesetzlichen Regelungen beruht (z. B. Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), stieg von 17,4 auf 19,3 % der gesamten Arbeitskosten.

Tab. 11: Arbeitskosten je Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe

Kostenart	1972	1984	1972	1984
	DM		%	
Arbeitskosten	22 929	53 987	100	100
Entgelt für geleistete Arbeit	14 737	30 131	64,3	55,8
Personalnebenkosten	8 191	23 857	35,7	44,2

Die Personalnebenkosten sind prozentual um so höher, je mehr Beschäftigte das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug 1984 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 39:61, bei Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten dagegen 48:52.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes variierten die Arbeitskosten 1984 zwischen 89842 DM je Arbeitnehmer in der Mineralölverarbeitung und 33300 DM je Arbeitnehmer im Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren). Den mit 52,1 % höchsten Anteil an Personalnebenkosten hatte der Wirtschaftszweig Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser zu verzeichnen (bei Arbeitskosten von 73369 DM je Arbeitnehmer); der mit 38,2 % niedrigste Anteil an Personalnebenkosten wurde im Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren) ermittelt.

Tab. 12: Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1984

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten je Arbeitnehmer		
	Insgesamt	Entgelt für geleistete Arbeit	Personalnebenkosten
	DM	%	
Großhandel	49 294	61,0	39,0
Einzelhandel	39 422	59,6	40,4
Kreditinstitute	61 715	50,9	49,1
Versicherungsgewerbe	66 847	51,5	48,5

Eine verhältnismäßig breite Streuung der Arbeitskosten ist auch im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen festzustellen. Während im Einzelhandel die Arbeitskosten je Arbeitnehmer bei 39400 DM lagen, entstanden im Versicherungsgewerbe Arbeitskosten je Arbeitnehmer von über 66800 DM. Der Anteil der Personalnebenkosten schwankte zwischen 39,0% und 49,1%, also etwa in gleichem Maße wie im Produzierenden Gewerbe.

Die Ursachen für die relativ großen Unterschiede der Arbeitskosten zwischen den Wirtschaftszweigen sind in erster Linie in der unterschiedlichen Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer zu vermuten. Bei den Personalnebenkosten wirken sich u. a. die Größenunterschiede zwischen den Unternehmen aus (große Unternehmen leisten mehr Sonderzahlungen, mehr Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie für Wohnungsfürsorge, Belegschaftseinrichtungen, Entlassungsentschädigungen u. ä.). Nicht zuletzt ist die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Unternehmen von Bedeutung, die einerseits den Umfang der freiwilligen Leistungen beeinflusst und andererseits auch bei Tarifverhandlungen Berücksichtigung findet.

17 Verkehr

17.1 Einführung

Das Verkehrswesen hat in einer modernen Industriegesellschaft grundlegende Bedeutung. Im Wirtschaftsleben ermöglicht erst die Vermittlerrolle des Verkehrs die Arbeitsteilung, auf der die industrielle Produktion sowie die Verteilung der produzierten Güter beruhen. Der Verkehr knüpft nicht nur die Verbindungen zwischen den Produzenten und zu den Märkten, sondern auch zwischen den Beschäftigten und ihren Arbeitsstellen. Weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus hat er zu einem Gewinn an Mobilität geführt und neue Ziele erreichbar gemacht. Im Nachrichtenwesen (Telefon, Postdienste, Rundfunk, Fernsehen usw.) mit seinen vielfältigen technischen Möglichkeiten trägt der ungehinderte Austausch von Informationen und Meinungen gleichfalls zu einer schnellen Überwindung räumlicher Entfernungen und damit zu einer verbesserten Kommunikation bei.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Wirtschaftswachstum, zunehmende Arbeitsteilung, internationale Verflechtungen, die wachsende Reiselust und eine Reihe weiterer Faktoren haben in den letzten Jahrzehnten zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens geführt. Voraussetzung hierfür war der Ausbau der Infrastruktur im Verkehrswesen. Besondere Anstrengungen wurden im Straßenbau unternommen. Sie zeigen sich u. a. darin, daß sich das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) von 1950 bis 1985

Tab. 1: Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur
1960 bis 1985

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1985
	km			
Straßennetz				
(Bundes-, Landes-, Kreisstraßen)	135 300	162 300	171 521	173 240
darunter Autobahnen	2 551	4 110	7 292	8 350
Gemeindestraßen	233 000	270 000	308 000	318 000
Schiennetz	36 019	33 010	31 497	30 568
Rohrfernleitungen	455	1 579	1 579	1 715
Benutzte Wasserstraßen	.	4 383	4 395	4 429

Tab. 2: Entwicklung der Infrastruktur im Nachrichtenwesen

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1985
	1 000			
Telefonanschlüsse				
Hauptanschlüsse	3 221	8 700	20 850	25 750
Nebenanschlüsse	2 716	5 040	7 703	11 987
Öffentliche Sprechstellen	57	94	156	162
Telexanschlüsse	35	80	139	164
Postbriefkästen	100	109	110	110
Postfächer	272	393	513	584
Hörfunkteilnehmer ¹	15 892	18 883	21 547	23 486
Fernsehteilnehmer ¹	4 635	16 213	19 703	21 103

¹ Nur gebührenpflichtige Teilnehmer.

um etwa 46 000 km auf 173 000 km erweitert hat. An Schienenwegen stehen zwar wegen Streckenstillegungen nur noch 30 600 km statt 38 600 km zu Beginn der fünfziger Jahre zur Verfügung, dafür ist der Verkehr auf wichtigen Strecken elektrifiziert und damit erheblich beschleunigt worden. Auch Häfen und Flugplätze wurden ausgebaut bzw. neu angelegt, Kanäle gezogen, Flüsse schiffbar gemacht und Rohrfernleitungen gebaut.

Im Bereich des Nachrichtenverkehrs hat sich die Zahl der Telefonanschlüsse seit 1960 versechsfacht. 1985 war in neun von zehn Haushalten ein Telefon vorhanden. Die Bundespost beförderte 1985 12,6 Mrd. Briefsendungen, gegenüber 8,5 Mrd. im Jahr 1960. Telexanschlüsse waren 1985 164 000 installiert, das sind nahezu fünfmal soviel wie 1960. Die Zahl der gebührenpflichtigen Hörfunkteilnehmer stieg in diesem Zeitraum von rund 16 Mill. auf über 23 Mill., die Zahl der Fernsehteilnehmer von knapp 5 Mill. auf rund 21 Mill.

17.3 Fahrzeugbestände

Der Bestand an Kraftfahrzeugen (Krafträder, Personen-, Kombinations-, Lastkraftwagen und Zugmaschinen) stieg von 8 Mill. 1960 auf knapp 32 Mill. im Jahr 1986. Dabei erhöhte sich allein die Zahl der Personenkraftwagen von annähernd 4,5 Mill. auf 26,9 Mill. Das sind rund sechsmal soviel wie vor 26 Jahren.

Zwischen 1960 und 1986 wurden insgesamt 52,9 Mill. Personenkraftwagen neu zugelassen, das sind rechnerisch 2 Mill. Fahrzeuge pro Jahr. Dieser Durchschnittswert entspricht etwa dem Wert des Jahres 1973, der seither lediglich 1974 unterschritten wurde. Seit 1976 liegen die jährlichen Zulassungszahlen zwischen 2,1 und 2,8 Mill. Personenkraftwa-

Tab. 3: Bestand an Straßen- und Schienenfahrzeugen

Jahr	Straße			Schiene		
	Kraftfahrzeuge			Trieb- fahrzeuge	Personen- wagen	Güter wagen ¹
	Insgesamt	darunter				
		Pkw	Lkw			
	1 000				Anzahl	
1960	8 004	4 489	681	10 083	21 951	315 125
1970	16 783	13 941	1 028	10 489	18 218	304 215
1980	27 116	23 192	1 277	10 160	14 471	337 519
1985	30 618	25 845	1 281	9 575	13 269	310 477
1986	31 748	26 917	1 295	.	.	.

1 Einschließlich Privatgüterwagen.

gen. Sie machen zugleich die große wirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie deutlich.

Der größte Teil der Personenkraftwagen wird privat genutzt. Daraus resultiert die Zunahme des Individualverkehrs mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Verkehrssituation in den Städten und den öffentlichen Nahverkehr.

Tab. 4: Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen
einschließlich Kombinationskraftwagen

Größenklasse Antriebsart	Maß- einheit	1960	1970	1980	1986
Zugelassene Personen- kraftwagen insgesamt	1 000	969,7	2 107,1	2 426,2	2 829,4
davon: (Hubraum)					
bis 1 199 cm ³	%	82,7	28,8	18,9	12,2
1 200 bis 1 499 cm ³	%		24,9	27,5	18,8
1 500 bis 1 999 cm ³	%		37,9	38,1	53,2
2 000 und mehr cm ³	%	17,3	8,5	15,5	15,8
darunter: (Antriebsart)					
Benzinmotor	%	97,1	27,0	91,9	72,6
Dieselmotor	%	2,9	2,8	8,1	27,4

Bei den Neuzulassungen geht die Tendenz eindeutig zum Kauf von Personenkraftwagen mit größerem Hubraum. Von den neu zugelassenen Personenkraftwagen hatten 1960 rund 17 % einen Hubraum mit 1 500 und mehr cm³, 1986 mehr als zwei Drittel. Auch der Dieselmotor ist in den letzten Jahren in der Gunst der Autofahrer gestiegen. Der Anteil der neu zugelassenen Personenkraftwagen mit Dieselantrieb stieg von knapp 3 % im Jahr 1960 auf rund 27 % im Jahr 1986.

Die Ausstattung der Eisenbahnen hat sich seit 1960 qualitativ und quantitativ verändert. Bei den Triebfahrzeugen, deren Gesamtzahl nahezu konstant blieb, vollzog sich in dieser Zeitspanne der Übergang von der Dampflokomotive auf die elektrische Zugbeförderung. Die 7 700 Dampflokomotiven, die 1960 noch zum Einsatz kamen, sind aus dem normalen Zugbetrieb ganz verschwunden, während die Zahl der elektrischen Lokomotiven sich von 1 020 auf 2 600 erhöhte und die der Dieselloks von 980 auf 4 400 anstieg.

Der Bestand an Güterwagen war 1985 mit 310 000 um 1,5 % niedriger als zu Beginn der sechziger Jahre. Bei den Personenwagen ist sogar ein Rückgang um rund 40 % auf 13 300 zu verzeichnen.

Die Zahl der Binnen- und Seeschiffe hat seit 1960 deutlich abgenommen. Während in der Binnenschifffahrt damit – bei einer gleichzeitigen Tendenz zum Einsatz größerer Einheiten – ein Rückgang des zur Verfügung stehenden Laderaums verbunden war, wurden in der Seeschifffahrt die Kapazitäten zunächst erheblich ausgeweitet; sie waren 1985 jedoch rund 30 % geringer als 1980. 1985 lag die Anzahl der unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahrenden Handelsschiffe mit 1 555 Einheiten zwar um fast 43 % niedriger als 1960; die eingesetzte Tonnage war dagegen mit 5,3 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) noch um 11 % höher. Hierfür war insbesondere die Expansion der Tankschifffahrt maßgebend. 1960 wurden 103 Tanker mit einem Raumgehalt von 633 000 BRT gezählt, 1985 waren es dagegen 150 Tankschiffe mit einem Raumgehalt von 1,0 Mill. BRT. Seit 1970 macht sich in der Seeschifffahrt der Konkurrenzdruck der sogenannten „Billigflag-

Tab. 5: Bestand an Luft- und Wasserfahrzeugen

Jahr	Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Hubschrauber)	Binnenschiffe (nur Güterschiffe)	Seeschiffe (Handelsschiffe)		
			1 000 t Tragfähigkeit	Anzahl	1 000 BRT
1960	1 111	7 491	4 840	2 706	4 762
1970	3 792	6 336	4 524	2 690	8 441
1980	7 769	3 812	3 672	1 679	7 619
1985	7 958	3 143	3 277	1 555	5 299

gen“ bemerkbar, der sogar zu Kapazitätsrückgängen (von 8,4 Mill. BRT 1970 auf 5,3 Mill. BRT 1985) bei der deutschen Handelsflotte führte.

Eine deutliche Zunahme war auch bei den Luftfahrzeugen zu verzeichnen, deren Bestand sich von rund 1100 im Jahre 1960 auf fast 8000 im Jahre 1985 erhöhte. In diesen Angaben sind neben den gewerblich eingesetzten Luftfahrzeugen auch die Privat- und Sportflugzeuge enthalten.

17.4 Verkehrsleistungen

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

1985 wurden im Bundesgebiet 34,9 Mrd. Personen mit Eisenbahnen, im öffentlichen Straßenverkehr, im Luftverkehr, mit Taxis oder Mietwagen und im Individualverkehr befördert. 1960 lag die entsprechende Zahl bei 23,0 Mrd. Personen. Der Vergleich wird dadurch etwas beeinträchtigt, daß die Kleinunternehmen (mit weniger als sieben Bussen) des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs seit Oktober 1984 nicht mehr in die Erhebung einbezogen sind. Die Verkehrsleistungen beliefen sich 1985 auf rund 600 Mrd. Personenkilometer gegenüber rund 250 Mrd. Personenkilometer im Jahr 1960 (Personenkilometer sind die von den beförderten Personen insgesamt zurückgelegten Kilometer).

Tab. 6: Personenverkehr
1960 bis 1985

Verkehrszweig	1960		1970		1985	
	Beförderte Personen	Personen-kilometer	Beförderte Personen	Personen-kilometer	Beförderte Personen	Personen-kilometer
	Mill.	Mrd. km	Mill.	Mrd. km	Mill.	Mrd. km
Verkehr insgesamt	22 983	252,2	30 655	455,4	34 925	601,7
Öffentlicher Verkehr	7 560	89,7	7 245	103,1	6 985	118,1
Eisenbahnen	1 399	39,6	1 054	38,1	1 134	43,5
Öffentl. Straßenpersonenverkehr ¹	6 156	48,5	6 170	58,4	5 809 ⁴	61,9 ⁴
Luftverkehr ²	5	1,6	21	6,6	42	12,7
Taxi- und Mietwagenverkehr	123	0,8	290	1,7	335	2,0
Individualverkehr ³	15 300	161,7	23 120	350,6	27 605	481,6

1 Stadtschnellbahn-, U-Bahn-, Straßenbahn-, Obus- und Kraftomnibusverkehr.

2 Verkehrsleistungen (Personenkilometer) nur über dem Bundesgebiet.

3 Verkehr mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds.

4 Ohne Verkehr der Kleinunternehmen.

Tab. 7: Öffentlicher Personennahverkehr
1960 bis 1985

Jahr	Beförderte Personen Mill.	Personenkilometer Mrd. km
1960	7 362	57,4
1970	7 015	60,7
1980	7 652	65,5
1985 ¹	6 715	57,0

1 Ohne Verkehr der Kleinunternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs.

Von den Verkehrsleistungen (gemessen in Personenkilometern) entfielen 1985 rund 80 % auf den Individualverkehr (mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds) und 20 % auf den öffentlichen Verkehr der Eisenbahnen, Busse und Straßenbahnen sowie der Flugzeuge; 1960 setzten sich die Verkehrsleistungen zu 64 % aus Individualverkehr und zu knapp 36 % aus öffentlichem Verkehr zusammen.

Die größten Leistungssteigerungen in der Personenbeförderung konnten seit 1960 der Luftverkehr (+ 694 %) und der Individualverkehr (+ 198 %) verzeichnen, während der Personenverkehr auf Eisenbahnen stagnierte. Diese Ergebnisse verdeutlichen die enorme Expansion des Luftverkehrs, der jedoch an den gesamten Verkehrsleistungen nur einen geringen Anteil hat (1985: 2,1 %). Sie bestätigen aber auch erneut die überragende Bedeutung des Individualverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Dies wird zusätzlich dadurch unterstrichen, daß zwischen 1960 und 1985 im Durchschnitt jährlich 1,2 Mill. Führerscheine der Klasse 3 (Pkw) erteilt wurden und daß sich z. B. 1985 die Gesamtfahrleistung aller zugelassenen Personenkraftwagen auf 313,4 Mrd. Kilometer (87 % aller mit Kraftfahrzeugen gefahrenen Kilometer) belief. Auch die Zahlen des öffentlichen Personennahverkehrs (vgl. Tab. 7) weisen darauf hin, daß die zwei Ölpreiskrisen keine anhaltende Umorientierung zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel bewirkt haben.

17.4.2 Transporte im Güterverkehr

Im Güterverkehr erwies sich in den vergangenen Jahren – ebenso wie im Personenverkehr – die Straße als der überlegene Verkehrsweg. Der Straßengüterverkehr konnte seinen Anteil an der gesamten binnenländischen Verkehrsleistung (gemessen in Tonnenkilometern = Gewicht der beförderten Güter in Tonnen mal Entfernung in Kilometern) auf Kosten der Eisenbahnen (1985: 25,7 %) und der Binnenschifffahrt (1985: 18,9 %) auf über die Hälfte ausdehnen (1985: 51,9 %). 1960 waren im Straßengüterverkehr 31,2 % der Verkehrsleistungen erbracht worden, gegenüber 39,0 % auf Eisenbahnen und 27,7 % auf Binnenschiffen.

Mißt man statt der Verkehrsleistung das sogenannte Verkehrsaufkommen, d. h. die Menge der beförderten Güter (in Tonnen), hat der Straßenverkehr mit einem Anteil von 78,9 % (1985) am gesamten Güterverkehr eine noch größere Bedeutung. Auf die Eisenbahnen entfielen in dieser Abgrenzung 11,4 % und auf die Binnenschifffahrt 7,6 %.

Hier wirkt sich vor allem die große Bedeutung des Straßengüternahverkehrs aus, bei dem große Gütermengen (1985: 1 965 Mill. Tonnen und damit 67,4 % der insgesamt beförderten Güter) über relativ kurze Strecken transportiert wurden. Im Güternahverkehr können Lastkraftwagen auf einem dichten Straßennetz flexibler eingesetzt werden als andere Transportmittel. Sie entsprechen damit in besonderem Maß den Transporterfordernissen im Nahbereich.

Bei den bisherigen Betrachtungen wurde jeweils nur der sogenannte binnenländische Verkehr einbezogen, d. h. der Seeschiffsverkehr wurde nicht berücksichtigt. Die Besonderheit des Güterverkehrs über See liegt darin, daß verhältnismäßig kleine Mengen von Gütern über in der Regel große Entfernungen transportiert werden. Dadurch ergibt sich in diesem Verkehrszweig ein geringeres Verkehrsaufkommen als bei Eisenbahnen, in der Binnenschifffahrt und im Straßenverkehr, aber eine weitaus höhere Verkehrsleistung als in jedem anderen Verkehrszweig (vgl. Tab. 8).

Tab. 8: Güterverkehr
1960 bis 1985

Verkehrszweig	1960		1985	
	Beförderte Güter	Tonnen-kilometer	Beförderte Güter	Tonnen-kilometer
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm
Binnenländischer Verkehr				
Eisenbahnen	343,5	56,9	334,6	65,4
Binnenschifffahrt	171,4	40,4	222,4	48,2
Straßenverkehr				
Straßengüter-nahverkehr	1 090,0	21,8	1 965,0	40,6
Straßengüter-fernverkehr	99,2	23,7	335,7	91,6
Rohrfernleitungen	13,3	3,0	56,8	8,7
Luftverkehr ¹	0,08	0,03	0,7	0,3
Seeschifffahrt ²	78,1	532,5	139,0	787,4

1 Verkehrsleistungen über dem Bundesgebiet sowie von und nach Berlin (West).

2 Seeverkehr der Häfen des Bundesgebietes.

Langfristig war die Ausweitung von Verkehrsaufkommen und Verkehrsleistung in den Bereichen Straßenverkehr, Luftverkehr und Rohrfernleitungstransporte, also den „modernen“, in diesem Jahrhundert entwickelten Verkehrsbereichen, weit ausgeprägter als in den traditionellen Verkehrszweigen Bahn, Binnen- und Seeschifffahrt. So stieg beispielsweise beim Güterverkehr das Verkehrsaufkommen von 1960 bis 1985 im Luftverkehr um 842 %, bei den Rohrfernleitungen um 327 % und im Straßengüterfernverkehr um 238 %. In der Seeschifffahrt erhöhte sich die Menge der beförderten Güter dagegen lediglich um 78 %, in der Binnenschifffahrt um 30 %. Im Eisenbahnverkehr war ein Rückgang um 2,6 % zu verzeichnen.

Differenziert man nach dem Anteil bestimmter Gütergruppen am Verkehrsaufkommen, so entfielen 1985 beispielsweise 14 % der transportierten Güter auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Futtermittel, 18 % auf Kohle und rohes Erdöl, 14 % auf Steine und Erden und 10 % auf Mineralölerzeugnisse.

17.5 Energieverbrauch

1985 floß fast ein Viertel der in der Bundesrepublik Deutschland verbrauchten Endenergie in den Verkehrsbereich (ohne Seeschifffahrt, vgl. 18.7). Von dieser Energiemenge, rund 1 710 Petajoule (= 58,3 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten), wurden 87,5 % im Straßenverkehr, 7,2 % im Luftverkehr, 3,5 % im Schienenverkehr und 1,8 % in der Binnenschifffahrt verbraucht (vgl. Abb. 1).

Im Vergleich zur Verteilung der Beförderungsleistungen auf die einzelnen Verkehrszweige (vgl. 17.4) liegt damit der Energieverbrauch der Eisenbahnen und Binnenschiffe sehr viel niedriger als der von Kraftfahrzeugen und Flugzeugen. Den Bemühungen, aus diesem Grund vor allem den Güterverkehr von der Straße auf die Schienen- und Wasserwege zu verlagern, sind aber Grenzen gesetzt. Neben den bereits erwähnten Vorteilen der größeren Flexibilität und Unabhängigkeit im Straßenverkehr sind Lastkraftwagen auch wesentlich besser für den zunehmend anfallenden Transport hochwertiger Güter geeignet als die vorwiegend auf Massenguttransporte ausgerichteten Verkehrsmittel Eisenbahn und Binnenschiff.

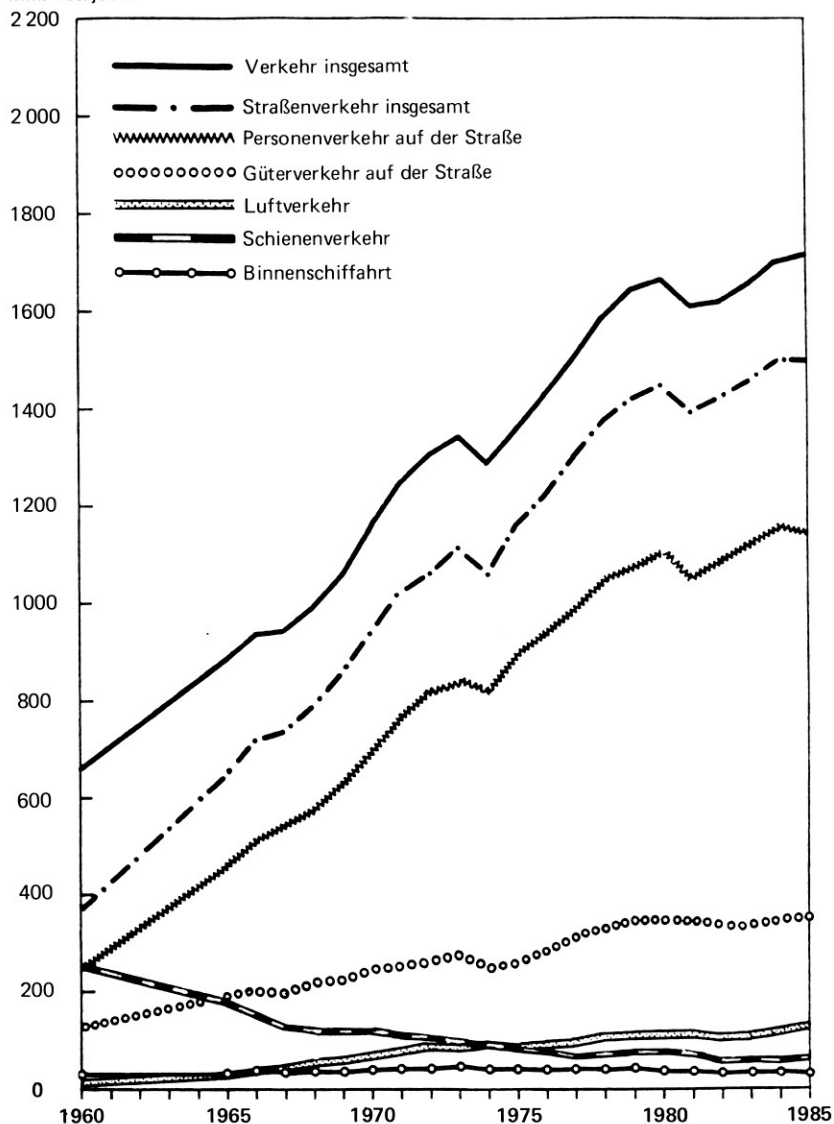
Im Verlauf der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte hat sich der Energieverbrauch im Verkehrsbereich insgesamt mehr als verdoppelt (vgl. Abb. 1). Die nahezu kontinuierlichen Steigerungen wurden nur durch leichte Rückgänge 1974 und 1981 (zwei Jahre mit überdurchschnittlichen Benzinpreissteigerungen) unterbrochen.

17.6 Verkehrsunfälle

Aus dem ständig steigenden Verkehrsaufkommen – vor allem im Straßenverkehr – hat sich eine Reihe von Problemen ergeben: Immer mehr Flächen werden für Verkehrswege benötigt, Auspuffgase bedrohen die Gesundheit der Natur, Lärm und Abgase beeinträchtigen die Wohnlichkeit der Städte und ganz allgemein das Wohlbefinden vieler Menschen

Abb. 1: Endenergieverbrauch des Verkehrs
nach Verkehrsbereichen

Mill. Petajoule

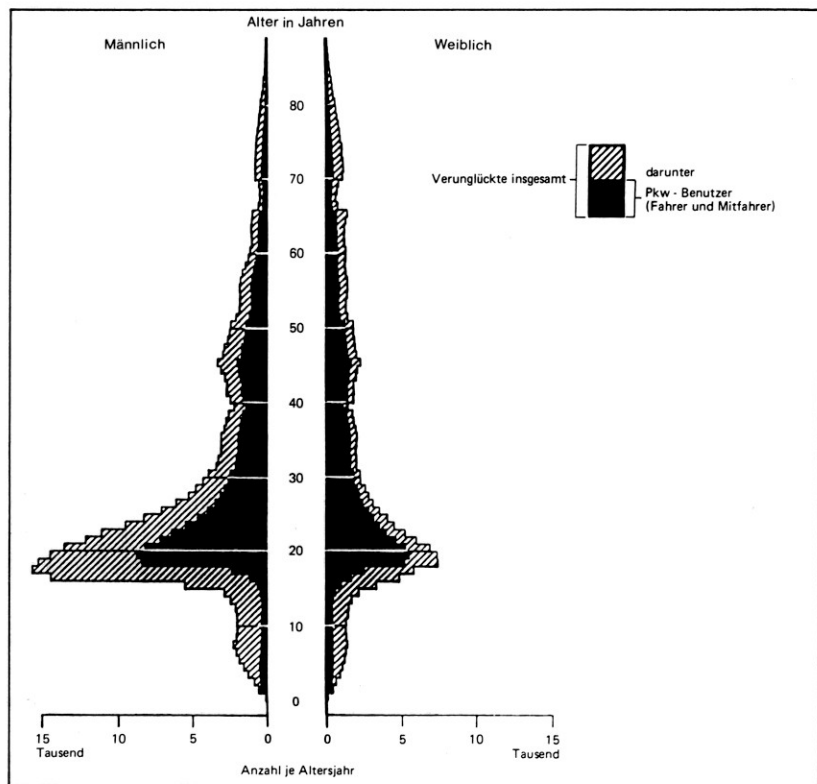


Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

(vgl. Kap. 19), und nicht zuletzt wird jährlich eine große Anzahl von Personen in Unfälle verwickelt und dabei erheblich verletzt oder gar getötet. Dabei ist die Unfallgefahr im Straßenverkehr mit weitem Abstand am größten.

Im Jahr 1985 wurden bei rund 328 000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden 8 400 Personen getötet und mehr als 420 000 verletzt. In den übrigen Verkehrszweigen starben 1985 bei insgesamt 1 527 Unfällen 301 Personen und 1 521 wurden verletzt. Besonders unfallgefährdet sind junge Verkehrsteilnehmer und unter ihnen vor allem die Führerscheinneulinge. 1985 gehörte mehr als ein Viertel der Unfalldoten im Straßenverkehr zur Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen. Bei den Schwerverletzten betrug der entsprechende Anteil sogar nahezu ein Drittel. Die Einführung des „Führerscheins auf Probe“ im September 1986 wurde nicht zuletzt mit dieser Tatsache begründet.

Abb. 2: Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1985 nach Altersjahren



Tab. 9: Straßenverkehrsunfälle

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1985
Polizeilich erfaßte Unfälle	990 127	1 392 610	1 684 261	1 840 295
darunter:				
Unfälle mit Personenschaden	349 315	377 610	379 235	327 745
Verunglückte				
getötete Personen	14 406	19 193	13 041	8 400
Schwerverletzte	141 064	164 437	148 952	115 533
Leichtverletzte	313 896	367 358	351 511	306 562

Bei nahezu kontinuierlich zunehmenden Fahrleistungen im Straßenverkehr auf mehr als das Dreifache (von 110 Mrd. km 1960 auf 359 Mrd. km 1985) verdoppelte sich seit 1960 die Zahl der Unfälle mit Sachschaden (von 641 000 auf 1,5 Mill.). Die Anzahl der Unfälle mit Personenschäden verringerte sich dagegen in diesem Zeitraum um rund 6 %. Die Zahl der Getöteten erreichte 1970 ihren Höchststand und ging seitdem von 19 193 auf 8 400 (1985) zurück. Zugleich sank seit 1970 die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten. Ursachen hierfür dürften im wesentlichen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Gurtpflicht) sein; außerdem haben sich u. a. wohl entsprechende Kampagnen im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit ausgewirkt.

Diese Ursachen dürften auch zum Rückgang der Kinderunfälle im Straßenverkehr beigetragen haben. 1970 wurden 2167 Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr getötet, weitere 26 436 wurden schwer verletzt. Im Jahr 1985 ist die Zahl der getöteten Kinder auf 460 zurückgegangen, 12 882 wurden schwer verletzt. Bei der Interpretation dieser Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Gesamtzahl der Kinder unter 15 Jahren seit 1970 um über ein Drittel von 14,1 Mill. (Mitte 1970) auf 9,1 Mill. (Ende 1985) zurückgegangen ist.

Knapp 70 % aller Unfälle mit Personenschaden ereignen sich innerhalb von Ortschaften, etwas mehr als 30 % auf freier Strecke (langjähriger Durchschnitt). Aber nicht nur absolut, sondern auch bezogen auf die Fahrleistung, sind Straßen in Ortschaften unfallträchtiger: Je eine Milliarde Fahrzeugkilometer wurden 1985 innerorts 26 und außerorts 22 Personen getötet, verletzt wurden innerorts 2 402 und außerorts 609 Personen.

Für die große Gefährdung auf innerörtlichen Straßen spielt die Verkehrsdichte zusammen mit einem hohen Anteil an Fußgängern und Zweiradfahrern eine entscheidende Rolle. Bei diesen Verkehrsteilnehmern sind die Unfallfolgen häufig besonders schwerwiegend. 1985 sind z. B. 60 % der in Ortschaften Getöteten Fußgänger oder Radfahrer gewesen, außerhalb von Ortschaften waren es knapp 15 % der tödlich Verunglückten. Motorisierte Zweiradfahrer, also Fahrer und Mitfahrer von Mofas, Mopeds und Krafrädern, sind sowohl innerhalb als auch außerhalb von Ortschaften besonders stark gefährdet. Wenn

man bedenkt, daß die Fahrleistung der Pkw die der Mopeds und Krafträder um ein Vielfaches übertrifft – 1985 war sie 42mal höher – liegt der Anteil der Unfallopfer bei den motorisierten Zweirädern außerordentlich hoch (16 % der innerhalb von Ortschaften Getöteten und 17 % der außerhalb von Ortschaften Getöteten).

Tab. 10: Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete 1985

Ort des Unfalls	Getötete				
	Insgesamt	darunter			
		Fahrer und Mitfahrer von			Fußgänger
		Fahrrädern	motorisierten Zweirädern	Personen- kraftwagen	
	Anzahl	%			
Innerhalb von Ortschaften	2 915	15	16	22	46
darunter: Kinder unter 15 Jahren	238	33	1	5	61
Außerhalb von Ortschaften	5 485	6	17	65	8
darunter: Kinder unter 15 Jahren	222	20	4	48	26

Hauptunfallursachen sind seit Jahren nicht angepaßte Geschwindigkeit und Mißachtung der Vorfahrt. Eine nicht geringe Rolle spielt der Alkoholeinfluß. Von rund 588 000 Fahrzeugführern (Kraftfahrzeugfahrer einschließlich Motorrad- und Fahrradfahrer), die 1985 an einem Unfall mit Personenschaden beteiligt waren, war bei über 33 000 Alkohol im Spiel.

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Energieverbrauch im Meinungsstreit

Vermehrter Energieeinsatz ist eine der wichtigsten Begleiterscheinungen des technischen Fortschritts und hat entscheidend zur Arbeitserleichterung, zur Steigerung der Produktivität und zu erhöhtem materiellen Wohlstand beigetragen. Erkauft werden diese Annehmlichkeiten u. a. durch raschen Abbau der Ressourcen und erhebliche Umweltbelastungen. Zielkonflikte zwischen dem Ausbau der Energieversorgung und der Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit von Energie sowie den Bemühungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind unausweichlich und bestimmen immer mehr die öffentliche Diskussion. Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, die Bedeutung der Energie- und Rohstoffwirtschaft und des Umweltschutzes (vgl. Kap. 19) statistisch zu quantifizieren und damit zu einer objektiveren Abwägung der Argumente beizutragen.

18.2 Entwicklung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich zwei verschiedene Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, der die aus der Natur gewonnenen Energiemengen angibt; zum anderen der Endenergieverbrauch, der es ermöglicht, den Verbrauch bei den Endabnehmern (im wesentlichen Industrie, Verkehr, Haushalte) nachzuvollziehen. Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind (z. B. kann man ein Auto nicht mit Rohöl, sondern nur mit Benzin oder Dieselmotorkraftstoff betreiben) und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muß, bei der Energieverluste entstehen.

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

- Nichtenergetischer Verbrauch (z. B. Verwendung als Rohstoff für die Kunststoffherzeugung)
- Verbrauch im Energiesektor
- Umwandlungsverluste
- = *Endenergieverbrauch.*

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich in der Bundesrepublik Deutschland sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch etwa verdreifacht. Die Differenz zwischen beiden Größen lag 1985 bei rund 35 %.

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs
in Petajoule = 10^{15} Joule

Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3 971	2 541
1960	6 199	4 270
1970	9 870	6 751
1971	9 948	6 761
1972	10 383	7 034
1973	11 092	7 442
1974	10 723	7 139
1975	10 191	6 859
1976	10 853	7 293
1977	10 912	7 305
1978	11 401	7 605
1979	11 964	7 892
1980	11 436	7 529
1981	10 964	7 221
1982	10 596	6 888
1983	10 689	6 916
1984	11 022	7 194
1985	11 284	7 389

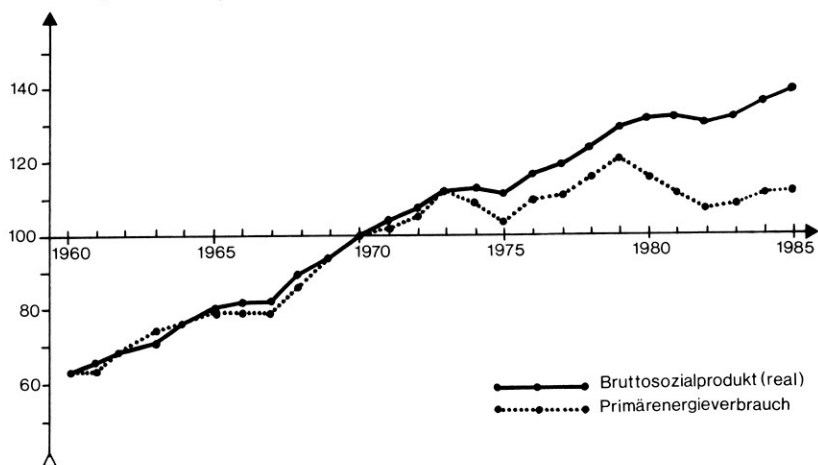
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. Nach einem Rückgang bis 1975 erhöhte sich der Energieverbrauch wieder und erreichte 1979 seinen bisherigen Höchststand. Die enormen Preisschübe beim Rohöl zu Beginn der achtziger Jahre (vgl. 18.8) gingen mit einem nachlassenden Energieverbrauch einher. Seit 1983 stieg er erneut an und erreichte 1985 wieder das Niveau von 1973.

18.3 Energieverbrauch und Wirtschaftsentwicklung

Beim Meinungsstreit um den Ausbau der Energieversorgung geht es u. a. um die Frage, ob ein weiteres Anwachsen des Energieverbrauchs eine notwendige Bedingung künftigen Wirtschaftswachstums ist. Befürworter dieser These verweisen auf den Gleichschritt zwischen der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und des realen Bruttosozialprodukts, der bis 1973 zu beobachten war.

Abb. 1: Wirtschaftswachstum und Steigerung des Primärenergieverbrauchs
(1970 = 100)



Die Auswirkungen der ersten Ölpreiskrise haben diese Entwicklung abrupt unterbrochen. Der Primärenergieverbrauch ging seinerzeit wesentlich stärker zurück als das Bruttosozialprodukt. In diesem Zusammenhang wurde bereits von einer Lockerung der Abhängigkeit („Entkoppelung“) zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch gesprochen. In den nachfolgenden Jahren kehrte die Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Primärenergieverbrauch teilweise zum Gleichschritt zurück, lief aber in einigen Jahren auch wieder auseinander. Es bleibt abzuwarten, ob auf längere Sicht jene Stimmen recht behalten werden, die es durchaus für möglich halten, daß der Einsatz energiesparender Technologien dazu führt, Wirtschaftswachstum bei stagnierendem oder gar rückläufigem Energieverbrauch zu erreichen.

18.4 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

Die Unterschiede im Niveau des Primärenergieverbrauchs der einzelnen Länder sind beträchtlich. Auch wenn man sich auf die Gruppe der Industrieländer beschränkt und den Energieverbrauch pro Kopf betrachtet, sind die Werte recht unterschiedlich. Ursache dafür sind in erster Linie Unterschiede im Klima, in den räumlichen Entfernungen innerhalb des Landes und in der Industriestruktur (Anteil der Schwerindustrie), aber auch Unterschiede in der Verfügbarkeit der Energieträger und in deren Preisniveau. So lag beispielsweise der Primärenergieverbrauch pro Kopf 1984 in der Bundesrepublik Deutschland nur halb so hoch wie in Kanada. Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d. h. ihren Beitrag zum gesamten Energie-

verbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, Schweden, Kanada und Österreich, an dem hohen Anteil des Gases in den Niederlanden oder an der großen Bedeutung der festen Brennstoffe in Australien und in der Bundesrepublik Deutschland. In fast allen Ländern ist aber nach wie vor das Mineralöl der wichtigste Energieträger.

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 1984

Land	Primär- energie- verbrauch je Ein- wohner in Giga- joule ¹	Anteile der Energieträger am Primärenergieverbrauch ²				
		festes Brenn- stoffe	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
		%				
Italien	100	11,3	58,5	19,9	1,1	7,9
Japan	130	18,5	59,0	8,8	8,7	5,1
Großbritannien und Nordirland	142	24,1	45,9	23,0	6,3	0,7
Österreich	147	22,4	37,3	16,4	0,0	24,6
Frankreich	147	13,6	44,7	12,5	22,3	7,9
Niederlande	176	10,8	35,9	51,5	1,3	0,0
Bundesrepublik Deutschland	180	32,4	42,4	15,7	7,9	1,6
Australien	201	43,0	38,7	14,3	0,0	4,0
Schweden	260	14,4	33,1	0,0	22,2	29,8
Norwegen	272	6,8	31,3	4,2	0,0	60,4
USA	318	27,7	39,7	23,9	4,3	4,1
Kanada	373	15,2	31,1	21,4	5,2	28,5

1 10⁹ Joule.

2 Ohne den Saldo des Außenhandels mit Elektrizität.

Quelle: Internationale Energieagentur.

18.5 Rohstoffgewinnung

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die ergiebigen Lagerstätten von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Bei der Versorgung mit allen übrigen Rohstoffen und Energieträgern ist die Bundesrepublik weitgehend auf Einfuhren angewiesen.

1985 wurden im Bundesgebiet 82,4 Mill. Tonnen Steinkohle und 120,7 Mill. Tonnen Braunkohle gefördert. Steinkohle ist der einzige Energieträger, den die Bundesrepublik Deutschland in erwähnenswertem Umfang exportiert. Die Ausfuhr belief sich 1985 auf 8,9 Mill. Tonnen.

In geringen Mengen verfügt die Bundesrepublik Deutschland auch über eigene Erdöl- und Erdgasvorkommen. Sie befinden sich hauptsächlich im Norddeutschen Tiefland. Insgesamt belief sich die Erdölförderung 1985 auf 4,1 Mill. Tonnen. Der Anteil an der gesamten verfügbaren Rohölmenge betrug 6 %. Einen größeren Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik als die inländische Erdölförderung leistet die heimische Erdgasgewinnung. Sie erreichte 1985 ein Volumen von etwa 15 Mrd. Kubikmeter.

Tab. 3: Gewinnung wichtiger Rohstoffe im Bundesgebiet 1985

Rohstoff	Förderung	
	Mill. t	Petajoule ¹
Braunkohle	120,7	1 026
Steinkohle	82,4	2 445
Erdöl	4,1	175
Erdgas	14,5 ²	509

1 10¹⁵ Joule.

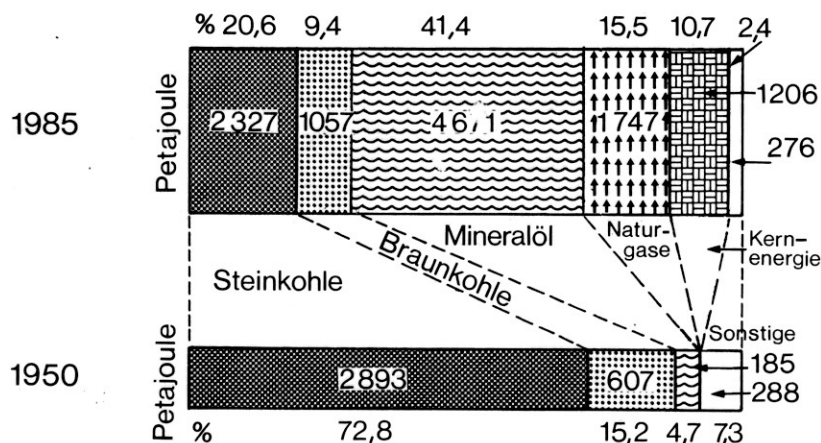
2 Mrd. m³, Heizwert = 35 169 kJ/m³.

18.6 Energieträger

Der in den fünfziger und sechziger Jahren stark gewachsene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braun- und Steinkohle als kostengünstiger erwies. Bei mengenmäßig etwa gleichbleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt: Bei verminderter Einfuhr von Mineralöl verringerte sich der Anteil dieses Energieträgers am gesamten Energieverbrauch auf rund 41 % im Jahr 1985. Weitgehend behauptet hat sich seither die Kohle.

Abb. 2: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 1950 und 1985



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Nennenswerte Steigerungen verzeichnet die Kernenergie, die aus 20 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken mittlerweile rund 11 % des Energiebedarfs deckt. An der Elektrizitätserzeugung der Bundesrepublik Deutschland hatte die Kernenergie im Jahr 1985 einen Anteil von rund 31 %.

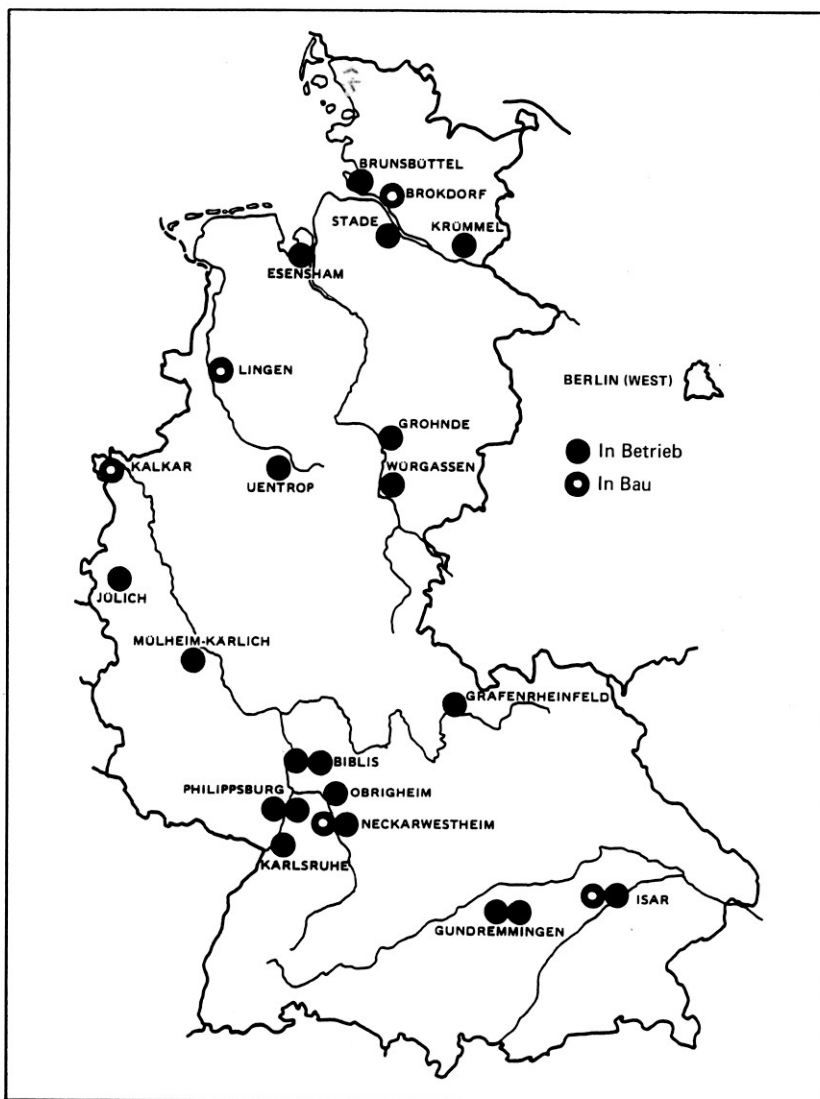
Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger insbesondere in nachlassendem Heizölverbrauch, aber wachsender Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus (vgl. Abb. 5).

Tab. 4: Endenergieverbrauch nach Energieträgern

Jahr	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gase		Strom		Fernwärme	
	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%
1950	2 041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2 398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1 356	20,1	1 197	17,8	2 586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1 736	23,1	2 283	30,3	1 432	19,0	1 115	14,8	163	2,2
1985	822	11,1	1 806	24,4	1 797	24,3	1 533	20,7	1 230	16,7	191	2,6

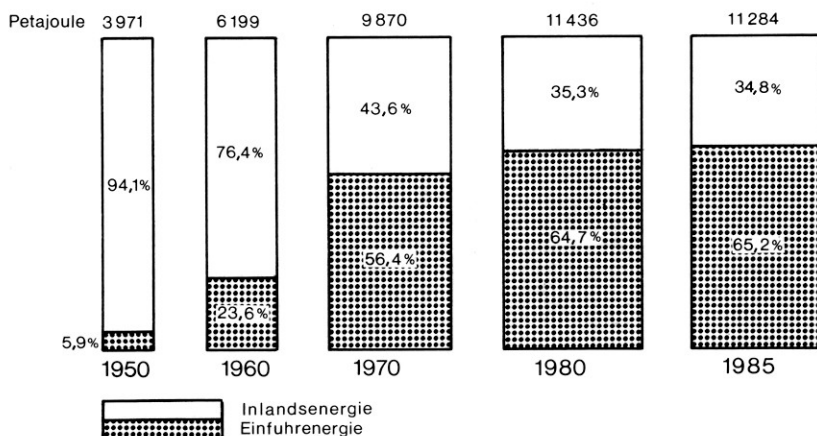
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Abb. 3: Ausbau der Kernkraftwerksleistung
Stand: Juni 1986



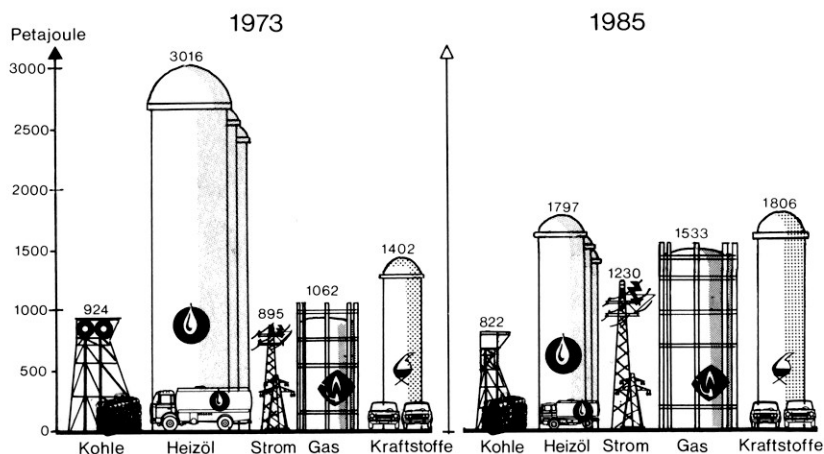
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft.

Abb. 4: Primärenergieverbrauch nach Inlands- und Einfuhrenergie



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Abb. 5: Bedeutung der Energieträger beim Endenergieverbrauch

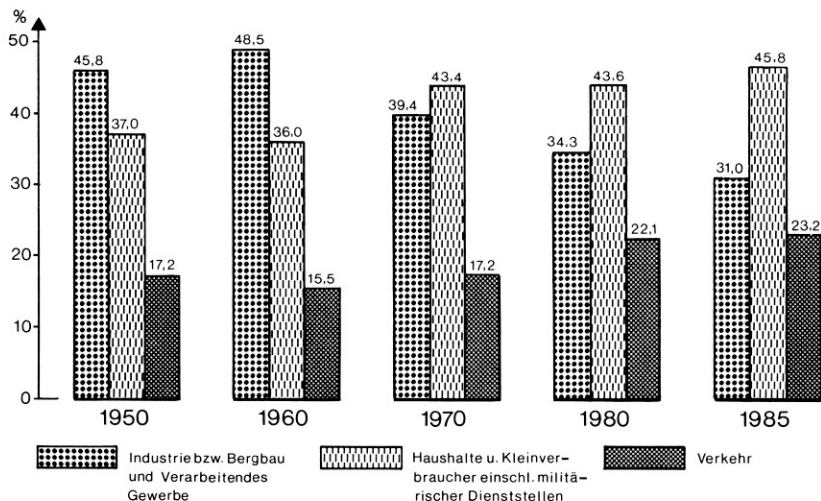


Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

18.7 Energieverbraucher

Der Energiebedarf der drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschließlich Kleinverbraucher) hat sich in der Vergangenheit unterschiedlich entwickelt. Während 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund 46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Abb. 6: Verbraucher von Endenergie



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Bei einer Zunahme des gesamten Endenergieverbrauchs zwischen 1950 und 1985 um 191 % betrug die entsprechende Wachstumsrate bei der Industrie 96 %, bei Haushalten und Kleinverbrauchern 274 % und beim Verkehr 292 %. Die Ursachen für diese unterschiedliche Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten (vgl. 4.7), gewachsenen Verkehrsleistungen (vgl. Kap. 17) und relativ sparsamerem Energieeinsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

18.8 Energiepreise

Kein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung hatte in den siebziger Jahren bis Mitte der achtziger Jahre ähnlich starke Preissteigerungen aufzuweisen wie die Warengruppe „Energie“. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Preis je

Tab. 5: Einfuhr von rohem Erdöl
nach Preis und Menge 1970 bis 1986

Jahr	Mill. DM	1 000 t	DM je t
1970	5 938	98 786	60
1971	7 679	100 230	77
1972	7 411	102 600	72
1973	9 083	110 493	82
1974	22 956	102 543	224
1975	19 718	88 414	223
1976	23 825	97 669	244
1977	23 537	96 290	244
1978	19 970	94 375	212
1979	29 895	107 355	279
1980	44 168	96 876	456
1981	49 107	79 247	620
1982	44 712	72 542	616
1983	37 771	65 213	579
1984	41 663	66 934	622
1985	39 918	64 193	622
1986	16 951	66 569	255

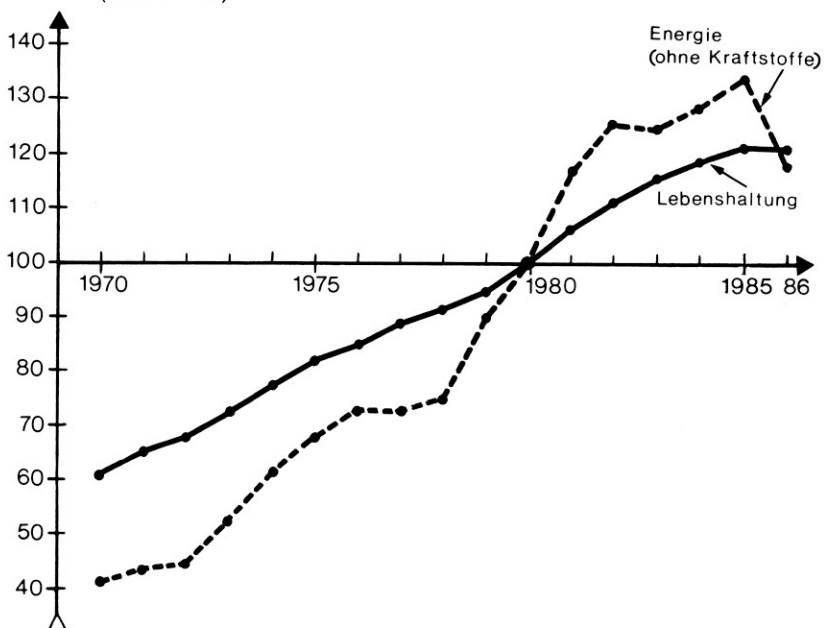
Tab. 6: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Land	1976	1986	
	1 000 t	1 000 t	DM je t
Großbritannien und Nordirland	690	18 581	262
Nigeria	9 085	9 714	274
Saudi-Arabien	18 773	7 254	211
Libyen	21 118	6 790	284
Venezuela	1 400	5 756	251
Algerien	10 506	4 841	275
Norwegen	1 130	4 657	280
Sowjetunion	3 324	3 787	250
Iran	18 018	2 037	249
Syrien	1 167	992	180

eingeführte Tonne Rohöl ist von 60 DM im Jahre 1970 auf 622 DM im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. 1986 sank der Rohölpreis auf 255 DM je Tonne und fiel damit auf das Niveau vor der zweiten Ölpreiskrise (vgl. Tab. 5).

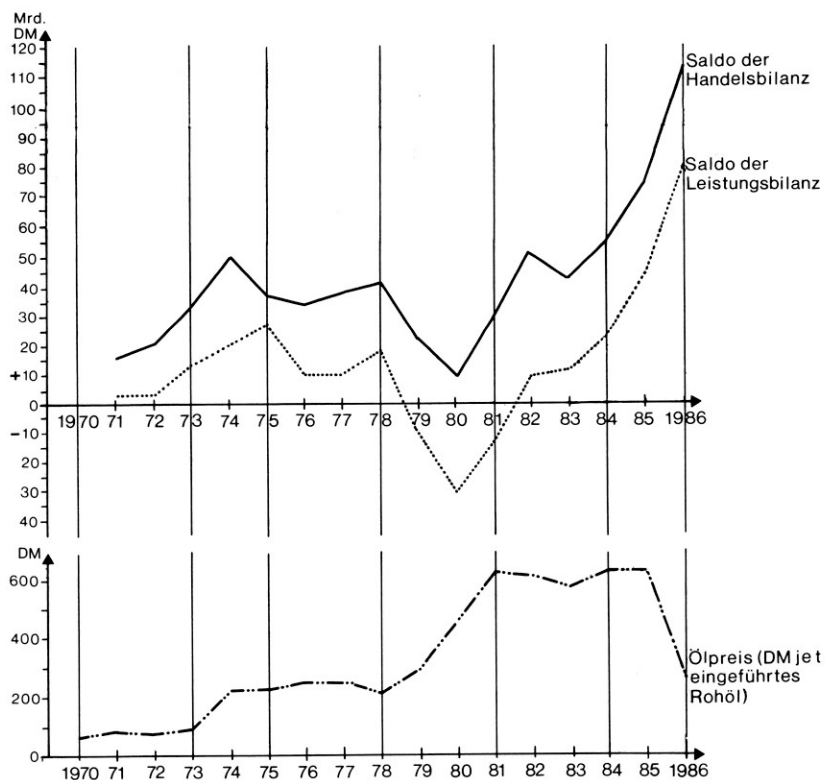
Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt (vgl. Tab. 6). 1976 stammten noch über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus OPEC-Staaten, 1986 nur noch 56 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der entsprechende Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 36 %. Die wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Deutschland Mineralöl bezog, waren 1986 das Vereinigte Königreich, Nigeria und Saudi-Arabien.

Abb. 7: Energiepreisentwicklung
(1980 = 100)



Die Schwankungen des Ölpreises haben nicht nur gravierende Auswirkungen auf die Kostenrechnung der Unternehmen und das Portemonnaie der privaten Haushalte, sondern auch auf die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland. Der drastische Preisanstieg für eingeführte Energie war eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß die deutsche Leistungsbilanz in den Jahren 1979 bis 1981 in ein zeitweilig hohes Defizit geraten war. Mit dem jüngsten Ölpreisrückgang hat sie sich umgekehrt erheblich aktiviert (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Entwicklung des Ölpriisdurchschnittswertes und der Leistungsbilanz



19 Umweltbelastung und Umweltschutz

19.1 Umweltgefährdung als Herausforderung

Zunehmende Umweltbelastungen als Folge der industriellen und technischen Entwicklung haben Natur- und Umweltschutz in den vergangenen Jahren mehr an Popularität gewinnen lassen als andere Politikbereiche. Persönlich erlebte Umweltschädigungen, wie Lärmbelästigung, Luft- und Wasserverschmutzung, aber auch die Aufklärungsarbeit der Umweltschutzverbände und der Medien, insbesondere über das Waldsterben, führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewußtsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zugleich ist das Engagement für die Ziele des Umweltschutzes gewachsen. Die Bundesregierung trug dieser Entwicklung bereits 1971 mit dem Umweltprogramm Rechnung, in dem sie der Umweltpolitik den gleichen Rang einräumte wie anderen großen öffentlichen Aufgaben. Die Einrichtung des Umweltbundesamtes und des Sachverständigenrats für Umweltfragen haben in den siebziger Jahren weitere Voraussetzungen für eine aktive Umweltpolitik geschaffen. Daneben wurden eine Reihe wichtiger Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt erlassen, wie z. B. das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Abwasserabgabengesetz und das Abfallbeseitigungsgesetz. Gegenwärtig wird diskutiert, ob der Umweltschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen werden soll.

Eine erfolgreiche Umweltpolitik benötigt als Basismaterial umfassende und gesicherte Daten zur Beurteilung der Umweltverhältnisse. Die Ursachenforschung und die Datensammlung nehmen bereits beträchtliche Ausmaße an, obgleich noch immer Lücken vorhanden sind. Das Statistische Bundesamt führt seit 1975 in mehrjährigen Abständen Statistiken über Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung durch. Seit 1982 gab der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jährlich eine Waldschadenserhebung in Auftrag. Über andere umweltrelevante Teilbereiche, wie Lärmbelästigung und Luftverschmutzung, liegen im wesentlichen einige Daten aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich vor, so etwa Meßergebnisse, Beobachtungsreihen u. ä., sowie die Ergebnisse aus Meinungsumfragen, die das subjektive Empfinden zur Umweltbelastung widerspiegeln.

19.2 Abfälle

Abfälle, die sichtbaren Zeichen der „Wegwerfgesellschaft“, stellen trotz aller Bemühungen und Erfolge um Wiederverwendung ein beachtliches Umweltproblem dar. Dabei ergibt sich die Gefährdung der Umwelt und der menschlichen Gesundheit weniger aus den gewaltigen Müllbergen als aus der Zusammensetzung der Abfälle.

In der Bundesrepublik Deutschland sind 1984 insgesamt 256 Mill. Tonnen Abfälle angefallen. Etwa 91 % der Abfälle entstehen im Produzierenden Gewerbe. Läßt man Bauschutt und Bodenaushub (116 Mill. Tonnen), den im Bergbau entstehenden Abraum (76 Mill. Tonnen), die Schlämme aus der Abwasserreinigung (1,5 Mill. Tonnen Trockensubstanz) sowie die hausmüllähnlichen Abfälle der Industriebetriebe, wie z. B. Kantinenabfälle (5 Mill. Tonnen), außer acht, kommt man auf eine im Produktionsprozeß anfallende Abfallmenge von rund 34 Mill. Tonnen. Die mit Abstand größten Abfallproduzenten waren 1984 die Chemische Industrie mit 7,7 Mill. Tonnen und die Eisenschaffende Industrie mit 6,0 Mill. Tonnen produktionspezifischen Abfällen.

Mit 20 Mill. Tonnen oder 7,6 % der gesamten Abfallmenge von 1984 trugen die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und der Dienstleistungsbereich zur Abfallentstehung bei. Pro Kopf der Bevölkerung fiel eine Müllmenge von etwa 362 Kilogramm im Jahr an.

Wegen ihres spezifischen Charakters werden die Abfälle der Krankenhäuser in der Statistik gesondert ausgewiesen. 1984 kam aus diesem Bereich eine Abfallmenge von 889 000 Tonnen. Ein Fünftel (193 000 Tonnen) entstand unmittelbar im Zusammenhang mit der medizinischen Betreuung.

Die im Bereich der öffentlichen Hand anfallenden Abfallmengen (z. B. bei der Straßenreinigung oder in Kläranlagen) summierten sich 1984 auf 2,6 Mill. Tonnen.

Einer besonderen Überwachung unterliegen die sogenannten Sonderabfälle, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosibel bzw. brennbar sind. Ihre Gesamtmenge betrug 1984 2,4 Mill. Tonnen.

Durch die verstärkte Installation von Abgasreinigungsanlagen hat sich der Anfall von Filterstäuben und -schlämmen in den letzten Jahren erhöht. Nur ein Teil der giftigen Rückstände kann nach einer Aufbereitung wieder verwendet werden. Insgesamt erreichten die Abfälle aus der Abluftreinigung 1984 etwa 7,6 Mill. Tonnen. Der Klärschlamm aus öffentlichen und industriellen Abwasserreinigungsanlagen enthielt rund 3,1 Mill. Tonnen Trockensubstanz.

Haumüll und ähnliche Gewerbeabfälle sowie Bauschutt und Bodenaushub werden größtenteils von den Abfallbeseitigungsanlagen der öffentlichen Hand aufgenommen, während die produktionspezifischen Abfälle überwiegend von eigenen Einrichtungen der Industrie beseitigt werden.

Die öffentliche Hand unterhielt 1984 3118 Deponien, zu denen annähernd 77 Mill. Tonnen Abfälle abgefahren wurden. Hinzu kamen 46 Abfallverbrennungsanlagen, in denen 7,5 Mill. Tonnen vernichtet wurden, sowie 28 Kompostierungsanlagen, die 663 000 Tonnen verarbeiteten. 0,5 Mill. Tonnen wurden auf sonstigen Anlagen (z. B. chemischen und physikalischen Behandlungsanlagen) beseitigt.

Die Industrie verfügte 1984 über rund 1300 betriebseigene Deponien und etwa 130 betriebseigene Abfallverbrennungsanlagen. Insgesamt wurden in diesen Anlagen 105 Mill. Tonnen Abfälle beseitigt. Auch die industriellen Sonderabfälle werden zum beträcht-

lichen Teil in betriebseigenen Anlagen behandelt und deponiert. Daneben gibt es 208 gewerbliche Beseitigungsanlagen, die sich vorwiegend mit Sonderabfällen befassen. Sie haben 1984 rund 4 Mill. Tonnen aufgenommen, darunter auch weniger problematische Abfälle, z. B. Bauschutt. Ein Teil des Bauschutts wird nicht auf Deponien gelagert, sondern zur Landschaftsgestaltung wiederverwendet.

Tab. 1: An öffentliche Anlagen gelieferte Abfallmengen

Abfallart	Einheit	1975	1980	1984
Insgesamt	Mill. t	58,7	82,7	86,1
darunter:				
Hausmüll, haushälterische Gewerbeabfälle, einschließlich Sperrmüll, Straßenkehricht, Marktabfälle	Mill. t	31,0	31,7	29,6
Bodenschutt, Bodenaushub	Mill. t	22,2	44,2	46,5
Industrie- und Gewerbeabfälle, Krankenhausabfälle	Mill. t	2,0	3,6	4,5

19.3 Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung

Häusliche und industrielle Abwässer belasten in hohem Maße die Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Auf die Selbstreinigungskräfte der Gewässer bauend, wird immer noch ein großer Teil des Abwassers unbehandelt abgeleitet. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

Zwischen 1977 und 1983 wurden in der Bundesrepublik Deutschland der Natur jährlich rund 40 Mrd. Kubikmeter Wasser entnommen; gleich hoch war die Abwassermenge.

Den größten Teil des Wassers brauchen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung, die es überwiegend als Kühlwasser wieder ableiten. Am gesamten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 1983 76 % aus, produktionsspezifische Abwässer trugen mit 5 % bei und 19 % bestanden aus sonstigem Abwasser. Fast ein Viertel der Abwassermenge (10 Mrd. Kubikmeter) wurde mechanisch oder biologisch gereinigt. Von der unbehandelt abgeleiteten Menge (32 Mrd. Kubikmeter) stammten 97 % aus Kühlprozessen, die – zwar nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund führen.

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 1983 zu 91 % durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Das bedeutet, daß rund 91 % der Bevölkerung an ein mittlerweile ca. 270000 km langes Kanalnetz angeschlossen sind. Rund 90 % des in

Tab. 2: Wassergewinnung 1983

Wirtschaftszweig	Wasser- gewinnung insge- samt	Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser	Ufer- filtrat
Mill. m ³				
Öffentliche Wasserversorgung	5 041	3 775	1 010	256
Wasserversorgung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	10 195	2 872	6 788	535
Wasserversorgung bei Wärmekraft- werken für die öffentliche Versorgung	25 556	45	25 504	7
Sonstige Wasserversorgung ¹	424	299	111	14
Insgesamt	41 216	6 991	33 413	812

1 Z. B. Landwirtschaft (Bewässerung).

öffentlichen Kanalisationen gesammelten Abwassers wird in Kläranlagen biologisch behandelt.

Etwa die Hälfte des industriellen Schmutzwassers wurde 1983 in knapp 7000 betriebs-eigene Behandlungsanlagen eingeleitet, 20 % gelangten unbehandelt in die öffentliche Kanalisation, rund 30 % unbehandelt in die Gewässer.

Tab. 3: Abwasserbeseitigung 1983

Wirtschaftszweig	Direkt eingeleitetes Abwasser insgesamt ¹	Behan- deltes Abwasser	Darunter biologisch	Unbehan- deltes Abwasser	Darunter Kühl- wasser
Mill. m ³					
Öffentliche Abwasserbeseitigung	8 209 ²	8 041	7 136	168	x
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	8 139	1 751	911	6 388	5 719
Abwasserbeseitigung bei Wärme- kraftwerken für die öffentliche Versorgung	25 138	20	17	25 118	25 086
Sonstige Abwasserbeseitigung	280	191	143	89	55
Insgesamt	41 766	10 003	8 207	31 763	30 860

1 In ein Gewässer bzw. in den Untergrund.

2 Einschließlich Regenwasser.

19.4 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Lagerung und insbesondere der Transport wassergefährdender Stoffe stellen eine akute Gefahrenquelle dar, wie z. B. die durch Tankerunfälle verursachten Schäden besonders drastisch gezeigt haben. In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1985 insgesamt 1 670 Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe registriert. Die ausgelaufenen Mengen wassergefährdender Stoffe betrugen 5 239 Kubikmeter, davon konnten insgesamt 2018 Kubikmeter aufgefangen werden. Bei 87 % der Unfälle wurden Unfallfolgen, wie z. B. Verunreinigung des Bodens, eines Gewässers oder einer Wasserversorgung, festgestellt. Zwei Drittel aller Unfälle ereigneten sich mit leichtem Heizöl und Dieselmotortreibstoff.

19.5 Luftverschmutzung

Hauptverursacher der Luftverunreinigung sind die gewerbliche Produktion, die industriellen Feuerungsanlagen, die privaten Heizungen und der Kraftfahrzeugverkehr. Die Luftbelastungen konzentrieren sich demzufolge in den Ballungsgebieten. Nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz überwachen die Bundesländer in den Belastungsgebieten die luftverunreinigenden Immissionen. Die Überschreitung bestimmter Werte hat zu Beginn des Jahres 1987 unter dem Einfluß ungünstiger Witterungsbedingungen – wie auch schon in den Vorjahren – dazu geführt, daß in einzelnen Regionen mehrmals Smog-Alarm ausgelöst wurde.

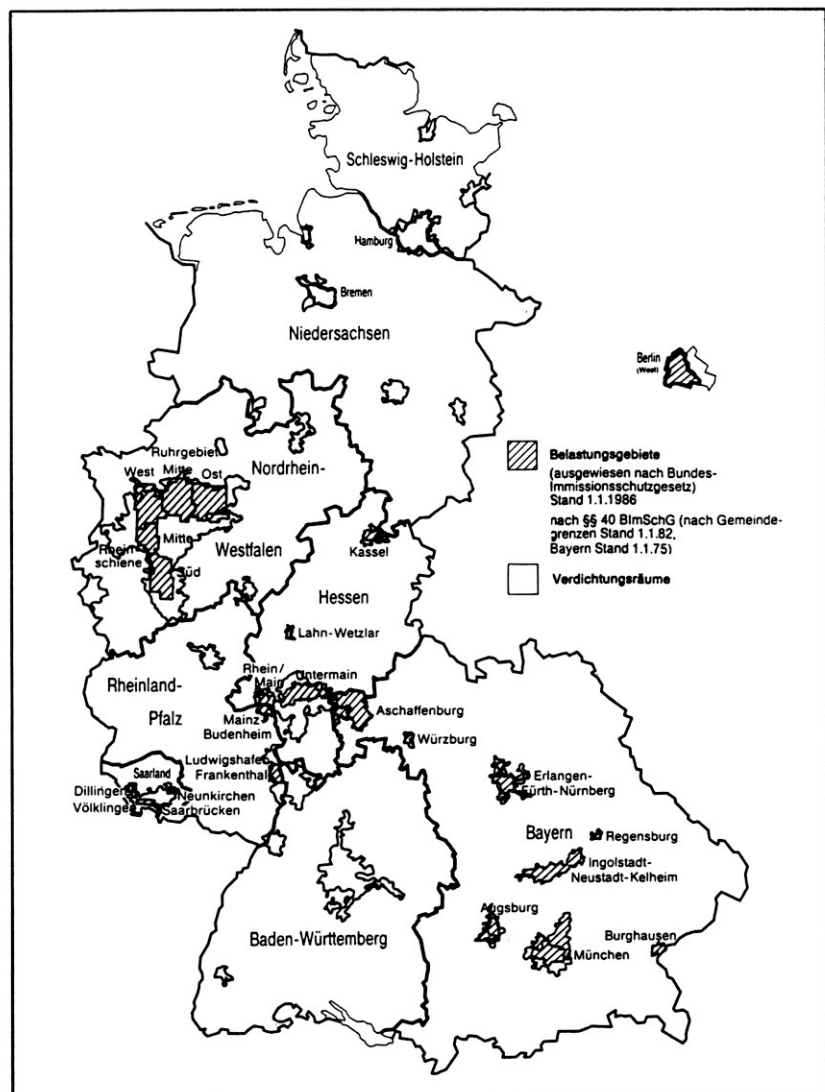
Zu den Schadstoffen mit überregionaler Bedeutung gehören:

- Schwefeldioxid
- Stickoxide
- Kohlenmonoxid
- Stäube
- organische Verbindungen.

Schwefeldioxid

Schwefeldioxid (SO_2) gelangt überwiegend aus Verbrennungsprozessen in Kraftwerken und der Industrie sowie dem Hausbrand in die Atmosphäre. Große Bedeutung kommt über den eigenen Emissionsanteil hinaus dem Ferntransport von SO_2 aus anderen Ländern zu. Bei nahezu gleichbleibendem Energieverbrauch (vgl. Kap. 18) nahmen die Emissionen an SO_2 besonders seit 1982 deutlich ab. Dies ist u. a. auf die Begrenzung des Schwefelgehalts in Brennstoffen zurückzuführen. Im Kraftwerkbereich hat sich bereits der verstärkte Einsatz der Rauchgasentschwefelung im Rahmen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung (13. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung) ausgewirkt. Hier konnten die Emissionen 1984 um ca. 100 000 Tonnen vermindert werden. Durch die weitere Wirkung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird im Kraftwerksektor bis in die neunziger Jahre eine Abnahme der Emissionen um 75 % erwartet.

Abb. 1: Ausgewiesene Belastungsgebiete der Bundesrepublik



Quelle: Umweltbundesamt.

Tab. 4: Ausgewählte Schadstoffemissionen

Gegenstand der Nachweisung	Maß- einheit	1966	1972	1978	1984
Schwefeldioxid (SO ₂)	Mill. t	3,2	3,7	3,4	2,6
davon:					
Kraftwerke/Fernheizwerke ¹	%	42,7	52,3	56,7	62,9
Industrie	%	34,5	27,8	26,6	24,0
Haushalte und Kleinverbrauch	%	17,6	15,8	13,0	9,5
Verkehr	%	5,2	4,1	3,7	3,6
Stickoxid (NO _x als NO ₂)	Mill. t	2,0	2,6	3,0	3,0
davon:					
Kraftwerke/Fernheizwerke ¹	%	23,5	28,6	27,4	27,7
Industrie	%	25,6	17,7	13,7	10,7
Haushalte und Kleinverbrauch	%	5,9	5,7	4,8	4,3
Verkehr	%	45,0	48,0	54,1	57,3
Kohlenmonoxid (CO)	Mill. t	12,9	12,2	9,4	7,4
davon:					
Kraftwerke/Fernheizwerke ¹	%	0,2	0,3	0,4	0,6
Industrie	%	14,1	15,5	16,9	18,7
Haushalte und Kleinverbrauch	%	51,3	29,5	18,9	21,5
Verkehr	%	34,4	54,7	63,8	59,2
Staub	Mill. t	1,8	1,1	0,75	0,65
davon:					
Kraftwerke/Fernheizwerke ¹	%	25,5	23,8	23,3	23,5
Industrie	%	54,4	56,3	59,8	57,0
Haushalte und Kleinverbrauch	%	14,1	13,3	8,6	8,8
Verkehr	%	6,0	6,6	8,3	10,7
Organische Verbindungen (VOC)	Mill. t	1,7	1,9	1,9	1,8
davon:					
Kraftwerke/Fernheizwerke ¹	%	0,7	0,9	1,0	1,1
Industrie	%	12,3	11,2	9,2	8,7
Haushalte und Kleinverbrauch ²	%	16,2	8,0	3,8	3,8
Verkehr	%	30,5	39,6	44,8	45,2
Lösemittelverbrauch ³	%	40,3	40,3	41,2	41,2

1 Einschließlich Industriekraftwerke.

2 Nur Feuerungsanlagen.

3 Gemessen an der Produktion ist davon auszugehen, daß der tatsächliche Verbrauch die hier nachgewiesenen Mengen übersteigt.

Quelle: Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt 1986/87.

Stickoxide

Die Stickoxide (NO_x als NO_2) entstehen fast ausschließlich als Begleiterscheinung der Verbrennungsvorgänge in den Kraftfahrzeugmotoren und Feuerungsanlagen der Kraftwerke, Industriebetriebe und Hausheizungen. Die Emissionen nahmen bis 1980 entsprechend der Steigerung des Energieverbrauchs deutlich zu. 1984 wurde ein Rückgang auf das Niveau von 1978 erreicht. Während der Anteil der Industrie zurückging, gewannen die Emissionen des Straßenverkehrs zunehmend an Gewicht und machen inzwischen mehr als die Hälfte der Gesamtemissionen aus. Eine deutliche Verringerung des Stickoxidausstoßes könnte durch den verstärkten Umstieg auf Katalysatorfahrzeuge erreicht werden.

Kohlenmonoxid

Der Verkehr trägt überwiegend zur Kohlenmonoxidbelastung (CO) in der Bundesrepublik bei. Die Konzentration dieses Schadstoffes ist um so stärker, je weniger vollständig der Verbrennungsvorgang in Kraftfahrzeugmotoren und Feuerungsanlagen abläuft. Die Gesamtemissionen sind infolge der Optimierung der Verbrennungsvorgänge gegenüber den siebziger Jahren deutlich zurückgegangen.

Stäube

Stäube entstehen hauptsächlich bei Verbrennungsprozessen (als Flugasche und Ruß) sowie bei Produktionsvorgängen und dem Umschlag von Schüttgütern. Durch die Verbesserung der Entstaubungstechniken und die Umstellung auf flüssige und gasförmige Brennstoffe konnten die Emissionen verglichen mit 1966 auf fast ein Drittel gesenkt werden.

Organische Verbindungen

Die organischen Emissionen bestehen zu etwa 40% aus Lösemitteln und gehen im wesentlichen aus Verbrennungs- und Produktionsprozessen hervor. Zwischen 1966 und 1984 haben sich die organischen Emissionen kaum verändert. Da hochtoxische Verbindungen nur in relativ geringen Mengen auftreten, erlauben die Gesamtemissionen an organischen Verbindungen keine direkte Aussage hinsichtlich der Auswirkungen auf die Umwelt.

19.6 Lärm

Lärm gilt in weiten Kreisen der Bevölkerung als große Belastung. Die letzte amtliche Befragung zu diesem Thema fand im Rahmen der Wohnungsstichprobe 1978 statt, in der auch Fragen zur Beurteilung der Wohngegend im Hinblick auf Lärmbelästigungen gestellt wurden. Danach gilt als häufigste Störquelle der Straßenverkehrslärm; an zweiter Stelle liegt der Fluglärm. Neuere Untersuchungen – etwa des Instituts für praxisorientierte

Sozialforschung – bestätigen die Aussagen. Danach fühlte sich 1984 mehr als die Hälfte der Bundesbürger durch Straßenverkehrslärm belästigt. Als weitere Störquellen wurden neben Fluglärm laute Nachbarn, die Industrie, der Schienenverkehr und nahegelegene Sportplätze genannt.

19.7 Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz

Zur Verbesserung der Erträge in Landwirtschaft und Gartenbau ist der Verbrauch von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in den vergangenen Jahren kräftig angewachsen. Bei Düngemitteln auf der Grundlage von Phosphat, Kali und Kalk war zwischen 1950 und 1980 etwa eine Verdoppelung der Einsatzmenge zu verzeichnen. Die Lieferung von Stickstoffdünger an die Landwirtschaft erhöhte sich sogar auf fast das Fünffache. Seither stagnieren die Verbrauchszahlen.

Der Absatz von Pflanzenschutzmitteln weist gegenüber den fünfziger Jahren ebenfalls starke Steigerungsraten auf. 1984 wurden rund 32 000 Tonnen Wirkstoff für Pflanzenbehandlungsmittel in der Bundesrepublik Deutschland verkauft. Allerdings war der Einsatz „giftiger“ Pflanzenschutzmittel im Sinne der Giftverordnungen der Länder relativ gesehen rückläufig. So fielen 1984 nur 17 % der abgesetzten Pflanzenschutzmittel unter die Giftverordnungen im Vergleich zu 26 % im Jahre 1979.

Streusalz wird auf bundesdeutschen Straßen und Autobahnen seit mehr als 20 Jahren gegen Schnee und Glatteis eingesetzt. Witterungsbedingt ist der Verbrauch starken Schwankungen unterworfen. Insgesamt hat sich aber der Streusalzabsatz der deutschen Salzindustrie vom Durchschnitt der Jahre 1978–1981 bis 1983 etwa halbiert. Die Abkehr von Auftaumitteln, auch bei privaten Haushalten, ist auf die erheblichen Schäden zurückzuführen, die infolge des Streusalzgebrauchs vor allem an den Straßenbäumen sichtbar wurden.

Tab. 5: Düngemittelaufwendung
je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche

Düngerart	1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1985/86
kg Nährstoff					
Stickstoff	25,6	43,4	83,3	126,6	126,1
Phosphat	29,6	46,4	67,2	68,4	61,3
Kali	46,7	70,6	87,2	93,4	77,5
Kalk	47,5	37,5	49,5	92,9	112,9

19.8 Auswirkungen der Umweltverschmutzung

Die Erforschung der möglichen, aber auch der bereits erkennbaren Auswirkungen der Umweltverschmutzung steht noch in den Anfängen. Zwar sind die negativen Folgen überdüngter Böden, verunreinigter Gewässer und luftverschmutzender Faktoren – etwa an Gebäuden, an Pflanzen, Tieren oder auch an der menschlichen Gesundheit – prinzipiell bekannt, lassen sich jedoch bislang noch nicht hinreichend quantifizieren. Deshalb wird gegenwärtig verstärkt versucht, die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung zu analysieren und den Einfluß einzelner Faktoren zu bestimmen.

Über Waldschäden und gefährdete Tiere und Pflanzen liegen bereits eine Reihe statistischer Informationen vor. Dagegen sind beispielsweise zur Veränderung von Klein- und Großklima oder zur Gefährdung der Böden und des Grundwassers aus statistischer Sicht bislang noch kaum gesicherte Aussagen möglich. Dabei zeigt insbesondere der Boden eine große Anfälligkeit gegenüber Umweltverschmutzungen, da er am Ende jedes Kreislaufs die Abfälle aufnimmt, die nicht im Meer versinken. Auf ihm lagert sich die Luftverschmutzung ab, und er trägt einen großen Teil der Gewässerbelastungen. Nicht zuletzt bringen Agrarproduktion und Landverbrauch Bodenprobleme mit sich.

19.9 Waldschäden

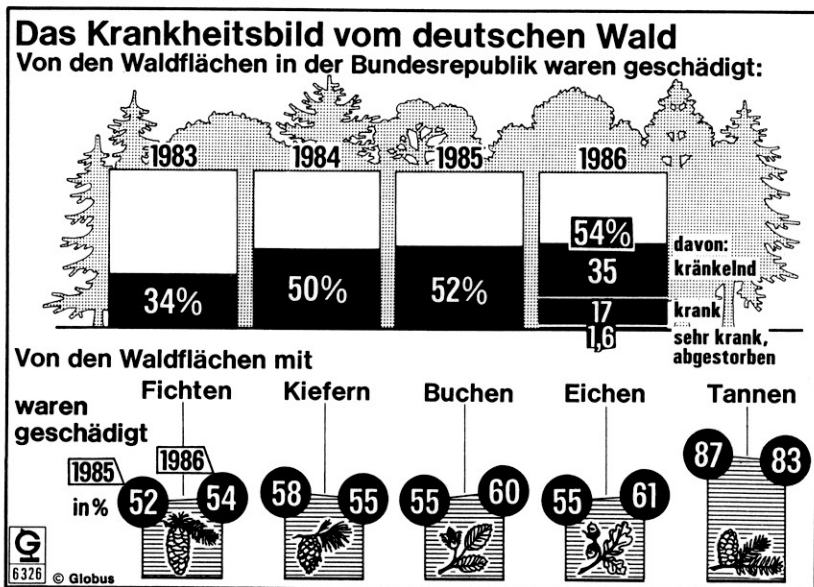
Seit Ende der siebziger Jahre werden in der Bundesrepublik Deutschland großflächige Waldschäden beobachtet, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Trockenheit, Windwurf, Schneebruch oder Wildverbiß zurückführen lassen. In einem zusammenfassenden Bericht des Bundesministers für Forschung und Technologie wird es als wissenschaftlich erhärtet angesehen, daß Luftschadstoffe und ihre Umwandlungsprodukte ausschlaggebend für das Waldsterben sind. Während die

Tab. 6: Waldschäden

Waldfläche	Einheit	1984	1986
Insgesamt	1 000 ha	7 370	7 389
Geschädigte Waldfläche	1 000 ha	3 698	3 967
davon Schadstufe 1 (kränkelnd)	%	65,5	64,7
Schadstufe 2 (krank)	%	31,4	32,2
Schadstufe 3 + 4 (sehr krank u. abgestorben)	%	3,0	3,1

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Einwirkungen durch Schwefeldioxid und Bodenversauerung schon seit geraumer Zeit für die Schäden verantwortlich gemacht wurden, sind in der Studie auch die Wirkungen der Stickoxide näher analysiert worden. Sie schädigen Blätter und Nadeln der Bäume direkt durch verstärkte Bildung von Ozon und sogenannten Photooxidantien. Ferner führt ein übermäßiger Stickstoff-Eintrag in den Waldboden zur Überdüngung und damit zur Schädigung. Der quantitative Beitrag der einzelnen Schadstoffe ist noch ungeklärt. Viren, Bakterien und Pilze können bei den bereits erkrankten Bäumen eine verstärkende Wirkung haben.



Wie die Waldschadenserhebungen zeigen, weisen seit Beginn der achtziger Jahre immer mehr Bäume schwere Schäden auf. Ab 1984 – methodisch einheitlich erhoben – nimmt die geschädigte Waldfläche um jährlich rund 2 % zu. In dieser Zeit stieg auch der Anteil der Schadstufen 2 (krank) bis 4 (sehr krank, absterbend) von 34,4 % auf 35,3 %.

Nach wie vor am stärksten geschädigt ist die Tanne. Durch die weitere Zunahme der Schäden bei Buche und Eiche sind diese beiden Baumarten mit nunmehr rund 60 % geschädigter Fläche erstmals stärker betroffen als Fichte und Kiefer mit jeweils 54 %.

Unter den Bundesländern haben Baden-Württemberg und Bayern die meisten Waldschäden. Geographische Schwerpunkte der Erkrankungen sind die süddeutschen Mittelgebirge und – mit höchstem Anteil der Schadstufe 2 bis 4 – die bayerischen Alpen.

Tab. 7: Waldschäden nach Baumarten 1984 bis 1986
in Prozent der Baumartenfläche

Baumart	1984	1985	1986
Fichte	51	52	54
Kiefer	59	58	54
Tanne	87	87	83
Buche	50	55	60
Eiche	43	55	61
Sonstige	31	31	34

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Tab. 8: Waldschäden nach Bundesländern 1986

Bundesland	Waldfläche 1 000 ha	darunter geschädigt in %	
		Schadstufe 1–4	Schadstufe 2–4
Schleswig-Holstein	140	40	13
Niedersachsen	962	37	11
Nordrhein-Westfalen	854	41	11
Hessen	829	48	19
Rheinland-Pfalz	770	46	8
Baden-Württemberg	1 303	65	23
Bayern	2 446	64	27
Saarland	74	42	11

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

19.10 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer selten anzutreffenden ökologischen Bedingungen ohnehin bereits einen geringen Raum einnehmen (z. B. Feuchtgebiete). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Pflege der hohen Artenvielfalt beigetragen hat, ist sie in den letzten 30 Jahren ein Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbedingungen, in Flurbereinigungen sowie in vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zu den weiteren Verursachern der Artengefährdung zählen u. a. der Tourismus und Landschaftseingriffe durch Rohstoffgewinnung.

Tab. 9: Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen 1984¹

Gegenstand der Nachweisung	Artenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland	darunter ausgestorben oder aktuell gefährdet
Tiere		
Säugetiere	94	44
Vögel	305	98
Kriechtiere	12	9
Lurche	19	11
Fische und Rundmäuler ²	70	49
Schnecken	270	58
Großschmetterlinge	1 300	494
Libellen	80	43
Pflanzen		
Farn- und Blütenpflanzen	2 476	697
Moose	ca. 1 000	99
Flechten	ca. 1 850	380
Röhren- und Blätterpilze, Sprödblättrler- und Bauchpilze	2 337	713

¹ Auszug aus „Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen in der Bundesrepublik Deutschland“, 1984 (Hrsg. v. J. Blab u. a.).

² Die etwa 90 einheimischen marinen Fischarten sind hier nicht berücksichtigt.

19.11 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Neben Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm und Radioaktivität sind Umweltchemikalien und Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln eine potentielle Gefahr für die menschliche Gesundheit. Dies gilt vor allem für die Schwermetalle Blei, Cadmium und Quecksilber, die sich in Pilzen und Wassertieren und beim Menschen in Leber und Nieren anreichern können. Vielfältige Schäden bei Menschen, Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen können ferner durch chlorierte Kohlenwasserstoffe – z. B. in Pestiziden, Lösemiteln oder Ausgangsprodukten für Kunststoffe – hervorgerufen werden.

Die Forschungen über den Zusammenhang zwischen Schadstoffen in der Luft und Atemwegserkrankungen sind noch nicht abgeschlossen. Kaum mehr bestreitbar ist aber, daß die Luftverunreinigung solche Krankheiten begünstigt. Besonderer Beachtung bedarf hier auch die Belastung von Innenräumen mit Schadstoffen.

Zu den nachweisbaren umweltbedingten Erkrankungen gehört u. a. die Lärmschwerhörigkeit. Sie nimmt auch unter den Berufskrankheiten eine führende Position ein (vgl.

8.1.2). Einzelne Berufsgruppen sind in ihrer Arbeitsumgebung häufig wesentlich höheren Schadstoffkonzentrationen ausgesetzt als die übrige Bevölkerung. Beispielsweise leiden viele Bergbauarbeiter unter Erkrankungen durch Stäube (Silikose), die in manchen Fällen sogar einen tödlichen Ausgang nehmen.

19.12 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht halt, sondern ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäischen Gemeinschaften trugen diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließen. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben die Regelungen auf EG-Ebene treten eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

19.13 Umweltschutzeinrichtungen

Ein erster Ansatzpunkt für die statistische Erfassung von Umweltschutzmaßnahmen ist der Nachweis monetärer Größen, wie z. B. der Ausgaben für Umweltschutz und des Wertes von Umweltschutzeinrichtungen – gemessen am Bruttoanlagevermögen für die Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung. Das Bruttoanlagevermögen für Umweltschutz stieg, in Preisen von 1980 gerechnet, im Produzierenden Gewerbe von 29 Mrd. DM Anfang 1975 auf knapp 45 Mrd. DM Anfang 1985, beim Staat im gleichen Zeitraum von 101 Mrd. DM auf 159 Mrd. DM. Hinsichtlich ihres Zwecks unterschieden sich die Umweltschutzeinrichtungen von Staat und Produzierendem Gewerbe beträchtlich. Während das Anlagevermögen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1985 zu 47 % im Bereich der Luftreinhaltung, zu 37 % für den Gewässerschutz und jeweils zu 8 % für Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung eingesetzt wurde, dominierte beim Staat deutlich der Gewässerschutz mit 95 % des Anlagenbestandes. Dies ist auf die große Zahl an Kanalisations- und Kläranlagen zurückzuführen. Rund 4 % der Einrichtungen des Staates dienen der Abfallbeseitigung.

19.14 Ausgaben für Umweltschutz

Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz beschränken sich ebenso wie die Angaben über Umweltschutzeinrichtungen auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung und umfassen lediglich das Produzie-

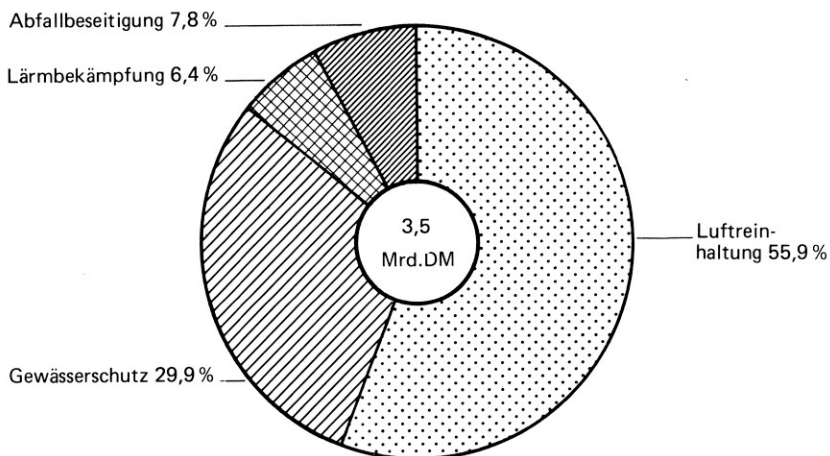
rende Gewerbe und den Staat, die aber nach Schätzungen für 1980 zusammen mehr als 90 % aller Umweltschutzausgaben tätigten.

Die Ausgaben für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes und des Staates betrugen im Jahr 1984 rund 22,7 Mrd. DM. Im Vergleich zu 1975 (13,4 Mrd. DM) sind sie um fast 70 % gestiegen. Dieser Anstieg ist allerdings wesentlich auf Preissteigerungen zurückzuführen. Real, d. h. nach Ausschaltung von Preiseinflüssen, betrug die Zunahme der Ausgaben von 1975 bis 1984 insgesamt lediglich 14 %.

Von den Ausgaben für Umweltschutz entfielen 1984 10,9 Mrd. DM (48 %) auf das Produzierende Gewerbe sowie 11,8 Mrd. DM (52 %) auf den Staatssektor. Während der Staat rund die Hälfte der Ausgaben für Investitionen verwendete, hatten im Produzierenden Gewerbe die laufenden Ausgaben zum Betrieb der Einrichtungen für Umweltschutzzwecke mit etwa zwei Dritteln ein deutlich stärkeres Gewicht als die Investitionen.

Gemessen am gesamten Investitionsvolumen des Produzierenden Gewerbes, beliefen sich die Umweltschutzinvestitionen 1984 mit 3,5 Mrd. DM auf gut 4 %. Der Anteil der Unternehmen, die in Umweltschutzmaßnahmen investierten, verminderte sich von 13,8 % (1975) auf 6,8 % (1984).

Abb. 2: Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1984



Von den Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes gibt die Chemische Industrie die höchsten Summen für Umweltschutzinvestitionen aus. Der 1984 erreichte Betrag von 603 Mill. DM entsprach etwa einem Sechstel aller Investitionen dieser Art und wurde nur von der Energiewirtschaft mit 1,3 Mrd. DM übertroffen. Über die Hälfte der Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe entfiel 1984 auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung, rund 30 % auf den Gewässerschutz und der Rest auf Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

19.15 Schadstoffarme Personenkraftwagen und bleifreier Kraftstoff

Durch finanzielle Anreize hinsichtlich der Kraftfahrzeugsteuer ist versucht worden, beim Neukauf eines Personenkraftwagens die Wahl zugunsten eines schadstoffarmen Fahrzeugs zu beeinflussen. 1986 wurden rund 41 % aller neu zugelassenen Personenkraftwagen als schadstoffreduziert entsprechend der strengen US-Norm oder der Europa-Norm eingestuft. Die Fahrzeuge, die die Europa-Norm einhielten, waren überwiegend Dieselfahrzeuge. Weitere rund 15 % der neu zugelassenen Personenkraftwagen erfüllten die weniger strengen Anforderungen der Anlage XXIV zu § 47 der Straßenverkehrszulassungsordnung (frühere Bezeichnung: „bedingt schadstoffarm“).

Bezogen auf den Bestand an Personenkraftwagen zu Beginn des Jahres 1987 waren insgesamt 15,5 % schadstoffreduziert. 2,8 % hielten die US-Norm ein, weitere 4,2 % die Europa-Norm und 8,5 % die weniger restriktiven Anforderungen der Anlage XXIV.

Tab. 10: Neuzulassungen und Bestand schadstoffreduzierter
Personenkraftwagen
in Tausend

Jahr	Personen- kraftwagen insgesamt	Darunter schadstoffreduziert gemäß § 47 Straßenverkehrs- zulassungsordnung, Anlage		
		XXIII US-Norm	XXV Europa-Norm	XXIV Stufe A, B, C zusammen
Antriebsart				
Neuzulassungen				
1985	2 379	131	119	19
1986	2 829	503	665	414
darunter:				
mit Ottomotor	2 053	292	146	397
Dieselmotor	776	211	519	16
Bestand am Jahresanfang				
1987	27 224	760	1 131	2 320
darunter:				
mit Ottomotor	23 978	373	216	835
Dieselmotor	3 236	387	915	1 481

Für die Einhaltung der US-Norm ist nach derzeitigem Stand der Technik bei Personenkraftwagen mit Ottomotor ein geregelter Dreivegekatalysator erforderlich. Die Entscheidung für den Kauf eines solchen Fahrzeugs dürfte nicht zuletzt auch vom Angebot an bleifreiem Benzin abhängen. Ende 1986 boten rund 64 % aller bundesdeutschen Tankstellen unverbleites Normalbenzin und 47 % unverbleites Superbenzin an. Rund 11 % der von der Mineralölindustrie an die Tankstellen gelieferten Vergaserkraftstoffmenge waren 1986 unverbleit.

Tab. 11: Versorgung mit unverbleitem Vergaserkraftstoff
am 31. Dezember 1986

Art der Tankstelle	Insgesamt	Es boten an	
		unverbleites Normalbenzin	unverbleites Superbenzin
Straßentankstellen	20 150	12 763	9 400
Autobahntankstellen	269	214	197
Insgesamt	20 419	12 977	9 597

19.16 Natur- und Landschaftsschutz

Für Zwecke des Naturschutzes wurden im Bundesgebiet etwa 2400 Naturschutzgebiete rechtsverbindlich festgesetzt, die der Erhaltung seltener wildlebender Tierarten und wildwachsender Pflanzenarten dienen sollen. Die Naturschutzgebietsfläche (ohne Wasserflächenanteile in der Nord- und Ostsee sowie der Niederelbe) betrug 1986 in der Bundesrepublik Deutschland rund 2800 Quadratkilometer. Mit ähnlicher Zielsetzung wurden Nationalparke geschaffen, bei denen es sich um großräumige Gebiete von besonderer Eigenart handelt, z. B. Teile des Wattenmeeres. Die Fläche der vier bestehenden Nationalparke (Bayerischer Wald, Berchtesgaden, Niedersächsisches Wattenmeer und Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer) belief sich 1986 auf rund 5600 Quadratkilometer.

Ein wirksamer Pflanzen- und Tierschutz setzt voraus, daß die Nutzung der Schutzgebiete durch den Menschen ausgeschlossen oder zumindest eingeschränkt wird. In den Nationalparks gibt es deshalb Zonen, in denen keine menschliche Einflußnahme gestattet ist. Im Nationalpark Bayerischer Wald z. B. treffen diese strengen Schutzbestimmungen auf etwa die Hälfte seiner Fläche zu.

Zur Raumordnung und Landschaftspflege sind in landschaftlich reizvollen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland über 60 Naturparke auf etwa einem Fünftel der gesamten Landfläche eingerichtet worden. Sie dienen vorrangig der Erholung der Bevölkerung benachbarter Großstädte und dem Fremdenverkehr.

**Tab. 12: Naturparke, Naturschutzgebiete und Nationalparke
in der Bundesrepublik Deutschland**
Stand: 1. Januar

Art des Gebietes	Anzahl		Fläche km ²		Anteil an der Landfläche %	
	1980	1986	1980	1986	1980	1986
Naturparke	62	63	51 438	54 114	20,7	21,8
Naturschutzgebiete	1 386	2 380 ¹	2 057 ²	2 797 ²	0,8	1,1
Nationalparke	2	4	340	5 588	0,1	2,2 ³

1 Ohne insgesamt 26 Naturschutzgebiete, die Teile der Nationalparke Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer bzw. Niedersächsisches Wattenmeer sind.

2 Ohne Wasserflächenanteile in der Nord- und Ostsee sowie der Niederelbe.

3 Auf Landfläche und Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland bezogen.

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie.

20 Internationale Übersichten

Ausgehend von dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, ist die Bundesrepublik Deutschland in einer Vielzahl internationaler Organisationen vertreten.

Von besonderer Bedeutung für ihre Außenpolitik ist die Einordnung in das Lager der westlichen Demokratien, vor allem aber ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis (NATO). Seit 1973 ist sie offiziell Mitglied der Vereinten Nationen, in deren zahlreichen Unterorganisationen sie bereits vor ihrem Beitritt mitgearbeitet hat.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält zu fast allen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen. Im September 1987 war sie in 161 Ländern vertreten.

Vor diesem Hintergrund wurden zu einigen wichtigen Themenbereichen (Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wirtschaft) internationale Vergleichszahlen zusammengestellt. Sie stammen aus einer Vielzahl internationaler Quellen, die vom Statistischen Bundesamt ausgewertet werden.

Diese Zahlen können nur Größenordnungen vermitteln, da Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren und der Bearbeitungsmethoden die Vergleichbarkeit der Angaben von Land zu Land erheblich beeinträchtigen. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen Einschränkungen in Kauf genommen werden.

20.1 Bevölkerung 1985¹

Land	Fläche	Bevölkerung		Lebend- geborene	Gestor- bene	Überschuß der Ge- borenen (+) bzw. Gestor- benen (-)
		ins- gesamt	Einwohner je km ²			
	1 000 km ²	1 000	Anzahl	je 1 000 Einwohner		
<i>Europa</i> ²	10 532	700 000	66	.	.	.
Bundesrepublik Deutschland	249	61 048	245	9,6	11,5	- 1,9
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	108	16 644	154	13,7	13,5	+ 0,2
Belgien	31	9 903	324	11,5	11,2	+ 0,3
Bulgarien	111	8 957	81	13,2	12,0	+ 1,2
Dänemark ³	43	5 114	119	10,6	11,4	- 0,8
Finnland	337	4 910	15	12,8	9,8	+ 3,0
Frankreich	547	55 282	101	14,1	10,1	+ 4,0
Griechenland	132	9 935	75	11,7	9,3	+ 2,4
Großbritannien und Nordirland	244	56 125	230	13,3	11,8	+ 1,5
Irland	70	3 537	50	17,5	9,0	+ 8,5
Island	103	241	2	15,9	7,1	+ 8,8
Italien	301	57 128	190	10,1	9,5	+ 0,6
Jugoslawien	256	23 125	90	15,9	9,1	+ 6,8
Luxemburg	3	366	141	11,1	10,8	+ 0,3
Niederlande	41	14 563	357	12,3	8,5	+ 3,8
Norwegen	324	4 153	13	12,4	10,6	+ 1,8
Österreich	84	7 565	90	11,5	11,8	- 0,3
Polen	313	37 203	119	18,2	10,3	+ 7,9
Portugal	92	10 229	111	12,3	9,6	+ 2,7
Rumänien	238	23 017	97	15,8	10,3	+ 5,5
Schweden	450	8 369	19	11,8	11,3	+ 0,5
Schweiz	41	6 374	156	11,5	9,1	+ 2,4
Sowjetunion	22 402 ⁴	278 618	12	19,6	10,8	+ 8,8
Spanien	505	38 688	77	12,5	7,7	+ 4,8
Tschechoslowakei	128	15 496	121	14,5	11,8	+ 2,7
Türkei	781 ⁵	49 272	63	32,5	9,0	+23,5
Ungarn	93	10 649	114	12,2	13,9	- 1,7
<i>Afrika</i>	30 330	572 000	19	.	.	.
Ägypten	1 001	48 503	48	38,4	9,4	+29,0
Algerien	2 382	21 718	9	40,1	8,9	+31,2
<i>Amerika</i>	42 082	680 000	16	.	.	.
Brasilien	8 512	135 564	16	19,3	6,3	+13,0
Kanada	9 976	25 591	3	14,9	7,0	+ 7,9
Mexiko	1 973	78 524	40	32,7	5,6	+27,1
Vereinigte Staaten	9 373	239 283	26	15,7	8,7	+ 7,0
<i>Asien</i> ⁶	44 383	2 866 000	65	.	.	.
China, Volksrepublik	9 561	1 032 705	108	19,0	6,7	+12,3
Japan	372	121 790	327	11,9	6,3	+ 5,6
<i>Australien und Ozeanien</i>	8 510	25 000	3	.	.	.
Australien	7 687	15 752	2	15,7	7,5	+ 8,2
<i>Erde</i>	135 837	4 917 000	36	.	.	.

1 Wenn Daten für 1985 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

2 Einschl. des europäischen Teils der Sowjetunion und der Türkei, ohne Grönland.

3 Ohne Faröer und Grönland.

4 Darunter in Europa: 5 571 000 km². - 5 Darunter in Europa: 23 623 km².

6 Einschl. Iran Jaya (Westiran) und Gaza-Streifen sowie des asiatischen Teils der Sowjetunion und der Türkei.

20.2 Bildung¹

Land	Jahr	Schüler und Studenten nach Bildungsbereichen		
		Primar-	Sekundar- bereich	Tertiär-
		1000		
<i>Europa</i>				
Bundesrepublik Deutschland	1983	2 366	5 968	1 472
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	1983	1 974	456	403
Dänemark	1982	432	496	111
Finnland	1983	369	434	120
Frankreich	1983	4 260	5 226	1 179
Griechenland	1981	901	759	121
Großbritannien und Nordirland	1982	4 474	5 296	875
Italien	1983	4 068	5 330	1 120
Jugoslawien	1983	1 460	2 370	375
Niederlande	1983	1 140	1 467	379
Norwegen	1982	373	382	89
Österreich	1983	354	683	154
Polen	1983	4 535	1 521	476
Portugal	1982	1 222	451	81
Rumänien	1983	3 067	1 272	174
Schweden	1983	648	604	223
Schweiz	1983	399	443	96
Sowjetunion	1983	22 976	19 743	5 301
Spanien	1982	3 634	4 169	731
Tschechoslowakei	1983	1 992	373	182
Türkei	1983	6 497	2 541	335
Ungarn	1983	1 270	410	100
<i>Afrika</i>				
Ägypten	1983	5 350	3 202	590
Algerien	1983	3 337	1 473	96
Kenia	1983	4 324	517	22
<i>Amerika</i>				
Brasilien	1983	24 305	3 482	1 436
Kanada	1983	2 252	2 323	1 041
Mexiko	1983	15 376	6 064	1 072
Vereinigte Staaten	1982	27 411	14 122	12 426
<i>Asien</i>				
Indien	1982	77 039	34 032	5 346
Indonesien	1983	29 109	7 446	616
Japan	1983	11 665	10 245	2 410
Pakistan	1983	6 412	2 515	157
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	1983	1 620	1 200	349

1 Dem Primarbereich sind die Schulen zugeordnet, die – normalerweise beginnend mit dem sechsten Lebensjahr – im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht eine Grundausbildung von mindestens vier, im Durchschnitt aber von etwa sechs Jahren Dauer vermitteln. – Der Sekundarbereich umfaßt in der Regel zwei Bildungsabschnitte (Sekundarbereich I und II). Der längere Abschnitt (Sekundarbereich I) endet in den meisten Ländern mit der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht. Der sich anschließende kürzere Abschnitt (Sekundarbereich II) vermittelt einen weiterführenden Abschluß. – Der Tertiärbereich umfaßt die Ausbildungsgänge nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflichtzeit, die an den jeweils letzten Abschluß einer Ausbildung im Sekundarbereich II anschließen.

20.3 Erwerbstätigkeit 1985¹

Land	Anteil der Er- werbsper- sonen an der Be- völkerung	Erwerbstätige in (im)		
		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produ- zierenden Gewerbe	sonstigen Wirt- schafts- bereichen
	%	% der Erwerbstätigen		
<i>Europa</i>				
Bundesrepublik Deutschland	48	4,7	39,9	55,3
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	54	10,8	47,7	41,5
Belgien	43	2,9	29,2	67,9
Bulgarien	52	17,0	44,9	38,1
Dänemark	54	6,4	27,7	65,9
Finnland	54	11,2	32,0	56,8
Frankreich	43	7,4	31,2	61,4
Griechenland	42	27,5	26,0	46,5
Großbritannien und Nordirland	49	2,5	32,0	65,5
Irland	37	15,8	28,4	55,8
Island	43	12,1	35,3	52,6
Italien	41	9,8	29,5	60,7
Jugoslawien	45	30,6	33,0	36,4
Luxemburg	44	4,2	33,3	62,5
Niederlande	42	4,8	27,6	67,6
Norwegen	50	7,1	27,5	65,4
Österreich	44	8,8	38,6	52,6
Polen	52	.	.	.
Portugal	46	23,4	33,3	43,3
Rumänien	59	.	.	.
Schweden	53	4,7	29,0	66,3
Schweiz	50	6,6	37,7	55,7
Sowjetunion	50	20,0	39,0	41,0
Spanien	36	16,4	31,0	52,6
Tschechoslowakei	50	13,1	48,8	38,1
Türkei	43	59,0	41,0	.
Ungarn	46	22,7	38,6	38,7
<i>Amerika</i>				
Kanada	54	5,2	25,9	68,9
Vereinigte Staaten	49	3,1	28,2	68,8
<i>Asien</i>				
China, Volksrepublik	51	68,4	17,2	14,4
Indien	37	62,6	12,6	24,8
Israel	34	5,5	28,5	66,0
Japan	49	8,5	34,0	57,5
Korea, Republik	38	23,9	29,6	46,5
Pakistan	30	50,7	18,4	30,9
Singapur	47	0,6	33,6	65,8
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	47	6,0	26,6	67,4
Neuseeland	44	11,2	32,1	56,7

1 Wenn Daten für 1985 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

20.4 Gesundheitswesen

Land	Gesundheitswesen		
	Einwohner je Arzt	Kranken- hausbetten je 10000 Einwohner	im 1. Lebens- jahr Gestor- bene (ohne Totgeborene) je 1000 Lebend- geborene
	1981 ¹	1981 ¹	1985 ²
<i>Europa</i>			
Bundesrepublik Deutschland	421	111	8,9
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	494	105	9,6
Belgien	385	94	9,4
Dänemark	482	82	7,7
Finnland	503	155	6,5
Frankreich	581	121	8,1
Griechenland	393	62	14,0
Großbritannien und Nordirland	692	87	9,4
Irland	774	97	10,1
Italien	346	97	10,9
Jugoslawien	673	60	28,8
Luxemburg	735	119	9,0
Niederlande	541	125	7,9
Norwegen	493	150	8,4
Österreich	441	112	11,2
Polen	573	76	18,5
Portugal	546	53	16,7
Rumänien	652	87	23,4
Schweden	454	148	6,8
Schweiz	409	114	7,1
Sowjetunion	274	123	.
Spanien	390	55	10,5
Türkei	1 632	21	.
Tschechoslowakei	354	125	15,3
Ungarn	390	92	20,4
<i>Afrika</i>			
Ägypten	815	20	70,3
Algerien	2 780	25	82,3
<i>Amerika</i>			
Chile	1 925	34	19,6
Kanada	548	78	8,1
Kuba	722	41	16,5
Vereinigte Staaten	549	59	10,5
<i>Asien</i>			
China, Volksrepublik	1 910	20	.
Indien	2 545	8	.
Japan	761	116	6,0
<i>Australien und Ozeanien</i>			
Australien	559	64	9,9

1 Aktuellere Ergebnisse liegen zur Zeit nicht vor; zum Teil auch Ergebnisse vor 1981.

2 Wenn Daten für 1985 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitraum.

20.5 Bruttoinlandsprodukt 1985

Land	Währungs- einheit	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen				
		in jeweili- gen Preisen	Anteile			
			Privater Ver- brauch	Staats- verbrauch	Investi- tionen	Außen- beitrag
<i>Europa</i>						
Bundesrepublik Deutschland	Mrd. DM	1 832	56,9	20,0	19,6	+ 3,5
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost) ¹	Mrd. M	234	70,4	12,5	17,1	-
Belgien	Mrd. bfrs	4 812	65,4	17,7	15,1	+ 1,7
Dänemark	Mrd. dkr	613	54,6	25,2	19,9	+ 0,3
Finnland	Mrd. Fmk	335	53,8	20,2	23,7	+ 0,9
Frankreich	Mrd. FF	4 585	64,7	16,3	18,8	+ 0,2
Griechenland	Mrd. Dr.	4 527	65,5	19,9	20,6	- 11,8
Großbritannien und Nordirland	Mrd. £	350	60,4	21,1	17,3	+ 1,2
Irland	Mill. Ir£	17 254	56,8	19,1	21,9	+ 2,3
Island	Mill. ikr	110 523	60,6	18,0	20,7	+ 0,7
Italien	Mrd. Lit	805 754	62,7	16,7	22,5	- 1,9
Jugoslawien	Mrd. Din	11 951	49,8	13,8	41,3	- 1,1
Luxemburg	Mrd. lfrs	212	56,0	15,6	22,9	+ 5,5
Niederlande	Mrd. hfl	415	59,0	16,3	19,9	+ 4,9
Norwegen	Mrd. nkr	498	48,6	18,6	24,9	+ 7,9
Österreich	Mrd. S	1 367	56,6	18,7	24,5	+ 0,2
Polen	Mrd. Zl	8 586	60,4	13,0	25,8	+ 0,7
Portugal	Mrd. Esc	3 525	67,7	14,2	20,1	- 2,1
Schweden	Mrd. skr	863	51,3	27,4	18,9	+ 2,4
Schweiz	Mrd. sfr	228	61,9	13,2	24,4	+ 0,5
Spanien	Mrd. Ptas	27 930	64,4	14,0	19,3	+ 2,3
Tschechoslowakei ²	Mrd. Kčs	552	67,4	8,3	19,2	+ 5,2
Türkei	Mrd. TL.	27 509	73,5	8,5	20,7	- 2,7
Ungarn ²	Mrd. Ft	842	69,6	10,8	17,1	+ 2,5
<i>Amerika</i>						
Kanada	Mrd. kan\$	473	57,4	20,1	20,2	+ 2,8
Vereinigte Staaten	Mrd. US-\$	3 947	65,5	18,3	19,2	- 3,0
<i>Asien</i>						
Japan	Mrd. Yen	316 768	58,4	9,8	28,2	+ 3,6
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien ³	Mill. \$A	232 046	60,6	16,9	24,7	- 3,1
Neuseeland ⁴	Mill. NZ\$	44 415	58,9	16,1	27,7	- 3,3

1 Produziertes Nationaleinkommen in Preisen von 1980.

2 Produziertes Nationaleinkommen.

3 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. Juli 1985 beginnt.

4 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. April 1985 beginnt.

20.6 Außenhandel 1985

Land	Einfuhr		Ausfuhr		Ein- (-) bzw. Ausfuhr- (+) überschuß	
	insges.	je Ein- wohner	insges.	je Ein- wohner	insges.	je Einwohner
	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM
<i>Europa</i>						
Bundesrepublik Deutschland	463 811	7 600	537 164	8 802	+ 73 353	+1 202
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	60 990	3 665	66 652	4 006	+ 5 662	+ 341
Belgien und Luxemburg	163 349	15 905	156 750	15 263	- 6 599	- 642
Dänemark	52 899	10 352	48 439	9 479	- 4 460	- 873
Finnland	38 884	7 919	40 010	8 149	+ 1 126	+ 230
Frankreich	316 309	5 730	286 522	5 191	- 29 787	- 539
Griechenland	29 805	3 002	13 336	1 343	- 16 469	-1 659
Großbritannien und Nordirland	320 782	5 697	297 222	5 278	- 23 560	- 419
Irland	29 544	8 322	30 574	8 612	+ 1 030	+ 290
Italien	259 142	4 534	231 324	4 048	- 27 818	- 486
Jugoslawien	35 761	1 547	31 286	1 353	- 4 475	- 194
Niederlande	191 967	13 257	200 949	13 878	+ 8 982	+ 621
Norwegen	45 730	11 019	58 605	14 122	+ 12 875	+3 103
Österreich	61 475	8 132	50 629	6 697	- 10 846	-1 435
Polen	31 697	852	33 607	903	+ 1 910	+ 51
Portugal	22 490	2 198	16 715	1 634	- 5 775	- 564
Rumänien	25 508	1 108	33 062	1 436	+ 7 554	+ 328
Schweden	83 751	10 030	89 257	10 689	+ 5 506	+ 659
Schweiz	90 059	14 072	80 216	12 534	- 9 843	-1 538
Sowjetunion	242 833	872	256 372	920	+ 13 539	+ 48
Spanien	88 204	2 285	71 346	1 848	- 16 858	- 437
Tschechoslowakei	51 591	3 328	51 374	3 314	- 217	- 14
Türkei	33 147	673	23 397	475	- 9 750	- 198
Ungarn	24 191	2 274	25 116	2 361	+ 925	+ 87
<i>Afrika</i>						
Libyen	15 247	4 235	31 873	8 854	+ 16 626	+4 619
Nigeria	25 678	270	36 294	381	+ 10 616	+ 111
Südafrika	30 338	937	27 418	846	- 2 920	- 91
<i>Amerika</i>						
Brasilien	42 145	311	75 282	555	+ 33 137	+ 244
Kanada	223 054	8 792	251 590	9 917	+ 28 536	+1 125
Vereinigte Staaten	1 063 181	4 380	626 650	2 582	-436 531	-1 799
<i>Asien</i>						
China, Volksrepublik	125 371	118	80 566	76	- 44 805	- 42
Hongkong	86 965	16 045	88 354	16 301	+ 1 389	+ 256
Irak	29 550	1 858	28 115	1 768	- 1 435	- 90
Japan	374 886	3 105	516 248	4 275	+141 362	+1 170
Korea, Republik	91 539	2 221	89 032	2 160	- 2 507	- 61
Saudi-Arabien	70 019	6 068	87 344	7 569	+ 17 325	+1 501
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien	69 791	4 431	64 384	4 088	- 5 407	- 343

20.7 Wirtschaftsdaten 1985¹

Land	Produktion				Fertig- gestellte Wohn- ungen je 100 000 Einw.
	Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität Mill. kWh je 100 000 Einw.	Pkw	
	1 000 t			1 000 St.	
<i>Europa</i>					
Bundesrepublik Deutschland	82 398	40 908	669	4 165	511
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	0	7 853	684	210	1 275
Belgien	6 212	10 683	579	231	306
Bulgarien	228	2 926	465	·	725
Dänemark	—	528	565	—	479
Finnland	—	2 518	959	—	1 004
Frankreich	15 124	18 808	623	2 632	673
Griechenland	—	985	278	—	891
Großbritannien und Nordirland	90 797	15 723	530	1 048	391
Irland	70	202	341	—	676
Italien	—	23 898	325	1 384	·
Jugoslawien	400	1 956	320	177	582
Luxemburg	—	3 945	260	—	383
Niederlande	—	5 517	432	108	694
Norwegen	569	930	2 485	—	626
Österreich	—	4 660	581	6	545
Polen	191 642	16 126	370	279	510
Portugal	238	663	179	·	431
Rumänien	8 458	13 795	312	·	573
Schweden	13	4 813	1 631	401	393
Schweiz	—	987	845	—	745
Sowjetunion	491 760	155 200	554	1 300	·
Spanien	16 311	14 193	328	1 174	512
Tschechoslowakei	26 223	15 036	520	180	725
Türkei	7 260	3 193	68	—	116
Ungarn	2 639	3 647	252	—	681
<i>Afrika</i>					
Südafrika	171 690	8 607	375	·	·
<i>Amerika</i>					
Brasilien	7 716	20 364	142	460	·
Kanada	34 138	14 637	1 799	1 075	617
Vereinigte Staaten	741 312	80 895	1 055	8 002	690
<i>Asien</i>					
China, Volksrepublik	813 000	46 716	40	·	·
Indien	149 256	11 004	22	·	·
Japan	16 380	105 279	491	7 647	·
<i>Australien und Ozeanien</i>					
Australien	130 182	6 407	772	382	·
<i>Erde</i>	3 207 000	720 377	197	...	·

¹ Wenn Daten für 1985 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

Teil II:

Lebenslagen und gesellschaftliche Probleme

Redaktion:

Roland Habich
Wolfgang Glatzer

Bearbeiter:

Ferdinand Böltken
Michael Braun
Annekatri Gehring
Wolfgang Glatzer
Roland Habich
Christian Harz
Christof Helberger
Achim Koch
Herbert Lahmann
Detlef Landua
Joachim Merz
Heiner Meulemann
Harald Möhlmann

Hans-Michael Mohr
Heinz-Herbert Noll
Rainer Pischner
Jürgen Schupp
Rolf Uher
Hubert Vorholt
Martina Wasmer
Erich Wiegand
James Witte
Klaus Wolff
Rolf Ziegler
Pia Zollmann

Die Redaktion dankt für die Mithilfe bei redaktionellen Arbeiten und für die vielfältige Unterstützung bei der Erstellung des vorliegenden Teils Regina Berger-Schmitt, Ute Lutz und insbesondere Wolfgang Meyer.

A. Einleitung

1 Lebenslagen und gesellschaftliche Probleme: Konzepte und Datenquellen

Das Wissen über die Lebensbedingungen in Deutschland verdanken wir ganz überwiegend der amtlichen Statistik. In der Bundesrepublik sind es Volkszählungen, Mikrozensus, Wirtschaftsrechnungen und viele Spezialerhebungen, in denen sozio-demographische und sozio-ökonomische Daten erhoben werden, die eine repräsentative Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Problemlagen und Entwicklungen ermöglichen. Sozialwissenschaftler haben dieses Datenmaterial oft für Sekundäranalysen herangezogen. Die Erhebungen der amtlichen Statistik beschränken sich aber fast ausschließlich auf direkt beobachtbare und meßbare (in unserer Terminologie „objektive“) Tatbestände. „Subjektive“ Tatbestände, also Meinungen, Bewertungen und Wertvorstellungen, blieben außerhalb des Erhebungsprogramms amtlicher Umfragen. Dafür mag es stichhaltige Gründe geben, aber nicht zu übersehen ist das Informationsdefizit, das dadurch entsteht.

In zwei Diskussionszusammenhängen wird der Erhebung subjektiver Indikatoren ein hoher Stellenwert beigemessen. Erstens sollte man sich im demokratisch verfaßten Wohlfahrtsstaat nicht darauf beschränken, die Lebensbedingungen gesellschaftspolitisch zu gestalten, sondern dabei auch beachten, wie sie von der Bevölkerung bewertet werden. Ob die Bürger mit ihren Lebensbedingungen zufrieden oder unzufrieden sind, sollte unmittelbar und repräsentativ erhoben werden und nicht irgendwelchen Expertenurteilen überlassen bleiben. Die repräsentative Umfrage hat dabei vor allem den Vorzug, daß alle Bevölkerungsgruppen von einer bestimmten Größe an vertreten sind und jeder ausgewählte Bürger mit einer Stimme zu Wort kommt.

Das zweite Argument schließt an die Diskussion um die Messung von Lebensqualität und Wohlfahrt an. Hier hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß sich eine Beurteilung der Lebensqualität einer Bevölkerung nicht auf die objektiven Lebensbedingungen beschränken darf, sondern gleichzeitig das subjektive Wohlbefinden zu betrachten ist. Was soll eine Verbesserung objektiver Lebensbedingungen nützen, wenn sich das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung verschlechtert? Selbstverständlich kann auch das subjektive Wohlbefinden kein alleiniges Beurteilungskriterium für die Wohlfahrt einer modernen Gesellschaft sein. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im Zusammenhang, die verschiedenen Konstellationen, die sich dabei ergeben können, sind das Untersuchungsthema der modernen Wohlfahrtsforschung.

Ämtliche und nichtämtliche Statistikproduzenten legen an vielen Stellen sich ergänzende Informationen vor, die für eine gesellschaftliche Berichterstattung herangezogen werden können. Die Zusammenarbeit von ämtlicher Statistik und universitären Sozialwissenschaftlern hat zunächst im *Datenreport 1985* ihren Niederschlag gefunden; der sozialwissenschaftliche Teil dieses interpretierenden Datenhandbuchs konzentrierte sich auf den Zusammenhang von „objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden“. Subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen sind Teil jener Informationslücke der ämtlichen Statistik, auf die sich Daten aus den Wohlfahrtssurveys 1978, 1980 und 1984 vorrangig bezogen haben.

Subjektive Daten, die Meinungen, Einschätzungen, Beurteilungen von Individuen wiedergeben, stellen auch einen Schwerpunkt im *Datenreport 1987*, Teil II, dar. Die Leitbegriffe „Lebenslagen“ und „gesellschaftliche Probleme“ beinhalten sowohl objektive Aspekte der Lebensverhältnisse als auch subjektive Situationseinschätzungen. Unter „Lebenslage“ wird der Spielraum verstanden, den der einzelne für die Befriedigung seiner materiellen und immateriellen Bedürfnisse auf Dauer zur Verfügung hat. Lebenslagen werden vor allem in Hinblick auf ihre Beeinflussung durch die Sozial- und Gesellschaftspolitik betrachtet.

Neben dem Konzept der „Lebenslagen“ sind „gesellschaftliche Probleme“ ein weiterer Leitbegriff für die in diesem Teil enthaltenen Beiträge. Sie werden oft definiert als eine Diskrepanz zwischen realen Lebensverhältnissen und gesellschaftlichen Standards, Ansprüchen oder Erwartungen. Sie können mehr oder weniger intensiv wahrgenommen und thematisiert werden. Schlechte Lebenslagen stellen in diesem Sinn auch ein gesellschaftliches Problem dar und zeigen die Überschneidung beider Konzepte an.

Einer der neuen Datensätze bringt nicht nur neue Themen in den *Datenreport 1987*, sondern auch eine methodische Neuerung: Es handelt sich um Paneldaten, d. h. um Informationen, die 1984 und 1985 bei denselben Individuen erhoben wurden. Auf diese Weise lassen sich Veränderungen auf der individuellen Ebene feststellen, die beim Vergleich von unverbundenen punktuellen Umfragen nicht zu ermitteln sind.

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und das Sozio-ökonomische Panel sind neben den Wohlfahrtssurveys wichtige Umfragen der empirischen Sozialforschung zur Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Während der ALLBUS inzwischen schon zum vierten Mal durchgeführt wurde und insgesamt zu der wohl am meisten benutzten Datenquelle der empirischen Sozialforschung geworden ist, stellt das Sozio-ökonomische Panel für die Wissenschaft in der Bundesrepublik ein entscheidendes Novum dar. Kurzbeschreibungen der beiden Umfragen, die hier herangezogen werden, lauten folgendermaßen:

Der ALLBUS ist ein Forschungsprogramm zur Erhebung und Verbreitung repräsentativer Primärdaten für die Sozialwissenschaften. Kernstück sind alle zwei Jahre wiederholte Bevölkerungsumfragen mit einem teils konstanten, teils variablen Fragenprogramm, das zentrale Bereiche der empirischen Sozialforschung abdeckt.

Mit dem ALLBUS werden vornehmlich drei Zielsetzungen verfolgt:

- das für die Sozialwissenschaften wichtige Ziel der Datenbereitstellung für Forscher und Studenten, die keinen unmittelbaren Zugang zu Primärdaten haben;
- das wissenschaftliche Ziel der Untersuchung des langfristigen Wandels;
- das politikrelevante Ziel der deskriptiven Sozialberichterstattung.

Das Forschungsprogramm wurde Mitte der siebziger Jahre als gemeinsames Vorhaben vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, und vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln, konzipiert. Die bisher durchgeführten vier Umfragen in den Jahren 1980, 1982, 1984 und 1986 wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Verantwortliche Antragsteller für die Serie der ALLBUS-Umfragen waren die Professoren R. M. Lepsius, K. U. Mayer, W. Müller, F. U. Pappi, E. K. Scheuch und R. Ziegler.

Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen besteht aus allen wahlberechtigten Personen in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Aus dieser Grundgesamtheit werden auf der Grundlage der jeweils neuesten ADM-Stichprobe (Arbeitskreis deutscher Marktforschungsinstitute) repräsentative Zufallsstichproben gezogen. Der Stichprobenansatz ist jeweils so gestaltet, daß die Zahl der vollständigen Interviews bei jeder ALLBUS-Umfrage ca. 3000 beträgt.

Mit dem ALLBUS-Fragenprogramm werden zentrale inhaltliche Bereiche der empirischen Sozialforschung abgedeckt. Kernstück ist eine ausführliche Standarddemographie. Neben Einzelfragen zu verschiedenen Bereichen gab es bisher folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- 1980 Politik, Freundschaftsbeziehungen
- 1982 Religion und Weltanschauung
- 1984 Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat
- 1986 Bildung und Kulturfertigkeiten, Soziale Netzwerke und Unterstützungsbeziehungen.

Im vorliegenden *Datenreport 1987* sind die Kapitel 11, 14, 15, 16, 17, 20 und 21 mit ALLBUS-Daten erstellt worden.

Das Sozio-ökonomische Panel ist eine bevölkerungsrepräsentative Längsschnittuntersuchung, die 1984 für die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin begonnen wurde. Diese Studie ist eine Wiederholungsbefragung, d. h. die 1984 erstmals befragte Stichprobe wird jedes Jahr erneut in die Untersuchung einbezogen.

Ziel des Projektes ist es, zu einem breiten Themenbereich Verlaufsdaten für Personen, Haushalte und Familien zu gewinnen und sowohl für die Messung objektiver Lebensbedingungen als auch der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität Längsschnittinformationen bereitzustellen. Thematisch werden dabei Schwerpunkte auf die Bereiche Haushaltsveränderungen, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommen und Transferleistungen sowie Wohnen und regionale Mobilität gelegt. Darüber hinaus werden

u. a. Informationen zu den Bereichen Bildung und Weiterbildung, Gesundheit, Zeitverwendung, Zufriedenheit und Werteinstellungen erhoben.

Das Sozio-ökonomische Panel ist ein Projekt des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim, das in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt wird. Das Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (DIW, Berlin) wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Beim Sozio-ökonomischen Panel handelt es sich um eine Erhebung, die sich in mehrfacher Hinsicht von herkömmlichen Bevölkerungsumfragen unterscheidet:

- Die Untersuchung ist als *Längsschnitterhebung*, genauer als jährliche Wiederholungsbefragung bei rund 12000 Personen aus etwa 6000 repräsentativ ausgewählten Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin) angelegt, bei denen über einen längeren Zeitraum komplexe Informationen über ihre sozio-ökonomische Situation und deren Veränderungen erhoben werden.
- Befragt werden jeweils *alle* sechzehnjährigen und älteren Haushaltsmitglieder, so daß der Datensatz sowohl haushalts- als auch personenbezogene Analysen auf jeweils repräsentativer Basis ermöglicht.
- Die Ausgangsstichprobe umfaßt neben deutschen auch ausländische Privathaushalte. Haushalte mit einem türkischen, griechischen, jugoslawischen, spanischen oder italienischen Haushaltsvorstand wurden überproportional in die Untersuchung einbezogen. Die erhobenen Daten erlauben also Aussagen über die *gesamte* Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland.

Im vorliegenden *Datenreport 1987*, Teil II, sind die Kapitel 2, 3, 4, 6, 9, 10 und 13 mit Paneldaten erstellt worden¹. Die Grundgesamtheit weist bei Längsschnittanalysen einige Besonderheiten auf, die bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen sind. Es können sämtliche Personen, die nach der ersten Befragung im Frühjahr 1984 verstorben sind bzw. die Bundesrepublik Deutschland verlassen haben, nicht berücksichtigt werden. Personen, die erst nach der ersten Befragung in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind oder geboren wurden, zählen ebenfalls nicht zur Längsschnitt-Grundgesamtheit. In Längsschnittanalysen werden sämtliche Personen einbezogen, die sowohl bei der Erstbefragung im ersten Halbjahr 1984 als auch bei der Zweitbefragung im Frühjahr 1985 in der Bundesrepublik Deutschland lebten und 1984 16 Jahre und älter waren.

ALLBUS und Sozio-ökonomisches Panel sind nicht die einzigen Datensätze, die in den folgenden Beiträgen herangezogen wurden. Die Datengrundlage im Kapitel 5 bildet z. B. eine spezielle Nebenerwerbstätigkeitsumfrage des Sonderforschungsbereichs 3; in den Kapiteln 7, 8, 12 und 19, die bereits im *Datenreport 1985* enthalten waren, werden Daten

¹ Die in diesem Teil vorgelegten Ergebnisse – wie auch weitere Befunde – werden demnächst im Campus-Verlag unter dem Titel „Lebenslagen im Wandel. Daten 1987“ (hrsg. von Hans-Jürgen Krupp und Jürgen Schupp) erscheinen.

aus den Wohlfahrtssurveys des Sonderforschungsbereichs 3 genutzt. Insgesamt zeigt sich, daß die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung ein verbreitetes Instrument darstellt, um repräsentative Daten und Informationen über die Lebensverhältnisse der Bürger zu erhalten.

Ohne solche repräsentativen Daten bliebe für viele Behauptungen und Thesen über gesellschaftliche Sachverhalte und Entwicklungstrends keine geeignete Prüfmöglichkeit. Über die eigene Gesellschaft Bescheid zu wissen, wird nicht nur in den Sozialwissenschaften als hoher Wert betrachtet. In diesem Sinne sollen die hier vorgelegten Beiträge zur gesellschaftlichen Berichterstattung beitragen.

(Wolfgang Glatzer / Roland Habich)

B. Lebenslagen in ausgewählten Bereichen

2 Haushalt und Familie

Haushalt und Familie sind unterschiedliche soziale Gebilde. Die Familie ist eine soziobiologische Einheit, die durch enge Verwandtschaftsbeziehungen gekennzeichnet ist. Der Haushalt ist eine sozio-ökonomische Einheit, die aus zusammen wohnenden und gemeinsam wirtschaftenden Personen besteht. Die Mitglieder eines Haushalts können also miteinander verwandt sein, aber auch ohne familiäre Beziehungen zusammen leben. Auch leben oft nicht alle Personen, zwischen denen Familienbeziehungen existieren, im gleichen Haushalt zusammen. Kinder ziehen irgendwann aus der elterlichen Wohnung aus, manche verheiratete Personen leben getrennt oder lassen sich scheiden. Die Überschneidungen zwischen Haushalten und Familien sowie die Häufigkeit und Stabilität unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens sind sozialstrukturelle Fragen, die hier beantwortet werden sollen. Die besondere Aufmerksamkeit gilt sowohl den Haushaltstypen, wie Einpersonenhaushalten oder nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die von den traditionellen Formen, in denen Haushalt und Familie identisch sind, abweichen, als auch der Haushaltszusammensetzung von bestimmten Bevölkerungsgruppen, z. B. den in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Ausländern.

2.1 Haushaltszusammensetzung und Familien

In der amtlichen Statistik werden überwiegend zwei Ansätze zur Erfassung der Haushaltszusammensetzung benutzt: die Haushaltsgröße und die Zahl der Generationen in einem Haushalt. Ein weiterer Ansatzpunkt, den die hier verwendeten Daten des Sozio-ökonomischen Panels bieten, um die Haushaltszusammensetzung aufzuzeigen, besteht darin, eine Haushaltstypologie aus der Stellung aller im Haushalt wohnenden Personen zum Haushaltsvorstand abzuleiten. Allen Personen in der Panelstichprobe ist eine von elf möglichen Stellungen zum Haushaltsvorstand zugeordnet. Bei den Haushalten treten beinahe siebenzig verschiedene Kombinationen der Stellung zum Haushaltsvorstand auf. Für die folgenden Analysen werden sie zu den am häufigsten vorkommenden Typen zusammengefaßt (vgl. Tab. 1). Die übrigen Haushalte sind in der Kategorie „Sonstige“ zu finden.

Tab. 1: Typen der privaten Haushalte 1985
nach Nationalität und Alter des Haushaltsvorstandes

Haushaltstyp 1985	Geburtsjahr des Haushaltsvorstandes				Insge- samt
	vor	1920	1940	1960	
	1920	bis	bis	bis	
		1939	1959	1968	
<hr/>					
	in %				
<hr/>					
Deutsche					
Einpersonenhaushalt	55	20	19	60	31
Ehepaar ohne Kind	32	27	12	10	22
Ehepaar mit Kind	5	37	54	9	33
Ehepaar mit Eltern	—	4	2	1	2
Lebensgemeinschaft	1	1	4	11	3
Lebensgem. mit Kind	—	0	1	3	1
Elternteil mit Kind	4	5	4	1	4
Sonstige	2	6	5	6	5
Alle Haushalte	26	36	33	5	100
Ausländer					
Einpersonenhaushalt	55	22	25	46	25
Ehepaar ohne Kind	27	15	12	12	14
Ehepaar mit Kind	—	47	51	17	47
Ehepaar mit Eltern	—	0	0	—	0
Lebensgemeinschaft	—	0	3	4	2
Lebensgem. mit Kind	—	—	0	1	0
Elternteil mit Kind	18	13	7	2	9
Sonstige	—	4	2	17	4
Alle Haushalte	1	35	57	7	100

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

In der Zusammensetzung der deutschen und ausländischen Haushalte fallen die folgenden prägnanten Unterschiede auf: Einpersonenhaushalte sind in der deutschen Bevölkerung häufiger als in der ausländischen. Die Mehrzahl der Haushalte beider Bevölkerungsgruppen besteht aus Ehepaaren mit oder ohne Kinder. Innerhalb dieser Kategorien leben 78 % der ausländischen und 59 % der deutschen Ehepaare mit ihren Kindern zusammen. Außerdem kommen Elternteile mit Kindern etwa zweimal so häufig in der ausländischen wie in der deutschen Bevölkerung vor.

Unter Beachtung des Alters des Haushaltsvorstandes stellt sich die Haushaltszusammensetzung noch differenzierter dar. 55 % aller Haushalte mit Haushaltsvorständen, die vor 1920 geboren wurden, sind Einpersonenhaushalte. Dies gilt sowohl für deutsche als auch für ausländische Haushalte. Allerdings findet man 48 % aller deutschen Einpersonenhaushalte in diesem Alter, aber nur 3 % aller ausländischen Einpersonenhaushalte. Die Mehrzahl der ausländischen Einpersonenhaushalte (88 %) besteht aus Personen, die zwischen 1920 und 1959 geboren wurden.

Die jeweilige Altersstruktur der ausländischen und deutschen Bevölkerung spielt ebenfalls eine Rolle für die unterschiedlichen Anteile der Ehepaare mit und ohne Kinder in den beiden Bevölkerungsgruppen. Ein größerer Anteil der ausländischen Ehepaare wohnt mit ihren Kindern zusammen, nicht nur weil diese mehr Kinder haben, sondern auch weil relativ viele ausländische Ehepaare im mittleren Lebensalter in der Bundesrepublik leben. Bei den Ehepaaren, deren Haushaltsvorstände zwischen 1940 und 1959 geboren wurden, leben genau so viele Deutsche wie Ausländer mit ihren Kindern zusammen. Allerdings gibt es in dieser Altersgruppe viele verheiratete ausländische Männer, die allein leben (vgl. 2.4).

Berücksichtigt man auch das Alter der Kinder, kommt bei dem Haushaltstyp „Elternteil mit Kind“ ein anderer Sachverhalt zur Geltung. Es stellt sich dabei heraus, daß ausländische Haushalte häufiger dieser Kategorie zugeordnet werden, weil ihre Kinder länger als deutsche Kinder in der elterlichen Wohnung bleiben. Ordnet man einen Haushalt der Kategorie „Elternteil mit Kind“ nur dann zu, wenn ein Kind im Haushalt lebt, das jünger ist als 16 Jahre, heben sich die Unterschiede auf. Dabei liegt die Zahl solcher Haushalte (366 000) viel niedriger als die Zahl der alleinstehenden Väter und Mütter in der Bundesrepublik. Schon 1982 bewegte sich die Zahl der alleinstehenden Eltern bei 927 000. Zum Teil liegt dies daran, daß in der amtlichen Statistik eine Altersgrenze von 18 statt 16 Jahren benutzt wird. Viel wichtiger aber ist, daß die Mehrheit der alleinerziehenden Eltern nicht allein mit ihren Kindern im Haushalt wohnt. Sie wohnen nicht mit einem Ehepartner, sondern mit anderen Personen zusammen und gehören in *Tab. 1* zu den Kategorien „Lebensgemeinschaft mit Kind“ und „Sonstige“.

2.2 Wechsel und Stabilität der Typen privater Haushalte

Der Längsschnittcharakter der Daten des Sozio-ökonomischen Panels erlaubt, die zeitliche Veränderung bzw. Kontinuität einzelner Haushaltstypen zu beobachten. Von den 5184 Haushalten im Längsschnitt-Datensatz änderten 317 (6 %) zwischen den beiden Befragungen im Frühjahr 1984 und 1985 ihren Haushaltstyp. Betrachtet man die Stabilität von Haushaltstypen, zeigt sich insgesamt ein hoher Grad an Kontinuität (vgl. *Tab. 2*): 94 % aller deutschen und 93 % aller ausländischen Haushalte befinden sich 1984 und 1985 in der gleichen Kategorie. Besonders stabil sind die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Typen: Einpersonenhaushalte (96 %), sowie Ehepaare mit Kindern (96 %) und Ehepaare ohne Kinder (94 %). Bei den Deutschen gehen die Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder relativ häufig in andere Haushaltstypen über. Von den deutschen

Lebensgemeinschaften ohne Kinder wiesen 1985 etwa 80 % den gleichen Haushaltstyp wie 1984 auf; 5 % aus dieser Gruppe trennten sich und gründeten Einpersonenhaushalte; 12 % haben geheiratet. Werden die aus Lebensgemeinschaften entstandenen Ehepaare als unveränderte Haushalte betrachtet, dann erweisen sich Lebensgemeinschaften ebenso wie Ehepaare ohne Kinder in dem kurzen Zeitraum von einem Jahr als Partnerschaften mit dem gleichen Grad an Stabilität. Mit weiteren Wellen des Sozio-ökonomischen Panels kann analysiert werden, ob die Lebensgemeinschaft als „neue Form der Verlobung“ nicht nur zu Heiraten, sondern auch zu dauerhaften Ehen führt. Es geht darum zu prüfen, ob sowohl die Scheidungsrate als auch die damit verbundenen finanziellen Kosten und emotionalen Belastungen reduziert werden können, wenn Partner das Zusammenleben als „Ehe auf Probezeit“ benutzt haben. Bei den ausländi-

Tab. 2: Änderung und Stabilität des Haushaltstyps 1984 und 1985

Haushaltstyp 1984	Haushaltstyp 1985							
	1	2	3	4	5	6	7	8
	in %							
Deutsche								
1 Einpersonenhaushalt	96	1	1	—	1	—	0	1
2 Ehepaar ohne Kind	3	94	3	—	0	—	—	0
3 Ehepaar mit Kind	0	2	96	0	—	—	1	1
4 Ehepaar mit Eltern	—	—	2	98	—	—	—	—
5 Lebensgemeinschaft	5	12	1	—	79	1	—	2
6 Lebensgem. mit Kind	—	—	6	—	—	63	8	23
7 Elternteil mit Kind	8	—	3	—	—	2	86	1
8 Sonstige	8	4	1	—	0	0	2	85
Alle Haushalte	31	22	33	2	3	1	4	5
Ausländer								
1 Einpersonenhaushalt	93	4	2	—	—	0	—	1
2 Ehepaar ohne Kind	2	87	10	—	—	—	—	1
3 Ehepaar mit Kind	0	2	96	—	—	0	1	1
4 Ehepaar mit Eltern	—	—	—	100	—	—	—	—
5 Lebensgemeinschaft	4	—	—	—	96	—	—	—
6 Lebensgem. mit Kind	—	—	—	—	—	77	23	—
7 Elternteil mit Kind	0	—	0	—	—	0	92	7
8 Sonstige	2	—	5	0	30	—	0	62
Alle Haushalte	25	14	47	0	2	0	9	4

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

schen Haushalten, die als Lebensgemeinschaften ohne Kinder eingestuft sind, stimmt die Übergangsrate zu Einpersonenhaushalten mit der entsprechenden Rate bei den Deutschen fast überein. Der Übergang von einer Lebensgemeinschaft zum Ehepaar, welcher bei den Deutschen relativ häufig zu beobachten ist, kommt bei den Ausländern in der Stichprobe nicht vor.

Wenn jedoch ein oder mehrere Kinder mit zur Lebensgemeinschaft gehörten, traten Übergänge in andere Haushaltstypen öfter auf, wobei die Partner nur halb so oft wie in den Lebensgemeinschaften ohne Kinder heirateten. Die Haushaltsvorstände der Lebensgemeinschaften mit Kindern, die sich trennten, zählten 1985 zum Typ „Elternteil mit Kind“ oder zur Restkategorie.

2.3 Räumliche Mobilität privater Haushalte

Änderungen von Haushalten lassen sich auch an anderen Merkmalen, wie z. B. der räumlichen Mobilität, messen. Das Umzugsverhalten von Haushalten ist für viele sozialpolitische Probleme, erinnert sei an die regional unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit, von großer Bedeutung.

Tab. 3 zeigt die umgezogenen Haushalte nach Haushaltstyp und Nationalität des Haushaltsvorstandes. Der Anteil der Haushalte, der zwischen 1984 und 1985 von einem Haushaltstyp zum anderen wechselte, ist bei den umgezogenen Haushalten deutlich höher (19 %) als in der Gesamtbevölkerung (6 %). Änderungen in der Zusammensetzung eines Haushalts stehen im engen Zusammenhang mit neuen Wohnbedürfnissen, die je nach Alter des Haushaltsvorstands unterschiedlich sein können. Haushalte mit nach 1939 geborenen Haushaltsvorständen sind häufiger unter den umgezogenen Haushalten (72 %) als in der Gesamtbevölkerung (38 %) zu finden. Die Haushaltsvorstände dieser Altersgruppe leben überwiegend in Einpersonenhaushalten oder mit Ehepartner und Kindern zusammen. Ehepaare ohne Kinder, die in den älteren Altersklassen konzentriert sind, zogen mit Abstand seltener um. Die Tendenz, daß nicht die älteren sondern die jüngeren Bevölkerungsgruppen öfter umziehen, läßt sich bei den verschiedenen Umzugsraten für Haushaltstypen feststellen.

Über Umzugsgründe wird auch in Kap. 6 in Zusammenhang mit der Wohnsituation berichtet. Zwei Gründe ohne direkten Bezug zur Wohnung (berufliche und familiäre Veränderungen) verdienen hier eine besondere Erwähnung. Die Einpersonenhaushalte, die familiäre Gründe als wichtigstes Umzugsmotiv nannten, bestanden zu 70 % aus verwitweten oder geschiedenen Personen, die vor 1920 geboren waren. Hier zeigt sich, daß familiäre Ereignisse mit erheblicher Verzögerung Konsequenzen haben können. Ehepaare mit Kindern begründen ihre Umzüge am häufigsten (33 %) mit der geringen Größe der Wohnung. Umzüge aus beruflichen Gründen werden öfter von den Einpersonenhaushalten (16 % der umgezogenen Einpersonenhaushalte) als von anderen Haushaltstypen genannt. Dies bestätigt, daß Haushalte, die frei von familiären Bindungen sind, offensichtlich auch am leichtesten auf regionale Strukturdiscrepanzen am Arbeitsmarkt

Tab. 3: Anteil der umgezogenen Haushalte und Hauptgrund für den Umzug nach Haushaltstyp 1984/1985

	Umge- zogen		Hauptgrund für letzten Wohnungswechsel bei umgezogenen Haushalten								
	nein	ja	A	B	C	D	E	F	G	H	I
	in %										
Einpersonenhaushalt	94	6	9	15	—	5	16	12	18	12	13
Ehepaar ohne Kind	97	3	2	12	5	11	7	26	19	12	6
Ehepaar mit Kind	94	6	7	5	1	23	11	2	33	12	5
Ehepaar mit Eltern	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lebensgemeinschaft	92	8	18	—	—	5	—	53	5	11	8
Lebensgem. mit Kind	94	6	73	—	—	—	—	—	27	—	—
Elternteil mit Kind	87	13	—	4	—	—	1	71	4	16	3
Sonstige	94	6	64	—	—	16	6	0	—	14	—
Typ geändert 1984/1985	80	20	2	3	—	17	13	26	17	17	5
Insgesamt	93	7	8	8	1	13	11	18	21	13	7

A Keine Angaben; zu einem zugezogen, der schon vor 1984 in der Wohnung wohnte.

B Kündigung durch den Vermieter.

C Vorherige Mietwohnung wurde in Eigentumswohnung umgewandelt.

D Erwerb eines Eigenheims bzw. einer Eigentumswohnung.

E Berufliche Gründe.

F Familiäre Gründe (z. B. Heirat, Scheidung).

G Größe der Wohnung.

H Andere Gründe im Zusammenhang mit der Wohnung.

I Sonstiger Grund.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

reagieren können. Allerdings gibt die Mehrheit der Einpersonenhaushalte auch Gründe an, die im Zusammenhang mit der Wohnung selbst stehen. Fast so viele Einpersonenhaushalte (15 %) nennen z. B. Kündigung durch den Vermieter als Hauptgrund.

2.4 Familienstand und Typen privater Haushalte

Eine Besonderheit der Daten des Sozio-ökonomischen Panels im Unterschied zum Mikrozensus (vgl. Teil I, Kap 1.1) besteht darin, daß für einzelne Befragungspersonen deren Ehebiographie, die Anfangsjahr und Endjahr für jede Ehe enthält, mit den detaillierten Haushaltsdaten verknüpft werden kann. Dieser Vorteil kommt beispielsweise bei den Haushalten zum Tragen, die in beiden Wellen (d. h. den Erhebungen von 1984 und 1985) Einpersonenhaushalte waren. Bekanntlich arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland viele verheiratete Ausländer, die hier getrennt von ihren Familien leben. 1985 bestanden 38 % der ausländischen, aber nur 2 % der deutschen Einpersonenhaushalte aus verheirateten, aber getrennt lebenden Personen. Allerdings unterscheidet sich

die hochgerechnete Zahl dieser Personen (rund 155 000) nicht nennenswert von der entsprechenden Zahl der verheirateten, aber getrennt lebenden Deutschen in Einpersonenhaushalten (rund 148 000).

Bei der Mehrzahl der Ehepaare handelt es sich für beide Partner um ihre erste Ehe. Insgesamt haben 5 % der deutschen und 4 % der ausländischen Bevölkerung mehr als einmal geheiratet. Aber 6 % der deutschen und 3 % der ausländischen Bevölkerung bestehen aus verwitweten oder geschiedenen Personen, die nach 1920 geboren sind. Ein hoher Anteil der Personen in den deutschen nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die zu beiden Befragungszeitpunkten zusammenlebten, gehören dieser Gruppe an: Bei 45 % dieser Lebensgemeinschaften gibt mindestens einer der Partner an, verwitwet oder geschieden zu sein. In der Mehrzahl der deutschen Lebensgemeinschaften ohne Kind, die vor dem zweiten Befragungszeitpunkt heirateten, waren beide Partner im Jahr zuvor noch ledig. Lebensgemeinschaften führen also häufiger zu ersten als zu zweiten und weiteren Ehen.

2.5 Familie und Lebenszufriedenheit

Im Sozio-ökonomischen Panel wird allen Personen über 16 Jahren am Schluß des Interviews die Frage gestellt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ (vgl. dazu auch Kap. 18). Die Frage ist zwar allgemein, trotzdem könnte ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit insgesamt und dem Familienstand bestehen. Eine Korrelation bedeutet zwar nicht notwendigerweise, daß der Familienstand der Grund der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit ist. Der Familienstand in Wechselwirkung mit anderen Faktoren könnte die Zufriedenheit bestimmen, oder umgekehrt ist es sogar möglich, daß der Familienstand von der Zufriedenheit abhängt. Die Feststellung einer Korrelation zwischen Familienstand und Zufriedenheit stellt deshalb nur einen ersten Schritt dar, sich mit dem Verhältnis zwischen Familie und individueller Zufriedenheit auseinanderzusetzen.

Bei den Deutschen kann auf einen positiven Einfluß der Ehe auf die Zufriedenheit geschlossen werden. Der Anteil der Personen in erster Ehe, die eher unzufrieden sind (6 %), liegt unter dem der Ledigen (9 %). In der Gruppe der Personen, bei denen die erste Ehe aufgelöst ist und nicht wieder geheiratet wurde, liegt der Anteil der eher unzufriedenen Personen (12 %) noch höher. Wenn eine Zweitehe besteht, schrumpft dieser Anteil etwas (10 %). Gliedert man die Stichprobe nach Geschlecht und Alter, sind bei Männern und Frauen sowie bei verschiedenen Altersgruppen keine deutlichen Unterschiede erkennbar. Insgesamt bezeichnen sich die Ausländer als weniger zufrieden als die Deutschen. Ferner ist bei ledigen Ausländern – im Gegensatz zu den Deutschen – der Anteil der eher unzufriedenen Personen niedriger (10 %) als bei Personen, die in erster Ehe leben (19 %). Wenn man den Anteil der getrennt lebenden verheirateten Personen an der Gesamtzahl der verheirateten Ausländer berücksichtigt, wird die These bestätigt, daß Ehen, in denen die Partner zusammenleben, häufiger mit Zufriedenheit als mit Unzufriedenheit verbunden sind.

Tab. 4: Lebenszufriedenheit bei familiären Ereignissen

Familiäre Ereignisse 1984/1985	Änderung der Zufriedenheit ¹				
	Verschlechterung stark	wenig	gleich- bleibend	Verbesserung wenig	stark
	in %				
Heirat	1	4	81	8	5
Scheidung	—	12	57	29	2
Trennung	9	17	53	18	3
Partner verstorben	12	24	53	8	4
Kind ausgezogen	4	10	72	11	4
Kind geboren	3	11	77	7	2
Andere Personen	4	10	74	9	3

1 Lebenszufriedenheit: Skala von 0 = „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 = „ganz und gar zufrieden“.
0–4 = „eher unzufrieden“; 5 = „teils/teils“; 6–10 = „eher zufrieden“.

Verschlechterung:

stark = Veränderung von „eher zufrieden“ zu „eher unzufrieden“.

wenig = Veränderung von „eher zufrieden“ auf „teils/teils“ oder von „teils/teils“ auf „eher unzufrieden“.

Verbesserung:

stark = Veränderung von „eher unzufrieden“ auf „eher zufrieden“.

wenig = Veränderung von „eher unzufrieden“ auf „teils/teils“ oder von „teils/teils“ auf „eher zufrieden“.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Mit den Längsschnittinformationen des Sozio-ökonomischen Panels wurden solche Korrelationen zwischen Familienstand und Zufriedenheit eingehender untersucht. Tab. 4 zeigt die Änderungen der Zufriedenheit bei Personen, die zwischen 1984 und 1985 von einer Heirat, Scheidung oder Trennung berichteten oder durch familiäre Ereignisse, wie dem Tod des Partners oder einem Auszug bzw. der Geburt eines Kindes, betroffen waren. Zum Vergleich stehen die Anteile der nicht betroffenen Personen, die 1985 zufriedener oder unzufriedener als 1984 waren. Bei der Beurteilung der in Tab. 4 dargestellten Ergebnisse ist freilich zu beachten, daß die Lebenszufriedenheit auch von anderen Faktoren als den Familienereignissen (z. B. beruflichen Ereignissen) beeinflusst wird.

Bei einer Heirat ist ein kleinerer Anteil der Personen unzufriedener, ein größerer genauso zufrieden und etwa der gleiche Anteil zufriedener als diejenigen ohne Änderung in der familiären Situation. Eine Scheidung läßt dagegen Personen sehr oft (31 % der Fälle) zufriedener werden. Eine Steigerung der Zufriedenheit nach einer Scheidung hängt wahrscheinlich mit folgenden Gründen zusammen: Im Falle einer 1984 oder 1985 eingetretenen Scheidung ist die Auflösung der Beziehung amtlich anerkannt und abgeschlossen. Es handelt sich um eine Tatsache, mit der sich die Betroffenen schon längst (vielleicht schon seit Jahren) auseinandergesetzt haben. Außerdem bedeutet eine

Scheidung oft die Klärung von wichtigen Fragen, wie die Unterhaltskosten für Kinder, und eröffnet die Freiheit, eine neue Beziehung bzw. Ehe einzugehen. Bei der Trennung vom Lebenspartner oder Ehepartner waren Änderungen der Zufriedenheit viel häufiger als bei den übrigen Personen festzustellen. Wie Scheidungen sind Trennungen offensichtlich von Bedeutung für die Zufriedenheit, aber sie können sich sowohl negativ als auch positiv auswirken. Im Unterschied zu einer Scheidung bleibt die Zukunft der Beziehung bei einer Trennung noch offen, und eine Trennung kann mit Änderungen in dem Verhältnis zusammenhängen, die erst kurz vor der Befragungszeit erfolgten.

Der größte Anteil der unzufriedener gewordenen Personen befindet sich unter denen, deren Ehe- bzw. Lebenspartner inzwischen gestorben waren. Sowohl der Auszug als auch die Geburt eines Kindes sind Ereignisse, die sich im allgemeinen weder positiv noch negativ auf die Zufriedenheit der Betroffenen auszuwirken scheinen.

(James Witte)

3 Stabilität und Mobilität am Arbeitsmarkt

3.1 Erwerbsbeteiligung 1984 und 1985

Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt sind von besonderer Bedeutung für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Insbesondere bei der Diskussion um Beschäftigungsprobleme, wozu auch das Thema des Abbaus der seit Jahren anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zählt, geht es oft um die Frage, ob die Flexibilität der Erwerbstätigen wie der Arbeitssuchenden ausreicht, um die Mobilitätsprozesse zu ermöglichen, die für eine Anpassung im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels notwendig sind. Arbeitsmarktflexibilität wird zunehmend als wesentliche Voraussetzung sowohl für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch für den sozialen Fortschritt einer Gesellschaft verstanden.

Wenn die wissenschaftliche Forschung bei der Beantwortung dieser Frage nach Mobilitätsprozessen und ihren Determinanten Hilfestellung leisten soll, ist sie auf geeignete Daten angewiesen. Diese Daten müssen neben reinen Strukturinformationen auch Verlaufsinformationen enthalten, um Änderungen in der Betroffenheit oder im Verhalten aufzudecken. Mit dem Sozio-ökonomischen Panel kann z. B. die tatsächlich gegebene Mobilität wie auch das Flexibilitätspotential in der Bevölkerung quantifiziert werden.

Betrachtet man gleiche Personen im Zeitverlauf, dann zeigen sich quantitativ bedeutende Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. 8 % aller Erwerbstätigen schieden zwischen dem ersten Halbjahr 1984 und dem ersten Halbjahr 1985 zeitweise oder für immer aus dem

Tab. 1: Stabilität und Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Personen 1984 und 1985

Erwerbsbeteiligung 1984	1985		
	erwerbstätig	verbleiben/sind arbeitslos gemeldet	nicht erwerbstätig
	in %		
Erwerbstätigkeit			
(einschl. betriebl. Ausbildung)	92	3	5
Arbeitslos gemeldet	32	49	19
Nichterwerbstätig			
(einschl. Wehr- und Zivildienst)	9	2	89

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Erwerbsleben aus. Von den 1984 arbeitslos Gemeldeten schaffte es rund ein Drittel, ein Jahr später eine Erwerbstätigkeit auszuüben; knapp die Hälfte war immer noch bzw. erneut arbeitslos gemeldet. Die übrigen 19 % schieden aus dem Arbeitsmarkt aus und wurden nichterwerbstätig. Von den übrigen Nichterwerbstätigen übten 9 % ein Jahr später eine Erwerbstätigkeit aus.

Hinter diesen recht globalen Indikatoren der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt verbergen sich jedoch für Männer und Frauen ganz unterschiedliche spezifische Veränderungen im Erwerbs- wie Berufsstatus. Betrachtet man die Situation 1985, zeigt sich, daß die überwiegende Mehrheit (59 %) der über 16jährigen Männer – von möglichen technischen und/oder organisatorischen Veränderungen am Arbeitsplatz abgesehen – die gleiche Erwerbstätigkeit bereits 1984 ausübte, d. h. ihre berufliche Situation blieb stabil. Der entsprechende Anteil bei den Frauen lag mit 33 % erheblich niedriger.

Bei den Frauen war über die Hälfte 1985 nicht erwerbstätig (56 %) und übte auch im Jahr zuvor keinen Beruf aus. Bei 16 % der Männer und 11 % der Frauen hat sich der Erwerbs- oder Berufsstatus gegenüber 1984 verändert.

Ein differenzierteres Bild über die Prozesse am Arbeitsmarkt zeigt eine Unterscheidung von Männern und Frauen nach Altersgruppen. Hier ist die Gruppe von 16 bis 30 Jahren durch die meisten Mobilitätsprozesse am Arbeitsmarkt geprägt. Neben Übergängen zwischen Bildungs- und Erwerbstätigkeitsphasen spielen dabei die Zusammenhänge zwischen Mobilität und den Gegebenheiten in der Familie eine große Rolle. Etwa jede fünfte dieser Mobilitätsbewegungen am Arbeitsmarkt ist dem Einstieg in das Erwerbsleben zuzuschreiben. Bei Männern wie bei Frauen dieser Altersgruppe scheiden rund 25 % vom Erwerbsleben aus. Inwieweit dieses Ausscheiden freiwillig oder unfreiwillig geschieht, bedarf noch der weiteren Klärung (vgl. unten 3.2). Bei den Männern dieser Altersgruppe ist jede zweite aller Veränderungen einem inner- oder zwischenbetrieblichen Mobilitätsvorgang zuzuschreiben. Hierbei zeigt sich, daß bei Frauen im Vergleich zu den Männern der innerbetriebliche Stellenwechsel eine weniger wichtige Rolle spielt.

Betrachtet man die Mobilitätsprozesse für die Altersgruppe der 31- bis 57jährigen, bei denen einerseits die Übergänge aus Ausbildungsverhältnissen in den Beruf bis auf wenige Ausnahmen abgeschlossen sind und andererseits das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aus Alters- oder Gesundheitsgründen praktisch noch keine Rolle spielt, so ergibt sich, daß lediglich 6 % aller Männer weder 1984 noch 1985 am Erwerbsleben beteiligt waren. Beschäftigungsverhältnisse ohne berufliche oder betriebliche Veränderungen hatten zwischen der Erstbefragung 1984 und der Wiederholungsbefragung ein Jahr später 81 % aller Männer dieser Altersgruppe. Betrachtet man die verbleibenden 13 % der mobilen Fälle genauer, so zeigt sich, daß inner- bzw. zwischenbetriebliche Mobilitätsvorgänge mit rund der Hälfte aller Veränderungen dominieren.

Bei den Frauen ist zu berücksichtigen, daß in der Altersgruppe von 31 bis 57 Jahren, insbesondere bedingt durch familiäre Gründe, immerhin 43 % bereits vor 1984 nicht erwerbstätig waren und bis 1985 auch keine Beschäftigung aufnahmen. Die berufliche Situation hatte sich für die Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen zwischen 1984 und 1985

Tab. 2: Stabilität und Veränderung der Erwerbsbeteiligung sowie der beruflichen Situation von Männern 1984 und 1985

Erwerbsstatus 1985	Männer insgesamt	darunter: Altersgruppen		
		30 Jahre und jünger	31–57 Jahre	58 Jahre und älter
		in %		
Nicht erwerbstätig und auch 1984 schon nicht erwerbstätig gewesen	25	21	6	68
Erwerbstätig und seit 1984 keine ¹ berufliche Veränderung	59	51	81	10
Personen, bei denen seit 1984 Ände- rungen im Erwerbs-/Berufsstatus stattgefunden haben	16	28	13	22
davon:				
1985 nicht mehr erwerbstätig, aber 1984 noch erwerbstätig gewesen	33	25	30	92
nach 1984 innerbetr. Stellen- wechsel vorgenommen	16	16	17	5
nach 1984 bei neuem Arbeitgeber beschäftigt	26	28	30	—
nach 1984 selbstständig gemacht	4	3	6	—
nach 1984 Erwerbstätigkeit nach Unterbrechung wieder auf- genommen	10	9	13	3
nach 1984 erstmals Erwerbstätig- keit begonnen	11	19	4	—

1 Technische und/oder organisatorische Veränderungen am gleichen Arbeitsplatz zählen nach dieser Abgrenzung nicht als berufliche Veränderung.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

nicht verändert. Interessant ist, daß Frauen – im Vergleich zu Männern – weitaus häufiger den Arbeitsmarkt verlassen (39 %), aber auch nach einer Unterbrechung (18 %) wieder eine Erwerbstätigkeit zwischen 1984 und 1985 aufgenommen haben.

Betrachtet man die Altersgruppe der über 58jährigen, so trat bei immerhin 22 % der Männer zwischen 1984 und 1985 der Übergang in den Ruhestand ein. Lediglich 10 % dieser Altersklasse waren noch erwerbstätig. Bei den Frauen dieser Altersgruppe ist der Rückzug aus dem Erwerbsleben offensichtlich schon früher erfolgt (92 %). Aber immerhin 7 % übten sowohl 1984 als auch 1985 eine Beschäftigung aus.

Tab. 3: Stabilität und Veränderung der Erwerbsbeteiligung sowie der beruflichen Situation von Frauen 1984 und 1985

Erwerbsstatus 1985	Frauen insgesamt	darunter: Altersgruppen		
		30 Jahre und jünger	31–57 Jahre	58 Jahre und älter
		in %		
Nicht erwerbstätig und auch 1984 schon nicht erwerbstätig gewesen	56	31	43	92
Erwerbstätig und seit 1984 keine ¹ berufliche Veränderung	33	47	48	7
Personen, bei denen seit 1984 Ände- rungen im Erwerbs-/Berufsstatus stattgefunden haben	11	22	9	1
davon:				
1985 nicht mehr erwerbstätig, aber 1984 noch erwerbstätig gewesen	35	26	39	91
nach 1984 innerbetr. Stellen- wechsel vorgenommen	11	11	11	9
nach 1984 bei neuem Arbeitgeber beschäftigt	25	28	25	—
nach 1984 selbständig gemacht	4	2	7	—
nach 1984 Erwerbstätigkeit nach Unterbrechung wieder auf- genommen	14	11	18	—
nach 1984 erstmals Erwerbstätig- keit begonnen	11	22	—	—

¹ Technische und/oder organisatorische Veränderungen am gleichen Arbeitsplatz zählen nach dieser Abgrenzung nicht als berufliche Veränderung.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Zusammengefaßt spiegeln sich in den hier vorgestellten Längsschnittdaten von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 erhebliche Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt wider. Allerdings muß man dabei zwischen den rein alters- oder familienbedingten Arbeitsmarktbe-
wegungen und strukturbedingten Mobilitätsprozessen unterscheiden. Darüber hinaus
finden sich in den Daten zumindest für die Gruppe der Männer im erwerbsfähigen Alter
auch Anzeichen für eine ausgeprägte Mobilität sowohl innerhalb des Betriebes als auch in
besonderem Maße zwischen den Betrieben.

3.2 Strukturen der vom Arbeitsmarkt ausscheidenden Personen

Zunächst soll die Gruppe derjenigen Personen näher betrachtet werden, die von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Personen unfreiwillig ihre Erwerbstätigkeit beendet haben, also wegen Kündigung des Arbeitgebers ausscheiden mußten. Immerhin ein Viertel aller ausgeschiedenen Personen, bei den Männern 31 %, bei den Frauen 20 %, mußten auf diese Weise ihren Arbeitsplatz verlassen (vgl. Tab. 4). Lediglich jeder Zehnte beendete sein Arbeitsverhältnis durch eigene Kündigung; bei den Frauen war dies allerdings fast jede Sechste (18 %).

Daß es bei der eigenen Kündigung geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, wird deutlich, wenn man nach den entsprechenden Gründen fragt. So hat die Betreuung von Kindern immerhin für 18 % der Frauen, jedoch für keinen der Männer eine wichtige Funktion bei einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit (vgl. Tab. 5). Dieser Befund läßt auf die nach wie vor in der Familie bestehende traditionelle Rollenverteilung schließen. Wegen Kinderbetreuungsaufgaben reduzieren Männer allenfalls ihren Erwerbsumfang; eine Erwerbsunterbrechung erfolgt jedoch nur in Ausnahmefällen.

Demgegenüber gibt es keine Anzeichen für die These, daß berufstätige Frauen insgesamt einem erhöhten Arbeitsmarktrisiko ausgesetzt wären. 28 % der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Männer und nur 18 % der Frauen mußten von 1984 bis 1985 nach

Tab. 4: Art des Ausscheidens aus der letzten Stelle

Art des Ausscheidens aus der letzten Stelle	1984 bis 1. Quartal 1985 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen		
	Insgesamt	Geschlecht	
		Männer	Frauen
	in %		
Kündigung durch Arbeitgeber	26	31	20
Arbeitsverhältnis endete automatisch bzw. war von vornherein befristet	15	15	14
Ausbildungsverhältnis war beendet	5	5	5
Eigene Kündigung	11	6	18
Einvernehmliche Auflösung des Beschäfti- gungsverhältnisses	7	5	11
Sonstiges	36	38	32

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Tab. 5: Gründe des Ausscheidens aus der letzten Stelle

Gründe, die bei der Aufgabe der Stelle eine Rolle spielten	1984 bis 1. Quartal 1985 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen		
	Insgesamt	Geschlecht	
		Männer	Frauen
	in %		
Kinderbetreuung	8	—	18
Gesundheitliche Gründe (einschl. Erwerbs- und Berufsunfähigkeit)	15	15	14
Erreichen der Altersgrenze	8	9	7
Wehr- und Zivildienst	4	8	—
Arbeitsmangel/Rationalisierung (einschl. Konkurs des Betriebes)	24	28	18
Aufnahme einer Fortbildung/Umschulung oder sonst. Ausbildung	8	11	3
Sonstige Gründe	33	29	40

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

eigener Einschätzung wegen Arbeitsmangel oder Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlassen und hatten zum Befragungszeitpunkt im 1. Quartal 1985 auch noch keine neue Stelle gefunden. Als weitere Gründe für eine Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen spielten bei den Männern der Wehr- und Zivildienst sowie die Aufnahme einer Fort- oder Weiterbildung eine wichtige Rolle. In der Altersgruppe 58 Jahre und älter war es in 40 % der Fälle das Erreichen der Altersgrenze, das zur Beendigung der Erwerbstätigkeit führte, bei jedem Vierten waren es gesundheitliche Gründe.

Wenn man annimmt, daß ein beträchtlicher Anteil der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen dies unfreiwillig tat, nicht zuletzt wegen der seit Jahren anhaltenden Arbeitsmarktkrise, so stellt sich die Frage nach der geplanten zukünftigen Erwerbsbeteiligung. Ein Indikator für die Quantifizierung des Erwerbspotentials ist der Wunsch, in Zukunft wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Rund ein Viertel aller von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Männer hat sich endgültig vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Bei den Frauen liegt die Quote sogar bei 36 %. Jedoch selbst in der Altersgruppe 58 Jahre und älter zeigten 11 % der Ausgeschiedenen noch Interesse an einer weiteren Beschäftigungsmöglichkeit; darunter jedoch 4 % (mehr als ein Drittel) mit dem Wunsch nach einem eingeschränkten Erwerbsumfang.

Tab. 6: Zukunftspläne von aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen

Absicht, in Zukunft eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen	1984 bis 1. Quartal 1985 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen		
	Insgesamt	Geschlecht	
		Männer	Frauen
	in %		
Nein	29	25	36
Vielleicht	10	4	16
Ja	61	71	48
davon:			
Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung	13	1	31
Könnte sofort anfangen zu arbeiten bei entsprechendem Stellenangebot	45	51	37

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Generell ist bei den von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 ausgeschiedenen Erwerbspersonen der Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung bei den Männern faktisch nicht vorhanden, jedoch bei den Frauen mit knapp einem Drittel relativ stark ausgeprägt, um die Doppelbelastung von Erwerbs- und Familienarbeit vereinbaren zu können. Rund die Hälfte aller ausgeschiedenen Männer würde bei einem entsprechenden Stellenangebot sofort eine Arbeit aufnehmen.

54 % aller Männer, die von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 aus dem Erwerbsleben ausscheiden mußten, waren beim Arbeitsamt als Arbeitslose registriert, von den Frauen waren es lediglich 34 %. In der Altersgruppe von 31 bis 57 Jahren waren es immerhin zwei Drittel, die im 1. Quartal 1985 arbeitslos gemeldet waren.

3.3 Lohnt sich Mobilität auf dem Arbeitsmarkt?

Das Ausmaß von inner- und zwischenbetrieblichen Mobilitätsvorgängen auf dem Arbeitsmarkt ist beträchtlich. Hochgerechnet handelt es sich von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 um rund 2,5 Mill. Veränderungen der beruflichen Situation. Dieser quantitativ bedeutsame Mobilitätsvorgang ist Ausdruck einer erheblichen Flexibilität der Erwerbspersonen, wobei der Begriff Flexibilität durchaus ambivalent sein kann. Wer durch Mobilität beruflichen Aufstieg erfahren hat, wird Flexibilität anders beurteilen als derjenige, bei dem die gelungene berufliche Wiedereingliederung nach einem unfreiwilligen Arbeitsplatzver-

lust mit beruflichen Verschlechterungen, wie Einkommensverlusten usw., verbunden war. Berufliche Mobilitätsgänge unterliegen also subjektiven Bewertungen und Beurteilungen.

Alle Personen, die von 1984 bis zum 1. Quartal 1985 eine inner- oder zwischenbetriebliche Veränderung erfahren hatten, sollten bei der Wiederholungsbefragung ihre aktuelle mit der früheren Stelle vergleichend bewerten. In Tab. 7 ist zusammengefaßt, in welcher Hinsicht sich die Situation an der neuen Arbeitsstelle verbessert hat.

Tab. 7: Bewertung der Veränderung der neuen Stelle im Vergleich zum früheren Arbeitsplatz für inner- und zwischenberufliche Arbeitsplatzwechsler

Stelle hat sich im Vergleich zur letzten <i>verbessert</i> in bezug auf ¹ . . .	1984 bis 1. Quartal 1985 inner- oder zwischenbetriebliche Wechsel vorgenommen				
	Insgesamt	Geschlecht		Altersgruppen	
		Männer	Frauen	30 Jahre und jünger	31–57 Jahre und älter
	in %				
Art der Tätigkeit	55	55	55	59	50
den Verdienst	54	51	59	67	39
Aufstiegsmöglichkeiten	41	39	46	48	33
die Arbeitszeitregelung	31	27	38	36	24
die Sicherheit des Arbeitsplatzes	29	33	21	30	28
Länge des Arbeitsweges	28	25	33	29	27
die Arbeitsbelastungen	22	23	20	19	26
die betrieblichen Sozialleistungen	22	22	23	24	20

1 Mehrfachnennungen möglich.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Die meisten Verbesserungen stellten die Arbeitsplatzwechsler bezüglich ihrer Arbeitsinhalte und ihrer Entlohnung fest. Mehr als die Hälfte, bei den mobilen erwerbstätigen Frauen sogar noch mehr, bewerteten bezüglich Art der Tätigkeit und Verdienst ihre neue Stelle als Verbesserung im Vergleich zur alten. Mehr Chancen für einen beruflichen oder innerbetrieblichen Aufstieg in ihrer neuen Stelle sahen immerhin 41 % aller Berufs- und Arbeitsplatzwechsler; in der Gruppe der jüngeren Arbeitnehmer im Alter von unter 30 Jahren haben sich die Aufstiegchancen sogar für 48 % verbessert.

Eine günstigere Arbeitszeitregelung sowie eine Verkürzung des Arbeitsweges strebten offensichtlich bei ihrem Stellenwechsel insbesondere die Frauen an (38 % bzw. 33 %).

Tab. 8: Vergleich der Verwendungsmöglichkeiten von beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten nach inner- oder zwischenbetrieblichem Wechsel

Möglichkeiten der Verwendung beruflicher Kenntnisse nach Stellenwechsel	1984 bis 1. Quartal 1985 inner- oder zwischenbetriebliche Wechsel vorgenommen				
	Insgesamt	Geschlecht Männer	Frauen	Altersgruppen 30 Jahre und jünger	31–57 Jahre und älter
	in %				
Mehr	39	37	42	41	35
Gleich viel	44	47	37	38	51
Weniger	17	16	21	21	14

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Bei den Männern war der Wechsel dagegen häufiger, d. h. bei jedem Dritten, mit größerer Arbeitsplatzsicherheit verknüpft. Im Hinblick auf die betrieblichen Sozialleistungen und die Arbeitsbelastungen ergab sich nur bei jedem Vierten eine Verbesserung.

Ob Mobilitätsprozesse die beruflichen Entfaltungschancen und damit auch die berufliche Sicherheit des einzelnen erweitern, kann mit dem subjektiven Indikator nach der Verwendungsmöglichkeit erworbener beruflicher Kenntnisse dargestellt werden (vgl. Tab. 8). Bei 39 % der inner- und zwischenbetrieblichen Mobilitätsvorgänge können die erworbenen Qualifikationen besser in der neuen Stelle angewendet werden; der Mobilitätsvorgang kann von daher durchaus als „funktional“ angesehen werden, wenn frühere Qualifikationsinvestitionen am neuen Arbeitsplatz weiter und besser genutzt werden können. Umgekehrt geben allerdings auch 17 % der Stellenwechsler an, ihre beruflichen Kenntnisse weniger anwenden zu können. Diese Anzeichen für Qualifikationsverlust durch Mobilitätsvorgänge sind deutlich stärker bei Frauenberufen erkennbar, obwohl bei Frauen die Quote für die „Karrieremobilität“ gleichfalls stärker als bei Männern ausgeprägt ist, was auf eine stärkere Polarisierung bei dem inner- und zwischenbetrieblichen Wechsel schließen läßt.

Zusammengefaßt kann man sagen, daß nicht alle Mobilitätsvorgänge auf dem Arbeitsmarkt aus der Perspektive der Berufs- und Arbeitsplatzwechsler vorteilhaft sind. In weit über einem Drittel der Wechsel werden jedoch offensichtlich die beruflichen Entfaltungschancen erweitert. Die mit dem Mobilitätsprozeß vom Arbeitnehmer geforderte Bereitschaft zum Arbeitsplatz- und Berufswechsel setzt, soll sie freiwillig geschehen, eine gewisse grundlegende Sicherheit des neuen Arbeitsplatzes voraus. Fehlen hierzu die strukturellen Voraussetzungen, sind interne Strukturverhärtungen, die sowohl technologische als auch strukturelle Anpassungen verhindern, zwangsläufig die Folge.

3.4 Nichterwerbstätige: Chancen einer beruflichen (Wieder-)Eingliederung

Nichterwerbstätige, die eine Stelle suchen, schaffen es unter den derzeitigen Arbeitsmarktbedingungen lediglich in 36 % aller Fälle, innerhalb von einem Jahr ein Beschäftigungsverhältnis zu finden (vgl. Tab. 9). Hochgerechnet verbergen sich dahinter immerhin rund 1,3 Mill. Übergänge von Nichterwerbstätigkeit in Arbeit. Die Gruppe der Nichterwerbstätigen wurde für die folgenden Analysen zum einen in Personen unterschieden, die 1984 (hier zum Zeitpunkt der ersten Befragung) arbeitslos gemeldet waren und zum anderen in Nichterwerbstätige, die zwar nicht arbeitslos gemeldet waren, aber dennoch planten, sofort oder im nächsten Jahr eine Erwerbstätigkeit erstmals oder erneut aufzunehmen. In dieser Gruppe überwiegen Hausfrauen, weiterhin zählen Schüler und Studenten zu diesem Kreis.

Betrachtet man die Gruppe der Nichterwerbstätigen 1984 ein Jahr später, so stellt man fest, daß es zwischen den ehemals Arbeitslosen und den Arbeitssuchenden, aber nicht arbeitslos Gemeldeten, deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungschancen

Tab. 9: Erwerbschancen von ehemals Arbeitslosen und Arbeitssuchenden (1984) ein Jahr später (1985)

Erwerbsstatus 1985	Arbeitslose, Arbeitssuchende		Arbeitslose				Arbeitssuchende ¹			
	insgesamt 1984	Geschlecht		Altersgruppen		Geschlecht		Altersgruppen		
		Männer	Frauen	bis 34 Jahre	35-63 Jahre	Männer	Frauen	bis 34 Jahre	35-63 Jahre	
in %										
Erwerbstätige	36	35	29	42	24	49	33	49	19	
darunter:										
teilzeitbeschäftigt	8	1	5	3	2	10	13	13	10	
Nicht erwerbstätig	64	65	71	58	76	52	67	51	81	
darunter:										
irgendwann seit 1984										
erwerbstätig gewesen	10	18	11	12	19	8	4	5	7	
arbeitslos gemeldet	29	53	43	43	55	13	12	7	23	

¹ Als arbeitssuchend gelten die Nichterwerbstätigen und nicht arbeitslos gemeldeten Personen, die 1984 beabsichtigten, sofort oder innerhalb des kommenden Jahres eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1-Welle 2.

cen gibt. Kennzeichnend ist, daß arbeitslos gemeldete Männer gegenüber Frauen deutlich bessere Aussichten hatten, ein Jahr später Arbeit zu finden (35 %; Frauen: 29 %). Personen im Alter über 35 hatten deutlich schlechtere Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt als jüngere Personen.

Daß die Arbeitssuchenden, die 1984 nicht arbeitslos gemeldet waren, wesentlich leichter als Arbeitslose ein Jahr später einen Arbeitsplatz finden konnten, liegt sicherlich auch an der Tatsache, daß darunter auch diejenigen, vornehmlich jüngeren Personen enthalten sind, die vom Bildungssystem in das Beschäftigungssystem eintreten. Immerhin 10 % sämtlicher Übergänge in der Altersgruppe unter 35 Jahren entfallen auf den Wechsel vom allgemeinbildenden in das berufliche Bildungssystem. Weiterhin zählen auch Beschäftigungen, die z. B. begleitend zu einem Studium erstmals aufgenommen werden, nach dieser Abgrenzung als „neuer“ Beschäftigungsübergang. Dies erklärt auch, daß Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigungen als Alternative zur Vollerwerbstätigkeit für diese Gruppe ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, und zwar nicht nur für Frauen, sondern mit 10 % auch für Männer.

Bei Arbeitslosen, die den Übergang ins Beschäftigungssystem ein Jahr später geschafft haben, ist Teilzeitbeschäftigung nur von untergeordneter Bedeutung. Über die Hälfte aller bereits bei der Erstbefragung 1984 arbeitslos gemeldeten Männer war bei der Zweitbefragung 1985 erneut oder immer noch arbeitslos. Bei den Frauen ist diese Quote zwar geringer, allerdings suchen auch weniger Frauen ein Jahr später überhaupt noch eine Arbeit. Immerhin 18 % aller 1984 arbeitslosen Männer hatten zwar bei der Zweitbefragung keine Beschäftigung, allerdings übten sie zwischen den beiden Erhebungen zumindest kurzzeitig eine Beschäftigung aus. Auch dieser Indikator ist ein Indiz für die Feststellung, daß das tatsächliche Ausmaß an Bewegungen am Arbeitsmarkt beträchtlich ist. Allerdings verschärft sich hier auch das Problem der Dauerarbeitslosigkeit. Mehrmalige aufeinanderfolgende Arbeitslosigkeit verringert unter Umständen die Arbeitsmarktchancen der Betroffenen weiter, weil Arbeitslosigkeit dann selbst zum negativen personalpolitischen Selektionsmerkmal werden kann.

Auch bei der Gruppe der 1984 nicht arbeitslos gemeldeten, gleichwohl an Beschäftigung interessierten Gruppe verblieb über die Hälfte weiterhin im Status der Nichterwerbstätigkeit. Über ein Viertel darunter suchte in nächster Zukunft eine Beschäftigung. Rund 12 % wurden bei der Zweitbefragung 1985 auch amtlich als arbeitslos und arbeitssuchend registriert. Bei Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit stehen vornehmlich weibliche Arbeitskräfte bei anhaltendem Arbeitsplatzdefizit vor deutlichen Problemen, erneut einen Arbeitsplatz zu finden.

(Jürgen Schupp)

4 Strukturen der Erwerbsbeteiligung

Im 20. Jahrhundert reicht das „erwerbsfähige Alter“ etwa vom 15. bis zum 65. Lebensjahr. Die einzelnen Phasen des Erwerbslebens sind nicht nur unterschiedlich lang, sie können z.B. durch Wehr- oder Zivildienstzeiten, durch Arbeitslosigkeit, zweiten Bildungsweg, Kindererziehung usw. unterbrochen werden. In der ersten Welle des Sozio-ökonomischen Panels wurde der Versuch unternommen, die wichtigsten Phasen eines Erwerbslebens individuell in tabellarischer Form zu erfassen.

Die vielfältigen Veränderungen der letzten hundert Jahre in allen Bereichen des Lebens schlagen sich bei jedem Menschen auch in seiner persönlichen Erwerbsbiographie nieder. Entsprechend zusammengefaßt können sie in Verbindung mit weiteren Merkmalen Aufschluß geben über viele – teilweise bisher empirisch nicht belegbare – gesellschaftspolitisch relevante Fragen.

Dieses Kapitel beschäftigt sich beispielhaft mit zwei Fragestellungen:

- Wie sieht die Beteiligung am Erwerbsleben der Männer und Frauen aus? Welche Unterschiede gibt es zwischen der deutschen Bevölkerung und den ausländischen Arbeitnehmern?
- Wie verlagerte sich der Zeitpunkt des ersten Berufseintritts der Männer und Frauen im Verlauf des 20. Jahrhunderts? Welche Bestimmungsgründe gibt es für Veränderungen und Schwankungen?

4.1 Beteiligung am Erwerbsleben

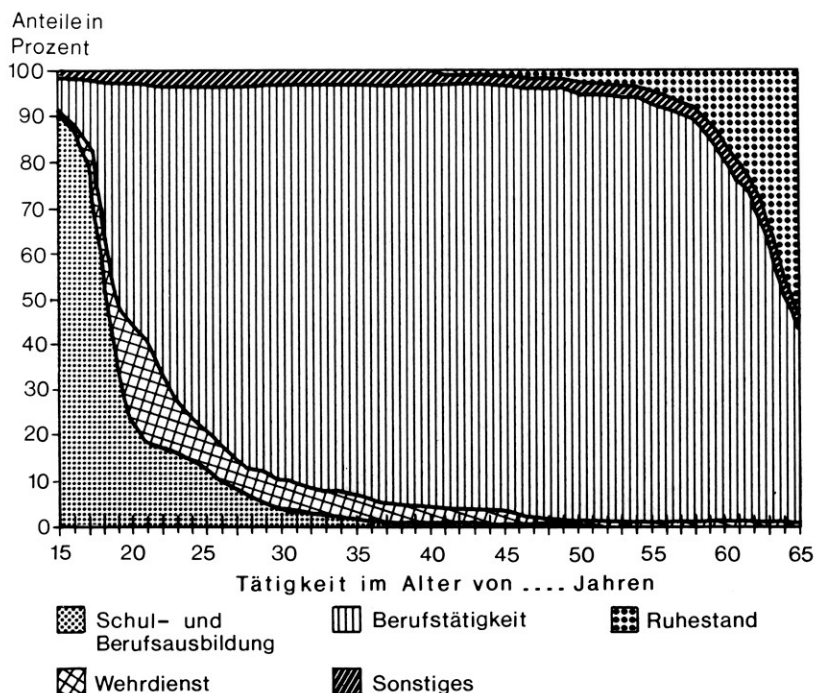
Im folgenden sollen die Strukturen des Erwerbslebens der Personen dargestellt werden, die im Jahr 1984 in der Bundesrepublik Deutschland wohnberechtigt waren. Hiervon wurde zunächst eine Schichtung der Erwerbsbiographien¹ nach Nationalität und Geschlecht gewählt.

Abb. 1 und 2 zeigen Erwerbstrukturen für deutsche bzw. ausländische Männer. Insgesamt werden fünf „Tätigkeiten“ (von links unten nach rechts oben in den Abb.) betrachtet:

- Schul- und Berufsausbildung;
- Wehr-, Zivildienst, Kriegsgefangenschaft;
- Berufstätigkeit (Voll- und Teilzeitbeschäftigung);
- Arbeitslosigkeit, Hausmann, sonstige Tätigkeiten;
- Ruhestand.

¹ In die Analyse sind sämtliche Erwerbsbiographien einbezogen worden, sofern sie formal fehlerfrei sind. Für Personen, die noch nicht das 65. Lebensjahr erreicht haben, sind sie naturgemäß noch unvollständig.

Abb. 1: Beteiligung am Erwerbsleben
Deutsche Männer

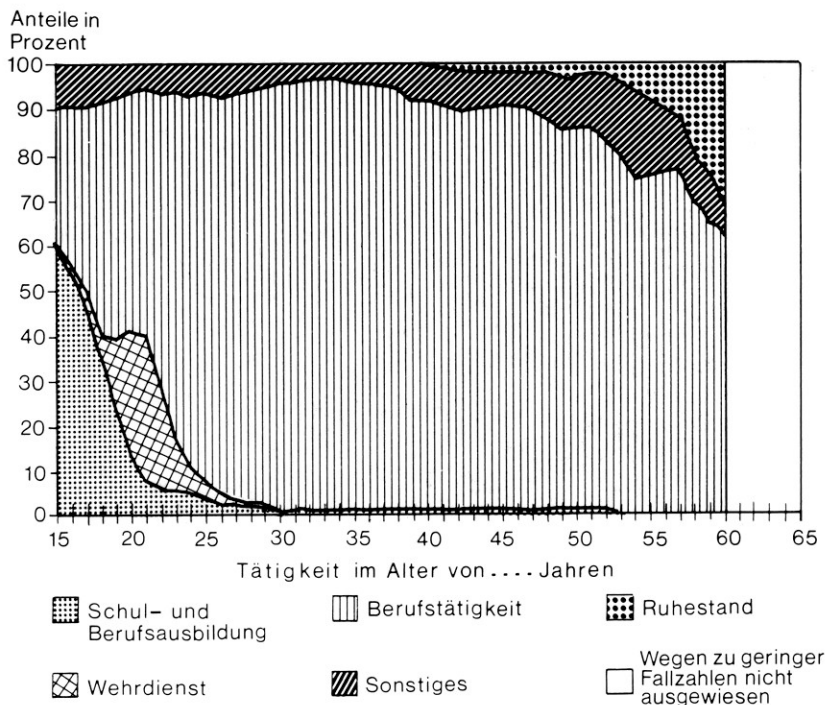


Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

Ein Vergleich zwischen den deutschen und ausländischen Männern zeigt mehrere Unterschiede:

- Die Ausbildungszeiten der Deutschen waren bedeutend länger. Im Alter von 15 Jahren waren z. B. noch 90 % der Deutschen in Ausbildung, aber nur gut 60 % der Ausländer.
- Deutliche Unterschiede zeigen sich auch im Hinblick auf den Militärdienst. Das Gros der Ausländer leistete zwischen dem 20. und 22. Lebensjahr seinen Wehrdienst. Die Wehrdienstanteile bei den Deutschen verteilen sich über eine größere Lebensspanne; sie deuten die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges an. Auf diesen Sondereinfluß wird weiter unten noch näher eingegangen werden.
- Bei Ausländern sind die Anteile von Arbeitslosigkeit und sonstigen Tätigkeiten bedeutend höher; Ursache hierfür könnten Zeiten der Arbeitslosigkeit im Heimatland gewesen sein, die die ausländischen Arbeitnehmer möglicherweise bewogen haben, in Deutschland Arbeit zu suchen.

Abb. 2: Beteiligung am Erwerbsleben
Ausländische Männer



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

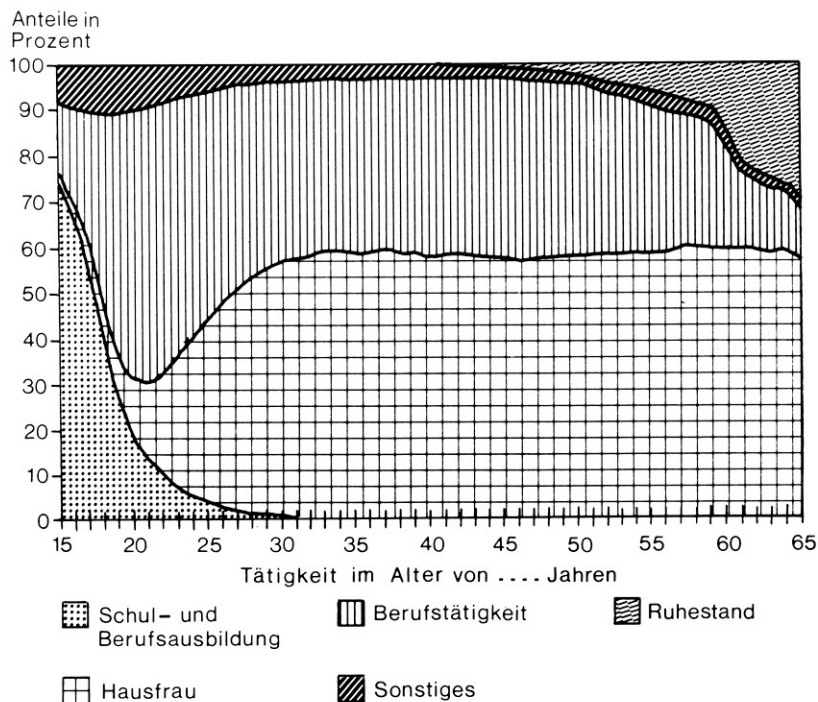
Das Erwerbsleben der Frauen wurde ebenfalls in fünf Bereiche untergliedert:

- Schul- und Berufsausbildung;
- Tätigkeit als Hausfrau;
- Berufstätigkeit (Voll- und Teilzeitbeschäftigung);
- Arbeitslosigkeit, sonstige Tätigkeiten;
- Ruhestand.

Auch zwischen den deutschen und den ausländischen Frauen zeigen sich wichtige Unterschiede in den Erwerbsstrukturen. Ein Vergleich der Abb. 3 und 4 läßt völlig verschiedene Muster im Lebensverlauf erkennen:

- Die Ausbildungszeiten der ausländischen Frauen sind sehr kurz. Mit 20 Jahren sind nur noch 5 % von ihnen in Schul- oder Berufsausbildung, der Anteil der deutschen Frauen ist in diesem Alter viermal so groß.

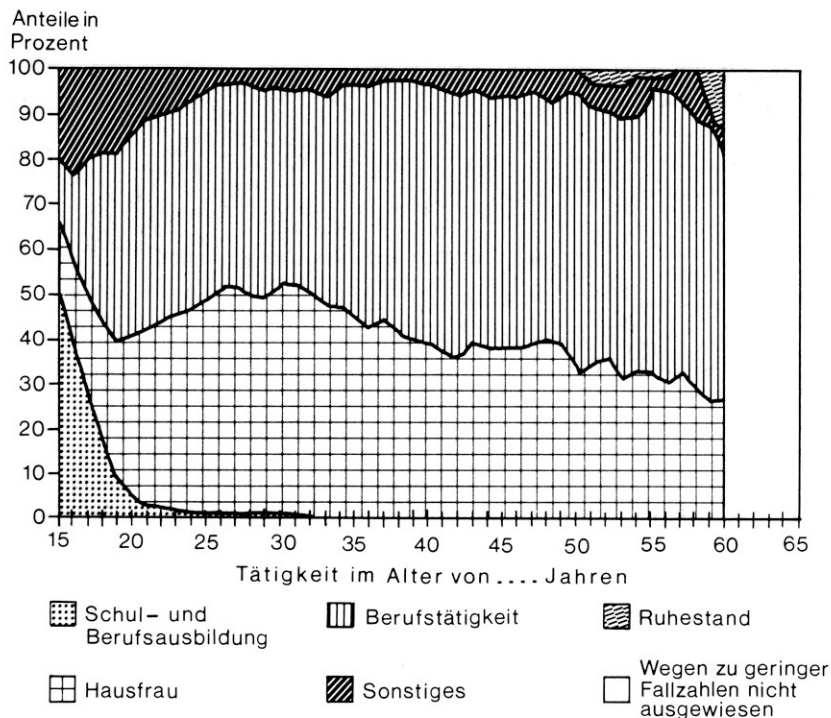
Abb. 3: Beteiligung am Erwerbsleben
Deutsche Frauen



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

- Sehr deutlich zeigt sich bei den deutschen Frauen der Übergang zur Hausfrauentätigkeit. Er setzt um das 20. Lebensjahr – bedingt durch Heirat – ein und steigt kontinuierlich bis etwa zum 35. Lebensjahr. In diesem Alter waren nahezu 60 % aller Frauen als Hausfrau tätig. Der Anteil der ausländischen Frauen, die nur im Haushalt tätig waren, geht von 50 % im Alter zwischen 25 und 30 Jahren bis zum 60. Lebensjahr auf 28 % zurück.
- Die Erwerbstätigkeit deutscher und ausländischer Frauen verläuft ebenso unterschiedlich. Mit 20 Jahren waren die deutschen Frauen zu 60 % erwerbstätig. Die dann vermehrt einsetzenden Eheschließungen lassen diese Quote bis zum 45. Lebensjahr auf etwa 40 Prozentpunkte sinken. Der weitere Rückgang der Erwerbstätigkeit ist auf den allmählichen Eintritt in den Ruhestand zurückzuführen. Im Gegensatz zu den deutschen Frauen, deren höchste Arbeitsmarktbeteiligung bereits im 20. Lebensjahr vorliegt, wird diese von den ausländischen Frauen erst zu einem viel späteren

Abb. 4: Beteiligung am Erwerbsleben
Ausländische Frauen



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

Zeitpunkt erreicht. Diese Entwicklung überrascht nicht; sie bestätigt die Rolle der ausländischen Frau als Gastarbeiterin in der Bundesrepublik.

4.2 Bestimmungsgründe für den Eintritt in das Berufsleben

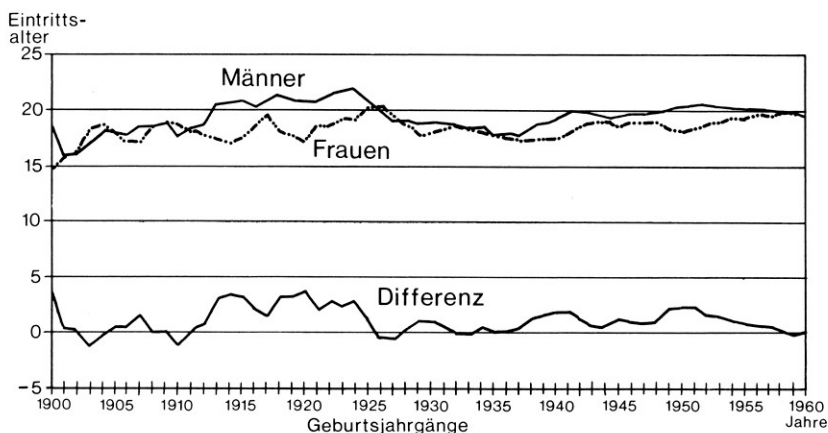
In diesem Abschnitt soll untersucht werden, wann im 20. Jahrhundert normalerweise der Eintritt in das Berufsleben begonnen hat, wie sich der Eintrittszeitraum entwickelt hat und welchen Schwankungen er unterworfen war.

Mit Hilfe der Erwerbsbiographie läßt sich nicht nur der Eintritt in das Berufsleben in Abhängigkeit vom Geburtsjahr ermitteln, es können auch die Komponenten angegeben werden, die im wesentlichen den Zeitpunkt dieses Eintritts bestimmen².

² Die folgenden Analysen beschränken sich auf die Darstellung für die deutsche Bevölkerung.

In Abb. 5 ist der Zusammenhang zwischen dem ersten Eintritt in das Berufsleben und dem jeweiligen Geburtsjahrgang dargestellt. Als grundsätzliches Kriterium wurde das erste Auftreten einer Vollzeitbeschäftigung im Lebensverlauf der befragten Person gewählt. War diese zu einem früheren Zeitpunkt bereits einmal teilzeit- oder geringfügig beschäftigt gewesen, wurde geprüft, ob im selben und im folgenden Jahr eine Schul- oder Berufsausbildung absolviert wurde. Nur wenn dies nicht der Fall war, wurde der frühere Zeitpunkt gewählt. Mit diesem Verfahren sollte vermieden werden, Aushilfstätigkeiten während der Schul- und Semesterferien als ersten Eintritt in das Berufsleben zu werten.

Abb. 5: Eintritt in das Berufsleben
Deutsche Männer und Frauen



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

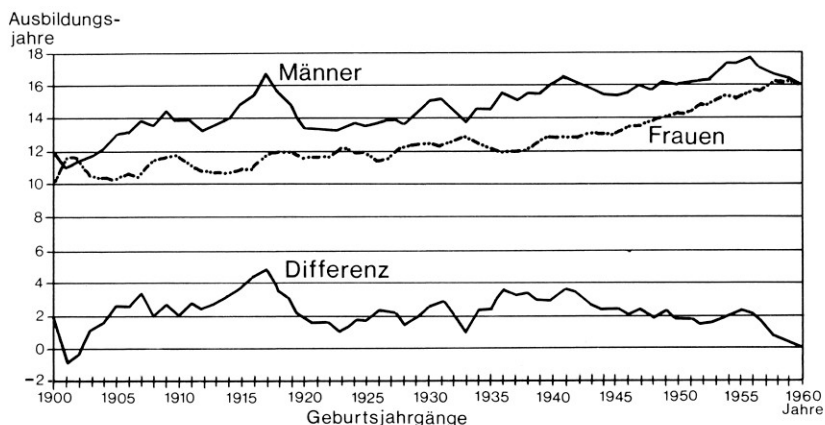
Abb. 5 zeigt, daß die Männer im Durchschnitt den Frauen insgesamt um ein bis zwei Jahre verzögert in die Erwerbstätigkeit folgten; die Geburtsjahrgänge 1913 bis 1924, die unmittelbar im Anschluß an ihre Schulausbildung zum Wehrdienst einberufen wurden, traten sogar mit zwei bis fast vier Jahren Abstand in das Berufsleben ein.

Eine Ursache für diesen Tatbestand zeigt sich in der unterschiedlichen (durchschnittlichen) Länge der Schul- und Berufsausbildung (vgl. Abb. 6)³. Einige Ergebnisse sind festzuhalten:

- Die Ausbildungszeit nahm bei Männern wie Frauen zumindest seit Beginn des 20. Jahrhunderts ständig zu.

³ Hierbei wurde unterstellt, daß bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres bereits 8,5 Jahre Schuljahre absolviert worden sind.

**Abb. 6: Schul- und Ausbildungszeiten
Deutsche Männer und Frauen**



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

- Die Ausbildungsdauer der Frauen war in der ersten Jahrhunderthälfte ständig kürzer als die der Männer. Der Abstand betrug im Durchschnitt etwa zwei Jahre, was fast einer Lehrzeit entspricht. Hier zeigt sich deutlich, daß damals der Berufsausbildung der Frau weniger Bedeutung beigemessen wurde.
- Erst die Angleichung der Bildungschancen im Zuge der sogenannten Bildungsexpansion führte für die Frauen der Geburtsjahrgänge seit Ende der fünfziger Jahre zu einem Gleichstand in der Ausbildungszeit. Die Ergebnisse der sechziger Geburtsjahrgänge können noch nicht ausgewiesen werden. Einmal beginnt die Ausbildungszeit junger Männer wegen des Wehr- bzw. Zivildienstes teilweise 18–24 Monate später, zum anderen stand zum Zeitpunkt der Befragung natürlich noch nicht fest, ob die Frauen jener Geburtsjahrgänge ihre Ausbildung nicht eher beenden würden als die Männer.
- Die weiblichen Geburtsjahrgänge von 1921 bis 1927 traten etwa ein Jahr später in das Berufsleben ein als die Frauen, die einige Jahre früher oder später geboren wurden. Die deutlich erkennbaren Abweichungen vom „Trend“ sind keineswegs zufälliger Art; sie sind vielmehr Abbild der damaligen Gesetzgebung, die junge Frauen zur Teilnahme am Reichsarbeitsdienst, Ableisten eines Pflichtjahres und später zum Kriegshilfsdienst verpflichtete, bevor der Eintritt in das eigentliche Berufsleben gestattet wurde.

Trotz dieser Sondereinflüsse erklärt vornehmlich die unterschiedliche Ausbildungsdauer über weite Strecken des 20. Jahrhunderts den späteren Beginn der Berufstätigkeit der Männer.

Sonderentwicklungen lassen sich hier für die Jahrgänge 1913 bis 1925 wie 1930 bis 1936 registrieren. Mehr als 95 % aller Männer der Geburtsjahrgänge 1913 bis 1925 mußten am Zweiten Weltkrieg teilnehmen und konnten erst anschließend erstmals erwerbstätig werden.

Die „weißen“ Jahrgänge (etwa 1930–1936 geboren) konnten bzw. brauchten – von Ausnahmen abgesehen – keinen Wehrdienst abzuleisten. Das sind indes genau die Jahrgänge, bei denen das Eintrittsalter der Männer in den Beruf nur geringfügig über dem der Frauen lag. Mit dem Aufbau der Bundeswehr stieg der Anteil der Männer mit Wehrdienst zügig auf etwa 50 %.

Unsere Untersuchung hat die Unterschiede zwischen deutscher und ausländischer Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik gezeigt: Die Schul- und Berufsausbildung von Ausländern war kürzer und das Berufsleben ausländischer Frauen ist länger als das der deutschen Frauen, die seit dem 30. Lebensjahr zu mehr als 50 % Hausfrauen sind. Im Durchschnitt traten die deutschen Frauen zwischen dem 18. und 19. Lebensjahr erstmals in das Erwerbsleben ein. Die Männer ergriffen ihren ersten Beruf normalerweise zwei Jahre später.

Schul- und Ausbildungszeiten nahmen im Laufe der letzten Jahrzehnte ständig zu, der Abstand zwischen Männern und Frauen hat sich im Zuge der fortschreitenden Gleichstellung der Frauen dabei allmählich verringert.

(Rainer Pischner)

5 Eigenarbeit, Nebenerwerb und Haupterwerb

Das individuelle Einkommen als wichtige Ressource der Lebensgestaltung kann heute nicht allein mit einer Haupterwerbstätigkeit erklärt werden. Neue Formen der Erwerbstätigkeit im weiten Bereich der formellen und informellen Ökonomie kommen hinzu und sind Bestandteil einer umfassenden Versorgungsstrategie der privaten Haushalte. Ökonomische Aktivitäten außerhalb des Haushalts – Marktaktivitäten als (bezahlte) Erwerbsarbeit in Haupt- und Nebenerwerb – sowie ökonomische Aktivitäten innerhalb des Haushalts in Form von Eigenarbeit bilden die Grundlage ökonomischer Wohlfahrt und die materielle Basis für die individuelle Lebensgestaltung.

In diesem Kapitel werden Umfang und Struktur von Eigenarbeit und Erwerbsarbeit als Versorgungsaktivitäten privater Haushalte dargestellt. Gefragt wird, welche Bedeutung innerhalb der Erwerbsarbeit insbesondere eine Nebenerwerbstätigkeit hat, welchen Beitrag die Eigenarbeit erbringt und wie Eigenarbeit und Aktivitäten im Haupt- und Nebenerwerb kombiniert als Versorgungsstrategien eingesetzt werden. Was im einzelnen getan wird, soll anhand von Aktivitätsprofilen aufgezeigt werden. Die Bedeutung von Erwerbs- und Eigenarbeit wird in den drei Dimensionen: Beteiligung, Zeitaufwand und erzieltetes Einkommen konkretisiert.

Als Erwerbsarbeit wird die marktmäßige Aktivität der Einkommenserzielung bezeichnet. Neben der Haupterwerbstätigkeit beziehen wir Nebenerwerbstätigkeiten mit ein, da dem Nebenerwerb – auch in Zeiten einer angespannten Arbeitsmarktsituation – im Rahmen einer Ausweichwirtschaft besondere Bedeutung zukommt. Nebenerwerbstätigkeit ist nun nicht nur ein Phänomen, das allein als Mehrfachbeschäftigung mit einer Haupterwerbstätigkeit verbunden ist. Im Unterschied zu dem in der amtlichen Statistik (Mikrozensus) definierten Konzept (vgl. Teil I, Kap. 3.1) werden hier zusätzlich bezahlte Tätigkeiten auch für Nichterwerbstätige (wie Studenten, Rentner, Hausfrauen, aber auch für Arbeitslose) einbezogen. Eigenarbeit wird als (produktive) ökonomische Aktivität von Personen in privaten Haushalten abgegrenzt, die auch von einer anderen (bezahlten) Person geleistet werden kann. Damit ist Eigenarbeit insbesondere der Teil einer Haushaltsproduktion, der einem Austausch durch bezahlte Marktarbeit zur Verfügung steht. Solche Do-it-yourself-Tätigkeiten sind nicht nur aus der hier verfolgten Versorgungsperspektive interessant; mit einem geschätzten Umsatz von über 31 Mrd. DM (1986) ist dies ein wichtiger Bereich der Wirtschaft überhaupt.

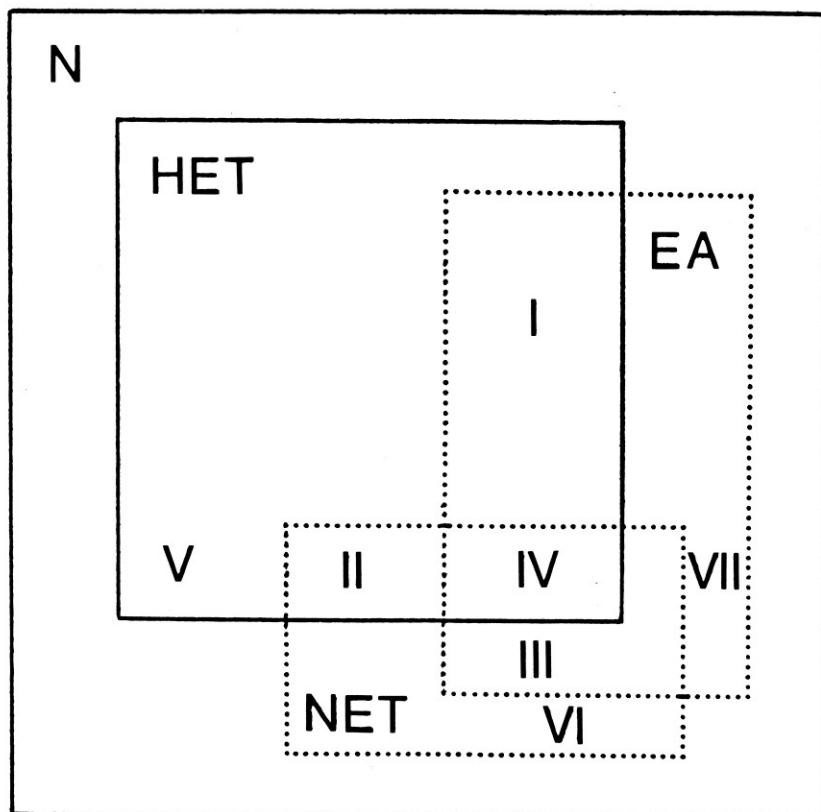
Datengrundlage dieses Kapitels ist die repräsentative Nebenerwerbstätigkeitsumfrage des Sonderforschungsbereichs 3 für das Jahr 1984¹.

1 Vgl. Helberger, Chr./Merz, J./Schneider, H.: Nebenerwerbstätigkeitsumfrage 1984 – Dokumentation, bearb. von K. Wolff, Sfb 3, Frankfurt a. M. 1985.

5.1 Eigenarbeit und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland

Informationen zur Verbreitung von Eigenarbeit sowie Haupt- und Nebenerwerb als einzelne Aktivitätsbereiche und in ihrer jeweiligen Kombination sind in *Abb. 1* und *Tab. 1* zusammengestellt. Die jeweilige Fläche in *Abb. 1* entspricht der Anzahl der Personen mit einer oder mehreren Tätigkeiten.

Abb. 1: Aktivitätsspektrum: Anzahl der Personen mit Haupterwerbstätigkeit, Nebenerwerbstätigkeit und Eigenarbeit (maßstabsgerecht)



HET = Haupterwerbstätigkeit.
NET = Nebenerwerbstätigkeit.
EA = Eigenarbeit.

Römische Ziffern: Schnittmengen;
I–IV: Aktivitätskombinationen;
V–VII: ausschließlich eine Aktivität.

Datenbasis: Sfb3-Nebenerwerbstätigkeitsumfrage 1984 (N = 7826).

Tab. 1: Verbreitung von Haupterwerbstätigkeit, Nebenerwerbstätigkeit und Eigenarbeit

	Insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil
	in %			
Personen mit mindestens einer Tätigkeit				
Überhaupt Aktive (I–VII)	59 ¹	70 ²	50 ²	45 ³
Haupterwerbstätigkeit (I–V)	42	60	27	34
Nebenerwerbstätigkeit (II–IV, VI)	9	10	9	50
Eigenarbeit (I, II, IV, VII)	28	26	29	55
Personen mit mindestens zwei Tätigkeiten				
Mehrfachaktive (I–IV)	18	23	13	39
HET und NET ⁴ (II, IV)	4	6	2	39
HET und EA (I, IV)	14	19	9	35
NET und EA (III, IV)	5	5	4	48

1 In % der Gesamtpopulation.

2 In % aller Männer bzw. aller Frauen.

3 In % aller der jeweiligen Zeile.

4 HET = Haupterwerbstätigkeit; NET = Nebenerwerbstätigkeit; EA = Eigenarbeit.

Datenbasis: Sfb3-Nebenerwerbstätigkeitsumfrage 1984 (N = 7826).

Knapp 60 % aller fast 8000 Befragten üben mindestens eine Tätigkeit (Segmente I–VII in Abb. 1) aus, 42 % der Befragten gehen einer Haupterwerbstätigkeit nach, ein Ergebnis, das auch den Daten aus der Beschäftigtenstatistik entspricht. Über 9 % der Bundesbürger sind nebenerwerbstätig.

Gegenüber Mikrozensussergebnissen mit 2–3 % sind über 9 % Nebenerwerbstätige ein beachtlich unterschiedlicher Befund. Dies ist einerseits das Ergebnis einer intensiveren Befragung zu diesem Themenkomplex, andererseits ist dies auf eine Erweiterung des befragten Personenkreises zurückzuführen.

Weitaus verbreiteter als eine Nebenerwerbstätigkeit (NET) ist die Eigenarbeit (EA). Mehr als jeder vierte Bundesbürger stellt marktnahe ökonomische Güter und Dienste durch Eigenarbeit im Haushalt her, wobei hier nicht die „normalen“ Haushaltstätigkeiten erfragt, sondern vielmehr die über die übliche Hausarbeit hinausgehenden produktiven Aktivitäten erfaßt wurden.

Bisher wurden globale Daten zum Aktivitätsspektrum genannt, die unverbunden die Verbreitung von Eigenarbeit und Erwerbsarbeit beschreiben. Im folgenden sollen die Kombinationen von Haupt-, Nebenerwerb und Eigenarbeit untersucht werden. Dahinter

steht die Frage, ob Mehrfachstätigkeiten, also verbundene Versorgungsstrategien aus Markt- und Haushaltsaktivitäten, schon von ihrer Verbreitung her von Bedeutung sind. In Verbindung von Abb. 1 mit Tab. 1, die die Besetzung der einzelnen Aktivitätsbereiche auch nach Geschlechtern untergliedert wiedergibt, sehen wir unmittelbar die Bedeutung einer zweiten und dritten zusätzlichen Aktivität: Fast jeder Fünfte (18 %) der Befragten ist in mehreren Aktivitätsbereichen tätig (Mehrfachaktive I–IV). 2 % aller Befragten (IV) geben sogar alle drei Bereiche an.

Bei den Mehrfachtätigen überwiegt die Kombination einer haushaltsbezogenen Tätigkeit mit einer Haupterwerbstätigkeit (Haupterwerbstätigkeit und Eigenarbeit: 77 % der Mehrfachtätigen, 14 % aller Befragten). Mehr als ein Drittel der Haupterwerbstätigen ist noch zusätzlich tätig ($I+II+IV = 15\%$ aller Befragten), überwiegend in der Eigenarbeit.

Jeder fünfte Mehrfachtätige übt mindestens zwei marktmäßige Aktivitäten aus (Haupterwerbs- und Nebenerwerbstätigkeit: 23 % der Mehrfachtätigen, 4 % aller Befragten). Mehr als die Hälfte dieser marktmäßig besonders engagierten Personen leistet zusätzlich noch Eigenarbeit.

Etwa jeder siebte Mehrfachtätige kombiniert Eigenarbeit mit Nebenerwerbstätigkeit (15 % der Mehrfachtätigen, 2 % aller Befragten). Damit ist Eigenarbeit nicht nur als unverbundener Bereich, sondern auch in Kombination mit marktmäßigen Aktivitäten (58 % der Eigenarbeiter sind haupt- oder nebenerwerbstätig) ein durchweg in seiner Verbreitung bedeutender Aktivitätsbereich.

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Befragten mit mehreren Tätigkeitsbereichen werden durch die Dominanz des Männeranteils in der Haupterwerbstätigkeit geprägt. Bei der Kombination der marktmäßigen Aktivitäten (Haupterwerbstätigkeit und Nebenerwerbstätigkeit) überwiegen die Männer mit zwei Drittel dieser Gruppe; bei ausschließlicher Kombination von Haupterwerb und Eigenarbeit sind noch knapp 60 % dieser Gruppe Männer. Mit wachsendem Eigenarbeitsanteil kehrt sich das Bild um: Über 60 % der Gruppe, die ausschließlich einer Nebenerwerbstätigkeit und Eigenarbeit nachgeht, sind Frauen. Dies kann darauf hindeuten, daß viele Frauen eine relativ geringfügige hauptberufliche Teilnahme durch Nebenerwerb oder nichtmarktmäßige Aktivitäten zu ersetzen versuchen.

Strukturelle Unterschiede bei Eigenarbeit und Nebenerwerb zeigt Tab. 2 auf. Schon erwähnte geschlechtsspezifische Unterschiede werden deutlich: Die Nebenerwerbsquote ist bei Männern, die Eigenarbeitsquote bei Frauen höher. Altersspezifische Unterschiede mit altersmäßig abnehmender Nebenerwerbsbeteiligung, aber über weite Altersbereiche im Niveau relativ gleichbleibende Eigenarbeit, sind festzuhalten. Interessante Ergebnisse finden sich bei einer strukturellen Untergliederung nach beruflicher Stellung, wobei auch Nichtberufstätige explizit in die Befragung aufgenommen wurden: Beamte und Arbeiter sind im Nebenerwerb und in der Eigenarbeit besonders aktiv. Schüler/Studenten, in der Berufsausbildung Befindliche sowie Arbeitslose weisen die höchsten Nebenerwerbsquoten auf: Vor allem diese Bevölkerungsgruppen scheinen auf einen Nebenverdienst angewiesen zu sein.

Tab. 2: Beteiligungsquoten in Nebenerwerb und Eigenarbeit

		Nebenerwerb	Eigenarbeit
		in %	
Insgesamt		9	28
Geschlecht	Männer	10	26
	Frauen	9	29
Alter	bis 20	21	19
	21–30	12	33
	31–40	8	33
	41–50	8	33
	51–60	8	30
	61 und älter	3	19
Berufliche Stellung	Berufsausbildung	17	27
	Arbeiter	12	32
	Angestellte	7	32
	Beamte	13	39
	Selbständige	4	20
	Vollzeit	8	31
	Teilzeit	20	35
	Arbeitslos	16	30
	Schüler/Student	25	22
Nichtberufs- tätige	Rentner	4	20
	Hausfrauen	6	28
Ausbildung	Hauptschule		
	ohne Berufsabschluß	8	22
	mit abgeschl. Lehre	8	29
	Realschule/Fachschule	11	29
	Abitur	16	32
	Hochschule	16	34
Haushaltsgröße	1 Person	5	20
	2 Personen	7	26
	3 Personen	11	33
	4 Personen	12	33
	5 und mehr Personen	15	27
Haushaltstyp	Alleinerziehende	13	24
	Paare mit Kindern	13	31
	1 Personenhaushalt	5	20
	Paare ohne Kinder	6	26
	nur Erwachsene	11	32

Datenbasis: Sfb3-Nebenerwerbstätigkeitsumfrage 1984 (N = 7826).

Die Nebenerwerbsquote der Teilzeitbeschäftigten ist gegenüber den Vollzeitbeschäftigten mehr als doppelt so groß; Erwerbsmuster, die sich von einer einzigen Erwerbstätigkeit entfernen, werden hier deutlich. Eine in Tab. 2 nicht wiedergegebene geschlechtsspezifische Untergliederung der beruflichen Stellung ergibt folgendes Bild: Der typische männliche Nebenerwerbstätige und/oder Eigenarbeitende ist vollzeitbeschäftigter Arbeiter; die typische nebenerwerbstätige und in marktnaher Tätigkeit (Eigenarbeit) aktive Frau ist Hausfrau; darüber hinaus sind vor allem teilzeitbeschäftigte Angestellte nebenerwerbstätig.

Einen deutlichen Einfluß auf Zusatz Tätigkeiten hat die schulische Ausbildung: Ein höherer Schulabschluß führt zu einer höheren Nebenerwerbs- und auch Eigenarbeitsquote. Die Größe des Haushalts ist bestimmend für weitere Aktivitäten: Je größer der Haushalt, desto höher ist auch die Nebenerwerbsquote und damit wohl auch die Notwendigkeit eines Zusatzverdienstes. Die Eigenarbeitsquote erhöht sich ebenfalls mit größeren Haushalten. Im Hinblick auf den Haushaltstyp sind vor allem Paare mit Kindern im Nebenerwerb und in der Eigenarbeit aktiv.

Zusammenfassend zeigen sich deutliche strukturelle Unterschiede der einzelnen sozio-ökonomischen Gruppen im Hinblick auf Nebenerwerbstätigkeit und Eigenarbeit.

5.2 Aktivitätsprofile in Eigenarbeit und Nebenerwerb

Welche Tätigkeiten werden in Eigenarbeit und im Nebenerwerb ausgeübt? Bei der Frage nach der Tätigkeitsart haben die Befragten selbst die jeweilige Tätigkeit angegeben. Zudem bestand die Möglichkeit, auch eine zweite, dritte und weitere Tätigkeit mit den zugehörigen Zeit- und Ersparnisangaben zu nennen (mehrfache Eigenarbeit).

Die Arbeiten im Do-it-yourself-Bereich konzentrieren sich auf die Ausübung einer einzigen Tätigkeit. 75 % sind ausschließlich in einer Tätigkeit aktiv und nur 7 % der in der Eigenarbeit Aktiven gehen mehr als zwei Tätigkeiten nach. Die verschiedenen Tätigkeiten haben wir in sieben Tätigkeitsbereiche zusammengefaßt (vgl. Tab. 3). Die Reihenfolge dieser Aufzählung folgt den relativen Häufigkeiten der ausgeübten ersten Eigenarbeit. Damit liegen Handarbeiten (Stricken, Nähen usw.) und Renovierungsarbeiten (Streichen, Tapezieren usw.), und mit einigem Abstand Gartenarbeiten, deutlich an der Spitze der Do-it-yourself-Tätigkeiten. Untergliedert nach dem Geschlecht, ist die Handarbeit erwartungsgemäß eine absolut weibliche Domäne. Im Gegensatz dazu sind Kraftfahrzeugreparaturen, Reparaturen im und am Haus/Hausbau und Renovieren durchgängig typische Männeraktivitäten.

Die vielfältigen selbstgenannten Aktivitäten im Nebenerwerb haben wir analog zur amtlichen Statistik in die Bereiche Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen gegliedert. Eine Aufteilung der Dienstleistungen in personenbezogene Tätigkeiten, Handel/Verkehr, Beratung und sonstige Dienstleistungen ist angebracht, da fast zwei Drittel aller Nebenerwerbstätigkeiten in diesem Bereich anfallen. Im Produzierenden Gewerbe sind etwas mehr als ein Viertel aller Nebenerwerbstätigen aktiv. Die Landwirtschaft hat mit unter 10 % aller Nebenerwerbstätigkeiten einen relativ geringen Anteil.

Tab. 3: Aktivitätsprofile von Eigenarbeit und Nebenerwerbstätigkeit:
Geschlechtsspezifische Aufgliederung
nach Tätigkeitsbereichen

	Alle	Männer	Frauen
	in %		
<hr/>			
(Erste) Eigenarbeit ¹			
Handarbeiten	41	2	73
Renovieren	25	45	9
Gartenarbeit	13	16	10
Kraftfahrzeugreparaturen	9	19	0
Rep. in und am Haus	4	8	1
Kunsthandwerk	4	6	3
Sonstiges	4	4	4
 (Erste) Nebenerwerbstätigkeit ¹			
Landwirtschaft	9	10	7
Produzierendes Gewerbe	25	40	10
Alle Dienstleistungen	66	50	83
Personenbezogen	22	11	33
Handel/Verkehr	31	32	30
Beratung	2	3	2
Sonstige	11	4	18

1 In % aller Personen mit Eigenarbeit (N = 2273) bzw. Nebenerwerbstätigkeit (N = 737).

Datenbasis: Sfb3-Nebenerwerbstätigkeitsumfrage 1984 (N = 7826).

Der typische männliche Nebenerwerbstätige wird entweder im Produzierenden Gewerbe oder im Bereich Dienstleistungen und Handel/Verkehr aktiv, dagegen Frauen primär im Bereich personenbezogener und sonstiger Dienstleistungen. Dies mag in der beruflichen Stellung und der damit verbundenen Qualifikationsstruktur der Nebenerwerbstätigen begründet sein. Männliche Nebenerwerbstätige haben sehr häufig im Hauptberuf eine Facharbeiterstellung, wohingegen die nebenerwerbstätigen Frauen sich sehr stark aus Hausfrauen rekrutieren.

5.3 Zeitverwendung in Haupterwerb, Nebenerwerb und Eigenarbeit

Zur Analyse der zeitlichen Intensität der Aktivitätsstrukturen werden die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Haupterwerb, Nebenerwerb und Eigenarbeit sowie Kombinationen dieser drei Aktivitätsarten betrachtet (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Wochenarbeitszeit und Monatseinkommen durch
Haupterwerb, Nebenerwerb und Eigenarbeit

	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit (in Stunden)			Durchschnittl. Monatseinkommen (in DM)		
	Alle	Männer	Frauen	Alle	Männer	Frauen
Haupterwerb	39,9	42,2	35,5	1 773	2 018	1 281
Nebenerwerb	5,7	4,7	6,6	297	252	342
Eigenarbeit	5,2	3,7	6,4	159	225	103
Haupt- und Nebenerwerb	41,4	43,7	36,5	1 870	2 080	1 373
Haupterwerb u. Eigenarbeit	43,2	45,2	39,5	1 997	2 290	1 416
Haupterwerb, Nebenerwerb u. Eigenarbeit	46,5	48,1	43,0	2 041	2 274	1 357

Datenbasis: Sfb3-Nebenerwerbstätigkeitsumfrage 1984 (N = 7826).

Bei der Haupterwerbstätigkeit beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 1984 39,9 Stunden. Etwa 21 % aller Haupterwerbstätigen arbeiten mehr als 40 Stunden wöchentlich. Diesem Personenkreis wird weniger Zeit für zusätzliche Aktivitäten verbleiben. Der Anteil der Teilzeit-Erwerbstätigen mit 30 und weniger Stunden pro Woche an allen Haupterwerbstätigen beträgt etwa 11 %. Eine Abgrenzung zwischen Teilzeiterbeschäftigung als Haupterwerb und Nebenerwerbstätigkeit ist fließend.

Die durchschnittliche wöchentliche Nebenerwerbstätigkeitszeit liegt bei fast 6 Stunden. Fast 66 % aller Nebenerwerbstätigen arbeiten fünf und weniger Stunden in der Woche. Knapp 4 % aller Nebenerwerbstätigen arbeiten allerdings mehr als 20 Stunden in der Woche.

Für die Eigenarbeit werden durchschnittlich 5 Stunden verwendet. Sie ist damit im Durchschnitt etwas weniger zeitintensiv als eine Nebenerwerbstätigkeit. Bei der Eigenarbeit ist die Gruppe der 5 Wochenstunden und weniger Arbeitenden mit 75 % noch größer als bei den Nebenerwerbstätigen. Von den gesamten in der Eigenarbeit Tätigen haben 4 % eine höhere Aktivität als 20 Wochenstunden. Die Streuung in der Zeitverwendung für Eigenarbeit ist allerdings fast doppelt so groß wie die im Nebenerwerb, zudem ist die Zahl der Personen mit zeitintensiverer Eigenarbeit größer als im Nebenerwerb.

Zusammengenommen entfallen auf Nebenerwerbs- und Eigenarbeitsaktivitäten wöchentlich meist weniger als 5 Stunden. Allerdings sind etwa 4 % der Tätigen im Nebenerwerb und in der Eigenarbeit mit wöchentlich mehr als 20 Stunden besonders aktiv. Eigenarbeit wird zwar mehr als dreimal so häufig wie Nebenerwerbstätigkeit ausgeübt, es wird dafür aber im Durchschnitt wöchentlich eine Stunde weniger als im Nebenerwerb aufgewendet.

Die mehrfachaktiven Haupterwerbstätigen – Haupt- und Nebenerwerb (HET und NET) oder Haupterwerb und Eigenarbeit (HET und EA) – arbeiten im Durchschnitt ca. 41,5 Stunden in der Woche. Von den Haupterwerbstätigen arbeiten 21 % mehr als 40 Wochenstunden und 6 % mehr als 50 Stunden. Diejenigen, die neben dem Haupterwerb noch eine zusätzliche Tätigkeit ausüben, sind wesentlich aktiver: 76 % der Haupt- und Nebenerwerbstätigen sowie 87 % der im Haupterwerb und in der Eigenarbeit Tätigen sind mehr als 40 Stunden in der Woche aktiv. Mehr als 50 Stunden pro Woche arbeiten 14 % der Mehrfachaktiven (HET und NET bzw. HET und EA). Eine weitere Steigerung des zeitlichen Aufwandes ist natürlich mit der Kombination aller marktmäßigen Aktivitäten mit Eigenarbeit (HET und NET und EA) verbunden. Hier arbeiten 8 % mehr als 60, 30 % mehr als 50 und 88 % mehr als 40 Wochenstunden. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ist auf 46,5 Stunden angestiegen.

Mit größerer Streuung und einem beachtlichen Anteil von Personen mit 50 bzw. 60 und mehr Stunden in der Woche ist somit für die Mehrfachaktiven eine besondere zeitliche Intensität der Erwerbsarbeit in Haupt- und Nebenerwerb sowie der Eigenarbeit festzuhalten.

5.4 Einkommen und Ersparnis aus Haupterwerb, Nebenerwerb und Eigenarbeit

Neben marktmäßigen Einkommen aus Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit kann auch die monetäre Ersparnis erstellter Güter- und Dienstleistungen durch Eigenarbeit mittelbar der Einkommenserzielung zugeordnet werden. Geht man davon aus, daß – zumindest für einen Großteil der produzierten Güter – entsprechende Ausgaben auf dem Markt angefallen wären, so werden durch die Eigenerstellung Ausgaben eingespart (Einkommensersatzfunktion).

Im folgenden sollen das persönliche Einkommen aus der Erwerbsarbeit und die Ersparnis aus der Eigenarbeit untersucht werden. Für das Einkommen aus der Haupterwerbstätigkeit wird das monatliche Nettoeinkommen des Befragten berücksichtigt. Das Nettoeinkommen als verfügbares Einkommen wird mit den Einkommen aus Nebenerwerb und den nicht besteuerten Ersparnissen verglichen.

Für das Einkommen aus dem Nebenerwerb verwenden wir das erfragte Geldeinkommen sowie bewertete immaterielle Vergütungen. Als dritte Einkommenskomponente wird die erfragte materielle Ersparnis aus der Eigenarbeit berücksichtigt. Es wurde gefragt, wieviel durch Eigenarbeit im Berichtszeitraum gespart wurde. Eine unmittelbar damit verbundene Zusatzfrage hat die für diesen Teil der Haushaltsproduktion benötigten Materialkosten ermittelt. Die durch eigenerstellte Leistung angegebene Ersparnis kann somit als Lohnäquivalent angesehen werden.

Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen aus dem Haupterwerb liegt bei 1 773 DM, aus Nebenerwerb bei 297 DM und aus Eigenarbeit bei 159 DM im Monat. Die Mehrfachtätigen erzielen 1 870 DM (Haupterwerbstätigkeit und Nebenerwerbstätigkeit),

1 997 DM (Haupterwerbstätigkeit und Eigenarbeit) bzw. 2 041 DM (Haupterwerbstätigkeit, Nebenerwerbstätigkeit und Eigenarbeit). Ähnlich den Ergebnissen zur zeitlichen Intensität ist damit bei den zwar relativ weit verbreiteten Aktivitäten im Nebenerwerb und besonders in der Eigenarbeit nur ein relativ geringes monatliches Nebenerwerbseinkommen bzw. eine relativ geringe monatliche Ersparnis festzuhalten (vgl. Tab. 4).

Nebenerwerbseinkommen und Ersparnis aus Eigenarbeit streuen stärker als das Einkommen aus Haupterwerbstätigkeit. Die größere Streuung der Einkommen aus dem Nebenerwerb ist auf einige wenige besonders gut Verdienende zurückzuführen. Alle anderen Nebenerwerbseinkommen konzentrieren sich unter 250 DM pro Monat (68 % aller Personen mit Nebenerwerbseinkommen, 6 % aller Befragten). Wenn auch in der Eigenarbeit die unterste Einkommensklasse (bis 250 DM) noch stärker besetzt ist (84 % aller Eigenarbeiter, 22 % aller Befragten), so streuen die Ersparnisse aus Eigenarbeit stärker als die Nebenerwerbseinkommen; Ersparnisse über 1 500 DM pro Monat sind noch bei 1 % aller Eigenarbeiter gegeben.

Die besonders Aktiven mit zweifacher marktmäßiger Tätigkeit (Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit) und Eigenarbeit verdienen auch am meisten: durchschnittlich 2 041 DM. Über die Hälfte der Mehrfachaktiven haben ein Nettoeinkommen von über 2 000 DM, ein weiteres Indiz dafür, daß besser Verdienende auch in einer Zusatzaktivität mehr verdienen als schlechter Verdienende. Zudem gilt, daß mittlere und höhere Einkommensbezieher bereits mehr Ersparnis aus Eigenarbeit als Einkommen aus Nebenerwerb haben. Weitere Analysen zur Einkommensverteilung haben ergeben, daß Eigenarbeit eher eine Domäne des Mittelstandes ist, während Nebenerwerbstätigkeit vor allem auch das Einkommen weniger gut Verdienender erhöht.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Eigenarbeit und Nebenerwerb sind relativ weit verbreitete Versorgungsaktivitäten. Sie erbringen monatlich 160 bzw. 300 DM und sind mit einem zeitlichen Einsatz von 6 Wochenstunden in der Eigenarbeit und 5 Wochenstunden im Nebenerwerb auch ein zeitlich relativ bedeutender Aktivitätsteil privater Haushalte.

(Joachim Merz/Klaus Wolff)

6 Wohnen und seine Bewertung

Seit Beginn der achtziger Jahre übersteigt der Wohnungsbestand in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Haushalte. Dabei besteht in den Ballungsgebieten allerdings nach wie vor Wohnungsmangel. Aktuelle Informationen über die Wohnungsverorgung fehlen, da die letzte umfassende Wohnungsstichprobe 1978 erhoben wurde¹. Das Sozio-ökonomische Panel kann diese Datenlücke aufgrund einer umfangreichen Befragung zur Wohnsituation bei Haushalten von Deutschen und Ausländern nun teilweise schließen. Es bietet einen Überblick über Größe, Ausstattung und Qualität der genutzten Wohnungen und vor allem auch Informationen über die Bewertung der Wohnsituation. Außerdem werden die Wohnmobilität und deren Bestimmungsgründe erfragt.

6.1 Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung

Der Trend zur größeren Wohnung hatte in den siebziger Jahren dazu geführt, daß die Zahl der Haushalte, die eine Wohnfläche von mehr als 80 Quadratmeter bewohnten, von 34 % (1972) auf 43 % (1978) gestiegen ist. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus von 1982 waren in diesem Jahr 46 % aller Wohneinheiten größer als 80 Quadratmeter (vgl. Teil I, Kap. 5.2.1). 1985 war gemäß den Daten im Sozio-ökonomischen Panel der Anteil der Haushalte mit entsprechenden großen Wohnungen mit 45 % etwa ähnlich hoch. Die Flächenversorgung hat sich jedoch im Durchschnitt weiter verbessert. Als Folge des wachsenden Anteils von Einpersonenhaushalten – dieser betrug 1985 etwa 33 % gegenüber 25 % im Jahr 1970 – und abnehmender Kinderzahl, ist die durchschnittliche Wohnungsbelegung weiter gesunken, und zwar von knapp 3 Personen im Jahr 1970 (vgl. Teil I, Kap. 5.3) auf rund 2,5 Personen im Jahr 1985. Zum anderen hat sich der Anteil der Wohnungen von 80 bis 120 Quadratmeter, nicht zuletzt wegen der Änderung gesetzlicher Vorschriften im öffentlich geförderten Wohnungsbau, deutlich auf rund 35 % erhöht, nach 30 % im Jahr 1978 und 25 % im Jahr 1972. Der Anteil der Haushalte mit Wohnungen von mehr als 120 Quadratmeter Wohnfläche hat sich seit Anfang der siebziger Jahre von rund 10 % auf mehr als 15 % im Jahr 1985 erhöht. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Eigentumswohnungen (vgl. Teil I, Kap. 5.2.1).

Deutsche Mieterhaushalte verfügten 1985 über 39 Quadratmeter Wohnraum pro Person (vgl. Tab. 1). Ausländische Mieter hatten mit 21 Quadratmeter erheblich weniger Wohnraum zur Verfügung. Bei den deutschen Eigentümerhaushalten war die Wohnfläche mit 42 Quadratmeter pro Person deutlich größer als bei den Mieterhaushalten; dieser Unterschied war bei den ausländischen Haushalten noch größer. Bei deutschen und

¹ Daten des Mikrozensus 1985, mit denen die Paneldaten zur Wohnsituation hätten verglichen und eventuell ergänzt werden können, standen für diesen Bericht noch nicht zur Verfügung.

Tab. 1: Wohnungsgröße und deren Beurteilung

	Deutsche Haushalte				Haushalte von Ausländern			
	Wohn- fläche ² m²/Pers.	Beurteilung ¹			Wohn- fläche m²/Pers.	Beurteilung ¹		
		viel zu klein	etwas zu klein	zu groß		viel zu klein	etwas zu klein	zu groß
		%	%	%		%	%	%
Mieter								
Haushaltsgröße								
1 Person	55	2	12	10	36	8	12	4
2 Personen	36	2	12	6	28	6	16	3
3 Personen	27	3	19	4	22	6	21	4
4 Personen	23	6	25	3	17	10	29	1
5 u. m. Personen	20	16	26	6	15	9	27	2
Insgesamt	39	3	16	7	21	8	23	2
Einkommensniveau³								
1. Quintil (niedrig)	45	4	13	8	26	10	21	3
2. Quintil	42	3	12	8	22	6	25	3
3. Quintil	38	3	18	8	19	10	24	2
4. Quintil	34	3	19	6	22	6	26	2
5. Quintil (hoch)	35	5	18	7	18	8	23	2
Insgesamt	39	3	16	7	21	8	23	2
Eigentümer								
Haushaltsgröße								
1 Person	80	—	3	20	32	—	—	—
2 Personen	49	—	3	15	60	—	—	—
3 Personen	37	—	8	9	31	—	11	6
4 Personen	30	1	12	8	22	—	8	—
5 u. m. Personen	26	3	14	4	20	—	28	—
Insgesamt	42	1	8	11	27	—	13	1
Einkommensniveau³								
1. Quintil (niedrig)	49	1	8	12	35	—	8	—
2. Quintil	43	—	8	12	30	—	9	—
3. Quintil	39	1	9	11	20	—	21	7
4. Quintil	39	1	7	10	24	—	17	—
5. Quintil (hoch)	41	2	7	12	29	—	7	—
Insgesamt	42	1	8	11	27	—	13	1

1 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand. Skala mit fünf Vorgaben: „viel zu klein“, „etwas zu klein“, „gerade richtig“, „etwas zu groß“, „viel zu groß“; „zu groß“ steht für: „viel zu groß“, „etwas zu groß“.

2 Quadratmeter pro Person.

3 Haushaltsnettoeinkommen nach Angaben des Haushaltsvorstandes. Jedes Quintil umfaßt 20% der nach ihrer Einkommenshöhe geordneten Haushaltsgruppen.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

ausländischen Haushalten sind es jeweils die Einpersonenhaushalte, die weit über diesem Durchschnitt liegen. In dieser Gruppe wird bei deutschen Eigentümern und Mietern bemerkenswert häufig über zu große Wohnungen geklagt; dabei handelt es sich überwiegend um verwitwete Rentner, die nach dem Tod des Ehepartners die Wohnung beibehielten. Stärker als bei den deutschen Haushalten ist bei den ausländischen Mieter- und Eigentümerhaushalten der latente Wunsch nach einer größeren Wohnung vorhanden. Die ausländischen Mehrpersonenhaushalte (3 Personen und mehr) äußern häufiger, daß die Wohnfläche für den Haushalt zu klein sei. Die Unterteilung nach Einkommensgruppen zeigt, daß knapp ein Viertel der besser verdienenden deutschen Mieterhaushalte mit der Wohnungsgröße unzufrieden ist; die Wohnung ist für den Haushalt „etwas zu klein“ bzw. sogar „viel zu klein“. Von der weit überwiegenden Zahl aller Haushalte wird die Wohnungsgröße jedoch als „gerade richtig“ eingestuft.

Die Qualität der Wohnungen hat – gemessen an der Ausstattung mit Küche, Inntoilette, Dusche/Bad und Sammelheizung (Zentral-, Etagen-, Fernheizung) – ein hohes Niveau erreicht.

Rund 95 % der Haushalte im Sozio-ökonomischen Panel erklärten 1985, daß sie über derartige Einrichtungen verfügen, Sammelheizung war in drei Viertel der Wohnungen vorhanden. Knapp 40 % der Haushalte wohnten 1985 in Gebäuden, die vor 1949 gebaut wurden – ausländische Mieter zu weit über der Hälfte, deutsche Mieterhaushalte zu einem Drittel. Diese Gebäude sind nach dem Urteil der Mieter überwiegend renovierungsbedürftig; dieser Meinung waren rund 60 % der deutschen Mieterhaushalte und rund 70 % der ausländischen Mieter. Die Wohngebäude der Eigentümer sind dagegen nur zu knapp einem Drittel renovierungsbedürftig. Auch hier besteht ein Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Haushalten, bei den Ausländern ist der Anteil der renovierungsbedürftigen Gebäude höher. Ein Grund dafür ist, daß Ausländer dazu übergehen, Eigentum in ihren teilweise sanierungsbedürftigen Wohngebieten in den Großstädten zu erwerben.

6.2 Wohnkosten

Die Wohnkosten, also die Miete bzw. die finanzielle Belastung durch Tilgung und Zinsen bei den Eigentümern (jeweils inkl. Ausgaben für Wasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung usw.), haben einen wesentlichen Anteil am Budget der Haushalte. Die Belastung hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht, denn die Wohnkosten sind im Vergleich mit anderen Kosten, dem Lebenshaltungsindex zufolge, überproportional gestiegen.

Die Belastung der Haushalte mit Wohnkosten wird hier als Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen gemessen. Aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe errechnet sich für 1983 eine Wohnkostenbelastung von 16 % für die deutschen Mieterhaushalte und von rund 17 % für die Haushalte der Eigentümer². Die

2 Vgl. Bartholmai, B.: Zur Entwicklung der Mietbelastung privater Haushalte, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 4/1986.

Tab. 2: Wohnkosten und deren Beurteilung

Einkommensniveau ²	Wohnkosten		Beurteilung ¹		
	Anteil am Einkommen	sehr günstig	günstig	ange- messen	zu hoch
Mieter		Deutsche Haushalte			
1. Quintil (niedrig)	34	12	25	42	21
2. Quintil	23	12	28	43	17
3. Quintil	20	13	26	42	19
4. Quintil	18	10	29	42	19
5. Quintil (hoch)	13	13	24	45	18
Insgesamt	19	12	26	43	19
Nachrichtl. (EVS 83)	16				
		Haushalte von Ausländern			
1. Quintil (niedrig)	24	3	18	40	39
2. Quintil	18	7	22	41	30
3. Quintil	16	4	20	49	27
4. Quintil	14	4	21	43	32
5. Quintil (hoch)	11	5	21	47	27
Insgesamt	15	5	20	44	31
Eigentümer		Deutsche Haushalte			
1. Quintil (niedrig)	38	28	36	29	7
2. Quintil	25	29	32	31	8
3. Quintil	27	22	32	34	12
4. Quintil	24	23	29	37	11
5. Quintil (hoch)	22	19	27	40	14
Insgesamt	27	24	31	34	11
Nachrichtl. (EVS 83)	17				
		Haushalte von Ausländern			
1. Quintil (niedrig)	45	8	33	34	25
2. Quintil	32	—	55	45	—
3. Quintil	38	—	21	36	43
4. Quintil	37	7	14	65	14
5. Quintil (hoch)	21	23	38	24	15
Insgesamt	32	8	31	41	20

1 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand. Skala mit fünf Vorgaben: „sehr günstig“, „günstig“, „angemessen“, „etwas hoch“, „viel zu hoch“; „zu hoch“ steht für: „etwas zu hoch“, „viel zu hoch“.

2 Haushaltsnettoeinkommen nach Angaben des Haushaltsvorstands. Jedes Quintil umfaßt 20% der nach ihrer Einkommenshöhe geordneten Haushaltsgruppen.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

Wohnkostenbelastungen der Haushalte im Sozio-ökonomischen Panel sind mit 19 % für die deutschen Mieterhaushalte und mit 27 % für die Eigentümerhaushalte im Jahre 1985 merklich höher (vgl. Tab. 2). Dies erklärt sich nicht allein mit dem unterschiedlichen Entwicklungstempo von Wohnkosten und Haushaltsnettoeinkommen, sondern ist auch einer systematischen Unterschätzung des Haushaltseinkommens in Befragungen zuzuschreiben³.

Die durchschnittliche Belastung der Haushalte mit Wohnkosten ist bei den unteren Einkommensgruppen – überwiegend Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger – am höchsten. Ein Fünftel der Mieterhaushalte muß mindestens ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens für das Wohnen (ohne Heizkosten) ausgeben. Das Wohngeld, welches bei einigen Haushalten die Miete teilweise erheblich vermindert, ändert insgesamt nur wenig an dieser Relation. Die Unterschiede der Belastungen in der niedrigsten Einkommensschicht sind beträchtlich, die Mietbelastungen betragen teilweise über 50 %.

Erstmals ist auch für die Ausländerhaushalte die Wohnkostenbelastung nachweisbar, sie ist bei den Mieterhaushalten geringer als bei den deutschen. Ausländer leben überwiegend in kleineren Wohnungen mit mäßigem Komfort und in schlechter Lage (sanierungsbedürftiger Altbau). Sie zahlen dort niedrigere Mieten. Die Haushaltseinkommen sind dagegen wegen der größeren Zahl der Einkommensbezieher im Durchschnitt höher als in deutschen Haushalten. Bei den Ausländerhaushalten zeigt sich eine vergleichsweise geringe Mietbelastung in allen Einkommensschichten. Auffällig ist dagegen die starke Wohnkostenbelastung der Haushalte von Ausländern mit Wohnungseigentum von 32 %; insbesondere in den unteren Einkommensschichten ist der Unterschied zu den deutschen Eigentümerhaushalten beträchtlich. Für den Vorteil, im eigenen Haus zu wohnen, sind viele Haushalte offenbar bereit, im Vergleich mit den Mieterhaushalten, deutlich höhere Wohnkosten zu tragen.

Die subjektive Wahrnehmung der Wohnkosten (Mietbelastung bzw. finanzielle Belastung bei Wohnungseigentümern) zeigt, daß die Eigentümer ihre Belastung beim Vergleich mit einer ihrer Wohnung entsprechenden Mietwohnung überwiegend als günstig bezeichnen (vgl. Tab. 2). Die Mieter stufen die Wohnkostenbelastung nur zu etwa einem Drittel als günstig bzw. sehr günstig ein. Der Anteil der Haushalte, der mit den Wohnkosten mehr oder weniger unzufrieden ist, liegt bei den deutschen Mietern mit rund einem Fünftel wesentlich höher als bei den Eigentümern (ein Zehntel). Die Unzufriedenheit ist in den Haushalten von Ausländern merklich höher.

6.3 Wohnzufriedenheit

Unzufriedenheit mit der Wohnsituation wird – im Vergleich mit anderen Bereichen wie Einkommen, Arbeit, Gesundheit – selten, nämlich nur von rund 5 % der Haushalte im

³ Das Nettoeinkommen wird von den Haushaltsvorständen meist zu niedrig angegeben und entspricht eher dem laufenden Haushaltseinkommen. Analysen im Sozio-ökonomischen Panel, wo die Einkommen von zum Haushalt gehörenden Personen auch einzeln erfaßt werden, haben gezeigt, daß nicht nur die Sonderzahlungen, sondern oft auch die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder nicht zum Haushaltseinkommen dazugerechnet werden.

Sozio-ökonomischen Panel geäußert (vgl. Tab. 3). Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist mit der Wohnsituation eher zufrieden – Eigentümer in noch höherem Maße als Mieterhaushalte. Bei den Eigentümern besteht hinsichtlich der Wohnzufriedenheit zwischen Deutschen und Ausländern kaum ein Unterschied. Dagegen ist die Zufrieden-

Tab. 3: Zufriedenheit mit der Wohnung

	Deutsche ¹		Ausländer ¹	
	eher zufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden
	in %			
Mieter				
Einkommensniveau²				
1. u. 2. Quintil (niedrig)	56	6	39	14
3. Quintil	60	4	43	12
4. u. 5. Quintil (hoch)	60	4	47	12
Insgesamt	58	5	43	13
Alter des Haushalts³				
34 Jahre und jünger	51	5	42	14
35 bis 64 Jahre	64	4	49	9
65 Jahre und älter	73	2	—	—
Insgesamt	58	5	43	13
Ausgewählte Gruppen				
Arbeitslose	49	13	41	21
Nichterwerbstätige	66	4	45	9
Eigentümer				
Einkommensniveau²				
1. u. 2. Quintil (niedrig)	77	—	77	—
3. Quintil	82	1	54	—
4. u. 5. Quintil (hoch)	87	—	85	—
Insgesamt	82	—	75	0
Alter des Haushalts³				
34 Jahre und jünger	79	1	75	—
35 bis 64 Jahre	82	—	85	—
65 Jahre und älter	87	—	—	—
Insgesamt	82	—	75	0

1 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand. Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher zufrieden“ = 6 bis 10; „eher unzufrieden“ = 0 bis 4.

2 Haushaltsnettoeinkommen nach Angaben des Haushaltsvorstands. Jedes Quintil umfaßt 20% der nach ihrer Einkommenshöhe geordneten Haushaltgruppen.

3 Durchschnittsalter der Haushaltsmitglieder ohne Kinder unter 18 Jahren.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 1 (1984).

heit von deutschen und ausländischen Mieterhaushalten deutlich verschieden: Mehr als 10 % der Haushalte von Ausländern, aber nur knapp 5 % der Deutschen sind mit der Wohnung unzufrieden. In beiden Gruppen handelt es sich hauptsächlich um junge Haushalte sowie Haushalte von Arbeitslosen. Diese Haushalte verfügen in der Regel nur über ein geringes Einkommen, zählen also bei der Wohnungsversorgung zu den Problemgruppen.

Der Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Wohnzufriedenheit ist eng. In den unteren Einkommensgruppen zeigt sich die hier eigentlich zu erwartende größere Unzufriedenheit mit der Wohnsituation deshalb weniger deutlich, weil die Rentnerhaushalte, die in der Mehrzahl ebenfalls nur ein geringes Einkommen haben, mit ihrer Wohnung überwiegend zufrieden sind. Diese Zufriedenheit erklärt sich jedoch, darauf deuten die objektiven Wohnbedingungen der Rentnerhaushalte hin, eher aus einer geringeren Anspruchshaltung dieser Bevölkerungsgruppe im Vergleich mit jungen Haushalten.

6.4 Wohnmobilität

In der ersten Panelwelle (1984) hatten 6 % der Haushalte und 2 % der Haushaltsmitglieder geäußert, daß sie in den kommenden 12 Monaten umziehen würden. Tatsächlich sind rund 7 % der Haushalte umgezogen; dabei handelt es sich zu etwa der Hälfte um die Haushalte, welche zuvor die Absicht zum Umzug erklärt hatten. Unter den Haushalten, die ihre Wohnung kurzfristig gewechselt haben, sind überwiegend junge Einpersonenhaushalte zu finden.

Unzufriedenheit mit der Wohnung ist nicht der wichtigste Grund für einen Wohnungswechsel. Die Wohnungswechsler im Sozio-ökonomischen Panel, die im Zeitraum von einem Jahr (Frühjahr 1984 bis Frühjahr 1985) umgezogen waren, haben sich zu 59 % hinsichtlich der Wohnungsausstattung verbessert (vgl. Tab. 4). In ähnlicher Größenordnung hat sich bei den Wohnungswechslern die Wohnungsgröße verbessert. Bei einem Fünftel war sie etwa gleich geblieben. Wohnungsausstattung und -größe sind wichtige Bestimmungsgründe der Miete. Daher ist es nicht überraschend, wenn sich die Wohnkosten nach dem Umzug erhöht haben. Dieses war bei knapp der Hälfte der Haushalte der Fall. Bei 28 % der Haushalte, die im Zeitraum zwischen der ersten und zweiten Befragung umgezogen waren, hatte sich die finanzielle Belastung allerdings verringert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Haushalte, die in eine kleinere Wohnung umzogen. Auch für diese Haushalte hat sich die Wohnungsgröße „verbessert“, sie war zwar kleiner, aber nun offensichtlich den Bedürfnissen des Haushalts angemessener.

Allein die Höhe der Mietbelastung (Anteil der Miete am Haushaltsnettoeinkommen) und/oder die Unzufriedenheit darüber ist offenbar ebenfalls kein wichtiger Grund, die Wohnung zu wechseln. Wie die Äußerungen der Wohnungswechsler zeigen, veranlaßten den Umzug im wesentlichen äußere Zwänge, die sich neben einer Kündigung durch den Vermieter hauptsächlich aus gravierenden Änderungen der familiären oder beruflichen

Tab. 4: Beurteilung der neuen Wohnung durch Wohnungswechsler

Einkommensniveau ¹	Beurteilung ² der neuen Wohnung im Vergleich zur alten hinsichtlich . . .						
	Kosten	Größe	Aus- stattung	Gegend/ Lage	Umwelt	Verkehrs- verbindg.	Nachbar- schafts- kontakte
	in %						
Es haben sich . . .							
verbessert	28	61	59	51	42	29	24
darunter:							
1. Quintil (niedrig)	8	13	10	12	10	9	7
5. Quintil (hoch)	4	9	9	8	7	3	4
nicht verändert	24	18	31	36	41	51	62
darunter:							
1. Quintil (niedrig)	6	7	14	11	11	13	16
5. Quintil (hoch)	3	2	3	4	4	6	6
verschlechtert	48	21	10	13	17	20	14
darunter:							
1. Quintil (niedrig)	14	9	5	5	6	5	4
2. Quintil (hoch)	6	2	—	1	2	4	1

1 Haushaltsnettoeinkommen nach Angaben des Haushaltsvorstands. Jedes Quintil umfaßt 20 % der nach ihrer Einkommenshöhe geordneten Haushaltsgruppen.

2 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

Situation ergaben (vgl. Tab. 5). Der Anteil der zwangsweisen Räumung der bisherigen Wohnung durch Kündigung seitens des Vermieters bzw. durch Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen ist mit knapp 10 % beträchtlich. Von diesen Kündigungen waren hauptsächlich die einkommensschwachen Haushalte betroffen.

Familiäre Gründe – wie eine Scheidung, der Wegzug von Kindern, aber auch Heirat oder die Geburt von Kindern – sowie berufliche Gründe veranlaßten reichlich 40 % der Haushalte, die Wohnung zu wechseln. Etwa gleich hoch war der Anteil der Haushalte, die eine Verbesserung der Wohnsituation anstrebten. Die Motive waren hier im einzelnen: der Erwerb eines Eigenheims, die Wohnungsgröße, -lage und -ausstattung sowie die günstigere Miete. Der Wunsch nach einem Eigenheim – und damit in der Regel auch nach einer größeren Wohnung – ist nach wie vor hoch. Allerdings können sich diesen Wunsch überwiegend nur die besser verdienenden Haushalte erfüllen; in der Regel

Tab. 5: Gründe für Wohnungswechsel¹

	Fami- liäre Gründe	Beruf- liche Gründe	Kündi- gung d. Ver- mieter	Woh- nungs- größe	Erwerb Eigen- heim	Andere Gründe ²	Son- stige Gründe
in %							
Deutsche Haushalte							
Haushaltsgröße							
1 bis 2 Personen	43	12	5	14	6	11	9
3 und mehr Personen	9	13	8	28	20	16	6
Alter des Haushalts ³							
34 Jahre und jünger	35	15	4	20	9	11	6
35 bis 64 Jahre	20	7	12	18	16	17	10
Haushalte von Ausländern							
Haushaltsgröße							
1 bis 2 Personen	32	19	14	5	–	16	14
3 und mehr Personen	7	16	19	35	3	16	4
Alter des Haushalts ³							
34 Jahre und jünger	32	24	6	20	–	12	6
35 bis 64 Jahre	2	11	25	29	4	20	9

1 Beurteilung durch Wohnungswechsler (Haushaltsvorstand), die ihre Wohnung im Zeitraum von Frühjahr 1984 bis Frühjahr 1985 gewechselt haben.

2 Andere Gründe im Zusammenhang mit der Wohnung (z.B. die Raumaufteilung).

3 Alter des Haushaltsvorstands.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

handelt es sich dabei um Ehepaare mit Kindern. Diese Haushalte sind offenbar auch eher geneigt, die relativ hohen Wohnkosten über viele Jahre zu tragen. Die Wohnmobilität ist bei der unteren Einkommensgruppe am höchsten. Dabei spielen an erster Stelle familiäre Gründe eine Rolle; von Bedeutung sind auch die Wohn- und Berufssituation.

(Christian Harz / Herbert Lahmann)

7 Einkommen und Einkommenszufriedenheit

7.1 Einkommensverteilung: Fragestellungen und Meßverfahren

Nach einem jahrzehntelangen Wachstum des Volkseinkommens hat in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre eine Stagnationsphase begonnen, deren Ende noch nicht absehbar ist. Einer weit verbreiteten Auffassung zufolge hat das früher vorhandene Einkommenswachstum die Verteilungskonflikte um das Volkseinkommen gemildert. Demnach müßten bei einer Stagnation des Volkseinkommens die Verteilungskonflikte zunehmen. Ob die Bevölkerung auf die geringeren bzw. fehlenden Wachstumsraten des Einkommens mit Unzufriedenheit reagiert, ist eine Fragestellung dieses Beitrags. Darüber hinaus wird die Frage untersucht, welche Lebensbereiche mit der Einkommensungleichheit zusammenhängen, d. h. inwieweit ungleiche Haushaltseinkommen mit Disparitäten in den objektiven Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden verbunden sind.

Als Voraussetzung für solche Analysen ist zu klären, nach welchem Einkommenskonzept die Haushalte geschichtet werden sollen. Es ist leicht einzusehen, daß das gesamte Haushaltsnettoeinkommen kein guter Maßstab für das „Einkommensniveau“ bzw. die „Bedarfsdeckungsmöglichkeiten“ eines Haushaltes ist. Denn sonst wären z. B. ein Einpersonenhaushalt und ein Fünfpersonenhaushalt beim gleichen Einkommen als gleich wohlhabend einzustufen. Der Fünfpersonenhaushalt benötigt aber weit mehr Einkommen, um seinen größeren Ausgabenbedarf zu decken. Betrachtet man das Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied, dann tritt das entgegengesetzte Problem auf. Der Fünfpersonenhaushalt benötigt nicht das Fünffache an Einkommen, um die gleichen Bedarfsdeckungsmöglichkeiten zu erreichen wie der Einpersonenhaushalt. Dies beruht darauf, daß mehrere Personen gemeinsam relativ billiger wirtschaften können als bei getrennter Haushaltsführung.

Zur Lösung dieses Problems werden Gewichtungen der Personen eines Haushalts nach dem angenommenen Einkommensbedarf vorgenommen. Hierzu wird vom Einkommen der ersten Person eines Haushalts ausgegangen; sie hat einen Bedarf von 1. Ist eine zweite Person vorhanden, so benötigt diese zusätzlich das 0,7fache der ersten Person; für die dritte Person wird das 0,6fache benötigt, für die vierte Person und jede weitere das 0,5fache. Das gewichtete Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied, der Indikator für das Einkommensniveau, ergibt sich aus der Division des Haushaltseinkommens durch das von der Personenzahl abhängige Gewicht, beispielsweise beim Dreipersonenhaushalt durch 2,3 ($1 + 0,7 + 0,6 = 2,3$). Die Haushalte werden nach der Höhe ihres so errechneten Einkommensniveaus geordnet und in Gruppen von jeweils 20 % („Quintile“) zusammengefaßt.

7.2 Einkommensungleichheit und Ungleichheit der Lebensqualität

Das Haushaltseinkommen stellt neben den Beiträgen aus der eigenen Haushaltsproduktion und dem Angebot öffentlicher Güter die zentrale Ressource dar, um den Bedarf an Gütern und Diensten zu decken und insbesondere die materiellen Bedürfnisse der Individuen zu befriedigen. Vom Haushaltseinkommen hängt weitgehend der erreichbare Lebensstandard ab, welcher als Voraussetzung einer guten Lebensqualität betrachtet wird.

Tab. 1: Objektive und subjektive Wohlfahrtsmaße nach dem Einkommensniveau der Haushalte (Quintile) 1984

		Einkommensniveau (Quintile)					Alle ¹ Befragte
		1 unten	2	3	4	5 oben	
Geschirrspüler	%	13	23	20	34	42	27
Videorecorder	%	12	16	12	16	22	16
Pkw vorhanden	%	63	64	69	67	83	69
Telefon	%	84	92	90	93	97	91
Weniger als 1 Raum je Person	%	21	15	5	4	1	9
Wohnungs-/ Hauseigentum	%	51	44	47	46	46	47
Zufriedenheit mit Lebensstandard ²	Ø	6,0	6,9	7,3	7,9	8,2	7,2
Zufriedenheit mit Umweltschutz ²	Ø	3,8	3,7	3,9	3,9	3,7	3,8
Kein Mitglied in einem Verein	%	51	40	42	45	33	42
Keine engen Freunde	%	37	35	35	20	18	29
Einsam	%	23	17	13	17	17	18
Ängste und Sorgen	%	34	25	25	15	13	22
Zufriedenheit mit dem Leben ²	Ø	6,9	7,5	7,2	7,8	7,6	7,4

¹ Alle Befragte, die Einkommensangaben gemacht haben. Das Einkommen ist ein Gegenstand, zu dem die Bundesbürger nur sehr zurückhaltend Auskunft geben. 30 % der Befragten des Wohlfahrtssurveys 1984 haben keine Einkommensangaben gemacht. Das Risiko einer unvollkommenen Repräsentativität der Daten ist im Einkommensbereich besonders hoch.

² Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2 064).

Ein unterschiedliches Einkommensniveau wirkt sich bei der Haushaltsausstattung am stärksten bei jenen Gütern aus, die noch nicht sehr verbreitet sind. Beispiele sind die Geschirrspülmaschine und – weniger prägnant – der Videorecorder. Bei Gütern wie dem Auto und dem Telefon ist der relative Abstand zwischen den Einkommensschichten geringer. Aber auch bei einem existenznotwendigen Gut wie der Wohnung gibt es starke Variationen mit dem Einkommensniveau. Eine Wohndichte von mehr als einem Raum je Person (ohne Küche) ist 1984 bei jedem fünften Haushalt im niedrigsten Einkommensbereich vorhanden, während so gut wie alle Haushalte im obersten Einkommensbereich diesen Wohnstandard erreichen. Was jedoch das Haus- und Wohneigentum betrifft, so streut es über alle Einkommensbereiche ziemlich gleichmäßig. Vererbung und Selbsthilfe beim Hausbau tragen offensichtlich dazu bei, daß so teure Güter wie Häuser und Wohnungen relativ gleichmäßig auf allen Einkommensniveaus vorhanden sind. Die Differenzierung zwischen den Einkommensschichten wird bei der Größe und der Ausstattung der Wohnungen und Häuser festzustellen sein. Die alles in allem bessere Ausstattung der höheren Einkommensschichten drückt sich in einer höheren Zufriedenheit mit dem Lebensstandard aus: von 6,0 bis 8,2 reichen die Werte (vgl. Tab. 1).

Nur geringe Unterschiede gibt es hingegen bei der Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz: Sie ist in allen Einkommensschichten nahezu gleichmäßig hoch. Ein hohes Einkommen stellt kein allgemein brauchbares Mittel dar, um sich den Auswirkungen der Umweltprobleme individuell zu entziehen.

Auch außerhalb käuflicher Marktprodukte kann ein hohes Einkommen von Vorteil sein und mehr Lebenschancen eröffnen. Dabei können zusätzliche Faktoren, die mit dem Einkommen verbunden sind, z. B. unterschiedliche Bildung, verstärkend wirken. So lassen sich große Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Vereinen und im Vorhandensein von Freunden zwischen den Einkommensniveaus feststellen. Ein Zusammenhang zwischen dem Einkommensniveau und den Indikatoren subjektiven Wohlbefindens ist in vielen Fällen vorhanden. Insbesondere zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensquintil gibt es markante Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit, bei der Einsamkeit und vor allem bei den Ängsten und Sorgen. Ein hohes Haushaltseinkommen führt nicht unbedingt zu einem hohen positiven Wohlbefinden, es reduziert aber Ängste und Sorgen nachdrücklich.

7.3 Die Einkommenszufriedenheit nach Einkommensniveau und Haushaltsgröße

Die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen stellt eine direkte Bewertung des Haushaltseinkommens dar. Aufgrund unterschiedlicher Bewertungsmaßstäbe, unterschiedlicher Bezugsgruppen und anderer vermittelnder Faktoren ist theoretisch nicht zu erwarten, daß es einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem Einkommensniveau und der Einkommenszufriedenheit gibt. Wie Tab. 2 zeigt, ist die Richtung des statistischen Zusammenhangs aber eindeutig: Der Anteil der Unzufriedenheit steigt mit sinken-

dem Haushaltseinkommen, der Anteil der sehr Zufriedenen steigt mit zunehmendem Haushaltseinkommen. Eine Mehrheit der Bevölkerung tendiert zu einer eher mittleren Zufriedenheit. Widersprüchliche Einkommenspositionen sind ebenfalls zu beobachten: Der Anteil „dissonanter“ Befragter, die sich im obersten Einkommensquintil als unzufrieden einstufen, liegt bei 7,5 %, der Anteil „resignierter“ Befragter im untersten Einkommensquintil, die ihr Haushaltseinkommen als sehr gut einstufen, liegt bei 3,5 %. Beides sind Randerscheinungen.

Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen
nach dem Einkommensniveau

Zufriedenheit mit dem Haushalts- einkommen ¹	Einkommensniveau (Quintile)					Zu- sammen
	1	2	3	4	5	
	unten				oben	
	in %					
Sehr hoch (10)	3,5	9,3	11,4	18,1	23,2	16,8
Mittel (5–9)	59,9	70,3	77,2	74,5	69,3	70,1
Sehr niedrig (0–4)	36,6	20,4	11,4	7,3	7,5	13,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

¹ Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2 064).

Auch aus den Durchschnittszahlen für die Einkommenszufriedenheit (Tab. 3) geht die Stärke der Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Einkommensniveaus hervor. 1984 hat die unterste Einkommensschicht eine Einkommenszufriedenheit von 5,1, die oberste Einkommensschicht von 7,8. Die Einkommenszufriedenheit ist im Zeitablauf gesunken; sie liegt 1984 niedriger als 1978 und 1980. Im Vergleich von 1984 mit 1980 und 1978 hat vor allem die unterste Einkommensschicht einen Zufriedenheitsverlust erfahren. Vor allem dies hat dazu beigetragen, daß die Einkommenszufriedenheit insgesamt geringer geworden ist. Aber auch bei der höchsten Einkommensschicht ist die Einkommenszufriedenheit, wenn auch geringfügiger, zurückgegangen. Die Einkommensstagnation am Beginn der achtziger Jahre äußert sich also in einem Rückgang der Einkommenszufriedenheit, der vor allem auf einem Sinken der Einkommenszufriedenheit bei der untersten Einkommensschicht beruht.

Der Vergleich der Einkommenszufriedenheit in verschiedenen Haushaltsgrößen zeigt, daß mit Ausnahme der Einpersonenhaushalte alle Haushalte ungefähr die gleiche

Tab. 3: Die Einkommenszufriedenheit nach dem Einkommensniveau der Haushalte im Zeitablauf

Einkommensniveau (Quintile)	Zufriedenheit ¹		
	1978	1980	1984
Unten 1	6,0	5,8	5,1
2	6,8	6,4	6,5
3	7,4	7,2	6,8
4	7,6	7,4	7,5
Oben 5	8,1	8,2	7,8
Zusammen ²	7,2	7,0	6,7

1 Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

2 Nur Befragte, die Einkommensangaben gemacht haben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978 (N = 2 012), 1980 (N = 2 427), 1984 (N = 2 064).

durchschnittliche Einkommenszufriedenheit erreichen (Tab. 4). Bei den Einpersonenhaushalten liegt nicht nur die durchschnittliche Einkommenszufriedenheit am niedrigsten, es bestehen auch besonders große Zufriedenheitsunterschiede. Die Alleinlebenden stellen einen Sonderfall dar, weil bei ihnen Erzielung und Verausgabung des Haushaltseinkommens in einer Hand liegen und deshalb ein enger Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit und dem tatsächlichen Haushaltseinkommen zu erwarten ist.

Tab. 4: Die Einkommenszufriedenheit¹ nach der Haushaltsgröße und dem Einkommensniveau 1984

Einkommensniveau (Quintile)	Haushaltsgröße				
	1	2	3	4	5 und mehr
Unten 1	3,9	5,0	4,3	5,8	5,8
2	5,9	6,1	6,1	7,0	7,2
3	6,9	6,4	6,8	7,5	7,8
4	6,6	7,3	7,9	7,9	7,9
Oben 5	7,3	7,9	7,9	7,7	8,6
Zusammen	6,1	6,9	6,7	7,0	6,8

1 Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2 064).

7.4 Die Wahrnehmung der eigenen Einkommensposition

Soziale Vergleiche sind wichtige Bestimmungsfaktoren der Einkommenszufriedenheit. Insbesondere die Wahrnehmung des eigenen Haushaltseinkommens im Vergleich zum Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers ist ein starker Einflußfaktor. Je tiefer das eigene Haushaltseinkommen unter dem Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers eingestuft wird, desto höher ist die Einkommensunzufriedenheit. Umgekehrt steigt die Einkommenszufriedenheit, je höher das eigene Haushaltseinkommen über dem eines durchschnittlichen Bundesbürgers eingestuft wird. Verglichen mit den Zufriedenheitsunterschieden zwischen hohen und niedrigen Einkommensschichten sind die Zufriedenheitsunterschiede zwischen verschiedenen wahrgenommenen Einkommenspositionen weit stärker. Über die Haushaltseinkommen anderer Haushalte bestehen bei den Bundesbürgern normalerweise nur Vermutungen und Annahmen. Tab. 5 zeigt, wie die Befragten ihr Haushaltseinkommen im Vergleich zum Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers einstufen.

70 % der Bundesbürger stufen 1980 ihr eigenes Haushaltseinkommen ebenso hoch wie und höher als das Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers ein.

Tab. 5: Die Einstufung des eigenen Haushaltseinkommens im Vergleich zum Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers 1980

Eigenes Einkommen im Vergleich zum Bundesbürger ¹	Einkommensniveau (Quintile)					Alle Befragte
	1	2	3	4	5	
	unten				oben	
	in %					
Weit höher	1,4	5,5	8,4	11,7	26,1	10,6
Etwas höher	13,6	32,2	35,5	40,8	51,3	34,6
Gleich	27,9	28,4	27,5	28,7	13,9	25,3
Etwas niedriger	28,6	24,9	23,8	15,1	8,1	20,2
Weit niedriger	28,5	9,0	4,8	3,7	0,7	9,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Anzahl	361	356	365	351	355	1 789

¹ Weit höher: drei und mehr Einheiten höher auf zehnstufiger Leiter; etwas höher: eine und zwei Einheiten höher; gleich: identische Einstufung auf zehnstufiger Leiter; etwas niedriger: eine und zwei Einheiten niedriger; weit niedriger: drei und mehr Einheiten niedriger.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980 (N = 2 427).

Dies muß keine Übertreibung der eigenen Einkommensposition darstellen, weil auch statistisch gesehen nur 30 % der Haushalte ein Einkommen unterhalb des häufigsten Wertes der Haushaltseinkommen haben. Der häufigste Wert liegt bei einer Einkommensverteilung immer viel tiefer als der arithmetische Mittelwert. Daß die Wahrnehmung der eigenen Einkommensposition der Tendenz nach realistisch ist, zeigt sich vor allem im untersten und obersten Einkommensquintil: unten stufen sich 57 % der Individuen unterhalb des durchschnittlichen Bundesbürgers ein, oben sind es 77 %, die sich oberhalb einstufen. Daneben ist freilich sowohl das Phänomen einer Überhöhung der eigenen Einkommensposition wie auch das Problem ihrer Unterschätzung zu beobachten.

Die Wahrnehmung der relativen Einkommensposition ist einer der wichtigsten Einflußfaktoren der Einkommensunzufriedenheit. Daneben sind weitere Faktoren wirksam, wie überproportionale Einkommensverbesserungen bzw. -verschlechterungen oder Änderungen der Erwartungsspanne, die zwischen dem Einkommen, das man für die Zukunft erwartet und dem Einkommen, über das man gegenwärtig verfügt, besteht. Es wirkt also ein Komplex von Einflußfaktoren zusammen, so daß sich kein eindeutiges Ergebnis für die mittelfristige Entwicklung der Einkommenszufriedenheit vorhersagen läßt. Keinesfalls ist es so, daß das Ausbleiben hoher Wachstumsraten unmittelbar in Unzufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation umschlägt.

(Wolfgang Glatzer)

8 Bildung und Arbeitsmarkt

8.1 Bildungschancen und Stellenwert der Bildung

In der Schule und in der Berufsausbildung werden neben der Wissensvermittlung soziale Chancen verteilt. Hier fallen bereits wesentliche Entscheidungen darüber, was einer im späteren Berufsleben erreichen kann. Die Verringerung der Chancenungleichheiten war das erklärte Ziel der Bildungsreform in den sechziger Jahren. Und mit dem Ausbau des Bildungssystems sollte die soziale Herkunft als Bedingung dafür, was einer werden kann, an Bedeutung verlieren.

Nicht, aus welcher Familie jemand kommt, sondern welche schulische und berufliche Ausbildung jemand absolviert hat, sollte zum Kriterium des beruflichen Erfolges werden. Und niemand sollte vorab von Bildungsangeboten und -chancen bewußt ausgeschlossen werden. Trotz kritischer Einwände gegen bestimmte Folgen der Bildungsexpansion ist der Erfolg unbestreitbar: Immer mehr Personen haben eine bessere Ausbildung absolviert, die Chancen, an einer beruflichen Ausbildung teilzuhaben, sind stark gewachsen.

Dies ist jedoch nur als ein Anfangserfolg zu betrachten, denn nur die jüngeren Altersgruppen hatten die Möglichkeit, daran teilzuhaben. Für die gesamte Bevölkerung gilt immer noch der enge Zusammenhang zwischen der Bildung der Eltern und ihrer Kinder. Die „Vererbung“ von Schulabschlüssen von der einen Generation auf die nächste ist in unserer Gesellschaft immer noch von Bedeutung (vgl. Teil I, Kap. 2.9).

8.2 Verteilung von Bildungsabschlüssen

Ein Blick auf den Zusammenhang zwischen sozialem Status der Bevölkerung und dem erreichten Bildungsniveau verdeutlicht die Wichtigkeit von Bildung für die Erreichung höherer Positionen. Je höher der soziale Status, um so höher ist auch das dafür erforderliche Ausbildungsniveau. Während für Arbeiterpositionen überwiegend der Besuch der Hauptschule und eine gewerbliche Lehre notwendig sind, ist bereits für einfache und mittlere Angestelltenpositionen mehr als der Hauptschulabschluß erforderlich. Die soziale Zuordnung erfolgt sicherlich nicht ausschließlich über die erworbenen Qualifikationen in der Schule und der beruflichen Erstausbildung. Trotzdem gilt, daß Bildung immer mehr zu einer notwendigen Voraussetzung für eine gute Position wird – gleichwohl reicht die Ausbildung allein dafür nicht mehr aus (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Bildungsabschlüsse in einzelnen Statusgruppen

Sozialer Status Ausbildungsniveau	Erwerbstätige						Nichterwerbstätige				
	Selbstständige	Beamte	Angestellte		Arbeiter		Rentner	Hausfrauen		Arbeitslose	
			gehob., höhere	einf., mittl.	qualifiziert	un-, angelernt	Arbeiter	Sonst.	bis 59 Jahre		60 Jahre u. älter
in %											
Volks-, Hauptschule ohne Lehre	17	5	1	5	4	47	46	17	37	67	24
mit gewerbl. Lehre	18	5	4	15	62	28	41	13	10	10	30
mit kaufmännischer Lehre	16	3	11	21	8	13	5	18	26	10	9
Berufsfachschulabschluß, Berufl. Praktikum	7	14	10	12	10	10	3	10	7	3	6
Mittlere Reife ohne Lehre	1	1	0	1	0	1	0	4	4	4	4
mit gewerbl. Lehre	2	2	4	3	5	2	2	2	0	2	7
mit kaufmännischer Lehre	8	4	27	27	5	0	1	14	11	1	3
Meister-, Technikerschule	19	11	14	8	5	0	2	8	1	3	4
Fachhochschulreife, Abitur ohne Ausbildung	0	4	0	1	0	0	0	0	2	0	0
mit Lehre	3	4	2	3	0	0	0	3	1	0	2
Fachhochschul-, Hochschulabschluß	11	50	27	4	0	0	0	11	2	1	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2 064).

8.3 Der Ertrag von Bildung

Der individuelle Nutzen einer Ausbildung liegt vor allem in der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Bildung ist damit zugleich ein wesentliches Merkmal dafür, zu welcher sozialen Schicht der einzelne gehört. Eine fehlende oder ungenügende Ausbildung kann deshalb zur entscheidenden Barriere werden, im Berufsleben erfolgreich zu sein: beispielsweise, indem die Arbeitsmarktchancen generell beeinträchtigt werden, der Zugang zu höheren beruflichen Positionen auf Dauer ausgeschlossen und intergenerationaler Aufstieg behindert wird (vgl. Tab. 2).

Die subjektiven Arbeitsmarktchancen, bei Verlust des Arbeitsplatzes leicht wieder eine gleichwertige Stelle zu finden, werden in hohem Maße durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt determiniert. Diese Chancen sind 1980 noch relativ hoch und variieren kaum über die verschiedenen Bildungsgruppen. Erst die Arbeitsmarktprobleme der achtziger Jahre wirken sich auf die individuellen Einschätzungen der eigenen Arbeitsmarktchancen deutlich aus. Im Zeitverlauf von 1980 bis 1984 scheint sich dabei vor allem die Situation für Arbeitnehmer, die keine oder eine kaufmännische Ausbildung haben, verschlechtert zu haben.

Die wahrgenommene Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht wird, auch vermittelt über die Berufstätigkeit, im wesentlichen bereits durch das Ausbildungsniveau bestimmt. Personen, die höchstens den Hauptschulabschluß und anschließend keine oder eine gewerbliche Lehre absolviert haben, ordnen sich mehrheitlich der Arbeiterschicht zu, während bereits eine kaufmännische Ausbildung die Zugehörigkeit zur Mittelschicht bestimmt.

Im Verlauf der Schul- und Berufsausbildung werden zugleich immer Statusansprüche erworben. Wer viel in seine Ausbildung investiert, erwartet im Arbeitsleben eine entsprechende Belohnung. Erwerbstätige mit einer qualifizierten Ausbildung nehmen entsprechend häufiger als andere Arbeitnehmer einen intergenerationalen Aufstieg wahr: Sie haben sich im Vergleich mit ihrem Vater verbessert. Arbeitnehmer, die mit ihrer Bildung zufrieden sind, äußern auch eine hohe Arbeitszufriedenheit. Wer eine gute berufliche Position erreicht hat, ist nicht nur mit seiner Arbeit, sondern auch mit seiner Bildung zufrieden, die Investition in die Ausbildung hat sich in diesem Sinne gelohnt.

Ob die eigene Ausbildung im konkreten Fall für den gegenwärtigen Arbeitsplatz angemessen oder ungenügend ist oder ob der Arbeitnehmer sogar überqualifiziert ist, wurde 1984 mit der Frage erfaßt, über welche Qualifikation ein möglicher Nachfolger verfügen müßte. Über- und Unterqualifikation treffen jeweils nur für jeden zehnten Arbeitnehmer zu: Nach den Angaben der Erwerbstätigen genügt bei 80 % die eigene Qualifikation. Ausbildungsadäquat konnten sich vor allem Arbeitnehmer mit einem Berufsfachschulabschluß oder mit einem (Fach-)Hochschulabschluß platzieren. Entgegen oft geäußerten Vermutungen mußten sich also nicht die besser Gebildeten mit Arbeitsplätzen geringerer Qualifikationsanforderungen begnügen, sondern Erwerbstätige mit mittlerem Bildungsniveau.

(Roland Habich)

Tab. 2: Aspekte des Ertrages von Bildung: Subjektive Arbeitsmarktchancen, Selbsteinstufung der Schichtzugehörigkeit und Bewertung der beruflichen Position

	Volks-, Hauptschule			Berufs- fach- schul- abschluß	Mittlere Reife			Meister-, Techn.- schule	Fach-, Hoch- schul- abschluß
	ohne Lehre	mit gewerbl. Lehre	mit kaufm. Lehre		ohne Lehre	mit gewerbl. Lehre	mit kaufm. Lehre		
	in %								
Arbeitsmarktchancen ¹									
Stelle finden wäre leicht									
1980	34	45	32	41			46	44	32
1984	10	25	20	35			21	25	24
Schichtzugehörigkeit ²									
Arbeiterschicht	59	50	28	21	20	23	7	16	2
Mittelschicht	34	43	62	61	64	51	74	65	55
Intergenerationaler Aufstieg									
Berufliche Stellung ist im Vergleich mit Vater ³									
niedriger	35	12	21	21			17	11	14
höher	32	48	40	47			37	59	52
Berufliche Qualifikation eines Nachfolgers ⁴									
gleiche Qualifikation	84	76		87			78	70	89
geringere Qualifikation	5	13		4			11	11	2
höhere Qualifikation	11	11		9			12	19	9

1 Erwerbstätige. 2 1984. 3 Erwerbstätige 1978. 4 Erwerbstätige 1984. — Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984 (N = 2 012; N = 2 427; N = 2 064).

9 Bildung und Lebensgestaltung

Schul- und Berufsausbildung haben eine große Bedeutung für die Menschen. Sie beeinflussen nicht nur das Arbeitsleben, sondern auch die Privatsphäre. Bildung begleitet junge Menschen viele Jahre während ihres Heranwachsens und prägt sie damit stark. Wegen der unterschiedlichen Schuldauer und der unterschiedlichen Stoffvermittlung wird z. B. ein Gymnasiast anders geprägt als ein Hauptschüler. Darüber hinaus kommen Unterschiede durch die Existenz von Zugangsvoraussetzungen für Schulen zustande. Wer z. B. das Gymnasium besuchen will, muß vorher gezeigt haben, daß er gut lernen kann.

Im folgenden soll analysiert werden, wie sich Personen mit verschiedenen Bildungsniveaus im privaten Leben und im Arbeitsleben unterscheiden. Zum privaten Leben werden die Zeitverwendung und die Einstellungen dargestellt. Dabei wirken sich aber nicht nur Bildung, sondern auch Geschlecht und vor allen Dingen Alter aus. Wenn bei Befragungen z. B. Akademiker relativ staatskritisch erscheinen, so liegt es auch daran, daß dieser Personenkreis im Durchschnitt jünger ist. Bedingt durch die Bildungsexpansion ab den sechziger Jahren, drängen vermehrt junge Leute in die Hochschulen und verringerten damit den Altersdurchschnitt der Akademiker (und erhöhten den der Nichtakademiker). Die Berechnungen in den Bereichen „Zeitverwendung“ und „Einstellungen“ wurden deshalb auf der Basis in allen Bildungskategorien gleicher, durchschnittlicher Alters- und Geschlechtsanteile vorgenommen. Unterschiede zwischen den Bildungskategorien können damit nicht auf den Einfluß von Alter oder Geschlecht zurückgeführt werden.

9.1 Bildung und Zeitverwendung

Tab. 1 zeigt für Werktage die durchschnittliche Dauer von Tätigkeiten, die im allgemeinen einen großen Zeitumfang eines Menschen beanspruchen. Bei der Interpretation ist zu beachten, daß Durchschnittswerte für die Gesamtbevölkerung berechnet wurden; d. h. auch für solche Personen, die der betreffenden Tätigkeit nicht nachgehen. So erklären sich z. B. die niedrigen Zeitangaben beim Beruf (hier inklusive Arbeitsweg und eventueller Nebenerwerbstätigkeiten).

Für Hausarbeit und Besorgungen wenden Personen mit höherer Bildung weniger Zeit auf. Dies kommt zum Teil dadurch, daß die Erwerbsbeteiligung und damit der Zeitaufwand für den Beruf in den einzelnen Bildungskategorien unterschiedlich ist. Wenn die Erwerbsbeteiligung geringer ist, gibt es mehr „Nur“-Hausfrauen/-männer, die nicht die Hausarbeit an einem kurzen Feierabend erledigen müssen. Aber auch bei etwa gleichen Zeitangaben für den Beruf nehmen sich Bessergebildete weniger Zeit für den Haushalt.

Tab. 1: Täglicher Zeitaufwand nach Bildungsgruppen 1985

Schul- und beruflicher Bildungsabschluß	Hausarbeit, Besorgungen	Beruf	Ausbildung, Lernen	Basteln, Gartenarb., Reparaturen	Fernsehen, Video	Hobbies, Sonstiges
Stunden pro Werktag (Mittelwerte):						
Hauptschule ¹						
ohne Lehre	3,09	5,03	0,03	1,04	2,48	1,38
mit Lehre	3,07	4,76	0,07	1,19	2,37	1,55
Sonstige ²	3,07	5,70	0,12	1,26	2,12	1,48
Realschule						
ohne Lehre	3,05	3,91	0,12	0,82	2,14	1,46
mit Lehre	2,77	5,66	0,13	0,94	2,16	1,74
Sonstige ²	2,74	5,80	0,17	1,04	1,97	1,68
Gymnasium ³						
mit Lehre	2,85	5,11	0,12	0,84	2,06	1,63
Sonstige ²	2,35	5,66	0,34	1,03	1,89	1,64
Hochschule ⁴	2,20	6,72	0,32	0,94	1,62	1,73

1 Einschließlich ohne Abschluß.

2 Berufsschule ohne Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Fachschule, Schule d. Gesundheitswesens, Beamtenausbildung, u. a.

3 Einschließlich Fachhochschulreife.

4 Einschließlich Fachhochschule und Ingenieurschule.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Personen mit höherer Schulbildung verwenden mehr Zeit für Ausbildung und Lernen als Personen ohne Berufsausbildung oder mit Lehre. Bei Fernsehen und Video sind die Verhältnisse genau umgekehrt. Mehr Bildung führt hier zu geringerem Zeitaufwand. Gegenüber anderen Schulbildungskategorien gehen Hauptschüler seltener bzw. mit weniger Zeit Hobbies und sonstigen Tätigkeiten nach, aber häufiger bzw. mit mehr Zeit Tätigkeiten wie Basteln, Garten- und Reparaturarbeiten. Innerhalb der Schulbildungskategorien sind bei letzterem geringe Zeitangaben bei Personen ohne Berufsausbildung oder mit Lehre zu beobachten.

Tab. 2 stellt verschiedene Freizeitaktivitäten für Personen dar, die diese Tätigkeiten mindestens einmal im Monat ausüben. Die Vermutung, daß besonders Hochgebildete kulturelle Veranstaltungen (Theater, Vorträge, Konzerte) besuchen, wird bestätigt. Innerhalb der Schulbildungskategorien ist der Anteil bei Personen ohne Berufsausbildung oder mit Lehre besonders gering. Aber auch bei anderen Freizeitaktivitäten zeigen Hochgebildete eine relativ hohe Aktivität: bei ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen,

Tab. 2: Bildung und Zeitverwendung für Freizeitaktivitäten 1985

Schul- und beruflicher Bildungsabschluß	Besuch von kulturellen Veranstalt.	Kino, Tanz-, Sportveranst.	Aktiver Sport	Gesellig- keit	Ehrenamt- liche Tätigkeiten	Mit- helfen	(Kommunal-) Politik
in %							
Hauptschule ¹							
ohne Lehre	5	11	15	68	8	33	3
mit Lehre	9	12	18	71	13	32	2
Sonstige ²	14	15	22	74	16	37	3
Realschule							
ohne Lehre	19	26	26	80	15	28	5
mit Lehre	19	17	36	79	16	30	3
Sonstige ²	24	17	36	81	18	33	6
Gymnasium ³							
mit Lehre	11	16	27	64	14	38	8
Sonstige ²	34	17	39	78	22	28	9
Hochschule ⁴	40	22	37	84	25	29	7

1 Einschließlich ohne Abschluß.

2 Berufsschule ohne Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Fachschule, Schule d. Gesundheitswesens, Beamtenausbildung, u. a.

3 Einschließlich Fachhochschulreife.

4 Einschließlich Fachhochschule und Ingenieurschule.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Verbänden und bei sozialen Diensten, bei Beteiligung in der Politik – Beteiligung in Bürgerinitiativen, Parteien, Kommunalpolitik – und bei aktivem Sport. Bei aktivem Sport ist die Teilnahme der Realschüler allerdings kaum geringer als die der Gymnasiasten und bei Besuch von Kino, Tanz- und Sportveranstaltungen sogar noch etwas höher. Bei Geselligkeit läßt sich eine etwas geringere Aktivität von Personen ohne Berufsausbildung oder mit Lehre beobachten. Beim Mithelfen („... wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist“) sind demgegenüber Unterschiede zwischen den Bildungskategorien eher uneinheitlich.

9.2 Bildung und Einstellungen

In Tab. 3 wird eine wichtige Dimension der Wertorientierung bei Personen mit unterschiedlicher Bildung ausgewiesen, die in soziologischen Studien öfter untersucht wird. Man versucht hier mit ausgewählten Indikatoren darzustellen, ob jemand eher der Ethik

der industriellen oder postindustriellen Gesellschaft zuzurechnen ist. Als „Materialist“ wird dabei jemand eingestuft, der bei den Politikzielen „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ und „Kampf gegen steigende Preise“ eine höhere Priorität wünscht als bei den Zielen „Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ und „Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung“. Für einen „Postmaterialisten“ gilt die umgekehrte Prioritätsordnung. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß Personen, deren materielle Bedürfnisse weitgehend befriedigt sind, weitergehende, „postmaterielle“ Bedürfnisse entwickeln. Die Ergebnisse in Tab. 3 bestätigen diese Vorstellung. Der Anteil der Materialisten nimmt mit zunehmender Bildung ab und umgekehrt der Anteil der Postmaterialisten zu. Höhere Bildung bedeutet aber auch höheres Einkommen und andere ökonomische Vorteile und damit eher eine Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und die Entwicklung von postmateriellen Bedürfnissen.

Tab. 3: Bildung und Einstellungen 1985

Schul- und beruflicher Bildungs- abschluß	Materia- listen	Post- materia- listen	Staats- einschüßung		allg.- wirt. Entw.	eig. wirt. Situat.	Große Sorgen um			Politik- interesse	
			zu stark	zu gering			Schutz der Umwelt	Erhalt. des Friedens	Sicherh. des eig. Arbeitspl.	(sehr) stark	überh. nicht
			in %								
<hr/>											
Hauptschule ¹											
ohne Lehre	47	6	13	42	32	27	37	43	18	18	29
mit Lehre	38	10	14	41	36	22	43	51	13	27	16
sonstige ²	37	11	19	37	33	20	47	49	7	32	15
Realschule											
ohne Lehre	28	17	13	46	40	26	46	52	12	25	15
mit Lehre	30	16	18	29	25	12	46	48	10	32	10
sonstige ²	28	15	20	26	32	12	55	50	7	47	5
Gymnasium ³											
mit Lehre	21	17	25	35	41	18	56	56	14	47	3
sonstige ²	22	25	27	19	27	6	60	54	3	60	7
Hochschule ⁴	12	38	32	23	22	12	62	54	10	60	3

1 Einschließlich ohne Abschluß.

2 Berufsschule ohne Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Fachschule, Schule d. Gesundheitswesens, Beamtenausbildung, u. a.

3 Einschließlich Fachhochschulreife.

4 Einschließlich Fachhochschule und Ingenieurschule.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Die Gruppen, die der freien Meinungsäußerung und dem Einfluß des Bürgers auf die Politik hohe Priorität einräumen, glauben häufiger, daß der Staat sich zu stark in das Leben der Bürger einmischt, und umgekehrt seltener, daß sich der Staat mehr um seine Bürger kümmern sollte.

Der Schutz der Umwelt und die Erhaltung des Friedens machen Personen mit höherer Schulbildung häufiger große Sorgen als anderen. Ein Zusammenhang von Bildungsniveau und Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist nicht eindeutig erkennbar. Die Beurteilung der individuellen Lage zeigt demgegenüber wieder einen deutlichen Zusammenhang mit Bildung. Mit Ausnahme der Akademiker haben Bessergebildete geringere Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation und um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes.

9.3 Bildung und Arbeitsleben

Tab. 4 verdeutlicht, daß Bessergebildete auch höher entlohnt werden. Akademiker verdienen im Durchschnitt etwa doppelt soviel wie Hauptschüler ohne Berufsausbildung. Sie arbeiten dafür allerdings auch etwas länger: im Durchschnitt 2,7 Stunden pro Woche oder – bei einer 5-Tage-Woche – 30 Minuten pro Tag mehr als Hauptschüler ohne Berufsausbildung. Die höheren Einkommen der Bessergebildeten sind auch Kompensation für Kosten und Einkommensverzicht während der Ausbildung. Bezogen auf das Lebenseinkommen sind die Entlohnungsunterschiede geringer, als sie nach dem Monatseinkommen erscheinen.

Neben einem höheren Einkommen führt mehr Bildung auch zu einer höheren Beschäftigungsstabilität. Die Häufigkeit von Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren liegt im durchschnittlich 2,3 Arbeitslosigkeitsperioden bei Hauptschülern ohne Berufsausbildung am höchsten und nimmt mit zunehmender Bildung wieder ab. Für die Dauer der Arbeitslosigkeit gilt das gleiche. Akademiker bilden hier allerdings jeweils eine Ausnahme. Wenn diese Angaben auch die gegenwärtige Arbeitsplatzsicherheit nicht widerspiegeln müssen, so zeigt doch ein Vergleich mit den Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes, daß diese den zurückliegenden Arbeitsmarkterfahrungen in etwa entsprechen.

Beim Stellenwechsel in den Jahren 1984 und 1985 ergibt sich, daß es innerhalb der Schulbildungskategorien bei höherer Berufsausbildung eher zu einem Wechsel innerhalb eines Unternehmens kommt. Besonders häufig haben Akademiker die Stelle innerhalb oder außerhalb eines Unternehmens gewechselt.

Als weiterer Vorteil führt mehr Bildung auch zu besseren Arbeitsplatzbedingungen. Bessergebildete haben eine größere Kontrolle über ihre Arbeit und ihr Arbeitsumfeld. Sie können ihren Arbeitsablauf häufiger selbst bestimmen, unterliegen seltener einer strengen Kontrolle, haben mehr Abwechslung und können häufiger über Bezahlung und

Tab. 4: Bildung und Arbeitsleben 1985

	Schul- und beruflicher Bildungsabschluß					
	Hauptschule ¹		Realschule/Gymnasium		Gymnasium ³	
	ohne L.	Lehre	sonst. ²	Lehre	sonstige ²	Hochschule ⁴
Durchschnittswerte						
Einkommen	in DM					
Brutto (pro Monat)	2 400	2 876	3 527	2 309	3 446	4 815
Netto (pro Monat)	1 688	1 962	2 323	2 109	2 342	3 403
Wochenarbeitszeit	in Stunden					
Normal	40,4	40,4	40,4	40,5	40,2	39,9
Tatsächlich	43,0	43,6	44,9	44,5	43,8	45,7
Arbeitslosigkeit in den letzten 10 Jahren (1975–1985)						
Häufigkeit ⁵	2,31	1,66	1,53	1,22	1,05	1,25
Dauer (Monate) ⁵	9,99	7,13	7,52	6,09	5,58	6,37
Stellenwechsel in den letzten zwei Jahren (1984–1985)						
im Unternehmen	1,23	1,48	2,03	1,48	2,50	3,05
zwischen Unternehmen	4,07	3,34	1,87	2,80	2,61	4,05

1 Einschließlich ohne Abschluß.

2 Berufsschule ohne Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Fachschule, Schule d. Gesundheitswesens, Beamtenausbildung, u. a.

3 Einschließlich Fachhochschulreife.

4 Einschließlich Fachhochschule und Ingenieurschule.

5 Durchschnittswerte 1984.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Beförderung von Mitarbeitern mitentscheiden. Sie müssen seltener in Wechsel- oder Nachtschicht arbeiten oder ihre Arbeitszeit dem Arbeitsanfall anpassen. Die Arbeit ist seltener körperlich schwer und mit belastenden Umwelteinflüssen verbunden.

Für diese besseren Arbeitsbedingungen muß allerdings auch öfter hohe nervliche Anspannung bei der Arbeit in Kauf genommen werden. Für Bessergebildete ist aber der Beruf auch häufiger so wichtig, daß sie bereit sind, vieles für ihn zu opfern.

(Hubert Vorholt / Christof Helberger)

10 Gesundheit

Gesundheit – dies zeigen immer wieder Umfrageergebnisse – nimmt im Leben der meisten Menschen einen sehr hohen Stellenwert ein. Um entscheiden zu können, ob und welche Veränderungen in diesem Bereich angestrebt werden sollen, sind empirisch fundierte Informationen über die gesundheitliche Situation des einzelnen, einer Gruppe oder einer ganzen Bevölkerung von großem Interesse.

Eine Möglichkeit, den Gesundheitstand einer Bevölkerung zu messen, ist durch die Bezugnahme auf objektive Daten gegeben. Allerdings ist von dem Kontinuum, das sich zwischen Gesundheit und Krankheit aufspannt, nahezu nur das eine Extrem, der Tod, objektiv meßbar. In dem Maß, in dem es gelingt, die allgemeine Lebenserwartung nachhaltig zu steigern, verliert jedoch die Beschreibung der Mortalität zugunsten der Betrachtung der Morbidität und der von ihr ausgehenden Beeinträchtigung der Lebensqualität an Interesse. Zwar sind auch im Morbiditätszusammenhang Aussagen anhand von objektiven bzw. objektivierenden Kriterien – wie z. B. der Häufigkeit und der Länge von Krankenhausaufenthalten oder der Beschreibung der Gesundheit von Individuen durch medizinisches Fachpersonal – möglich. Da jedoch der enge Zusammenhang zwischen solchen Größen und der gesundheitlichen Lage nicht notwendigerweise gegeben sein muß, bleibt fraglich, inwieweit auf diese Art eine umfassende und hinreichende Messung von Gesundheit gelingen kann.

Einen anderen Weg, die interessierenden Informationen zu gewinnen, bietet die Verwendung sogenannter subjektiver Gesundheitsindikatoren, wie z. B. des selbsteingeschätzten Gesundheitsstatus' oder der selbstbewerteten Behinderung bzw. Einschränkung des alltäglichen Lebens durch gesundheitliche Beeinträchtigungen. Da in diesem Ansatz Gesundheit und Krankheit von den Betroffenen (Befragten) jeweils selbst definiert werden, kann die Vielfalt von individuell unterschiedlichen Gesundheits- bzw. Krankheits-situationen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Durch die Ergänzung objektiver Gesundheitsindikatoren um die subjektive Einschätzung ist es möglich, eine Annäherung an die Komplexität von Gesundheit zu erreichen, wie sie auch in der umfassenden Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Ausdruck kommt: Gesundheit als Zustand vollständigen physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen.

Weiterhin sind subjektive Gesundheitsindikatoren auch insofern von Bedeutung, als sie die Situationen widerspiegeln, aus denen sich die Nutzung von Gesundheitsangeboten entwickelt. Diese Inanspruchnahme ist jedoch oftmals die Grundlage, auf der überhaupt erst objektive Indikatoren (Zahl der Krankenhausaufenthalte, Grad der amtlich festgestellten Behinderung usw.) ermittelt werden können.

Entsprechend diesen Überlegungen wird nachfolgend zunächst die Gesundheitslage und ihre Veränderung im Zeitablauf beschrieben sowie der Zusammenhang mit objektiven Indikatoren dargestellt. Daß Gesundheit nicht nur eine Voraussetzung für die Teilnahme an anderen Lebensbereichen ist („Gesundheit ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Gesundheit“), sondern auch als Ergebnis dieser Partizipation angesehen werden kann, macht die Betrachtung der Beziehung zwischen Erwerbsstatus und verschiedenen Gesundheitsindikatoren deutlich. Abschließend wird auf die Gesundheitsversorgung eingegangen.

10.1 Objektive und subjektive Gesundheitsindikatoren

Die hohe Wertschätzung der Gesundheit durch die Bevölkerung geht mit einer hohen Gesundheitszufriedenheit einher – wie aus Tab. 1 zu entnehmen ist. Dabei spiegelt sich die mit dem Alter ansteigende Krankheitsanfälligkeit deutlich in einer geringeren Zufriedenheit wider. Bemerkenswert ist allerdings, daß noch im Alter von 60 Jahren und älter ca. 30 % der Personen mit ihrer Gesundheit eher zufrieden waren. Gegenüber den Männern ist der Anteil der Frauen, die mit ihrer Gesundheit zufrieden waren, in allen Altersgruppen geringer. Dieser Unterschied korrespondiert jedoch nicht mit einem größeren Anteil von

Tab. 1: Subjektive Gesundheitsindikatoren 1984 und 1985

	Befragte ins- gesamt	18–39 Jahre	Männer 40–59 Jahre	60 Jahre u. älter	18–39 Jahre	Frauen 40–59 Jahre	60 Jahre u. älter
	in %						
Eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit waren ¹							
1984	17	7	18	31	8	18	31
1985	16	7	15	29	8	17	30
Eher zufrieden mit ihrer Gesundheit waren ¹							
1984	68	87	66	48	80	61	46
1985	68	86	68	52	80	60	48
Es fühlten sich bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben, z.B. in Haushalt, Beruf oder Ausbildung, stark behindert ²							
1984	14	3	13	35	3	15	28
1985	13	3	13	33	3	12	29

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „eher Unzufriedene“ = 0–4; „eher Zufriedene“ = 6–10.

2 Behinderungsfrage umfaßt die Ausprägungen „überhaupt nicht“, „ein wenig“ und „stark“.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Frauen, die sich bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben in Haushalt, Beruf usw. stark behindert fühlten. Im Gegenteil zeigt sich für die über 60jährigen Männer sogar eine stärkere Beeinträchtigung gegenüber gleichaltrigen Frauen.

Zwischen den Ergebnissen der Panelbefragung für 1984 und 1985 sind außer bei den über 60jährigen Männern keine erheblichen Veränderungen in der Einschätzung der Gesundheit festzustellen. Dies könnte die Schlußfolgerung nahelegen, daß eine starke Konstanz in der Gesundheitszufriedenheit gegeben ist. Betrachtet man allerdings Personen in bezug auf die Veränderung ihrer Gesundheitszufriedenheit, so wird ersichtlich, daß diese Folgerung falsch ist (vgl. Tab. 2). Insbesondere die Personen, die 1984 mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden waren, gaben 1985 eine wesentlich günstigere Einschätzung ihrer Gesundheit und waren zu einem hohen Prozentsatz eher zufrieden. Personen, die 1984 eher zufrieden waren, blieben zum überwiegenden Teil 1985 ebenfalls zufrieden. Auch hier zeigt sich ein starker Alterseinfluß. So ist im Gegensatz zu

Tab. 2: Veränderung der subjektiven Gesundheitszufriedenheit von 1984 auf 1985

Von den 1984 mit ihrer Gesundheit						
eher unzufriedenen ¹			eher zufriedenen ¹			
16-39	40-59	60	16-39	40-59	60	
Jahre		und älter	Jahre		u. älter	
in %						
Männer						
waren auch 1985 mit						
ihrer Gesundheit						
eher unzufrieden	32	45	56	4	8	12
weder zufrieden noch	25	24	18	5	11	13
unzufrieden						
eher zufrieden	43	31	26	91	81	76
Frauen						
waren auch 1985 mit						
ihrer Gesundheit						
eher unzufrieden	29	51	55	5	8	14
weder zufrieden noch	21	21	21	9	18	20
unzufrieden						
eher zufrieden	50	28	24	87	75	65

¹ Zufriedenheitsskala von 0-10: „eher unzufrieden“ = 0-4; „weder zufrieden noch unzufrieden“ = 5; „eher zufrieden“ = 6-10.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1-Welle 2.

jüngeren bei älteren Personen ein höherer Anteil derer festzustellen, die 1985 unzufrieden blieben, wenn sie es 1984 schon waren bzw. die 1985 unzufrieden wurden, obwohl sie noch 1984 mit ihrer Gesundheit eher zufrieden waren.

Mögliche Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Gesundheitseinschätzung könnten u. a. darin liegen, daß einerseits akute, vorübergehende Krankheiten oder Beschwerden die Gesundheitseinschätzung und deren Veränderung beeinflussen oder aber andererseits ein gewisses „Eingewöhnen“ in chronische Krankheiten oder Behinderungen stattfindet, also Personen mit ihren Krankheiten besser umgehen können und von daher zufriedener sind, obwohl sich an dem Vorliegen der Krankheit – den „objektiven“ Bedingungen – nichts geändert hat.

Das Zusammenwirken von eher objektiven Bedingungen wie chronischer Krankheit oder Schwerbehinderung bzw. Erwerbsminderung und dem subjektiven Empfinden zeigt Tab. 3. Chronische Krankheiten und Schwerbehinderungen bewirken eine vergleichs-

Tab. 3: Objektive und subjektive Gesundheitsindikatoren 1985

	langfristige oder chronische Krankheiten oder Beschwerden hatten		Von denen, die 1985 nach amtlicher Feststellung eine Schwerbehinderung oder Erwerbs- minderung hatten von			
			0 %	1–29 %	30–49 %	50–100 %
	ja	nein	in %			
waren mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden ¹	37	6	13	19	30	45
weder zufrieden noch unzufrieden	24	12	15	29	26	22
eher zufrieden	39	82	72	52	43	34
fühlten sich bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben, z. B. in Haushalt, Beruf oder Ausbil- dung,						
überhaupt nicht	20	81	67	24	18	10
ein wenig	44	17	25	50	54	30
stark behindert	36	2	8	26	27	60

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „eher unzufrieden“ = 0–4; „weder zufrieden noch unzufrieden“ = 5; „eher zufrieden“ = 6–10.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

weise negative Einschätzung der Gesundheit und schränken die Möglichkeit von Personen ein, ihre alltäglichen Aufgaben in Haushalt, Beruf oder Ausbildung wahrzunehmen: So waren 37 % der Personen mit chronischen Krankheiten eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit bzw. 36 % in der Erfüllung alltäglicher Aufgaben stark beeinträchtigt gegenüber 6 % bzw. 2 % derjenigen, die keine chronischen Krankheiten aufwiesen.

Noch wesentlich stärker als die Belastung durch chronische Krankheiten wird jene durch eine über 50 % hinausgehende Erwerbsminderung empfunden. Die Betroffenen waren zu 45 % eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit und sogar zu 60 % stark beeinträchtigt in der Erfüllung alltäglicher Aufgaben gegenüber 13 % bzw. 8 % der Personen, die – obwohl nicht erwerbsgemindert – sich trotzdem als mit ihrer Gesundheit unzufrieden bzw. im alltäglichen Leben eingeschränkt bezeichneten. Demgegenüber äußerten sich allerdings über 30 % der chronisch kranken bzw. der schwerstbehinderten Personen eher zufrieden über ihre Gesundheit. Dieses Ergebnis kann als Beleg für die oben beschriebene Vermutung dienen, daß sich Personen trotz objektiv schlechter Bedingungen mit ihrer Gesundheit zufrieden fühlen können.

10.2 Gesundheitsstand und Erwerbstätigkeit

Im vorhergehenden Abschnitt wurde vor allem dargestellt, wie objektive gesundheitliche Bedingungen subjektiv empfunden und als Beeinträchtigung des alltäglichen Lebens wahrgenommen werden. *Tab. 4* dokumentiert die Unterschiede in den subjektiven und objektiven Gesundheitsmerkmalen zwischen Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und solchen, die arbeitslos oder nicht erwerbstätig sind. Die negativste Konstellation der Gesundheitsindikatoren wies 1985 die Gruppe der Nichterwerbstätigen auf. Sie waren zu einem hohen Anteil eher unzufrieden (25 %), stark in der Erfüllung ihrer alltäglichen Aufgaben beeinträchtigt (47 %) und verzeichneten den höchsten Anteil an Schwerstbehinderten (15 %). Dies liegt u. a. daran, daß zu dieser Gruppe Personen zählen, die aus Alters- bzw. Gesundheitsgründen aus der Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind.

Durch gleichfalls schlechtere gesundheitliche Bedingungen gegenüber Erwerbstätigen zeichneten sich arbeitslose Personen aus. Sie waren zu einem ähnlich hohen Prozentsatz mit ihrer Gesundheit unzufrieden (24 %) wie die Nichterwerbstätigen. Zudem lag bei 8 % der Arbeitslosen eine fünfzigprozentige oder höhere Erwerbsminderung und bei 4 % eine solche zwischen 30 % und 50 % vor. Dies könnte darauf hindeuten, daß Personen aus gesundheitlichen Gründen von Arbeitslosigkeit betroffen sind bzw. in der Arbeitslosigkeit gehalten werden¹.

Obwohl für Arbeitslose und Nichterwerbstätige die gesundheitlichen Beeinträchtigungen am schwerwiegendsten erscheinen, wird aus *Tab. 4* deutlich, daß auch regelmäßig voll erwerbstätige und teilzeitbeschäftigte Personen mit ihrer Gesundheit nicht rundum

¹ Allerdings sind Arbeitslose im Sozio-ökonomischen Panel leicht unterrepräsentiert, so daß der Anteil der Schwerstbehinderten an den Arbeitslosen verzerrt sein könnte.

Tab. 4: Erwerbsstatus und Gesundheitsindikatoren 1985

	Von den Personen mit dem Erwerbsstatus			
	regelmäßig voll erwerbstätig	regelmäßig teilzeit- beschäftigt	arbeitslos	nicht erwerbstätig
	in %			
waren mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden ¹	10	11	24	25
weder zufrieden noch unzufrieden	14	19	16	18
eher zufrieden	77	70	60	57
fühlten sich bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben, z. B. Haushalt, Beruf oder Ausbildung, überhaupt nicht	71	67	67	45
ein wenig	23	26	18	32
stark behindert	6	7	15	23
hatten langfristige oder chronische Krankheiten oder Beschwerden				
ja	24	31	31	47
nein	76	69	69	54
hatten eine amtlich festgestellte Schwerbehinderung oder Erwerbsminderung von				
30– 50 %	2	2	4	2
50–100 %	5	4	8	15

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „eher unzufrieden“ = 0–4; „weder zufrieden noch unzufrieden“ = 5; „eher zufrieden“ = 6–10.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

zufrieden waren: So hatten immerhin 5 % bzw. 4 % der Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigten eine Schwerstbehinderung, litten zu 24 % bzw. 31 % an chronischen Krankheiten oder Beschwerden und fühlten sich zu 6 % bzw. 7 % stark in der Erfüllung alltäglicher Aufgaben beeinträchtigt.

10.3 Inanspruchnahme medizinischer Leistungen

Die Nachfrage nach medizinischen Leistungen dient neben der Vorsorge bzw. Früherkennung von Krankheiten überwiegend der Wiederherstellung der Gesundheit, die insbesondere bei Krankenhausaufenthalten im Vordergrund steht, während für Arztbesuche beide Aspekte relevant sind. Frauen weisen allerdings häufig in beiden Bereichen der Gesundheitsversorgung eine von Männern abweichende Inanspruchnahmemotivation

auf, da stationäre Aufenthalte in jungen Jahren zum Teil nicht durch Krankheiten, sondern durch Geburten bedingt sind. Ebenso stehen bei Besuchen von Gynäkologen eher Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen im Vordergrund.

Die Frage nach Anzahl und Dauer der Krankenhausaufenthalte bezog sich auf das vorhergehende Jahr, so daß Tab. 5 die Inanspruchnahme des stationären Bereichs der Jahre 1983 und 1984 wiedergibt. Dabei lassen sich geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen: Der Anteil von Frauen mit Krankenhausaufenthalten war in fast allen Altersgruppen höher als derjenige gleichaltriger Männer. Die durchschnittliche Anzahl der Krankenhausaufenthalte war jedoch für Frauen geringer als für Männer. Besonders ausgeprägt waren diese Unterschiede in der Altersgruppe der unter 40jährigen, in der darüber hinaus die Frauen eine wesentlich geringere Verweildauer als die Männer zu verzeichnen hatten. Dieses Ergebnis belegt die Annahme, daß der stationäre Aufenthalt von Frauen in jüngeren Jahren zu einem nicht unerheblichen Teil durch Geburten bedingt ist.

Tab. 5: Krankenhausaufenthalte 1983 und 1984

	Männer			Frauen			Personen, die langfristige oder chronische Krankheiten oder Beschwerden hatten	
	16-39 Jahre	40-59 Jahre	60 u. älter	16-39 Jahre	40-59 Jahre	60 u. älter	ja	nein
Mindestens eine Nacht im Krankenhaus (in %)								
1983	7	10	14	12	12	14	17	8
1984	7	9	13	14	11	15	17	8
Durchschnittliche Anzahl von Aufenthalten je Patient								
1983	1,3	1,5	1,4	1,2	1,4	1,3	1,4	1,2
1984	1,7	1,9	1,2	1,4	1,8	1,3	1,6	1,4
Durchschnittliche Anzahl von Nächten je Patient								
1983	19	23	28	12	23	32	29	15
1984	17	25	29	13	19	29	28	15

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1-Welle 2.

Über den Alterseinfluß hinaus wird erwartungsgemäß eine starke Beziehung zwischen dem Vorliegen von chronischen Krankheiten und der Inanspruchnahme von stationären Leistungen deutlich. Nicht nur der Anteil von Personen mit stationären Aufenthalten, die an chronischen Krankheiten litten, war mit 17 % wesentlich höher als für Personen ohne solche Krankheiten (8 %); auch die durchschnittliche Verweildauer für chronisch Kranke lag mit nahezu 30 Nächten doppelt so hoch wie für nichtchronisch Kranke.

Für viele Menschen stellt ein Krankenhausaufenthalt einen tiefen Einschnitt in ihr Leben dar. Besonders betroffen sind jedoch diejenigen Personen, die über einen längeren Zeitraum hinweg oder wiederholt Krankenhausaufenthalte hinnehmen müssen. In Tab. 6 ist der Anteil der sowohl 1983 als auch 1984 stationär versorgten Patienten sowie deren durchschnittliche Verweildauer in beiden Jahren dargestellt. Zwar war diese Gruppe vergleichsweise klein, wobei jedoch die Anzahl ihrer Krankenhausaufenthalte ebenso wie die Verweildauer nahezu doppelt so hoch wie in der Ein-Jahres-Betrachtung war. Auch hier gilt die Aussage, daß chronisch Kranke und Ältere besonders betroffen sind. Allerdings unterschieden sich Verweildauer und Anzahl der Aufenthalte von chronisch kranken und nicht chronisch kranken Patienten nicht so deutlich wie dies für den Ein-Jahres-Zeitraum der Fall war. Eine mögliche Erklärung ist darin zu sehen, daß Personen, die während eines Zeitraums von zwei Jahren häufiger im Krankenhaus sind, zwar nicht unbedingt an chronischen Krankheiten leiden, aber doch sehr schwerwiegende, diesen vergleichbare andere Krankheiten oder aber Unfallfolgen aufweisen.

Tab. 6: Krankenhausaufenthalte in beiden Jahren, sowohl 1983 als auch 1984

	Männer			Frauen			Personen, die lang- fristige oder chroni- sche Krankheiten oder Beschwerden hatten	
	16-39	40-59	60	16-39	40-59	60	ja	nein
	Jahre	Jahre	u. älter	Jahre	Jahre	u. älter		
Sowohl 1983 als auch 1984 jeweils mindestens eine Nacht (in %)	2	4	5	4	4	6	7	2
Durchschnittliche Anzahl von Aufent- halten je Patient in beiden Jahren	2,9	2,9	2,9	2,7	3,5	2,8	3,1	2,7
Durchschnittliche Anzahl von Nächten je Patient in beiden Jahren	50	49	70	32	53	67	61	42

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1-Welle 2.

Zur Darstellung der Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher Leistungen wurden die Fragen nach den Besuchen bei Ärzten aller Fachrichtungen (außer Zahnmedizin) herangezogen. Erfragt wurden die Besuche für einen dreimonatigen Zeitraum im jeweiligen Befragungsjahr.

Tab. 7: Arztbesuche 1984 und 1985

	Männer			Frauen			Personen, die		nach amtlicher Feststellung eine				
	16-39 Jahre	40-59 u. älter	60 u. älter	16-39 Jahre	40-59 u. älter	60 u. älter	langfristige oder chronische Krankheiten oder Beschwer- den hatten	ja nein	0 %	1-29 %	30-49 %	50-100 %	
Keine Arztbesuche													
(in %)													
1984	53	43	23	33	28	16	14	44	37	17	18	10	
1985	53	42	18	33	28	16	14	43	36	23	18	10	
1 u. mehr Arztbesuche (in %)													
1984	47	57	77	68	72	84	86	56	63	83	82	90	
1985	47	58	82	67	72	84	86	57	64	78	82	90	
Durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche je Patient													
1984	3,5	4,8	5,5	3,7	5,0	6,4	6,9	3,3	4,2	6,7	7,1	8,2	
1985	3,5	5,3	5,8	3,7	5,2	5,9	6,8	3,4	4,4	7,8	7,1	8,0	

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Wie aus Tab. 7 zu entnehmen ist, gab es einen deutlichen Alterseinfluß auf die Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher Leistungen, der sich sowohl in einem steigenden Anteil von Personen mit Arztbesuchen als auch in einer deutlichen Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl von Arztbesuchen je Patient (Frequenz) äußerte. Unterschiede in der Inanspruchnahme zwischen Männern und Frauen zeigten sich in einem höheren Anteil von Frauen mit Arztbesuch und in einer zumeist höheren Frequenz. Der gegenüber den Männern in der jüngsten Altersklasse vergleichsweise hohe Anteil von Frauen mit Arztkontakt dürfte weitgehend aus deren Teilnahme an Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen bei Gynäkologen resultieren. Auch das Vorliegen von chronischen Krankheiten und Schwerbehinderungen, insbesondere mit einem Grad von 50 % und mehr, führte sowohl zu einem höheren Anteil von Personen mit Arztkontakten als auch zu deutlich höheren Frequenzen.

Im Vergleich der Arztbesuche der Jahre 1984 und 1985 ließen sich nur wenige Unterschiede feststellen. Lediglich bei den über 60jährigen Männern und den Erwerbsgeminderten von unter 30 % fanden stärkere Veränderungen statt. Der Anteil der Männer, die 60 Jahre und älter waren und einen Arztkontakt aufwiesen, ist 1985 gegenüber 1984 von 77 % auf 82 % gestiegen. Dagegen ist der Anteil der Patienten mit einer bis zu dreißigprozentigen Erwerbsminderung von 83 % (1984) auf 78 % (1985) gefallen. Diese Entwicklung kann auch durch jene Personen, die in eine andere Altersgruppe wechselten bzw. in eine höhere Erwerbsminderung eingestuft wurden, hervorgerufen worden sein.

Tab. 8: Veränderung der Arztbesuche¹ und Veränderung der subjektiven Gesundheitszufriedenheit

	Von den Personen, die 1985 mit ihrer Gesundheit unzufriedener als 1984 gleich (un)zufriedener wie 1984 zufriedener waren ²		
	in %		
hatten 1985 mehr Arztbesuche als 1984	48	35	31
gleich viele Arztbesuche wie 1984	27	33	24
weniger Arztbesuche als 1984	26	32	45

1 Eine Veränderung der Arztbesuche wurde angenommen: wenn bei weniger als 20 Arztbesuchen in jedem der beiden Befragungszeiträume ein Arztbesuch mehr oder weniger als in der Vorperiode erfolgte; wenn in einer Periode mehr und in der anderen weniger als 20 Besuche vorlagen. Bei mehr als 20 Besuchen in jeder der beiden Perioden wurde keine Veränderung angenommen.

2 Eine Veränderung der Zufriedenheit wurde angenommen, wenn sich die Angabe auf der von 0–10 reichenden Zufriedenheitsskala von einem Jahr zum anderen um mehr als einen Punkt änderte.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Inwieweit sich die Inanspruchnahme von ambulanten ärztlichen Leistungen verändert, wenn sich die subjektive Zufriedenheit mit der Gesundheit wandelt, illustriert *Tab. 8*. Sie zeigt, daß diejenigen Personen, die im Vergleich zu 1984 mit ihrer Gesundheit 1985 unzufriedener waren, auch 1985 zu einem hohen Anteil (48 %) vermehrt Ärzte konsultierten als 1984 und daß Personen, die gegenüber 1984 mit ihrer Gesundheit 1985 zufriedener waren, zu einem ebenfalls hohen Anteil (45 %) 1985 weniger Arztbesuche als 1984 angaben.

(Harald Möhlmann / Pia Zollmann)

11 Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung im regionalen Vergleich

In der Bundesrepublik Deutschland wird seit geraumer Zeit ein Nord-Süd-Gefälle der wirtschaftlichen Prosperität konstatiert. Im Norden scheinen sich ehemalige Standortvorteile (z. B. Werft- und Montanindustrie) unwiderruflich in Nachteile verwandelt zu haben, im Süden scheint die wirtschaftliche Dynamik durch prosperierende Zukunftsindustrien (z. B. Elektronik, Luft- und Raumfahrt) gesichert. Wenngleich dieses Bild allzu plakativ ist und das Niveau der wirtschaftlichen Leistungskraft durchaus nicht so eindeutig zu Lasten der traditionellen Schwerpunktregionen ausfällt, verläuft die Entwicklung der letzten Jahre tendenziell zugunsten der süddeutschen Regionen. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt bzw. bei den Arbeitslosenzahlen kann man von einem Nord-Süd-Gefälle sprechen.

Dieses Gefälle, wie überhaupt regionale Disparitäten in den Lebensumständen, spiegelt sich nicht nur in objektiven Unterschieden der Wirtschaftsstruktur, der Arbeitsmarktsituation oder sonstigen objektiven Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungskraft. Vielmehr spielen gerade im wirtschaftlichen Bereich subjektive Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen, Investitions- und Konsumbereitschaft von Unternehmen und von privaten Haushalten eine große Rolle.

Entsprechende subjektive Indikatoren sind daher u. a. ein wesentliches Element der Konjunkturbeobachtung. Die Beeinflussung des subjektiven Meinungsklimas bzw. die Schaffung einer positiven Grundstimmung ist zugleich ein wichtiges Instrument der Wirtschafts- und Regionalpolitik. Die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist jedoch auch unabhängig von der Verwertung im politischen Bereich als genereller Indikator der materiellen Lebensumstände von zentraler Bedeutung. Im ALLBUS wurden 1982, 1984 und 1986 Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik und der eigenen wirtschaftlichen Lage erhoben. Daneben wurde gefragt, wie man jeweils die Entwicklung für das nächste Jahr einschätze. Die Umfragen fanden jeweils im Frühjahr statt, also 1982 „in der Krise“ vor, 1984 und 1986 im vielbeschworenen Aufschwung nach der „Wende“, wobei 1986 durch die Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Hamburg und die vorausgegangenen Wahlen des Jahres 1985 dieser Aufschwung bzw. die wirtschaftliche Lage in ihrer regionalen Ausprägung besonders stark ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt wurde.

Zur Erfassung der regionalen Unterschiede und zur Beobachtung des Nord-Süd-Gefälles in der Wahrnehmung der Bevölkerung wird im folgenden nach Bundesländern zwischen „Nord“ (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin), „Mitte“ (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) und „Süd“ (Baden-Württemberg, Bayern) unterschieden.

11.1 Allgemeine wirtschaftliche Lage und persönliche Situation

Vergleicht man zunächst die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹, dann zeigt sich, daß 1982 kaum ein regionaler Unterschied in der recht negativen Einschätzung der Lage („schlecht“, „sehr schlecht“) besteht (vgl. Abb. 1.3). Dagegen zeigt sich 1984 im Süden eine deutlich positivere Einschätzung (vgl. Abb. 1.1) bzw. dort wie in der „Mitte“ eine schwächer ausgeprägte negative Sicht (vgl. Abb. 1.3). Bildet man den Saldo von positiven und negativen Beurteilungen, dann ergibt sich folgendes Resultat: Während 1982 allgemein die negativen Urteile überwiegen, schwächt sich dies bis 1984 deutlich ab, im Süden überwiegen jetzt sogar die eindeutig positiven („gut“, „sehr gut“) Bewertungen. Diese Entwicklung setzt sich 1986 verstärkt fort und erfaßt nun auch die mittleren und nördlichen Bundesländer. Dabei bleibt jedoch das Nord-Süd-Gefälle erhalten: So schätzen 1986 im Norden 33 % der Befragten die allgemeine Lage als „gut“ ein, in der Mitte 40 %, im Süden 46 %; im Norden übersteigen nun ebenfalls die positiven Wertungen die negativen, aber nur um 20 Prozentpunkte, während im Süden um 36 Prozentpunkte mehr positive als negative Einschätzungen vorliegen.

Nach diesen Daten werden also augenscheinlich sowohl der „Aufschwung“ als auch das Nord-Süd-Gefälle bestätigt. Freilich handelt es sich hier nicht nur um die Beurteilung der überschaubaren Lebensumstände, sondern um die Äußerungen einer mehr oder weniger begründbaren Stimmungslage, die nicht zuletzt von der Berichterstattung der (regional gefärbten) Medien beeinflusst ist. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß genau das Bild widerspiegelt wird, das in der veröffentlichten Meinung diskutiert wird.

Die Frage ist, ob die Beurteilung der überschaubaren Lebensumstände dem entspricht. Wie sich bei der Einschätzung der „persönlichen Situation“ in Abb. 1 zeigt, ist dies nur in höchst eingeschränkter Weise der Fall: Zunächst ist die Beurteilung der „eigenen“ wirtschaftlichen Lage 1982² sehr viel positiver als das düstere Bild, das man von der Allgemeinsituation entwirft – etwa die Hälfte der Befragten beurteilt ihre Lage als „gut“ oder „sehr gut“, nur ca. 11 % als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Ein Nord-Süd-Gefälle ist dabei kaum festzustellen.

Dieses bereits 1982 relativ günstige Bild verändert sich bis 1984 kaum weiter zum Besseren; insgesamt ergibt sich sogar eine leichte Zunahme der negativen Beurteilungen, die auf die Werte in „Nord“ und „Mitte“ zurückzuführen ist (Abb. 1.3). Gleichzeitig erhöht sich der Anteil der positiven Bewertungen, insbesondere im Süden (Abb. 1.1). Dort wird 1984 zu einem erheblichen Teil die ambivalente Beurteilung („teils/teils“) von 1982 in eine positive Sicht überführt, sei es, weil man tatsächlich eine Besserung erfahren hat, sei es, daß man den Appellen zum Abbau von Schwarzmalerei und zur Hinwendung zum Positiven folgt (Abb. 1.2). In jedem Fall zeigt sich bereits 1984 im Süden ein stärkeres

1 Frage: „Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik?“

2 Frage: „Wie beurteilen Sie heute Ihre *eigene* wirtschaftliche Lage?“

Abb. 1: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 1982, 1984 und 1986

Abb. 1. 1

Einschätzung

„gut“
— Nord
- - - Mitte
- - - Süd

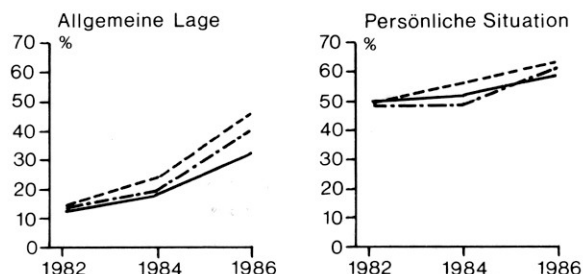


Abb. 1. 2

Einschätzung
„teils/teils“

— Nord
- - - Mitte
- - - Süd

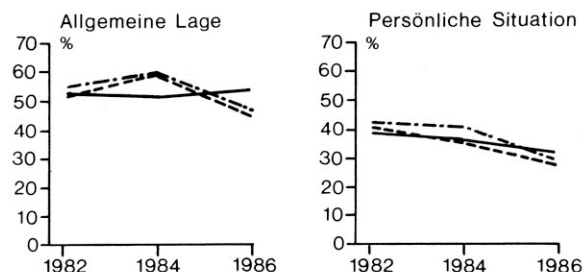
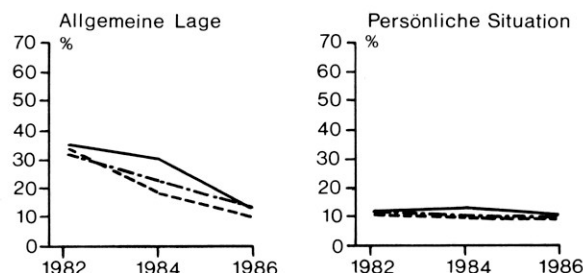


Abb. 1. 3

Einschätzung
„schlecht“

— Nord
- - - Mitte
- - - Süd



Datenbasis: Allgemeine Lage, ALLBUS 1982 (N = 2966), 1984 (N = 2969), 1986 (N = 3060); Persönliche Situation, ALLBUS 1982 (N = 2974), 1984 (N = 2986), 1986 (N = 3084).

Überwiegen der positiven Bewertung, während ansonsten ein unverändertes Bewertungsniveau vorliegt.

1986 setzt sich dann die im Süden begonnene positive Einschätzung der persönlichen Lage fort und erfasst auch die nördlichen und mittleren Bundesländer. Auch hier schlägt die unsichere Beurteilung („teils/teils“) der Jahre 1982 und 1984 tendenziell in eine

positive Bewertung um. Dagegen verändert sich auch 1986 das Niveau der negativen Bewertung nicht: In allen drei Regionstypen kennzeichnen 10 % der Befragten ihre Lage unverändert als „schlecht“. Der Aufschwung, so scheint es, läuft an den Benachteiligten vorbei – ohne Nord-Süd-Gefälle.

Insgesamt zeigen sich – gegenüber der Einschätzung der allgemeinen Lage – auf der persönlichen Ebene zwischen 1982 und 1986 weniger Wandel und geringere regionale Unterschiede. Tatsächlich ist die Lebenssituation einzelner Bürger bzw. Haushalte – sofern und solange sie eine feste Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt innehaben oder vom System der sozialen Sicherung ihren Lebensunterhalt beziehen – angesichts der bestehenden Schutzklauseln, Tarifbestimmungen usw. relativ stabil und innerhalb weniger Jahre in der Mehrzahl der Fälle bzw. im Durchschnitt nicht dramatischen Veränderungen unterworfen. Dies gilt insbesondere für Bevölkerungsumfragen, bei denen benachteiligte Gruppen in der Regel unterrepräsentiert sind (Arbeitslosenquote im ALLBUS 1986: 3,6 %; Sozialhilfe: 2,1 %; vgl. Teil I, Kap. 3.7 und 9.7).

Wenn sich trotz dieser persönlich erfahrenen Stabilität in der Beurteilung der allgemeinen Lage die aufgezeigten Schwankungen ergeben, so bieten sich dafür zwei Erklärungsansätze an: Erstens können Kenntnisse über positive oder negative Entwicklungen außerhalb der eigenen Lebenssituation zu einer abweichenden Beurteilung führen, sei es, daß man andere Gruppen zum Maßstab nimmt, sei es, daß man wirtschaftliche Mechanismen jenseits des privaten Konsumentenhaushalts seinem Urteil zugrunde legt.

Der zweite Ansatz führt Schwankungen in der Beurteilung einer nicht oder nur begrenzt überschaubar und überprüfbar Situation vor allem auf das öffentliche Meinungsklima zurück. Dieses Klima war 1982 angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt, der Konjunkturlage und der Auseinandersetzungen um Lösungsstrategien in der damaligen Regierungskoalition außerordentlich kritisch bzw. krisenbewußt. Hinweise auf das gesicherte hohe Niveau des Lebensstandards für die überwiegende Mehrheit überzeugten in diesem Klima kaum. Entsprechend groß ist 1982 die mit den vorliegenden Daten nachweisbare Kluft zwischen der allgemeinen Lage und der persönlichen Situation.

Diese Kluft beginnt sich 1984 und verstärkt 1986 zu schließen. Dazu hat – neben den tatsächlichen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage – wahrscheinlich in hohem Maße der Abbau von Krisenstimmung und die Beschwörung des – erzielten oder erzielbaren – Aufschwungs beigetragen. Diese Wirkung der gewandelten öffentlichen Meinung zeigt sich neben den Niveauveränderungen vor allem auch in dem zunehmenden Nord-Süd-Gefälle in der Beurteilung der allgemeinen Lage, die bei den persönlichen Lebensverhältnissen keine Entsprechung findet.

Ansonsten aber gleicht sich die Beurteilung der allgemeinen Lage im Niveau der persönlichen Situation an, wobei vor allem im Süden die positiven Erfahrungen im überschaubaren Bereich auf die allgemeine Lage übertragen zu werden scheinen. Im negativen Bereich reduziert sich entsprechend der Anteil negativer Bewertungen der allgemeinen Lage auf die Größenordnung, zu der auch im privaten Bereich negative Erfahrungen vorliegen.

Je nach Sicht der Dinge bieten sich für diese zunehmende Entsprechung von allgemeiner und persönlicher Lage zwei Interpretationen und Bewertungen an. Einmal kann man den Abbau von Krisenklimate und die Rückbesinnung auf die eigene Lebenssituation als Maßstab zur Einordnung der weiteren Umwelt begrüßen. Umgekehrt könnte man den Abbau kritischer Grundhaltungen, die Propagierung einer positiven Grundstimmung und die Orientierung an der vorherrschenden privaten Lebenssituation angesichts der Strukturprobleme und der kritischen Lage auf dem Arbeitsmarkt negativ beurteilen und als Ausgrenzungstendenz von benachteiligten Minderheiten bewerten.

Welcher von beiden Interpretationen mehr Gewicht zukommt, kann hier nicht entschieden werden, ebensowenig wie das Ausmaß, in dem die tatsächlichen positiven wirtschaftlichen Veränderungen in die Bewertung Eingang gefunden haben. Festzuhalten bleibt, daß im Beobachtungszeitraum der relativ stabilen Situation im privaten Bereich eine starke Veränderung in der Beurteilung der allgemeinen Lage gegenübersteht.

11.2 Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung

Eine Diskrepanz zwischen den eigenen Erfahrungen und der Wahrnehmung der Gesamtlage könnte Rückwirkungen positiver oder negativer Art auf die Erwartungen haben, mit denen man in die Zukunft blickt und die zum Teil Grundlage von weiterreichenden Entscheidungen sind. Es liegt auf der Hand, daß diese Erwartungen auf einer unsicheren Basis stehen, wenn sie sich nicht vornehmlich auf die persönlichen Lebensumstände, sondern auf politische „Klimalagen“ stützen. Dies kann sich – bei überzogen optimistischer Erwartung – durchaus positiv auf die allgemeine Entwicklung auswirken; es kann aber auch eine Tendenz zu immer heftigeren Umschlägen der Stimmungsbarometer daraus erwachsen, die zu ebenso hektischen öffentlichen wie privaten Maßnahmen verleiten könnte.

Diese Gefahr erscheint jedoch angesichts der Ergebnisse der Umfragen nicht sehr ausgeprägt, zumindest nicht auf privater Ebene. Betrachtet man die kurzfristigen Erwartungen³, dann zeigt sich (vgl. Abb. 2.2) 1982, 1984 und 1986 eine weitaus überwiegende Stabilitätserwartung. Die positiven (vgl. Abb. 2.1) wie negativen (vgl. Abb. 2.3) Veränderungserwartungen sind nicht dramatisch, zeigen aber eine klare Tendenz: Die positive Erwartung nimmt deutlich zu, die negative deutlich ab. Dabei sind die Menschen in den nördlichen und mittleren Bundesländern optimistischer als in den südlichen, wo man 1986 eher Konstanz auf dem hohen Niveau des erreichten Standards erwartet, während man in „Nord“ und „Mitte“ erst 1986 verstärkt auf Verbesserungen setzt.

3 Frage: „Was glauben Sie, wie wird Ihre *eigene* wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Erwarten Sie, daß Ihre wirtschaftliche Lage dann: wesentlich besser, etwas besser, gleichbleibend, etwas schlechter oder wesentlich schlechter sein wird als heute?“

Abb. 2: Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung für das nächste Jahr
1982, 1984 und 1986

Abb. 2. 1

Erwartung

„besser“

— Nord
- - - Mitte
- - - Süd

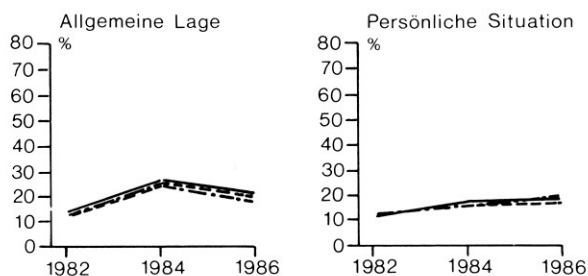


Abb. 2. 2

Erwartung

„gleichbleibend“

— Nord
- - - Mitte
- - - Süd

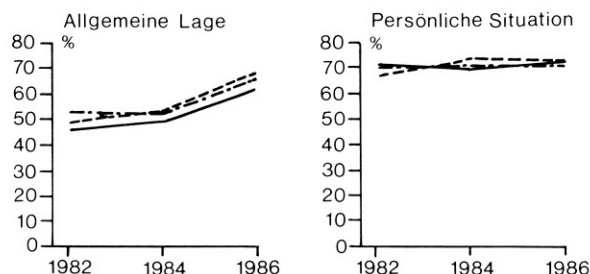
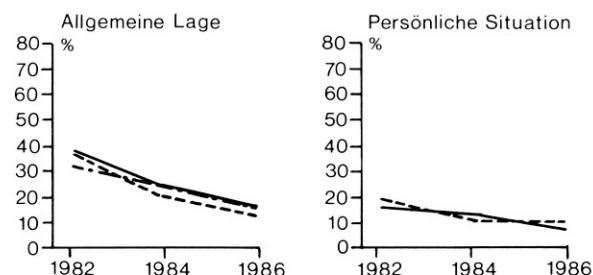


Abb. 2. 3

Erwartung

„schlechter“

— Nord
- - - Mitte
- - - Süd



Datenbasis: Allgemeine Lage, ALLBUS 1982 (N = 2853), 1984 (N = 2910), 1986 (N = 2960); Persönliche Situation, ALLBUS 1982 (N = 2852), 1984 (N = 2913), 1986 (N = 3031).

Bei den Erwartungen bezüglich der allgemeinen Entwicklung⁴ zeigt sich diese Zurückhaltung im Süden ebenfalls. Allerdings sind die regionalen Unterschiede in den Erwartungen geringer als bei der Bewertung der jeweiligen Lage. Ansonsten läßt sich aber auch bei den

4 Frage: „Und wie wird es in einem Jahr sein? Erwarten Sie, daß die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik im allgemeinen dann: wesentlich besser, etwas besser, gleichbleibend, etwas schlechter oder wesentlich schlechter sein wird als heute?“

Erwartungen die Tendenz einer Angleichung der privaten und der allgemeinen Bewertungen registrieren, wobei die auf die Öffentlichkeit bezogenen Erwartungen stärkeren Schwankungen unterliegen als im Privatbereich. Dadurch kommt es zu einem vergleichbaren Niveau negativer (*Abb. 2.3*) wie positiver (*Abb. 2.1*) Erwartungen, vor allem aber zu einer Angleichung der Stabilitätserwartungen (*Abb. 2.2*).

Bemerkenswert ist dabei, daß die positive wie negative Einschätzung der allgemeinen Zukunftsaussichten 1984 – also nach dem Regierungswechsel – die deutlichste Veränderung erfahren hat, um dann relativ konstant zu bleiben (bei den negativen Erwartungen) oder gar abzusinken (bei den Erwartungen weiterer Verbesserungen). Entsprechend nimmt 1986 die Stabilitätserwartung zu (*Abb. 2.2*) – auf einem deutlich höher bewerteten Niveau (*vgl. Abb. 1*).

Dagegen erfährt die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage 1986 die deutlichste Veränderung. 1984 hatte sich offenbar eine optimistische Zukunftserwartung durchgesetzt, die 1986 durch die Einschätzung der tatsächlichen Situation bestätigt wurde.

Demnach zeichnet sich in den vorliegenden Daten tatsächlich ein Umschwung, eine Wende, ab. Dieser Umschwung bezieht sich allerdings – bei den Erwartungen wie bei den Bewertungen – vor allem auf die vom einzelnen nicht überschaubare allgemeine Lage, weniger auf die persönlichen Erwartungen und Erfahrungen. Es scheint vor allem ein Umschwung des Meinungsklimas vorzuliegen, das 1982 nicht nur außerordentlich negativ war, sondern für viele Befragte den persönlichen Erfahrungen kraß widersprach.

Hat dieser Umschwung des Klimas nun den Aufschwung gebracht? Dies scheint ein Teil der Befragten subjektiv durchaus anzunehmen – überwiegend und dominierend ist allerdings die Feststellung und Erwartung von Stabilität im überschaubaren Lebensbereich – eine Stabilität, die auch für die negativen Erfahrungen und Erwartungen gilt.

(Ferdinand Böltken)

12 Schichtung und Mobilität

Soziale Schichtung und soziale Mobilität sind Begriffe, die sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und die Veränderung der Position von Personen in einer Statushierarchie beziehen. Soziale Schichtung bezeichnet eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflußdifferenzen manifestiert. Unter vertikaler Mobilität werden Statusveränderungen in der Generationenfolge oder im Lebensverlauf verstanden.

Die Bundesrepublik und andere westliche Industriegesellschaften verstehen sich als „offene Mittelschichtgesellschaften“: Die Mehrheit der Bevölkerung wird der Mittelschicht zugerechnet, und die Chancen im Prozeß der Statuszuweisung sind idealerweise an Leistungskriterien geknüpft und gerecht verteilt. Das impliziert, daß auch Arbeiter und ihre Kinder reale und gerechte Chancen haben müssen, beruflich und sozial aufzusteigen, genauso wie Angehörige der Mittel- und Oberschicht sich ihren Status selbst erwerben, d. h. auch mit einem Risiko rechnen müssen, sozial abzustiegen.

12.1 Statuslagen und subjektive Schichtzugehörigkeit

Tab. 1 zeigt, wie sich die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik auf sozioökonomische Statuslagen verteilt, welchen sozialen Schichten sie sich subjektiv zuordnet und welche Bildungs- und Einkommensunterschiede damit verbunden sind.

Die Zuordnung zu sozioökonomischen Statuslagen erfolgt nach der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen, dem außerberuflichen Status der Nichterwerbstätigen sowie auch nach deren früherem Erwerbsstatus und dem Alter. Die Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen den so unterschiedenen Statusgruppen äußert sich keineswegs nur in Bildungs- und Einkommensdifferenzen. Allerdings sind Bildung und Einkommen insofern von besonderer Bedeutung, als sie wichtige Mittel für die Gestaltung der gesamten Lebensverhältnisse darstellen.

Deutliche Bildungsunterschiede finden sich vor allem zwischen Arbeitern und anderen Erwerbstätigen, aber auch zwischen der älteren und jüngeren Generation. Über eine höhere Schulbildung, d. h. wenigstens die mittlere Reife, verfügt nur ein geringer Anteil der Arbeiter, Rentner, die ehemals als Arbeiter erwerbstätig waren, und der älteren Hausfrauen. Für Beamte, höhere Angestellte sowie Jugendliche, die sich noch in der Ausbildung befinden, stellt das Fehlen eines höheren Schulabschlusses dagegen die Ausnahme dar.

Gemessen am Niveau des korrigierten Haushalts-Pro-Kopf-Einkommens gibt es zwischen den betrachteten Statusgruppen beträchtliche Unterschiede in der Höhe des

Tab. 1: Sozioökonomischer Status und Schichtzugehörigkeit

Sozioökonomischer Status	Subjektive Schicht					Anteil höhere Schulbildung ¹	Netto- haushalts- einkommen Pro-Kopf ² DM
	Ins- gesamt	Arbeiter- schicht	Mittel- schicht	Obere Mittel-, Oberschicht	keine der Schichten		
	in %						
Selbständige und mithelfende							
Familienangehörige	6	11	73	15	1	32	1500
Beamte	5	7	71	22	–	73	1800
Gehobene, höhere Angestellte	7	9	69	20	2	77	1850
Einf. mittlere Angestellte	15	16	71	12	1	53	1510
Qualifizierte Arbeiter, Meister	9	56	39	4	–	10	1240
Un-, angelernte Arbeiter	6	64	35	–	1	7	1220
Rentner – ehemalige Arbeiter	6	71	28	–	1	3	1090
Rentner – sonstige	10	20	66	13	1	41	1420
Hausfrauen bis 59 Jahre	15	34	57	7	2	26	1080
Hausfrauen 60 Jahre u. älter	8	46	48	5	1	13	1130
Schüler, Studenten, Auszubildende	7	21	51	21	7	87	1100
Arbeitslose	2	42	42	3	12	32	800
Sonstige Nichterwerbstätige	2						
Insgesamt	100	32	56	11	2	38	1330

1 Personen, die mindestens über die mittlere Reife verfügen.

2 Korrigiertes Haushalts-Pro-Kopf-Einkommen. Dabei wird angenommen, daß ein Zweipersonenhaushalt das 1,7fache, ein Dreipersonenhaushalt das 2,3fache und ein Vierpersonenhaushalt das 2,8fache eines Einpersonenhaushalts benötigt, um ein entsprechendes Lebensniveau zu erreichen. Für jedes weitere Haushaltsmitglied erhöht sich das Vielfache um 0,5.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2064).

erreichbaren Lebensstandards. Neben dem sozioökonomischen Status wirken sich auch die Stellung im Lebenszyklus und die davon nicht unabhängige Haushaltsstruktur auf die hier betrachtete Einkommensgröße aus. Über die höchsten Pro-Kopf-Einkommen verfügen Beamte und gehobene oder höhere Angestellte. Unterdurchschnittliche Einkommen ergeben sich für Rentner, die als Arbeiter erwerbsfähig waren, Hausfrauen, Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden, und Arbeitslose.

Während der berufliche und außerberufliche soziale Status, Bildung und Einkommen Indikatoren für die objektive Stellung in der Sozialstruktur und soziale Ungleichheit sind, gibt die subjektive Schichteinstufung Aufschluß darüber, wo sich einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb der hierarchischen Struktur einer Gesellschaft ihrem Bewußtsein nach einordnen, welchem sozialen Milieu sie sich zugehörig betrachten und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben: Mehr als jeder zweite erwachsene Bundesbürger zählt sich zur Mittelschicht, jeder dritte zur Arbeiterschicht und jeder zehnte gibt an, der Oberen Mittel- und Oberschicht anzugehören. Aufschlußreich sind die Zusammenhänge, die zwischen sozioökonomischer Statuslage und subjektiver Schichteinstufung zu beobachten sind. So zeigt sich, daß gegenwärtig oder ehemals als Arbeiter beschäftigte Erwerbstätige und Rentner sich auch in ihrem Bewußtsein nach wie vor mehrheitlich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen. Allerdings ist bemerkenswert, daß immerhin vier von zehn Facharbeitern, Vorarbeitern und Meistern sich als Angehörige der Mittelschicht bezeichnen. Weitergehende Analysen ergeben, daß Arbeiter sich vor allem dann der Mittelschicht zugehörig fühlen, wenn sie ein eigenes Haus besitzen und außerhalb der Industrie beschäftigt sind. Größere Anteile von Befragten, die sich der Oberen Mittel- und Oberschicht zuordnen, finden sich unter den Beamten, vor allem denen der oberen Laufbahngruppen, den höheren Angestellten, den Selbständigen, Schülern, Studenten und Pensionären.

12.2 Intergenerationale Mobilität

Indikatoren der intergenerationalen Mobilität messen Zusammenhänge zwischen dem eigenen sozialen Status und der sozialen Herkunft, gemessen am beruflichen Status des Vaters. Die Art und Stärke dieses Zusammenhangs gibt Aufschluß darüber, wie offen eine Gesellschaft ist und inwieweit von Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit gesprochen werden kann. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die folgenden vier Fragestellungen¹:

1 Für die Untersuchung inter- und intragenerationaler Mobilitätsprozesse verwendeten wir als Datenbasis die Studie „Qualifikation und Berufsverlauf“, die 1979 gemeinsam vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (BIBB) durchgeführt und dem Stb 3 über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Die nachfolgend verwendeten Mobilitäts-Indikatoren gehen überwiegend auf einen Vorschlag von K.-U. Mayer zurück. Vgl. dazu Mayer, K.-U., Soziale Ungleichheit und Mobilität, Ansätze zu einem System sozialer Indikatoren, in: Zapf, W. (Hrsg.), Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York 1977, S. 149–208.

- Welcher Anteil der Söhne aus bestimmten Herkunftsgruppen verbleibt in diesen Statuskategorien, d. h. in welchem Maße wird der soziale Status vom Vater auf den Sohn vererbt?
- Wie groß sind die Chancen für die Söhne unterschiedlicher Herkunftsgruppen, von einer Generation zur anderen sozial aufzusteigen?
- Wie groß ist das Risiko, in der Generationenfolge sozial abzustiegen?
- Sind herkunftsbedingte Chancenunterschiede auch bei Erwerbstätigen mit gleichem Bildungsniveau zu beobachten?

Um auch Veränderungen der Mobilität zwischen den Generationen im Zeitablauf beobachten zu können, werden zwei Alterskohorten verglichen: männliche Erwerbstätige im Alter von 31 bis 39 Jahren der Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939 bzw. 1940 bis 1948. Für die ältere Kohorte wird die berufliche Stellung des Jahres 1970, für die jüngere die des Jahres 1979 der beruflichen Stellung des Vaters gegenübergestellt, die dieser innehatte, als der Sohn 15 Jahre alt war². Die Analysen beschränken sich auf männliche Erwerbstätige, weil sich ein Vergleich des beruflichen Status von Töchtern und ihren Vätern aufgrund der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Berufsstruktur verbietet.

Bei der Untersuchung der Mobilität zwischen den Generationen ist zu berücksichtigen, daß die Mobilitätschancen auch durch Prozesse des strukturellen Wandels beeinflusst werden. Sowohl durch die Schrumpfung als auch durch die Expansion von Statuskategorien wird Mobilität strukturell erzwungen. Beschäftigungskategorien, die im Vergleich von Vätern und Söhnen geschrumpft sind, sind vor allem selbständige Tätigkeiten, am stärksten in der Landwirtschaft, sowie ungelernte Arbeitertätigkeiten. Deren Anzahl hat sich beispielsweise in der jüngeren der beiden unterschiedenen Alterskohorten, bezogen auf die Häufigkeit ungelernter Arbeitertätigkeiten in der Vatergeneration, um 53 % verkleinert. Für die jüngere Kohorte zeigt sich darüber hinaus auch ein Rückgang bei qualifizierten Arbeitern und einfachen Angestellten. Starke Expansionstendenzen sind dagegen bei den mittleren, gehobenen und höheren Angestellten- und Beamtentätigkeiten festzustellen.

Diese strukturellen Veränderungen wirken sich nachhaltig auf die Möglichkeiten der Statusvererbung sowie die Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken zwischen den Generationen aus.

Die „Vererbsquote“ gibt an, welcher Anteil der Söhne in der Statuskategorie des Vaters verbleibt. Je nach Herkunftsgruppe variiert dieser Anteil zwischen 10 % (Meister

2 Die Kategorien des beruflichen Status wurden so zusammengefaßt, daß sie mit Ausnahme der Selbständigenpositionen eine hierarchische Gliederung darstellen und Bewegungen zwischen den Kategorien als Auf- und Abstiege interpretiert werden können. Bei der Interpretation der nachfolgend präsentierten Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß die ältere der beiden hier betrachteten Altersgruppen mit den extrem schwierigen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit in das Berufsleben eingetreten ist und die damit zusammenhängenden Benachteiligungen auch im weiteren Berufsverlauf nicht mehr vollständig ausgeglichen werden konnten. Vgl. auch Müller, W., Der Lebenslauf von Geburtskohorten, in: M. Kohli (Hrsg.), *Soziologie des Lebenslaufs*, Darmstadt/Neuwied 1979.

und einfache Angestellte) und 35 % (Facharbeiter). Erwartungsgemäß sinkt die Vererbungsquote in den schrumpfenden Statuskategorien und bleibt dort weitgehend stabil oder nimmt sogar leicht zu, wo die Beschäftigtenanteile sich vergrößert haben.

Als sozialer Aufstieg sollen zunächst alle Bewegungen in höhere Statuskategorien gelten, wobei Selbständigenpositionen bei dieser Betrachtung ausgenommen bleiben müssen. Wie an der Quote abzulesen ist, sind die intergenerationalen Aufstiegschancen um so größer, je niedriger der soziale Status des Vaters ist. In diesem Resultat kommen vor

Tab. 2: Intergenerationale Mobilität: Auf- und Abstiegsquoten für männliche Erwerbstätige

Berufliche Stellung des Vaters	Aufstiege		Aufstiege in nicht benachbarte höhere Kategorien		Abstiege		Abstiege zu un- und angelernten Arbeitern	
	1970 ¹	1979 ¹	1970	1979	1970	1979	1970	1979
	in %							
Landwirte	– ²	–	–	–	–	–	24	18
Ungelernte Arbeiter	76	88	44	57	–	–	–	–
Angelernte Arbeiter	55	68	22	40	7	3	–	–
Facharbeiter	37	47	30	40	17	12	17	12
Vorarbeiter, einfache Beamte	40	52	36	48	44	30	10	11
Meister, einfache Angestellte	33	46	9	23	48	34	16	9
Werkmeister, mittlere Angestellte u. Beamte	25	38	13	16	30	22	6	5
Höhere Angestellte, gehobene Beamte	24	25	–	–	46	36	4	1
Leitende Angestellte, höhere Beamte	–	–	–	–	64	50	1	2
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	–	–	–	–	–	–	8	4

¹ Die Angaben für 1970 beziehen sich auf die Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939, die Angaben für 1979 auf die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1948.

² Indikator nicht definiert.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

allem sogenannte „Boden- und Deckeneffekte“ zum Ausdruck: Wer ganz unten beginnt, kann nur aufsteigen oder seinen Herkunftstatus beibehalten, wer seinen Ausgangspunkt bereits weit oben hat, dem steht nur noch wenig „Aufstiegsraum“ zur Verfügung.

Tab. 3: Intergenerationale Mobilität: Zugangschancen zu den beiden höchsten Angestellten- und Beamtenkategorien für männliche Erwerbstätige

Berufliche Stellung des Vaters	1970 ¹		1979 ¹	
	Alle Söhne	Söhne mit Abitur, Fachhochschulreife	Alle Söhne	Söhne mit Abitur, Fachhochschulreife
	in %			
Landwirte	4	52	18	84
Arbeiter	5	63	11	74
Einfache Angestellte u. Beamte, Meister	12	75	22	65
Mittlere Angestellte u. Beamte, Werkmeister	25	72	38	73
Gehobene Beamte, höhere Angestellte	50	82	55	75
Höhere Beamte, leitende Angestellte	52	71	54	68
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	18	60	25	55
Insgesamt	12	69	23	69
Zahl der Fälle	3 979	319	3 470	542

¹ Die Angaben für 1970 beziehen sich auf die Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939, die Angaben für 1979 auf die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1948.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

Im Kohortenvergleich ist mit Ausnahme der höchsten Statusgruppe eine Verbesserung der Aufstiegschancen über alle beruflichen Stellungen hinweg zu beobachten. Diese Tendenz ist auch dann zu erkennen, wenn Aufstieg enger definiert wird und lediglich Bewegungen in nicht benachbarte Kategorien Berücksichtigung finden.

Das Risiko, im Generationenvergleich sozial abzustiegen, ist dementsprechend für die jüngere der beiden betrachteten Kohorten geringer geworden. Der Tendenz nach ist es erwartungsgemäß um so größer, je höher der Status des Vaters ist. Allerdings ist die Gefahr einer „sozialen Deklassierung“, d. h. eines Abstiegs in die Gruppe der un- und angelernten Arbeiter für die Mittelschichtssöhne sehr gering: Der Anteil derjenigen, die un- oder angelernte Arbeiter geworden sind, bewegt sich zwischen 1 % und 7 %.

Tab. 3 ist zu entnehmen, wie ungleich die Chancen verteilt sind, Zugang zu den statushöchsten Arbeitnehmerpositionen zu gewinnen: nur jeder zehnte zwischen 1940 und 1948 geborene Arbeitersohn, aber mehr als jeder zweite Sohn eines höheren Beamten oder leitenden Angestellten nahm 1979 eine entsprechende Position ein.

Die Feststellung, daß die Söhne von Vätern mit einem hohen beruflichen Status über bessere Chancen verfügen, selbst entsprechende Positionen einzunehmen, führt zu der weitergehenden Frage, über welche Mechanismen dieser Zusammenhang vermittelt wird und welche Bedeutung Bildungsabschlüsse für die Statuszuweisung haben. Wie *Tab. 3* zeigt, fallen die Herkunftsunterschiede wesentlich geringer aus, wenn Personen mit gleichen Bildungsabschlüssen, d. h. hier die Söhne mit Abitur oder der Fachhochschulreife, verglichen werden. Allerdings werden die Herkunftsunterschiede in den Zugangschancen zu den statushohen Berufen auch für Personen, die über gleich hohe Bildungsabschlüsse verfügen, lediglich reduziert und nicht vollständig ausgeglichen, wobei die Höhe des erreichten Bildungsabschlusses zudem selbst maßgeblich von der sozialen Herkunft determiniert ist (vgl. Teil I, Kap. 2).

Die Abhängigkeit der Zugangschancen von der sozialen Herkunft vor und nach Kontrolle des Bildungsabschlusses bleibt im Vergleich der beiden betrachteten Kohorten unverändert. Allerdings sind die Chancen, eine höhere Angestellten- oder Beamtenposition einzunehmen, für die Angehörigen der jüngeren Kohorten wegen der Zunahme entsprechender Positionen insgesamt größer geworden. Diese Expansion höherer Angestellten- und Beamtenpositionen ist denjenigen Herkunftsgruppen überproportional zugute gekommen, die, wie z. B. die Söhne von Arbeitern und Landwirten, nur über vergleichsweise geringe Zugangschancen zu derartigen Berufen verfügen. Die Verbesserung der Chancen für diese Gruppen ist neben einer Veränderung der Beschäftigtenstruktur auch auf eine überproportionale Vergrößerung des Abiturientenanteils zurückzuführen.

12.3 Intragenerationale Mobilität

Intragenerationale Mobilität umfaßt Veränderungen des beruflichen Status innerhalb der individuellen Erwerbsbiographie. Von besonderem Interesse sind dabei die Chancen und Risiken unterschiedlicher Beschäftigtengruppen, während ihres Erwerbslebens beruflich auf- oder abzustiegen.

Wir beschränken uns an dieser Stelle darauf, den Berufsverlauf in den ersten 10 bis 14 Jahren nach dem Eintritt in das Erwerbsleben zu betrachten und vergleichen zwei Berufseintrittskohorten: Erwerbstätige, die zwischen 1956 und 1960 und Erwerbstätige,

die zwischen 1965 und 1969 erstmals berufstätig waren. Für beide Gruppen betrachten wir den beruflichen Status zum Zeitpunkt ihrer ersten Berufstätigkeit nach der Ausbildung und stellen ihm den beruflichen Status gegenüber, den sie 10 bis 14 Jahre später, d. h. 1970 bis 1979, innehatten.

Tab. 4: Intragenerationale Mobilität: Berufliche Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken für männliche Erwerbstätige

Berufliche Stellung nach Abschluß der Ausbildung	Aufstiege		Aufstiege in nicht benachbarte Kategorien		Abstiege		Abstiege in nicht benachbarte Kategorien	
	1970 ¹	1979 ¹	1970	1979	1970	1979	1970	1979
	in %							
Ungelernte Arbeiter	58	62	32	33	– ²	–	–	–
Angelernte Arbeiter	25	32	10	23	1	0	–	–
Facharbeiter	30	36	24	29	10	8	1	1
Vorarbeiter, einfache Beamte	27	50	25	48	10	5	1	3
Meister, einfache Angestellte	38	41	7	16	10	9	8	5
Werkmeister, mittlere Angestellte u. Beamte	25	37	12	19	5	4	4	4
Höhere Angestellte, gehobene Beamte	15	23	–	–	12	7	4	2
Leitende Angestellte, höhere Beamte	–	–	–	–	19	5	14	3

¹ Die Angaben für 1970 beziehen sich auf Personen, die zwischen 1956 und 1960, die Angaben für 1979 auf Personen, die zwischen 1965 und 1969 erstmals berufstätig waren.

² Indikator nicht definiert.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

In den Aufstiegsquoten machen sich zunächst wieder die sogenannten Boden- und Deckeneffekte bemerkbar, wenn festzustellen ist, daß ungelernete Arbeiter die besten und höhere Angestellte und gehobene Beamte die schlechtesten Aufstiegschancen haben. Bemerkenswert ist jedoch, daß angelernte Arbeiter und Facharbeiter – obwohl sie theoretisch über mehr Aufstiegschancen verfügen – seltener beruflich aufsteigen als die Erwerbstätigen in den unteren Angestellten- und Beamtenberufen. Dieses Muster bleibt im Prinzip auch dann erhalten, wenn als Aufstieg nur die Bewegungen in höhere, nicht

benachbarte Statuskategorien gewertet werden. Allerdings reduziert sich unter diesen Umständen die Aufstiegsquote der ungelernten Arbeiter beträchtlich. Die mit Abstand besten, so definierten Aufstiegschancen haben einfache Beamte. Im Kohortenvergleich haben sich die Aufstiegschancen der Tendenz nach leicht, für einzelne Gruppen sogar deutlich verbessert.

Berufliche Abstiege sind im Vergleich zu Aufstiegen weitaus seltener zu verzeichnen. Allerdings ist bei der Interpretation der insgesamt recht niedrigen Abstiegsquoten zu berücksichtigen, daß die verwendeten Indikatoren zur intragenerationalen Mobilität allenfalls die erste Hälfte des Berufslebens umfassen und das Risiko eines beruflichen Abstiegs möglicherweise gerade in späteren Phasen des Erwerbslebens, die hier nicht erfaßt werden, zunimmt.

(Heinz-Herbert Noll)

13 Subjektives Wohlbefinden

Informationen über das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger sind eine notwendige Ergänzung zu Informationen über die objektiven Lebenslagen von Haushalten und Individuen. Denn nur dann, wenn bekannt ist, wie die Lebensbedingungen der Bürger sind und wie die einzelnen Personen und Familien ihre eigene Situation bewerten, wie zufrieden oder unzufrieden sie z. B. mit ihrem Einkommen oder ihrer Wohnung sind, welche Sorgen und Probleme sie haben, kann ein umfassendes Bild der Lebensqualität erstellt werden.

Die Antworten auf Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Leben und nach der Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen stellen wichtige Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung dar. Sie geben uns Aufschluß darüber, wie der einzelne Bürger vor dem Hintergrund seiner spezifischen Erwartungen und Ansprüche die objektiv gegebene Situation bilanzierend bewertet. Zufriedenheit und Unzufriedenheit sind in diesem Zusammenhang Maße, die verschiedene Dimensionen individueller Bewertungsprozesse vereinigen: Sie sagen uns etwas über das wahrgenommene Verhältnis zwischen objektiver Lage und subjektiver Bewertung, sie repräsentieren das Ergebnis von Vergleichsprozessen etwa mit Freunden und Bekannten, und sie weisen z. B. im Falle von massiv geäußelter Unzufriedenheit auf potentielle Handlungen hin, diese Unzufriedenheit und die sie verursachende Situation zu ändern. Diese Angaben sind wichtige Indikatoren für das Wohlfahrtsniveau in der Bundesrepublik Deutschland und für die von den Bürgern wahrgenommene Lebensqualität.

13.1 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Die Untersuchungen zur Lebensqualität und deren Entwicklung in den letzten zehn Jahren hatten insgesamt das Ergebnis, daß das Wohlfahrtsniveau in der Bundesrepublik Deutschland trotz nicht unbedeutender Veränderungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auf eher hohem Niveau stabil bleibt. Auch der scheinbar widersprüchliche Befund von zum Teil dramatischen Veränderungen hin zu negativen Bewertungen in einzelnen Lebensbereichen, wie z. B. im Umweltschutz, ändert bisher kaum etwas an diesem generellen Muster.

Die Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel unterstützen diese These. Obwohl die Panelergebnisse aufgrund einer anderen Befragungsmethode (alle Haushaltsmitglieder über 16 Jahren wurden befragt; Deutsche und Ausländer sind in der Stichprobe) nicht unmittelbar mit den Ergebnissen aus den Wohlfahrtssurveys vergleichbar sind, werden die diesbezüglichen Befunde in der Tendenz bestätigt.

Tab. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen 1984

	Insge- samt	Männer	Frauen	Altersgruppen bis 29. J. 30–59 J. 60 u. ä.		
	in %					
Zufriedenheit mit:						
Gesundheit						
– eher unzufrieden	17	16	18	6	15	31
– eher zufrieden	68	72	63	86	70	47
davon hochzufrieden	20	21	19	33	19	11
Mittelwert ¹	6,8	7,0	6,7	8,1	6,9	5,5
Einkommen						
– eher unzufrieden	20	22	19	26	19	16
– eher zufrieden	63	62	64	56	64	68
davon hochzufrieden	15	12	17	9	14	21
Mittelwert	6,4	6,2	6,6	5,9	6,5	6,8
Wohnung						
– eher unzufrieden	10	10	10	15	9	5
– eher zufrieden	81	82	82	73	82	88
davon hochzufrieden	33	31	35	25	33	40
Mittelwert	7,8	7,7	7,9	7,2	7,8	8,3
Arbeit						
– eher unzufrieden	8	8	8	9	7	12
– eher zufrieden	83	84	81	79	84	81
davon hochzufrieden	26	25	29	22	28	29
Mittelwert	7,7	7,7	7,7	7,4	7,8	7,6
Tätigkeit im Haushalt						
– eher unzufrieden	12	19	10	16	12	11
– eher zufrieden	71	60	75	63	70	75
davon hochzufrieden	20	18	21	14	19	24
Mittelwert	7,0	6,5	7,2	6,5	7,0	7,3
Freie Zeit						
– eher unzufrieden	13	12	14	13	16	6
– eher zufrieden	77	79	75	63	70	75
davon hochzufrieden	27	27	27	22	23	41
Mittelwert	7,4	7,4	7,3	7,3	7,0	8,1

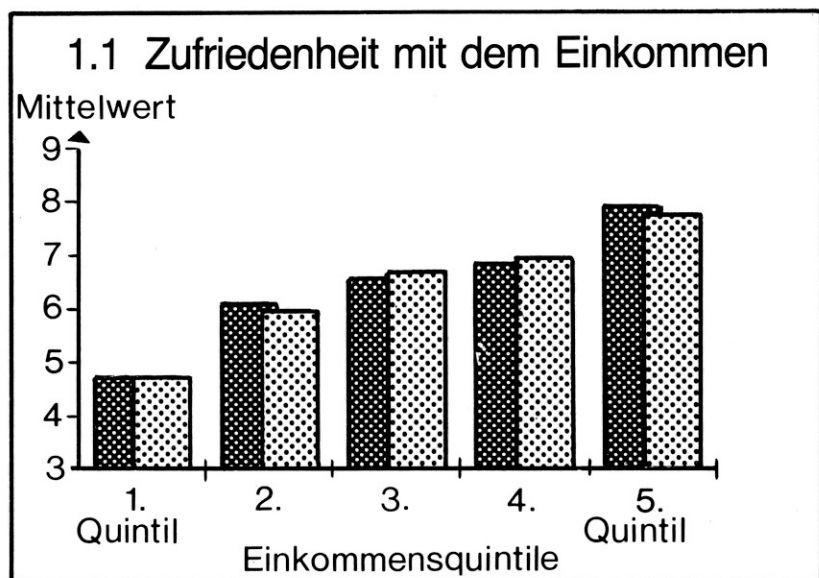
1 Hierbei handelt es sich nicht um Prozentangaben, sondern um einen Skalenwert. Skalenvorgabe von 0 = „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 = „ganz und gar zufrieden“. „Eher unzufrieden“ = 0–4, „eher zufrieden“ = 6–10, „hochzufrieden“ = 10.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Bei den im Sozio-ökonomischen Panel jährlich erfragten Zufriedenheiten¹ mit privaten Lebensbereichen (vgl. Tab. 1) finden wir 1984 die höchsten Zufriedenheitsmittelwerte im Wohnungsbereich (7,8) und im Bereich der Arbeit (7,7), die relativ niedrigsten Werte liegen mit 6,8 im Bereich der Gesundheit und mit 6,4 im Einkommensbereich. Entsprechend liegen die höchsten Unzufriedenheitsanteile mit 20 % im Einkommensbereich und mit 17 % bei der Gesundheit, während hohe Anteile von Hochzufriedenen vor allem im Wohnungsbereich (33 %) und im Freizeitbereich (27 %) auftreten. Ein Vergleich der Werte von 1984 und 1985 macht zunächst deutlich, daß keine großen Veränderungen stattgefunden haben. In allen Bereichen ist eine leicht sinkende Tendenz festzustellen, wobei vor allem der Anteil der Hochzufriedenen zurückgeht; die über die Mittelwerte gebildete Rangordnung bleibt jedoch 1985 erhalten.

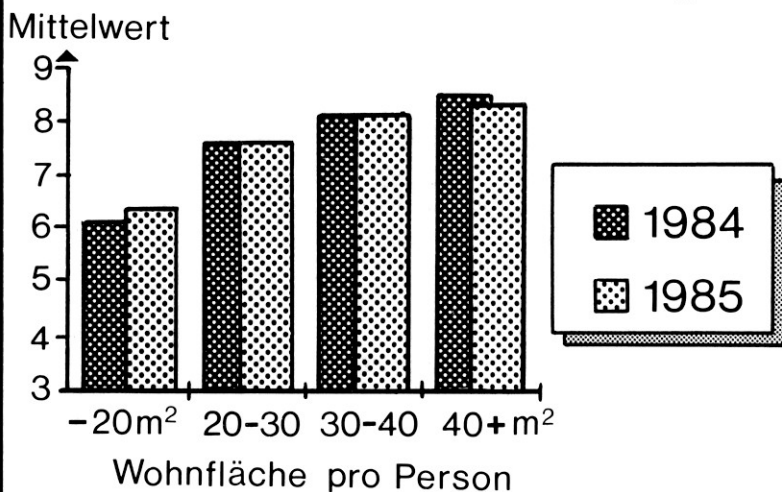
Hinter diesen globalen Zufriedenheitswerten der Gesamtbevölkerung verbergen sich zum Teil beachtenswerte Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen. Die wesentlichen Ursachen liegen darin, daß objektive Lebensbedingungen ungleich verteilt

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach ausgewählten objektiven Indikatoren

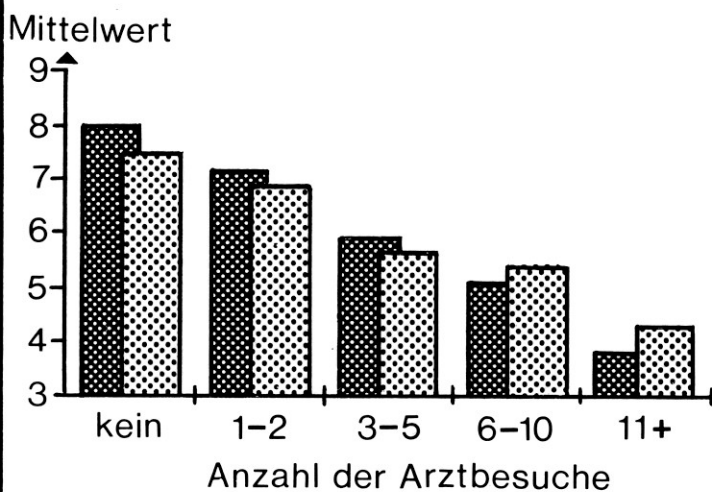


1 Frage: „Wie zufrieden sind Sie heute mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens?“. Skalenvorgabe von 0 = „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 = „ganz und gar zufrieden“ für die Bereiche Gesundheit, Haushaltseinkommen, Wohnung, Arbeit (nur: Erwerbstätige), Haushaltstätigkeit (nur: im Haushalt Tätige) und Freizeit.

1.2 Zufriedenheit mit der Wohnung



1.3 Zufriedenheit mit der Gesundheit



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

sind und daß verschiedene Gruppen unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen haben. So äußern z.B. ältere Personen bekanntermaßen eher gesundheitliche Beschwerden als jüngere Personen, und dies drückt sich dann auch in der entsprechenden Zufriedenheitsbewertung aus (siehe auch Kap. 10.1); die Wohnungszufriedenheit hängt nicht nur von den jeweiligen, individuell verschiedenen Ansprüchen an die Wohnung ab, sondern auch von objektiven Bedingungen der Wohnungsgröße und -ausstattung (siehe auch Kap. 6.3). In Abb. 1 wird beispielhaft dargestellt, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen ungleiche Lebensbedingungen bewerten.

Dabei soll auf einige Veränderungen zwischen 1984 und 1985 aufmerksam gemacht werden. So zeigen sich sowohl für 1984 als auch für 1985 im Wohnungs-, Einkommens- und Gesundheitsbereich deutliche Zusammenhänge zwischen den ausgewählten objektiven Indikatoren und den subjektiven Bewertungen.

Die Feststellung, daß das Wohlfahrtsniveau in der Bundesrepublik insgesamt gesehen auf relativ hohem Niveau stabil bleibt, darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir auf der individuellen Ebene erhebliche Unterschiede registrieren. Gründe für derartige Fluktuationen sind z. B. darin zu sehen, daß Veränderungen auf der objektiven Seite stattgefunden haben (z. B. Wohnungswechsel; Veränderungen in der beruflichen Tätigkeit) oder daß persönliche Wichtigkeiten einzelner Lebensbereiche auch einem Wandel unterliegen.

Betrachtet man die Zufriedenheitsangaben zu einzelnen Lebensbereichen zwischen 1984 und 1985, dann scheinen auf den ersten Blick erhebliche Veränderungen stattgefunden zu haben, wobei in den meisten Bereichen mehr Verschlechterungen als Verbesserungen erkennbar sind (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Individuelle Zufriedenheitsverläufe 1984 bis 1985

Zufriedenheit mit	Zufriedenheit 1985 im Vergleich zu 1984			Von den 1984 eher Unzu- frieden sind 1985 eher Zu- frieden	
	besser	gleich	schlechter	eher zu- frieden	eher unzu- frieden
	in %				
Gesundheit	35	27	39	52	11
Wohnung	32	32	36	52	5
Einkommen	39	24	37	34	11
Arbeit	31	30	39	63	5
Freizeit	35	25	40	52	11
Tätigkeit im Haushalt	36	25	39	47	9

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Doch diese Angaben stellen nicht notwendigerweise eine beachtenswerte Wende zu Unzufriedenheit dar. Sprünge von „Zufriedenheit“ in „Unzufriedenheit“ sind eher Ausnahmen. Während z. B. jeder Zehnte, der 1984 mit seiner Gesundheit zufrieden war, ein Jahr später damit eher unzufrieden ist, äußert sich etwa jeder Zweite, der 1984 eher unzufrieden war, ein Jahr später als zufrieden.

Aus weiteren Auswertungen wird deutlich, daß beide Extrempositionen (hohe Zufriedenheit und massive Unzufriedenheit) weniger stabil sind als Mittelpositionen. Individuelle Veränderungen über die Zeit aus solchen extremen Befindlichkeiten sind daher wahrscheinlicher als andere Fluktuationen. Wir ziehen daraus den Schluß, daß z. B. eine hohe Unzufriedenheit im allgemeinen kein Dauerzustand ist, sondern eher eine kurzzeitige individuelle Bewertung darstellt.

13.2 Sorgen der Bundesbürger

Sorgen sind neben dem Ausmaß der Zufriedenheit wichtige Komponenten, die das subjektive Wohlbefinden beeinflussen. Zwischen beiden Dimensionen besteht zwar ein Zusammenhang, es gibt jedoch auch einen deutlichen qualitativen Unterschied: Sorgen sind für das Individuum bedrohlicher als Unzufriedenheit, da sie Ausdruck einer größeren Deprivation sind. Man kann das damit erklären, daß Bewertungen in der Regel vor dem Hintergrund eines „Ist-Soll-Vergleichs“ stattfinden. Sowohl bei Unzufriedenheit als auch bei Sorgen erreicht der „Ist“-Zustand nicht das „Soll“. Bei den Sorgen ist diese Diskrepanz jedoch höher.

Im Sozio-ökonomischen Panel wurde den Befragten ein Fragenkatalog zu dem Aspekt Sorgen vorgelegt². Es ergibt sich dabei eine Antwortverteilung, die den Ergebnissen des Wohlfahrtssurveys entspricht. Öffentliche Bereiche werden eher mit einem größeren Ausmaß von negativen Einschätzungen bewertet als private Bereiche (vgl. Tab. 3). Von den angesprochenen Lebensbereichen stehen sowohl 1984 als auch 1985 die Sorgen um den Schutz der Umwelt und die Sicherung des Friedens an der Spitze. Bei beiden Indikatoren ist allerdings ein leichter Rückgang von „großen Sorgen“ festzustellen.

Große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung äußert rund ein Drittel der Befragten, während rund ein Fünftel die eigene wirtschaftliche Situation und deutlich weniger als ein Fünftel die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes anführt.

Die Prozentpunktunterschiede weisen dabei auf ein interessantes Phänomen hin: Bis auf die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist bei allen anderen Problembereichen eine Verbesserung sichtlich häufiger zu beobachten als eine Verschlechterung.

2 „Wie ist es mit den folgenden Gebieten? Machen Sie sich da große (einige, keine) Sorgen? – um die wirtschaftliche Entwicklung? – um die eigene wirtschaftliche Situation? – um den Schutz der Umwelt? – um die Erhaltung des Friedens? – um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“

Tab. 3: Sorgen in der Bevölkerung 1984 und 1985

	Sorgen um . . .				die Sicher- heit des eigenen Arbeitspl.
	die allge- meine wirt- schaftliche Entwicklung	den Schutz der Umwelt	die Erhaltung des Friedens	die eigene wirtschaftl. Situation	
	in %				
1984					
Große Sorgen	34	53	54	20	16
Einige Sorgen	54	40	37	41	31
Keine Sorgen	12	8	10	39	53
1985					
Große Sorgen	32	47	49	20	12
Einige Sorgen	55	45	40	42	28
Keine Sorgen	13	8	11	38	61
1984–1985					
Sorgen 1985 größer als 1984	22	16	19	22	14
Sorgen 1985 geringer als 1984	24	23	24	21	23

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Eine Analyse nach soziodemographischen Gesichtspunkten erbringt für besonders betroffene Gruppen deutliche Zusammenhänge. Große Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes haben insbesondere Jüngere; Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen sich vor allem Landwirte, Arbeitslose, Alleinerziehende, Geschiedene und natürlich einkommensschwache Gruppen. Große Sorgen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung finden wir vor allem bei Landwirten und Arbeitslosen; die objektiv und/oder subjektiv wahrgenommene Beeinträchtigung der eigenen Lebenschancen durch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung scheint sich in diesem Befund auszudrücken. Auch hier zeigen sich deutliche individuelle Veränderungen zwischen 1984 und 1985. Bei den Indikatoren „allgemeine wirtschaftliche Entwicklung“ und „eigene wirtschaftliche Situation“ ist eine Verschlechterung häufiger zu beobachten als eine Verbesserung. Bei den drei anderen Problembereichen verhält es sich genau umgekehrt (vgl. Tab. 3).

13.3 Sorgen und Unzufriedenheit

Der Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen soll im folgenden am Beispiel der Einkommenszufriedenheit und der Einstellung zur wirtschaftlichen Situation aufgezeigt

Tab. 4: Zufriedenheit mit dem Einkommen und Sorgen
um die wirtschaftliche Situation 1984–1985

	Insgesamt		Veränderungen von 1984 nach 1985			
	1984	1985	Unzufrieden und Sorgen	keine Sorgen	Zufrieden und Sorgen	keine Sorgen
	1984	1985	1984	1984	1984	1984
	in %					
Unzufrieden/Sorgen	12	11	50	23	18	4
Unzufrieden/keine Sorgen	11	12	17	27	10	7
Zufrieden/Sorgen	10	8	12	9	20	8
Zufrieden/keine Sorgen	68	69	22	41	52	81

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

werden. Das allgemeine Ergebnis, daß zu beiden Befragungszeitpunkten die Mehrheit der Bevölkerung mit ihrer finanziellen Situation zufrieden ist und keine Sorgen hat (vgl. Tab. 4) verdeutlicht noch einmal das von der Bevölkerung wahrgenommene hohe und stabile Wohlfahrtsniveau. Aber immerhin rund ein Zehntel bildet das andere Extrem: Es ist unzufrieden und äußert große Sorgen, doch dürfte in dieser Gruppe eine hohe individuelle Fluktuation auftreten.

Ein positives subjektives Wohlbefinden (Zufriedenheit und keine Sorgen) ist stabiler als ein negatives (Unzufriedenheit und Sorgen). Während in der letztgenannten Gruppe bei 50 % keine Veränderungen zu registrieren sind, beträgt der entsprechende Wert für das positive subjektive Wohlbefinden 81 %. Die geringere Stabilität bei negativen Zuständen ist dabei auch auf vermehrte individuelle Anstrengungen zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation zurückzuführen. Dabei muß sich keineswegs die objektive Lebenssituation verändert haben. Denkbar sind ebenso psychische Anpassungsprozesse im Bereich individueller Ansprüche und Orientierungen, die in eine resignative Form von Zufriedenheit münden.

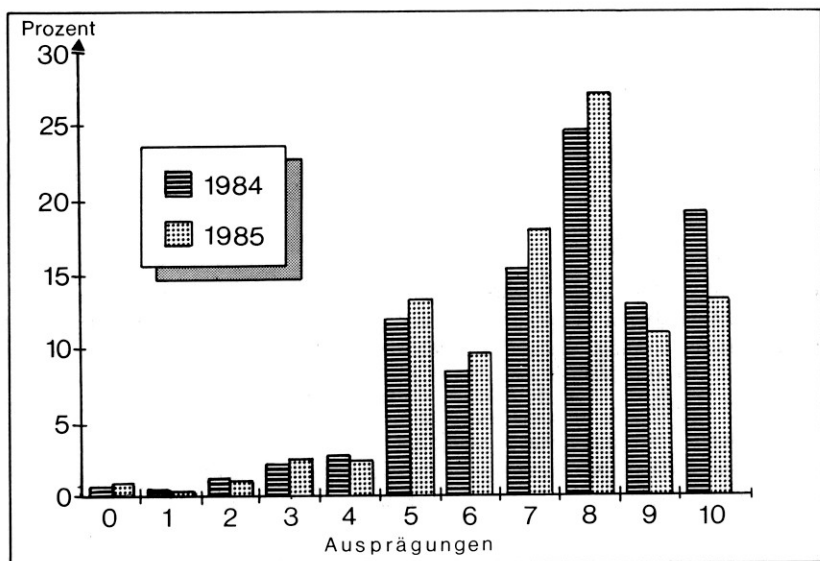
13.4 Lebenszufriedenheit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist ein globales Maß für das individuelle Wohlbefinden. In diesem Indikator dokumentiert sich über die einzelnen Lebensbereiche hinweg eine übergreifende Bilanzierung der persönlichen Lebensumstände. Wir benutzen deshalb diesen Indikator als zentrales Maß für die wahrgenommene Lebensqualität.

Die entsprechenden Angaben der Befragten für 1984 und 1985 (vgl. Abb. 2) weichen nur unwesentlich von den Ergebnissen früherer Befragungen im Rahmen der Wohlfahrtssur-

veys ab. Die große Mehrheit äußert sich als mit ihrem Leben zufrieden und – gemessen an individuellen Veränderungen zwischen 1984 und 1985 – bleibt es auch: Mehr als zwei Drittel ordnen sich zu beiden Zeitpunkten im oberen Skalenbereich ein. Demgegenüber ist, noch stärker als bei den Einzelzufriedenheiten, eine zeitlich andauernde Unzufriedenheit nahezu ausgeschlossen. Lediglich 2 % aller Befragten äußern sich in beiden Jahren als mit ihrem Leben unzufrieden.

Abb. 2: Lebenszufriedenheit 1984 und 1985



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Man darf allerdings aus diesen Ergebnissen nicht voreilig den Schluß ziehen, daß alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit aufweisen. Ungleiche objektive Lebensbedingungen z. B. im Einkommensbereich beeinflussen nicht nur die Zufriedenheit mit dem Einkommen, sondern darüber hinaus auch die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Unterschiede in der allgemeinen Lebenszufriedenheit zeigen sich vor allem dann, wenn man nicht nur die objektiven Bedingungen, sondern auch die subjektiven Einschätzungen der einzelnen Lebensbereiche betrachtet. Tab. 5 verdeutlicht, daß die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit in den verschiedenen Lebensbereichen insgesamt eine nicht unbedeutende Auswirkung auf das globale subjektive Wohlbefinden haben.

Tab. 5: Allgemeines subjektives Wohlbefinden in Abhängigkeit von der Zufriedenheit in Lebensbereichen 1984 und 1985

	Allgemeine Lebenszufriedenheit	
	1984	1985
	Mittelwert	Mittelwert
Insgesamt	7,4	7,2
Zufriedenheit ¹ in Lebensbereichen		
Gesundheit		
Unzufrieden	5,8	5,7
Teils/teils	7,0	6,6
Zufrieden	7,9	7,7
Einkommen		
Unzufrieden	6,0	5,6
Teils/teils	6,9	6,7
Zufrieden	8,0	7,8
Wohnung		
Unzufrieden	5,9	5,6
Teils/teils	6,4	6,1
Zufrieden	7,7	7,4
Arbeit		
Unzufrieden	6,2	5,7
Teils/teils	6,4	6,4
Zufrieden	7,8	7,6
Tätigkeit im Haushalt		
Unzufrieden	6,1	5,8
Teils/teils	6,6	6,5
Zufrieden	7,8	7,6
Freizeit		
Unzufrieden	6,3	6,0
Teils/teils	6,7	6,6
Zufrieden	7,7	7,5

1 Skalenvorgabe von 0 = „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 = „ganz und gar zufrieden“; „unzufrieden“ = 0–4; „teils/teils“ = 5; „zufrieden“ = 6–10.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

Die Daten des Sozio-ökonomischen Panels bieten jedoch nicht nur Informationen zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt, sie bieten darüber hinaus die Möglichkeit, die Einschätzung der Befragten über die zukünftige Entwicklung (gemessen an der in einem Jahr

erwarteten allgemeinen Lebenszufriedenheit) mit der tatsächlichen Situation ein Jahr später zu vergleichen. Die zukünftig erwartete Lebenszufriedenheit zeigt, ob die Bürger eine eher zukunftsoptimistische oder -pessimistische Einstellung besitzen.

Die Mehrheit der Bürger ist weder besonders optimistisch noch besonders pessimistisch (vgl. Tab. 6), doch besteht ein erkennbarer Zusammenhang zwischen der Einschätzung (erwartete Lebenszufriedenheit in einem Jahr) und dem tatsächlichen Wohlbefinden (Lebenszufriedenheit 1985): Befragte, die eine Verbesserung erwarten, können dies mehrheitlich auch „realisieren“. Das subjektive Wohlbefinden erscheint daher als relativ stabil und ist in der Einschätzung der Bürger eher auf Kontinuität als auf antizipierte Umbrüche gerichtet.

Tab. 6: Erwartete Lebenszufriedenheit in einem Jahr und tatsächliche Entwicklung der Lebenszufriedenheit 1984 bis 1985

Lebenszufriedenheit 1985 im Vergleich zu 1984	Verbesserung	gleichbleibend	Verschlechterung
	in %		
Erwartete Zufriedenheit ¹	19	64	17
Tatsächliche Entwicklung ² 1984–1985			
Verbesserung	52	27	25
Gleichbleibend	22	30	26
Verschlechterung	26	43	48
Insgesamt	32	28	41

1 Erwartete Zufriedenheit: Angaben im Jahr 1984 über die vermutete Zufriedenheit ein Jahr später.

2 Tatsächliche Entwicklung: Vergleich der Angabe von 1985 mit der von 1984.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1–Welle 2.

13.5 Lebenszufriedenheit, Sorgen und Unzufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen

Wie Sorgen und Unzufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen gemeinsam die allgemeine Lebenszufriedenheit in einem negativen Sinn beeinflussen, soll hier kurz skizziert werden. Einzelne Sorgen und Unzufriedenheit in wenigen Bereichen beeinträchtigen insgesamt kaum das allgemeine Wohlbefinden. Problematisch wird die Situation aber dann, wenn die Defizite kumulieren. So hatte 1984 und 1985 jeweils fast die Hälfte der Befragten mindestens in drei Lebensbereichen Sorgen oder war unzufrieden; 15 % bzw.

13 % hatten sogar in mindestens fünf Lebensbereichen subjektive Defizite (vgl. Tab. 7). Und diese Kumulation von negativem Wohlbefinden wirkt sich natürlich auf das allgemeine subjektive Wohlbefinden aus: Im letztgenannten Fall lag der Anteil der mit dem Leben Unzufriedenen 1984 bei 50 %, 1985 bei 40 %. Im Vergleich dazu waren es deutlich weniger als 5 %, wenn keine Sorgen oder spezifische Unzufriedenheiten berichtet wurden.

Tab. 7: Kumulation von Sorgen und Unzufriedenheit

Summe der genannten Unzufriedenheiten und Sorgen	1984	1985	Allgemeine Lebenszufriedenheit Anteil „unzufrieden“			
					1984	1985
			in %		Mittelwert	
0	13	16	0	3	8,3	7,9
1	16	20	5	6	7,9	7,6
2	23	20	8	6	7,8	7,5
3	21	19	18	11	7,7	7,5
4	13	12	17	30	7,0	6,6
5 und mehr	15	13	53	43	6,0	6,0

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Längsschnitt-Datensatz, Welle 1 – Welle 2.

Eine tiefergehende Analyse läßt auch hier kaum hohe Defizite über die Zeit hinweg erkennen. Die wenigsten Befragten haben im Vergleich 1984 mit 1985 konstant gleich viel Sorgen oder Unzufriedenheiten. Veränderungen schlagen sich dabei jeweils auf die Lebenszufriedenheit nieder, die sich entsprechend verbessert oder verschlechtert.

Insgesamt machen die Analysen mit den Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel deutlich, daß das erreichte Wohlfahrtsniveau nur punktuell beeinträchtigt wird. Stabilität des subjektiven Wohlbefindens ist eher die Regel als die Ausnahme.

(Roland Habich / Detlef Landua / Hans-Michael Mohr)

C. Gesellschaftliche Probleme

14 Bildungsexpansion und Einstellungen zur Bildung

In allen westlichen Industrieländern läßt sich in den letzten drei Jahrzehnten beobachten, was heute unter dem Schlagwort „Bildungsexpansion“ bekannt ist: Der Anteil der Schüler eines jeweiligen Jahrgangs ist im Sekundarschulwesen stark angestiegen. In Deutschland ist dieser Anstieg zwischen 1965 und 1975 besonders stark und wird von Perioden relativer Stagnation der Bildungsbeteiligung umrahmt (vgl. Teil I, Kap. 2.3). Objektiv bedeutet die Bildungsexpansion eine enorme Steigerung von Lebenschancen – nicht nur für die betroffenen Schüler, sondern für die gesamte Bevölkerung; die Chancen jeder Familie, Kinder auf eine weiterführende Schule zu schicken, haben sich im Zeitraum von 1965 bis 1975 etwa verdoppelt. Wie spiegelt sich diese objektive Entwicklung in den subjektiven Einstellungen der Bevölkerung? Gibt es Parallelen oder Widersprüche zwischen beiden Entwicklungen? Wird die Bildungsexpansion als eine Steigerung von Bildungschancen empfunden?

14.1 Bildungsexpansion und Ungleichheit zwischen den Generationen

Natürlich steigert die Bildungsexpansion die Bildungschancen der Schüler. Solange das Bildungsangebot stagniert, wird jeder Altersjahrgang etwa gleich viele Mitglieder in weiterführende Schulen schicken; die Kinder sind nicht besser ausgebildet als ihre Eltern, es gibt keine Ungleichheit zwischen den Generationen. Alter und Bildung sind unabhängig voneinander. Sobald aber das Bildungsangebot expandiert, kommt es zuerst den jüngeren Jahrgängen zugute; sie werden besser ausgebildet als ihre Eltern, es entstehen Ungleichheiten zwischen den Generationen. Alter hängt dann negativ mit Bildung zusammen. Jede nachfolgende Generation, die ein noch besseres Angebot ausschöpft, wird die Ungleichheit zwischen den Generationen vergrößern und den negativen Zusammenhang zwischen Alter und Bildung verstärken. Aber das Bildungsangebot kann nicht beliebig gesteigert werden; zudem nimmt das Alter der besser ausgebildeten Generationen zu, und der Anteil der schlechter ausgebildeten älteren Generationen geht zwangsläufig zurück. Die Ungleichheit zwischen den Generationen muß sich also wieder verringern, der negative Zusammenhang zwischen Alter und Bildung wieder abschwächen. Die Bildungsexpansion schafft also vorübergehend Ungleichheiten zwischen den Generationen; aber nach ihrem Abschluß ist die Gleichheit wiederhergestellt – allerdings auf einem höheren Niveau als zuvor.

Tab. 1: Ausbildungsgrad in den Alterskohorten 1958 bis 1986:
Prozentsatz weiterführender Abschlüsse (Realschule/Abitur)

Alterskohorten (Geburtsjahrgänge)	1958	1963	1973	1979	1986
	in %				
1963–1968					74
1957–1962				73	63
1950–1956			43	55	51
1940–1949	18	29	30	44	40
1925–1939	19	18	25	29	34
1909–1924	20	18 ¹	23	29	31
1894–1908	15	15 ¹	21	20	27
vor 1894	18	10			
Zusammenhang Tau C ²	–.02	–.07	–.11	–.25	–.31
Prozentsatzdifferenz ³	0	14	22	53	47

1 Die Altersgrenzen dieser Kohorten sind nur näherungsweise zutreffend.

2 Tau C ist ein Maß für die Stärke des Zusammenhangs zwischen Alterskohorten und Bildungsqualifikationen. Das Minuszeichen zeigt an, daß mit höherem Alter das Bildungsniveau niedriger wird. Tau C kann Werte zwischen + 1 und – 1 annehmen.

3 Zwischen jüngster und ältester Gruppe.

Datenbasis: 1958 Zentralarchiv-Studie (ZA) 0022 (N = 1 850), 1963 ZA-Studie 0021 (N = 1 819), 1973 ZA-Studie 1021 (N = 4 150), 1979 ZUMABUS (N = 2 007), 1986 ALLBUS (N = 3 095).

In Tab. 1 ist der Zusammenhang zwischen Alter und weiterführenden Schulabschlüssen für fünf Zeitpunkte zwischen 1958 und 1986 dargestellt. Er kann für jeden Zeitpunkt am Korrelationskoeffizienten und an der Prozentsatzdifferenz zwischen der jüngsten und der ältesten Gruppe abgelesen werden. 1958 – vor der Bildungsexpansion – ist die Korrelation zwischen Alter und Bildung Null; es besteht so gut wie kein Unterschied im Prozentsatz weiterführender Schulabschlüsse zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Zwischen 1963 und 1979 – mit der Bildungsexpansion – kommt eine negative Beziehung zwischen Alter und Bildung auf; zwischen 1979 und 1986 – nach der Bildungsexpansion – verstärkt sich die Differenz zwischen der jüngsten und ältesten Altersgruppe nicht mehr. Offenbar hat die negative Verbindung zwischen Alter und Bildung, die durch die Bildungsexpansion hervorgerufen war, Ende der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreicht; in den nächsten Jahren kann man erwarten, daß sie wieder abflaut. Das kann man sich veranschaulichen, indem man das Schicksal der Generationen zwischen 1958 und 1968 verfolgt. Sie sind als „Kohorten“ dargestellt, als Gruppen einer konstanten Spanne von Geburtsjahrgängen, die im Beobachtungszeitraum gleichsam mitaltern: Es werden zwar nicht dieselben Personen, aber dieselben Personengruppen in neuen Stichproben für jeden Zeitpunkt befragt. 1958 hat die jüngste wie die älteste Kohorte zu 18 % weiterführende Abschlüsse, und dieser Prozentsatz steigert sich bis 1986 – durch nachgeholte Erstabschlüsse und durch Weiterbildung – auf 40 % bzw. 27 %. Der Prozentsatz derer, die in der jüngsten Kohorte schon weiterführende

Abschlüsse haben, steigert sich bis 1979 auf 73 % und bis 1986 auf 74 %. Zwischen 1958 und 1979 öffnet sich eine Schere zwischen den Generationen bis zu 53 Prozentpunkten, die sich 1986 wieder etwas auf 47 Prozentpunkte schließt.

Die Bildungsexpansion schafft also Ungleichheiten zwischen den Generationen. Diese werden wohl erst in 20 Jahren wieder abgeklungen sein, wenn man für ihren Niedergang etwa den gleichen Zeitraum ansetzt wie für ihren Aufstieg. Wichtiger sind die Auswirkungen, die die Ungleichheiten auf das Verhältnis zwischen den Generationen haben könnten. Zunächst steigern die höheren Abschlüsse in den Generationen Chancen der Orientierung und der Teilhabe in Wirtschaft und Politik – so wie es von den Initiatoren der Bildungsexpansion gewünscht war. Im Verhältnis zu den älteren Generationen haben die jüngeren also tatsächlich einen Vorteil: Sie kennen sich besser aus, und sie können besser sagen, was sie wollen. Auf der anderen Seite können die älteren Generationen gegen die größere Versiertheit und die größere Eloquenz der jüngeren ihre Erfahrung mobilisieren. Zwar kennzeichnet der Konflikt zwischen übernommenem und erlebtem Wissen immer das Verhältnis zwischen den Generationen, durch die Bildungsexpansion aber sind die Gewichte heute zugunsten der jüngeren Generation verlagert. Sie meint, mit höheren Abschlüssen auch Anspruch auf mehr Gehör erworben zu haben. Darauf aber könnten die älteren Generationen mit Ressentiment antworten. Kurzum: Die gesteigerten Orientierungs- und Teilhabechancen erhöhen die Konfliktrichtigkeit des Verhältnisses der Generationen.

Aber Bildung bedeutet nicht nur Orientierungs- und Teilhabechancen in Wirtschaft und Politik, sondern auch Statuschancen in der privaten Lebensplanung. Hier aber stehen die jüngeren Generationen nicht mit den älteren, sondern untereinander im Konflikt. Die jüngeren Generationen hoffen, ihre höheren Abschlüsse in mehr Status, in mehr Einkommen, Einfluß und Prestige realisieren zu können. Aber die besseren beruflichen Positionen sind an die älteren Generationen vergeben und werden nicht in dem gleichen Ausmaß frei, wie die besseren Abschlüsse in der jüngeren Generation expandieren – sieht man von der vorübergehenden Expansion des staatlichen Dienstleistungssektors ab, der noch bis in die Mitte der siebziger Jahre Personen mit höheren Bildungsabschlüssen aufnehmen konnte. Wenn dem Anstieg des Bildungsniveaus in den jüngeren Generationen kein Anwachsen höherer beruflicher Positionen mehr entspricht, dann bedeutet ein erhöhtes Bildungsniveau eine schärfere Konkurrenz innerhalb der jüngeren Generation. Die Erwartungen sind gestiegen, die Realisierungschancen geschwunden. Das könnte das Verhältnis zwischen den Generationen wiederum belasten. Die jüngeren Generationen könnten ihrerseits Ressentiments gegen die älteren hegen, die Erwartungen geweckt haben, aber die Realisierung blockieren.

14.2 Wahrnehmung von Bildungschancen

„Hat bei uns jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?“ Mit dieser Frage wurde die Wahrnehmung von Bildungschancen zwischen 1958 und 1986 viermal gemessen. 1958 und 1963 hielten etwa 70 % der

Bevölkerung Chancengleichheit für realisiert, 1979 und 1986 aber nur noch knapp über 50 % (vgl. Tab. 2). Die Bildungsexpansion wird als Minderung von Lebenschancen empfunden; der stärkste Rückgang liegt in der Phase des akuten Wandels zwischen 1963 und 1979, während nach 1979 mit dem Abklingen der Expansion die wahrgenommenen Chancen wieder etwas günstiger beurteilt werden.

Tab. 2: Bewertung von Bildungschancen 1958 bis 1986

Was meinen Sie: Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?				
	1958	1963	1979	1986
	in %			
Ja	66	73	50	52
Nein	32	27	39	41
Weiß nicht, keine Antwort	2	—	11	6

Datenbasis: 1958 Strzelewicz, W./Raapke, H.-D./Schulenberg, W.: Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart: Enke Verlag 1973, S. 74 (N = 1 850), 1963 Zentralarchiv-Studie Nr. 0021 (N = 1 819), 1979 ZUMABUS (N = 2 007), 1986 ALLBUS (N = 3 095).

Tab. 3: Bewertung von Bildungschancen nach Altersgruppen

Was meinen Sie: Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?					
	Ja-Antworten			Differenz ¹	Korrelationskoeffizient Tau B ²
	16–34 Jahre	35–49 Jahre	über 49 Jahre		
	in %				
1958	65	64	72	7	.07
1963	70	75	75	5	.04
1979	44	56	68	24	.21
1986	45	57	66	21	.19

¹ Zwischen jüngster und ältester Gruppe.

² Tau B ist ein Maß für die Stärke des Zusammenhangs zwischen Altersgruppen und der Bewertung von Bildungschancen. Es kann Werte zwischen - 1 und + 1 annehmen.

Datenbasis: siehe Tab. 2.

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind in gleicher Weise von der Bildungsexpansion betroffen. Wie wird die Entwicklung der Chancengleichheit von denen wahrgenommen, die die Bildungsexpansion selbst durchlaufen haben – von den Jüngeren und den besser Ausgebildeten? Die wahrgenommene Chancengleichheit (vgl. Tab. 3) sinkt viel stärker in der jüngsten als in der ältesten Gruppe und viel mehr in der besser ausgebildeten als in der Gruppe mit Hauptschulabschluß. So, wie mit der Bildungsexpansion eine negative Korrelation zwischen Alter und tatsächlichen Bildungschancen entsteht, so ergibt sich eine positive Korrelation zwischen Alter und wahrgenommenen Bildungschancen. Vor der Bildungsexpansion – 1958 und 1963 – ist die positive Wahrnehmung von Bildungschancen in der älteren Gruppe nur wenig größer als in der jüngeren Generation, nach der Bildungsexpansion – 1979 und 1986 – jedoch erheblich stärker ausgeprägt.

Ein ähnliches Bild bietet die Bewertung von Bildungschancen nach unterschiedlichen Bildungsniveaus (vgl. Tab. 4). Vor der Bildungsexpansion – 1958 und 1963 – glaubten die besser Ausgebildeten häufiger, nach der Bildungsexpansion – 1979 und 1986 – jedoch seltener an Chancengleichheit als die Hauptschulabsolventen.

Tab. 4: Bewertung von Bildungschancen nach Allgemeinbildung

Was meinen Sie: Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?				
Ja-Antworten			Korrelations-	
Hauptschule	mehr als Hauptschule	Diffe- renz ¹	koeffizient Tau B ²	
in %				
1958	66	74	8	.05
1963	73	76	3	.02
1979	62	48	– 14	–.13
1986	60	52	– 8	–.09

1 Zwischen jüngster und ältester Gruppe.

2 Tau B ist ein Maß für die Stärke des Zusammenhangs zwischen Altersgruppen und der Bewertung von Bildungschancen. Es kann Werte zwischen – 1 und + 1 annehmen.

Datenbasis: siehe Tab. 2.

Mit der Bildungsexpansion sind die Chancen jeder Familie, Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, objektiv gewachsen. Aber subjektiv wird in der Bevölkerung ein Rückgang von Chancen empfunden. Diese Empfindung ist besonders stark in den Gruppen ausgeprägt, die unmittelbare Nutznießer der Expansion waren: die Jungen und die besser Ausgebildeten. Wenn sie die Expansion bewerten, sind offenbar nicht Orientierungs- und Teilhabechancen der Maßstab, sondern relative Statuschancen der

privaten Lebensplanung. Denn vor allem diese Chancen können durch eine Expansion von Bildungsabschlüssen ohne eine Erweiterung des Angebots entsprechender Berufspositionen gemindert worden sein.

Der stärkste Rückgang wahrgenommener Chancengleichheit findet sich in den jüngeren Kohorten mit besserer Ausbildung; ihnen folgen die jüngeren Kohorten mit Hauptschulabschluß und schließlich die älteren Kohorten, bei denen – gleich auf welchem Bildungsniveau – die Wahrnehmung von Chancengleichheit kaum zurückgeht oder sogar zunimmt. Die jüngeren Kohorten haben selbst die Bildungsexpansion durchlaufen und sind nach Abschluß von Schule oder Studium in den Beruf gegangen. In dieser Gruppe wird der Rückgang von Bildungschancen daher besonders stark empfunden – bei den besser Ausgebildeten wohl als größere Konkurrenz in weiterführenden Schulen und Minderung von Berufschancen trotz hoher Bildungsabschlüsse, bei den Hauptschulabsolventen wohl als relative Benachteiligung und Verdrängung durch besser Ausgebildete. Von den jüngeren unterscheiden sich die älteren Kohorten deutlich. Sie befanden sich in der Regel schon vor der Bildungsexpansion in den ihrem jeweiligen Bildungsabschluß angemessenen Berufspositionen und brauchten keine der genannten Erfahrungen zu machen, durch die die jüngeren Kohorten überrascht wurden. Aus diesem Grunde bleibt die Wahrnehmung von Chancengleichheit in den älteren Kohorten auf jedem Bildungsniveau im wesentlichen konstant.

14.3 Wahrgenommene Wichtigkeit schulischer Leistungen

Wenn höhere Bildungsabschlüsse in den Augen der Bevölkerung keine besseren Statuschancen für die individuelle Lebensplanung mehr garantieren, dann läge es nahe, die Wichtigkeit der Bildung überhaupt abzuwerten. Das aber geschieht nicht. Wie Tab. 5 zeigt, steigt der Anteil derer, die glauben, „Erfolg im Leben sei von einer guten schulischen Leistung abhängig“, zwischen 1979 und 1986 – nach der Bildungsexpansion – noch an und sowohl 1979 als auch 1986 glaubten weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung, daß in Zukunft Schulleistungen für den Lebenserfolg wichtiger werden, obwohl diese Einschätzung leicht rückläufig ist. Die Chancen im Bildungswettbewerb sehen schlechter aus, aber man ist trotzdem stärker gezwungen mitzurennen.

Die Desillusionierung über das Bildungswesen müßte dort am größten sein, wo Folgen der Bildungsexpansion am ehesten spürbar sind: bei den jüngeren und besser Ausgebildeten. Tab. 6 zeigt, daß die eingeschätzte Wichtigkeit von Schulleistungen mit dem Alter steigt und mit der Bildung sinkt: Die jungen Altersgruppen und die Bevölkerung mit Gymnasialabschluß glauben am wenigsten, daß die Schulleistung allein hinreichend für den Lebenserfolg ist. Für die Einschätzung der Bedeutung der Schule finden sich die gleichen Zusammenhänge wie für die Wahrnehmung von Chancengleichheit nach 1979: eine positive Korrelation mit Alter und eine negative Korrelation mit Bildung.

**Tab. 5: Schulleistung und Lebenserfolg:
Gegenwärtige Einschätzung 1979 bis 1986
und Zukunftserwartung 1979 bis 1986**

Ist Ihrer Meinung nach der Erfolg im Leben von einer guten schulischen Leistung abhängig, oder kann man es auch ohne Schulleistungen im Leben zu etwas bringen?

	1979	1986
Gegenwärtige Einschätzung	in %	
Erfolg im Leben ist abhängig von guter Schulleistung	28	30
Eine gute Schulleistung ist für den Erfolg im Leben notwendig, aber sie reicht nicht allein	49	49
Erfolg im Leben ist ohne gute Schulleistung möglich	23	21
Weiß nicht, keine Antwort	0	0

Und wie glauben Sie wird sich dies in der Zukunft entwickeln? Werden gute schulische Leistungen für den Erfolg im Leben wichtiger oder weniger wichtig werden oder werden sie genauso wichtig bleiben wie heute?

	1979	1986
Zukunftserwartung	in %	
Wichtiger	58	54
Genauso wichtig	33	36
Weniger wichtig	8	5
Weiß nicht, keine Antwort	0	4

Datenbasis: 1979 ZUMABUS (N = 2007), 1986 ALLBUS (N = 3095).

**Tab. 6: Schulleistung und Lebenserfolg: Gegenwärtige Einschätzung
in Alters- und Bildungsgruppen 1986**

Schulleistung	Alter			Bildung		
	16-34 Jahre	35-49	über 49	Haupt- schule	Real- schule	Gymna- sium
	in %					
Notwendig für Lebenserfolg	21	33	36	37	24	18
Notwendig, aber nicht hinreichend	56	48	43	41	57	60
Nicht notwendig	23	19	21	21	20	22

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Das Vertrauen in den statussichernden Wert von Bildung wächst mit dem Alter und fällt mit der Bildung. Während die Älteren die Wichtigkeit von Schulleistungen erfahren haben, sind die Jüngeren hier skeptisch. Während die schlechter Ausgebildeten noch glauben, eine gute Schulleistung wäre eine Gewähr für den Lebenserfolg, sehen dies die besser Ausgebildeten viel zurückhaltender. Die Skepsis der Jungen und der gut Ausgebildeten können gleichermaßen eine Spätfolge der Bildungsexpansion sein.

14.4 Lebenschancen, Erfahrungen und Einstellungen

Die Bildungsexpansion bringt objektiv einen Zuwachs an Lebenschancen mit sich. Aber sie wird subjektiv nicht so empfunden. Chancen und Einstellungen folgen zwei verschiedenen Trends.

Beide Trends sind gut dokumentiert: die Bildungsexpansion durch amtliche statistische Daten, der Rückgang positiver Einstellungen zum Bildungswesen durch die hier vorgestellten Befragungen. Der Widerspruch zwischen beiden Trends aber läßt sich auf einer Ebene erklären, über die man nur Vermutungen hegen kann: den Erfahrungen der betroffenen Menschen. Die Erfahrungen sind durch die zunehmende Konkurrenz im Bildungswesen sowie durch gesteigerte Erwartungen und die Entwertung von Bildungsabschlüssen als Statusgarantien bestimmt, durch die die Bildungsexpansion in Zweifel gezogen wird. Aber das ist nicht die einzig mögliche Erklärung für den Widerspruch zwischen den Trends. Eine andere Erklärung wäre, daß die Bildungsexpansion generell kritische Einstellungen zu Politik und Gesellschaft gefördert und damit spezifisch auch die Betrachtung des Bildungswesens pessimistisch eingefärbt hat. Wenn Bildung Chancen der Orientierung und Teilhabe vermittelt, dann könnten objektiv gestiegene Bildungschancen durchaus mit wachsender Kritik am Bildungswesen einhergehen – ganz unabhängig davon, wie sich die Statuschancen durch Bildung gleichzeitig entwickeln und welche Erfahrungen mit Bildungsabschlüssen verknüpft sind. Auch in dieser Perspektive könnte die Bildungsexpansion sich gleichsam selbst geschadet haben. Welche der beiden Erklärungen eher zutrifft, wird man kaum entscheiden können, vermutlich haben beide zu den registrierten Widersprüchen beigetragen.

(Heiner Meulemann)

15 Bildung und Partnerwahl

Im Selbstverständnis der Beteiligten und nach den normativen Erwartungen Dritter ist die Wahl eines Ehepartners Ergebnis einer individuellen, in hohem Maße gefühlsbestimmten Entscheidung. Das bedeutet jedoch nicht, daß bei der Partnerwahl keine Regelmäßigkeiten beobachtet werden können. Heiraten innerhalb und zwischen Angehörigen verschiedener sozialer, ethnischer und religiöser Gruppen sind keineswegs gleich wahrscheinlich. Vielmehr läßt sich stets eine mehr oder minder starke Tendenz zur *Endogamie* feststellen, d. h. eine ausgeprägte Neigung, den Partner aus der eigenen und nicht aus einer fremden Gruppe zu wählen. Wie Mobilität oder geselliger Umgang, so sind auch Heiratsbeziehungen aussagekräftige Indikatoren der Offenheit oder Geschlossenheit sozialer Gruppen und der zwischen ihnen bestehenden sozialen Distanz.

Ein Merkmal von ungeminderter Relevanz für Heiratsentscheidungen in unserer Gesellschaft sind Bildungsunterschiede: So sind z. B. Heiraten zwischen Volks- bzw. Hauptschülern ohne Lehre und Akademikern sehr selten; ihr Anteil beträgt im Mikrozensus 1971 gerade 0,3 % aller Ehen. Daß Frauen höher ausgebildet sind als ihre Ehemänner, ist auch heute noch seltener der Fall als umgekehrt. Diese Frage soll im folgenden näher betrachtet werden.

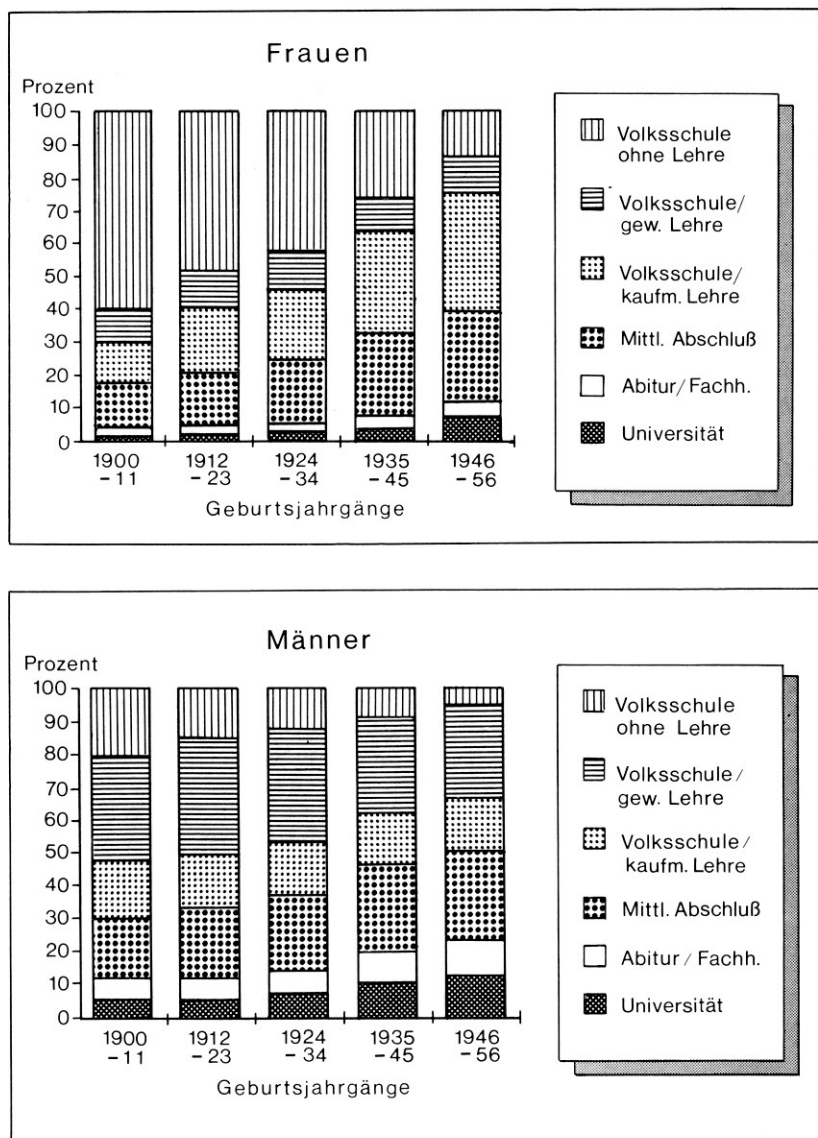
15.1 Bildungsexpansion

In den letzten Jahrzehnten ist nicht nur das Bildungsniveau allgemein gestiegen, sondern die Ausbildungsabschlüsse der Frauen haben sich stärker denen der Männer angeglichen. Welche Folgen hat diese Entwicklung für die Häufigkeit, mit der Frauen und Männer unterschiedlicher Ausbildungsniveaus einander heiraten?

Durch einen Vergleich verschiedener Geburtsjahrgangsgruppen, sogenannter Kohorten, soll diese Frage beantwortet werden. Bei den fünf Kohorten werden jeweils elf bis zwölf Geburtsjahrgänge zusammengefaßt. Aufgrund der allgemeinbildenden und beruflichen Ausbildungsabschlüsse werden sechs Ausbildungsgruppen unterschieden:

1. Volks-/Hauptschule (mit oder ohne Abschluß) und keine Lehre (bzw. keine mindestens zweijährige Ausbildung);
2. Volks-/Hauptschule und gewerbliche, hauswirtschaftliche oder landwirtschaftliche Lehre;
3. Volks-/Hauptschule mit kaufmännischer Lehre (oder Berufsfachschulabschluß bzw. beruflichem Praktikum);
4. Mittlere Abschlüsse: Mittlere Reife, Realschulabschluß, Fachoberschule, Berufsfach- oder Fachschule, Meister- oder Technikerschule, Fachhochschulreife;

Abb. 1: Wandlungen des Ausbildungsniveaus bei Frauen und Männern



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1984 (Kumulierter Datensatz, N = 6669).

5. Abitur (ohne abgeschlossenes Studium), Fachhochschul- oder Ingenieurschulabschluß;
6. Hochschulabschluß.

Der Datensatz wurde durch eine Zusammenfassung von drei Allgemeinen Bevölkerungsumfragen (ALLBUS 1980, 1982, 1984) gebildet.

Abb. 1 spiegelt die stetige Anhebung des Bildungsniveaus wider. In groben Zügen kann man diese Entwicklung wie folgt beschreiben: Zunächst verbessert sich vor allem die berufliche Bildung. Das gilt insbesondere für Frauen, während selbst die ältesten Männer überwiegend zumindest eine Lehre abgeschlossen haben. Bis zu den in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre Geborenen vollzieht sich die Entwicklung in mäßigem Tempo, ja man kann sogar von einer gewissen Verlangsamung bei den Geburtsjahrgängen von 1924 bis 1934 sprechen, die kurz vor oder während des Zweiten Weltkrieges ihre Schul- und Berufsausbildung absolviert haben. Ungefähr ab dem Jahrgang 1935, der bei Kriegsende seine Grundschulzeit abgeschlossen hat, beschleunigt sich die Entwicklung auf allen Ebenen, vor allem jedoch im Bereich der weiterführenden Schulen und der Universitäten. In diesem halben Jahrhundert seit 1935 hat sich die durchschnittliche Ausbildungsdauer der Männer von 10,5 auf 11,6 und der Frauen von 9,3 auf 10,9 Jahre erhöht. Ein Vergleich der Anteile verschiedener Bildungsgruppen über die Zeit hinweg zeigt, daß sich die Bildungsprofile von Männern und Frauen angeglichen haben¹.

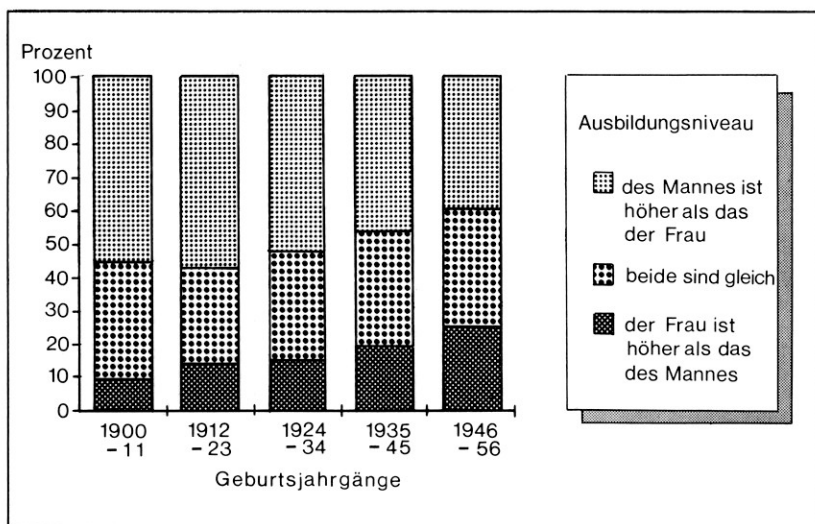
15.2 Partnerwahl und Bildung im Wandel

Betrachtet man die Entwicklung des Ausbildungs-niveaus von Ehepartnern, dann ist der allgemeine Trend eindeutig: Kontinuierlich nimmt der Anteil der Ehen zu, in denen die Frau einen höheren Ausbildungsabschluß besitzt als der Mann, während sich der Anteil der Ehen verringert, in denen der Mann besser ausgebildet ist. Standen unter den zu Beginn dieses Jahrhunderts geborenen Ehepartnern, die in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre heirateten, die Chancen noch 6 zu 1, daß der Mann den höheren Ausbildungsabschluß besaß, so stehen sie in der jüngsten Kohorte, die überwiegend in den siebziger Jahren die Ehe schloß, „nur noch“ 1,5 zu 1. Der Anteil der Ehen, in denen die Partner dasselbe Ausbildungsniveau besitzen, schwankt dagegen – ohne eindeutige Tendenz – und liegt bei etwa einem Drittel (vgl. Abb. 2).

Das Bild ist differenzierter, wenn man die Veränderungen aus der Sicht von Ehemännern und -frauen eines bestimmten Ausbildungs-niveaus betrachtet. Die Daten erlauben zwei generelle Aussagen (vgl. Tab. 1 und Tab. 2).

¹ Diese Trends, und vor allem die Veränderung der relativen Anteile von Frauen und Männern in verschiedenen Ausbildungsgruppen, werden durch die Daten korrekt beschrieben, auch wenn generell – wie fast immer in Umfragen – der Anteil der höheren Bildungsgruppen im Vergleich zur amtlichen Statistik überschätzt wird.

Abb. 2: Wandlungen im Verhältnis des Ausbildungsniveaus von Ehepartnern



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1984 (Kumulierter Datensatz, N = 6669).

Die größten Veränderungen haben sich aus der Sicht der Männer ergeben. Die Wahrscheinlichkeit, eine geringer ausgebildete Frau zu heiraten, ist vor allem bei Männern mit niedrigerem und mit höherem Ausbildungsniveau gesunken, hat sich dagegen nur wenig bei denen mit mittleren Abschlüssen verringert. Spiegelbildlich dazu ist die Wahrscheinlichkeit bei Männern mit niedrigeren Ausbildungsabschlüssen und mit Abitur oder Fachhochschulreife gestiegen, eine Ehe mit einer besser ausgebildeten Frau zu schließen.

Aus der Sicht der Frauen sind die Änderungen wesentlich geringer. Die Wahrscheinlichkeit, „nach oben zu heiraten“, steigt nur für die Volks-/Hauptschülerinnen ohne Lehre, sinkt jedoch für Frauen mit mittleren Abschlüssen, die nun etwas häufiger „nach unten“ heiraten.

Die relative Verbesserung des Ausbildungsniveaus der Ehepartner im Vergleich zum eigenen ist besonders groß aus der Sicht der höher und der geringer ausgebildeten Männer. Aus der Sicht der Frauen hat sich insgesamt weniger geändert. Hier sind vor allem Frauen mit mittleren Abschlüssen zunehmend häufiger besser ausgebildet als ihre Männer.

Tab. 1: Das Verhältnis der Ausbildungsniveaus von Männern und ihren Ehefrauen

Ausbildungs- niveau der Männer	Ausbildungs- niveau ihrer Ehefrauen	Geburtsjahrgänge				
		1900–11	1912–23	1924–34	1935–45	1946–56
in %						
Universität	gleich	18	15	28	29	46
	niedriger	82	85	72	71	54
Abitur,	höher	0	3	6	8	10
Fachhoch- schule	gleich	13	11	14	11	13
	niedriger	87	86	80	81	77
Mittlere	höher	5	5	4	4	6
Abschlüsse	gleich	33	29	30	40	40
	niedriger	62	66	66	56	54
Volks-/Haupt- schule mit	höher	9	11	12	17	18
	gleich	24	28	39	54	59
kfm. Lehre	niedriger	67	61	49	29	23
Volks-/Haupt- schule mit	höher	13	24	25	41	57
	gleich	17	16	22	19	24
gewerbl. Lehre	niedriger	70	60	53	40	19
Volks-/Haupt- schule ohne	höher	11	18	24	32	54
	gleich	89	82	76	68	46
Lehre						

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1984 (kumulierter Datensatz, N = 6 669).

15.3 Barrieren und Heiratschancen

Es liegt nahe, die meisten beschriebenen Trends auf den historischen Prozeß der Anhebung und Angleichung der Ausbildungsniveaus beider Geschlechter zurückzuführen. Daß Frauen „nach oben“ und Männer „nach unten“ heiraten, erscheint aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungsprofile nicht überraschend – wie auch die Tatsache, daß sich diese Tendenz im Zuge der Angleichung der Ausbildungsniveaus abgeschwächt hat.

Im Prinzip ist diese Erklärung sicher richtig, bedarf jedoch der Präzisierung. Deutet man Heiraten als präferenz- und normgesteuertes Wahlverhalten unter einer Menge möglicher Partner und nimmt an, daß Bildung ein wesentliches, wenn auch keineswegs das einzige Auswahlkriterium ist, dann kann man zwei Aspekte unterscheiden.

Tab. 2: Das Verhältnis der Ausbildungsniveaus von Frauen und ihren Ehemännern

Ausbildungs- niveau der Frauen	Ausbildungs- niveau ihrer Ehemänner	Geburtsjahrgänge				
		1900–11	1912–23	1924–34	1935–45	1946–56
in %						
Universität	gleich	67	52	66	72	74
	niedriger	33	48	34	28	26
Abitur, Fachhoch- schule	höher	38	38	39	50	39
	gleich	33	26	36	28	31
	niedriger	29	36	25	22	30
	höher	40	35	36	34	33
Abschlüsse	gleich	42	38	37	41	39
	niedriger	18	27	27	25	28
Volks-/Haupt- schule mit kfm. Lehre	höher	33	42	38	39	39
	gleich	35	23	30	28	26
	niedriger	32	35	32	33	35
	höher	38	35	31	34	32
Volks-/Haupt- schule mit gewerbl. Lehre	gleich	51	55	59	58	62
	niedriger	11	10	10	8	6
Volks-/Haupt- schule ohne Lehre	höher	69	76	76	77	82
	gleich	31	24	24	23	18

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1984 (kumulierter Datensatz, N = 6669).

Erstens: Die Chance, daß zwei potentielle Partner mit bestimmten Bildungsabschlüssen sich kennenlernen, hängt von der Gelegenheit ab, die ihrerseits (auch) mit dem Anteil einer Ausbildungsgruppe unter den Heiratskandidaten zunimmt. Es ist eben wahrscheinlicher, daß potentielle Partner aus großen Gruppen sich begegnen als aus kleinen.

Zweitens: Neben diesen quantitativen Bestimmungsfaktoren spielen die sozialen Barrieren zwischen Ausbildungsniveaus eine wichtige Rolle. Ihre Höhe läßt sich daran erkennen, wie unwahrscheinlich es wird, sie zu überwinden. Eine eingehende Analyse²

² Die in Tab. 3 und 4 dargestellten Ergebnisse beruhen auf einem komplexen statistischen Analyseverfahren, der log-linearen Analyse von bildungsspezifischen Heiratsmustern in den fünf Alterskohorten. Vgl. Ziegler, R.: Bildungsexpansion und Partnerwahl, in: Hradil, S. 483 (Hrsg.): Sozialstruktur im Umbruch, Opladen 1985, S. 85–106.

zeigt, daß sie in der Tat beträchtlich sind. Sie bewirken, daß – bei Berücksichtigung der unterschiedlichen, geschlechtsspezifischen Bildungsprofile – im Vergleich zu einer Heirat unter bildungsgleichen Partnern die Chancen einer Eheschließung sich etwa halbieren, wenn die Partner um eine Stufe in ihren Ausbildungsniveaus differieren. Die Chancen vermindern sich auf ungefähr ein Viertel, wenn die Differenz zwei Ausbildungsstufen beträgt, auf 12 % bei drei, auf 6 % bei vier und auf etwa 3 % bei fünf Stufen, d. h. wenn einer der Ehepartner einen Universitätsabschluß besitzt und der andere die Volks- bzw. Hauptschule besucht und keine Lehre abgeschlossen hat.

Diese Durchschnittswerte müssen in zweierlei Hinsicht differenziert werden. Die Barrieren sind nicht alle gleich hoch. Zwar bestehen im großen und ganzen keine wesentlichen Unterschiede in der Höhe der Barrieren zwischen den vier unteren Ausbildungsabschlüssen, aber diese Barrieren unterscheiden sich von denen zwischen den drei oberen Ausbildungsniveaus (d. h. zwischen der Gruppe mit mittleren Abschlüssen und den Abiturienten/Fachhochschülern sowie zwischen diesen und den Hochschulabsolventen), die ihrerseits ungefähr gleich hoch sind.

Tab. 3: Wandlungen in der relativen Höhe der Barrieren zwischen Ausbildungsgruppen

	Geburtsjahrgänge				
	1900 – 1911	1912 – 1923	1924 – 1934	1935 – 1945	1946 – 1956
Im Vergleich zu den Barrieren zwischen den 4 unteren sind die Barrieren zwischen den 3 oberen Ausbildungsgruppen um . . . % höher	0	12	31	36	46

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1984 (kumulierter Datensatz, N = 6 669).

Im Zeitvergleich zeigt sich nun ein klarer Trend. Die Barrieren zwischen den oberen drei Ausbildungsniveaus haben sich eindeutig erhöht, während die Barrieren zwischen den unteren vier Ausbildungsgruppen eher niedriger geworden sind. In der ältesten Kohorte (Geburtsjahrgänge 1900 bis 1911) waren sie noch ungefähr gleich hoch, unter den jüngsten Geburtsjahrgängen (1946 bis 1956) sind die oberen Barrieren dagegen um 46 % höher als die unteren. Die Bildungsexpansion und die tendenzielle Angleichung der Bildungschancen von Frauen und Männern haben also die Bildungsbarrieren bei der Partnerwahl keineswegs generell verringert. Nur die unteren und mittleren Ausbildungsgruppen sind einander nähergekommen, während die Akademiker und Akademikerinnen eher zu diesen Gruppen auf Distanz gehen und ihresgleichen heiraten.

Vergleicht man schließlich die Bedeutung der Differenzen zwischen den Ausbildungsprofilen von Frauen und Männern mit der der Barrieren zwischen den Ausbildungsgruppen,

Tab. 4: Unterschiedliche Bildungsprofile von Frauen und Männern und Barrieren zwischen den Ausbildungsgruppen als Erklärung bildungsspezifischer Heiratsmuster

Beitrag zur Erklärung bildungsspezifischer Heiratsmuster	Geburtsjahrgänge				
	1900 –1911	1912 –1923	1924 –1934	1935 –1945	1946 –1956
	in %				
Abweichung der Bildungsprofile von Männern und Frauen	45	52	41	37	33
Barrieren zwischen den Ausbildungsgruppen	48	41	50	58	59

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1984 (kumulierter Datensatz, N = 6669).

so ergibt sich folgendes Bild: Werden in der ältesten Kohorte noch 45 % der Unterschiede in den bildungsspezifischen Heiratsmustern durch die Abweichungen der Ausbildungsprofile von Frauen und Männern erklärt, sind es in der jüngsten Kohorte nur noch 33 %. Gleichzeitig steigt die Bedeutung der Barrieren von 48 % auf 59 %. (Die restlichen 5–9 % lassen sich nicht in einfacher Weise diesen beiden Bestimmungsfaktoren zurechnen.) Im Zuge ihrer Einebnung verlieren also die quantitativen Unterschiede zwischen den Ausbildungsniveaus von Frauen und Männern für die nach wie vor bestehenden bildungsspezifischen Heiratsmuster an Bedeutung, während die Relevanz der Barrieren zwischen den Ausbildungsgruppen zunimmt. Das Abweichen der zweitältesten Kohorte von diesem generellen Trend verweist auf einen interessanten historischen Zusammenhang. Diese Ehepaare haben überwiegend während oder unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geheiratet, einer Zeit, in der offensichtlich die Barrieren zwischen den Ausbildungsgruppen vorübergehend an Bedeutung verloren haben.

Wie kann man nun die Änderungen der Barrieren erklären? Die Daten lassen folgende Erklärung plausibel erscheinen. Steigen die Chancen, einen mindestens „ranggleichen“ Ehepartner zu finden, dann – so ist zu vermuten – nimmt die Bereitschaft ab, einen „rangniedrigeren“ Partner zu heiraten. Bei konsensualer Partnerwahl haben jedoch die höheren Ausbildungsgruppen eine größere Chance, ihre Präferenzen durchzusetzen, als die niedrigeren, denen im wörtlichen Sinne „keine andere Wahl bleibt“. Der durch die Bildungsexpansion verursachte Wandel wirkt sich also nicht nur direkt über die Verschiebung der relativen Anteile einzelner Ausbildungsgruppen, sondern auch indirekt über die dadurch veränderten Präferenzen aus und führt zu einer stärkeren Abschließung der oberen Bildungsgruppen bei der Partnerwahl.

(Rolf Ziegler)

16 Entwicklung des politischen Interesses

Das politische Interesse soll als Indikator gelten für das Maß an Bereitschaft, Informationen über politische Sachverhalte aufzunehmen und den Ablauf der Politik zu verfolgen. Die Entwicklung dieses Indikators kann daher verdeutlichen, wie sich diese Form der politischen Teilnahme in dem vorgegebenen Zeitraum darstellt, ob bestimmte Gruppen innerhalb der Bevölkerung unterschiedlich auf die neue politische Lage reagieren.

16.1 Die Ausgangslage 1980 bis 1986

Die Jahre 1980 bis 1986 waren in der Bundesrepublik Deutschland durch Veränderungen in der „politischen Landschaft“ geprägt. In diesem Zeitraum sind die Grünen von einer außerparlamentarischen Protestbewegung zu einer parlamentsfähigen Partei gewachsen. Im Zusammenhang damit sind die Anti-Atomkraft-, die Frauen- und Friedensbewegung als Ausdruck einer Wert-Neuorientierung zu nennen, die sich in ihren Handlungsformen von den als etabliert empfundenen Gesellschafts- und Machtstrukturen absetzen wollen.

Diese Entwicklungen können im Rahmen eines Wertwandels gesehen werden, der sich etwa seit Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen hat, weg von traditionellen Orientierungen, hin zu einer gewünschten Teilhabe an und Identifikation mit Bereichen, in denen eine größere Selbst- oder Mitbestimmung möglich ist.

Eine Möglichkeit, diese Tendenzen zu operationalisieren, ist die Frage nach dem politischen Interesse¹, wobei Politik als ein Bereich potentieller Mitbestimmung im obengenannten Sinne angesehen wird. Anhand von Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) soll die Entwicklungsrichtung des politischen Interesses dargestellt werden.

Für die Analyse wurde die Gesamtheit der befragten Personen nach spezifischen Merkmalen untergliedert. Einen Schwerpunkt bildete die politische Orientierung der Befragten, die durch die Wahlabsicht und durch die Selbsteinstufung auf einer „Links-Rechts-Skala“ abgebildet werden konnte². Wirkt sich diese auf den Trend oder auf das

1 Die Frage nach dem politischen Interesse ist mit der Formulierung abgefragt worden: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“ Die Antworten sind im folgenden in der Regel zu drei Kategorien zusammengefaßt worden: „sehr stark und stark“, „mittel“ und „wenig und überhaupt nicht“.

2 Die entsprechende Frage lautet: „Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen? Machen Sie bitte ein Kreuz in eines der Kästchen.“ Dem Befragten liegt dazu eine zehnstufige Skala vor, auf der eine Selbsteinstufung möglich ist. Für die Auswertung wurden die mittleren Werte „5“ und „6“ als „Mitte“ zusammengefaßt und die jeweils außen liegenden Bereiche „1“ bis „4“ als „Links“ und „7“ bis „10“ als „Rechts“.

Niveau des politischen Interesses aus, gibt es erkennbare Differenzierungen im Raum der traditionellen „Links-Rechts“-Einschätzung? Dann sollte untersucht werden, inwieweit sich geschlechtsspezifische Unterschiede in der Entwicklung aufzeigen lassen. Dabei stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, ob und in welchen Zusammenhängen sich der Anteil von politisch interessierten Frauen ändert, der ja allgemein erheblich unter dem der Männer angesiedelt ist (vgl. auch Kap. 19.2). Außerdem wurde das Alter der Befragten in die Auswertung einbezogen, um die Interessenstruktur im Altersprofil zu untersuchen, und es wurde noch die Selbsteinstufung auf der „Oben-Unten-Skala“ berücksichtigt, die die subjektive Wahrnehmung der Position in der Gesellschaft als möglichen Parameter der Stärke des politischen Interesses einbeziehen sollte³.

Seit einigen Jahren wird in Umfragen der Sozialforschung zusätzlich zu der präferierten Partei auch die Frage nach der Einstufung auf einer zehnstufigen „Links-Rechts-Skala“ gestellt. Der/die Befragte hat so die Möglichkeit, neben der oft aus pragmatischen Gründen gewählten Partei eine eher ideale Selbsteinstufung in ein Schema der politischen Gegenpole „Links“ und „Rechts“ vorzunehmen. Es sei dahingestellt, ob diese Begriffe auch heute noch den klassischen Gegensatz in einem politischen System repräsentieren; als ergänzende Information zur Wahlabsicht einerseits und als häufig

Tab. 1: Antwortverteilung auf der „Links-Rechts-Skala“

		1980	1982	1986
		in %		
Links	1	1,9	0,7	2,1
	2	2,4	2,0	2,7
	3	6,6	5,7	9,3
	4	10,8	8,8	9,6
	5	17,4	16,4	19,9
	6	26,9	30,7	25,2
	7	15,0	14,1	12,8
	8	9,8	11,9	10,4
	9	5,2	5,5	4,7
Rechts	10	4,1	4,3	3,3
Mittelwert ¹		5,89	5,97	5,72

1 Skalenwert auf der „Links-Rechts-Skala“.

Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1986 (N = 3095).

3 „In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen und solche, die eher unten stehen. Wir haben hier eine Skala, die von oben nach unten verläuft. Wenn Sie an sich selbst denken: wo auf dieser Skala würden Sie sich einordnen?“. Die zehnstufige Skala wurde für die Auswertungen zusammengefaßt in „Oben“, „Mitte“ und „Unten“.

eingesetztes Instrument andererseits erhält die Links-Rechts-Skala ihre Legitimation. In *Tab. 1* ist die Veränderung auf der Links-Rechts-Skala im Zeitraum von 1980 bis 1986 dargestellt.

Ebenso wie die Links-Rechts-Einstufung wird – wenn auch nicht so häufig eingesetzt – die „Oben-Unten-Skala“ als Instrument in der Sozialforschung genutzt. Dieses Konzept ersetzt oder ergänzt u. a. die Selbsteinstufung im herkömmlichen Schichtsystem nach „Unterschicht“, „Arbeiterschicht“, „Mittelschicht“ und „Oberschicht“. Zusätzlich zu diesen vier werden oft noch weitere Schichten zur Einstufung angeboten, wie z. B. „Obere Mittelschicht“ usw. Die Vergleichbarkeit solchermaßen unterschiedlich erhobener Information ist eingeschränkt. Das mag ein Grund sein, auf die Oben-Unten-Skala zurückzugreifen. Ein anderer Grund aber ist die Wandlung des Bedeutungsinhaltes von Begriffen wie „Oberschicht“ oder „Arbeiterschicht“, die in einer differenzierten Industriegesellschaft immer mehr ihre Funktion als Statusbestimmung verlieren. Die zehnstufige Oben-Unten-Skala bietet von daher eine angemessenere Art der Selbsteinschätzung in der gesellschaftlichen Hierarchie, da sie sich nicht an einzelnen Begriffen, sondern an einem Gegensatzpaar orientiert. In *Tab. 2* ist die Veränderung auf der Oben-Unten-Skala im Zeitraum von 1980 bis 1986 dargestellt.

Tab. 2: Antwortverteilung auf der „Oben-Unten-Skala“

		1980	1982	1986
		in %		
Unten	1	1,0	0,6	0,9
	2	1,9	1,9	1,9
	3	5,6	6,7	4,5
	4	9,6	11,9	9,2
	5	19,0	15,0	19,9
	6	33,9	33,1	34,6
	7	17,2	17,2	17,5
	8	8,9	10,6	8,9
	9	1,8	2,0	1,7
Oben	10	1,0	1,0	0,9
Mittelwert ¹		5,77	5,78	5,80

¹ Skalenwert auf der „Oben-Unten-Skala“.

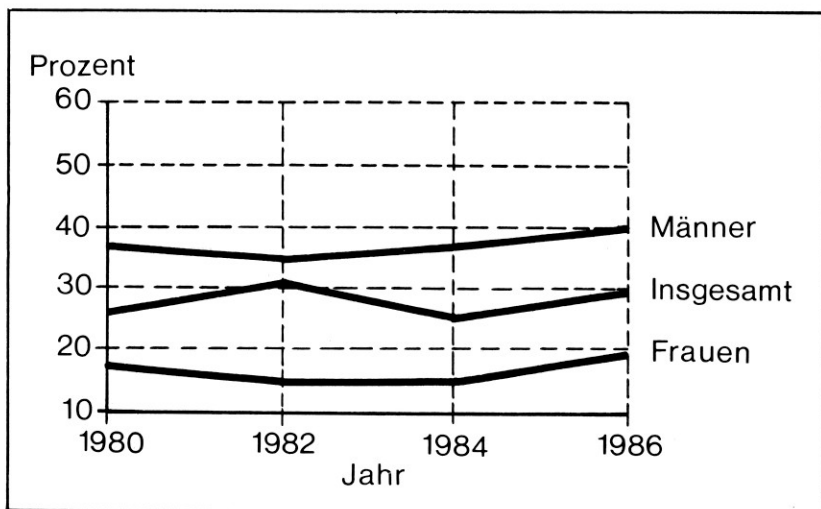
Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1986 (N = 3095).

Der Mittelwert auf der Links-Rechts-Skala schwankt im untersuchten Zeitraum stärker als die Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala. Wenn man die „Oben-Unten-Links-Rechts“-Selbsteinstufung als Einordnung auf einer zweidimensionalen Ebene interpretiert, zeigt sich hier, daß der Bewegungsspielraum auf der „Horizontalen“ (politische Einordnung) größer ist als auf der „Vertikalen“ (Gesellschaftshierarchie).

16.2 Trends im politischen Interesse

Abb. 1 zeigt die Entwicklung des politischen Interesses zwischen 1980 und 1986, wobei – wie auch in den folgenden Abbildungen – jeweils der Prozentanteil der politisch „stark“ Interessierten erfaßt wurde. Dabei läßt sich das allgemein höhere Niveau des Interesses bei Männern ablesen, welches zwischen 1982 und 1986 wieder konstant ansteigt. Der Anteil von Frauen, die stark politisch interessiert sind, nimmt zwischen 1982 und 1986 stärker zu als bei den Männern.

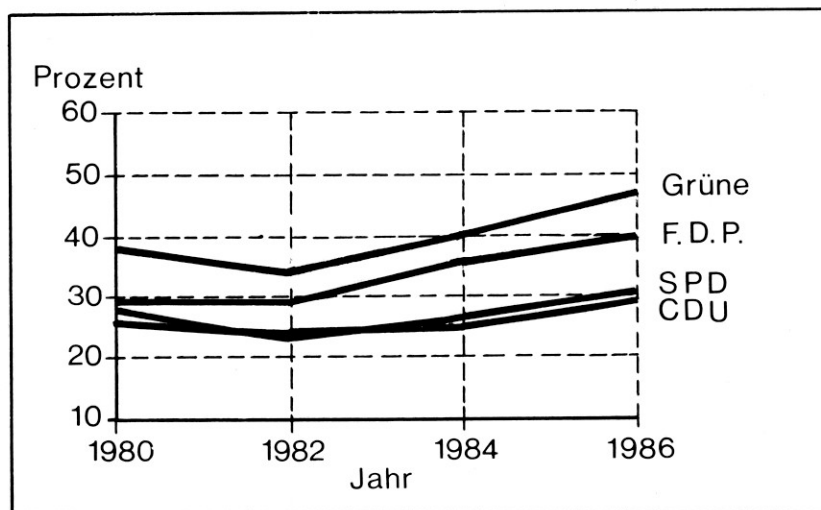
Abb. 1: Politisches Interesse 1980 bis 1986
Geschlecht



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1984 (N = 3004), 1986 (N = 3095).

Abb. 2 stellt die Entwicklung des politischen Interesses differenziert nach der Wahlabsicht dar. Dabei ist festzustellen, daß die Anhänger der kleineren Parteien, F.D.P. und die Grünen, höhere Werte aufweisen als die der großen Parteien. Unter den kleinen wächst das Interesse bei den Grünen-Anhängern stärker und ist auch allgemein höher als das der F.D.P.-Anhänger. Die Tendenz bei CDU- und SPD-Anhängern verläuft nahezu gleich. Das deutet darauf hin, daß die kleineren Parteien, die von ihrer Konzeption her auf klar definierte, wenn auch teilweise kleine Bevölkerungsgruppen mehr profitieren als die großen Volksparteien, die sich in ihrer Zielgruppendefinition wesentlich heterogener darstellen. Der starke Anstieg bei den Grünen-Anhängern 1986 könnte mit der wachsenden Brisanz der Umweltproblematik zusammenhängen.

Abb. 2: Politisches Interesse 1980 bis 1986
Wahlabsicht



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1984 (N = 3004), 1986 (N = 3095).

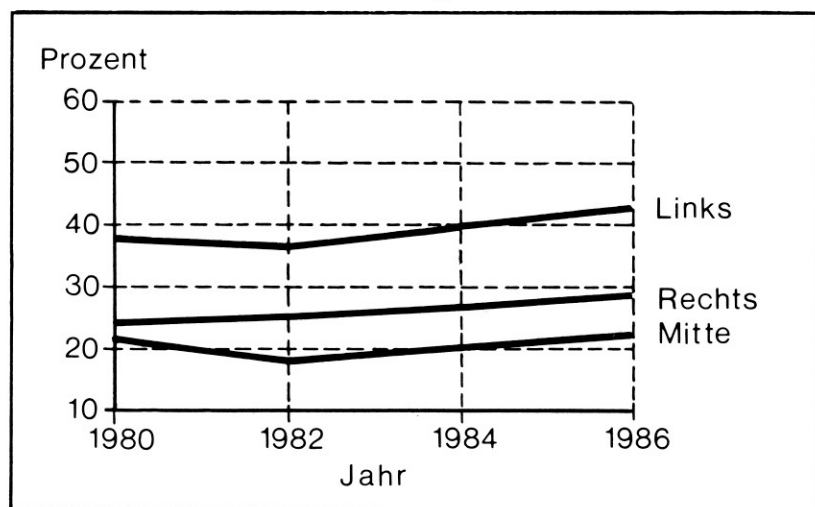
Betrachtet man dazu ergänzend das politische Interesse in Abhängigkeit der Oben-Unten-Selbsteinstufung, dann ist folgendes erkennbar: Je höher die Einstufung auf der vertikalen Skala, um so stärker ausgeprägt ist das geäußerte politische Interesse.

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung, die für das Jahr 1984 nicht verfügbar ist, ist die Grundlage der Abb. 3. Hier ist zu sehen, daß diejenigen, die sich „Links“ eingeordnet haben, weit mehr als die anderen, stark politisch interessiert sind und daß die „Mitte“ auf dem niedrigsten Level der drei Gruppen angesiedelt ist, also am wenigsten Interesse aufweist. Die Identifikation mit einer der beiden politischen Richtungen „Links“ oder „Rechts“ geht demnach einher mit dem Bedürfnis, sich über Politik informiert zu halten.

In den folgenden Abbildungen sind die Befragtenuntergruppen zusätzlich noch nach dem Geschlecht aufgegliedert worden. Dabei ergeben sich weitere Aufschlüsse, die teilweise die bereits beschriebene Entwicklung bestätigen und andererseits einige Tendenzen relativieren.

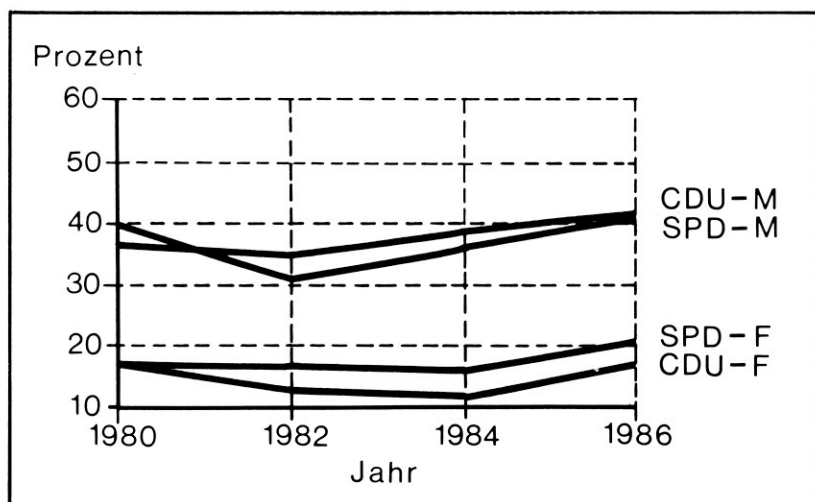
Abb. 4 stellt die weiblichen und männlichen Anhänger der großen Parteien dar. Sie ist eine nahezu exakte Wiederholung des Schaubildes aus Abb. 1, in dem die Entwicklung nur nach dem Geschlecht getrennt wurde. Die CDU-Männer liegen leicht über den SPD-Männern und die SPD-Frauen geringfügig höher als die CDU-Frauen. Die Kurven bestätigen außerdem den Trend aus Abb. 2, der die relative Konstanz der Entwicklung bei den Anhängern der Volksparteien nachweist.

Abb. 3: Politisches Interesse 1980 bis 1986
Links-Rechts-Selbsteinschätzung



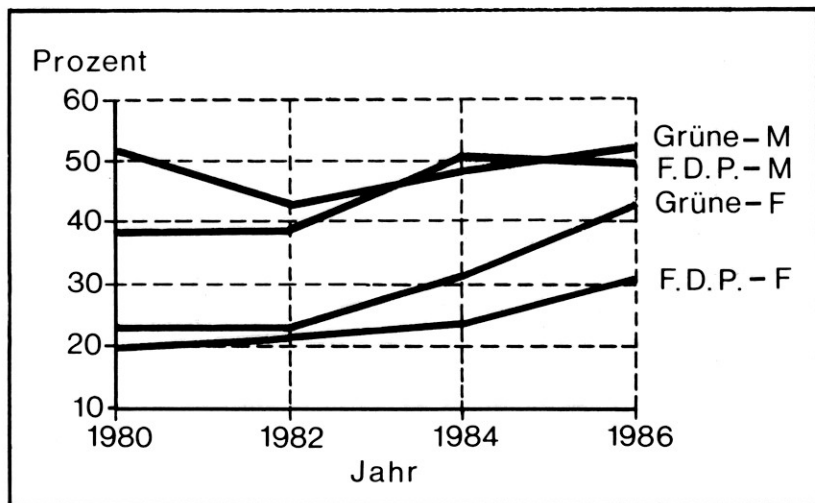
Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1984 (N = 3004), 1986 (N = 3095).

Abb. 4: Politisches Interesse 1980 bis 1986
Geschlecht – Wahlabsicht CDU oder SPD



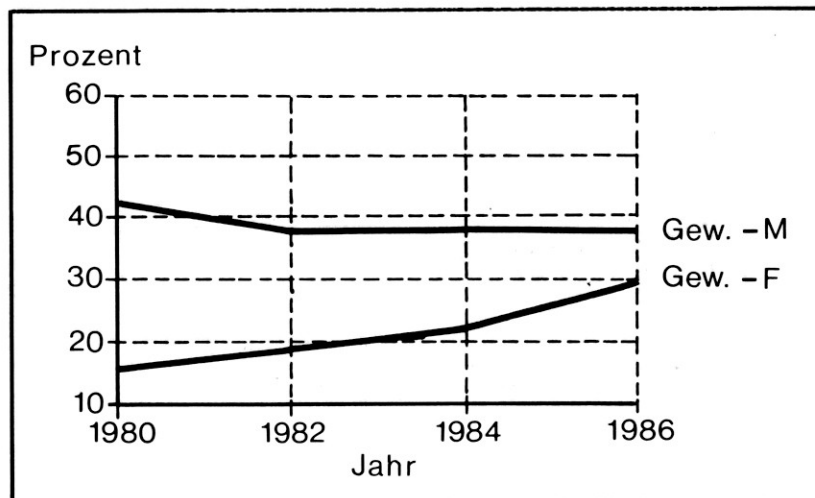
Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1984 (N = 3004), 1986 (N = 3095).

Abb. 5: Politisches Interesse 1980 bis 1986
Geschlecht – Wahlabsicht F.D.P. oder Grüne



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1984 (N = 3004), 1986 (N = 3095).

Abb. 6: Politisches Interesse 1980 bis 1986
Geschlecht – Gewerkschaftsmitglied

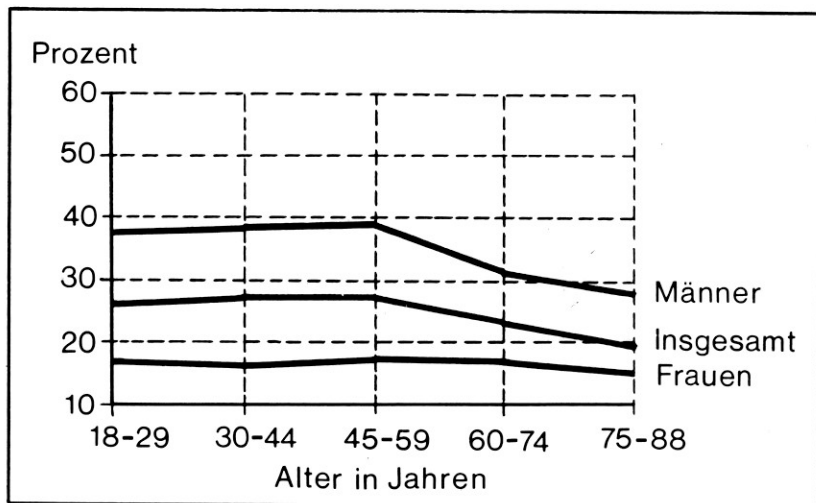


Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1982 (N = 2991), 1984 (N = 3004), 1986 (N = 3095).

In Abb. 5 ist das Interesse der weiblichen und männlichen Anhänger von Grünen und F.D.P. dargestellt. Hier wird sichtbar, wie stark das Interesse der Grünen-Anhänger zunimmt, sowohl bei den Männern als auch – noch etwas mehr – bei den Frauen, wobei der Prozentanteil der stark interessierten Männer von 1980 im Jahr 1986 noch nicht wieder erreicht wurde. Die Grünen-Anhängerinnen erreichen 1986 das höchste Niveau aller weiblichen Befragtengruppen. Unter den F.D.P.-Anhängern entwickelt sich das Interesse gegenläufig, abnehmend bei den Männern, zunehmend bei den Frauen.

In Abb. 6 sind die Gewerkschaftsmitglieder (DGB oder DAG) getrennt nach Männern und Frauen abgebildet. Während der Anteil politisch interessierter Männer seit 1980 fast unverändert ist, steigt er bei den Gewerkschafts-Frauen kontinuierlich an und nähert sich dem Prozentsatz der männlichen Kollegen langsam an.

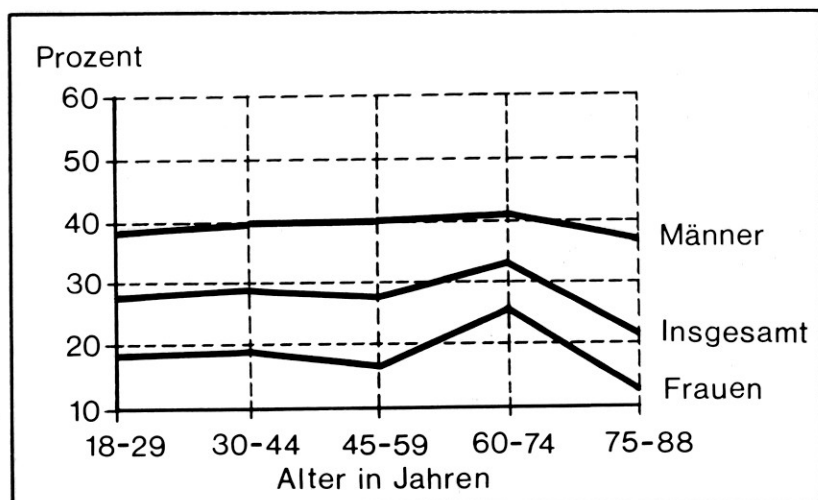
Abb. 7: Politisches Interesse 1980
Alter und Geschlecht



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955).

Abb. 7 und 8 stellen das politische Interessenprofil im Altersverlauf, getrennt nach Geschlecht für 1980 bis 1986 dar. Das Hauptaugenmerk sollte auf die Struktur von 1986 gerichtet sein, da sich hier eine sonst eher untypische Abweichung in der Altersklasse von 60 bis 74 Jahren ergibt. Der Anteil der stark interessierten 60- bis 74jährigen nimmt sowohl im Vergleich mit 1980 als auch im Vergleich mit den anderen Altersklassen im gleichen Erhebungsjahr deutlich zu, und das gilt insbesondere für die weiblichen Angehörigen dieses Alters.

Abb. 8: Politisches Interesse 1986
Alter und Geschlecht



Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

16.3 Stellenwert des politischen Interesses

Allgemein läßt sich festhalten, daß der Anteil von Personen, die ein starkes politisches Interesse erkennen ließen, im Jahr 1986 über alle Befragtengruppen – gemessen gegenüber den vorherigen Erhebungszeitpunkten – gewachsen ist, wenn auch unterschiedlich deutlich. Ausnahmen bilden die F.D.P.-Anhänger, die männlichen Gewerkschaftsmitglieder und die „Mitte“-Männer.

Zum Profil des Interesses ist zu bemerken, daß es bei den Anhängern der beiden großen Parteien nahezu identisch verläuft, wohingegen die kleinen Parteien unter ihren Anhängern einen vergleichsweise hohen Anteil an politisch Interessierten verzeichnen können, die in ihrer Entwicklung allerdings weit weniger homogen verlaufen.

Bei den weiblichen Befragten, die – gemessen an der Gesamtheit – einen wesentlich geringeren Anteil an politisch Interessierten repräsentieren, ist die Höhe und vor allem auch der Zuwachs bis 1986 bemerkenswert, der sich bei den Frauen abzeichnet, die sich als „Links“ einstufen, die in Gewerkschaften Mitglied sind oder die sich als Anhängerinnen der Grünen verstehen.

Uneinheitlich ist das Bild, wenn man das politische Interesse nach Altersklassen unterscheidet. 1980 ist es bei den Frauen über alle Altersklassen nahezu konstant und nimmt ab bei den Männern, die 60 Jahre und älter sind. 1984 hat das Interesse bei den 30-

bis 44jährigen den höchsten Wert und nimmt dann sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern wieder ab. Die Besonderheit der Entwicklung im Jahre 1986 liegt bei den Frauen in der Altersklasse der 60- bis 74jährigen mit einem vergleichsweise hohen Wert. Die eingangs beschriebene Veränderung der „politischen Landschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland, die durch das Anwachsen der sogenannten alternativen Bewegungen mitbestimmt wurde, wird insofern durch die Ergebnisse unterstützt, als das politische Interesse der sie vertretenden Befragengruppen sowohl in der Tendenz deutlich stärker als der Durchschnitt zunimmt, als auch in der Höhe über den vergleichbaren Gruppen liegt. Die aufgeworfenen Sinnfragen führen offenbar zu dem Wunsch, zumindest durch Information an den Entwicklungen teilzuhaben.

(Rolf Uher)

17 Einstellungen zu Gastarbeitern

17.1 Einstellungen zu Gastarbeitern und gesellschaftliche Vorurteile

Gastarbeiter und ihre Familien bzw. Ausländer insgesamt bilden in der Bundesrepublik Deutschland einen Bevölkerungsanteil von ca. 7 %. In Großstädten erreichen sie etwa 12 %, in einzelnen Stadtgebieten stellen sie bis zu 30 % der Bevölkerung. Gastarbeiter und ihre Familien zählen insofern – in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, im Straßenbild – längst zum bundesrepublikanischen Alltag.

Diese Normalität erweist sich freilich als brüchiger, die Lebensplanung von Ausländern als unsicherer und gefährdeter als diejenige einheimischer Bürger, vor allem in Krisenzeiten, wenn tatsächliche oder vermeintliche Interessengegensätze bestehen. Die hohe Arbeitslosigkeit von Ausländern, die Entlastungsversuche des Arbeitsmarkts durch Anwerbestopp und Rückkehrprämien, Regelungen zur Familienzusammenführung usw. spiegeln die – in der Regel als selbstverständlich empfundene – Vorrangstellung einheimischer Interessen wider.

Bei Ungleichbehandlung bzw. bei objektiver Benachteiligung von Ausländern oder sonstigen Gruppen besteht die Tendenz, daß diese nicht nur mit dem Vorrang eigener Interessen begründet, sondern mit negativ zu bewertenden Eigenschaften solcher Gruppen zu rechtfertigen gesucht wird. Objektive Benachteiligungen von Fremdgruppen bzw. eine entsprechend privilegierte Position der eigenen Gruppe gehen daher häufig einher mit negativen Vorurteilen und Aversionen, ohne daß der Rechtfertigungscharakter dieser Einstellungen bewußt sein muß. Sie können deshalb auch eine Dauerhaftigkeit und Eigengesetzlichkeit gewinnen, die über den jeweiligen Anlaß bzw. Entstehungszusammenhang hinauswirkt.

Negative Einstellungen gegenüber Gastarbeitern bzw. Ausländern sind daher in wirtschaftlichen Krisensituationen zwar ein besonders aktuelles Thema, sie werden aber darüber hinaus als verfestigte Vorurteile zum gesellschaftlichen Dauerproblem.

Im ALLBUS werden deshalb Einstellungen zu Gastarbeitern regelmäßig beobachtet; daneben werden die Kontakte mit Ausländern erhoben und u. a. untersucht, inwieweit sich Einstellungen zu Vorurteilen ohne konkreten Erfahrungshintergrund verfestigen.

17.2 „Gastarbeiter“, „ausländische Arbeitnehmer“ – zum alltäglichen Gebrauch der Begriffe

Im ALLBUS 1980 und 1984 wurde die Einstellung zu Gastarbeitern mit jeweils vier Meinungsvorgaben zu erfassen versucht, denen man mehr oder weniger zustimmen konnte¹. Sie hatten folgenden Wortlaut:

- A – Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen.
- B – Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- C – Man sollte Gastarbeitern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.
- D – Gastarbeiter sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.

Angesichts dieser Statements ist zunächst überlegenswert, wie sehr in der kurzen Zeitspanne zwischen 1980 und 1984 der (immer schon unpassende) Terminus „Gastarbeiter“ ungebräuchlich geworden ist. Beim heute häufiger verwendeten Ausdruck des „ausländischen Arbeitnehmers“ wird die Gast-Rolle (auf Zeit, unter besonderem Schutz) ausgeklammert und zugleich die Beschränkung auf den „Arbeiter“-Status aufgegeben. Noch kennzeichnender für die heutige Diskussion ist die Loslösung vom Beschäftigten-Status überhaupt: Immer gebräuchlicher wird die schlichte Bezeichnung „Ausländer“, die zum Teil durch die Umschreibung „ausländischer Mitbürger“ aus der Nähe zu hinlänglich bekannten emotionsgeladenen negativen „Ausländer“-Parolen herauszunehmen versucht wird. Das „Ausländer-Problem“ ist zunehmend ein Problem ausländischer Familien mit allen Alltagsproblemen bei der Wohnungssuche, bei Behörden, beim Einkauf, in der Schule und am Arbeitsplatz geworden.

Trotz dieser möglichen Problem- und Begriffsverschiebungen sind die einzelnen „Gastarbeiter“-Aussagen aber so formuliert, daß sie von den Befragten auch 1984 unschwer auf die „Ausländerproblematik“ bezogen werden können: Die angesprochenen Probleme sind ja, unabhängig von den Etiketten, weitgehend die gleichen geblieben, selbst wenn sich die Gewichte verschoben haben mögen.

17.3 Einstellungen zu Gastarbeitern 1980 und 1984

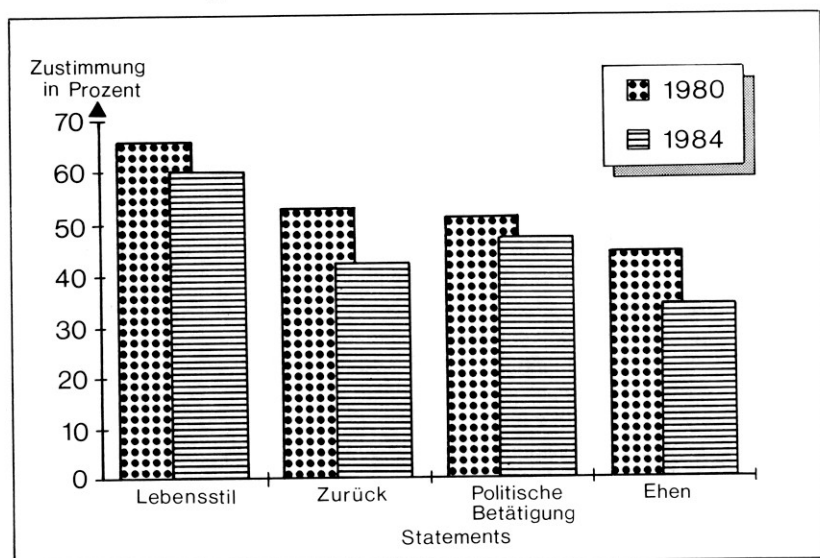
Welche Entwicklung der Einstellungen ist zwischen 1980 und 1984 eingetreten? Welche Auswirkungen hatten die Dauerarbeitslosigkeit, die „Wende“, die Diskussionen um Familienzusammenführung, Abschiebepraktiken, Rückzugsprämien, die Asylantenproblematik usw.? Und welche Auswirkungen hat es, daß Ausländer mit ihren Familien sowie

¹ Vorgegeben wurde eine Skala von 1 (= „Stimme überhaupt nicht zu“) bis 7 (= „Stimme voll und ganz zu“).

ihren Lebensgewohnheiten im Alltag sichtbarer geworden sind? Diese Fragen können hier nicht in aller Differenziertheit behandelt werden. Einige Tendenzen lassen sich jedoch aus den folgenden einfachen Vergleichen ersehen.

Betrachten wir zunächst die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen – die wegen der negativen Formulierungen den Grad der Gastarbeiter- oder Ausländerablehnung kennzeichnen – so zeigt sich (vgl. Abb. 1) zwischen 1980 und 1984 bei allen Aussagen eine Abnahme der negativen Einstellung.

Abb. 1: Zustimmung zu Gastarbeitern 1980 und 1984



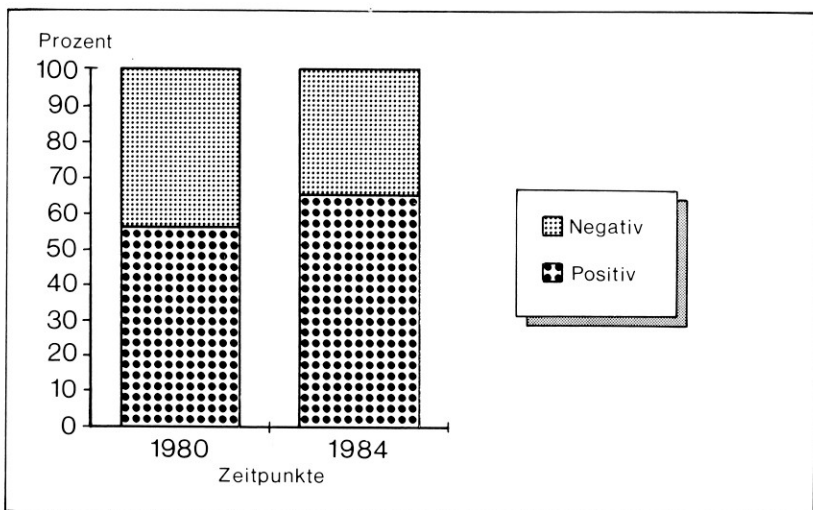
Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

Dabei werden 1980 wie 1984 die einzelnen Meinungsvorgaben weitgehend in der gleichen Rangfolge bewertet, das Einstellungsmuster scheint demnach weitgehend stabil: Die Ablehnung von „Mischehen“ ist die „härteste“ Aussage, der man am wenigsten zustimmt, die Forderung nach Anpassung des Lebensstils ist der „mildeste“ Indikator für eine ablehnende Einstellung gegenüber Ausländern. Dieser relativ moderaten Aussage wird 1980 wie 1984 mehrheitlich zugestimmt. Ansonsten werden die negativen Forderungen 1984 weniger befürwortet, wobei die Ablehnung politischer Betätigung von Gastarbeitern eine nur geringfügige Verminderung erfahren hat.

Eine deutliche Veränderung ist dagegen bei den Aussagen festzustellen, die sich auf den Lebensalltag der Gastarbeiter beziehen. Insbesondere wird die Ausweisung bzw.

erzwungene Rückkehr 1984 weit weniger gefordert. Offenbar ist die existentielle Gefährdung, die damit für die ausländischen Familien verbunden ist, vielen Befragten angesichts der größeren Sichtbarkeit der Ausländer stärker bewußt geworden. Wenn dennoch 40 % dieser Forderung zustimmen, wird deutlich, welch hohes Maß an Distanz trotz der Abnahme der negativen Einstellungen besteht. Insgesamt führt jedoch die abnehmende Tendenz bei allen Aussagen dazu, daß die Gastarbeiterablehnung 1984 insgesamt deutlich geringer als 1980 ausfällt (vgl. Abb 2).

Abb. 2: Einstellung zu Gastarbeitern 1980 und 1984

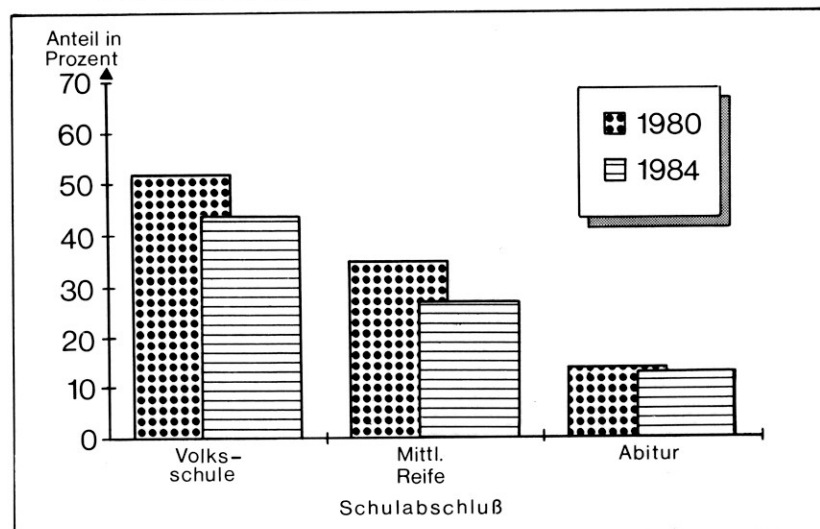


Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

Die Ablehnung von Gastarbeitern sinkt mit steigender Schulbildung; diese Tendenz bestätigt sich 1980 und 1984. Allerdings sind 1984 die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen weniger ausgeprägt, weil die Gastarbeiterablehnung vor allem bei niedriger und mittlerer Schulbildung eine Abschwächung erfährt. Befragte mit höherem Schulabschluß (Abitur/Hochschulreife) bleiben dagegen 1984 praktisch auf dem niedrigen Niveau an Gastarbeiterablehnung, das sie schon 1980 auszeichnete. Diesem Niveau sind nun zwischen 1980 und 1984 nach den vorliegenden Daten die weniger Gebildeten näher gekommen, dennoch bleibt immer noch eine deutliche Beziehung zwischen Gastarbeiterablehnung und Bildungsgrad bestehen (vgl. Abb. 3).

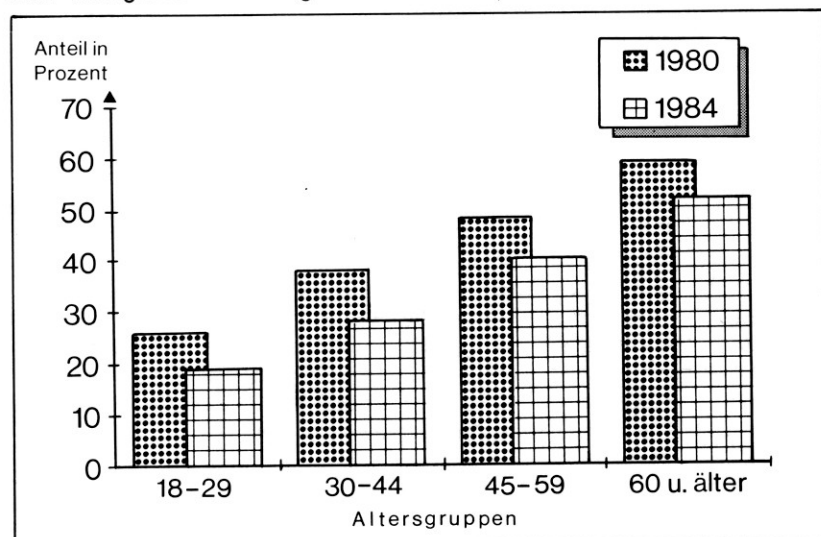
Konstanz zeichnet auch die Beziehung zwischen Alter und negativer Einstellung zu Gastarbeitern aus: Die älteren Jahrgänge zeigen 1984 wie 1980 eine höhere Gastarbeiterablehnung als jüngere, allerdings auf einem allgemein niedrigeren Niveau (vgl. Abb. 4).

Abb. 3: Negative Einstellung zu Gastarbeitern 1980 und 1984 nach Schulabschluß



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

Abb. 4: Negative Einstellung zu Gastarbeitern 1980 und 1984 nach Alter



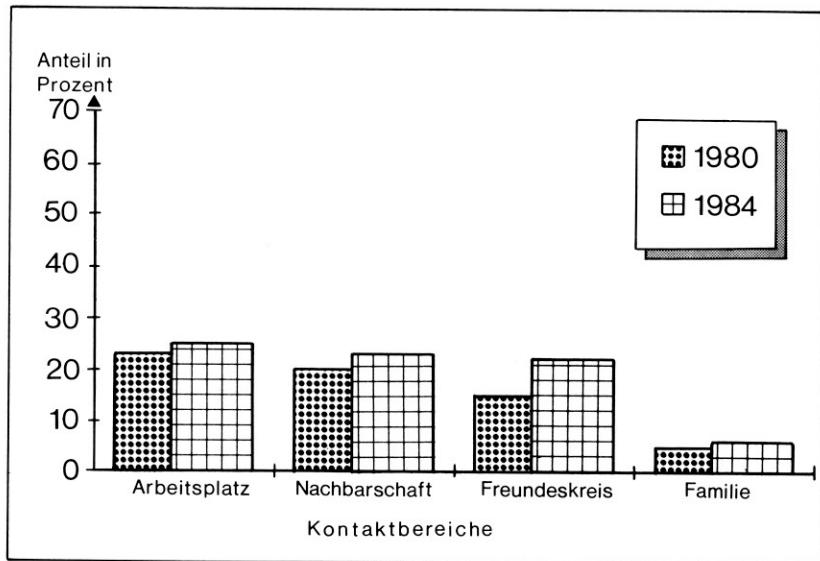
Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

17.4 Kontakte mit Gastarbeitern und ihr Einfluß auf die Einstellungen

Nach den dargestellten Ergebnissen scheint eine generelle Abschwächung der Gastarbeiterablehnung vorzuliegen. Worauf ist diese Abschwächung zurückzuführen? Handelt es sich lediglich um eine flüchtige Änderung des Meinungsklimas, möglicherweise um ein Ergebnis der veränderten Bedeutung des Begriffs „Gastarbeiter“? Oder ist sie Ausdruck konkreter Veränderungen im Verhältnis zu Gastarbeitern bzw. Ausländern? In Ansätzen können wir dies überprüfen, indem wir den Zusammenhang zwischen der Gastarbeiter-einstellung und den Kenntnissen über bzw. den Kontakten zu Gastarbeitern für 1980 und 1984 vergleichen.

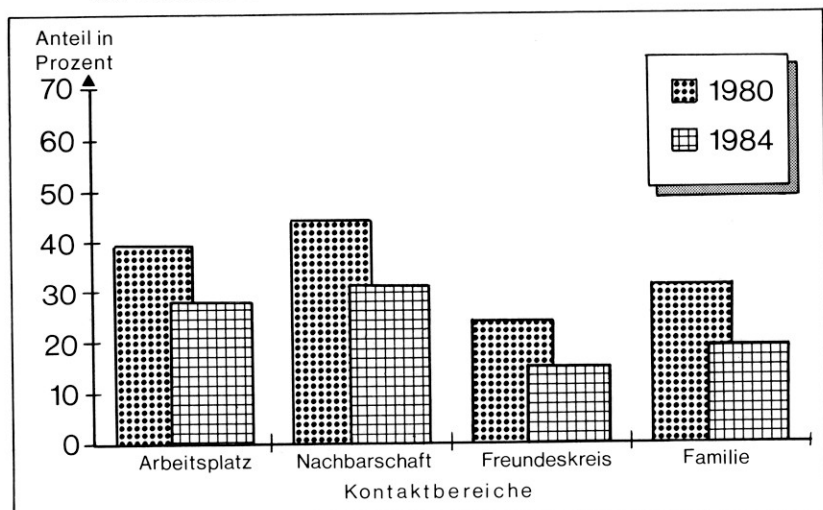
Dabei zeigt sich zunächst, daß 1984 mehr persönliche Kontakte zu Gastarbeitern angegeben wurden, und zwar nicht vornehmlich am Arbeitsplatz und im Nachbarnbereich, sondern vor allem im Freundes- und Bekanntenkreis. Wenn man annimmt, daß Kontakte am Arbeitsplatz und im Nachbarnbereich mehr oder weniger unfreiwillig zustande kommen, während familiäre und vor allem Kontakte im Freundeskreis frei gewählt sind, dann haben also Kontakte aufgrund freier Entscheidung zugenommen, wenngleich immer noch die Familie weitgehend von solchen Erfahrungen ausgespart bleibt (vgl. Abb. 5). Gerade frei gewählte Kontakte sind es jedoch, die – 1980 wie 1984 – die Einstellung zu

Abb. 5: Kontakte zu Gastarbeitern 1980 und 1984



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

Abb. 6: Negative Einstellungen zu Gastarbeitern 1980 und 1984
bei Vorhandensein verschiedener Kontakte



Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

Gastarbeitern berühren: Ob Kontakte in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz vorliegen, spielt für die Einstellung gegenüber Gastarbeitern nur eine geringe Rolle, während Personen mit Kontakten zu Ausländern im Familien- oder Freundeskreis eine deutlich positivere Einstellung zu Ausländern äußern.

In Tab. 1 wird das Ergebnis unterstrichen und vertieft. 1984 werden nicht nur mehr Kontakte berichtet, es ist auch in Hinsicht auf die Einstellung zu Ausländern bedeutsamer, ob solche persönlichen Beziehungen vorliegen: Kontakte sind häufiger und bedeutsamer geworden². Zwar ist auch ohne Kontakt eine deutliche Abnahme der Gastarbeiterablehnung zu beobachten (um ca. 7 Prozentpunkte), vor allem aber sinkt die negative Einstellung, wenn es zu persönlichen Kontakten kommt. Es ist hier nicht zu unterscheiden, inwieweit generell positive Einstellungen zu mehr Kontakten und diese wiederum zum Abbau negativer Einstellungen beigetragen haben. Für den ersten Zusammenhang bzw. die wahrscheinliche Wechselwirkung spricht insbesondere die Zunahme von Kontakten im Freundeskreis, die besonders eng mit der Einstellung gegenüber Gastarbeitern zusammenhängen.

Im Gegensatz zu Kontakten mit Freunden und Bekannten sind Begegnungen am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft kaum angestiegen; die Beziehung zwischen diesen Kontakten und der Einstellung ist jedoch auch hier stärker geworden. Das spricht dann dafür, daß die Qualität der Kontakte positiver erlebt wird.

2 Vgl. die steigenden Korrelationsmaße in Tab. 1.

Tab. 1: Kontaktformen und Einstellungen zu Gastarbeitern

	Kontakte							
	im Nachbarbereich		am Arbeitsplatz		in der Familie		im Freundeskreis	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
in %								
Einstellung 1980:								
Positiv	56	56	61	55	69	56	76	53
Negativ	44	44	39	45	31	44	24	47
Korrelation ¹	0,00		0,11		0,28		0,46	
Einstellung 1984:								
Positiv	69	63	72	62	81	63	85	59
Negativ	31	37	28	38	19	37	15	41
Korrelation ¹	0,12		0,24		0,43		0,60	

1 Stärke des Zusammenhangs zwischen Kontaktform und Einstellung. Je höher die Korrelation, desto stärker der Zusammenhang.

Datenbasis: ALLBUS 1980 (N = 2955), 1984 (N = 3004).

17.5 „Ausländerproblem“ – ein „Türkenproblem“?

Dieses insgesamt recht positive Bild ist freilich – abgesehen davon, daß der Vergleich zweier Zeitpunkte kaum eine Tendenzaussage erlaubt – sogleich einzuschränken: Erstens ist der Grad der Gastarbeiterablehnung nach wie vor sehr hoch. Über ein Drittel der Befragten äußert sich eindeutig negativ (vgl. Abb. 2). Zum anderen fehlt – 1980 wie auch 1984 – die Unterscheidbarkeit nach der Nationalität der Gastarbeiter bzw. der Ausländer. Es fehlt damit auch die Möglichkeit, die häufig aufgestellte Behauptung zu überprüfen, das „Ausländerproblem“ beschränke sich auf die Gruppen, die nach Augenschein, Status und Quantität besonders „auffällig“ sind, insbesondere die Türken (vgl. auch Kap. 18).

Unterstellt man diese These, dann wäre es denkbar, daß die generelle Ausländer- bzw. Gastarbeiterdiskussion und das entsprechende generelle Einstellungsmuster auf Kosten dieser einen Gruppe „entlastet“ wird; sei es, daß man gegenüber „Ausländern im allgemeinen“ die relative Nähe und Ähnlichkeit angesichts der offensichtlichen Ferne und Unähnlichkeit einer einzelnen Gruppe wahrnimmt, sei es, daß man der sozialen Norm der Vorurteilslosigkeit – die ja schon im Terminus „Gastarbeiter“ mitschwingt – zu genügen trachtet, indem man „im allgemeinen“ nichts gegen Ausländer zu haben vorgibt. Damit würde dann die Ausnahme gerechtfertigt, was in diesem Fall um so praktikabler wäre, als

die türkische „Ausnahme“ die quantitativ bedeutsamste Gruppe darstellt. Tatsächlich weisen die Angaben, die Türken über ihre eigene Situation machen, auf eine objektiv vorhandene und selbst empfundene türkische Sonderstellung hin (vgl. dazu Kap. 18).

Es liegen auch empirische Befunde über eine zunehmende Konzentration von negativen Vorurteilen bzw. Antipathien gegenüber Türken vor. So gaben 1983 46 % der Befragten an, diese Gruppe sei ihnen „nicht sympathisch“. 1973 lag dieser Wert noch bei 14 % und damit annähernd auf dem Niveau, das die sechs anderen großen Gastarbeiternationen sowohl 1973 wie 1983 aufwiesen³.

Ein Teil dieser Vorurteilsbündelung wird allerdings darauf zurückzuführen sein, daß bei solchen Erhebungen die Befragten zu nicht näher begründeten und begründbaren Vergleichen, Urteilen und Wertungen aufgefordert sind und dann vornehmlich die gerade aktuellen Klischees aktiviert werden. Demgegenüber sind die ALLBUS-Fragen – nicht nur bei der Erhebung der Kontakte selbst, sondern auch bei den einzelnen Statements – stärker auf die alltägliche Handlungsebene bezogen. Insofern ist es kein Widerspruch, wenn einerseits eine Zunahme stereotyper, vorurteilshafter Einstellungen gegenüber einer anonymen Gruppe bzw. Sozialkategorie und gleichzeitig ein Abbau von Kontaktbarrieren und diskriminierenden Verhaltensweisen im Alltag beobachtet wird.

Halten wir daher noch einmal die ALLBUS-Ergebnisse fest: Bei weitgehend konstanten Antwort- bzw. Beziehungsmustern zeigt sich 1984 gegenüber 1980 ein geringeres Niveau von Ausländer- bzw. Gastarbeiterablehnung. Es werden mehr Kontakte angegeben, vor allem solche frei gewählter Art. Insbesondere diese sowie Kontakte im allgemeinen gehen mit einem Abbau negativer Einstellungen einher.

(Annekatriin Gehring / Ferdinand Böltken)

3 EMNID-Institut: Ausländische Arbeitnehmer: Sympathien, Antipathien und Integrationsbereitschaft der Deutschen, in: EMNID Information Nr. 5/6, Bielefeld 1983, S. 14–16.

18 Assimilation von Ausländern

Der Begriff „Assimilation“ bezeichnet den Zustand der Ähnlichkeit von Ausländern zur deutschen Bevölkerung, den sie im Laufe ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik erreichen. Diese Ähnlichkeit umfaßt sowohl grundlegende Fertigkeiten und Kenntnisse, insbesondere der deutschen Sprache, als auch allgemeine Wertorientierungen bis hin zur nationalen Identität. In einer weiter gefaßten Definition beinhaltet „Assimilation“ darüber hinaus auch die sozialen Kontakte der zugewanderten Ausländer zur deutschen Bevölkerung sowie ihre strukturellen Chancen, vor allem auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Die Eingliederung der hier lebenden Ausländer in die Sozialstruktur der Bundesrepublik ohne Assimilation ist nur um den Preis der Entstehung einer neuen Unterschicht („Unterschichtung“) möglich. Im folgenden werden zunächst die vorhandenen Deutschkenntnisse, die Kontakte zur deutschen Bevölkerung und das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit von Ausländern dargestellt. Anschließend werden die verschiedenen Dimensionen der Assimilation miteinander kombiniert und dadurch typische Formen identifiziert.

Die Ergebnisse dieses Beitrags wurden auf der Grundlage der ersten und insbesondere der zweiten Welle des Sozio-ökonomischen Panels errechnet. Sie beziehen sich auf die in Deutschland lebenden Ausländer ab 16 Jahren aus den fünf wichtigsten ehemaligen Anwerbeländern für ausländische Arbeitskräfte: Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien und Türkei¹.

18.1 Deutschkenntnisse, soziale Kontakte mit Deutschen und nationale Identität

Die Deutschkenntnisse von Ausländern in Wort und Schrift werden im Sozio-ökonomischen Panel jeweils fünfstufig von „sehr gut“ über „gut“, „es geht“, „eher schlecht“ bis „gar nicht“ erhoben. Nur jeweils knapp über die Hälfte der Befragten schätzten ihre Deutschkenntnisse in Wort (54 %) und Schrift (52 %) in beiden Jahren gleich ein. Dagegen gaben rund 20 % eine Verbesserung um eine Kategorie – beispielsweise von „gut“ zu „sehr gut“ – und ein fast gleich großer Anteil eine entsprechende Verschlechterung der Deutschkenntnisse an. Auch die stärkeren Veränderungen von mehr als einer Kategorie halten sich die Waage; sie liegen zwischen 3 % und 5 %.

Während positive Veränderungen der Deutschkenntnisse von Ausländern als Folge des allgemeinen Eingliederungsprozesses sowie entsprechender Bildungsmaßnahmen

¹ Um repräsentative Aussagen über diesen Teil der ausländischen Bevölkerung machen zu können, wurde für die zweite Panelwelle eine Nationalitätengewichtung nach den entsprechenden Daten der amtlichen Ausländerstatistik vorgenommen.

interpretiert werden können, erscheinen Verschlechterungen zunächst unplausibel. Sie werden jedoch verständlich, wenn man bedenkt, daß die subjektive Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse nicht nur von der objektiven sprachlichen Kompetenz abhängt und damit relativ stabil ist, sondern auch von konkreten Alltagserfahrungen beeinflusst wird und infolgedessen erheblichen Schwankungen unterliegen kann.

Wenn die Deutschkenntnisse von Ausländern zu drei Stufen der sprachlichen Assimilation zusammengefaßt werden, können diejenigen mit guten oder sehr guten Sprech- und Schreibkenntnissen als sprachlich gut assimiliert angesehen werden. Das waren sowohl 1984 als auch 1985 knapp 23 %. Bedingt sprachlich assimiliert waren 20 % bzw. 21 %, d. h. diese Befragten können nach eigener Einschätzung zwar gut oder sogar sehr gut Deutsch sprechen, haben aber bei den Schreibkenntnissen höchstens die Mittelkategorie „es geht“ angegeben. Jeweils rund 57 % müssen als sprachlich schlecht assimiliert gelten, weil sie auf die Frage nach den deutschen Sprechkenntnissen nur mit „es geht“, „eher schlecht“ oder sogar „gar nicht“ geantwortet haben. Hier sind die vorhandenen Schreibkenntnisse ohne Bedeutung, weil bereits die unzureichenden Sprechkenntnisse die Handlungs- und Interaktionsmöglichkeiten erheblich einschränken.

In der zweiten Welle des Sozio-ökonomischen Panels im Jahr 1985 wurden die beteiligten Ausländer auch gefragt, ob sie in den letzten zwölf Monaten Deutsche in deren Wohnung besucht haben und ob sie im gleichen Zeitraum von Deutschen in ihrer eigenen Wohnung besucht wurden. Fast 70 % haben beide Fragen positiv beantwortet. Sie sollen im folgenden als sozial assimiliert bezeichnet werden. Dagegen gaben knapp 20 % der Befragten an, sie hätten keinerlei Besuchskontakte mit Deutschen gehabt. Die restlichen rund 11 % hatten entweder nur Besuche von Deutschen oder machten lediglich selbst Besuche bei Deutschen. Dabei kam die letztgenannte Kategorie etwas häufiger vor.

Zwei 1985 gestellte Fragen beziehen sich auf die nationale Identität von Ausländern. Zuerst wurde gefragt, wie sehr sie sich als Deutsche fühlen und dann wie sehr noch als Angehörige der eigenen Nationalität. Zwischen den jeweiligen Antworten auf die beiden Fragen besteht erwartungsgemäß ein starker negativer Zusammenhang, d. h. je ausgeprägter das Gefühl ist, ein Deutscher zu sein, desto niedriger ist die Identifikation mit dem Heimatland. Dieser Zusammenhang trifft für fast 92 % der befragten Ausländer zu. Dagegen hat bei knapp 7 % der Aufenthalt in der Bundesrepublik zu einer unterschiedlich stark ausgeprägten nationalen „Doppelidentität“ geführt. Demgegenüber fühlen sich weniger als 2 % der Befragten weder als Deutsche noch als Angehörige der eigenen Nationalität.

Im Jahr 1984 wurde das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit nur mit einer Frage erhoben. Die Befragten sollten auf einer fünfstufigen Skala angeben, ob sie sich als Deutsche oder als Angehörige der eigenen Nationalität fühlen. Um die Antworten von 1984 mit denen von 1985 besser vergleichen zu können, wurde diese Skala auf drei Ausprägungen komprimiert. Rund 9 % der befragten Ausländer fühlen sich dann ganz oder zumindest mehr als Deutsche; ein Viertel fühlt sich in manchen Beziehungen als Deutsche, in anderen aber nicht; und bei zwei Drittel überwiegt noch das Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Nationalität.

Ebenfalls zum Zweck der besseren Vergleichbarkeit wurden die beiden Fragen zum Gefühl der nationalen Zugehörigkeit in der zweiten Welle des Sozio-ökonomischen Panels zueinander in Beziehung gesetzt. Danach fühlen sich rund 8% stärker als Deutsche denn als Angehörige der eigenen Nationalität. Bei knapp 12% sind die nationalen Identitäten gleichstark ausgeprägt; und 80 % fühlen sich stärker als Angehörige der eigenen Nationalität.

18.2 Soziodemographische Merkmale und Determinanten der Assimilation

Die fünf untersuchten Nationalitäten weisen sowohl bei den Deutschkenntnissen als auch hinsichtlich ihrer Kontakte zu Deutschen und der nationalen Identität zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Sie sind am stärksten ausgeprägt bei den sozialen Kontakten zu Deutschen. Die geringsten Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalitäten bestehen beim Gefühl der nationalen Zugehörigkeit. Am wenigsten assimiliert sind die Türken, am besten dagegen die Jugoslawen und Spanier.

Von den 1985 befragten Türken können 20 % als sprachlich gut assimiliert gelten, dagegen aber 30 % der Jugoslawen. Umgekehrt sind knapp zwei Drittel der Türken sprachlich schlecht assimiliert, aber nur 41 % der Jugoslawen. Der Anteil der Befragten, die in den letzten 12 Monaten sowohl Deutsche in deren Wohnung besucht haben als auch von Deutschen in ihrer eigenen Wohnung besucht wurden, ist bei den Spaniern mit 84 % am höchsten und bei den Türken mit 61 % am niedrigsten. 4 % der türkischen Befragten fühlen sich in stärkerem Maße als Deutsche denn als Türken. Bei den Jugoslawen dagegen ist dieser Anteil mit 15 % mehr als dreimal so hoch.

Zwischen dem Alter von Ausländern und den hier behandelten Dimensionen der Assimilation bestehen eindeutige Zusammenhänge: Je jünger die Befragten sind, desto besser sind ihre Deutschkenntnisse, desto häufiger haben sie Kontakte zu Deutschen und desto größer sind die Anteile derer, die sich stärker als Deutsche denn als Angehörige der eigenen Nationalität fühlen. Die altersspezifischen Unterschiede sind bei den Deutschkenntnissen am stärksten und bei den sozialen Kontakten zu Deutschen am schwächsten ausgeprägt.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Assimilation sind demgegenüber vergleichsweise gering. Dabei weisen die befragten ausländischen Männer in allen untersuchten Dimensionen ein höheres Maß an Assimilation auf als die Frauen. Die Unterschiede sind bei den Deutschkenntnissen am stärksten ausgeprägt. Die geringsten Unterschiede zeigen sich bei der nationalen Identität.

Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen soziodemographischen Merkmalen und der Assimilation von Ausländern können nicht als Kausalbeziehung interpretiert werden. Beispielsweise ist es kaum das Alter an sich, das die sprachliche Assimilation beeinflusst, sondern die damit einhergehende unterschiedliche Häufigkeit des Schulbesuchs in Deutschland.

Tab. 1: Deutschkenntnisse, Kontakte mit Deutschen und nationale Identität von Ausländern nach soziodemographischen Merkmalen

	Befragte	Deutschkenntnisse			Kontakte mit Deutschen		Gefühl der nationalen Zugehörigkeit		
		gut	be- dingt assimiliert	schlecht	vor- handen	nicht vorh.	stärker als Deutscher	gleich- stark	stärker als Ausländer
	Anzahl	in %							
Griechen	374	28	13	59	70	30	6	12	83
Italiener	498	23	21	56	72	28	12	12	77
Jugoslawen	454	30	30	41	82	18	15	16	69
Spanier	302	24	24	53	84	16	11	14	76
Türken	772	20	17	64	61	39	4	10	86
Bis 24 Jahre	471	58	18	24	75	25	14	16	70
25–34 Jahre	499	23	26	52	74	26	6	13	80
35–44 Jahre	690	16	22	62	68	32	8	10	82
45 u. m. Jahre	735	9	17	74	65	35	8	10	83
Männlich	1 309	26	24	49	72	28	9	13	78
Weiblich	1 085	20	15	65	67	34	8	10	82
Insgesamt	2 395	23	20	56	70	30	9	12	80

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

Die Übergänge von der Beschreibung zur Erklärung der Assimilation von Ausländern sind fließend. Das zeigt sich beispielsweise bei der Nationalität. Die Erklärungskraft dieser Variable beruht vor allem darauf, daß die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den einzelnen Nationalitäten zum Teil sehr unterschiedlich ist (vgl. Kap. 17). Deshalb sind auch die sozialen Barrieren gegenüber assimilativen Handlungen, wie insbesondere der Kontaktaufnahme mit Deutschen, für die einzelnen Nationalitäten verschieden hoch.

Erhebliche Auswirkungen auf die Assimilation, die auch kausal eindeutig interpretiert werden können, hat der Schulbesuch in Deutschland. Das wird vor allem bei der sprachlichen Assimilation deutlich. Fast zwei Drittel der 1985 befragten Ausländer, die in Deutschland eine Schule besucht haben, sind sprachlich gut assimiliert. Dagegen liegt dieser Anteil bei der Gruppe ohne schulische Ausbildung in Deutschland unter 12 %. Aber auch die Kontakte zu Deutschen sowie das Gefühl, sich stärker als Deutsche zu fühlen, werden durch den Schulbesuch in Deutschland positiv beeinflusst.

Tab. 2: Deutschkenntnisse, Kontakte mit Deutschen und nationale Identität nach Aufenthaltsdauer und Schulbesuch

Befragte	Deutschkenntnisse			Kontakte mit Deutschen		Gefühl der nationalen Zugehörigkeit			
	gut	be- dingt assimiliert	schlecht	vor- handen	nicht vorh.	stärker als Deutscher	gleich- stark	stärker als Ausländer	
Anzahl		in %							
Aufenthaltsdauer in Deutschland von . . . Jahren									
weniger als 10	419	22	12	66	63	37	4	12	84
10 bis 14	712	20	23	57	69	31	7	10	83
15 bis 19	709	22	21	57	70	30	7	12	81
20 und mehr	554	31	22	47	76	24	16	14	70
Schulbesuch in Deutschland									
ja	538	64	20	17	82	18	16	17	68
nein	1 838	12	20	68	66	34	6	10	83
Insgesamt	2 395	23	20	56	70	30	9	12	80

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

Zwischen den einzelnen Dimensionen der Assimilation bestehen vielfältige Zusammenhänge. Gute Deutschkenntnisse beispielsweise verbessern die Möglichkeiten sozialer Kontakte zu Deutschen und beide zusammen beeinflussen die nationale Identität. Gleichzeitig sind aber auch entsprechende Rückkopplungseffekte vorhanden. Von den sprachlich gut assimilierten Ausländern gaben 1985 über 88 % wechselseitige Besuchskontakte mit Deutschen an. Bei den sprachlich schlecht assimilierten Ausländern dagegen lag dieser Anteil unter 60 %. Ähnlich stark ist der Zusammenhang zwischen Deutschkenntnissen und nationaler Identität. Während sich von den sprachlich gut assimilierten Ausländern fast 22 % stärker als Deutsche denn als Angehörige der eigenen Nationalität fühlen, sind das bei den schlecht assimilierten lediglich rund 3 %.

18.3 Typische Formen der Assimilation und ihre Verteilung nach soziodemographischen Merkmalen

Wenn man die befragten Ausländer nach ihren Deutschkenntnissen, den Kontakten zu Deutschen und dem Gefühl ihrer nationalen Zugehörigkeit unterscheidet und die einzelnen Merkmale dann miteinander kombiniert, entsteht eine Typologie mit 18 Kategorien. Aufgrund der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Dimensionen der Assimila-

tion sind die einzelnen Kategorien sehr unterschiedlich besetzt. Den fünf häufigsten konnten 1985 fast 80 % der befragten Ausländer zugeordnet werden. Diese Kategorien kennzeichnen jeweils typische Formen der Assimilation von Ausländern.

In allen hier behandelten Aspekten assimiliert (Typ 1) sind ungefähr 5 % der Befragten. Sie haben mindestens gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift, pflegen wechselseitige Besuchskontakte mit Deutschen und fühlen sich stärker als Deutsche denn als Angehörige der eigenen Nationalität. Rund 12 % sind zwar sprachlich und sozial assimiliert, fühlen sich aber stärker als Angehörige ihrer eigenen Nationalität (Typ 2).

Dem Typ 3 gehören etwas über 11 % der befragten Ausländer an. Sie sind nur bedingt sprachlich assimiliert, haben wechselseitige Besuchskontakte mit Deutschen, und ihre nationale Identität ist stärker auf das Heimatland gerichtet. Dieser Typ charakterisiert eine Form der partiellen Anpassung an das Aufnahmeland, die insbesondere bei den eigentlichen Gastarbeitern häufig vorkommt.

Tab. 3: Einfluß von Nationalität, Alter und Geschlecht auf die Assimilation¹ von Ausländern

	Befragte	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Zusammen
	Anzahl	in %					
Griechen	374	3	16	8	32	21	80
Italiener	498	8	9	12	30	20	78
Jugoslawen	454	8	14	17	23	11	73
Spanier	302	6	13	15	33	12	79
Türken	772	2	12	8	30	29	81
Bis 24 Jahre	471	12	30	8	12	10	71
25–34 Jahre	499	5	12	17	30	17	80
35–44 Jahre	690	3	9	13	31	24	80
45 u. m. Jahre	735	3	4	9	37	29	82
Männlich	1 309	5	14	13	25	18	76
Weiblich	1 085	4	10	9	33	26	82
Insgesamt	2 395	5	12	11	29	21	79

¹ Typ 1: sprachlich gut assimiliert, wechselseitige Besuche mit Deutschen, stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland. – Typ 2: sprachlich gut assimiliert, wechselseitige Besuche mit Deutschen, stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Heimatland. – Typ 3: sprachlich bedingt assimiliert, wechselseitige Besuche mit Deutschen, stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Heimatland. – Typ 4: sprachlich schlecht assimiliert, wechselseitige Besuche mit Deutschen, stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Heimatland. – Typ 5: sprachlich schlecht assimiliert, keine wechselseitigen Besuche, stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Heimatland.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

Fast 29 % der befragten Ausländer sind sprachlich schlecht assimiliert und fühlen sich stärker als Angehörige der eigenen Nationalität denn als Deutsche (Typ 4). Gleichwohl hat diese Gruppe wechselseitige Besuchskontakte mit Deutschen. Über 21 % sind in allen hier behandelten Aspekten nicht assimiliert (Typ 5). Ihre Deutschkenntnisse sind unzureichend, sie haben keine wechselseitigen Besuchskontakte mit Deutschen, und sie fühlen sich stärker als Angehörige ihrer eigenen Nationalität.

Die Bedeutung der hier untersuchten fünf typischen Formen der Assimilation variiert zwischen den einzelnen Nationalitäten in erheblichem Umfang. Über 8 % der befragten Jugoslawen aber nur rund 2 % der Türken gehören dem vollständig assimilierten Typ 1 an. Dieses Ergebnis war zu erwarten, wenn man die jeweiligen Positionen auf den einzelnen Dimensionen der Assimilation berücksichtigt. Nicht zu erwarten war hingegen die vergleichsweise große Bedeutung des weitgehend assimilierten Typs 2 für die Griechen (fast 16 %) und die geringe Bedeutung, die er für die Italiener (9 %) hat. Damit nehmen bei dieser Form der Assimilation die Griechen den ersten und die Italiener den letzten Platz ein.

Dagegen liegen beim Typ 3 mit über 17 % wiederum die Jugoslawen an der Spitze. Die in der Bundesrepublik lebenden Jugoslawen entsprechen damit noch am ehesten den nur partiell angepaßten Gastarbeitern der späten sechziger Jahre. Überraschend ist die Tatsache, daß fast ein Drittel der befragten Spanier dem kaum assimilierten Typ 4 angehören. Beim Typ 5 zeigt sich wieder die vergleichsweise geringe Assimilation der in Deutschland lebenden Türken. Über 28 % sind in dieser Weise nicht assimiliert; das sind erheblich mehr als bei den anderen Nationalitäten.

Auch zwischen den verschiedenen Altersgruppen bestehen deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Formen der Assimilation. Über 12 % der 16- bis 24jährigen Ausländer gehören dem Typ 1 und über 29 % dem Typ 2 an. Diese Anteile liegen weit über den entsprechenden Anteilen bei den anderen Altersgruppen. Je älter die Befragten sind, desto niedriger sind die Anteile, die auf diese beiden Formen der Assimilation entfallen. Bei den kaum bzw. nicht assimilierten Typen 4 und 5 dagegen ist es genau umgekehrt. Hier weisen die 16- bis 24jährigen mit knapp 12 % und 10 % relativ geringe Anteile auf. Dagegen gehören mehr als 37 % bzw. fast 29 % der über 45jährigen Ausländer diesen beiden Typen an.

18.4 Einflüsse von Aufenthaltsdauer und Schulbesuch auf die Formen der Assimilation

Nicht nur bei den einzelnen Dimensionen (vgl. 18.1), sondern auch den typischen Formen der Assimilation (vgl. 18.3) wird der Einfluß der Aufenthaltsdauer sichtbar. Das gilt insbesondere für den vollständig assimilierten Typ 1 und den nicht assimilierten Typ 5. Im Jahr 1985 gehörten mehr als 10 % der befragten Ausländer, die bereits 20 Jahre und länger in der Bundesrepublik leben, dem Typ 1 an. Damit ist dieser Anteil genau sechsmal so groß wie der entsprechende Anteil bei denjenigen, die noch keine zehn Jahre in der

Bundesrepublik leben. Umgekehrt ist bei mehr als 20jährigem Aufenthalt der Anteil der nicht Assimilierten mit rund 14 % nur annähernd halb so groß wie bei einer Aufenthaltsdauer von weniger als zehn Jahren.

Tab. 4: Wirkung von Aufenthaltsdauer und Schulbesuch in Deutschland auf die Form der Assimilation¹

	Befragte	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Zusammen
	Anzahl	in %					
Aufenthaltsdauer in Deutschland von . . . Jahren							
weniger als 10	419	2	13	6	32	27	79
10 bis 14	712	4	11	13	31	23	82
15 bis 19	709	4	12	13	29	21	79
20 und mehr	554	10	14	10	25	14	74
Schulbesuch in Deutschland							
ja	538	14	32	10	10	4	70
nein	1 838	2	6	12	35	27	81
Insgesamt	2 395	5	12	11	29	21	79

¹ Zu den Typen siehe Tab. 3.

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 2 (1985).

Deutlicher noch als eine lange Aufenthaltsdauer beeinflusst der Schulbesuch in Deutschland die Form der Assimilation. Die Anteile der vollständig Assimilierten (Typ 1) und der weitgehend Assimilierten (Typ 2) machen bei den Ausländern, die in Deutschland eine Schule besucht haben, fast 14 % bzw. 32 % aus. Wenn aber keine Schule in Deutschland besucht wurde, betragen sie nur rund 2 % bzw. 6 %. Bei dem kaum assimilierten Typ 4 und dem nicht assimilierten Typ 5 ist es genau umgekehrt. Hier weisen die Befragten, die in Deutschland eine Schule besucht haben, mit ungefähr 10 % bzw. 4 % wesentlich niedrigere Anteile auf als diejenigen ohne Schulbesuch in Deutschland, von denen fast 35 % bzw. 27 % diesen beiden Typen zuzurechnen sind.

Während 81 % der befragten Ausländer ohne Schulbesuch in Deutschland den hier behandelten fünf typischen Formen der Assimilation zugeordnet werden können, sind es bei denjenigen mit Schulbesuch in Deutschland nur rund 70 %. Eine gleichmäßigere Streuung über alle Formen der Assimilation kann als Indiz vermehrter individueller Wahlmöglichkeiten gewertet werden. Mit dem Schulbesuch in Deutschland wird eine wichtige Ursache dafür sichtbar.

(Erich Wiegand)

19 Bürger und Politik

Das Verhältnis der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zum Staat und zu einzelnen Politikbereichen wird mit zahlreichen Schlagworten beschrieben: Die Anspruchshaltung oder die Empfängermentalität wird beklagt, von der Entfremdung der Politiker von ihrem (Wahl-)Volk ist die Rede, der Rückzug ins Private ist ebenso ein Thema wie die Bevormundung der Bürger durch den Wohlfahrtsstaat.

Mit einigen zentralen Indikatoren soll dokumentiert werden, welche Einstellungen die Bevölkerung gegenüber Politik und Wohlfahrtsstaat zeigt, und wie damit verbunden öffentliche Leistungen und Aufgaben wahrgenommen und bewertet werden.

19.1 Innovationsbereitschaft, Wertewandel

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich wie in anderen westlichen Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel vollzogen. Dieser findet seinen Ausdruck auch in einer veränderten politischen Kultur. Die verfügbaren Daten machen diesen Einstellungswandel nur begrenzt sichtbar. Anhand zweier Indikatoren wird jedoch deutlich, daß „neue“ Werte inzwischen relativ stabil bei bestimmten Bevölkerungsschichten verankert sind.

Die Materialismus-Postmaterialismus-Dimension bezieht sich darauf, welchen gesellschaftlichen Zielen die Priorität eingeräumt wird. Als postmaterialistisch soll dabei gelten, wenn „Meinungsfreiheit“ und „Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen“ als vorrangig vor „Preisstabilität“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ eingestuft werden. Die umgekehrte Rangfolge der Ziele soll als materialistisch gekennzeichnet werden. Eine Innovationsbereitschaft vermuten wir dann, wenn Personen angeben, daß sie sich im Hinblick auf die Politik zu denen zählen, „die gern einmal etwas Neues wagen“. Die konservative Gegenposition ergibt sich bei den Personen, die in der Politik „gern am Alten und Bewährten festhalten“.

An den Indikatoren ist abzulesen, daß zwar eine Mehrheit der Bevölkerung als politisch innovationsbereit zu bezeichnen ist, daß aber lediglich eine Minderheit, etwa jeder Sechste bis jeder Zehnte, eine postmaterialistische Wertorientierung aufweist. Beide Einstellungen sind insofern gut in der Bevölkerung verankert, als wesentliche Verschiebungen im Zeitverlauf 1978 bis 1984 kaum zu erkennen sind. Insgesamt zeichnet sich erwartungsgemäß eine leichte Zunahme der Mischtypen sowie der Postmaterialisten ab, während in der anderen Dimension nur unbedeutende Verschiebungen zu verzeichnen sind.

Tab. 1: Wertorientierung und politische Innovationsbereitschaft

	Insgesamt			Geschlecht					
				Männer			Frauen		
	1978	1980	1984	1978	1980	1984	1978	1980	1984
	in %								
Wertorientierung									
Materialistisch	42	41	34	35	33	27	43	48	40
Mischtypen	48	47	50	49	53	51	48	42	48
Postmaterialistisch	11	12	16	16	14	22	9	11	12
Innovationsbereitschaft									
„Neues wagen“	54	51	—	60	58	—	48	45	—
„Am Alten und Bewährten festhalten“	37	42	—	33	38	—	40	47	—
„Weiß nicht“	10	7	—	7	5	—	12	9	—

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978 (N = 2012), 1980 (N = 2427), 1984 (N = 2064).

Faßt man beide Wertdimensionen zusammen, ergibt sich ein breites Spektrum gesellschaftspolitischer Einstellungen, deren Endpunkte von besonderem Interesse sind. Diese stellen eindeutig gegensätzliche Positionen dar; wir wollen sie als „traditionelle“ und „progressive“ politische Einstellungen benennen. Während insgesamt jeder vierte Bundesbürger in diesem Sinne traditionellen Werten verbunden ist (konservativ und zugleich materialistisch), äußert bereits jeder zehnte eine „neue“ Werteinstellung (vgl. Tab. 2).

Zwischen diesen Polen liegt ein breiter und diffuser Mittelbereich, in dem „alte“ und „neue“ Werte gleichermaßen vertreten werden. Es bereitet dabei vielen Personen keinerlei Schwierigkeiten, materialistisch zu sein und Innovationsbereitschaft zu zeigen, während in deutlichem Gegensatz dazu die postmaterialistischen Orientierungen mit einer konservativen Grundhaltung offenbar nicht in Übereinstimmung zu bringen sind; diese Wertekombination ist praktisch nicht vorhanden.

Welche Bedingungen und Lebensumstände führen zu den entgegengesetzten Einstellungen? Für beide Positionen sind in erster Linie die Zugehörigkeit zu bestimmten Altersgruppen und das Bildungsniveau entscheidend. Dies deutet auf eine Werteverchiebung zu neuen Einstellungen hin, die von jüngeren Personen und von den besser Gebildeten getragen wird. Ältere Personen, Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Frauen sind mehr als andere Bevölkerungsgruppen traditionellen Wertorientierungen verhaftet. Im Gegensatz dazu gibt es etwa gleichviel Männer und Frauen mit der progressiven Werteinstellung. Auch die materiellen Lebensverhältnisse

wirken sich bezeichnenderweise nur in eine Richtung aus: Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen sind, sicherlich durch den engen finanziellen Handlungsspielraum bedingt, deutlich stärker konservativ-materialistisch orientiert. Aufschlußreich ist aber auch, daß Personen mit neuen Werten in praktisch allen Einkommensgruppen zu finden sind. Progressive Einstellungen hängen demnach nicht unmittelbar von einer materiell überdurchschnittlich sicheren Existenz ab.

Tab. 2: Traditionelle und progressive politische Einstellungen

	Traditionell „Am Alten und Bewährten festhalten“ und materialistische Orientierung	Progressiv „Neues wagen“ und postmaterialistische Orientierung
	in %	
Insgesamt	25	11
Männer	18	12
Frauen	31	9
Altersgruppen		
18–24 Jahre	2	30
25–34 Jahre	7	17
35–44 Jahre	19	8
45 Jahre und älter	40	4
Bildungsniveau		
Ohne Abschluß	34	3
Hauptschulabschluß	31	4
Mittlere Reife	15	17
Fachhochschulreife, Abitur	8	34

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980 (N = 2427).

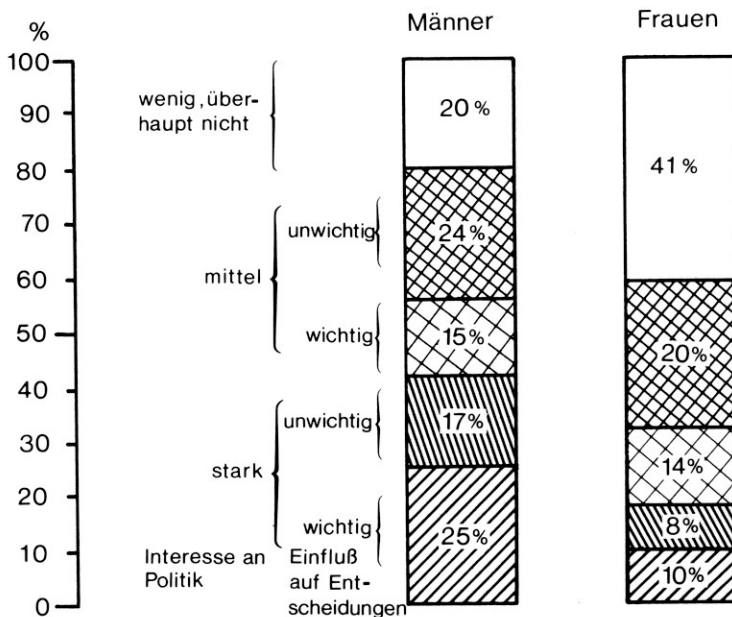
19.2 Gesellschaftspolitisches Interesse

Die Fähigkeit, sich politisch zu äußern, seine Interessen und Rechte offensiv zu vertreten, ist eine wichtige Wohlfahrtskomponente. Verbunden mit dem Interesse an Politik zeigt sich hier, welche Gruppen ein gesellschaftspolitisches Engagement aufweisen und welche in diesem Sinne politisch „arm“ sind.

Das Interesse der Bundesbürger an Politik kann man insgesamt als groß bezeichnen. Lediglich drei von zehn Bürgern sind wenig oder gar nicht an Politik interessiert. Bei den restlichen 70 % überwiegt ein mittleres Interesse (vgl. auch Kap. 16). Aber ebenso wie das starke oder sehr starke Interesse ist dieses letztlich ein unverbindliches Interesse, wenn gleichzeitig die Möglichkeit, auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen, als unwichtig bewertet wird.

Ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Engagement dürfte deshalb in erster Linie dann zu vermuten sein, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: das allgemeine politische Interesse ist hoch und die Einflußnahme auf politische Entscheidungen bzw. die Möglichkeit dazu wird als wichtig angesehen. Jeder sechste Bundesbürger hat so gesehen ein hohes gesellschaftspolitisches Engagement, wobei sich immerhin jeder vierte Mann, aber nur jede zehnte Frau entsprechend äußern. Frauen sind nicht nur weniger an Politik interessiert als Männer, sie stufen zudem die Wichtigkeit der möglichen Einflußnahme geringer ein.

Abb. 1: Gesellschaftspolitisches Engagement bei Männern und Frauen: Interesse an Politik und Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2064).

Im allgemeinen vermutet man das höchste gesellschaftspolitische Engagement bei den besser Gebildeten, weil sie wohl am ehesten ihre Interessen auch formulieren und artikulieren, und, aufgrund der in den letzten Jahren massiv auch in der Öffentlichkeit vorgetragenen Proteste, bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen. Unsere Ergebnisse zeigen, daß diese Vermutungen nur mit Einschränkungen zutreffen. Erwartungsgemäß sind Personen mit Abitur oder mit Fachhochschulreife stärker engagiert als etwa Personen, die über keinen Bildungsabschluß oder über den Hauptschulabschluß verfügen.

Tab. 3: Gesellschaftspolitisches Engagement – Interesse an Politik und Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen

	Interesse an Politik				
	Stark		Mittel		Wenig, gar nicht
	Einfluß auf		Einfluß auf		Einfluß auf
	Entscheidungen	Entscheidungen	Entscheidungen	Entscheidungen	Entscheidungen
	wichtig	unwichtig	wichtig	unwichtig	wichtig/unwichtig
	in %				
Insgesamt	17	12	14	26	31
Bildungsniveau					
Ohne Abschluß	11	8	10	20	51
Hauptschulabschluß	10	9	14	30	37
Mittlere Reife	18	17	20	25	21
Fachhochschulr., Abitur	40	19	10	19	13
Wertorientierung nach Alter					
Materialistisch					
18–29 Jahre	7	8	8	25	53
30–39 Jahre	8	11	17	30	35
40–49 Jahre	4	9	12	34	41
50 Jahre u. älter	7	9	11	26	48
Postmaterialistisch					
18–29 Jahre	37	12	18	19	14
30–39 Jahre	37	25	17	17	4
40–49 Jahre	48	13	14	13	12
50 Jahre u. älter	55	13	12	18	4

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2064).

Unter den Personen, die jünger als 30 Jahre sind, finden wir aber nur dann höhere Anteile mit einem ausgeprägten gesellschaftspolitischen Interesse, wenn wir die jeweilige Wertorientierung unberücksichtigt lassen. Unterscheidet man verschiedene Altersgruppen danach, ob sie eine materialistische oder eine postmaterialistische Werteinstellung zeigen, dann wird gerade das Gegenteil sichtbar: Bei den Materialisten ist meist ein starkes politisches Desinteresse vorhanden und jüngere Bürger mit materialistischer Wertorientierung unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von ihren älteren Mitbürgern. Bei den Postmaterialisten äußern ältere Personen im Vergleich zu jüngeren Mitbürgern ein deutlich stärker ausgeprägtes hohes gesellschaftspolitisches Engagement.

Jüngere sind zwar häufiger als Ältere die Träger neuer Werte, ein verstärktes politisches Bewußtsein scheint damit allerdings nicht unmittelbar verbunden. Ob darin eine Distanzierung von Staat und Politik zu sehen ist, läßt sich nicht zuverlässig beurteilen.

19.3 Interesse an Politik und politische Teilhabe

Jedes Interesse an politischen Ereignissen und Themen spielt sich in gewissem Sinne nur im Privatbereich ab, wenn damit nicht ein öffentliches Engagement, z. B. durch die Mitgliedschaft in Verbänden, Parteien und Gewerkschaften, verbunden ist. Die Mitgliedschaft in solchen Organisationen eröffnet in unserem Parteienstaat die institutionellen Möglichkeiten der politischen Einflußnahme. Daneben zählen auch andere, nichtkonventionelle Aktivitäten – von der Unterschriftenaktion bis zur politischen Demonstration – zu den gesellschaftlich relevanten Möglichkeiten, Interessen wahrzunehmen und öffentlich zu vertreten.

Beide Arten, politisch aktiv zu sein, hängen auch entscheidend vom gesellschaftspolitischen Engagement und der jeweiligen Wertorientierung ab: Postmaterialisten und politisch Interessierte sind häufiger als andere Mitglieder in Parteien und Gewerkschaften und nutzen zudem das Potential nichtkonventioneller Möglichkeiten in beachtlichem Umfang (vgl. Tab. 4).

Obwohl die Frage nach Ursache und Wirkung auch in diesem Zusammenhang nicht eindeutig beantwortet werden kann – treten z. B. politisch Interessierte aus diesem Grund der Gewerkschaft bei oder sind sie mehr als andere an Politik interessiert, weil sie Gewerkschaftsmitglieder sind –, sind einige Unterschiede aufschlußreich. So ist festzustellen, daß unter den Erwerbstätigen Angestellte ein stärkeres politisches Interesse äußern als Arbeiter. Dies wirkt sich jedoch bei den beiden Berufsgruppen unterschiedlich aus: Das Interesse der Arbeiter ist zwar geringer, sie sind aber verglichen mit den Angestellten bei gleich starkem Interesse wesentlich häufiger in Gewerkschaften und auch in Parteien organisiert. Der Wandel des Beschäftigungssystems, der sich u. a. in einer Zunahme der Angestelltentätigkeiten zeigt, könnte damit dazu führen, daß das traditionelle Reservoir der Gewerkschaften allmählich schrumpft. Es wird deshalb auch für die Gewerkschaften immer mehr darauf ankommen, das an sich vorhandene politische Interesse der Angestellten für sich durch zusätzliche Mitgliedschaften zu gewinnen.

Tab. 4: Politische Teilhabe und gesellschaftspolitisches Engagement

	Insge- samt	Wertorientierung			Gesellschaftspolitisches Engagement ¹				
		Mate- rialist	Misch- typ	Post- mate- rialist	Hoch				Niedrig
					(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
in %									
Mitgliedschaft in ²									
Gewerkschaft	20	13	20	23	30	20	20	16	12
Partei	5	3	8	8	19	10	7	2	2
Nichtkonventionelle									
Möglichkeiten ³									
Unterschriftenaktion	39	25	44	71					
Entscheidung zu									
beeinflussen versucht	18	14	19	34					
Teilnahme									
an Demonstration	8	3	7	30					

1 Zu den fünf Gruppen, die im Hinblick auf „Interesse an Politik“ unterschieden werden, vgl. Tab. 3.

2 1984.

3 1980.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980 (N = 2427), 1984 (N = 2064).

Zu fragen ist schließlich, ob die Träger neuer Werte, d. h. die junge und besser gebildete Generation, ein anderes Rollenverständnis der politischen Teilnahme besitzen. Sie unterscheiden sich zwar auch in Hinblick auf die traditionellen Mitwirkungsmöglichkeiten, nichtkonventionelle Interessenvertretung steht aber deutlich im Vordergrund.

19.4 Öffentliche und private Lebensbereiche im Urteil der Bürger

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß auch und gerade bei der Zufriedenheitsbewertung markante Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Lebensbereichen auftreten. Zu fragen ist deshalb: Gibt es bestimmte Gruppen in der Bevölkerung, die den öffentlichen Bereich durchgängig negativ, ihre privaten Angelegenheiten dagegen „einheitlich“ positiv bewerten? Läßt sich die Anspruchshaltung an Staat und Politik in dem Sinne nachweisen, daß gerade die politisch Interessierten und die Träger neuer Werte den wohlfahrtsstaatlichen Aufgabenbereichen besonders kritisch gegenüberstehen?

Tab. 5: Zufriedenheit¹ mit Lebensbereichen

		Eher Zufriedene %	Hoch- zufriedene %	Eher Unzufriedene %	Mittel- wert Ø
Ehe/Partnerschaft ²	1978	97,4	48,4	0,8	9,0
	1984	95,1	43,7	2,4	8,8
Familienleben ³	1978	95,7	38,6	2,0	8,7
	1984	93,4	29,6	1,8	8,4
Haushaltsführung	1980	93,6	34,8	1,9	8,5
	1984	93,9	38,9	2,8	8,6
Arbeitsplatz ⁴	1980	89,1	12,0	5,4	7,6
	1984	90,1	22,3	5,4	7,9
Hausfrauendasein ⁵	1978	86,9	24,9	5,1	7,9
	1984	85,1	27,0	7,6	7,8
Arbeitsteilung	1980	85,6	28,4	6,9	7,9
	1984	85,4	29,6	8,4	7,9
Lebensstandard	1978	84,6	14,5	6,6	7,4
	1984	80,8	16,2	9,5	7,4
Wohnung	1978	83,2	29,2	6,8	7,8
	1984	85,4	35,8	5,6	8,0
Freizeit	1978	82,7	25,8	10,4	7,6
	1984	81,5	26,9	9,6	7,7
Haushaltseinkommen	1978	82,2	13,3	10,0	7,2
	1980	77,3	14,7	11,0	7,1
	1984	74,1	14,0	14,5	6,9
Gesundheit	1978	79,0	16,3	11,6	7,3
	1984	74,1	18,5	14,9	7,1
Soziale Sicherung	1978	76,6	9,7	13,6	6,9
	1984	74,2	11,2	13,7	6,8
Ausbildung	1978	70,9	14,7	17,1	6,7
	1984	72,2	19,0	15,5	7,0
Kirche	1978	56,8	8,6	24,6	5,9
	1984	54,8	9,2	25,1	5,8
Öffentliche Sicherheit	1978	43,7	1,9	40,0	5,0
	1984	46,5	2,3	31,4	5,2
Umweltschutz	1978	40,4	1,6	38,7	5,0
	1984	22,2	0,9	58,3	3,8

1 Zufriedenheitsskala: 0–10; „Eher Zufriedene“ = 6–10; „Hochzufriedene“ = 10; „Eher Unzufriedene“ = 0–4.

2 Nur Befragte mit Partner oder Ehepartner.

3 Nur Befragte mit Partner und Kindern unter 18 Jahren.

4 Nur Berufstätige (ganz- und halbtags).

5 Nur Hausfrauen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978 (N = 2012), 1980 (N = 2427), 1984 (N = 2064).

Das Netz der sozialen Sicherung, die innere Sicherheit und der Umweltschutz sind Bereiche, für die der Wohlfahrtsstaat verantwortlich ist. Die individuelle Beurteilung dieser Bereiche dokumentiert deshalb auch, inwieweit wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen in der Wahrnehmung der Bürger ihren Aufgaben gerecht werden. Insgesamt scheint sich dabei tatsächlich ein erhebliches Maß an Kritik zu manifestieren, wenn in bestimmten Bereichen, wie vor allem beim Umweltschutz, derart massiv Unzufriedenheit geäußert wird.

Verglichen mit Aspekten des privaten Lebensraumes, schneiden öffentliche Bereiche schlechter ab – eine eindeutige Polarisierung zwischen „öffentlich“ und „privat“ läßt sich allerdings nicht aufrechterhalten. Vielmehr zeichnet sich innerhalb der drei öffentlichen Aufgabenbereiche eine klare Rangordnung ab. Während das Netz der sozialen Sicherung insgesamt positiv beurteilt wird und im Vergleich mit den ausgewählten privaten Bereichen nicht generell negativer abschneidet, trifft dies für den Bereich der inneren Sicherheit nur bedingt und für den Umweltschutz überhaupt nicht zu.

Die Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz ist besonders groß, wobei die postmateriale Wertorientierung und ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Interesse dies zusätzlich verstärken. Weniger eindeutig ist die Lage bei der sozialen Sicherung und der inneren Sicherheit. Für den Bereich der inneren Sicherheit läßt sich zeigen, daß die Träger neuer Werte und die politisch Interessierten differenzierter als andere ihre Einschätzungen abgeben: Die Privatsphäre rangiert nicht eindeutig über dem öffentlichen Bereich.

Insgesamt spricht somit einiges dafür, daß die beiden Lebenssphären öffentlich bzw. privat nicht mit der Dimension Unzufriedenheit – Zufriedenheit zusammenfallen. Unzufriedenheit in der einen Sphäre scheint nicht durch Zufriedenheit in der anderen ausgeglichen werden zu müssen.

(Roland Habich)

20 Allgemeine Kulturfertigkeiten

In jeder Gesellschaft sind zur Bewältigung der vielfältigen Anforderungen des täglichen Lebens unterschiedlichste Fertigkeiten erforderlich. Welcher Art diese sind, hängt im weitesten Sinn mit der Kultur der Gesellschaft zusammen, weshalb wir im folgenden kurz von „Kulturfertigkeiten“ sprechen. Diese Kulturfertigkeiten umfassen in modernen Gesellschaften wie der Bundesrepublik z. B. das Annähen eines Knopfes ebenso wie die Bedienung eines Taschenrechners oder das Ausfüllen eines Steuerformulars. Erst die Verfügung über diese kulturellen Techniken ermöglicht es dem einzelnen, in angemessener Weise am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Aus diesem Grund wird die Beherrschung solcher Kulturfertigkeiten auch – in unterschiedlichem Maß – von den erwachsenen Gesellschaftsmitgliedern oder zumindest von den Angehörigen bestimmter Bevölkerungsgruppen erwartet.

In den institutionalisierten Zusammenhängen der Schul- und Berufsausbildung werden diese Fertigkeiten nur zum Teil gelernt; häufiger ist ihr Einüben ein Bestandteil des täglichen Lebens. Empirische Daten lagen bisher jedoch nur über die Verteilung der formalen schulischen und beruflichen Qualifikationen in der Bundesrepublik vor, während darüber hinausgehende Informationen über die Verbreitung verschiedener Kulturfertigkeiten in der deutschen Bevölkerung weitgehend fehlten. Deshalb wurde in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1986 ein erster Schritt zur Erforschung allgemeiner Kulturfertigkeiten unternommen, indem die Beherrschung einiger ausgewählter Fertigkeiten aus den Bereichen Handwerk, Haushalt, Technik, Freizeit und öffentliches Leben erfragt wurde.

Neben der Verbreitung der verschiedenen Fertigkeiten insgesamt wird im folgenden untersucht, ob bestimmte Teilgruppen der Gesellschaft in unterschiedlichem Umfang über sie verfügen. Dabei werden wir uns auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, verschiedenen Alters- und verschiedenen Bildungsgruppen konzentrieren, um festzustellen, ob diese fundamentalen gesellschaftlichen Differenzierungslinien auch auf dem Gebiet der Kulturfertigkeiten wirksam sind. Einschränkend muß angemerkt werden, daß die wenigen Fertigkeiten, die berücksichtigt werden konnten, natürlich nicht „repräsentativ“ für alle Kulturfertigkeiten in den jeweiligen Bereichen sein können. Die geschilderten Ergebnisse sollten deshalb auch nicht vorschnell auf andere, nicht erfaßte Fertigkeiten übertragen werden.

20.1 Handwerkliche Fertigkeiten

Die handwerklichen Fertigkeiten, die jeweils von etwa der Hälfte der Befragten beherrscht werden, sind eindeutig „Männersache“ (vgl. Tab. 1): Während fast alle Männer – jeweils mindestens 80 % – eine Deckenlampe anschließen, Zündkerzen wechseln oder einen

Fahrradreifen flicken können, besitzt nur eine Minderheit der Frauen – zwischen 13 %, die Zündkerzen wechseln, bis zu immerhin 36 %, die einen Fahrradreifen flicken können – diese handwerklichen Fertigkeiten. Lediglich das Tapezieren ist keine derart ausgeprägte Domäne der Männer.

Tab. 1: Beherrschung von handwerklichen Fertigkeiten

Kulturfertigkeit	Gesamt	Geschlecht		Alter in Jahren			
		männl.	weibl.	18–34	35–49	50–64	ü. 64
	in %						
Deckenlampe anschließen	54	88	23	60	57	54	37
Tapezieren	57	70	45	61	65	54	38
Zündkerzen wechseln	45	81	13	53	49	42	27
Fahrradreifen flicken	62	92	36	72	64	60	44

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Im Vergleich zu diesen Unterschieden zwischen Männern und Frauen sind die Differenzen zwischen den verschiedenen Altersgruppen im allgemeinen relativ gering. Stark vom Durchschnitt der Befragten weichen jedoch die über 64jährigen ab. Der Anteil der Befragten, die die einzelnen handwerklichen Fertigkeiten beherrschen, liegt in dieser Altersgruppe jeweils knapp 20 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Dies kann zum einen daraus resultieren, daß ein Teil der älteren Befragten diese Fertigkeiten zwar einmal beherrscht hat, sie aber jetzt aufgrund von körperlicher Gebrechlichkeit nicht mehr ausüben kann. Zum anderen spielt auch der überproportional hohe Anteil von Frauen (60 %) in dieser Altersgruppe für dieses Ergebnis eine Rolle.

Untersucht man, ob neben Geschlecht und Alter auch die Bildung der Befragten einen Einfluß auf ihre handwerkliche Kompetenz hat, so zeigt sich, daß dies im großen und ganzen nicht der Fall ist. Letztlich erweist sich damit das Geschlecht als die ausschlaggebende Variable für die Beherrschung der handwerklichen Fertigkeiten. Die Dominanz der Männer kann dabei auf dem Hintergrund der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau im Haushalt verstanden werden: Für kleinere Reparaturen sind die Männer, für die stärker haushälterischen Tätigkeiten (vgl. unten 20.2) die Frauen zuständig. Unterschiedliche Zuständigkeitsdefinitionen und unterschiedliche Fertigkeiten sind wechselseitig aufeinander bezogen und verstärken sich gegenseitig.

Angesichts der Diskussion um die Gleichberechtigung der Frau drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob es denn zu einer Abschwächung dieser Geschlechtertypisierung kommt. Vergleicht man die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in den

Tab. 2: Angleichung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den handwerklichen Fertigkeiten

Kulturfertigkeit	Alter			
	18–34	35–49	50–64	ü. 64 Jahre
	in %			
Tapezieren:				
Männer	71	75	69	58
Frauen	53	54	40	25
Differenz	18	21	29	33
Fahrradreifen flicken:				
Männer	96	93	90	82
Frauen	50	34	31	18
Differenz	46	59	59	64

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

vier Altersgruppen, so zeigen sich nur beim Tapezieren und Reifen flicken Veränderungen in dieser Richtung: Je jünger die Befragten, um so geringer wird der Vorsprung der Männer (vgl. Tab. 2). In beiden Fällen resultiert dies daraus, daß bei den Frauen größere Fertigungsunterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen zugunsten der jüngeren Befragten bestehen als bei den Männern.

20.2 Fertigkeiten im Haushaltsbereich

Gemessen am Kochen und am Annähen eines Knopfes, zu dem sich fast drei Viertel bzw. fast 90 % der Befragten in der Lage sehen, sind die Fertigkeiten im Haushaltsbereich weiter in der Bevölkerung verbreitet als die handwerklichen Fertigkeiten (vgl. Tab. 3). Über die beiden anderen Fertigkeiten, Stricken und Hosen umnähen, verfügen mit ca. 50 – 60 % der Befragten allerdings ungefähr genauso viele Personen wie über die einzelnen handwerklichen Fertigkeiten.

Betrachtet man wiederum zunächst die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, so erkennt man sofort, daß man es hier mit den „typisch weiblichen“ Fertigkeiten zu tun hat. Die aufgeführten Fertigkeiten aus dem Haushaltsbereich sind für die befragten Frauen nahezu selbstverständlich. Männer verfügen dagegen in stark unterschiedlichem Maß über diese Fertigkeiten. So kann nur ein verschwindend geringer Anteil der Männer stricken; ein Hosenbein umnähen kann jeder vierte und kochen jeder zweite Mann. Lediglich das Annähen eines Knopfes beherrschen beinahe 80 % der Männer.

Tab. 3: Beherrschung von Fertigkeiten im Haushaltsbereich

Kulturfertigkeit	Gesamt	Geschlecht		Alter in Jahren			
		männl.	weibl.	18–34	35–49	50–64	ü. 64
	in %						
Stricken	48	4	86	46	45	50	55
Kochen	71	45	94	70	71	69	77
Knopf annähen	89	78	99	88	87	91	90
Hosenbein umnähen	63	26	94	63	60	64	67

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Im Vergleich zu diesen ausgeprägten Unterschieden zwischen den Geschlechtern sind die Differenzen zwischen den verschiedenen Altersgruppen ausgesprochen gering. Auffallend ist, daß bei den Haushaltsfertigkeiten der Anteil der über 64jährigen, die über die betreffenden Fertigkeiten verfügen, nicht wie bei den Fertigkeiten aller anderen vier Bereiche unter dem Durchschnitt liegt, sondern im Gegenteil sogar leicht darüber. Die berücksichtigten Tätigkeiten im Haushaltsbereich können von den Frauen offensichtlich – im Gegensatz zu den handwerklichen Fertigkeiten bei den Männern – auch im hohen Alter ausgeübt werden. Bei dem überproportional hohen Anteil von Frauen bei den über 64jährigen (60 %) führt dies zu dem dargestellten Ergebnis.

Tab. 4 Angleichung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Fertigkeiten im Haushaltsbereich

Kulturfertigkeit	Alter			
	18–34	35–49	50–64	ü. 64 Jahre
in %				
Stricken:				
Männer	7	3	4	3
Frauen	80	85	92	90
Differenz	– 73	– 82	– 88	– 87
Kochen:				
Männer	52	44	39	44
Frauen	87	98	97	99
Differenz	– 35	– 54	– 58	– 55

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Ähnlich gering wie der Effekt des Alters ist auch der Einfluß, den der Bildungsabschluß der Befragten auf ihre Kompetenzen im Haushaltsbereich hat. Somit ist für die Beherrschung der untersuchten Fertigkeiten im Haushaltsbereich wie bei den handwerklichen Fertigkeiten die Geschlechtszugehörigkeit entscheidend – wenngleich mit umgekehrtem Vorzeichen. Untersucht man auch hier, ob die ausgeprägten Geschlechtsunterschiede in allen Altersgruppen bestehen, so zeigen sich nur beim Stricken und Kochen Tendenzen zur Annäherung bei den jüngeren Altersgruppen (vgl. Tab. 4). In beiden Fällen sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den 18- bis 34jährigen geringer als bei den älteren Altersgruppen. Dies liegt jeweils daran, daß einerseits die jüngeren Männer in größerem Umfang als die älteren angeben, diese Fertigkeiten zu beherrschen, während andererseits bei den jüngeren Frauen diese Fertigkeiten in geringerem Ausmaß verbreitet sind als bei den älteren.

20.3 Fertigkeiten im Umgang mit technischen Geräten

Mit der zunehmenden Technisierung im Berufsleben und in der Freizeit gewinnen Kenntnisse über die Bedienung verschiedenster technischer Geräte immer mehr an Bedeutung. Wie Tab. 5 zeigt, sind die einzelnen Fertigkeiten im Umgang mit technischen Geräten in der Bevölkerung in sehr unterschiedlichem Ausmaß vorhanden. Die Spannweite reicht von 20 % der Befragten, die angeben, einen Computer bedienen zu können,

Tab. 5: Beherrschung von Fertigkeiten im Umgang mit technischen Geräten

Kulturfertigkeit	Gesamt	Geschlecht		Alter in Jahren			
		männl.	weibl.	18–34	35–49	50–64	ü. 64
	in %						
Quarzuhr einstellen	57	75	41	73	59	46	34
Computer bedienen	20	27	14	30	25	13	2
Mit Taschenrechner umgehen	76	85	68	92	84	65	42
Fernsehsendung mit Videogerät aufnehmen	40	53	28	66	42	23	8
Rundfunksendung mit Tonbandgerät aufnehmen	64	78	52	88	71	49	24

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

bis zu 76 %, die mit einem Taschenrechner umgehen können. Dies entspricht auch weitgehend dem Verbreitungsgrad der Geräte.

Wiederum sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erkennen, wenngleich nicht so deutlich ausgeprägt wie bei den Handwerks- und Haushaltsfertigkeiten. Bei allen genannten technischen Geräten geben mehr Männer als Frauen an, daß sie damit umgehen können. Lediglich im Fall der Taschenrechner- und der Tonbandgeräteeinrichtung verschwinden diese Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den jüngeren Befragten weitgehend (vgl. Tab. 6).

Der Vorsprung der Männer auf technischem Gebiet ist jedoch weniger auffällig als der klare Einfluß des Alters. Die Fertigkeiten im Umgang mit technischen Geräten stellen in stärkerem Maße als die der vier anderen Bereiche ein altersabhängiges Phänomen dar (vgl. Tab. 5). Kontinuierlich steigt der Anteil der Personen, die den Umgang mit den jeweiligen technischen Geräten beherrschen, von der ältesten bis zur jüngsten Altersgruppe an.

Tab. 6: Angleichung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Bedienung technischer Geräte

Kulturfertigkeit	Alter			
	18–34	35–49	50–64	ü. 64 Jahre
	in %			
Mit Taschenrechner umgehen:				
Männer	94	89	77	64
Frauen	90	79	55	27
Differenz	4	10	22	37
Rundfunksendung mit Tonbandgerät aufnehmen:				
Männer	95	86	65	39
Frauen	81	56	33	14
Differenz	14	30	32	25

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Geht man der Frage nach, ob neben dem Alter und dem Geschlecht der Befragten auch ihr Bildungsabschluß einen Einfluß auf die Kompetenz im Umgang mit technischen Geräten hat, so zeigt sich ein solcher Einfluß nur bei der Bedienung eines Computers. Während von den Personen ohne Schulabschluß bzw. mit Hauptschulabschluß sich nur 11 % zur Bedienung eines Computers in der Lage sehen, sind es bei den Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen jeweils zwischen 30 % und 40 %.

20.4 Fertigkeiten im Freizeitbereich

In modernen Gesellschaften wie der Bundesrepublik existieren viele verschiedene Stile der Freizeitgestaltung nebeneinander. Die im Freizeitbereich erfragten Fertigkeiten bilden daher eine weniger homogene Gruppe als die vorangegangenen. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß sie den Befragten in stark unterschiedlichem Maße – von 23 % beim Schachspielen bis zu 93 % beim Radfahren – vertraut sind (vgl. Tab. 7).

Tab. 7: Beherrschung von Fertigkeiten im Freizeitbereich

Kulturfertigkeit	Gesamt	Geschlecht		Alter in Jahren			ü. 64
		männl.	weibl.	18–34	35–49	50–64	
	in %						
Walzer tanzen	61	50	71	44	67	75	69
Schach spielen	23	38	10	30	20	23	14
Musikinstrument spielen	24	23	25	30	24	21	17
Fotografieren	73	81	66	79	80	70	53
Schwimmen	77	84	71	93	81	68	51
Radfahren	93	96	91	98	96	94	78
Zu Popmusik tanzen	46	40	51	76	45	25	11

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Die Differenzen zwischen den Geschlechtern sind hier schwächer als bei den bisher angesprochenen Bereichen. Mit den Ausnahmen des Tanzens, das mehr Frauen beherrschen, und des Spielens eines Musikinstrumentes, bei dem praktisch keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen, ist festzustellen, daß Männer sich in den Freizeitfertigkeiten etwas häufiger für kompetent erklären als Frauen. Ein großer Unterschied zugunsten der Männer besteht lediglich beim Schachspielen.

Was die Altersunterschiede betrifft, so verfügen die jüngeren Befragten häufiger über die hier erfaßten Fertigkeiten im Freizeitbereich – mit Ausnahme des Walzertanzens, das etwas aus der Mode gekommen ist. Die unterproportionale Beherrschung der Freizeitfertigkeiten bei den älteren Altersgruppen, vor allem bei den über 64jährigen, zeigt sich besonders bei den letzten vier Fertigkeiten in Tab. 7.

Insgesamt kann man feststellen, daß das Alter bei den Fertigkeiten im Freizeitbereich eindeutig eine wichtigere Rolle spielt als das Geschlecht. Dabei sind die Altersunterschiede zugunsten der jüngeren Befragten häufig bei den Frauen viel stärker ausgeprägt als bei den Männern (vgl. Tab. 8). In der jüngsten Altersgruppe ist daher der Anteil der

Frauen, die angeben, die jeweilige Fertigkeit zu beherrschen, im allgemeinen nicht geringer als der bei den gleichaltrigen Männern. Allein beim Schachspielen schneiden die Frauen in jeder Altersgruppe schlechter ab. Dies gilt übrigens auch dann, wenn man das Bildungsniveau – das nur bei dieser Freizeitfertigkeit von Bedeutung ist – konstant hält.

Tab. 8: Angleichung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Fertigkeiten im Freizeitbereich

Kulturfertigkeit	Alter			
	18–34	35–49	50–64	ü. 64 Jahre
	in %			
Fotografieren:				
Männer	82	86	81	69
Frauen	77	73	59	42
Differenz	5	13	22	27
Schwimmen:				
Männer	94	83	79	68
Frauen	92	78	58	39
Differenz	2	5	21	29
Radfahren:				
Männer	99	98	96	87
Frauen	98	95	91	71
Differenz	1	3	5	16
Musikinstrument spielen:				
Männer	25	22	23	23
Frauen	35	25	18	14
Differenz	– 10	– 3	5	9

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

20.5 Fertigkeiten des öffentlichen Lebens

Der Anteil der Personen, die angeben, die erfaßten Fertigkeiten des öffentlichen Lebens zu beherrschen, variiert von etwas unter 50 % beim „Steuerformular ausfüllen“ oder „Schreibmaschine schreiben“ bis zu knapp 90 % beim „Stadtplan lesen“ (vgl. Tab. 9).

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind insgesamt relativ gering. Frauen können häufiger als Männer Schreibmaschine schreiben – ein Ergebnis, das sich mit der zunehmenden Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben, vor allem mit ihrem Einzug ins

Büro, erklären läßt. Bei den anderen Fertigkeiten des öffentlichen Lebens haben allerdings wieder die Männer einen Vorsprung. Dieser beträgt ca. 15 Prozentpunkte beim „Steuerformular ausfüllen“, „Stadtplan lesen“ und „Kursbuch der Bundesbahn lesen“. Einen Pkw-Führerschein besitzen sogar etwa 25 % mehr Männer als Frauen.

Tab. 9: Beherrschung von Fertigkeiten des öffentlichen Lebens

Kulturfertigkeit	Gesamt	Geschlecht		Allgemeinbildender Schulabschluß			
		männl.	weibl.	kein Ab- schluß/ Haupt- schule	Real- schule	Fach- hoch- schul- reife	Abitur
		in %					
Steuerformular ausfüllen	43	52	35	37	50	54	58
Stadtplan lesen	86	94	79	80	89	97	99
Kursbuch der Bundesbahn lesen	64	72	58	56	70	79	81
Schreibmaschine schreiben	47	42	51	30	71	66	67
Pkw-Führerschein	74	88	62	64	82	95	94
Fremdsprachen- kenntnisse	58	60	55	31	85	93	98
Einspruch gegen Bußgeldbescheid formulieren	57	61	53	47	65	80	75

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Diese Unterschiede passen zu dem traditionellen Bild der Frau, die zu Hause bleibt, sich um Heim und Familie kümmert und die Kontakte außerhalb der Familie dem Mann überläßt. Dieses Bild könnte jedoch bald überholt sein. Auch hier sind nämlich speziell bei den Frauen starke Alterseffekte zu beobachten, die auf einen gewissen Wandel in der Rolle der Frau hindeuten (vgl. Tab. 10). Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die in der ältesten Altersgruppe oft beträchtlich sind, betragen bei den 18- bis 34jährigen Befragten – außer beim Sonderfall „Schreibmaschine schreiben“, das deutlich mehr junge Frauen als junge Männer beherrschen – höchstens 10 Prozentpunkte. Vor allem die jüngeren Frauen holen also bei den Fertigkeiten im Bereich des öffentlichen Lebens auf.

Tab. 10: Angleichung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Fertigkeiten des öffentlichen Lebens

Kulturfertigkeit	Alter			
	18–34	35–49	50–64	ü. 64 Jahre
	in %			
Stadtplan lesen				
Männer	95	95	93	89
Frauen	85	85	72	66
Differenz	10	10	21	23
Pkw-Führerschein				
Männer	92	94	86	70
Frauen	85	78	44	17
Differenz	7	16	42	53
Fremdsprachenkenntnisse				
Männer	83	51	49	45
Frauen	81	54	41	29
Differenz	2	– 3	8	16
Einspruch gegen Bußgeldbescheid formulieren				
Männer	63	60	63	57
Frauen	56	66	52	29
Differenz	7	– 6	11	28

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 3095).

Noch deutlichere Unterschiede bestehen nach schulischem Ausbildungsabschluß. Je höher die Schulbildung, desto eher werden die erhobenen Fertigkeiten des öffentlichen Lebens beherrscht. Dieser Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn man die Faktoren Geschlecht und Alter kontrolliert. Der Einfluß der formalen Schulbildung ist bei den Fertigkeiten des öffentlichen Lebens – anders als bei den Fertigkeiten der anderen vier Bereiche – sehr stark. Nur die wenigsten der Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Bildungsgruppen lassen sich – wie es z. B. bei den Fremdsprachenkenntnissen der Fall ist – einfach auf die unterschiedlichen Lerninhalte der betreffenden Schulformen zurückführen. Eher scheint hier die Vermittlung allgemeiner kognitiver und sprachlicher Fähigkeiten in den verschiedenen Schultypen eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Geht man überdies davon aus, daß Personen mit Hauptschulabschluß oder ohne Schulabschluß im Erwerbsleben überwiegend Berufe ausüben, in denen Handarbeit zu leisten ist, und Personen mit höherem Bildungsabschluß überwiegend Büroberufe, so ist es wahrscheinlich, daß die Unterschiede in der Beherrschung dieser Fertigkeiten

auch mit der jeweils typischen Arbeitssituation der verschiedenen Bildungsgruppen zusammenhängen.

Betrachtet man alle fünf Bereiche, so läßt sich folgendes Fazit ziehen. Die hier betrachteten Kulturfertigkeiten gehören größtenteils nicht zur „Grundausrüstung“ aller Gesellschaftsmitglieder. Ihre Beherrschung ist nur für bestimmte Gruppen eine Selbstverständlichkeit. In starkem Maße ist der Besitz dieser Kulturfertigkeiten abhängig von den soziologischen Grundmerkmalen Alter, Geschlecht und Bildung. Allerdings variiert das jeweilige Gewicht dieser Variablen in den von uns unterschiedenen fünf Bereichen beträchtlich. Bei den Bereichen Haushalt und Handwerk war das Geschlecht der entscheidende Faktor, bei Technik und Freizeit spielte das Alter die wichtigere Rolle, und im Fall der Fertigkeiten des öffentlichen Lebens war schließlich eine deutliche Bildungsabhängigkeit zu erkennen.

(Achim Koch / Martina Wasmer)

21 Private Netzwerke und Unterstützungsbeziehungen

Zur Bewältigung einer Vielzahl von Problemen des Alltags benötigt man oft die Hilfe anderer Menschen. Bestehende soziale Kontakte, aber auch die Art des Problems entscheiden darüber, an wen man sich dabei wendet. In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage von 1986 (ALLBUS 1986) wurde ein spezieller Fragenkomplex der Erhebung und Untersuchung dieses Zusammenhangs gewidmet. Anhand einer Auswahl von Problembereichen bzw. Situationen soll ein erster grober Überblick über einige Aspekte privater Netzwerke und die Art sozialer Unterstützungsbeziehungen gegeben werden. Ausgewählt werden zu diesem Zweck die folgenden Probleme und Situationen, die Hilfeleistung bzw. Unterstützung durch eine zweite Person erforderlich machen können:

- Arbeiten in der Wohnung oder im Garten, die man nicht allein erledigen kann, z. B. eine Leiter halten oder Möbel rücken;
- Erledigung von Einkäufen und Betreuung, wenn man wegen einer Grippe ein paar Tage im Bett bleiben muß;
- Ausleihen einer hohen Geldsumme;
- Probleme mit dem Ehepartner oder Partner, ohne mit ihm selber darüber reden zu können;
- Depressionen und Niedergeschlagenheit;
- Rat wegen einer wichtigen Veränderung im Leben, z. B. im Beruf oder wegen des Umzugs in eine andere Gegend.

Dies ist nur eine kleine Zahl möglicher Alltagsprobleme. Bei der Auswahl wurde aber darauf geachtet, daß sie sich hinsichtlich ihres Intimitätsgrades und der Zumutbarkeit für einen möglichen Helfer unterscheiden. Partnerprobleme, Depressionen und auch das Bedürfnis nach Rat bei einer wichtigen Lebensveränderung sind sehr persönliche Probleme. Von einem Helfer wird hier Rat und viel Verständnis erwartet, so daß er dem Hilfsbedürftigen nahestehen sollte.

Die anderen Probleme sind in diesem Sinne weniger persönlich, unterscheiden sich aber deutlich hinsichtlich der Zumutbarkeit für den Helfer: Das Entleihen einer größeren Geldsumme setzt neben der Verfügbarkeit derselben ein großes Vertrauen dem Hilfesuchenden gegenüber voraus. Die Erledigung von Einkäufen und die Betreuung bei Krankheit sowie die Hilfe in Wohnung und Garten erfordern einen Helfer, der räumlich nah und schnell verfügbar ist.

21.1 Häufigkeit von Alltagsproblemen

Wie häufig treten diese Probleme auf, bei denen man auf Hilfe und Unterstützung angewiesen ist? Besonders selten kommt es nach den Angaben der Befragten zu Partnerproblemen, über die man mit dem Partner selbst nicht reden kann, oder zur Notwendigkeit, eine hohe Geldsumme ausleihen zu müssen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Zeitraum des letzten Auftretens ausgewählter Alltagsprobleme

Problem	im letzten Monat	im letzten halben Jahr	im letzten Jahr	früher	noch nie
in %					
Wohnung, Garten	29	18	16	15	22
Grippe	9	18	18	36	20
Entleihen größerer Geldsumme	1	3	5	30	61
Partnerprobleme	2	3	5	20	71
Depressionen	12	12	12	22	42
Wichtiger Rat	5	9	10	39	38

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 2809).

Depressionen hingegen hat im letzten Jahr schon gut ein Drittel der Befragten gehabt. Sie kommen übrigens häufiger bei jüngeren und weiblichen Personen vor. Auch die anderen Probleme werden am meisten von jüngeren Personen angesprochen; dies kann am höheren Aktivitätsniveau dieser Altersgruppe liegen: Hier finden stärkere Veränderungen und wichtige Lebensereignisse statt und deshalb tauchen auch eher Probleme auf, für die man dann gegebenenfalls einen Helfer braucht. Lediglich Geldprobleme bestehen in den mittleren Generationen besonders häufig: Erst wenn man etwa ein Haus bauen oder sich einen Neuwagen kaufen will, ist es erforderlich, größere Geldbeträge zu entleihen.

21.2 Mögliche Helfer bei Alltagsproblemen

Die meisten Menschen würden andere um Hilfe bitten, wenn sie bestimmte Probleme haben (vgl. Tab. 2). Dies gilt insbesondere für Arbeiten in Wohnung und Garten oder bei einer Krankheit. Bei finanziellen Problemen, Depressionen und einem Rat wegen einer wichtigen Lebensveränderung ist man jedoch etwas zurückhaltender, andere anzusprechen. Aber auch Partnerprobleme, über die man mit dem Partner selbst nicht sprechen kann, würde nur etwa jeder Fünfte alleine zu lösen versuchen.

Tab. 2: Mögliche Helfer bei ausgewählten Alltagsproblemen

Helfer	Wohnung, Garten	Grippe	Geld- sorgen	Partner- probleme	Depres- sionen	Wichtiger Rat
	in %					
Partner	54	57	16	—	53	59
Familie	27	29	23	39	17	22
Verwandschaft	3	2	2	4	2	2
Freunde	8	7	2	30	17	9
Nachbarn,						
Arbeitskollegen	7	4	0	1	1	1
Externe Instanzen	2	1	48	5	4	1
Kein Ansprechpartner	1	1	8	22	6	6

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 2809).

Grundsätzlich sprechen die meisten Menschen zunächst diejenigen an, die ihnen persönlich sehr nahestehen: den eigenen (Ehe-)Partner oder Familienangehörige. Lediglich bei finanziellen Problemen wendet man sich überwiegend an Einrichtungen, die dafür spezialisiert sind, nämlich die Banken.

Die weitere Verwandschaft – Großeltern, Enkel, Tante und Onkel, Schwiegereltern, Schwägerin und Schwager – wird nur von sehr wenigen um Hilfe gebeten, je nach Problem zwischen 2 % und 4 %. Eine ähnlich geringe Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Nachbarn und Arbeitskollegen, sofern sie nicht gleichzeitig enge Freunde sind. Nur bei Problemen in Wohnung und Garten würde sich ein – jedoch noch immer sehr kleiner – Teil der Befragten an Nachbarn wenden.

Enge Freunde spielen bei allen Problemen eine größere Rolle als Nachbarn, Arbeitskollegen und Verwandte. Besonders bei Partnerproblemen und Depressionen erhofft man sich von ihnen Unterstützung. Fast 30 % würden sich bei Partnerproblemen als erstes an einen engen Freund (bzw. eine enge Freundin) wenden, bei Depressionen 17 %.

Personen und Einrichtungen außerhalb des engeren persönlichen Netzwerks (in den Tabellen als „externe Instanzen“ bezeichnet) haben – bis auf die Banken – nur eine untergeordnete Bedeutung. Auch hier gibt es jedoch Unterschiede zwischen den Problemen: Während nur 1–2 % bezahlte Helfer oder soziale Einrichtungen um Hilfe in Wohnung und Garten oder bei Grippe ersuchen, denken 5 % bei Depressionen und Partnerproblemen an den Pfarrer, den Arzt und besonders an eine psychologische Beratungsstelle.

Offensichtlich besteht die Tendenz, bei wirklich intimen persönlichen Problemen entweder niemanden um Hilfe zu bitten, an enge Familienangehörige oder Freunde heranzutre-

ten oder sich an spezialisierte, relativ anonyme Einrichtungen zu wenden. Sehr gering ist jedoch die Neigung, mit Arbeitskollegen und Nachbarn über solche persönlichen Angelegenheiten zu sprechen. Dies gilt auch bei finanziellen Problemen.

Deutliche Unterschiede bei der Wahl bestimmter Helfer bestehen hinsichtlich des Alters des Befragten. Junge Personen haben häufig noch keinen Partner, ältere Menschen haben ihn teilweise bereits verloren: Somit gewinnt bei beiden Gruppen die übrige Familie an Bedeutung, bei den Jüngeren sind es eher die eigenen Eltern, und bei den Älteren die Kinder. Außerdem würden sich die Jüngeren häufiger an Freunde, die Älteren an Nachbarn wenden. Viele ältere Menschen suchen jedoch mit ihren Problemen bei niemandem um Hilfe nach.

Wen die Angehörigen verschiedener Altersgruppen um Hilfe bitten, hängt auch von der Art des jeweiligen Problems ab. So wenden sich junge Menschen weniger an die Bank, sondern an die Eltern, wenn sie größere Geldbeträge entleihen wollen.

Ernste Partnerprobleme würde kaum ein jüngerer Befragter ohne Hilfe von außen lösen, wobei hier die Freunde eine ebenso große Bedeutung haben wie Familienmitglieder. Die herausragende Bedeutung von Freunden bei jüngeren Menschen zeigt sich besonders bei Depressionen (vgl. Tab. 3), Freunde rangieren hier vor der Familie. In den mittleren Jahrgängen dominiert eindeutig der Partner als möglicher Helfer, erst im Alter – nach dem Tod des Ehepartners – gewinnt insbesondere die weitere Familie wieder an Bedeutung. Externe Instanzen sind bei jungen Menschen fast ohne jede Bedeutung und gewinnen erst mit dem Alter zunehmend an Gewicht. Bei Partnerproblemen werden sie jedoch besonders häufig von den mittleren Generationen, die am häufigsten mit einem Partner zusammenleben, angegeben.

Tab. 3: Helfer bei Depressionen in Abhängigkeit vom Alter des Befragten

Helfer	Alter des Befragten				
	18–29	30–39	40–49	50–64	65 u. älter
	in %				
Partner	44	66	63	57	35
Familie	18	9	12	17	30
Verwandschaft	1	2	1	1	2
Freunde	32	15	11	10	13
Nachbarn, Arbeitskollegen	–	1	1	1	2
Externe Instanzen	1	3	6	6	8
Kein Helfer	4	3	5	8	11

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 2809).

21.3 Freundschaftsbeziehungen

Neben dem Partner und Familienangehörigen sind Freunde die wichtigsten Personen, die man bei Problemen um Hilfe bittet. Es ist deshalb eine wichtige Frage, ob man überhaupt einen guten Freund besitzt, d. h. eine Person, mit der man sich besonders gut versteht und alle Probleme besprechen kann. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Insgesamt geben 27 % der Befragten an, daß sie zur Zeit keinen besten Freund haben. Dabei nimmt der Anteil der Personen, die (zur Zeit) keinen besten Freund haben, mit dem Alter stark zu. Während etwa von den unter 30jährigen 11 % derzeit keinen besten Freund haben, sind dies bei den über 64jährigen 43 %. Es ist zu vermuten, daß die Lage der älteren Generation noch ungünstiger ist, als aus diesen Zahlen hervorgeht: Viele Ältere, die keinen besten Freund haben, werden kaum noch die Gelegenheit zum Aufbau einer solchen Beziehung haben. Die Jüngeren dagegen finden leichter neue Freundschaften, wenn alte zu Ende gehen.

Besondere Vorlieben für Personen eines bestimmten Geschlechts zeigen sich sowohl bei der Wahl von Freunden als auch bei der von Helfern innerhalb der Familien. Bei der Wahl eines „besten Freundes“ bevorzugt der überwiegende Teil der Personen Angehörige des gleichen Geschlechts, d. h. Männer wählen andere Männer als „besten Freund“, Frauen wählen Frauen.

Tab. 4: Geschlecht des besten Freundes in Abhängigkeit von Geschlecht und Partnerstatus des Befragten¹

Bester Freund	Partnerstatus des Befragten:			
	ohne Partner		mit Partner	
	Geschlecht des Befragten		Geschlecht des Befragten	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	in %			
gleichgeschlechtlich	63	84	88	92
gegengeschlechtlich	37	16	12	8

¹ Berücksichtigt sind nur Personen, die einen besten Freund angeben.

Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 2809).

Diese Tendenz ist besonders stark ausgeprägt, wenn man einen Partner hat (vgl. Tab. 4). Allerdings bevorzugen auch Personen ohne Partner bei der Wahl des besten Freundes Angehörige des gleichen Geschlechts. Bei Männern ist diese Tendenz dabei schwächer ausgeprägt als bei Frauen: 63 % der Männer, aber 84 % der Frauen ohne Partner wählen gleichgeschlechtliche Freunde. Bei Personen, die einen Partner haben, sind dies 88 % bei den Männern und 92 % bei den Frauen.

21.4 Geschlechtliche Differenzierung von Hilfeleistungen in der Familie

Das Geschlecht anderer Personen spielt aber nicht nur bei der Wahl von Freunden, sondern selbst innerhalb der Familien eine Rolle, wenn es darum geht, jemanden um Hilfe bei einem Problem zu bitten. Man kann dies deutlich sehen, wenn man für die Personen, die sich Unterstützung von einem Familienmitglied wünschen, untersucht, ob sie sich an ihren Partner, an eine weibliche oder an eine männliche Person wenden würden. Wie Tab. 5 zeigt, wird je nach Problem eher ein Mann oder eine Frau um Hilfe gebeten.

Tab. 5: Geschlecht von möglichen Helfern aus der Familie in Abhängigkeit vom Geschlecht des Befragten¹

	Wohnung, Garten		Grippe		Geld leihen	
	männl. Befragter	weibl. Befragter	männl. Befragter	weibl. Befragter	männl. Befragter	weibl. Befragter
	in %					
Partner	66	67	79	55	31	46
Weiblicher Helfer	7	14	18	38	26	29
Männlicher Helfer	27	18	3	7	43	24

	Partnerprobleme		Depressionen		Wichtiger Rat	
	männl. Befragter	weibl. Befragter	männl. Befragter	weibl. Befragter	männl. Befragter	weibl. Befragter
	in %					
Partner	—	—	86	66	79	68
Weiblicher Helfer	67	82	10	29	10	20
Männlicher Helfer	33	18	4	5	12	12

¹ Berücksichtigt sind nur solche Befragte, die entweder den Partner oder ein Familienmitglied als Helfer angeben.
Datenbasis: ALLBUS 1986 (N = 2809).

Bei Problemen in Wohnung oder Garten wird zwar von männlichen und weiblichen Befragten etwa gleich häufig der Partner als Helfer angegeben; von diesem abgesehen, wenden sich aber die meisten an ein männliches Familienmitglied. Hier bestehen jedoch zusätzliche Unterschiede nach dem Geschlecht des Befragten: Frauen wenden sich weniger an männliche Familienmitglieder, sondern bitten eher andere Frauen um Hilfe.

Hilfe bei Grippe wird von zahlreichen Personen als „weibliche“ Tätigkeit verstanden: Männer wenden sich eher an ihre Partnerin als Frauen an ihren Partner. Ein großer Teil der Frauen dagegen sucht nicht bei ihrem Partner, sondern bei einer anderen weiblichen Familienangehörigen um Hilfe nach. Ganz ähnlich verhält es sich, wenn Hilfe bei Depressionen oder Rat bei einer wichtigen Lebensveränderung benötigt wird. Auch in diesen Fällen wenden sich Frauen etwas weniger an ihren Partner als die Männer an ihre Partnerin; sie bitten dafür eher weibliche Familienangehörige um Hilfe.

Umgekehrt ist es, wenn ein größerer Geldbetrag entliehen werden soll. Hier wenden sich die Frauen am häufigsten an ihren Partner, die Männer dagegen an andere männliche Familienmitglieder. Bei Partnerproblemen werden insgesamt vor allem weibliche Familienangehörige um Unterstützung gebeten; allerdings wenden sich hier doppelt soviel männliche wie weibliche Befragte an männliche Familienangehörige.

Sowohl bei der Wahl des besten Freundes als auch bei der Wahl von Helfern in der Familie fällt also auf, daß die Befragten große Unterschiede zwischen den Geschlechtern machen. Die in der Gesellschaft bestehende Arbeitsteilung kommt dabei deutlich zum Ausdruck. Inwieweit eine zunehmende Gleichstellung der Frau in Familie und Beruf dazu führen wird, daß zwischen Männern und Frauen weniger Unterschiede bei der Freundschaftswahl und besonders bei der Wahl von Helfern in der Familie gemacht werden, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht entschieden werden. Es ist aber zu erwarten, daß eine veränderte Stellung der Frau in Familie und Beruf zu einem Abbau der wahrgenommenen Kompetenzunterschiede bei der Lösung von Problemen führen wird.

(Michael Braun)

Die Autoren

(nur Teil II)

Böltken, Ferdinand, Dr., Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn

Braun, Michael, Dr., Leiter der Abt. ALLBUS im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e. V. (ZUMA), Mannheim

Gehring, Annekatrin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln

Glatzer, Wolfgang, Dr., Professor für Soziologie, Universität Frankfurt

Habich, Roland, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Projektbereichssprecher, Sonderforschungsbereich 3, Mannheim

Harz, Christian, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Helberger, Christof, Dr., Professor für Sozialpolitik an der Technischen Universität Berlin, Projektleiter im Sonderforschungsbereich 3

Koch, Achim, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ZUMA, Mannheim

Lahmann, Herbert, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Landua, Detlef, Sonderforschungsbereich 3, Mannheim

Merz, Joachim, Dr., Hochschulassistent, Projektleiter im Sonderforschungsbereich 3, Frankfurt

Meulemann, Heiner, Dr., Professor für Soziologie, Katholische Universität Eichstätt

Möhlmann, Harald, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/Institut für Soziale Medizin, Freie Universität Berlin

Mohr, Hans-Michael, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3, Mannheim

Noll, Heinz-Herbert, Dr., Leiter des Zentrums für Sozialindikatorenforschung im ZUMA, Mannheim

Pischner, Rainer, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Schupp, Jürgen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Uher, Rolf, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln

Vorholt, Hubert, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/ Technische Universität Berlin

Wasmer, Martina, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, ZUMA, Mannheim

Wiegand, Erich, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ZUMA, Mannheim

Witte, James, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Wolff, Klaus, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sonderforschungsbereich 3, Frankfurt

Ziegler, Rolf, Dr., Professor für Soziologie, Institut für Soziologie der Universität München

Zollmann, Pia, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Sonderforschungsbereich 3/Institut für Soziale Medizin, Freie Universität Berlin

Veröffentlichungsverzeichnis

(nur für Teil I)

1. Publikationen des Statistischen Bundesamtes

Bei den im Teil I enthaltenen Angaben handelt es sich überwiegend um Ergebnisse der amtlichen Statistik. Als grundlegende Quellen dienten folgende allgemeine Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes:

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (j)

Wirtschaft und Statistik – Monatszeitschrift

Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung (2j)

Bevölkerung gestern, heute und morgen 1985

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer (j)

Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972

Bildung im Zahlenspiegel (j)

Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland 1979

Das Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland 1981

Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland 1981

Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft 1987

Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1983

Zur Situation der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland 1985

Im Blickpunkt: Der Mensch. Ausgabe 1985

Fachserien:

- 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
- 2 Unternehmen und Arbeitsstätten
- 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 4 Produzierendes Gewerbe
- 5 Bautätigkeit und Wohnungen
- 6 Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
- 7 Außenhandel
- 8 Verkehr
- 9 Geld und Kredit
- 10 Rechtspflege
- 11 Bildung und Kultur
- 12 Gesundheitswesen
- 13 Sozialleistungen
- 14 Finanzen und Steuern
- 15 Wirtschaftsrechnungen
- 16 Löhne und Gehälter
- 17 Preise
- 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- 19 Umweltschutz

2. Ergänzende Literatur

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Hrsg.): Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland (j).

Blab, J. u. a. (Hrsg.): „Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen in der Bundesrepublik Deutschland“, Greven 1984.

Bolte, K. M. u. a. (Hrsg.): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vj).

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (m).

Dies. (Hrsg.): Arbeitsstatistik-Jahreszahlen (j).

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (Hrsg.): Geschäftsbericht (j).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): BIB-Mitteilungen (unregelmäßig).

Dass. (Hrsg.): Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft – Demographie (vj).

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht (j).

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialstatistik (j).

Dass. (Hrsg.): Sozialbericht (j).

Dass. (Hrsg.): Materialband zum Sozialbudget (j).

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht (j).

Dass. (Hrsg.): Bildung – Wissenschaft – Aktuell, Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1982.

Dass. (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1986/87.

Dass. (Hrsg.): Informationen Bildung – Wissenschaft (m).

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.): Geschäftsbericht (j).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Münster-Hiltrup (j).

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Daten des Gesundheitswesens, Bonn (j).

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Bundesbaublatt (m).

Bundesministerium für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen (j).

Bundesministerium für Wirtschaft: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland (m).

Dass. (Hrsg.): Jahreswirtschaftsbericht (j).

Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Geschäftsbericht (j).

Dies. (Hrsg.): Monatsbericht, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1 bis 5.

Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (j).

International Energy Agency (Hrsg.): Energy Balances of developing Countries, Paris (j).

Kraftfahrt-Bundesamt/Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (Hrsg.): Statistische Mit-

teilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (m).

Dies. (Hrsg.): Gemeinsamer Jahresbericht des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (j).

Lexikon-Institut Bertelsmann (Hrsg.): Tatsachen über Deutschland, 5. Auflage, Gütersloh 1986.

Luftfahrt-Bundesamt (Hrsg.): Monatsbericht (m).

Organisation for Economic Cooperation and Development (Hrsg.): Energy Balances of OECD Countries, Paris (j).

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Energie und Umwelt, Sondergutachten März 1981, Stuttgart/Mainz 1981.

Ders.: Waldschäden und Luftverunreinigungen, Sondergutachten März 1983, Stuttgart/Mainz 1983.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten (j).

Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1986/87, Berlin 1986.



Abkürzungen:

Hrsg.	Herausgeber
j	erscheint jährlich
vj	erscheint vierteljährlich
m	erscheint monatlich

Stichwortverzeichnis

- Abendschulen 58
Abfallaufkommen, -beseitigung 335 ff.
Abgabenbelastung 237 f., 308 f.
Abgeordnete 153 f.
Abitur 59 f., 72 ff.
Abtreibungen 180 f.
Abwässer 337 f.
Aids 171
Akademiker 64 ff., 96
Aktien 118, 289 f.
Alkoholkonsum 110, 179 f.
Alleinerziehende 44 f., 370 f.
Alleinlebende 44 f.
Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 364
Alterspyramide 39 ff., 53
Alters- und Hinterbliebenenversicherung 187 ff., 192 ff.
Amtsgerichte 203 ff.
Angestellte 86 ff., 101 ff., 224
Angestelltegehälter 304 ff.
Anleihen 288 f.
Anwaltsnotare 205
Apotheker 175
Arbeiter 86 ff., 101 ff., 224
Arbeiterlöhne 304 ff.
Arbeitgeberleistungen 191
Arbeitgeberverbände 158, 160 f.
Arbeitnehmervereinigungen 158 ff.
Arbeitsförderung 197 f.
Arbeitsgerichte 203 ff.
Arbeitskämpfe 163 f.
Arbeitskollegen 535
Arbeitskosten 309 f.
– Kreditgewerbe 287
– Versicherungen 290
Arbeitskräfte, Landwirtschaft 249 f.
Arbeitslose 64, 79 f., 88 ff., 102 f., 197 f.
Arbeitslosengeld, -hilfe 81, 97 f., 197 f.
Arbeitslosenquote 80, 88, 91 ff.
Arbeitslosigkeit 88 ff., 388 ff., 430, 436 ff.
Arbeitsmarkt 79 ff., 377 ff., 383 ff., 424 f.
– Problemgruppen 92 ff.
Arbeitsplatzmerkmale 384 f., 430 f.
Arbeitsproduktivität 232 f., 262
Arbeitssuchende 386 f.
Arbeitsunfähigkeit 168 f.
Arbeitsunfälle 170 ff.
Arbeitszeit 134, 305
Arbeitszufriedenheit 459
Architekten 292 f.
Ärzte 174 ff., 292 f.
Ärztedichte 175, 357
Asylbewerber 48
Aufstieg
– Aufstiegschance am Arbeitsplatz 383 ff.
– im Lebensverlauf 455 f.
– intergenerational 451 f.
Ausbaugewerbe 268 f.
Ausbildung 54 ff.,
 s. a. Schul- und Berufsausbildung
Ausbildungsdauer 393 ff.
Ausbildungsförderung 76 ff.
Ausfuhr 239 ff., 256 f., 265, 359
Ausfuhrpreise 243 f.
Ausgaben
– Bundesanstalt für Arbeit 197 f.
– für Gesundheit 183 ff., 195 f.
– für Kultur 135 f.
– für Sport und Erholung 135 f.
– für Umweltschutz 348 f.
– Kindergeld 201 f.
– Krankenversicherung 195 f.
– öffentlicher Haushalte 212 ff.
– privater Haushalte 99 f., 104 ff.
– Rentenversicherung 192 ff.
– Sozialhilfe 198 ff.

Ausländer 36, 48 ff., 496 ff., 505 ff.
 – Arbeitslose 93 ff.
 – Bildungsniveau 74 f.
 – Deutschkenntnisse 505 f.
 – nationale Identität 505 ff.
 – soziale Kontakte 505 ff.
 – Sozialhilfeempfänger 199 f.
 – Wohnverhältnisse 129 f.
 – Zu- und Fortzüge 36, 48
 Ausländerproblem 503 f.
 Außenhandel 239 ff.
 Außenhandelsbilanz 239 ff.
 Außenwirtschaft 239 ff.
 Aussiedler 36
 Aussperrung 163 f.
 Ausstattung der privaten
 Haushalte 114 ff.
 Auszubildende 58 ff., 61 ff., 273, 293
 Autos s. *Personenkraftwagen*
 Autobahnen 311 f.

 BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 76 ff.
 Banken 286 ff.
 Bargeldumlauf 286
 Baufertigstellungen 131 ff.
 Baugenehmigungen 131
 Baugewerbe 260, 268 ff.
 Baukosten 132 f.
 Baupreisentwicklung 300 f.
 Bausparen 117, 120
 Bausparkassen 287 f.
 Bautätigkeit 130 ff.
 Beamte 86 ff., 224
 – Altersversorgung 190
 – Haushaltseinkommen 101 ff.
 Beherbergungsgewerbe 282 ff.
 Behinderte 181 f., 435 f.,
 Bergbau 260 ff.
 Berufe 84 f.
 Berufsanfänger 93 ff., 98
 Berufsausbildung 58 ff., 61 ff., 94 ff.

Berufskrankheiten 171 f.
 Berufsschulen 58 ff.
 Berufstätige 79 ff.
 Beschäftigte s. a. *Erwerbstätige*
 – Freie Berufe 292 f.
 – Gastgewerbe 284 f.
 – Handel 277 f.
 – Kreditgewerbe 287
 – Landwirtschaft 249 f.
 – Öffentlicher Dienst 223 ff.
 – Produzierendes Gewerbe 260 ff.,
 268 f., 271 ff.
 – Versicherungen 290
 Bestattungen, kirchliche 166 f.
 Beteiligung, soziale 149 ff.
 Betriebe s. a. *Unternehmen*
 – forstwirtschaftliche 257
 – landwirtschaftliche 248 f.
 Betriebsergebnis 281 f., 285,
 s. a. *Kostenstruktur*
 Betten in Krankenhäusern 176, 357
 Bevölkerung 33 ff. 354
 Bevölkerungsdichte 37 ff.
 Bevölkerungsentwicklung 34 ff.
 Bevölkerungsverteilung, räumliche 37 ff.
 Bevölkerungsvorausschätzungen 52 f.
 Bewährungshilfe, -aufsicht 211
 Bibliotheken 143
 Bierkonsum 110, 178
 Bilanz (Kreditinstitute) 287 f.
 Bildung 54 ff., 355, 422 ff., 426 ff., 470 ff.,
 478 ff.
 Bildungsabschluß 72 ff., 87, 94 ff.,
 s. a. *Schul- und Berufsausbildung*
 Bildungsbereiche 55
 Bildungsbudget, öffentliches 76
 Bildungschancen 470 ff.
 Bildungsexpansion 470 ff., 478 ff.
 Bildungsniveau 72 ff.
 Binnenschiffe 314
 Bodennutzung 248
 Branntweinverbrauch 179
 Braunkohle 327 f.

- Bruttosozialprodukt 228 ff., 233 ff., 324 f., 358
- Bruttowertschöpfung 230 ff.
- Bücher 142 f.
- Bundesbank 244 ff., 286
- Bundesgerichte 203 f.
- Bundesländer 37 f.
- Bundestag 149 ff.
- Bundestagswahl 150 ff.
- Bundesverfassungsgericht 203 ff.
- Chöre 148
- Depressionen 536 ff.
- Diebstahlsdelikte 207, 209
- Dienstleistungsbereich 230 ff., 276 ff.
- Dienstleistungsbilanz 244 ff.
- Düngemittel 341
- Ehedauer 48
- Ehelösungen 46
- Ehescheidungen 45 ff.
- Eheschließungen 45 ff.
- Eierzeugung 255
- Eigenarbeit 396 ff.
- Eigentumswohnungen 124 f.
- Einbürgerungen 36, 50
- Einfuhr 239 ff., 256 f., 359
- Einfuhrpreise 243 f.
- Einkommen 81, 235 ff.
 - aus unselbständiger Arbeit 103 f., 236 ff.
 - aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 103 f., 236 ff.
 - der privaten Haushalte 100 ff., 404 f., 416 f., 449 ff.
 - Kaufkraft 307 f.
 - verfügbares 100 ff., 238, 308 f.
 - von Arbeitslosen 97 f. 102 f.
- Einkommensteuer 216 ff.
- Einkommensverteilung 100 ff., 415 ff. 430 f.
- Einkommenszufriedenheit 415 ff., 458 ff.
- Einnahmen
 - der öffentlichen Haushalte 215 ff.
 - der privaten Haushalte 99 ff.
- Einschulung 56
- Einstellungen 428 ff., 475 ff., 486 ff., 495 ff.
- Einwohner 354
- Einzelhandel 276 ff.
- Einzelhandelspreise 299 f.
- Eisenbahnverkehr 315 ff.
- Elektrizitätsversorgung 271, 360
- Energieausgaben 106 ff.
- Energieeinfuhr 326 f., 330 ff.
- Energiepreise 331 ff.
- Energieträger 327 ff.
- Energie- und Wasserversorgung 260, 270 f.
- Energieverbrauch 318 f., 323 ff.
- Energieverbraucher 331 f.
- Entwicklungsländer 240 f.
- Erdgas 327
- Erdöl 326 f., 330 ff.
- Ernte 251 f.
- Ersparnis 100, 116, 238
- Ertrag, Landwirtschaft 251 f.
- Erwerbsbeteiligung 81 f., 388 ff. 396 ff.
- Erwerbslose 79 f.
- Erwerbspersonen 79 f.
- Erwerbsquote 81 ff., 356
- Erwerbstätige 79 ff., 231 f., 356, 377 ff., 388 ff., 396 ff. 436 ff.
- Erzeugerpreise
 - gewerblicher Produkte 301 f.
 - landwirtschaftlicher Produkte 301 f.
- Europäische Gemeinschaften
 - Außenhandel 240 f.
 - Steuern 220
- Europäisches Parlament 155 f.
- Evangelische Kirche 166 f.
- Export 239 ff., 256 f., 265, 359
- Fahrleistung 315 ff.
- Familie 44 ff., 368 ff., 535 ff.
 - Lebensereignisse 375 f.

- Familienarbeitskräfte 249f.
 Familiengerichte 205f.
 Familienstand 45ff., 373f.
 Fernsehgeräte (in Haushalten) 114f.
 Fernsehprogramm 139f.
 Fernsehteilnehmer 312
 Fernwärme 328
 Finanzausgleich 219
 Finanzen, öffentliche 212ff.
 Finanzgerichte 203ff.
 Fischerei 258f.
 Flächennutzung 248, 250f.
 Fleischerzeugung 253ff.
 Flugzeuge 314f.
 Forstwirtschaft 257f.
 Frauen
 – Abgeordnete 153
 – Arbeitslose 92ff.
 – Bevölkerung 33ff.
 – Bildungsniveau 73f.
 – Erwerbsquote 81f.
 – Gewerkschaftsmitglieder 159f.
 – im öffentlichen Dienst 225
 – Parteimitglieder 157f.
 – Schwangerschaftsabbrüche 180f.
 – Sozialhilfeempfänger 199
 – Stellung im Beruf 87f.
 – Straffälligkeit 209ff.
 – Studienabsichten 64f.
 – Verdienste 304ff.
 – Wahlbeteiligung 151
 Freie Berufe 291ff.
 Freiheitsstrafen 208, 210f.
 Freizeit 134ff.
 – Zufriedenheit mit 458ff.
 Freizeitgüter 112ff., 134ff.
 Freunde 535f.
 Fruchtbarkeitsziffer 42f.
 Früherkennung von Krankheiten 177f.

 Gas 326ff.
 Gastarbeiter 48ff., 93ff., 496ff., 505ff.
 Gastgewerbe 283ff.

 Gebietsreform 39
 Geburten 35f., 41ff., 50f.
 Geburtenstarke Jahrgänge 41
 Geburtenüberschuß, -defizit 35f., 354
 Geflügelbestand 253
 Gehälter 304ff.
 Geldstrafen 208, 210
 Geldvermögen 118ff.
 Gemeinden 39
 Gemüseanbau 251f.
 Genußmittel 110, 178ff.
 Gerichte 203ff.
 Gesamtschulen 56ff.
 Geschlechtskrankheiten 171
 Gesellschaftliche Probleme 364
 Gestorbene 35f., 41f., 354
 Gesundheit 168ff., 347f., 357, 432ff.
 – Arztbesuche 437ff., 461f.
 – Ausgaben 183ff., 195ff.
 – Berufe 174ff.
 – Krankenhausaufenthalt 176f., 437ff.
 Gesundheitszufriedenheit 433ff., 458ff.
 Getreideanbau 250ff.
 Gewerbesteuer 217
 Gewerkschaften 158ff., 492f., 518f.
 Gewinne s. *Kostenstruktur*
 Gottesdienstbesucher 166f.
 Großhandel 276ff.
 Großhandelspreise 299f.
 Großstädte 37ff.
 Grundbesitz 117, 121
 Grundsteuer 217
 Grundstoff- und Produktionsgüter-
 gewerbe 261ff.
 Güterverkehr 316f.
 Güterwagen 313f.
 Gymnasium 56ff.

 Handel 230ff., 276ff.
 – Arbeitskosten 310
 Handelsbilanz 239ff.
 Handelspartner (Außenhandel) 240f.
 Handelsvermittlung 276ff.

- Handwerk 260, 271 ff.
- Handwerkliche Tätigkeiten 522 ff.
- Hauptschule 56 ff.
- Hausfrau 390 ff.
- Haushalt 368 ff.
- Haushalte, öffentliche 212 ff.
- Haushalte, private 44 f.
 - Einnahmen und Ausgaben 99 ff.
 - Einkommen 100 ff., 415 ff.
 - Einpersonenhaushalt 44 f., 369 f.
 - Energieverbrauch 331
 - Nebeneinkommen 404 f.
 - Umweltbelastung durch 336 ff.
 - Zusammensetzung 44 f., 368 f.
- Haushaltsgeräte 114 ff.
- Haushaltsgröße 44 f.
- Haushaltstypen 104 f.
- Haus- und Grundbesitz 116 f., 121
- Hebammen 175 f.
- Heilpraktiker 175 f.
- Heiratsalter 45 ff.
- Heiratsentscheidungen 478 ff.
- Heizöl 328, 330
- Hilfeleistungen 533 ff.
- Hochschulabsolventen 67 ff.
- Hochschulen 65 ff.
- Hochschulreife 59 f., 73 ff.
- Hörfunk *s. Rundfunk*
- Hotels 283 f.
- Hühnerbestand 253
- Import 239 ff., 256 f. 359
- Individualverkehr 313, 315 f.
- Industrie 260 ff., 331, 336 ff.
- Infektionskrankheiten, meldepflichtige 170 f.
- Innere Sicherheit
 - Zufriedenheit mit 521
- Insolvenzen 268
- Investitionen 233 ff., 260, 265 f., 358
 - für Umweltschutz 348 f.
- Investitionsgüter 261 ff.
- Investitionsquote 235
- Jugendherbergen 145
- Jugendhilfe 191
- Jugendkriminalität 208 ff.
- Jugendstrafen 208 ff.
- Kanalisation 337
- Kapitalbilanz 244 ff.
- Kartoffelanbau 251 f.
- Kartoffelverzehr 110
- Katalysatorfahrzeuge 350 f.
- Katholische Kirche 165 f.
- Kaufkraft der Einkommen 307 f.
- Kernenergie 326, 328 f.
- Kinder
 - Altersaufbau 40 f.
 - Ausbildung 54 ff.
 - Ausländer 49 ff.
 - Geburten 41 ff.
 - Haushaltsgröße 44 f.
 - in unvollständigen Familien 44 f.
 - Unfälle im Straßenverkehr 320 f.
 - Vorsorgeuntersuchungen 177 f.
 - Wohnverhältnisse 129
- Kindergärten 54
- Kindergeld 201 f.
- Kino 138
- Kirche 164 ff.
- Kläranlagen 337 f.
- Kohle 326 ff., 330
- Kohlenmonoxid 339 ff.
- Kollegs 58
- Konfession 164 f.
- Konkurse 268
- Kontakte
 - zu Gastarbeitern 501 ff.
- Körpergewicht 178
- Körperschaftsteuer 217
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 183 ff., 195 f.
- Kostenstruktur, *s. a. Arbeitskosten*
 - Baugewerbe 269 f.
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 267

- Energie- und Wasserversorgung 270f.
- Gastgewerbe 285
- Handel 281f.
- Kraftfahrzeuge
 - Bestand 312f.
 - in Haushalten 114ff.
 - Kosten 111ff.
 - schadstoffarme 350f.
- Kraftfahrzeugsteuer 217
- Kraftstoffe 112, 330
 - bleifrei 350
- Kranke 168ff.
- Krankenhäuser 176f.
- Krankenpflegepersonal 174ff.
- Krankenversicherung, gesetzliche 183ff., 195f.
- Krankheit 432ff., 534ff.
- Krankheitsarten 169f.
- Krebsvorsorge 177
- Kreditaufnahme
 - öffentliche Haushalte 221ff.
 - private Haushalte 121f.
- Kreditinstitute 286ff.
 - Kreditvolumen 287f.
- Kriegsopferversorgung 191
- Kultureinrichtungen 136ff.
- Kulturfertigkeiten
 - Freizeit 526ff.
 - handwerkliche Fertigkeiten 522ff.
 - Haushalt 522ff.
 - öffentliches Leben 529ff.
 - Technik 524ff.
- Kündigung 90
 - Arbeitgeber 381f.
 - Vermieter 412ff.
- Kurzarbeit 90f.

- Landtagswahlen 155
- Landwirtschaft 230ff., 247ff.
- Lärm 342f.
- Lärmschwerhörigkeit 172f., 347
- Lastenausgleich 191f.

- Lebendgeborene 36, 41ff., 354
- Lebenserwartung 35
- Lebenshaltungsindex 295ff.
- Lebenslage 363, 458
- Lebensqualität 363, 458ff.
- Lebensunterhalt 81, 103f.
- Lebensversicherung 116ff., 291
- Lebenszufriedenheit 374ff., 465ff.
- Lehrer 60f.
- Lehrstellen 61ff.
- Leistungsbilanz 244ff., 332, 334
- Links-Rechts-Skala 486
- Löhne 304ff.
- Lohnquote 236f.
- Lohnsteuer 217ff., 237f.
- Lokomotiven 314
- Luftfahrzeuge 314f.
- Luftverkehr 314ff.
- Luftverschmutzung 339ff.

- Meinungsklima 448
- Mieten 106ff., 126ff., 408ff.
- Mietwohnungen 124f.
- Mikrozensus 34
- Milcherzeugung 255
- Mineralöl 326ff.
- Mineralölsteuer 217
- Mitbestimmung 161f.
- Mitgliedschaften 157ff.
 - Gewerkschaften 158ff.
 - Organisationen 518f.
 - Parteien 157f., 518f.
 - Vereine 147
- Mithelfende Familienangehörige 86ff.
- Möbel 117f.
- Mobilität
 - am Arbeitsmarkt 378ff.
 - intergenerationale 451ff.
 - intragenerationale 455ff.
 - räumliche 372f.
 - Wohnungs- 412ff.
- Monatsverdienste (Angestellte) 306f.

- Mordfälle 207
 Müllbeseitigung 336f.
 Museen 138
 Müttersterblichkeit 173f.
- Nachbarn 535f.
 Nachrichtenwesen 312
 Nahrungs- und Genußmittel 105ff.
 Nahrungs- und Genußmittel-
 gewerbe 261ff.
 Nahverkehr 316
 Naturschutzgebiete 351f.
 Nebenerwerbstätigkeit 396ff.
 Netzwerke, private 533ff.
 Nichteheliche Lebensgemeinschaften 370ff.
 Nichterwerbstätige 386f.
 Nord-Süd-Gefälle 442f.
 Notare 205, 292f.
- Oben-Unten-Skala 488ff.
 Obsternte 251f.
 Offene Stellen 88f.
 Öffentliche Sicherheit 520f.
 Öffentlicher Dienst 223ff.
 Öffentlicher Verkehr 315f.
 OPEC-Länder 240f., 332ff.
 Organisationsmitgliedschaft 518f.
 Organische Verbindungen 339ff.
- Parteien 157f.
 Parteimitgliedschaft 157f., 518f.
 Parteipräferenz 489f.
 Pensionen 188
 Personal
 – Hochschulen 69f.
 – öffentliche Haushalte 223ff.
 Personalausgaben (öffentliche Haushalte) 215
 Personalkosten *s. Arbeitskosten*
 Personalnebenkosten 309f.
 Personenkraftwagen 312ff., 360
 – schadstoffarme 350f.
- Personenverkehr 315f.
 Personenwagen 312f.
 Pferdebestand 253
 Pflanzen, gefährdete 346f.
 Pflanzenschutzmittel 343
 Politik 149f.
 Politikbereich 486ff., 515ff.
 – Innovationsbereitschaft 519ff.
 – Interesse an Politik 486ff., 518f.
 – politische Beteiligung 518ff.
 Politisches Interesse 486ff., 518
 Postmaterialismus 513ff.
 Preise, Preissteigerungen 294ff., 331f.
 Primärenergie 323ff.
 Privater Verbrauch 100, 104ff., 233f., 358
 Problemgruppen
 – des Arbeitsmarkts 92ff.
 Produktion 360
 – Landwirtschaft 250ff.
 – Produzierendes Gewerbe 263f.
 Produktivität 232f., 262
 Produzierendes Gewerbe 230ff., 260ff.
 – Arbeitskosten 309f.
 – Umweltschutzinvestitionen 348f.
 Prüfungen
 – Berufsausbildung 62ff.
 – Hochschulen 67ff.
- Raucher, Rauchgewohnheiten 179f.
 Reallöhne 307f.
 Realschulen 56ff.
 Rechtsanwälte 205, 292f.
 Rehabilitation 183
 Reisen 114, 144ff.
 Religionszugehörigkeit 164ff.
 Renten 192ff.
 Rentenversicherung, gesetzliche 192ff.
 Rentner 102f., 192ff.
 Richter 205
 Rinderbestand, -schlachtungen 253ff.
 Rohrfernleitungen 311f., 317f.
 Rohstahl 360

- Ruhestand 388ff.
- Rundfunk
 - Programm 139
 - Teilnehmer 312
- Saisonverläufe (Handel) 281
- Säuglingssterblichkeit 35, 173f., 357
- Schadstoffarme Personenkraftwagen 350f.
- Schadstoffemissionen 339ff.
- Scheidungen 45ff., 375f.
- Schichtzugehörigkeit, subjektive 425, 449ff., 488
- Schienennetz 311f.
- Schienenfahrzeuge 313f.
- Schiffahrt 317f.
- Schiffe 314
- Schlachtungen 253ff.
- Schlepper 249
- Schmuck 117f.
- Schulabgänger 58f.
- Schul- und Berufsausbildung 54ff., 388ff., 476f., 478ff.
- Schulden der öffentlichen Haushalte 220ff.
- Schulden der privaten Haushalte 121f.
- Schuldendienst 214, 223
- Schulen 56ff.
- Schüler 56ff., 72ff., 355
- Schwangerschaftsabbrüche 180f.
- Schwefeldioxid 339ff.
- Schweinebestand,
 - schlachtungen 253ff.
- Schwerbehinderte 181f.
 - Arbeitslose 93ff.
- Selbständige 86ff., 101f.
- Selbstmordfälle 173
- Selbstversorgungsgrad 255f.
- Sonderschulen 58
- Sorgen 463ff.
 - Arbeitsplatz 463ff.
 - Frieden 463ff.
 - Umwelt 463ff.
 - wirtschaftliche Entwicklung 443ff.
- Sozialbeiträge 194, 196f., 237f., 308f.
- Sozialbeziehungen 478ff., 537f.
- Sozialbudget 187ff.
- Soziale Herkunft 452ff.
 - und Bildung 74f.
- Soziale Schichtung 449ff., 488f.
- Soziale Sicherung
 - Ausgaben 187ff.
 - Bewertung der 519
 - Zufriedenheit mit 519
- Soziale Ungleichheit 449ff.
- Sozialer Wohnungsbau 131f.
- Sozialgerichte 203ff.
- Sozialhilfe 197ff.
- Sozialprodukt 228ff., 233ff., 324f.
- Sozialversicherung 187, 192ff.
- Sozio-ökonomisches Panel 365f.
- Sparbücher 117ff.
- Spareinlagen 287f.
- Sparkassen 286f.
- Sport 135, 147
- Staat 513ff.
- Staatsanwälte 205
- Staatsquote 212ff.
- Staatsschulden 221ff.
- Staatsverbrauch 233ff., 358
- Stahl 360
- Status 449ff.
 - sozialer Status 451f.
 - Statuslagen 449ff.
- Stäube 172, 389f., 348
- Steinkohle 326ff., 360
- Stellung im Beruf 86ff., 101ff., 400, 423, 449f.
- Sterbefälle 36, 41f.
- Sterblichkeit 35
- Steuerbelastung 216, 308f.
- Steuerberater 292f.
- Steuereinnahmen 216ff.
- Steuerermäßigungen 190
- Steuerpflichtige 217ff.
- Steuerquote 216

- Stickoxide 339ff.
- Strafgefangene 210f.
- Strafgerichte 203ff.
- Straftaten 207ff.
- Strafvollzug 210f.
- Straßennetz 311f.
- Straßenverkehr 315ff.
- Straßenverkehrsdelikte 209
- Straßenverkehrsunfälle 318, 320f.
- Streiks 163f.
- Streusalz 343
- Stromverbrauch 328
- Studenten 65ff., 75, 355
- Studienabsichten 64f.
- Studienfächer 66f.
- Stundenlohn (Industriearbeiter) 305f.
- Subventionen 216

- Tabaksteuer 217
- Tabakwaren (Konsum) 110
- Tanker 314f.
- Tarifpartner 158ff.
- Taufen 166f.
- Taxi- und Mietwagenverkehr 315
- Teilzeitarbeit 94f.
- Teilzeitbeschäftigte
 - Gastgewerbe 285
 - Handel 278
 - Öffentlicher Dienst 224
- Telefonanschlüsse 115f., 312
- Telexanschlüsse 312
- Theater 136f.
- Tiere, gefährdete 346f.
- Tierhaltung 253ff.
- Tierische Produktion 253ff.
- Todesursachen 173f.
- Totschlagsdelikte 207, 209
- Tourismus 144f.
- Transferleistungen des Staates 99, 103f.
- Traungen, kirchliche 166f.
- Tuberkulose 170f.

- Übertragungsbilanz 244ff.
- Umsatz
 - Baugewerbe 268f.
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 261, 264f.
 - Energie- und Wasserversorgung 271
 - Gastgewerbe 285
 - Handel 278ff.
 - Handwerk 274f.
- Umsatzsteuer 217ff.
- Umweltbelastung 335ff.
- Umweltschutz 348ff.
 - Investitionen 348f.
 - Zufriedenheit mit 519f.
- Unfälle 168f., 171ff., 318, 320ff.
- Unfallursachen 320ff.
- Unfallverletzte Personen 168f., 171ff., 320f.
- Unfallversicherung 188, 291
- Universitäten 65ff.
- Unternehmen
 - Baugewerbe 268f.
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 261f.
 - Energie- und Wasserversorgung 271
 - Gastgewerbe 283ff.
 - Handel 276ff.
 - Handwerk 272
 - Kreditinstitute 286f.
 - Versicherungen 289ff.
- Urlaub 112ff., 134f., 144ff.

- Verarbeitendes Gewerbe 260ff.
- Verbraucherpreise 295ff.
- Verbrauch, privater 99f., 104ff., 233ff., 358
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 261ff.
- Verdienste 304ff.
- Vereinsmitgliedschaft 147
- Verfahren bei Gerichten 205f.
- Verkehr 311f.

- Energieverbrauch 318f., 331
- Infrastruktur 311f.
- Luftverschmutzung 339ff.
- Unfälle 173, 318, 320ff.
- Verkehrslärm 342f.
- Wertschöpfung 230ff.
- Vermögen 103f., 116ff.
- Vermögensbildung (Förderung) 191
- Vermögensdelikte 207, 209
- Verschuldung s. *Schulden*
- Versicherungen 289ff.
- Vertriebene 36
- Verurteilte 208ff.
- Verwaltungsgerichte 203ff.
- Verwandte 534f.
- Videogeräte (in Haushalten) 114ff.
- Viehbestand 253f.
- Volkseinkommen 235ff.
- Volkshochschulen 70ff.
- Volkswirtschaftliche Gesamt-
rechnungen 226ff.
- Volkszählung 33f.
- Vorsorgeuntersuchungen 177f.
- Vorstrafen 211

- Wachstumsraten 230
- Wahlberechtigte 150f.
- Wahlbeteiligung 149ff.
- Wahlen 149ff.
- Waldfläche 257f.
- Waldschäden 344ff.
- Warenkorb 295ff.
- Wassergefährdende Stoffe
 - Transport 339
- Wassergewinnung, -versorgung 337f.
- Wehrdienstzeit 388ff.
- Weinanbau 251f.
- Weinkonsum 110, 179
- Weiterbildung 70ff.
- Werte 513ff.

- Wertewandel 513ff.
- Wertpapiere 116ff., 288f.
- Wertschöpfung 230ff.
- Wirtschaftliche Lage
 - allgemein 443ff., 463ff.
 - persönlich 443ff., 463ff.
- Wirtschaftskreislauf 227
- Wirtschaftsordnung 226
- Wirtschaftswachstum 230, 324f.
- Wohlbefinden 465ff.
- Wohlfahrtsstaat 519f.
- Wohnbedingungen 123ff.
- Wohngeld 191
- Wohnkosten 408ff.
- Wohnraumversorgung 123f., 128ff.
- Wohnumfeld
 - Lärmbelästigung 342f.
- Wohnungen 123ff.
 - Ausstattung 125f., 406ff.
 - Belegung 128f.
 - Belegungsdichte 406ff.
 - Bestand 123f.
 - fertiggestellte 131ff., 360
 - Größe 124f., 128ff.
 - Mieten 106ff., 126ff.
- Wohnungsbautätigkeit 130ff.
- Wohnungswechsel 412ff.
- Wohnungszufriedenheit 410ff., 458ff.

- Zahlungsbilanz 244ff.
- Zahnärzte 175
- Zeitungen, Zeitschriften 140ff.
- Zeitverwendung 402ff., 426ff.
- Zigarettenkonsum 110, 178ff.
- Zivilverfahren bei Gerichten 205f.
- Zufriedenheit
 - in Lebensbereichen 458ff.
- Zukunftserwartungen 446ff., 468f.
- Zulassungen von Kraftfahr-
zeugen 312ff., 350

Zeichenerklärung

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Angaben fallen später an
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

SECRET

SECRET

SECRET
